

Beteiligentransparenzdokumentation

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/2792)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 24. Juni 2022

1. Drucksache

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Der Abschlussbericht "Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei II" kommt zu folgendem Fazit; "Innerhalb der Thüringer Polizei ist die Bodycam von den Trägern als Einsatzmittel mehrheitlich gewünscht und anerkannt."

Angesichts der positiv verlaufenen Modellversuche darf nun keine weitere Zeit bei der Einführung von Bodycams im Thüringer Polizeidienst verloren werden. Fest steht, immer mehr Polizistinnen und Polizisten, aber auch Feuerwehrleute oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rettungsdienste, sind in den vergangenen Jahren (mit Ausnahme 2020, aufgrund der Corona-Pandemie) während ihrer Einsätze Opfer von Angriffen geworden. Laut dem Bundeskriminalamt wurden im Jahr 2019 in Thüringen 237 tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte und gleichgestellte Personen registriert. Das sind fast 35 Prozent mehr als 2018. Insgesamt wurden 2019 im Freistaat laut Thüringer Kriminalstatistik 966 Fälle in der Straftatengruppe Widerstand gegen die Staatsgewalt registriert. Die Zahl der im Einsatz verletzten Thüringer Beamten stieg von 147 auf 180, wobei 179 Polizistinnen und Polizisten physisch verletzt wurden. Auch bundesweit nahmen solche Angriffe um 27,5 Prozent zu.

Alle bisherigen Erkenntnisse deuten daraufhin, dass die Bodycams helfen, Konflikte zu vermeiden, zu deeskalieren oder zu minimieren. Nach der vorläufigen Beendigung der beiden Pilotprojekte sollte nun keine weitere Zeit verloren werden, um Angriffen gegen Polizisten entgegenzuwirken. Um die Kolleginnen und Kollegen der Thüringer Polizei bestmöglich schützen zu können, ist die Thüringer Polizei nunmehr zeitnah mit dieser Technik auszurüsten und die Anwendung rechtssicher zu gewährleisten.

B. Lösung

Durch eine Änderung des Polizeiaufgabengesetzes vom 4. Juni 1992 (GVBl. S. 199), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229), wird der Einsatz von mobilen Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräten ermöglicht sowie rechtssicher gewährleistet.

C. Alternativen

Beibehaltung der aktuellen Situation und somit kein besserer Schutz der Thüringer Polizistinnen und Polizisten im Polizeialltag

D. Kosten

Im Landeshaushalt 2021 sind bereits Mittel zur Anschaffung von insgesamt 300 Körperkameras veranschlagt. Im Landeshaushalt 2022 müssen weitere Mittel für die Anschaffung von zusätzlichen 500 Körperkameras (insgesamt dann 800) berücksichtigt werden.

Für das Haushaltsjahr 2022 sollten zusätzliche Mittel in Höhe von 400.000 Euro veranschlagt werden. Die Kosten zur Anschaffung pro Kamera belaufen sich zurzeit auf ca. 600 Euro. Die zugehörige Software ist dabei kostenlos enthalten. Als Nebenkosten fallen weitere 120 Euro pro Weste an. Für die Aufbewahrung der Kameras außerhalb des Einsatzes sind Koffer vorgesehen, für die je 50 Euro veranschlagt werden.

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Polizeiaufgabengesetz vom 4. Juni 1992 (GVBl. S. 199), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 6. Juni 2018 (GVBl. S. 229), wird wie folgt geändert:

1. Nach § 33 wird folgender neu § 33 a eingefügt:

§ 33 a Offener Einsatz technischer Mittel zur Bild- und Tonaufzeichnung

(1) Die Polizei kann bei der Durchführung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten mittels körpernah getragener Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte personenbezogene Daten in ihrem Zwischenspeicher kurzzeitig speichern (Vorabaufnahme) und durch offene Anfertigung von Bild- und Tonaufzeichnungen erheben, wenn dies nach den Umständen zum Schutz eines Polizeibeamten oder eines Dritten gegen eine Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder Eigentum erforderlich ist. Die Erhebung personenbezogener Daten darf auch durchgeführt werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen sind. Über die Aufzeichnung entscheidet der das Aufnahmegerät tragende Polizeibeamte unter Berücksichtigung der konkreten Umstände des Einzelfalls oder sie erfolgt auf ausdrückliches Verlangen des von den polizeilichen Maßnahmen Betroffenen.

(2) In Wohnungen (§ 25 Abs. 1 Satz 2) ist der offene Einsatz körpernah getragener Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte ohne Einwilligung des Inhabers nur zulässig, wenn dies nach den konkreten Umständen des Einzelfalls zum Schutz eines Polizeibeamten oder eines Dritten gegen eine gegenwärtige Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder Eigentum erforderlich ist. Die Erhebung personenbezogener Daten darf auch durchgeführt werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen sind. Über die Anfertigung der technischen Aufzeichnungen in Wohnungen entscheidet, außer bei Gefahr im Verzug, der den Einsatz leitende Polizeivollzugsbeamte oder sie erfolgt auf ausdrückliches Verlangen des von der polizeilichen Maßnahme Betroffenen. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Der Einsatz der Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte ist durch geeignete Maßnahmen erkennbar zu machen und den betroffenen Personen mitzuteilen. Bei Gefahr im Verzug kann der Hinweis unterbleiben.

Aufzeichnungen sind unzulässig in Bereichen, die der Ausübung von Tätigkeiten von Berufsheimnisträgern nach § 53 Abs. 1 der Strafprozessordnung dienen. Aufzeichnungen werden verschlüsselt sowie manipulationssicher gefertigt und aufbewahrt. Im Übrigen gilt § 54 des Thüringer Datenschutzgesetzes (ThürDSG) in Bezug auf die Gewährleistung der Integrität, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Authentizität der Daten

sowie Systeme, während der Aufnahme, Speicherung und Übermittlung.

(4) Die nach Absatz 1 und 2 angefertigten verschlüsselten Aufzeichnungen sind 30 Tage nach ihrer Anfertigung zu löschen. Dies gilt nicht, wenn die Aufzeichnungen zur Gefahrenabwehr oder zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung benötigt werden. Über die Löschung entscheidet der Dienststellenleiter oder ein von ihm Beauftragter. Für die Verwertung der aus den Aufzeichnungen nach Absatz 2 erlangten Erkenntnisse gilt Absatz 6. § 35 Abs. 3 ThürDSG und § 43 Abs. 4 Satz 1 und 2 ThürDSG bleiben unberührt.

(5) Die Aufzeichnung personenbezogener Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, ist unzulässig. Der Aufzeichnungsvorgang ist unverzüglich zu unterbrechen, sofern sich während der Aufzeichnung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, erfasst werden. Aufzeichnungen über solche Äußerungen und Handlungen sind unverzüglich zu löschen. Nach einer Unterbrechung darf die Aufzeichnung nur fortgesetzt werden, wenn auf Grund geänderter Umstände davon ausgegangen werden kann, dass die Gründe, die zur Unterbrechung geführt haben, nicht mehr vorliegen.

(6) Eine Verwertung der nach Absatz 2 sowie der nach Absatz 5 Satz 4 erlangten Erkenntnisse ist zum Zweck der Gefahrenabwehr nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt wurde. Bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. Bei Weitergabe der Daten ist zu vermerken, dass sie aus einer Maßnahme nach Absatz 2 herrühren. Nach einer Übermittlung an eine andere Stelle, ist die Kennzeichnung durch diese aufrechtzuerhalten.

(7) Maßnahmen nach Absatz 1 bis 6 sind zu dokumentieren. Die Landesregierung unterrichtet den Landtag in jährlichen Abständen über den offenen Einsatz technischer Mittel zur Bild- und Tonaufzeichnung."

2. Der bisherige § 33 a wird § 33 b.
3. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Vom Frühjahr bis zum Herbst 2017 fand bei der Thüringer Polizei ein erstes Pilotprojekt Bodycam statt. Nach dem ersten Pilotversuch startete im Dezember 2018 ein zweiter Pilotversuch in Thüringen. Mit dem zweiten Trageversuch erfolgte eine kontinuierliche wissenschaftliche Untersuchung. Mit dem Institut für Psychologie, Bereich Allgemeine Psychologie, der Friedrich-Schiller-Universität Jena konnte hierfür ein unabhängiger und kompetenter Partner gewonnen werden. Zielrichtung und Forschungsdesign der wissenschaftlichen Untersuchungen war die Wirkung des Einsatzmittels in seiner Gesamtheit und dessen Effekt für die polizeiliche Aufgabenerfüllung. Entgegen der wissenschaftlichen Betrachtung im ersten Trageversuch wurde die damalige starke Fokussierung ausschließlich auf die präventive Wirkung, gegenwärtig auf den Gesamtkomplex von Wirkfaktoren ausgedehnt. Hierzu zählen laut dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (Drucksache 6/7489) neben der präventiven und deeskalierenden Wirkung (Prävention), ebenso die Erhöhung der Sicherheit der Beamten (Eigenschutz) sowie die mögliche Verbesserung der Beweissicherung im Strafverfahren (Repression). Die zweite Erhebung der Daten startete am 20. Mai 2019 und wurde dem Innen- und Kommunalausschuss Anfang Dezember 2020 zur Verfügung gestellt. Erste Ergebnisse der zweiten Erhebung wurden dem Ausschuss für Inneres und Kommunales bereits am 5. November 2020 durch die Landesregierung präsentiert.

Die Landesregierung berichtete dem Innenausschuss, dass bei über 11.000 Einsätzen keine einzige Beschwerde eines Bürgers über den Einsatz von Bodycams bekannt geworden ist. Die Polizeibeamten fühlten sich sicherer im Dienst und achteten laut Landesregierung auch selbst noch mehr darauf, keine Fehler zu begehen, die über die Bodycams dokumentiert werden könnten. Insgesamt biete diese Technik große Vorteile für die Polizei, entspanne das Verhältnis zwischen Bürgern und Beamten. Vor allem schützt die Videotechnik nicht zuletzt unsere Polizeibeamten vor Angriffen im Einsatz.

B. Zu den einzelnen Vorschriften:**Zu Artikel 1:**

Im Rahmen der Bodycam Pilotprojekte in Thüringen wurde von mehreren Teilnehmern und Polizeiinspektionen berichtet, dass die Kamera als weiterer sinnvoller Baustein in der persönlichen Schutzausrüstung gesehen werde und dass die Technik auf eine hohe Akzeptanz stoße.

Die Träger kritisierten jedoch gegenüber der Projektleitung die unregelmäßige Verwendung und damit einhergehend die unzureichende Gewöhnung an das Einsatzmittel. Die Ursachen sahen sie in unzureichenden gesetzlichen Rahmenbedingungen und nicht ausreichender Technik, Konkret betrifft dies vor allem die Definition des öffentlichen Raums, die Tonaufnahmefunktion und das Pre-Recording.

Mit der Einführung des neuen § 33a und der Absätze 1 bis 7 erfolgt nun die im vorläufigen Abschlussbericht "Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei II" dringend angeregte Anpassung der Rechtsgrundlage.

Zu Absatz 1:

In Absatz 1 wird die Erhebung von offen angefertigten Bild- und Tonaufnahmen bei präventiven und restriktiven polizeilichen Maßnahmen geregelt.

Zu Absatz 2:

Für Bereiche, die durch Artikel 13 Grundgesetz besonders geschützt und in § 25 Abs. 1 Satz 2 PAG gesondert aufgezählt sind, regelt Absatz 2 das Anfertigen von Bild- und Tonaufzeichnungen mittels körpernah getragener Aufnahmegeräte. Ohne Einwilligung des Wohnrechtsinhabers dürfen technische Mittel in Übereinstimmung mit Artikel 13 Abs. 5 Grundgesetz nur zum Schutz von Personen gegen eine dringende Gefahr für Leib und Leben eingesetzt werden. Gesetzlich bestimmte Stelle, gemäß Artikel 13 Abs. 5 Satz 1 Grundgesetz ist der den Einsatz leitende Polizeibeamte. Bei Gefahr in Verzug entscheidet der Geräteverantwortliche.

Zu Absatz 3:

Zur Differenzierung zwischen verdeckter und offener Maßnahme ist es zwingend erforderlich, dass die Maßnahme gegenüber allen betroffenen Personen erkennbar gemacht wird. Die Regelung hat auch praktische Bedeutung. Erst durch die Mitteilung kann das Aufzeichnungsgerät die volle präventive disziplinierende Wirkung entfalten.

Für die Erhebung, Verwertung und Verarbeitung der Daten wird auf das Thüringer Datenschutzgesetz verwiesen. Weiterer Spezialregelungen zur Sicherung des Datenschutzes bedarf es nicht. Das Thüringer Datenschutzgesetz regelt Voraussetzungen und Kontrollbefugnisse abschließend.

Zu Absatz 4:

Absatz 4 regelt die konkreten Vorgaben der kurzzeitigen Speicherung der Aufnahme gemäß Absatz 1 Satz 1.

Zu Absatz 5:

Absatz 5 dient der Gewährleistung des verfassungsrechtlich garantierten Schutzes des Kernbereichs privater Lebensgestaltung beim polizeilichen Einsatz von Aufzeichnungsgeräten in Wohnungen. Da nicht auszuschließen ist, dass im Rahmen einer entsprechenden Maßnahme in Wohnungen auch intime oder der innersten Privatsphäre zuzurechnende Sachverhalte ins Visier der Bodycam geraten können, stellt Satz 1 klar, dass solche Aufzeichnungen unzulässig sind. Satz 2 enthält das Gebot der unverzüglichen Unterbrechung der Maßnahme, falls sich während der Aufzeichnung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Inhalte aus dem Kernbereich der persönlichen Lebensgestaltung erfasst werden. Aufzeichnungen hierüber sind nach Satz 3 unverzüglich zu löschen. Satz 4 regelt, dass die unterbrochene Maßnahme nur fortgesetzt werden darf, wenn durch sie keine Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung mehr erhoben werden.

Zu Absatz 6:

Die Verwertung der Aufzeichnung steht entsprechend Artikel 13 Abs. 5 Satz 2 Grundgesetz unter richterlichem Vorbehalt.

Zu Absatz 7:

Absatz 7 regelt Dokumentations- und Informationspflichten. Aufsichts- und Kontrollbefugnisse anderer Stellen bleiben hiervon unberührt.

Zu Artikel 2

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Für die Fraktion:

Bühl

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Professor Dr. Thomas Feltes, Ruhr-Universität Bochum

Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

Thüringer Generalstaatsanwaltschaft

Landespolizeiinspektion Erfurt

Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e.V.

Prof. Dr. Gusy, Universität Bielefeld

Katholisches Büro Erfurt, Kommissariat der Bischöfe in Thüringen

Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Thüringen

Deutscher Journalistenverband, Landesverband Thüringen e.V.

Bildungszentrum der Thüringer Polizei

Landespolizeiinspektion Gera

Gewerkschaft der Polizei Berlin

Gewerkschaft der Polizei Thüringen

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Landespolizeiinspektion Jena

Landespolizeiinspektion Saalfeld

Friedrich-Schiller-Universität, Institut für Psychologie

Prof. Dr. Nachbaur, Hochschule für Polizei Baden-Württemberg

Amnesty International

Thüringer Landespolizeidirektion

Landespolizeiinspektion Gotha

Notarkammer Thüringen

Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration

Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e. V.

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Stefan Kersting Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

Landespolizeiinspektion Saalfeld

Bund Deutscher Kriminalbeamter Landesverband Thüringen

Amtsgericht Heilbad Heiligenstadt

Deutscher Journalisten-Verband, Landesverband Thüringen

NetCo P.S. GmbH

Evangelisches Büro Thüringen
tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V.
Motorola Solutions Germany GmbH
Prof. Dr. Zöller, LMU Ludwig-Maximilians-Universität München
Landespolizeiinspektion Jena
Landespolizeiinspektion Erfurt
Axon Public Safety Germany SE
Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung - Fachbereich Polizei
Amtsgericht Sömmerda
Dr. Nachbaur, Hochschule für Polizei Baden-Württemberg
Landespolizeiinspektion Gotha
Amnesty International Deutschland e.V.
Landespolizeidirektion
eurosec GmbH
Katholisches Büro Erfurt
Notarkammer Thüringen
Gewerkschaft der Polizei, Landesverband Thüringen e.V.
Thüringer Generalstaatsanwaltschaft
Amtsgericht Nordhausen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentaton veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein; GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thür. Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit</td> <td>Behörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Häßlerstraße 8</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99095 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thür. Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	Behörde	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8	Postleitzahl, Ort	99095 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thür. Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit	Behörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Häßlerstraße 8										
Postleitzahl, Ort	99095 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Datenschutzrechtliche Beratung und Kontrolle	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Beachtung von Art 13, Abs. 4 + 5 GG - Beachtung d. Erforderlichkeit von Biogamms - Änderung von § 33 b Abs. 3 PAG	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	<hr/>	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	<hr/>	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 10.06.21	

Den Mitgliedern des

InnKA



Thüringer Landesbeauftragter
für den **Datenschutz** und die **Informationsfreiheit**



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
11.06.2021 12:40

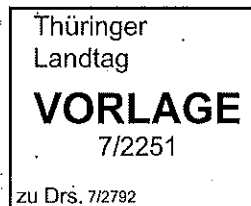
(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

14742/2021

Ihre Nachricht vom :
Ihr Zeichen :
Bearbeiter/in:
Telefon : +49 (361) 57-3112900
Erfurt, den : 11. Juni 2021

vorab per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de



Anhörung zum Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte - Anhörung des TLfDI gem. § 112 Abs. 4 GO

Sehr geehrter Herr Stöffler,

vielen Dank für Ihr Schreiben samt Anlagen vom 21. April 2021, das beim Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI) eingegangen ist. Für die darin eingeräumte Möglichkeit, eine Stellungnahme gem. § 112 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags (GO) zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte (Drucksache 7/2792) sowie zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP (Anlage 3 des Schreibens vom 21. April 2021) bedankt sich der TLfDI und möchte Folgendes erinnern:

A. Zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU-Fraktion (Drucksache 7/2792)

I. Beachtung der Voraussetzungen von Artikel 13 Abs. 4 und Abs. 5 GG

Im Gesetzentwurf der Fraktion der CDU wird in § 33 a Abs. 2 PAG-E Folgendes geregelt:

„(2) In Wohnungen (§ 25 Abs. 1 Satz 2) ist der offene Einsatz körpernah getragener Bild- und Tonaufzeichnungen ohne Einwilligung des Inhabers nur zulässig, wenn dies nach den konkreten Umständen des Einzelfalls zum Schutz eines Polizeibeamten oder eines Dritten gegen eine gegenwärtige Gefahr für Leib, Leben, Freiheit

Postanschrift: Postfach 900455 Dienstgebäude: Häßlerstraße 8
99107 Erfurt 99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900
Telefax: 0361 57-3112904
E-Mail*: poststelle@datenschutz.thueringen.de
Internet: www.tlfdi.de

*Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur/ Verschlüsselung und für mit PGP verschlüsselte Mitteilungen.

oder Eigentum erforderlich ist. Die Erhebung personenbezogener Daten darf auch durchgeführt werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen sind. Über die Anfertigung der technischen Aufzeichnungen in Wohnungen entscheidet, außer bei Gefahr im Verzug, der den Einsatz leitende Polizeivollzugsbeamte oder sie erfolgt auf ausdrückliches Verlangen des von der polizeilichen Maßnahme Betroffenen. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.“

Ferner bestimmt § 33 a Abs. 5 PAG-E:

„(6) Eine Verwertung der nach Absatz 2 sowie der nach Absatz 5 Satz 4 erlangten Erkenntnisse ist zum Zweck der Gefahrenabwehr nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt wurde. Bei Gefahr im Verzug ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen. [...]“

1. Voraussetzungen des Art. 13 Abs. 5 Satz 1 GG

Der TLfDI weist darauf hin, dass nach dem Eingriffsvorbehalt des Art. 13 Abs. 5 Satz 1 GG die technische Überwachung **ausschließlich** zum Integritätsschutz von **in der Wohnung tätigen Personen** gerechtfertigt ist (Wortlaut des Art. 13 Abs. 5 Satz 1 GG: „Sind technische Mittel **ausschließlich** zum **Schutz der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen** vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden.“) Art. 13 Abs. 5 Satz 1 GG dient dem Schutz verdeckter Ermittlung (so Kühne in: Sachs, Grundgesetz-Kommentar, 7. Auflage, Art. 13, Rz. 47). Nicht vom Eingriffsvorbehalt des Art. 13 Abs. 5 Satz 1 GG umfasst ist dagegen der **Schutz von Dritten**.

Deshalb ist der Regelungsgehalt von § 33 a Abs. 2 Satz 1 PAG-E, der aber einen Bodycam-Einsatz auch dann erlauben will, wenn dies **zum Schutz eines Dritten** gegen eine gegenwärtige Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder Eigentum erforderlich ist, nicht vom Eingriffsvorbehalt des Art. 13 Abs. 5 Satz 1 GG gedeckt.

Da - wie bereits gesagt - nach dem eindeutigen Wortlaut des Art. 13 Abs. 5 Satz 1 GG der Einsatz technischer Mittel **ausschließlich zum Schutz der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen** vorgesehen ist, „sprengt“ der in § 33 a Absatz 1 Satz 1 PAG-E vorgesehene Anwendungsbereich des weiteren diese Vorgaben, weil er den Einsatz von Bodycams bei der Polizei „**bei der Durchführung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und zur Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten**“ vorsieht.

Im Übrigen wird auf Art. 13 Abs. 5 Satz 2 GG hingewiesen, wonach eine anderweitige Verwertung der aus der Maßnahme nach Artikel 13 Abs. 5 Satz 1 GG erlangten Erkenntnisse für die dort genannten Zwecke nur zulässig ist, wenn die Rechtmäßigkeit der Maßnahme nach Art. 13 Abs. 5 Satz 1 GG zuvor richterlich festgestellt worden ist.

2. Richtervorbehalt gem. Art. 13 Abs. 4 GG

Ergänzend ist hier auf eine weitere in der Literatur geführte Diskussion hinzuweisen: Nach der Auffassung von *Petri* (Zeitschrift für den Datenschutz (ZD), 2018, S. 453-459) fällt der Einsatz von Bodycams **in Wohnungen** unter den Anwendungsbereich des Art. 13 Abs. 4 GG. Petri begründet dies damit, dass der Bodycam-Einsatz sehr wohl einen technischen Überwachungsvorgang auslöse, weil Videokameras zu den technischen Überwachungsmitteln zählten (Petri, a.a.O. unter Verweis auf Papier in: Maunz/Dürig u. a., Grundgesetz-Kommentar, 58. Ergänzungslieferung 2010, Art. 13, Rdnr. 73).

Demzufolge wäre daher grundsätzlich eine richterliche Anordnung für den Einsatz in Wohnungen und somit für die Erhebung von personenbezogenen Daten mittels Bodycam notwendig.

II. Erforderlichkeit eines Bodycam-Einsatzes in privatem Wohnraum?

Der TLfDI erlaubt sich an dieser Stelle die Frage der Erforderlichkeit von Bodycam-Einsätzen in privaten Wohnungen zu stellen.

Denn zum einen thematisiert der „Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts II zum Einsatz von Bodycams der Polizei Thüringen“, vorgelegt von der Friedrich-Schiller-Universität Jena, an keiner Stelle die Frage der Erforderlichkeit eines Bodycam-Einsatzes. Lediglich auf Seite 54 des Abschlussberichts wird darüber berichtet, dass 35x die Nutzung der Bodycams in Wohnungen als wünschenswert von den Befragten beschrieben worden sei.

Zum anderen weist *Dr. Lena Lehmann* vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen, e.V. (KFN) in ihrer „Stellungnahme Einsatz Bodycam in privaten Wohnräumen (SPoIG) – Gesetz zur Neuregelung der polizeilichen Datenverarbeitung im Saarland (Drucksache 16/1180)“ auf Folgendes hin: „Zugängliche wissenschaftliche Studien zu Erkenntnissen des Bodycam-Einsatzes in privatem Wohnraum in Deutschland sind bis auf die Studienergebnisse von Kersting et al. (2019) nicht vorhanden.“ Bei der letztgenannten Studie handelt es sich um die Studie von *Kersting/Naplava/Reutemann/Heil/Scheer-Vesper*, Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht, Gelsenkirchen: Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen.

Exemplarisch ist abschließend und in diesem Zusammenhang noch auf die Frage der Wirksamkeit des Bodycam-Einsatzes explizit bei häuslicher Gewalt einzugehen: Nach den Ausführungen von *Lehmann* in ihrer oben genannten Stellungnahme ergeben sich aus dem Abschlussbericht von *Kersting/Naplava/Reutemann/Heil/Scheer-Vesper* folgende Ergebnisse zum Einsatz von Bodycams bei

häuslicher Gewalt: „Der Nutzen von Körperkameras im Einsatz bei häuslicher Gewalt wird von der Mehrheit der Befragten „kein Nutzen“ von 11,6% (t2) und „geringe Nutzen“ von 48,3% (t2) zugeschrieben. Einen „hohen Nutzen“ sehen 36,3% (t2) und einen „sehr hohen Nutzen“ messen 3,8% der Befragten dem Einsatz von Bodycams bei.“

III. Änderung des Regelungsgehalt von § 33 b Abs. 3 (neu) PAG-E

Schließlich bittet der TLfDI um folgende Änderung:

Der Wortlaut von § 33 b Abs. 3 - Datenerhebung bei Notrufen, Aufzeichnungen von Notrufen - wird wie folgt neu gefasst:

„(3) Die Aufzeichnungen sind spätestens nach zwei Monaten zu löschen oder zu vernichten, soweit die weitere Verarbeitung der personenbezogenen Daten zu einem der in § 40 genannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist.“

Diese Änderung erweist sich aus der Sicht des TLfDI aus folgendem Grund als notwendig: In Gesprächen mit Vertretern des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales wurde dem TLfDI dargelegt, dass die bisherige Verweisung des § 33 a Abs. 3 PAG auf die Zwecke des § 32 PAG den **Zweck der polizeilichen Aus- und Fortbildung** vollkommen ausgeblendet hat. Dass aber eine Verarbeitung von anonymisierten Notrufen auch für die polizeiliche Aus- und Fortbildung sowohl nützlich als auch erforderlich ist, bestreitet der TLfDI nicht. Er schlägt deshalb vor, künftig in § 33 b Abs. 3 PAG eine Verweisung auf die Zwecke des § 40 PAG vorzunehmen, weil in § 40 Abs. 4 PAG die Nutzung von personenbezogenen zur polizeilichen Aus- und Fortbildung geregelt ist.

B. Zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Es wird zunächst auf die oben gemachten Ausführungen zum Einsatz von Bodycams im privaten Wohnraum verwiesen. Da der Änderungsantrag der FDP-Fraktion einen Einsatz von Bodycams unter anderem in Wohn- und Geschäftsräumen sowie in oder von befriedetem Besitztum ausdrücklich ausschließt, ist hier nichts weiter zu erinnern.

Für weitere Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Bitte beachten Sie das angehängte Informationsblatt zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch den TLfDI.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Gesetz zur Änderung des Polzeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit</td> <td>oberste Landesbehörde</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Haßlerstraße 8</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>11</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	oberste Landesbehörde	Geschäfts- oder Dienstadresse	Haßlerstraße 8	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	11	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt		
Name	Organisationsform												
Thür. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	oberste Landesbehörde												
Geschäfts- oder Dienstadresse	Haßlerstraße 8												
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	11												
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2">_____</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>_____</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>_____</td> </tr> </table>	Name	Vorname	_____		<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	_____	Postleitzahl, Ort	_____
Name	Vorname												

<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer	_____												
Postleitzahl, Ort	_____												

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Datenschutzrechtliche Beratung & Kontrolle sowie Ombudsstelle für das ThürTG	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	zu viele Anregungen, siehe Stellungnahme,	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Anlage 5

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 25.5.2022	



Postsendungen bitte an die Postanschrift des TLfDI, Postfach 900455, 99107 Erfurt!

Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit (TLfDI), PF 900455, 99107 Erfurt

(Aktenzeichen bei Antwort angeben)

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihre Nachricht vom : 15. März 2022
Ihr Zeichen :

Bearbeiter/in :
Telefon : +49 (361) 57-3112900
Erfurt, den : 25. Mai 2022

**Anhörung zum Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte
Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -**

Sehr geehrter Herr Stöffler,

der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI) bedankt sich für die Übersendung des o.g. Änderungsantrages (Anlage 3 Ihres Schreibens vom 15. März 2022). Nach erster Prüfung wird hierzu sowie zu den Fragen des Innen- und Kommunalausschusses wie folgt Stellung genommen:

A. Allgemeines

Der TLfDI geht aufgrund der Formulierung des Änderungsentwurfs davon aus, dass weder die Aufzeichnung durch die Bodycams noch die Aufzeichnungen durch fest installierte Kameras an den polizeilichen Fahrzeugen permanent (auch nicht mittels sich wiederholender Löschung im 30 Sekunden-Takt) erfolgen sollen, sondern nur bei der Durchführung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder von Maßnahmen zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten. Die Entscheidung, wann

Postanschrift: Postfach 900455 Dienstgebäude: Häßlerstraße 8
99107 Erfurt 99096 Erfurt

Telefon: 0361 57-3112900
E-Mail*: poststelle@datenschutz.thueringen.de
Internet: www.tlfdi.de

die Kameras zugeschaltet werden, obliegt daher den Polizeibeamt*innen im Einsatz.

Eine permanente anlasslose Aufzeichnung wäre sowohl bei körpernah getragenen Kameras als auch bei in den polizeilichen Fahrzeugen fest installierten Kameras unzulässig, siehe dazu auch nachfolgende Ausführungen.

Der Gesetzentwurf und die Begründung lassen erneut eine klare Abgrenzung der einzelnen Gefahrbegriffe und deren Voraussetzungen vermissen. Während § 33a Abs. 1 PAG-E des Änderungsentwurfs lediglich „*Gefahr*“ formuliert, obwohl laut Begründung zum Änderungsentwurf eine konkrete Gefahr gemeint ist, stellt § 33a Abs. 4 PAG-E des Änderungsentwurfs auf eine „*gegenwärtige Gefahr*“ ab. Die Gesetzesbegründung spricht von „*Tatsachen..., die eine Annahme der entsprechenden Gefahr begründen*“, „*einer als **gefährdend** eingeschätzten Maßnahme*“, von „*Gefahrensituationen*“ und von „*Abwehr der konkreten Gefahr*“. Die Begriffe sind nicht definiert. Fraglich ist beispielsweise, ob die „*gegenwärtige Gefahr*“ hier mit einer konkreten Gefahr gleichzusetzen ist entgegen den Legaldefinitionen in § 54 OBG. Es liegt keine Normenklarheit vor, siehe dazu auch die weiteren Ausführungen.

B. Zu den einzelnen Fragen

Der TLfDI beantwortet nachfolgend die Fragen aus dem Fragenkatalog der Anlage 4, soweit diese datenschutzrechtliche Relevanz aufweisen.

Frage 1:

Sind die Tatbestandsvoraussetzungen bzw. die Regelungen in § 33 a Absatz I in der Fassung des Änderungsantrags zum Pre-Recording und zur dauerhaften Aufzeichnung im vorgelegten Änderungsantrag aus Ihrer Sicht angemessen gefasst?

Antwort zu Frage 1:

1.

Die Formulierung „*bei der Durchführung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr*“ (Satz 1) ist nach Auffassung des TLfDI nicht konkret genug gefasst. Bereits im Rahmen seiner Stellungnahme vom 2. September 2013 forderte der TLfDI eine Präzisierung dahingehend, auf die „konkrete“ Gefahr abzustellen. Die Notwendigkeit ergibt sich bereits aus der Kritik des ThürVerfGHs in seinem Urteil vom 21. November 2012 (VerfGH 19/09), wonach den Regelungen zur Strafverhütung nicht zu entnehmen sei, ob sie eine konkrete Gefahr im Sinne des § 54 Nr. 3 a) Ordnungsbüroengesetz (OBG) voraussetzen (ThürVerfGH, a.a.O, Rn. 237 der Juris-Fundstelle). Zwar stellte die damalige Begründung der Landesregierung zum Gesetzentwurf in § 34 Abs. 1 PAG unmissverständlich fest, dass der Einsatz besonderer Mittel der Datenerhebung nur zur Abwehr konkreter Gefahren für die in der Vorschrift genannten hochwertigen Rechtsgüter zulässig ist. Die Begründung zum Gesetzentwurf liegt dem Rechtsanwender in der Praxis aber nicht vor. Die Klarstellung im Gesetzestext wäre also im Sinne der Normenklarheit dringend zu begrüßen.

2.

Die Tatbestandsvoraussetzungen bzw. die Regelungen zur flüchtigen Zwischenspeicherung in § 33 a Abs.1 PAG-E des Änderungsantrags sind zu weit gefasst. Im § 33 a Abs. 1 PAG-E des Änderungsentwurfs ist geregelt, dass die Polizei bei der Durchführung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder von Maßnahmen zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten offen Bild- und Tonaufzeichnungen mit körpernah getragenen oder mittels in oder an polizeilich genutzten Fahrzeugen fest installierten Aufnahmegeräten anfertigen und für die Dauer von bis zu 30 Sekunden in einem Zwischenspeicher flüchtig speichern kann.

Die Begründung des vorliegenden Änderungsantrages formuliert jedoch „*Das Pre-Recording wird dabei als der Regelfall beim Beginn einer als gefahrenträchtig eingeschätzten Maßnahme festgelegt und zeitlich auf 30 Sekunden begrenzt. Wenn sich im Verlauf der Interaktion mit dem betroffenen Bürger die Anhaltspunkte in Richtung einer konkreten Gefahr für die handelnden Polizeibeamten verdichten, ist die Aufzeichnung auf einem dauerhaften Speichermedium zulässig.*“

Damit setzt die flüchtige Zwischenspeicherung nach dem Willen des Gesetzgebers eine „als gefahrenträchtig eingeschätzte Maßnahme“ voraus. Dem Gesetzestext ist das jedoch nicht zu entnehmen. Dem Rechtsanwender liegt die Begründung zum Gesetz regelmäßig nicht vor. Im Sinne der Normenklarheit ist eine entsprechende Anpassung und die Definition einer als „gefahrenträchtig eingeschätzten Maßnahme“ dringend im Gesetzestext vorzunehmen.

3.

Der TLfDI weist darauf hin, dass sowohl durch das flüchtige Zwischenspeichern als auch durch die dauerhafte Aufzeichnung zum einen das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Grundrecht nach Art. 8 Grundrechts-Charta EU durch die Bildaufnahmen eingeschränkt wird. Hierbei kommt es nicht auf eine Sichtung oder längere Speicherung der Aufnahmen an. Allein die Aufnahme schon stellt die Grundrechtseinschränkung dar.

Zum anderen wird durch die Tonaufzeichnung auch das Recht auf Vertraulichkeit des gesprochenen Wortes (sowohl der Bürger*innen als auch der eingesetzten Polizeibeamt*innen) beeinträchtigt.

Derartige Einschränkungen können nicht durch jeden polizeilichen Einsatz zur Gefahrenabwehr oder zur Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten gerechtfertigt werden. Das Übermaßverbot ist zu beachten. Daher ist es notwendig, dass eine Maßnahme durch einen im Verhältnis zum Grundrechtseingriff hinreichend gewichtigen Rechtsgüterschutz gerechtfertigt ist. Angesichts des Eingriffsgegewichts einer Bild- und Tonüberwachung (Eingriff in Grundrechte) muss sie daher dem Schutz von Rechtsgütern von zumindest erheblichem Gewicht oder einem vergleichbar gewichtigen öffentlichen Interesse dienen. (vgl. BVerfG, Entscheidung vom 18. Dezember 2019, 1 BvR 142/15, Rdn. 95, zitiert nach Juris).

Das flüchtige Zwischenspeichern bei Maßnahmen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten widerspricht dem Übermaßverbot, siehe zur Begründung Antwort zu Frage 16, die inhaltlich auch für das flüchtige Zwischenspeichern gilt.

4.

Die Formulierung in § 33a Abs. 1 S. 2 PAG-E des Änderungsantrages *„Eine dauerhafte Aufzeichnung und Verarbeitung darf nur erfolgen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dies zur Abwehr einer Gefahr für Leib oder Leben der eingesetzten Polizeibeamten oder eines Dritten erforderlich ist.“* ist ebenfalls im Sinne der Normenklarheit dahingehend zu präzisieren, dass eine dauerhafte Aufzeichnung und Verarbeitung darf nur erfolgen darf, *„wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dies zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib oder Leben der eingesetzten Polizeibeamten oder eines Dritten erforderlich ist.“*

5.

Hinsichtlich der Formulierung in § 33a Abs. 1 S. 3 PAG-E *„Eine dauerhafte Aufzeichnung soll zudem erfolgen, wenn ...“* gibt der TLfDI zu bedenken, dass die Sollvorschrift im Widerspruch zur Begründung des Änderungsantrages steht, wo für das Antragsrecht *„eine Aufzeichnung des Geschehens mittels des Aufnahmegeräts erfolgen muss“*.

Frage 2:

Ist sowohl vor dem Hintergrund der Eingriffstiefe der Vorabaufnahme im flüchtigen Speicher und der damit verbundenen Aufnahme unbeteiligter Dritter einerseits, sowie der Möglichkeit den Einsatz und das Vorgeschehen umfassender darstellen zu können andererseits, eine Dauer von 30 Sekunden oder 60 Sekunden Pre-Recording angemessen und wie begründen Sie dies?

Antwort zu Frage 2:

Bereits durch das Pre-Recording finden erhebliche Grundrechtseingriffe statt, siehe Ausführungen zu Frage 1. Die Löschung kann technisch für einen (minimal schwankenden) 30 Sekunden-Bereich erfolgen, siehe Ausführungen zu Frage 5. Um den Grundrechtseingriff so gering wie möglich zu halten, sollte aus datenschutzrechtlicher Sicht eine Löschung nach 30 Sekunden erfolgen. Eine vergleichbare Regelung enthält beispielweise das Polizeigesetz Niedersachsen.

Frage 3:

Wird aus Ihrer Sicht für die Anwender der Kamera mit dem Entwurf deutlich, wer das Anspruchsrecht als „betroffene Person“ nach § 33a Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 in der Fassung des Änderungsantrags hat, wenn nein, welche Änderungen wären erforderlich?

Antwort zu Frage 3

Hierbei handelt es sich nicht um einen datenschutzrechtlichen Bezug. Ggf. sollte klargestellt werden, dass es sich um eine von den polizeilichen Maßnahmen nach § 33a Abs. 1 S. 1 PAG-E des Änderungsantrages betroffene Person handelt, wie es die Begründung zum Änderungsantrag vorsieht: *„Zudem räumt die Eingriffsnorm der von der polizeilichen Maßnahme betroffenen Person ein Antragsrecht ein, sodass eine Aufzeichnung des Geschehens mittels des Aufnahmegeräts erfolgen muss.“*

Frage 4:

Wie bewerten Sie die Möglichkeit einer automatisierten Aufzeichnung beim Ziehen der Schusswaffe wie im Änderungsantrag unter § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 3 vorgeschlagen? Und wäre dies aus Ihrer Sicht gleichfalls für das Reizstoffsprühgerät und den Schlagstock geeignet und geboten, sofern technisch möglich?

Antwort zu Frage 4:

Der TLfDI hält eine automatisierte Aufzeichnung beim Ziehen und dem möglichen Gebrauch der Schusswaffe für vertretbar. Schusswaffen dürfen nur gebraucht werden, wenn andere Maßnahmen des unmittelbaren Zwanges erfolglos angewendet wurden oder offensichtlich keinen Erfolg versprechen (§ 64 Abs. 1 S. 1 PAG). Sie sind damit ultima ratio zur Durchsetzung unmittelbaren Zwangs. Die gesetzlichen Voraussetzungen zum Gebrauch der Schusswaffe sind in § 65 PAG eindeutig geregelt. Die automatisierte Aufzeichnung bleibt damit die Ausnahme und zeichnet eine Situation mit hohem Gefährdungspotential für Leib und Leben der eingesetzten Polizeibeamt*innen und dritter Personen auf.

Bezüglich der automatisierten Aufzeichnung beim Einsatz des Reizstoffsprühgeräts und des Schlagstocks weist der TLfDI darauf hin, dass hier von einem deutlich häufigeren Einsatz auszugehen ist. Zudem ist das „Ziehen“ des Schlagstocks nicht immer mit seinem Einsatz gleichzusetzen. Der TLfDI sieht eine automatische Aufzeichnung daher kritisch.

Frage 5:

Ist es aus Ihrer Sicht technisch und praxistauglich möglich, den Zwischenspeicher (Pre-Recording) automatisiert unwiderruflich/spurenlos zu löschen wie im Änderungsantrag unter § 33a Absatz 1 Satz 4 vorgeschlagen? Wenn nein, was wäre aus Ihrer Sicht eine angemessene Formulierung?

Antwort zu Frage 5:

Grundsätzlich wird bei den Ausführungen vorausgesetzt, dass die Aufnahmen für 30 Sekunden ausschließlich im flüchtigen Hauptspeicher des Aufnahmegerätes vorgehalten und nicht auf den Flash-Speicher des Aufnahmegerätes abgelegt werden. Setzt man diese Vorbedingung voraus, ist die Löschung jedes Speicherinhaltes trivial möglich, indem der Speicher durch das Programm vor Freigabe aktiv mit Nullen oder zufälligen Inhalten überschrieben wird. Für Hauptspeicher (SRAM oder DRAM-Bauweise) kann nur unter Laborbedingungen der vorherige Speicherzustand ermittelt werden, was im betrachteten Szenario faktisch nur akademischen Charakter hat und im geplanten Einsatzszenario ausgeschlossen werden kann.

Problematischer ist die folgende Frage: Kann man nach 30 Sekunden einfach Videoinhalte löschen? Hier ist die Video-Kodieretechnik ein Problem. Aktuelle Videokodierstandards (H.264, H.265, HEVC) speichern dazu nicht einfach jedes Bild hintereinander ab, sondern kodieren aus Effizienzgründen nur Änderungen zu vorherigen Bildern (oder innerhalb eines Bildes). Details sind z.B. in der Veröffentlichung „Block Structure and Parallelism Features in HEVC“, Heiko Schwarz, Thomas Schierl, Detlev Marpe, 2014, Fraunhofer HHI, zu finden. Dabei wird das erste Bild eines Videos immer so kodiert, dass es aus seinen enthaltenen Informationen vollständig rekonstruierbar ist (ein sog. Intra-coded-frame, auch I-Frame genannt). Die

folgenden Bilder sind nur wiederherstellbar, wenn das jeweils vorherige Bild dekodiert vorliegt und die im gerade betrachteten Bild kodierte Differenz (sogenannte predicted frames oder P-Frames). Möglich ist auch, das momentane Bild aus den Informationen des Vorgängers und Nachfolgers zusammenzusetzen (bi-directional predicted frames, B-Frames). D.h. ein Videodatenstrom ist dann nicht mehr dekodierbar, wenn I-Frames gelöscht werden, da alle darauffolgenden Bilder nur noch differenziell von diesen I-Frames abhängen. Moderne Kodierverfahren gehen sogar noch weiter, und segmentieren Bilder in „I-Slices“, „P-Slices“ und „B-Slices“. Für die Löschung von Videomaterial bedeutet dies, dass entweder keine modernen Kodierverfahren angewendet werden dürfen (jedes Bild ist dann ein I-Frame) und somit eine Löschung trivial wäre, oder bei modernen Kodierverfahren nur die Bildsequenzen gelöscht werden können, welche zwischen zwei I-Frames liegen, d.h. deren Inhalt komplett aus „I-Slices“ besteht. Es kann mit anderen Worten nur der Inhalt bis zum nächsten vollständigen I-Frame gelöscht werden, da der Rest des Datenstromes sonst nicht mehr dekodierbar wird. Abb. 1 stellt dies grafisch dar.

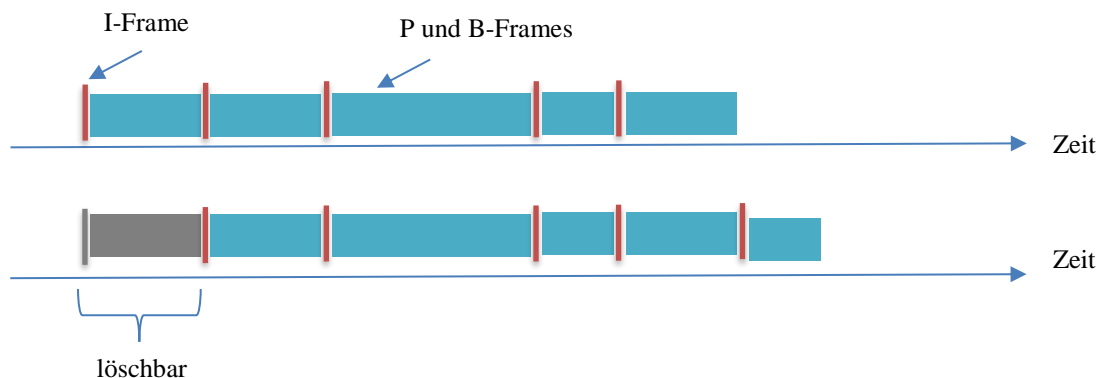


Abb.1 Aufbau moderner Videodatenströme aus I-Frames und P- und B-Frames und der daraus folgende löschar Bereich

Wann ein neuer I-Frame oder „I-Slice“ angelegt wird, entscheidet der Encoder anhand eines Fehlers zwischen Originalbild und zu kodierendem Bildes. Primär ist dies vom Inhalt der Bilddaten abhängig. Große Änderungen führen zu häufigen I-Fra-

mes. Damit schwankt der Abstand der I-Frames unvorhersehbar, kann aber im Encoder evtl. eingestellt werden. Bei Videostreams sind 10 Sekunden marktüblich. Dadurch würde das Videomaterial im flüchtigen Zwischenspeicher auf 40 Sekunden anwachsen, ehe die ersten 10 Sekunden löscher sind und der Speicher auf 30 Sekunden Videomaterial reduziert werden.

Aus den oben genannten Ausführungen folgt, dass technisch der Encoder so einstellbar sein muss, dass alle 2 Sekunden ein I-Frame erzeugt wird und damit der flüchtige Speicher zwischen 30 und 32 Sekunden Videomaterial besitzt. Liegt der Speicherort im Hauptspeicher des Aufnahmegerätes, ist die sichere Löschung der 2 Sekunden-Abschnitte technisch möglich und nach dem Ausschalten der Kamera kann der gesamte Speicherbereich als sicher gelöscht betrachtet werden. Für Audiodatenströme bestehen diese Probleme nicht, da hier keine differenzielle Kodierung genutzt wird.

Dies ändert sich, sobald der Speicherort vom Hauptspeicher auf den Festspeicher des Aufnahmegerätes wechselt (üblich sind Flash-Bausteine). Hier ist der Inhalt auch nach Ausschalten des Gerätes noch vorhanden. Auch freigegebene / zu löschende Videoabschnitte müssen aktiv überschrieben werden und hierzu bedarf es spezieller Löschroutinen, welche vom Hersteller implementiert werden müssen und durch den Verantwortlichen aktiv erfragt werden müssen. Diese Speicherart führt außerdem zu einem frühzeitigen Verschleiß des Flash-Speichers und damit zu einem Verlust der Verfügbarkeit des Systems.

Fazit zu Frage 5: Der Video-Encoder muss so konfigurierbar sein, dass ca. alle 2 Sekunden ein I-Frame im Videodatenstrom erzeugt wird. Wird als flüchtiger Zwischenspeicher des Aufnahmegerätes der Hauptspeicher (SRAM oder DRAM) genutzt, kann mit Freigabe des Speichers des zu löschenden Videosegmentes eine sichere Löschung erfolgen, wenn der freigegebene Speicher zuvor überschrieben wird. Dies ist effizient möglich. Problematischer ist, wenn der flüchtige Speicher im Festspeicher (Flash) des Aufnahmegerätes liegt, da hier ebenfalls ein manuelles Überschreiben notwendig ist, aber die Speicherverwaltung aufwändiger erfolgen muss und zu einem hohen Verschleiß des Speichers führt. Im Fall eines plötzlichen

Ausfalls der Body-Cam können in diesem Fall sogar Teile des „flüchtigen“ Speichers gespeichert bleiben und sind damit keinesfalls als „flüchtig“ zu bezeichnen. Die genannten Aspekte sind in der Ausschreibung zur Anschaffung der Body-Cams zu berücksichtigen. Wenn diese beachtet werden, kann eine sichere Löschung mit geringen zeitlichen Schwankungen in der Dauer der Videoaufnahmen im Zwischenspeicher realisiert werden (die Einhaltung von genau 30 Sekunden ist technisch wahrscheinlich nicht möglich).

Frage 6:

Halten Sie die Regelungen in § 33a Absatz 2 des Änderungsantrags zum Verhältnis Polizei/Betroffene (Ankündigung, Erkennbarkeit, Belehrung) geeignet, auch um das Vertrauen in die Maßnahme der polizeilichen Bild- und Tonaufzeichnung zu verbessern und wie bewerten Sie den Vorschlag vor dem Hintergrund der Praktikabilität?

Antwort zu Frage 6:

Die Frage weist keinen datenschutzrechtlichen Bezug auf und wird daher nicht beantwortet.

Frage 7:

Wie bewerten Sie die vorgeschlagene Änderung in § 33a Absatz 3 des Änderungsantrags, auf den Einsatz in Wohnräumen vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Hürden des Artikels 13 Absatz 1 zum Schutz der Wohnung zu verzichten, gleichfalls jedoch in einem abgestuften Verfahren den Bereich der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume bei angepasster Eingriffsschwelle sowie dem Schutz von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern zu ermöglichen?

Antwort zu Frage 7:

Ausweislich der BVerfG-Entscheidung (BVerfG 1 BvR 280/66 vom 13.10.1971 (BVerfGE 32, 54, nachfolgend zitiert nach Juris) ist eine Abstufung hinsichtlich der Eingriffsschwellen in Art. 13 Abs. 1 GG vorzunehmen. Grundsätzlich umfasst zwar der Begriff Wohnung auch Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume (BVerfGE 32, 54 Rdn. 39ff.). Bezüglich der Wohnung im engeren Sinne greift der Schutzbereich des

Art. 13 Abs. 1 GG voll. Erfasst ist das Recht auf eine absolute intime Ruhezone des Einzelnen, was auch gilt, wenn in diesen Räumen zugleich eine berufliche oder geschäftliche Tätigkeit ausgeübt wird. Letzteres sollte im Änderungsantrag klargestellt werden.

Unklar bleibt, ob die flüchtige Zwischenspeicherung unter Richtervorbehalt steht und wie sich der Begriff der „gegenwärtigen Gefahr“ definiert. Meint der Entwurf die gegenwärtige Gefahr, wie in § 54 Nr. 3b OBG definiert?

Es fehlt zudem eine Regelung für den Eintritt von Gefahr im Verzug.

Frage 8:

Ist es aus Ihrer Sicht vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Hürden des Artikels 13 Absatz 1 des Grundgesetzes folgerichtig und erforderlich, nicht nur die dauerhaften Aufzeichnungen für Wohnungen auszuschließen, sondern ebenfalls die Vorabaufnahme (Pre-Recording) für Wohnungen auszuschließen? Und wie ist dies aus Ihrer Sicht praktisch für den Kameraanwender umzusetzen? Ist es geboten und praktikabel das Pre-Recording am Gerät in diesen Fällen zu deaktivieren?

Antwort zu Frage 8:

Nach Ansicht des TLfDI ist es folgerichtig, auch das Pre-Recording auszuschließen. Die Wohnung umfasst den geschützten Bereich der räumlichen Privatsphäre (BVerfGE 32, 54, Rdn. 45 der juris-Fundstelle). Eingriffe und Beschränkungen dürfen nur unter genau bestimmten engen Voraussetzungen vorgenommen werden. Das Pre-Recording in der mit dem Änderungsantrag normierten Form wird diesen Anforderungen nach Art. 13 Abs. 7 GG nicht gerecht. Eine Deaktivierung des Pre-Recordings ist daher geboten.

Frage 9:

Wäre aus Ihrer Sicht in § 33a Absatz 3 des Änderungsantrags ein zusätzlicher Richtervorbehalt für die Verwendung von Aufnahmen aus Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen (die nicht in solchen zulässig sind, die der Ausübung der Tätigkeit

von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern nach den §§ 53, 53a der Strafprozessordnung dienen) über das bereits abgestufte Verfahren hinaus erforderlich oder ist dieser entbehrlich?

Antwort zu Frage 9:

Die Fragestellung ist nicht eindeutig. Der Begriff „Verwendung“ sollte dringend im Sinne der Normenklarheit abgeändert werden.

Sollte hier mit „Verwendung von Aufnahmen aus Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen“ eine (Weiter-) Verarbeitung der Aufnahmen im Sinne von § 32 Nr. 2 Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG) gemeint sein, muss diese ebenso wie die Erhebung der personenbezogenen Daten durch den Aufnahmeprozess zur Aufgabenerfüllung zu den in § 31 ThürDSG genannten Zwecken erforderlich sein (siehe § 33 Abs. 1 ThürDSG). Die Rechtsgrundlage der (Weiter-) Verarbeitung **zum selben Zweck** wie die Erhebung der personenbezogenen Daten bleibt in der Regel gleich, es sei denn für Erhebung und (Weiter-) Verarbeitung existierten gesonderte gesetzliche Regelungen. Bei einer **Zweckänderung** greift § 33 Abs. 2 ThürDSG: „Eine Verarbeitung personenbezogener Daten zu einem anderen Zweck als zu demjenigen, zu dem sie erhoben wurden, ist zulässig, wenn es sich bei dem anderen Zweck um einen in § 31 genannten Zweck handelt, der Verantwortliche befugt ist, Daten zu diesem Zweck zu verarbeiten und die Verarbeitung zu diesem Zweck erforderlich und verhältnismäßig ist. Die Verarbeitung personenbezogener Daten zu einem anderen, in § 31 nicht genannten Zweck ist zulässig, wenn sie in einer Rechtsvorschrift vorgesehen ist.“

Ein Richtervorbehalt wäre für die (Weiter-)Verarbeitung nicht erforderlich, wohl aber für die Fertigung der Aufnahmen. Die Aufnahmen in Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen fallen unter den Begriff Wohnung und damit unter den Schutzbereich des Art. 13 GG, siehe Ausführungen zu Frage 7. In diesen Räumlichkeiten müssen Personen nicht damit rechnen, dass Videoaufnahmen von ihnen gefertigt werden. Art. 13 Abs. 3 – 5 GG regeln eindeutig unter welchen Voraussetzungen technische Mittel in Wohnungen eingesetzt werden dürfen. Es hat jeweils entweder der Richter

oder eine gesetzlich bestimmte Stelle darüber zu entscheiden. An solchen Regelungen fehlt es in § 33a Abs. 3 PAG-E des Änderungsantrages.

Es fehlt auch eine Regelung für den Fall, dass Gefahr im Verzug vorliegt. Dann kann die Anordnung der Aufnahmen auch durch eine gesetzlich bestimmte Stelle (z.B. die Staatsanwaltschaft) getroffen werden. Eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. Dies wäre gesetzlich zu regeln.

In diesem Zusammenhang sei nochmals darauf hingewiesen, dass der in § 33a Abs. 3 S. 3 PAG-E des Änderungsantrages normierte Begriff der „gegenwärtigen Gefahr“ nicht definiert ist. Entspricht „gegenwärtige Gefahr“ dem Begriff des § 54 Nr. 3b OBG?

Wenn „Verwendung von Aufnahmen aus Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen“ eine Verwertung als Beweismittel meinen sollte, fallen - wie unter Frage 7 bereits dargelegt - unter den Begriff der Wohnung gem. Art. 13 GG auch die Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume (BVerfGE 32, 54 Rdn. 39ff.) Daher ist Art. 13 GG auch für diese Räumlichkeiten anwendbar.

Art. 13 Abs. 4 GG bestimmt: *„Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.“*

Die in Art. 13 Abs. 4 GG normierten Gefahrbegriffe finden sich nicht im vorliegenden PAG-E Änderungsentwurf wieder. Es werden andere Gefahrbegriffe verwendet, die nicht definiert werden und inhaltlich völlig unklar bleiben. Unklar bleibt auch, ob die verwendeten Gefahrbegriffe denen des § 54 OBG entsprechen. Hier ist dringend eine entsprechende Anpassung vorzunehmen.

Unter die „*technischen Mittel*“ fallen nach Auffassung des TLfDI auch körpernah getragene Aufnahmegeräte und erst recht Aufnahmegeräte an Fahrzeugen, sofern sie

Aufnahmen von offen einsehbarem Betriebsgelände fertigen, so dass sie nur bei richterlicher Anordnung eingesetzt werden dürfen, bzw. diese umgehend nachzuholen ist.

Selbst wenn die Voraussetzungen des Art. 13 Abs. 5 GG erfüllt wären (*„Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen...“*) wäre die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle anzuordnen, Art. 13 Abs. 5 S.1 GG, und eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse *„nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen“*, Art. 13 Abs. 5 S. 2 GG.

Diese Anforderungen erfüllt der Änderungsantrag nicht. Es ist weder eine anordnende Stelle benannt, noch können die Aufnahmen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten verwendet werden, nicht zuletzt auch weil dies dem Übermaßverbot widerspräche, siehe Antwort zu Frage 16. Auch hier wäre der Richtervorbehalt zur Feststellung der Rechtmäßigkeit der Fertigung von Aufnahmen mit körpernah getragenen Aufnahmegeräten oder mit Aufnahmegeräten an Fahrzeugen zu erfüllen. Bei Gefahr im Verzug kann die Anordnung der Aufnahmen auch durch eine gesetzlich bestimmte Stelle (z.B. die Staatsanwaltschaft) getroffen werden. Eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. Dies wäre gesetzlich zu regeln.

Frage 10:

Ist der Umgang von Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten hinsichtlich des befriedeten Besitzums aus Ihrer Sicht angemessen in § 33a Absatz 3 des Änderungsantrags geregelt, auch vor dem Hintergrund von Kleingartenanlagen, dabei insbesondere im Verhältnis zum Schutz nach Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes? Falls nein, welche Änderungen schlagen Sie vor?

Antwort zu Frage 10:

Aus Sicht des TLfDI ist der Ausschluss von „befriedetem Besitztum“ einschließlich Kleingartenanlagen gerechtfertigt, weil auch hier der engste Schutzbereich des persönlichen Entfaltungsraums des Einzelnen betroffen ist. Es besteht zudem kein erkennbarer Unterschied zwischen am Wohnhaus angrenzenden Arealen (Garten- oder Hofbereiche) und in einer Kleingartenanlage befindlichen Bereichen. Zu beachten ist außerdem, dass auch Kleingärten zumeist Räumlichkeiten (Lauben) aufweisen, die wiederum als Stätte privaten Lebens und Wirkens des Einzelnen dienen. „In der verfassungsrechtlichen Literatur besteht Einigkeit darüber, dass der Schutzbereich des Art. 13 GG über den alltagssprachlichen Wohnungsbegriff (Haupt- einschließlich Nebenwohnräume) hinaus auch andere Räume schützt, soweit sie als Räume der Freizeit, Räume der Mobilität, kultusbezogene oder der sozialen Beratung zuzuordnen sind und die Privatheit der Lebensgestaltung ermöglichen, denn deren Schutz soll durch diese Vorschrift umfassend gewährleistet werden (vgl. die Aufstellung bei Berkemann in AK-GG a.a.O., Rdn. 41; Papier in Maunz/Dürig/Herzog a.a.O., Rdn. 10 f.). Dazu zählen etwa Gartenhäuser, Hotelzimmer, Wohnwagen, Wohnmobile, bewohnbare Schiffe, Zelte, Schlafwagenabteile, nicht allgemein zugängliche Geschäfts- und Büroräume oder ein nicht allgemein zugängliches Vereinsbüro.“ ... „Nach diesem Maßstab fallen auch Krankenzimmer unter den Schutzbereich des Art. 13 GG.“ (So BGHSt Az.: 1 StR 140/05, Rdnr. 18, zitiert nach Juris).

Frage 11:

Wie bewerten Sie die angepasste Regelung zum Kernbereichsschutz in 33a Absatz 4 des Änderungsantrags vor dem Hintergrund des veränderten Regelungserfordernisses, dass Aufzeichnungen in Wohnungen nicht mehr zulässig sind und vor dem Hintergrund, dass die kameratragende Person (anders als bei der verdeckten Aufzeichnung) nicht sofort in die Aufnahme eingreifen soll, um diese zu löschen, da dieser generell der Zugriff hinsichtlich einer Löschung entzogen ist?

Antwort zu Frage 11:

Nach der Entscheidung des BVerfGE 109, 279, Rdn. 124 (zitiert nach Juris) gehört „Zur Entfaltung der Persönlichkeit im Kernbereich privater Lebensgestaltung“ ... „die Möglichkeit, innere Vorgänge wie Empfindungen und Gefühle sowie Überlegungen, Ansichten und Erlebnisse höchstpersönlicher Art zum Ausdruck zu bringen, und

zwar ohne Angst, dass staatliche Stellen dies überwachen. Vom Schutz umfasst sind auch Gefühlsäußerungen, Äußerungen des unbewussten Erlebens sowie Ausdrucksformen der Sexualität“ Wenn der so definierte Kernbereich privater Lebensgestaltung Gegenstand von Aufnahmen wird (gleich ob Pre-Recording oder dauerhafte Aufnahme), ist ihre Zulässigkeit genauestens zu prüfen. „Ob ein Sachverhalt dem unantastbaren Kernbereich zuzuordnen ist, hängt davon ab, ob er nach seinem Inhalt höchstpersönlichen Charakters ist, also auch in welcher Art und Intensität er aus sich heraus die Sphäre anderer oder Belange der Gemeinschaft berührt (vgl. [BVerfGE 80, 367](#) <374>) [...] Entscheidend ist, ob eine Situation gegeben ist, in der auf Grund von konkreten Hinweisen oder typischerweise und ohne gegenteilige tatsächliche Anhaltspunkte im Einzelfall der unantastbare Kernbereich privater Lebensgestaltung betroffen wird, etwa im Zuge der Beobachtung von Äußerungen innerster Gefühle oder von Ausdrucksformen der Sexualität. „Nicht zum Kernbereich gehören Inhalte, die einen nicht mehr nur höchstpersönlichen Sozialbezug aufweisen. Bereits in seiner Rechtsprechung zum Schutz von Tagebüchern hatte das Gericht daher Angaben zu konkreten Straftaten, die nicht nur innere Gefühle und Eindrücke wiedergeben, vom Kernbereichsschutz ausgeschlossen, siehe BVerfGE 80, 367 (375); daran anknüpfend dann BVerfGE 109, 279 (319); BVerfG NJW 2009, 2431 (2436 Rn. 90)“, so Prof. Dr. Poscher, HFR 7/ 2010 S. 1 ff. unter <https://www.rewi.hu-berlin.de/de/lf/oe/hfr/deutsch/2010-07.pdf>)

Vorkehrungen zum Schutz der Menschenwürde sind nicht nur in Situationen gefordert, in denen der Einzelne mit sich allein ist, sondern auch dann, wenn er mit anderen kommuniziert (vgl. BVerfGE 6, 389 <433>; 35, 202 <220>). Der Mensch als Person, auch im Kernbereich seiner Persönlichkeit, verwirklicht sich notwendig in sozialen Bezügen (vgl. BVerfGE 80, 367 <374>). Die Zuordnung eines Sachverhalts zum unantastbaren Bereich privater Lebensgestaltung oder - soweit dieser nicht betroffen ist - **zum Sozialbereich, der unter bestimmten Voraussetzungen dem staatlichen Zugriff offensteht**, kann daher nicht danach vorgenommen werden, ob eine soziale Bedeutung oder Beziehung überhaupt besteht; entscheidend ist vielmehr, welcher Art und wie intensiv sie im konkreten Fall ist (vgl. BVerfGE 80, 367 <374>), so BVerfGE 109, 279 Rdn. 136

Gespräche, die Angaben über begangene Straftaten enthalten, gehören ihrem Inhalt nach nicht dem unantastbaren Kernbereich privater Lebensgestaltung an (vgl. BVerfGE 80, 367 <375>). Daraus folgt jedoch nicht, dass bereits jedwede Verknüpfung zwischen dem Verdacht einer begangenen Straftat und den Äußerungen des Beschuldigten zur Bejahung des Sozialbezugs ausreicht. Aufzeichnungen oder Äußerungen im Zwiegespräch, die zum Beispiel ausschließlich innere Eindrücke und Gefühle wiedergeben und keine Hinweise auf konkrete Straftaten enthalten, gewinnen nicht schon dadurch einen Gemeinschaftsbezug, dass sie Ursachen oder Beweggründe eines strafbaren Verhaltens freizulegen vermögen. **Ein hinreichender Sozialbezug besteht demgegenüber bei Äußerungen, die sich unmittelbar auf eine konkrete Straftat beziehen**, so BVerfGE 109, 279 Rdn. 137

Zu regeln wäre jedoch dringend, dass im Fall eines unzulässigen Kernbereichseingriffs sowohl die Pre-Recording-Aufnahme als auch die dauerhafte Aufnahme sofort zu unterbrechen ist durch die aufnehmende Person. Andernfalls fände durch die weitere Aufnahme eine Rechtsverletzung in Kenntnis der Unzulässigkeit statt.

Aus datenschutzrechtlicher Sicht wird das informationelle Selbstbestimmungsrecht durch die Aufnahme an sich eingeschränkt. Die Grundrechtseinschränkung ergibt sich nicht erst durch eine Sichtung der Aufnahme oder eine (Weiter-)Verarbeitung der personenbezogenen Daten.

Ist der aufnehmenden Person der Zugriff bezüglich einer Löschung generell entzogen und ist die Aufnahme unzulässig, sollte eine konkrete Frist zur Löschung im Gesetz verankert werden. Die Formulierung „unverzüglich“ ist zu unbestimmt und räumt erheblichen Interpretationsspielraum ein. Der TLfDI sieht auch aus polizeilichen Abläufen heraus kein Erfordernis, derart grundrechtsverletzende Aufnahmen länger als 24 h aufzubewahren und bittet dringend, eine entsprechende Frist als Höchstfrist im Gesetz zu verankern.

Frage 12:

Sind aus Ihrer Sicht Kernbereichsverletzungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Bodycams im öffentlichen Raum oder in Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen (die bereits nicht in solchen zulässig sind, die der Ausübung der Tätigkeit von Berufsheimnisträgern und Berufshelfern nach den §§ 53, 53a der Strafprozessordnung dienen) vorstellbar und wenn ja sind Ihnen Anwendungsbeispiele bekannt?

Antwort zu Frage 12:

Kernbereichsverletzungen wären in diesen Bereichen denkbar. Der Kernbereichsschutz gilt nicht nur für die physischen Räume der Wohnungen, sondern auch für ideelle Räume entsprechend der Definition des BVerfGE 109, 279, Rdn. 124 (siehe Antwort zu Frage 11 und Prof. Dr. Poscher, HFR 7/ 2010 S. 1 ff. unter <https://www.rewi.hu-berlin.de/de/lf/oe/hfr/deutsch/2010-07.pdf>

Denkbar sind Kernbereichsverletzungen beispielweise beim polizeilichen Einsatz in öffentlichen Saunen, Schwimmbädern und Toiletten(-vorräumen), Schulen, öffentlichen Bereichen von Krankenhäusern (soweit Krankenzimmer nicht bereits unter den Wohnungsbegriff von Art. 13 GG fallen), Sporthallen oder –bereichen im Freien, öffentlich zugänglichen Bereichen, in welchen Hobbies jedweder Art nachgegangen wird und besonders in Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen, die gleichzeitig als privater Wohnraum dienen (siehe hierzu Antworten zu Frage 7 und Frage 10, insbesondere die BGHSt-Entscheidung mit weiteren Zitaten und Verweisen auf entsprechende Aufstellungen).

Es sei nochmals auf zulässige Kernbereichseingriffe hingewiesen, siehe Antwort zu Frage 11.

Frage 13:

Wäre aus Ihrer Sicht ein zusätzlicher Richtervorbehalt für die Verwendung von Aufnahmen in solchen Fällen erforderlich, bei bzw. nach denen es zu einer Kernbereichsverletzung im Sinne des § 33a Absatz 4 des Änderungsantrags gekommen ist (vor dem Hintergrund der im Änderungsantrag angepassten Einsatzgebiete)?

Antwort zu Frage 13:

§ 33a Abs. 4 PAG-E des Änderungsantrages bestimmt eindeutig, dass die dauerhafte Aufzeichnung personenbezogener Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, unzulässig sind und nicht verwendet werden dürfen. Es wird nochmals auf die in der Antwort zu Frage 11 dargelegten Ausnahmen von der Zuordnung eines Sachverhalts zum unantastbaren Bereich privater Lebensgestaltung (d.h. Zuordnung zum Sozialbereich) hingewiesen.

Auch in § 33a Abs. 4 PAG-E des Änderungsantrages sollte der Begriff „verwendet“ dringend im Sinne der Normenklarheit präzisiert werden. Ist eine Verwertung als Beweismittel gemeint?

Nach der gegenwärtigen Formulierung des Änderungsantrages ist ein Richtervorbehalt nicht möglich, weil eine absolute Unzulässigkeit vorliegt.

Das Gesetz bedarf dringend einer Ergänzung zur Vorgehensweise bei Zweifeln an der Zulässigkeit einer Kernbereichsverletzung. Sofern nicht feststeht, ob eine Verwertbarkeit bzw. eine ggf. unzulässige Verletzung des Kernbereichs privater Lebensgestaltung vorliegt, muss nach Auffassung des TLfDI die Entscheidung über die Verwertbarkeit einem Richter übertragen werden. Eine vergleichbare Regelung findet sich in § 100d Abs. 3 S. 2 StPO und § 16 Abs. 3 PolG Nordrhein-Westfalen und § 33 Abs. 3 PolG Niedersachsen.

Frage 14:

Wäre aus Ihrer Sicht die dauerhafte Aufzeichnung auch innerhalb der Wohnung für den ausschließlichen Fall des Ziehens der Schusswaffe rechtlich möglich, wenn man im Ergebnis der Abwägung ein Aufzeichnungsinteresse in solchen Fällen höher gewichtet als den Schutz in Artikel 13 Absatz 1 Grundgesetz? Falls nein, müsste aus Ihrer Sicht aus (verfassungs-)rechtlichen Gründen in solchen Fällen das Pre-Recording und die Tonaufzeichnung zu diesem Zweck deaktiviert oder deaktivierbar sein oder würde eine Regelung zur unmittelbaren Löschung, analog z.B. § 35 Absatz 6 Sätze 2-7 des Thüringer Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der

Polizei (PAG) aus Ihrer Sicht ausreichen und wie bewerten Sie das vor dem Hintergrund der Praktikabilität?

Antwort zu Frage 14:

Würde man den Schutz von Art. 13 Abs. 1 GG höher gewichten als das Aufzeichnungsinteresse beim Ziehen der Schusswaffe, müsste auch das Pre-Recording und die kurzzeitige Tonausnahme in Wohnungen deaktiviert werden. Eine Regelung zur unmittelbaren Löschung wäre nicht ausreichend, weil die Grundrechtseinschränkung bereits mit der Aufnahme und nicht erst mit ihrer Sichtung / Weiterverarbeitung erfolgt.

Andernfalls müsste eine Art. 13 Abs. 4 GG konforme Regelung geschaffen werden. Dies bedeutet zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen **(dauerhafte und flüchtig gespeicherte) Aufzeichnungen** nur auf Grund richterlicher Anordnung und bei Gefahr im Verzuge durch Anordnung einer anderen gesetzlich bestimmten Stelle eingesetzt werden. Eine richterliche Entscheidung ist dann unverzüglich nachzuholen. Die Gefahrbegriffe wären zu definieren und auf Art. 13 Abs. 4 GG abzustimmen. Das Gesetz müsste zudem klar regeln, dass bei Gefahr im Verzug die Polizeibeamten zwar zunächst ohne richterliche Anordnung handeln dürfen. Dies ist aber erst bei gegenwärtiger Gefahr, konkreter Gefahr oder Gefahr für Leib und Leben (im Sinne von § 54 OBG) zulässig. Es muss also klar geregelt werden, welche Gefahr bei richterlicher Anordnung sowie bei Gefahr im Verzug vorliegen muss, damit die Aufzeichnung mit körpernah getragenen oder fest an Fahrzeugen installierten Aufnahmegeräten gestartet werden darf.

Frage 15:

Die bisherige Aufbewahrungsdauer der Aufzeichnungen beträgt 48 Stunden und soll in § 33a Absatz 5 des Änderungsantrags auf 30 Tage erweitert werden; Ist dieser Zeitraum aus Ihrer Sicht angemessen oder sollte dieser weiter ausgedehnt werden? Wenn nein, welche Frist scheint Ihnen angemessen?

Antwort zu Frage 15:

Die Frist wird für angemessen erachtet.

Der TLfDI weist darauf hin, dass auch eine manuelle Löschung durch die technisch-organisatorischen Maßnahmen abgesichert sein muss. Da § 35 Abs. 3 ThürDSG unberührt bleibt, entbindet die automatisierte Löschung nach 30 Tagen die jeweiligen polizeilichen Sachbearbeiter*innen im Rahmen der Einzelfallbearbeitung nicht davon zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Löschung oder Vernichtung vorliegen oder aber eine Verkürzung der Speicherdauer von Anfang an in Frage kommt. Dabei kann in der Einzelfallbearbeitung insbesondere über die weitere Speicherung zu entscheiden sein, wenn bspw. ein Antrag auf Löschung bzw. Vernichtung vom Betroffenen gestellt wird. Die Möglichkeit der manuellen Löschung sollte im Normentext klargestellt werden.

Frage 16:

Sollten aus Ihrer Sicht beim Vorliegen von dauerhaften Bild- und Tonaufzeichnungen mittels Bodycam über Straftaten (§ 33a Absatz 5 Satz 3 Nr. 1 des Änderungsantrags) hinaus auch Ordnungswidrigkeiten (etwa Falschparken, unsachgemäße Entsorgung von Zigaretten, Lärmbelästigung) verfolgt werden können?

Antwort zu Frage 16:

Die Verfolgung von geringfügigen Ordnungswidrigkeiten, wie Falschparken, unsachgemäße Entsorgung von Zigaretten, Lärmbelästigung, mit Bild- und Tonaufzeichnungen mittels Bodycam widerspricht dem seitens des Bundesverfassungsgerichts geforderten Übermaßverbot.

Es ist notwendig, dass eine Maßnahme durch einen im Verhältnis zum Grundrechtseingriff hinreichend gewichtigen Rechtsgüterschutz gerechtfertigt ist. Angesichts des Eingriffsgewichts einer Bild- und Tonüberwachung (Eingriff in Grundrechte) muss sie daher dem Schutz von Rechtsgütern von zumindest erheblichem Gewicht oder einem vergleichbar gewichtigen öffentlichen Interesse dienen. (vgl. BVerfG, Entscheidung vom 18. Dezember 2019, 1 BvR

142/15, Rdn. 95, zitiert nach Juris). Der TLfDI spricht sich daher ausdrücklich für die Beschränkung auf Straftaten aus.

Frage 17:

Ist die vorgesehene Regelung zur wissenschaftlichen Evaluierung im § 33a Absatz 7 des Änderungsantrags aus Ihrer Sicht geeignet oder sollte aus Gründen der Datensparsamkeit der Zeitraum, wie lange dauerhaft aufgezeichnete Aufnahmen für diesen Zweck verwendet werden können im Gesetz oder mit der Ermächtigung zur Rechtsverordnung durch das zuständige Ministerium definiert werden (bspw. das maximal 3 oder 6 Monate solche Aufnahmen verwendet werden)?

Antwort zu Frage 17:

Die Aufbewahrung von nichtanonymisierten Daten für einen Zeitraum von ca. 2 Jahren für die wissenschaftliche Evaluation wird seitens des TLfDI als zu lang erachtet. Eine Festlegung auf einen bestimmten kürzeren Zeitraum wird befürwortet und eine Frist von 3 Monaten für ausreichend und angemessen erachtet.

Gemäß § 33 Abs. 3 ThürDSG kann die Verarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden wissenschaftlichen Zwecken erfolgen, wenn sie von den in § 31 ThürDSG genannten Zwecken umfasst ist und wenn geeignete Garantien für die Rechtsgüter der betroffenen Personen vorhanden sind. Solche Garantien können in einer frühestmöglichen Anonymisierung personenbezogener Daten, in Vorkehrungen gegen die unbefugte Kenntnisnahme durch Dritte oder in einer räumlich und organisatorisch von den sonstigen Fachaufgaben getrennten Verarbeitung personenbezogener Daten bestehen.

Die Daten sind möglichst zu anonymisieren. Hiervon kann nur abgesehen werden, wenn die Anonymisierung dem Zweck der wissenschaftlichen Evaluation entgegensteht und die Interessen der betroffenen Person nicht offensichtlich überwiegen, vgl. dazu auch § 39 Abs. 7 PolG Niedersachsen. **In jedem Fall sind die Daten nach Auffassung des TLfDI für eine sonstige Verwendung zu sperren bzw. einzuschränken (wenn sie nicht zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben benötigt werden und dort die Speicherfristen abgelaufen sind) oder getrennt von den**

für die polizeiliche Tätigkeit erforderlichen personenbezogenen Daten zu speichern/ aufzubewahren.

Frage 18

Sind Sie der Ansicht, dass eine Aufnahme bei der Durchführung von Maßnahmen der Strafverfolgung, wie in § 33a Absatz 1 Satz I des Änderungsantrags benannt, in der Gesetzgebungskompetenz des Landesgesetzgebers liegt?

Antwort zu Frage 18

Die Frage weist keinen datenschutzrechtlichen Bezug auf und wird daher nicht beantwortet.

Frage 19:

Sind Sie der Ansicht, dass die Durchführung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr für die Aufzeichnung und automatisierte Löschung nach 30 Sekunden sowie eine (einfache) Gefahr für eine dauerhafte Aufzeichnung als Tatbestandsmerkmale ausreichend sein sollten? Falls nein: welche Voraussetzungen sollten nach Ihrer Ansicht normiert werden?

Antwort zu Frage 19:

Siehe dazu die Antwort zu Frage 1.

Frage 20:

Sind Sie der Ansicht, dass die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten als Grund für die Aufzeichnung normiert werden sollte?

Antwort zu Frage 20

Nein. Siehe Antwort zu Frage 16.

Frage 21:

Sind Sie der Ansicht, dass die Begrifflichkeit des „flüchtigen“ Zwischenspeichers sowie der „dauerhaften Aufzeichnung“ dem Prinzip der Normklarheit genügt?

Antwort zu Frage 21

In der technischen Informatik ist der Begriff des flüchtigen Speichers gebräuchlich. Hierbei wird jeder Speicher als „flüchtig“ bezeichnet, welcher bei Verlust der Versorgungsspannung seinen Inhalt verliert und bei Wiederherstellung der Versorgungsspannung auf einen zufälligen Wert initialisiert wird. Dieser Begriff ist aus technischer Sicht damit hinreichend klar definiert. Bei dauerhaftem Speicher gilt, dass dieser nach Verlust der Versorgungsspannung seinen Speicherinhalt über eine längere Zeit behält. Je nach Technologie kann dies einige Jahre, Jahrzehnte bis zu einigen Jahrtausenden betragen. Man unterscheidet zwei Arten von „dauerhaftem“ Speicher: Speicher, welcher einmalig beschrieben werden kann und dann unabänderlich lesbar ist oder Speicher, welcher mehrmals beschrieben und gelesen werden kann. Da in beiden Entwürfen in § 33a Abs. 5 PAG-E im Regelfall eine Löschung der Aufzeichnungen nach 30 Tagen vorgesehen ist, ist klar, dass der Speicher mehrfach beschreibbar sein muss (da sonst nicht gelöscht werden kann) und auch die „dauerhafte“ Aufzeichnungszeit mind. 30 Tage betragen muss, ehe das Speichermedium seine Daten verliert. Praktisch alle wiederbeschreibbaren Speichermedien können diese Anforderungen erfüllen (Flash, Magnetdatenträger), und damit ist auch der Begriff der „dauerhaften Aufzeichnung“ aus technischer Sicht hinreichend klar beschrieben, da dieser im Kontext der Norm direkt auf die möglichen Speichertechnologien verweist.

Frage 22

Bestehen nach Ihrer Ansicht rechtliche Bedenken gegen die in § 33a Absatz 1 Satz 2 ff. des Änderungsantrags vorgesehene dauerhafte Speicherung von Aufnahmen? Wenn ja, welche?

Antwort zu Frage 22

Siehe Antwort zu Frage 1

Frage 23

Ist nach Ihrer Ansicht eine dauerhafte Speicherung von Aufnahmen, wie in § 33a Absatz 1 Satz 2 ff. des Änderungsantrags vorgesehen, praktisch umsetzbar?

Antwort zu Frage 23

Die Frage weist keinen datenschutzrechtlichen Bezug auf und wird daher nicht beantwortet.

Frage 24:

Sind Sie der Ansicht, dass die Regelung der Beendigung der Aufnahme („Mit Abschluss der Maßnahme“) in § 33a Absatz 1 Satz 7 des Änderungsantrags dem Prinzip der Normklarheit genügt?

Antwort zu Frage 24:

§ 33a Abs. 1 S. 7 des Änderungsantrages formuliert „Die Beendigung der Aufzeichnung erfolgt nach Abschluss der Maßnahme.“ Hier ist im Sinne der Normenklarheit eine Konkretisierung vorzunehmen, denn „nach Abschluss der Maßnahme“ wäre beispielsweise auch nach Ablauf einer Woche. Eine Beendigung der Aufzeichnung unmittelbar mit Abschluss der Maßnahme ist deutlicher herauszustellen.

Frage 25

Sind Sie der Ansicht, dass eine Löschung unzulässiger Aufnahmen des Kernbereichs privater Lebensgestaltung entsprechend § 33a Absatz 4 Satz 2 und 3 des Änderungsantrags zum Schutz des Grundrechts ausreichend ist oder vielmehr auch die Unterbrechung der Aufnahme sowie eine Regelung zur Fortsetzung für den Fall normiert werden muss, dass sich während der Aufzeichnung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Kernbereich privater Lebensgestaltung betroffen ist?

Antwort zu Frage 25:

§ 33a Abs. 4 des Änderungsantrages regelt zwar die Unzulässigkeit von dauerhaften Aufzeichnungen, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind. Auch dürfen die Aufzeichnungen nicht verwendet und müssen gelöscht werden. Nach Auffassung des TLfDI ist jedoch zwingend zu ergänzen, dass eine laufende Aufnahme zu unterbrechen ist, sobald ihre Unzulässigkeit festgestellt wird. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung wird nicht erst tangiert, wenn Aufnahmen gesichtet oder als Beweismittel herangezogen werden. Vielmehr findet die Grundrechtsbeeinträchtigung bereits durch die Aufnahme an sich statt. Sie tritt ein, sobald eine Person den Aufnahmebereich einer Kamera betritt. Diese Grundrechtsbeeinträchtigung bedarf einer rechtfertigenden Rechtsgrundlage. Demzufolge ist sie ist zu beenden, sobald feststeht, dass sie unzulässig ist, und kann ggf. fortgesetzt werden, wenn die Zulässigkeit einer Aufnahme später eintritt. Andernfalls liegt ein datenschutzrechtlicher Verstoß vor.

Frage 26:

Sind Sie der Ansicht, dass eine Verwendung der Daten für eine Evaluierung sowie für die Durchführung von Maßnahmen der Dienst- und Fachaufsicht oder von Disziplinarverfahren ermöglicht werden sollte? Stehen dem datenschutzrechtliche Überlegungen oder praktische Gründe entgegen?

Antwort zu Frage 26:

Die Evaluierung von grundrechtseingriffsintensiven Maßnahmen ist zu begrüßen. Allerdings sollte der Zweck der Evaluierung konkretisiert werden. Darüber hinaus sollten zur Durchführung weitere Festlegungen, insbesondere zum Umgang mit personenbezogenen Daten getroffen werden. Bildaufnahmen zum Zweck der Evaluierung zu anonymisieren und damit einer Löschverpflichtung nachzukommen, dürfte nicht möglich sein.

Aufgrund der Zweckbestimmung der Anfertigung von Bild- und Tonaufzeichnungen nach § 33 a Abs. 1 PAG-E des Änderungsantrages, wenn dies nach den Umständen zum Schutz eines Polizeibeamten oder eines Dritten gegen eine Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder Eigentum erforderlich ist, gestattet aus Sicht des TLfDI nicht

automatisch eine Datenverarbeitung zum Zweck der Durchführung von Maßnahmen der Dienst- und Fachaufsicht sowie von Disziplinarverfahren. **Würden die Aufnahmen regelmäßig durchgesehen, um festzustellen, ob sich ein Beamter fehlverhalten hat, um dies für disziplinarische oder arbeitsrechtliche Zwecke zu nutzen, wäre dies eine Leistungs- und Verhaltenskontrolle, die in dieser Form keine Rechtsgrundlage findet.** Die Aufnahmen werden von der Polizei auf der Grundlage der für sie anzuwendenden JI-Richtlinie, die in §§ 31 ff. ThürDSG umgesetzt wurde, angefertigt. Eine zweckändernde Verwendung der Aufnahmen für Dienst- und Fachaufsicht sowie Disziplinarverfahren, , ist nicht Gegenstand des § 31 ThürDSG, so dass nach § 33 Abs. 2 Satz 2 ThürDSG nur spezielle Vorschriften in diesem Bereich in Betracht kämen.

Weiterhin wäre zu berücksichtigen, dass der Beamte, der die Kamera trägt, zwar nur bedingt erfasst wird, sich aber durch die Erfassung des Geschehens aus seiner Warte unter Umständen selbst belastet. Werden unvermeidbar im Einsatzgeschehen auch Dritte erfasst, umfasst die Zweckbestimmung nach dem Wortlaut keine Auswertung zu den genannten Zwecken der Dienst- und Fachaufsicht sowie für Disziplinarmaßnahmen. Da der das Aufnahmegerät tragende Beamte über die Aufnahme entscheidet, wäre es von diesem abhängig, welche Kollegen unter Umständen erfasst und aufgezeichnet werden. Wird ein disziplinarrechtlich relevantes Verhalten eines anderen Beamten durch die Aufnahmen dokumentiert, könnte eine Verwendung der Aufnahmen für diese Zwecke jedoch zugelassen werden, insbesondere, wenn Dienstaufsichtsbeschwerden vorliegen. Eine Nutzung der noch nicht gelöschten verfügbaren Aufnahmen als Beweismittel wäre bei Vorliegen konkreter Anhaltspunkte, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen, zur Einleitung und Durchführung eines Disziplinarverfahrens (§§ 22 Abs. 1 und 30 Thüringer Disziplinalgesetz –ThürDG) aus datenschutzrechtlicher Sicht nicht ausgeschlossen.

Frage 27:

Bedarf es nach Ihrer Ansicht einer Normierung, dass der die Kamera tragende Beamte über die Aufnahme zu entscheiden hat und unter welchen Umständen dies möglich ist?

Antwort zu Frage 27:

Aus der Formulierung des Gesetzes ergibt sich, dass weder die Aufzeichnung durch die Bodycams noch die Aufzeichnungen durch fest installierte Kameras an den Fahrzeugen permanent (auch nicht durch ständige Löschung im 30 Sekunden-Takt) erfolgen darf, sondern nur bei der Durchführung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder von Maßnahmen zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten. Damit ist nach Auffassung des TLfDI gewährleistet, dass der die Kamera tragende bzw. die das Fahrzeug nutzenden Beamten über die Aufnahme entscheiden.

Frage 28:

Erachten Sie die Aufzeichnung mittels sogenannter „Dash-Cams“ für notwendig und wie bewerten Sie deren Anwendung in der Praxis?

Antwort zu Frage 28:

Der TLfDI geht davon aus, dass der Einsatz von Dash-Cams im herkömmlichen Sinne – das heißt eine anlasslose permanente Aufzeichnung des Straßenverkehrs in Reichweite der Kamera - nicht Gegenstand des vorliegenden Änderungsantrages ist. Die in § 33a Abs. 1 S. 1 PAG-E des Änderungsantrages genannten in oder an *polizeilich genutzten Fahrzeugen fest installierten Aufnahmegeräte* dürfen nach dem Wortlaut nur zu den Zwecken der Gefahrenabwehr und der Maßnahmen zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten betrieben werden.

Der vorliegende Änderungsantrag zum Gesetzentwurf regelt nicht, welche Art von Kameras in den Fahrzeugen der Polizei verwendet und wo diese verbaut werden sollen. Eine Dashcam ist eine auf dem Armaturenbrett (dashboard-camera) oder an der Windschutzscheibe eines Fahrzeugs verbaute Kamera. Üblicherweise zeichnet diese dauerhaft auf und speichert in einer Schleife die Aufnahmen (Ringspeicherung), indem sie nach einer festgelegten Zeit die älteren Aufnahmen wieder überschreibt. Der vorliegende PAG-E Änderungsantrag regelt weder wer wann zu welchem Zweck eine Dashcam einschaltet noch wie lang die Dauer der digitalen Ringspeicherung ist und ob bestimmte Bereiche, z. B. der öffentliche Verkehrsraum, zu verpixeln sind.

Der TLfDI weist darauf hin, dass die anlasslose dauerhafte Aufzeichnung des öffentlichen Verkehrsraumes einschließlich der Verkehrsteilnehmer und ihrer Fahrzeuge unzulässig ist. Insoweit wird auf das Positionspapier zur Unzulässigkeit von Videoüberwachung aus Fahrzeugen (sog. Dashcams) der Datenschutzkonferenz vom 28. Januar 2019 unter https://www.datenschutzkonferenz-online.de/media/oh/20190128_oh_positionspapier_dashcam.pdf verwiesen. Zudem weist der TLfDI auf seinen 1. Tätigkeitsbericht zum Datenschutz 2018 Punkt 5.33 hin.

Es gilt insbesondere für öffentliche Stellen wie die Polizei, dass eine unbegrenzte anlasslose permanente Überwachung zu einer Datenspeicherung auf Vorrat führen würde, die unverhältnismäßig und daher rechtswidrig wäre. Der Gesetzgeber müsste also beim Einsatz von Dashcams detailliert regeln, zu welchem Zweck, wer unter welchen konkreten Voraussetzungen was aufnehmen darf, wie lange gespeichert wird, unter welchen Voraussetzungen eine Verwertung als Beweismittel erfolgen (oder nicht erfolgen) darf usw. Der vorliegende Änderungsantrag genügt diesen Voraussetzungen nicht.

Auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach Eingriffe von erheblichem Gewicht auf Gründe gestützt werden müssen, die dem Schutz von Rechtsgütern von zumindest erheblichem Gewicht oder sonst einem vergleichbar gewichtigen öffentlichen Interesse dienen (BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom selben Tag - 1 BvR 142/15 - , Rdn. 95 ff.) wird hingewiesen.

Ebenso wird auf die Entscheidung des BVerfG zur Kennzeichenerfassung (Az. 1 BvR 2795/09 und 1 BvR 3187/10, Rdn. 71ff., zitiert nach Juris) hingewiesen, wonach durch die Tatbestandsmerkmale die Voraussetzungen der Aufnahmen und damit die für die Verhältnismäßigkeit ausschlaggebenden Zwecke hinreichend begrenzt sein müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Lutz Hasse

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort			
Name	Organisationsform												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)													
Postleitzahl, Ort													
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td><input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Professor für Kriminologie + Polizeirechtswissenschaften	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	1. Dokument	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	U	
Bod 6.5.21		

THÜR. LANDTAG POST
03.05.2021 17:27

11055/2021

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM | 44787 Bochum | Germany
Professor Dr. iur. Thomas Feltes M.A.

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
Email: poststelle@thueringer-landtag.de
Fax 0361 3772016

RUHR
UNIVERSITÄT
BOCHUM

RUB

Juristische Fakultät

Professor Dr. iur. Thomas Feltes M.A.
Seniorprofessor

Member of the CPT (European Committee
for the Prevention of Torture and Inhuman
or Degrading Treatment or Punishment),
elected in respect of Germany (2018-2020)

04.05.2021

Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7 /2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1.993 -

Auf die vorgegebenen Fragestellungen wird wie folgt geantwortet:

1. Welche Auffassung vertreten Sie zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte in Drucksache 7/2792?

Antwort:

1.1 Der Entwurf ist unzureichend. Vor allem fehlt es an der Ausgewogenheit bzgl. des Schutzes nicht nur von Polizeibeamt*innen, sondern auch von Bürger*innen beim und durch den Einsatz der Bodycams.

1.2 Zu begrüßen ist die Tatsache, dass der Einsatz der Bodycam auch auf ausdrückliches Verlangen des von den polizeilichen Maßnahmen betroffenen erfolgen muss (§ 33 a Abs. 1 letzter Halbsatz des Entwurfes). Hier ist jedoch eine deutliche Klarstellung erforderlich, dass die/der das Aufnahmegerät tragende Beamt*in die Bodycam einschalten MUSS, wenn dieser Wunsch geäußert wird.

1.3 Zudem ist dieser Ansatz, dass auch Betroffene das Einschalten der Bodycam verlangen können, nicht konsequent im Gesetz umgesetzt. Es fehlt an einer Klarstellung, dass in diesen Fällen die Löschung NUR mit ausdrücklicher Zustimmung dieser Person/en erfolgen darf. Eine entsprechende Ergänzung ist in Abs. 4 des Entwurfes einzufügen und Abs. 6 ist entsprechend zu ändern bzw. zu ergänzen, um eine objektive und keine einseitige Regelung zugunsten der Polizeibeamt*innen und zum Nachteil der von Polizeigewalt betroffenen Personen umzusetzen.

1.4 Ebenso fehlt eine Regelung, dass die Löschung unzulässig ist, wenn ein Ermittlungsverfahren wegen des aufgezeichneten Vorfalls oder damit in Zusammenhang stehende Vor-

kommissionen GEGEN Polizeibeamt*innen eingeleitet wurde. Die Entscheidung, ob die Aufzeichnung dafür benötigt wird (oder gelöscht werden kann), darf aus Gründen der Objektivität nicht der polizeiliche Dienststellenleiter treffen, sondern der zuständige Staatsanwalt.

2. Halten Sie das Einsatzmittel der Bodycam für den Bereich der Polizei für geeignet, erforderlich und angemessen? Wenn ja, zu welchem Zweck? Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Da der Einsatz von Bodycams prinzipiell politisch beschlossen ist, kann es nur (noch) darum gehen, eine objektive und unabhängige Nutzung der Bodycams gesetzlich vorzusehen. Dazu wird auf die Ausführungen unter 1. verwiesen.

3. Sind Sie der Auffassung, dass durch das Tragen der Bodycam Gewalttaten gegen Polizisten wirksam verhindert werden können? Und wie begründet sich Ihre Einschätzung?

Antwort:

3.1 Diese Fragestellung ist verkürzt. Es muss auch darum gehen, Gewalttaten DURCH Polizisten zu verhindern.

3.2 Empirische Studien aus dem Ausland zeigen, dass exzessive Gewalt DURCH Polizei durch den Einsatz von Bodycams deutlich verringert wird. So zeigte zuletzt eine Meta-Analyse von bislang vorliegenden Studien zu Body-Cams des University of Chicago Crime Lab und des Council on Criminal Justice's Task Force on Policing¹ einen Rückgang von Polizeigewalt dort, wo solche Kameras eingesetzt werden.

3.3 Für die Verhinderung von Gewalttaten gegen Polizisten durch Bodycams gibt es wenig Belege, wie auch der Abschlussbericht zu dem Pilotprojekt II in Thüringen (dort u.a. S. 55 ff.) sowie der dort zitierte Bericht von Kersting u.a. (2019) zu NRW zeigt.

3.4 Gewalttaten, egal ob von oder gegen Polizisten sind vor allem aber immer das Ergebnis einer Interaktion. Entsprechend kann durch die Einführung einer Bodycam alleine keine Verhaltensänderung erwartet werden – auf keiner der beiden Seiten. Entscheidend sind Konflikt- und Interaktionstrainings, an denen Polizisten verpflichtend teilnehmen müssen. Zudem muss eine beständige Kontrolle der Einsatzberichte daraufhin erfolgen, ob bestimmte Beamt*innen häufiger als andere durch Widerstandshandlungen auffallen. Solche „Widerstandsbeamten“ sollten benannt werden, Vorgesetzte müssen das Gespräch mit ihnen suchen und ihnen ein konstruktives Schulungsangebot machen². Ggf. sind auch Supervisions- oder Coachingangebote sinnvoll und notwendig.

4. Gibt es nach Ihrer Kenntnis wissenschaftliche Untersuchungen, die die Präventionswirkung der Bodycam in Bezug auf Gewalt gegen Polizisten be- oder widerlegen? Wenn ja, welche?

Antwort:

Es gibt inzwischen umfangreiche Studien dazu weltweit. Es ist Aufgabe des zuständigen Ministeriums (ersatzweise des Bundeskriminalamtes), diese durch ein unabhängiges, externes Gutachten gegen entsprechende Honorierung zusammenstellen und auswerten zu lassen. Im Rahmen der hier vorgelegten ehrenamtlichen Stellungnahme ist dies weder möglich, noch zumutbar.

¹ https://www.documentcloud.org/documents/20533586-cl_bwc-study

² S. dazu ausführlich Feltes, Thomas (2012): Polizeiliches Fehlverhalten und Disziplinarverfahren – ein ungeliebtes Thema. Überlegungen zu einem alternativen Ansatz. In: Die Polizei, S. 285-292 und S. 309-314.

5. Wie bewerten Sie das im Gesetz vorgesehene „Pre-Recording“ also die dauerhafte Aufzeichnung und Überschreibung (Vorabaufnahme) sowie das Aufzeichnen von Aufnahmen in Privatwohnungen und die Eingriffsschwelle der Kamera zum Schutz von „Gefahren für Eigentum“ (§33a Abs. 1 Satz 1)?

Antwort:

Unter der Voraussetzung, dass die oben dargelegten Voraussetzungen (Einschalten auch auf Verlangen der von den Einsatzmaßnahmen Betroffenen, Löschen nur mit deren Zustimmung; keine Löschung bei Verdacht auf Polizeigewalt) umgesetzt werden, spricht nichts dagegen. Generell muss darauf geachtet werden, dass auch im Vorfeld möglicher polizeilicher Ermittlungen die Waffengleichheit gewahrt wird.

Professor Dr. Thomas Feltes M.A.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>HSPV NRW</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Wanner Str. 758-760</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>45888 Gelsenkirchen</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		HSPV NRW	Geschäfts- oder Dienstadresse	Wanner Str. 758-760	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	45888 Gelsenkirchen	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
	HSPV NRW										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Wanner Str. 758-760										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	45888 Gelsenkirchen										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>W. O.</td> <td>W. O.</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>W. O.</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>W. O.</td> </tr> </table>	Name	Vorname	W. O.	W. O.	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	W. O.	Postleitzahl, Ort	W. O.
Name	Vorname										
W. O.	W. O.										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer	W. O.										
Postleitzahl, Ort	W. O.										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Lehre u. Forschung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- Optimierung der Einratskomposition hat ein größeres Potential als die Einführung der Bodycam - Umfangreiche Fortbildungsmaßnahmen gehen mit der Einführung der Bodycam einher.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -		
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Organisationsform	
	Thüringer Generalstaats- anwaltschaft	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Rathenaustraße	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	13	
	Postleitzahl, Ort	
	07745 Jena	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Strafverfolgung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion wird mit seinen Modifizierungen befürwortet, da er sowohl dem Eigenschutz als auch Mitschutz entgegenkommt als auch den Interessen der Betroffenen und zur Beschäftigung beiträgt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 17. MAI 2021	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Leitender Polizeidirektor Thüringer Polizei Landespolizeidirektion Erfurt Christian-Kittel-Straße 12 99093 Erfurt</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Leitender Polizeidirektor Thüringer Polizei Landespolizeidirektion Erfurt Christian-Kittel-Straße 12 99093 Erfurt		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
Leitender Polizeidirektor Thüringer Polizei Landespolizeidirektion Erfurt Christian-Kittel-Straße 12 99093 Erfurt											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Leiter der Landespolizeinspektion Erfurt	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Zustimmung zur Einführung der Bodycams in der Thüringer Polizei - Schaffung gesetzlicher Grundlagen - Änderung der Parameter zum Bodycam-Einsatz (+ Tonaufzeichnung, + Pre-Recording, Verläng. Speicherzeit)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 21.05.2021	

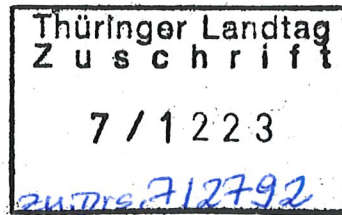
THÜR. LANDTAG POST
21.05.2021 12:49

12869/2021



Landespolizeiinspektion Erfurt
Christian-Kittel-Straße 12 · 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt



Der Leiter

leiter.lpi.erfurt
@polizei.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte; Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792;
hier: Stellungnahme der Landespolizeiinspektion Erfurt

Erfurt
21. Mai 2021

Den Mitgliedern des

Sehr geehrte Damen und Herren,

..... *JnnKA*

die Landespolizeiinspektion Erfurt unterstützt das Votum im vorläufigen Abschlussbericht "Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei II" der Landespolizeiinspektion (LPI) Gotha.

Zu Frage 2.: Halten Sie das Einsatzmittel der Bodycam für den Bereich der Polizei für geeignet, erforderlich und angemessen? Wenn ja, zu welchem Zweck? Wenn nein, warum nicht?

Angesichts der Zielrichtungen, Gefahren für persönliche Rechtsgüter abzuwehren (u.a. die Gesundheit von Polizeibeamten) oder Straftaten beweissicher zu ermitteln, ist die Bodycam ein geeignetes Einsatzmittel, weil sie zwecktauglich Schadenseintritte reduziert bzw. im Nachgang von Ereignissen als Beweissichernder Baustein bei Straftaten verwendet werden kann. Angesichts nur kurzzeitiger Eingriffe in die Privatsphäre und in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist das Einsatzmittel verhältnismäßig.

Landespolizeiinspektion Erfurt
Christian-Kittel-Straße 12
99096 Erfurt
Telefon 0361 7443-0
Telefax 0361 7443-1599

www.polizei.thueringen.de

Datenschutzinformation
Informationen zur Verarbeitung Ihrer Daten finden Sie unter dem Link:
www.polizei.thueringen.de/landespolizeiinspektionen/lpi/erfurt/datenschutz

Innerhalb der Thüringer Polizei ist die Bodycam von den Trägern mehrheitlich anerkannt und als Einsatzmittel gewünscht. Gleichwohl verweisen die Nutzer auf eine bessere Akzeptanz durch Ausschöpfung der technischen und rechtlichen Anwendungsmöglichkeiten. Die Bevölkerung zeigte ebenfalls eine positive Einstellung zur Bodycam.

Aufgrund der objektiven Darstellung der Ereignisse kann dies eine Grundlage für eine weitere Stärkung der Vertrauensbasis zwischen Polizei und Bevölkerung sein.

Im Rahmen des Projektverlaufs in der LPI Erfurt konnte weder eine Beschwerde gegen einen Kameraträger, noch ein Antrag auf Einsichtnahme der gefertigten Videoaufzeichnungen registriert werden. Dies ist ein deutliches Indiz für die hohe Akzeptanz des Einsatzmittels bei allen Beteiligten und Betroffenen. Nach Aussage der Projektleitung in der LPI Gotha erfolgte auch die Kontrolle des TLfDI ohne jegliche Beanstandung.

Im digitalen Zeitalter wird eine große Zahl polizeilicher Einschreitsituationen durch das polizeiliche Gegenüber per Smartphone videographiert und dokumentiert. Bisweilen werden im Anschluss diese Aufnahmen bzw. Aufnahmesequenzen ins Internet gestellt, oftmals mit der Intention, die vor Ort handelnden Polizeibeamten zu diskreditieren. Die Zurverfügungstellung der Bodycam würde eine „**informationelle Waffengleichheit**“ für Polizei und Bürger herstellen und der Polizei erlauben, eine eigene, realitätsnahe Deutung der abgebildeten Situationen zu gewährleisten.

Kritiker zitieren reflexartig den Begriff der Polizeigewalt, wenn öffentlichkeitswirksam Sachverhalte bekannt werden, in welchen Polizeibeamte bei Ausübung des Gewaltmonopols überhart oder unverhältnismäßig eingegriffen haben.

Es ist zu konstatieren, dass auch in polizeilichen Organisationen rechtswidrige Handlungen stattfinden können. Der Polizei stehen Eingriffsrechte und somit Machtbefugnisse zu, denen der Rechtsstaat Schranken gesetzt hat. Kommt es im Einzelfall zum Missbrauch der zugestandenen Rechte, kann über die Bodycams im Nachgang strafbares Verhalten der Polizeibeamten ausgewertet werden.

Zu Frage 4.: Gibt es nach Ihrer Auffassung wissenschaftliche Untersuchungen, die die Präventionswirkung der Bodycam in Bezug auf Gewalt gegen Polizisten be- oder widerlegen?

Sehr aussagekräftig ist der Abschlussbericht eines Projektteams der FHSöV NRW, welches Polizeibeamte in sechs Pilotwachen der Polizei NRW im Zeitraum von Mai 2017 bis Januar 2018 wissenschaftlich begleitete, die mit Bodycams im Streifendienst eingesetzt waren.

In dieser intensiven Studie belegen die Befunde der Videoanalyse, der quantitativen und qualitativen Befragungen das deeskalative Wirkpotenzial von Bodycams in polizeilichen Einsatzsituationen.

Entgegen der Erwartung liegt allerdings der Anteil der registrierten geschädigten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in den Schichten mit Bodycam über dem Anteil in den Schichten ohne Bodycam. Zur Erklärung der erwartungswidrigen Befunde beschreibt die Studie, dass das Mitführen und der Einsatz von Bodycams nicht nur die Adressatinnen und Adressaten, sondern auch die polizeilichen Einsatzkräfte in ihrem Verhalten beeinflussen.

Zusammenfassend wird in der Studie festgehalten, dass sich das deeskalative Potenzial der Bodycam nicht entfalten kann, wenn Polizeibeamte aus Sorge um eine spätere negative Bewertung ihres Verhaltens diese nicht einsetzen, oder Bodycams sogar zu einer Eskalation der Situation beitragen, weil die Einsatzkräfte wegen der Dokumentation durch die Kamera auf eine angemessene Einsatzkommunikation verzichten und stattdessen in ein Amtsdeutsch mit dem polizeilichen Gegenüber kommunizieren, was der Situation nicht angemessen ist. Wenn schon Befürchtungen bestehen, dass eine adressatenadäquate Kommunikation durch die Bodycam dokumentiert wird, so werden diese in noch stärkerem Maß für die Anwendung unmittelbaren Zwangs bestehen. Im Ergebnis kann dies bedeuten, dass einschreitende Polizeibeamte bei Vorhandensein von Bodycams in ihrem Einschreiten mehr als sonst auf die Einhaltung aller rechtlichen Grundlagen und Formvorschriften achten, um im Nachgang der negativen Bewertung ihres Handelns aus dem Weg zu gehen. Dass möglicherweise durch ein polizeiliches Handeln, wie Gesetz und Lehrbücher dies vorsehen, vermehrt Angriffe auf Polizeibeamte stattfinden, muss dann an andere Stelle untersucht werden.

*Zu Frage 5.: Wie bewerten Sie das im Gesetz vorgesehen „Pre-Recording“, also die dauerhafte Aufzeichnung und *Überschreibu7ng (Vorabaufnahme) sowie das Aufzeichnen von Aufnahmen in Privatwohnungen und die Eingriffsschwelle der Kamera zum Schutz von „Gefahren für Eigentum“?*

Die rechtliche Grundlage zum Einsatz der Bodycam sollte erweitert und den polizeilichen und juristischen Erfordernissen angepasst werden. Gegenwärtig ist Thüringen das einzige Bundesland, welches Aufnahmen ohne Ton fertigt und eines der wenigen Länder, welches ohne Pre-Recording-Funktion arbeitet.

Der Einsatz von Bodycams sollte spezialgesetzlich geregelt werden. Neben dem Bodycam-Einsatz im öffentlichen Raum muss ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der unter bestimmten Voraussetzungen das Filmen mit Bodycams bei Großveranstaltungen mit erheblichem Gefahrenpotential (z.B. Fußball-Risikospiele) oder das Filmen in Innenräumen wie Wohnungen, Geschäften und Diskotheken erlaubt.

Die Zuschaltung des Pre-Recordings mit mindestens 20 Sekunden Vorlaufzeit und der Tonaufzeichnungen sollte aus oben benannter Argumentation (Informationeller Waffengleichheit, Sicherstellung der Dokumentation möglicher Straftaten sowohl der Bürger wie auch der Polizeibeamten) ermöglicht werden. Die Speicherfrist sollte auf 30 Tage verlängert werden.

Leitender Polizeidirektor

14588121

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e.V. (DPOIG)</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schwerborner Straße 33</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99086 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e.V. (DPOIG)	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schwerborner Straße 33	Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt
Name	Organisationsform										
	Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen e.V. (DPOIG)										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schwerborner Straße 33										
Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Gewerkschaftliche Interessenvertretung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	In der Thüringer Polizei wird der flächendeckende Einsatz der Bodycams befürwortet und als ein geeignetes Führungs- und Einsatzmittel angesehen. Dem folgt die DPolG vollumfänglich und schloss sich dieser Forderung an. Die Einführung der Bodycams bedarf natürlich einer differenzierten Anwendung und der Einführung notwendiger dienstlicher Vorschriften zu deren Anwendung. Dazu ist die Thüringer Polizei in der Lage und dies sollte umgehend geschehen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

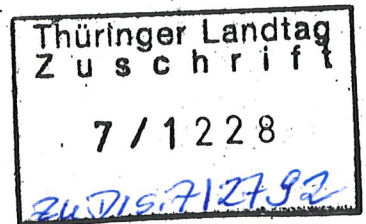
Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 08.06.2021	

13142/2021

THÜR. LANDTAG POST
26.05.2021 15:27

Den Mitgliedern des

JunkA



Sehr geehrter

gerne nehmen wir die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU und des Änderungsantrages der Fraktion der FDP war.

In der Thüringer Polizei wurde seit 2017 ein Pilotprojekt „Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei“ betrieben und bis heute nicht dahingehend abgeschlossen, dass Bodycams in der Thüringer Polizei flächendeckend zum Einsatz gelangen.

Die durchgeführten Trageversuche mitameratechnik brachten Erkenntnisse zur Wirkung von Bodycams aus unterschiedlichen Bereichen der Thüringer Polizei.

Weiterhin konnten verschiedene technische Lösungsvarianten untersucht werden.

Der Einsatz der Bodycams unterlag auch einer strengen Kontrolle der rechtlichen Möglichkeiten für den präventiven Einsatz im täglichen polizeilichen Geschehen.

Dabei zeigten sich auch, die gegenwärtigen rechtlichen Hürden zur vollen Ausschöpfung der technischen Möglichkeiten auf.

In der Projektphase wurde unter anderem das Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen einbezogen.

Des Weiteren wurde die Friedrich-Schiller-Universität Jena mit der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes beauftragt.

Das Projekt erbrachte umfassende Erkenntnisse zu allgemeinen und spezifischen Fragen sowie zu den rechtlichen Möglichkeiten des Polizeiaufgabengesetzes.

Mit der eingetretenen Änderung Datenschutzrechtlicher Bestimmungen im Mai 2018 wurde an das Projekt eine weitere zu meistern Hürde übertragen.

Diese wurde ohne Beanstandungen bewältigt.

Auf die einzelnen Ausführungen in den vorliegenden Berichten wird nicht umfassend eingegangen, die Erläuterungen sind diesen Berichten zu entnehmen.

Die gesammelten praktischen Erfahrungen durch die Polizeibeamten der Thüringer Polizei in den Testdienststellen erbrachten wertvolle und zielorientierte Ergebnisse die von elementarer Bedeutung sind. Aussagen zur Technik und zum Einsatzwert, als auch zur Akzeptanz können als durchweg positiv bewertet werden.

Im Ergebnis des Projektes wurden die derzeit vorhandenen Rechtsgrundlagen für den Einsatz der Bodycams als unzureichend eingeschätzt und für Änderungsbedürftig angesehen.

In der Thüringer Polizei wird der flächendeckende Einsatz der Bodycams befürwortet und als ein geeignetes Führungs- und Einsatzmittel angesehen.
Dem folgt die DPolG vollumfänglich und schloss sich dieser Forderung an.

Die Einführung der Bodycams bedarf natürlich einer differenzierten Anwendung und der Einführung notwendiger dienstlicher Vorschriften zu deren Anwendung.
Dazu ist die Thüringer Polizei in der Lage und dies sollte umgehend geschehen.

Mit der Einführung dieser notwendigen Vorschriften sollten sich auch die erkannten Spannungsfelder zwischen Datenschutz und Datennutzung, rechtliche und prozeduralen Rahmenbedingungen sowie weiterer zu lösender Aufgaben abbauen und der Nutzung der Bodycams nicht entgegenstehen. Um dies aber erfüllen zu können, ist eine Änderung der gesetzlichen Norm im notwendigem Maße erforderlich.

Der Gesetzentwurf der CDU Fraktion wird dahingehend mitgetragen, das ein Regelungsbedürfnis nach erfolgreichen Modellversuchen notwendig ist.

Die Einführung eines § 33 a in das Polizeiaufgabengesetz in der im Entwurf der Fraktion der CDU aufgeführten Wortlaut wird vollumfänglich begrüßt.

Weiterer Änderungsbedarf wird nicht gesehen.

Sollten weitere Fragen zur Einführung des § 33 a ins Polizeiaufgabengesetz und des Änderungsantrages der Fraktion der FDP bestehen, so werden wir diese gerne in der mündlichen Anhörung versuchen zu beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Landesvorsitzender der DPolG Thüringen

15/06/2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td rowspan="3"> Prof. Dr. Christoph Gusy Universität Bielefeld Fakultät für Rechtswissenschaft Postfach 10 01 31 33501 Bielefeld Tel.: 0521/706-4397, Fax 0521/706-6066 e-mail: christoph.gusy@uni-bielefeld.de </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Geschäfts- oder Dienstadresse	Prof. Dr. Christoph Gusy Universität Bielefeld Fakultät für Rechtswissenschaft Postfach 10 01 31 33501 Bielefeld Tel.: 0521/706-4397, Fax 0521/706-6066 e-mail: christoph.gusy@uni-bielefeld.de	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postleitzahl, Ort				
Name	Organisationsform										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Prof. Dr. Christoph Gusy Universität Bielefeld Fakultät für Rechtswissenschaft Postfach 10 01 31 33501 Bielefeld Tel.: 0521/706-4397, Fax 0521/706-6066 e-mail: christoph.gusy@uni-bielefeld.de										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse										
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Hochschullehrer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
15.10.2011	

Universität Bielefeld | Postfach 10 01 31 | 33501 Bielefeld

THUR. LANDTAG POST
31.05.2021 11:02

13492/21

Betr.

**Gesetz zur Änderung des PAG – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und
Tonaufzeichnungsgeräte
LT-Drs. 7/2792**

**Änderungsantrag zum PAG,
LT-Drs. 7/1993.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Gelegenheit zur Äußerung und nehmen zu dem Gesetzentwurf
wie folgt Stellung:

Zusammenfassung

Dem Land Thüringen steht die Gesetzgebungskompetenz für die hier beantragten Änderungen zu. Das gilt nach der Rechtsprechung des BVerwG auch für den Einsatz der Bodycams zur Aufklärung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, solange der Bund von dieser Materie keinen abschließenden Gebrauch gemacht hat. Rechtssystematisch wäre allerdings eine Lösung überlegen, welche den Einsatz zu präventiven Zwecken regelt und erst die spätere Verwendung – unter näher zu benennenden Voraussetzungen – auch zu repressiven Zwecken zulässt. Zur Vermeidung verfassungsrechtlicher Risiken wäre es vorzugswürdig, den Einsatz nur zur Eigensicherung vorzuschreiben und die Aufklärung von weiteren Straftaten und Ordnungswidrigkeiten der späteren Informationsverwendung zu überantworten.

Der Einsatz von Bodycams stellt einen rechtfertigungsbedürftigen Eingriff in die Grundrechte aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG (Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Ausprägung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts) durch die Datenerhebung und ggf. die anschließende Datenauswertung sowie ggf. auch einen Eingriff in das Grundrecht auf allgemeine Handlungsfreiheit durch die Verhaltensbeeinflussung der beobachteten Personen dar.

Der Einsatz von Bodycams in Wohnungen im Sinne des Art. 13 Abs. 1 GG ist abzulehnen. Er ist von keiner Schrankenbestimmung aus Art. 13 Abs. 2 bis 7 GG gedeckt.

Die Bodycam ist jedenfalls nicht gänzlich ungeeignet, ein Deeskalationspotential zu entfalten, das sich zugunsten des Schutzes von Polizeibeamt*innen auswirkt. Auch das Strafverfahren kann durch die Aufzeichnungen gefördert werden. Dazu sind allerdings weitergehende verfahrensrechtliche Sicherungen, namentlich ein Einsichtsrecht Betroffener vor der Verwendung, notwendig.

Die Maßnahme verfolgt grundsätzlich auch legitime Zwecke und ist insoweit geeignet, erforderlich und angemessen, soweit die Anwendung im Einzelfall gefahr- bzw. eskalationsgeneigt ist. Eine pauschale Aufnahme aller Polizeieinsätze verbietet sich aufgrund höherrangigen Rechts. Der Einsatz bei jeglichen Straftaten und insbesondere Ordnungswidrigkeiten ist ebenso abzulehnen; stattdessen muss die Ordnungswidrigkeit im konkreten Einzelfall auch im Zusammenhang mit dieser Gefährdungs- bzw. Eskalationslage stehen. Maßgeblich ist neben den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen auch die jeweilige Anwendungssituation. Deren Steuerung durch die geringe Bestimmtheit der hier beantragten Gesetzesänderungen ist aber namentlich in Anbetracht der mit den Bodycams bewirkten auch schwerwiegenden Grundrechtseingriffe sehr gering. Insoweit ist die – verfassungsrechtlich notwendige – Bestimmtheit der hier beantragte Gesetzesänderungen zumindest steigerungsfähig, wenn nicht –bedürftig.

I. Vorbemerkung

Die beiden Gesetzentwürfe fügen die Vorschrift des § 33a PAG-E in den im PAG angelegten Abschnitt der polizeilichen Befugnisse, genauer den zweiten Unterabschnitt zur Datenerhebung und Datenverarbeitung, ein. Die in Rede stehende Vorschrift findet in mehreren Polizeigesetzen der Bundesländer eine Entsprechung. So sehen die Polizeigesetze bzw. Polizeiaufgabengesetze mehrerer Länder¹ den Einsatz sogenannter „Bodycams“ durch Polizeibeamt*innen vor. Nicht nur die gesetzlichen Regelungen, sondern auch die rechtlichen und polizeilichen Diskussionen reichen also über Thüringen hinaus. Dagegen finden sich in der Strafprozessordnung (des Bundes) vergleichbare Regelungen bislang nicht.

Im Folgenden werden

- die nicht ganz unumstrittene Gesetzgebungskompetenz des Landes Thüringen untersucht,
- mögliche Grundrechtseingriffe in Art. 2 Abs. 1 GG, 13 GG dargestellt,
- die Zulässigkeit namentlich der Eingriffe in Art. 13 GG verneint,
- die Geeignetheit der Bodycam zu präventiv-polizeilichen Zwecken anhand zweier empirischer Studien angesprochen, ,
- die Verhältnismäßigkeit ihres Einsatzes thematisiert.

II. Gesetzgebungskompetenz des Landes Thüringen

Den Bundesländern steht die Gesetzgebungskompetenz für *präventiv-polizeiliche*, also gefahrenabwehrende Handlungen der Polizei, zu, soweit solche nicht ausnahmsweise bundesrechtlich geregelt sind. Dagegen steht die Gesetzgebungskompetenz für die straftataufklärende und -verfolgende („*repressive*“) Polizeitätig-

¹ Siehe § 15c NRWPolG; Art. 33 BayPAG; § 14 Abs. 6 HSOG; § 37 Abs. 2, 3 PolG SA; § 31 RPfPOG; § 32 Abs. 4 NdsPOG; § 44 PolG BW; § 29 BremPolG.

keit dem Bund zu. Hier sind die Länder unzuständig, soweit der Bund von seiner Rechtssetzungsrechten Gebrauch gemacht hat (Art. 72 Abs. 1/74 Abs. 1 Nr. 1 GG). Es kommt also auf den Zweck der zu regelnden Maßnahmen an.

Hierzu ist also der Zweck bzw. die Rechtsnatur der Maßnahme erörtert werden. Sollte sich dabei herausstellen, dass die Maßnahme jedenfalls ihrem Schwerpunkt nach eine repressive Wirkung enthält, so wäre eine Gesetzgebungskompetenz des Landesgesetzgebers zu der Schaffung des § 33a PAG-E nur unter erheblichen Einschränkungen gegeben. Die Norm wäre in diesem Fall als kompetenzwidrig bzw. formell verfassungswidrig anzusehen. Sollte sich demgegenüber herausstellen, dass die Norm überwiegend präventive Wirkungen verfolgt, also der Gefahrenabwehr zuzuordnen ist, so bestünden hinsichtlich der Gesetzgebungskompetenz der Bundesländer, die nach Art. 70 Abs. 1, 30 GG zur Regelung gefahrenabwehrrechtlicher Regelungsgegenstände befugt sind, regelmäßig keine Zweifel. Festzuhalten bleibt aber auch: Die Rechtsprechung des BVerfG folgt diesen Abgrenzungskriterien zwar im Grundsatz und weithin im Ergebnis, geht aber von einem anderen Vorverständnis aus.

Die beiden Änderungsanträge² wollen nebeneinander „Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten“ regeln (jeweils § 33a Abs. 1 E-PAG). Die Gesetzes*begründung* gibt als Zielrichtung die Sicherung von Polizeibeamt*innen vor Angriffen durch die von der Bodycam ausgehenden deeskalierenden Wirkungen an. Außerdem solle durch den Bodycam-Einsatz auch das subjektive Sicherheitsempfinden der Beamt*innen steigen. Ferner führe das durch Bodycams hervorgerufene höhere Maß an Aufmerksamkeit bei Beamt/inn/en und Betroffenen zu einem verstärkten Fehlerbewusstsein und insgesamt zu einer Entspannung des Verhältnisses von Bürger*innen und Polizeibeamt*innen. Daneben werde die Beweissicherung im Strafverfahren gesichert.³ Beide Zweckrichtungen sind also erwähnt und mitgemeint. Auch in anderen Bundesländern wird die Einführung mit teils präventiven, teils repressiven Motiven begründet.

² Drs. 7/2702, S. 6.

³ Thüringer Landtag, Drucks. 6/7489, S. 3.

Zum Teil wird eine solche Zielrichtung aus kompetenzrechtlichen Gründen für unzulässig erachtet. Deren Grundsatz liegt in der Annahme eines strikten, in jedem Einzelfall auch gesetzlich zu trennenden Aufgabenbereiche von Prävention und Repression. Eine Überschneidung oder Relativierung dieser Unterscheidung sei aus verfassungsrechtlichen Gründen unzulässig. Für die vorliegenden Entwürfe bedeutet das: Die präventive Wirkung erfolge durch eine spätere Strafverfolgung, sodass die polizeilichen Aufgabenbereiche in unzulässiger Weise miteinander „verschwimmen“.⁴ Diese Auffassung legt zugrunde, dass Polizeirecht streng dichotomisch in Gefahrenabwehr und Strafverfolgung zu gliedern sei. Die Auffassung, bei einem solchen „Verschwimmen“ von präventivem und repressivem Zweck, verkennt jedoch, dass es für Maßnahmen der Gefahrenabwehr durchaus typisch ist, dass die Abwehrwirkung gerade dadurch hervortritt, dass eine Begehung von strafbarem Handeln verhindert wird. Bereits die Begriffsdefinition einer „Gefahr“ weist daraufhin, dass stets die hinreichende Wahrscheinlichkeit eines künftigen Schadens für insoweit geschützte Rechtsgüter erforderlich ist.⁵ Eine trennscharfe Abgrenzung der polizeilichen Aufgaben in Form der Gefahrenabwehr wie auch der Strafverfolgung ist daher oftmals kaum möglich. Dies wird auch anhand anderer polizeilicher Maßnahmen und deren Abschreckungswirkung deutlich. Die Identitätsfeststellung⁶ verfolgt unter anderem den Zweck, die Anonymität der betroffenen Person aufzuheben. Hierdurch soll eine abschreckende Wirkung⁷ hervorgerufen werden und bevorstehende Straftaten sollen verhindert werden (sog. polizeirechtliche „Hemmschwellentheorie“).⁸ Sobald die Identität einer Person feststeht, kann ein etwaiges strafbares Handeln später besser aufgeklärt und verfolgt werden. Die Identitätsfeststellung, die anfangs womöglich ohne verdichteten Anfangsverdacht erfolgte und daher im konkreten Fall nicht auf §§ 163, 163b StPO zu stützen war, erleichtert im Nachhinein erforderliche Ermittlungen, indem klar ist, gegen welche Person sich die Anzeige und die notwendigen Ermittlungen zu rich-

⁴ Arzt, in: BeckOK NRWPolG, 17. Edition, Stand: 01.03.2021, § 15c Rn. 8 f.; Roggan, Die Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen, in: NVwZ 2001, S. 134.

⁵ BVerwGE 45, 51 (57) m. w. N.

⁶ § 23 Abs. 1 Nr. 1 BPolG; § 42 Abs. 1 Nr. 1 BKAG; § 26 Abs. 1 Nr. 1 BWPolG, Art. 13 Abs. 1 BayPAG; § 21 Abs. 1 ASOG Bln; § 12 Abs. 1 Nr. 1 BbgPolG; § 11 Abs. 1 Nr. 1 BremPolG; § 4 Abs. 1 Nr. 1 HmbgPolIEDVG; § 18 Abs. 1 HSOG; § 24 Abs. 1 S. 1 MVSOG; § 13 Abs. 1 Nr. 1 NdsSOG; § 12 Abs. 1 Nr. NRWPolG; § 10 Abs. 1 S. 1 RhPfPOG; § 9 Abs. 1 Nr. 1 SPolG; § 14 Abs. 1 Nr. 1 SächsPolG; § 20 Abs. 1 LSASOG; § 181 Abs. 1 S. 1 SchlHL-VwG; § 14 Abs. 1 Nr. 1 ThürPAG.

⁷ Vgl. Ogorek, in: BeckOK NRWPolG, 17. Edition, Stand: 01.03.2021, § 12 Rn. 9; vgl. VGH München, BayVBl. 1993, S. 432; OLG Bremen, NJW 1977, S. 159.

⁸ Siehe Chemnitz, Polizeirecht NRW, 5. Aufl. 1996, Rn. 4.5.2.

ten haben.⁹ Ein anderes Beispiel für das „Sprengen“ des dichotomischen Polizeirechts sind offene Bildaufzeichnungen¹⁰ (Videoüberwachungen).¹¹ Mit diesen wird eine „präventive Sicherheit und Kostenersparnis“¹² bezweckt.¹³ Es handelt sich dabei um eine Maßnahme, die der Gefahrenvorsorge dient. Hierbei sei, so *Graulich*, der Übergang zur Strafverfolgungsvorsorge fließend.¹⁴ Anhand der genannten Beispiele ist erkennbar, dass die Wirkung der Gefahrenabwehr nicht nur im Falle des Bodycam-Einsatzes in einem Zusammenhang mit der etwaigen späteren Strafverfolgung der in Rede stehenden Handlung steht. Daher vermag der Einwand, dieses Verschwimmen sei rechtlich unzulässig, nicht zu überzeugen.¹⁵

Verfassungsrechtlich lässt sich also ein derartiges Trennungsgebot für die gesetzlichen Grundlagen repressiver und präventiver Polizeiarbeit nicht nachweisen. Rechtssystematisch hingegen ist zu erwägen: Werden der Gesetzesentwurf und der Änderungsantrag miteinander verglichen, so ist zu konstatieren, dass der Änderungsantrag 7/1993 auch den Bodycam-Einsatz erlaubt, soweit dies der Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von auch im Einzelfall erheblicher Bedeutung erlaubt. Im Änderungsantrag ist der repressive Zweck eine eigenständige Alternative zur gefahrenabwehrrechtlichen Dimension. Dies wird durch das Verhältniswort „oder“ zwischen Nr. 1 (Eigensicherung und Schutz von Polizeibeamt*innen) und Nr. 2 (Strafverfolgung) deutlich. Dieses Alternativverhältnis kann missverständlich sein, indem der Zweck der Straftataufklärung rechtlich verselbstständigt wird. Dadurch wird das o.g. Vorrangverhältnis des Gefahrenabwehrrechts gegenüber dem Strafverfolgungszweck relativiert. Die Strafverfolgung sollte den Sicherheitszweck daher insoweit eingrenzen, als tatbestandlich eine eskalationsgeneigte Situation gefordert wird – anders ausgedrückt: die Verfolgung von Straftaten gegen die Sicherheit der handelnden Polizist/inn/en ermöglichen. Sie sollte aber nicht ausschließlicher Anordnungsgrund für den Einsatz der Bodycam sein,

⁹ *Graulich*, in: Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 6. Aufl. 2018, Kap. E Rn. 315.

¹⁰ §§ 26, 27 BPolG; § 21 BWPoIG; Art. 32 BayPAG; §§ 24, 24a ASOG Bln; § 31 BbgPolG; § 29 BremPolG; § 8 HmbPoIEDVG; § 14 HSOG; § 32 MVSOg; § 32 NdsSOg; §§ 15, 15a NRWPolG; § 27 RHPfPOG; § 27 SPoIG; § 16 LSASOG; § 184 SchlHLVwG; § 33 ThürPAG.

¹¹ *Denninger*, in: Lisken/ders., Handbuch des Polizeirechts, 6. Aufl. 2018, Kap. D Rn. 2.

¹² BVerwGE 141, 329 Rn. 46.

¹³ *Graulich*, in: Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 6. Aufl. 2018, Kap. E Rn. 811.

¹⁴ *Graulich*, in: Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 6. Aufl. 2018, Kap. E Rn. 811.

¹⁵ So auch BVerwG 2012, S. 757 (759); VGH Mannheim NVwZ 2004, S. 498 (499); *Ogorek*, Risikovorsorgende Videoüberwachung, in: DÖV 2018, S. 688; *Zöller*, Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr, 2017, S. 39 ff.

da sonst kein Zusammenhang mehr mit der Gefahrenabwehr bestünde, was die Kompetenzwidrigkeit des Gesetzes nahelegen könnte. Gesetzgebungssystematisch läge es daher näher, den Anwendungsbereich auf die Gefahrenabwehr zu beschränken und die spätere Nutzung der erhobenen Daten auch für Zwecke der Aufklärung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zuzulassen (s.a. § 474, 483 StrPrO).

Gegenwärtig ist das allerdings *eher ein rechtssystematischer als ein kompetenzrechtlicher Aspekt*. Das BVerwG¹⁶ entschied 2012 im Rahmen der offenen Videoüberwachung in St. Pauli, der Bundesgesetzgeber habe bislang keinen Gebrauch von seiner Bundesgesetzgebungskompetenz im Bereich des strafprozessualen Einsatzes der Bodycam gemacht. Solange dies so bleibt, sind die Landesgesetzgeber befugt, insoweit eigene Regelungen zu treffen.¹⁷

III. Grundrechtsschutzbereiche und Grundrechtseingriffe

1. Einsätze außerhalb von Wohnungen

Zunächst ist in der offenen Aufzeichnung von Bild und Ton mittels mobilem Gerät ein Eingriff in das *Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung* als Ausprägung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG zu sehen. Durch die Aufzeichnung werden personenbezogene Daten erhoben und ggf. verwertet, sodass Betroffene nicht mehr frei über die Preisgabe ebendieser Daten befinden können. Im Vergleich zu einer präventiven Videoüberwachung ist die Bodycam in der Lage, anstelle eines Gesamtüberblicks einer Lokalität oder Menschenmenge gerade die konkrete, „eng umrissene“ Einsatzsituation mitsamt der individuellen Interaktion zwischen Polizeibeamten und Einzelpersonen mitsamt Bild und Ton festgehalten.¹⁸ Durch das körpernahe Tragen der Miniaturkamera ist ihr Einsatz darüber hinaus als mobiler und flexibler hinsichtlich des aufzunehmenden Bereichs anzusehen.¹⁹

¹⁶ Neuere Rechtsprechung des BVerfG zu diesem Thema ist bislang nicht ersichtlich.

¹⁷ BVerwG, NVwZ 2012, S. 757.

¹⁸ Kipker/Gärtner, Verfassungsrechtliche Anforderungen an den Einsatz polizeilicher „Body-Cams“, in: NJW 2015, S. 296.

¹⁹ Lachenmann, Einsatz von Bodycams durch Polizeibeamte, in: NVwZ 2017, S. 1424 (1425).

Weiter kann auch ein Eingriff in die *Allgemeine Handlungsfreiheit* aus Art. 2 Abs. 1 GG angenommen werden. Der Bodycam-Einsatz soll das Verhalten des polizeilichen Gegenübers steuern bzw. beeinflussen.²⁰ Es soll Betroffene „einschüchtern“ und eine Abschreckungswirkung erzielen. Das menschliche Verhalten ist durch das Auffang-Grundrecht aus Art. 2 Abs. 1 GG umfassend geschützt, sodass davon ausgegangen werden kann, dass auch eine solche zwischenmenschliche Interaktion zwischen PVB*innen und Betroffenen vom Schutzbereich umfasst ist.²¹ Diese Eingriffswirkung kann auch über die Wirkung hinausgehen, Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten zu unterlassen. Unabhängig von der Frage, ob es ein solches Grundrecht auf Straftatbegehung überhaupt gäbe, ist hier festzuhalten: Der Zweck der Bodycam soll jedenfalls indirekte Kontrolle und Verhaltenssteuerung bei den Betroffenen sein, denen die Reichweite der Überwachung und Aufzeichnung im Einsatzmoment nicht hinreichend klar und eindeutig ist. Es geht um Überwachung mit dem Ziel der Selbstdisziplinierung Betroffener. Insoweit liegt jedenfalls die Möglichkeit nahe, dass die Eingriffswirkung weiter reicht als der im Gesetzestext angegebene Zweck.

2. Bodycameinsätze in Wohnungen

Bei einem in Drs. 7/2792, nicht jedoch in Drs. 7/1993 zugelassenen Bodycameinsatz in Wohnungen kommt auch ein Eingriff in Art. 13 GG in Betracht. Durch das physische Betreten der Wohnung sowie der hierin vorgenommenen Aufzeichnungen von Bild und Ton ist die in der Wohnung gebildete und ausgelebte Privatsphäre tangiert.

Nach Art. 13 Abs. 1 GG ist die Unverletzlichkeit von Wohnungen geschützt. Das Grundrecht enthält einen Persönlichkeitsbezug²² und weist der Privatsphäre eine

²⁰ Vgl. Zöller, Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr, 2017, S. 41; Landtag NRW, Drucks. 16/12361, S. 2; Ogorek, Risikoversorgende Videoüberwachung – Eine unzulässige Vermengung präventiver und repressiver Polizeitätigkeit?, in: DÖV 2018, S. 688 (694).

²¹ Arzt, in: BeckOK NRWPolG, 17. Edition, Stand 01.03.2021, § 15c Rn. 2 m. w. N.; ebenso Ogorek, Risikoversorgende Videoüberwachung, in: DÖV 2018, S. 688 (694).

²² Siehe hierzu Berkemann, in: Alternativ-Kommentar, GG, Art. 13 Rn. 1 ff.; Herdegen, in: Bonner Kommentar, GG Art. 13 Rn. 4 ff.

räumliche Dimension zu.²³ Dient eine Wohnung per Definition als „Stätte privaten Lebens und Wirkens“²⁴, so kann das Individuum dort grundsätzlich ungestört die eigene Persönlichkeit entfalten.²⁵ Eine Überwachung in der Wohnung stellt einen Eingriff in dieses Recht dar.

Dessen Zulässigkeit richtet sich infolge der Regelungssystematik des Art. 13 GG nach der Qualifikation des Eingriffs entweder als *Durchsuchung* (dann: Abs. 2), als technische *Überwachung* (dann: Abs. 3-5) oder als Annex zu einem bloßen *Betretten* (dann: Abs. 7). Die Zuordnung einer Maßnahme zu den 3 genannten Eingriffsformen bestimmt auch die in den jeweiligen Absätzen gleichfalls geregelten Eingriffsvoraussetzungen, also die Frage, welche Rechtfertigungsanforderungen einschlägig sind, wenn Wohnungen betreten werden und dort technische Aufzeichnungen von Bild und Ton per Bodycam angefertigt werden.

Die Vorschriften aus Art. 13 Abs. 3 - 5 GG (elektronische Überwachung) sind dabei nicht einschlägig. Deren besondere Eingriffsintensität ergibt sich daraus, dass die Aufzeichnung von Bild und/oder Ton von den Betroffenen unbemerkt in und aus der Wohnung selbst stattfindet. Ein solcher Eingriff ist mittels der Bodycam nicht möglich. Die gleichzeitige Anwesenheit des*r überwachenden Beamt*in lässt es ausgeschlossen erscheinen, dass Betroffene von der Maßnahmen nichts bemerken. Weiter ist eine Überwachung nach Art. 13 Abs. 3 GG ausschließlich akustisch zulässig²⁶ und setzt den Verdacht der Begehung einer sogenannten Katalogstraftat voraus. Die Überwachung muss in derjenigen Wohnung erfolgen, in welcher sich der*die Beschuldigte aufhält. Dabei ist der*die Beschuldigte diejenige Person, gegen die sich der Verdacht richtet, die „schwere Straftat begangen zu haben“.²⁷ Damit knüpft die Eingriffsbefugnis aus Art. 13 Abs. 3 GG sachlich an eine bereits begangene Straftat mit jedenfalls bereits in Gang gesetztem Ermittlungsverfahren an. Dies ist der Gefahrenabwehr auch zeitlich nachgelagert. Folglich lässt sich ein Eingriff nach Art. 13 Abs. 3 GG nicht mit dem überwiegenden präventiven Zweck vereinen. Ungeachtet dessen scheidet eine Anwendung des Art. 13 Abs. 3 GG auch deshalb aus, weil zweifelhaft erscheint, dass im Falle des Einsatzes von Bo-

²³ BVerfGE 18, 121 (131 f.); 65, 1 (40).

²⁴ Siehe etwa Jarass, in: ders./Pieroth, GG, Art. 13 Rn. 1.

²⁵ BVerfGE 27 1 (6); 103, 142 (150).

²⁶ Siehe hierzu auch Kühne, in: Sachs, GG, Art. 13 Rn. 41.

²⁷ Hermes, in: Dreier, GG, Art. 13 Rn. 64.

dycams die Begehung einer besonders schweren Katalogstraftat erfolgt. In Bezug auf den Eingriff aus Art. 13 Abs. 5 GG ist zu konstatieren, dass der Integritätsschutz von Ermittlungspersonen der einzige insoweit verfassungsrechtlich gedeckte Schutz wäre. Sobald daneben, wenn auch subsidiär oder jedenfalls nicht vordergründig, der Zweck der Erkenntnisgewinnung hinzutritt, ist Art. 13 Abs. 5 S. 1 GG nicht mehr anwendbar. Eine Verwertbarkeit gewonnener Erkenntnisse zu strafprozessualen und beweissichernden Zwecken kommt ausschließlich nach Maßgabe des Art. 13 Abs. 5 S. 2 GG in Betracht, soweit eine richterliche Zustimmung im Vorfeld eingeholt wurde oder diese im Falle der Gefahr im Verzuge im Nachhinein unverzüglich nachgeholt wurde. Darüber hinaus schützt Art. 13 Abs. 5 GG ausschließlich verdeckte Ermittlungen und berechtigt zum Einbringen der technischen Vorrichtung, nicht aber zu sonstigem Betreten oder Durchsuchen.²⁸ Darin sind solche Eingriffe zu sehen, die nach Maßgabe der Art. 13 Abs. 2 bzw. Art. 13 Abs. 7 GG zu beurteilen wären. Der Einsatz von Bodycams ist „offen“. Ein technisches Überwachen der Wohnung iS der Art. 13 Abs. 3-5 GG durch eine sich in ihr befindliche Person ist ergo nicht erfasst.

Damit wäre der Einsatz von Bodycams entweder an Art. 13 Abs. 2 GG oder Art. 13 Abs. 7 GG zu messen. *Durchsuchungen* bedingen stets ein physisches Betreten, sodass ein Eingriff aus Art. 13 Abs. 2 GG den Anwendungsbereich des Art. 13 Abs. 7 GG („bloßes „Betreten““) versperren würde. Der maßgebliche Unterschied liegt in den verfassungsrechtlichen Verfahrensanforderungen. Sollte sich das offene Aufzeichnen in Bild und Ton als Durchsuchung im Sinne des Art. 13 Abs. 2 GG erweisen, so wäre stets die Einholung einer richterlichen Zustimmung im Vorfeld der Maßnahme notwendig. Nur in dem als Ausnahme zu behandelnden Fall, dass eine Gefahr im Verzuge vorläge, könnte dann von dieser Zustimmung zunächst abgesehen werden, ehe diese unverzüglich nachgeholt würde. Unter einer Durchsuchung ist das ziel- und zweckgerichtete Suchen staatlicher Organe nach Personen oder Sachen bzw. zur Ermittlung eines Sachverhalts zu verstehen, um etwas aufzuspüren, was der*die Inhaber*in der Wohnung von sich aus nicht herausgeben oder offenlegen möchte.²⁹ Es setzt seinerseits das Betreten denklogisch voraus.

²⁸ Vgl. *Bundestag*, Drucks. 13/8650 S. 5; Siehe auch Darstellung bei *Papier*, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 106 ff.

²⁹ BVerfGE 75, 318 (327); 76, 83 (89).

Ein bloßes *Betreten* ist dagegen das physische Eintreten und Verweilen in der einer Wohnung und umfasst lediglich eine Nach- oder Umschau in der Wohnung. Es findet statt, wenn der betretende Beamte in der Wohnung keine Aufklärungsmaßnahmen vornimmt, welche über die Aufklärungsmöglichkeiten anderer fremder Personen (etwa: Gäste) hinausgehen. Beim Betreten darf er sich umsehen und nach Personen oder Sachen schauen, welche ohne Veränderungen der Wohnung oder ihrer Einrichtung (Öffnen von Schränken, Verrücken von Möbeln u.ä.) erkennbar sind. Das Betreten ist gegenüber einer Durchsuchung als weniger eingriffsintensiv anzusehen. Darüber geht das Aufzeichnen der Wohnung und in ihr stattfindender Vorgänge hinaus. Wegen der erhöhten Eingriffsintensität liegt es daher nahe, in dem Betreten der Wohnung mitsamt Aufzeichnung durch die Bodycam eine Durchsuchung zu sehen. In diesem Falle wäre *regelmäßig eine richterliche Zustimmung erforderlich*, nur in dem restriktiv zu behandelnden Falle, dass eine Gefahr im Verzuge besteht, könnte zunächst von dem Zustimmungserfordernis abgesehen werden. Der § 33a Abs. 2 S. 3 PAG-E ordnet einen solchen Richtervorbehalt indes nicht an und stellt den Einsatz ausschließlich unter die Bedingung der Zustimmung des*der den Einsatz leitenden Beamt*in. Er wäre also als Durchsuchung unzulässig, da der Behördenleitervorbehalt kein Äquivalent zum Richtervorbehalt darstellt.

Selbst wenn hierin keine Durchsuchung zu sehen wäre, wäre jedoch auch eine Eingriffsform des „einfachen“ Betretens nach Art. 13 Abs. 7 GG nicht zulässig. Ein *Betreten erlaubt ausschließlich das physische Verweilen und die eigene Wahrnehmung. Eine technische Aufzeichnung ist dagegen nicht zulässig*. Zudem liegen die qualifizierten Betretensvoraussetzungen des Art. 13 Abs. 7 GG jedenfalls nicht in allen Fällen des Änderungsantrags 7/2792 vor.

Damit ist der *Einsatz von Bodycams in Wohnräumen als verfassungswidrig* (LT-Drs. 7/2792), da er die Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen aller möglichen Eingriffe in Art. 13 GG nicht erfüllt.

Dagegen enthält der Änderungsantrag LT-Drs. 7/1993 einen solchen unzulässigen Grundrechtseingriff nicht (§ 33a Abs. 2 Nr. 2).

IV. Zur Verfassungsmäßigkeit der Eingriffe in Art. 2 Abs. 1 GG

Grundrechtseingriffe außerhalb von Wohnungen (zu diesen o. II) müssen mit den allgemeinen Anforderungen an die Rechtfertigung von Eingriffsmaßnahmen in Einklang stehen. Hierzu zählt namentlich das im Folgenden zu prüfende Übermaßverbot, also die Grundsätze der Geeignetheit, Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit.

1. Geeignetheit

Ein Grundrechtseingriff ist geeignet, wenn er den von ihm selbst intendierten Zweck jedenfalls fördert. Dabei ist eine Eignungsprognose im Hinblick auf die angestrebten Eingriffswirkungen vorzunehmen. Diese im Gesetzgebungsverfahren bisweilen schwer anzustellende Prognose wird hier dadurch erleichtert, dass es sowohl Erfahrungen mit vergleichbaren Normen anderer Bundesländer als auch einige wissenschaftliche Evaluationen zum Thema gibt.

Der intendierte Zweck der Maßnahme besteht hauptsächlich in der mit ihr bezweckten Deeskalation zur *Eigensicherung von Polizeibeamten*. In diesem Zusammenhang verweisen Gewerkschaften sowie Bundes- und Landesgesetzgeber auf eine quantitative Erhöhung von Angriffen gegenüber Polizeibeamten und begründen so das praktisch entstandene Bedürfnis eines höheren Polizeischutzes im Dienst. Diese Behauptung wird zum Teil in Zweifel gezogen. Arzt geht davon aus, dass dieses pauschale Anführen erhöhter Angriffszahlen möglicherweise auch auf ein aggressiveres Vorgehen der Polizei zurückzuführen ist.³⁰ Für die eine oder andere Sichtweise gibt es bislang keinen wissenschaftlich validen Beleg.

Auch der – sekundär – verfolgte Zweck der Beweissicherung zugunsten der Effektivität des Strafverfahrens (s. o. I.) wäre ein insoweit zulässiger Zweck.

Vor diesem Hintergrund ist die *Geeignetheitsfrage gegenwärtig umstritten*. Nicht jeder zulässige Zweck reicht aus, das Gesetz muss seine Förderung durch die

³⁰ Arzt, in: BeckOK NRWPolG, § 15c Rn. 4.

zugelassenen Maßnahmen auch fördern. Zum Teil werden Zweifel an der Geeignetheit der Maßnahme geäußert. Soll der intendierte Zweck in der Gefahrenabwehr liegen, also einen mit hinreichender Wahrscheinlichkeit befürchteten Schaden am jeweils zu schützenden Rechtsgut abwehren, so wird in Abrede gestellt, dass dieser Zweck durch den Kameraeinsatz überhaupt gefördert werden kann. *In der bloßen Aufzeichnung sei jedenfalls keine Maßnahme zur Gefahrenbeseitigung zu erkennen.* Die Gefahr werde eher durch alternative, bereits im Gesetz enthaltene Maßnahmen, etwa Platzverweise oder eine Androhung von Zwangsmaßnahmen beseitigt.³¹ Dem soll hier auf der Grundlage zweier empirischer Studien (in NRW und in Thüringen) nachgegangen werden.

a)

In *Nordrhein-Westfalen* wurde im Zeitraum von Mai 2017 bis Januar 2018 ein Pilotprojekt zur Untersuchung der Tauglichkeit von Bodycams durchgeführt. Untersuchungsgrundlage stellten insgesamt 4.860 Schichten in sechs teilnehmenden Pilotwachen dar. In etwa der Hälfte der Schichten kamen Bodycams zum Einsatz; diese Schichten wurden mit den übrigen Schichten ohne Einsatzaufzeichnungen verglichen.³² Die Studie belegt, dass von Bodycams ein deeskalierendes Wirkpotential ausgeht, und stellt daneben Schwachstellen dar, um auf dieser Basis Handlungsempfehlungen für Politik und Praxis auszusprechen. Zwar sei der Anteil der geschädigten Polizeibeamten in Schichten mit Bodycam-Einsatz insgesamt 1,2 Mal höher als in der Vergleichsgruppe. Jedoch benennt die Studie als Ursache hierfür, dass die handelnden Polizeibeamten, insbesondere die weiblichen Beamtinnen, durch die gefühlte Beobachtungswirkung und die dadurch zugleich bewirkte Selbstreflexion besonders zurückhaltend eingeschritten seien. Die Studie stützt sich auf die Erkenntnis, dass Menschen, die sich einer Beobachtung versehen, sich selbst als „Objekt“ wahrnehmen und daher intendieren, die „Diskrepanz ihres Verhaltens zu Standards“ zu vermindern.³³ So hätten diese sich während des Einsatzes in erhöhtem Maße formalisiert artikuliert, was so auch von den Adressaten der polizeilichen Maßnahme wahrgenommen wurde, und hätten darüber hinaus die Anwendung von Zwangsmaßnahmen gescheut, obgleich die-

³¹ Arzt, in: BeckOK NRWPolG, 17. Edition, Stand: 01.03.2021, § 15c Rn. 6.

³² Kersting/Naplava/Reutemann/Heil/Scheer-Vesper, Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht, 2019, S. 57.

³³ Dolderer, Verfassungsfragen der „Sicherheit durch Null-Toleranz“, in: NVwZ 2001, S. 130 (132) m. w. N.

se der Situation nach zulässig gewesen wäre.³⁴ Die Furcht vor Beobachtung im Dienst und den damit verbundenen auch strafrechtlichen Sanktionen hätte die Beamt/inn/en auch davon abgehalten, die Kameras überhaupt einzuschalten. Zuletzt sei aus kommunikativer Sicht zu verzeichnen, dass die Anwendung den Adressaten nicht immer offen artikuliert wurde. So sei ein kleines Licht das ausschlaggebende Signal dafür gewesen, dass eine Aufnahme erfolgt. Jedoch müsse über die Anwendung im Einzelfall auch mündlich informiert werden. Dies sei in vielen Fällen unterblieben; stattdessen sei signifikant, dass die Beamten insbesondere ihre Kollegen von dem Einsatz, nicht aber die Adressaten der Maßnahme unterrichteten. Diese Faktoren, so der Untersuchungsbericht, hätten die Wirksamkeit und das deeskalierende Wirkpotential der Bodycams geschmälert.³⁵

Im Umkehrschluss sei *bei einer angemessenen Art der Verwendung eine Erhöhung der Wirksamkeit nicht ausgeschlossen*. Jedenfalls sei in 16,4 Prozent der Fälle eine Deeskalation der Gesamtsituation zu verzeichnen. In einem Viertel dieser Fälle der Deeskalation sei diese maßgeblich auf den Einsatz der Bodycam zurückzuführen,³⁶ sodass die Maßnahme jedenfalls auch geeignet sei, die Gefahrenabwehr bzw. Gefahrenvorsorge insoweit zu fördern. In Bezug auf die Frage, inwieweit die Deeskalation oder Eskalation der Gesamtsituation in Zusammenhang mit einer konkreten, typisierbaren Einsatzsituation steht, gibt die Studie einen nicht generalisierbaren Hinweis darauf, dass ein generell hohes Eskalationspotential auch eher zur Eskalation beim Einsatz der Bodycam führen könne. Bei Ruhestörungen ist der deutlichste Unterschied zwischen Eskalation und Deeskalation zu verzeichnen. Bei freiheitsentziehenden Maßnahmen dagegen war häufiger eine Eskalation zu verzeichnen. Möglicherweise ist dies darauf zurückzuführen, dass freiheitsentziehende Maßnahmen aufgrund der hier regelmäßig zur Anwendung kommenden physischen Gewalt ohnehin eher das Potential einer Eskalation voraussetzten oder aufwiesen als dies bei einer Ruhestörung der Fall ist.³⁷ Insgesamt legt die in Nordrhein-Westfalen erfolgte Studie nahe, dass sich das

³⁴ Kersting/Naplava/Reutemann/Heil/Scheer-Vesper, Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht, 2019, S. 65 ff.

³⁵ Kersting/Naplava/Reutemann/Heil/Scheer-Vesper, Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht, 2019, S. 73, 87.

³⁶ Kersting/Naplava/Reutemann/Heil/Scheer-Vesper, Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht, 2019, S. 62 ff.

³⁷ Kersting/Naplava/Reutemann/Heil/Scheer-Vesper, Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht, 2019, S. 66.

deeskalierende Wirkpotential stärker im öffentlichen Raum entfaltet. Allerdings seien die angegebenen Werte aufgrund der insgesamt niedrigen Fallzahl „nicht verallgemeinerbar“.³⁸

b)

Auch in *Thüringen* wurde ein entsprechendes Pilotprojekt zur Erforschung der Wirkweise von Bodycams durchgeführt.³⁹ Die Studie schließt ein deeskalierendes Wirkpotential von Bodycams gleichfalls nicht generell aus. So schien der Einsatz der am Körper getragenen Miniaturkameras die Auftretenshäufigkeit aggressiver Handlungen insgesamt leicht zu senken.⁴⁰ Im Strafverfahren konnte das erlangte Beweismaterial sichere Anhaltspunkte für oder gegen eine Verurteilung liefern und außerdem die Objektivität der Beweisführung fördern. Evident ist, dass sowohl die Studie aus Nordrhein-Westfalen als auch Thüringen nahelegen, dass der deeskalierende Effekt bei weiblichen Polizeibeamtinnen weniger stark ausgeprägt ist.⁴¹

Die Studie aus Thüringen benennt ebenfalls „potentiell negative Aspekte“. So sei durch den Einsatz der Bodycam zum Teil eine geringere Kooperationsbereitschaft der Adressaten polizeilicher Maßnahmen zu verzeichnen. Während die nordrhein-westfälische Studie nur in Einzelfällen Besonderheiten bzw. ein Eskalationspotential bei dem Einsatz von Bodycams gegenüber unter dem Einfluss von Alkohol oder Drogen Befindenden konstatierte⁴², zeigte der Einsatz der Bodycam in Thüringen unter diesen Voraussetzungen die Tendenz, sogar eskalierend zu wirken. Dieses *Eskalationspotential* sei angesichts der zugrundeliegenden Untersuchung als „signifikant höher“ einzustufen.⁴³

³⁸ Kersting/Naplava/Reutemann/Heil/Scheer-Vesper, Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht, 2019, S. 66 f.

³⁹ Kruse/Kaufmann/Schweinberger, Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojektes II zum Einsatz von Bodycams der Polizei Thüringen, 2020.

⁴⁰ Kruse/Kaufmann/Schweinberger, Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojektes II zum Einsatz von Bodycams bei der Polizei Thüringen, 2020, S. 29 ff.; 55 ff.

⁴¹ Kruse/Kaufmann/Schweinberger, Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojektes II zum Einsatz von Bodycams bei der Polizei Thüringen, 2020, S. 57; Kersten/Naplava/Reutemann/Heil/Scheer-Vesper, Die deeskalative Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht, 2019, S. 77 ff.

⁴² Kersten/Naplava/Reutemann/Heil/Scheer-Vesper, Die deeskalative Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht, 2019, S. 72 ff.; 82 ff.

⁴³ Kruse/Kaufmann/Schweinberger, Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojektes II zum Einsatz von Bodycams bei der Polizei Thüringen, 2020, S. 59.

Auf der Grundlage beider Untersuchungen *bleibt die Geeignetheitsfrage daher ein Stück weit offen*. Zwar gibt es Fälle, in welchen sich deeskalierende Wirkungen zeigen, aber auch solche, in welche eskalierende Wirkungen – und damit der gegenteilige Effekt – erkennbar sind: Hier wird die Gefahr nicht vermindert, sondern sogar vergrößert. Ersichtlich hängt die Geeignetheit – wesentlich – davon ab, welche Polizeibeamten tätig werden, in welchem Zustand Betroffene sich befinden und welches die intendierten Maßnahmen sind. Eine gewisse Tendenz lässt sich dahin erkennen:

- Je geringer der eigentlich unter Überwachung intendierte Eingriff ist, desto eskalationssteigernder ist die Bodycam.
- Je schwerwiegender dagegen der eigentlich intendierte Grundrechtseingriff ist, desto höher ist tendenziell der deeskalierende Effekt der Bodycam.

Diese Beobachtung legt es nahe, die Zulässigkeit ihres Einsatzes im öffentlichen Raum als Annexeingriff auf schwerwiegende Fällen von Grundrechtseingriffen (etwa: Polizeigewahrsam) und auf Fälle eines absehbar hohen Risikos von Angriffen auf Polizeibeamte zu begrenzen. Allenfalls insoweit ließe sich die Geeignetheit möglicherweise bejahen. Kurz: *Es hängt nicht allein von der Formulierung gesetzlicher Tatbestandsmerkmale, sondern auch von der konkreten Handlungssituation im Einzelfall ab*. Hier lässt der Gesetzestext auch Einsatzsituationen zu, in welchen die Bodycams deeskalierende Wirkungen haben können. Zugleich schließt er aber auch Einsatzsituationen ohne solche oder gar mit gegenteiligen Effekten nicht aus. Hier ist also das Ermessen der Beamt/inn/en im Einzelfall gefordert. Dieses könnte durch noch konkrete Tatbestandsfassungen beider Anträge, die die o.g. typischen Effekte berücksichtigen, noch besser gesteuert werden. Zur Erinnerung: Der Gesetzgeber muss die Geeignetheit des Eingriffs belegen können, nicht potentiell Betroffene die generelle Ungeeignetheit.

2. Erforderlichkeit

Erforderlich ist eine Maßnahme, wenn *kein gleich geeignetes milderes Mittel als Handlungsalternative* zur Verfügung steht.

Der Polizei stehen nach dem ThPAG grundsätzlich umfassende Befugnisse zum Einschreiten zur Verfügung. Hierzu gehören Zwangsmaßnahmen, die eine Gefahr im konkreten Fall zu beseitigen vermögen. Ein Platzverweis oder die Anwendung von Zwangsmaßnahmen, so *Arzt*, seien solche Maßnahmen.⁴⁴ Diese haben aber eine andere Wirkrichtung. Sie sind auf eine Beseitigung der Gefahr gerichtet. Der Einsatz von Bodycams dient wie dargestellt der Gefahraufklärung bzw. -vorsorge, indem jedenfalls nicht ausgeschlossen ist, dass er eine deeskalierende Wirkung entfaltet und zudem den Einsatz gefahrenbeseitigender Zwangsmittel vermeidet.

Im Hinblick auf die Beweisführung in möglichen späteren Strafverfahren könnten Zeugenaussagen und Polizeiberichte als alternative Maßnahmen herangezogen werden. Zeugenaussagen basieren auf subjektiven Wahrnehmungen der Aussagenden und werden daher als „unzuverlässigstes Beweismittel“ bezeichnet.⁴⁵ Hinzu kommt, dass der Tathergang zum Zeitpunkt der Aussage vor Gericht zum Teil schon einige Monate zurückliegt und die Erinnerung des Einzelnen dementsprechend verblasst ist. Eine Aufzeichnung der Einsatzsituation mit Bild und Ton ist demgegenüber als objektiver einzustufen, sodass ein herkömmlicher Zeugenbeweis im Strafverfahren als nicht gleichsam effektiv anzusehen ist.⁴⁶

Es gibt also andere polizeiliche Instrumente des Gefahrmanagements. Ob diese im Einzelfall weniger oder sogar stärker eingreifend wirken, ist aber keineswegs sicher. Insoweit können sie den Einsatz von Bodycams, soweit ein solcher überhaupt zulässig ist, als nicht erforderliche Mittel jedenfalls nicht generell ausschließen.

3. Verhältnismäßigkeit/Angemessenheit

In Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne sind die Interessen des Einzelnen, namentlich sein Recht auf informationelle Selbstbestimmung sowie

⁴⁴ Vgl. *Arzt*, in: BeckOK NRWPolG, 17. Edition, Stand: 01.03.2021, § 15c Rn. 6.

⁴⁵ *Miebach*, Die freie Beweiswürdigung der Zeugenaussage in der neueren Rechtsprechung des BGH, in: NSTZ-RR 2014, S. 233; *Bender/Nack*, Tatsachenfeststellung vor Gericht, 5. Aufl. 2021, Rn. 13 ff.; *Brause*, Zum Zeugenbeweis in der Rechtsprechung des BGH, in: NSTZ 2007, S. 505.

⁴⁶ Die Studie aus Nordrhein-Westfalen weist aber zugleich darauf hin, dass ein unterbliebener Einsatz gleichwohl von den würdigenden Richtern nicht als „vertane Chance der Beweisverdichtung“ angesehen werden darf. *Kersting/Naplava/Reutemann/Heil/Scheer-Vesper*, Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht, 2019, S. 8.

allgemeine Handlungsfreiheit mit der durch die Bodycam bezweckte Gefahrenvorsorge abzuwägen und in einen adäquaten Ausgleich zu bringen. Nach der Rechtsprechung des BVerfG haben Einzelne „Einschränkungen seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung im überwiegenden Allgemeininteresse hin[zun]ehmen.“⁴⁷ Bei der Abwägung ist zunächst zu berücksichtigen, dass der Einsatz von Bodycams nach allen bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen ausschließlich „offen“ erfolgen darf.⁴⁸ Jedenfalls ist darunter zu verstehen, dass ein verdeckter Einsatz nicht möglich ist. Z.B.: Nach § 15c Abs. 3 S. 1 NRWPolG ist der Einsatz grundsätzlich *„durch geeignete Maßnahmen erkennbar zu machen und den betroffenen Personen mitzuteilen.“* Das explizite Mitteilen eröffnet den Betroffenen die Möglichkeit, ihr Verhalten so auszurichten, dass eine spätere strafrechtliche Beurteilung nicht mehr zu befürchten ist und stellt Transparenz des polizeilichen Handelns dar.

Das Bedürfnis nach stärkerem Schutz und erhöhter Eigensicherung von Polizeibeamten kann im konkreten Einzelfall als überwiegendes Allgemeinwohl gesehen werden, wenn eine gefahr- oder eskalationsgeneigte Situation besteht. Es bedarf einer „strikten Anlassbezogenheit des Kameraeinsatzes“⁴⁹ auch im Einzelfall. Eine anlasslose, pauschale bzw. flächendeckende Aufnahme wird mit einer Vorratsdatenspeicherung verglichen, die nicht im Einklang mit europarechtlichen bzw. verfassungsrechtlichen Bestimmungen stünde.⁵⁰ § 33a Abs. 1 PAG-E setzt voraus, dass die Datenerhebung aufgrund solcher Umstände zum Schutze eines*r Polizeibeamt*in oder eines*r Dritten wegen der Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder Eigentum erforderlich ist. Die Nennung dieser Rechtsgüter schränkt den Anwendungsbereich der Maßnahme ein und legt nahe, dass Straftaten, insbesondere um Körperverletzungs- bzw. Widerstandsdelikte nach §§ 223 ff., 113, 114 StGB, bevorstehen könnten. Bei einer entsprechenden Anwendung in der Praxis kann davon ausgegangen werden, dass die Maßnahme auch angemessen wäre.

Dass hingegen diese Abwägung auch dann gelten kann, wenn ausschließlich die Verfolgung von „Ordnungswidrigkeiten“ in Rede steht, ist überaus zweifelhaft.

⁴⁷ BVerfGE 65, 1 (49 Rn. 148).

⁴⁸ Krit. Arzt, in: BeckOK NRWPolG, 17. Edition, Stand: 01.03.2021, § 15c Rn. 20, 48 ff.

⁴⁹ Kipker/Gärtner, Verfassungsrechtliche Anforderungen an den Einsatz polizeilicher „Body-Cams“, in: NJW 2015, S. 296 (298).

⁵⁰ Petri, in: Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 6. Aufl. 2018, Kap. G Rn. 797.

Fraglich ist, ob darin noch das nach der Rechtsprechung des BVerfG geforderte überwiegende Allgemeininteresse gesehen werden kann. Der Änderungsantrag 7/1993 erhöht insoweit die Anforderungen und fordert eine Ordnungswidrigkeit, die auch im Einzelfall von „erheblicher Bedeutung“ ist. Die „Bedeutung“ bezieht sich wohl auf den Hauptzweck der Maßnahme, nämlich den Schutz von Polizeibeamt*innen oder den vom Begriff der „Dritten“ umfassten Personen als für diesen Schutz relevant anzusehen. Das bedeutet, die in Rede stehende Ordnungswidrigkeit muss in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der erforderlichen eskalationsgeneigten Situation stehen. Wichtig bleibt aber:

- Die Erhebung eines personenbezogenen Datums bedarf der Rechtfertigung.
- Die Verwendung des Datums zu einem anderen Zweck bedarf der weiteren Rechtfertigung durch einen vergleichbar hochrangigen öffentlichen Belang.

Während die Erhebung der Informationen durch die Aufnahme selbst jedenfalls durch hochrangige Rechtsgüter – den Schutz der Polizeibeamten – gerechtfertigt ist, ist ihre Verwendung zu anderen Zwecken als der Aufklärung von Straftaten kaum zu rechtfertigen. Hier ist jedenfalls der Antrag 7/1993 näher am geltenden Verfassungsrecht als der Antrag 7/2792.

Nicht zuletzt kann sich die Dokumentation im Strafverfahren auch entlastend und damit zugunsten des Einzelnen auswirken. Kritisiert wird in diesem Zusammenhang jedoch, dass für Betroffene kein solcher *gesetzlicher Anspruch eingeräumt ist, der ihnen die Einsichtnahme der Aufzeichnung erlaubt*⁵¹ und ihnen damit den Anspruch auf Heranziehung im Strafverfahren auch in ihrem Interesse ermöglichen würde. Dies könnte im Einzelfall zu einer Beweisveränderung, wenn nicht – verfälschung vor Gericht führen, denn die Richter/innen nur be-, nicht aber entlastende Videos zu Gesicht bekämen. Eine einseitige Informationsherrschaft der Polizei über die Verwendung von ihr angefertigter Unterlagen gibt es im Strafprozessrecht nicht. Auch hier besteht vielmehr der Anspruch Beschuldigter oder jedenfalls ihrer Anwälte auf Akteneinsicht und die Ermöglichung daraus ggf. resultierender Antragsrechte im Prozess. Daher erscheint es *naheliegend, dass Betroffene einen*

⁵¹ LDI NRW, 23. Tätigkeitsbericht 2016, Nr. 5.1.; *Petri* sieht die Forderung nach einem solchen Anspruch als „nachvollziehbar“ an, siehe *ders.*, in: Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, Kap. G Rn. 802.

Anspruch auf Einsicht erhalten müssen, wenn eine spätere Nutzung über den unmittelbaren Anlass der Aufzeichnung hinaus angestrebt wird,

V. Zusammenfassung

1. Dem Land Thüringen steht die Gesetzgebungskompetenz für die hier beantragten Änderung zu. Das gilt auch für den Einsatz der Bodycams zur Aufklärung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, solange der Bund von dieser Materie keinen abschließenden Gebrauch gemacht hat. Die Bodycam verfolgt grundsätzlich einen überwiegend präventiven Zweck und nachrangig einen strafprozessualen. Zur Klarstellung sollte der Wortlaut die Zweckrichtungen nicht in ein Alternativverhältnis stellen. Zur Vermeidung anderer verfassungsrechtlicher Risiken wäre es jedoch vorzugswürdig, den Einsatz nur zur Eigensicherung vorzuschreiben und die Aufklärung von weiteren Straftaten und Ordnungswidrigkeiten der späteren Informationsverwendung zu überantworten. Dafür sind ausreichende rechtliche Regelungsregime vorhanden.
2. Der Einsatz von Bodycams stellt einen rechtfertigungsbedürftigen Eingriff in die Grundrechte aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG (Recht auf informationelle Selbstbestimmung als Ausprägung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts) durch die Datenerhebung und ggf. der anschließenden Datenverwertung sowie ggf. auch einen Eingriff in das Grundrecht auf allgemeine Handlungsfreiheit durch die Verhaltensbeeinflussung dar.
3. Der Einsatz von Bodycams in Wohnungen im Sinne des Art. 13 Abs. 1 GG ist abzulehnen. Er ist von keiner Bestimmung aus Art. 13 Abs. 2 bis 7 GG gedeckt.
4. Die Bodycam ist ausweislich einschlägiger Studien jedenfalls nicht ungeeignet, ein Deeskalationspotential zu entfalten, das sich zugunsten des Schutzes von Polizeibeamt*innen auswirkt. Auch das Strafverfahren kann durch die Objektivität der Aufzeichnungen gefördert werden. Dazu sind allerdings weitergehende verfahrensrechtliche Sicherungen, namentlich ein Einsichtsrecht Betroffener vor der Verwendung, notwendig.

5. Die Maßnahme verfolgt grundsätzlich auch legitime Zwecke und ist insoweit geeignet, erforderlich und angemessen, soweit die Anwendung im Einzelfall gefahr- bzw. eskalationsgeneigt ist. Eine pauschale Aufnahme aller Polizeieinsätze verbietet sich aufgrund höherrangigen Rechts. Der Einsatz bei jeglichen Ordnungswidrigkeiten ist ebenso abzulehnen; stattdessen muss die Ordnungswidrigkeit im konkreten Einzelfall auch im Zusammenhang mit dieser Gefährdungs- bzw. Eskalationslage stehen. Maßgeblich ist neben den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen auch die jeweilige Anwendungssituation. Deren Steuerung durch die geringe Bestimmtheit der hier beantragten Gesetzesänderungen ist aber namentlich in Anbetracht der mit den Bodycams bewirkten auch schwerwiegenden Grundrechtseingriffe sehr gering. Insoweit ist die – verfassungsrechtlich notwendige – Bestimmtheit der hier beantragte Gesetzesänderungen zumindest steigerungsfähig, wenn nicht –bedürftig.

Bielefeld, den 28.5.2021

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen</td> <td>K.d.ö.R.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Herrmannsplatz 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	K.d.ö.R.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

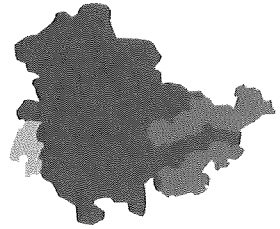
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung der Katholischen Kirche beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Schutz der Polizistinnen und Polizisten vor Gewalt und Übergriffen im Einsatz ist ein begrüßenswertes und notwendiges Anliegen. Wie dies am effektivsten erfolgen sollte, kann von der Kirche nicht beurteilt werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 31.05.2021	

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99032 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
02.06.2021 08:36

13705/21

Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

Stellungnahme des Katholischen Büros zum Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte (Drs. 7/2792)

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

Diensträume:
Michaelshaus
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

Kontakt:
Telefon 0361 6572-214
Fax 0361 6572-217
E-Mail kath.buero@bistum-erfurt.de

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

herzlich danke ich Ihnen für die Gelegenheit, namens der Katholischen Kirche in Thüringen zu o.g. Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Es ist ein wichtiges und notwendiges Anliegen, Polizistinnen und Polizisten, aber auch andere Einsatzkräfte, wirksam vor Gewalt und Übergriffen im Dienst zu schützen. Grundsätzlich positiv zu bewerten ist, dass dieses Thema mittlerweile eine höhere gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit genießt. Niemand, der mit hohem persönlichen Einsatz für die Sicherheit und den Schutz anderer eintritt, sollte Gewalt und Unsicherheit erfahren müssen.

Daher begrüßen wir ausdrücklich, wenn Sie im Thüringer Landtag nach geeigneten und rechtssicheren Maßnahmen suchen, wie der Schutz unserer Sicherheits- und Einsatzkräfte wirksam erhöht werden kann. Wie diese Maßnahmen konkret zu gestalten sind, dazu kann die Kirche keine konkrete Position entwickeln. Wir vertrauen jedoch darauf, dass Sie, werte Abgeordnete, hierfür eine tragfähige Lösung im Sinne der Polizistinnen und Polizisten in unserem Land finden werden. Für die weitere Entscheidungsfindung wünschen wir Ihnen alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Erfurt, den 31. Mai 2021

142 11/2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/2792 -

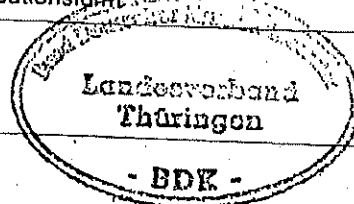
dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP
- Vorlage 7/1993 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

BDK Landesverband Thür.

Organisationsform



Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Gesewister Str. 45

Postleitzahl, Ort

99035 Erfurt

2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kriminalpolizei / Berufsverband	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	per BDK LV unterstützt die Einführung mobiler Bildaufnahm- u. Tonmischerungsgeräte, sowie die dafür notwendige Aderung des PAG.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 07.06.2021	



Bund Deutscher Kriminalbeamter

Landesverband Thüringen

BDK Landesverband Thüringen | c/o KPI Gotha | Schubertstraße 6 | D-99867 Gotha

Ihr/e Zeichen/Nachricht vom

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
07.06.2021 07:34

14085/2021

Rudolstadt, 06.06.2021

**Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – offener
Einsatz mobiler Bildaufnahme – und Tonaufzeichnungsgeräte,
hier: Anhörungsverfahren des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtages**
Drucksache 7/2792

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Thüringen, bedankt sich beim Ausschuss für die Möglichkeit einer Stellungnahme im schriftlichen Anhörungsverfahren. Die geplante Einführung von mobilen Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräten, in der Folge Bodycam, wurde durch unseren Berufsverband seit Beginn der Tageversuche in den Jahren 2017 und 2018 positiv bewertet. Die nunmehr zur Stellungnahme vorgelegten Beratungsgegenstände zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und die zeitnahe Einführung der Bodycams werden durch unseren Berufsverband begrüßt. Wir sehen darin die Beachtung der in den Trageversuchen gewonnenen Erkenntnisse und eine Verbesserung der praktischen Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben beim Einsatz der Bodycam. Besonders in der Möglichkeit der Tonaufzeichnung beim Einsatz sehen wir ein weiteres Mittel zur Erhöhung der Objektivität und Akzeptanz beim Bürger und bei den Polizei-/Kriminalbeamt*innen. Dabei ist uns bewusst, dass auch die geplante und im Interesse der Rechtssicherheit stehende Verwendung von Aufzeichnungen auch bei Verfahren gegen die eingesetzten Beamt*innen auch kritisch hinterfragt werden wird. Wir begrüßen aber diese rechtlichen Möglichkeiten, sind sie doch ein auch Beitrag zu einer Verbesserung des pflichtbewussten und angemessenen Verhaltens der Polizei-/Kriminalbeamt*innen.

Dabei weisen wir jedoch darauf hin, dass die Möglichkeit des sogenannten Pre-Recordings, also die Sicherung der Aufnahme einer definierten Zeit schon vor dem Start dieser gesichert sein muss. Die



Aufnahme der Aktion oder Reaktion der Polizei und des polizeilichen Gegenübers erhöht die objektive Bewertung der Situation.

Die Sicherstellung der flächendeckenden Einführung der zu beschaffenden Geräte erscheint durch die Mittelbereitstellung im Landeshaushalt 2021 und der geplanten Mittelplanungen für 2022 realisierbar zu sein.

Wir möchten zu einigen Punkten des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes Anmerkungen machen, die derzeit nach unserer Ansicht Interpretationsspielräume eröffnen und im Rahmen der Anhörung eindeutig formuliert werden sollten:

- Absatz 4 Satz 2

„Die Löschung von verschlüsselten Aufzeichnungen ist nach Ablauf von 30 Tagen gehindert, wenn diese zur Gefahrenabwehr oder zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung benötigt werden.

Der unbestimmte Rechtsbegriff von Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung bedarf nach unserer Auffassung analog der Bestimmungen im Strafrecht einer eindeutigen rechtlichen Definition im Gesetz.

- Absatz 6 Satz 1

„Eine Verwertung....nur zulässig...wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt wurde“

Da hier auf zwei Alternativen abgestellt wird, erscheint die Definition der Maßnahme rechtssicher formuliert werden zu müssen. Was muss richterlich festgestellt werden?

- a) die Aufzeichnung
- b) das Betreten der Wohnung

Zusammenfassend unterstützen wir den Willen des Gesetzgebers, den Polizei-/Kriminalbeamt*innen ein geeignetes technisches Hilfsmittel im polizeilichen Einsatzgeschehen zur Verfügung zu stellen, welches die Akzeptanz beim Bürger und bei den eingesetzten Polizei-/Kriminalbeamt*innen auch in der wissenschaftlichen Begleitung und bei den Trageversuchen unter Beweis gestellt hat.

151 0212021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Deutscher Journalisten-Verband	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 44
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Gewerkschaft und Berufsverband der Journalist*innen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Aufgrund der unbefriedigenden statistischen Absicherung von statistischen Aussagen über die Effekte von Bodycams, des juristisch bedenklichen Pre-Recordings, des nicht signifikant gestiegenen Sicherheitsgefühls der Polizeibeamt*innen sowie weiterer, teils schwerwiegender Bedenken und möglicher Rechtsgüterkonflikte erscheint ein Einsatz solcher Ton- und Bildaufzeichnungsgeräte nicht zweckmäßig.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift 
Erfurt, 15. Juni 2021	

DJV Thüringen
Gewerkschaft der Journalisten
Anger 44
99084 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
09.06.2021 09:32

14324121

LANDESVERBAND
THÜRINGEN E.V.

DEUTSCHER
JOURNALISTEN-
VERBAND
GEWERKSCHAFT
DER JOURNALISTEN



Erfurt, 1. Juni 2021

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

**Stellungnahme des
DJV-Landesverbandes Thüringen
zum**

**Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes –
Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und
Tonaufzeichnungsgeräte**

Am 21. April 2021 hat der Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtages dem DJV Thüringen den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (Drucksache 7/2792) sowie den Änderungsantrag der FDP-Fraktion (Vorlage 7/1993) mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 10. Juni 2021 zugesandt.

Der Deutsche Journalisten-Verband bedankt sich dafür, dass er in dieses Gesetzgebungsverfahren einbezogen wird – auch wenn einige der Fragestellungen die Arbeit von hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten nicht tangieren. Dennoch sind durchaus Situationen vorstellbar, in denen das Für und Wider des Einsatzes von Bodycams bei Polizeibeamt*innen im Einsatz auch journalistische Belang betreffen.

In der Anlage der Unterlagen zum Anhörungsverfahren wurde ein Fragenkatalog des Innen- und Kommunalausschusses übermittelt, auf den folgend Bezug genommen werden soll.



1. *Welche Auffassung vertreten Sie zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte in der Drucksache 7/2792?*

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Grundsätzlich könnten Bild- und Tonaufzeichnungen sowohl in dynamischen und/oder unübersichtlichen Einsatzlagen als auch im „normalen“ polizeilichen Handeln helfen, Geschehenes und die auslösenden Faktoren dafür für Dritte nachvollziehbar zu machen. Dies ist insbesondere dann hilfreich, wenn im Anschluss an polizeiliche Einsätze eine juristische Aufarbeitung erfolgen soll.

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

Dabei muss aus Sicht des DJV Thüringen aber unmissverständlich klargestellt sein, dass die Aufnahmen von polizeilichen Bodycams ausschließlich für die Gefahrenabwehr und/oder Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung verwendet werden dürfen. Keinesfalls darf das Bild- und Tonmaterial beispielsweise für bzw. mit eigenen Pressemitteilungen o.ä. der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Dokumentation und journalistische Einordnung von polizeilichen Einsätzen obliegen den hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten.

Dem gegenüber steht, dass Bodycams eine weitere Möglichkeit für Behörden darstellen, Daten zu sammeln – in diesem Fall Bild- und Tondokumente. Zwar ist im Gesetzentwurf festgeschrieben, dass die Aufzeichnungen nach 30 Tagen zu löschen sind, sofern diese nicht für die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung benötigt werden. In der Vergangenheit ist es jedoch immer wieder vorgekommen, dass Daten, obwohl dies vorgeschrieben war, eben nicht gelöscht oder zuvor an andere Orte oder auf andere Medien kopiert wurden. Das dies auch mit Aufnahmen von Bodycams geschieht, ist zumindest nicht auszuschließen. Insofern muss die grundsätzliche Frage erlaubt sein, inwieweit man dem Bestreben von Behörden, möglichst viele Daten zu sammeln, durch die Schaffung einer weiteren technischen Möglichkeit Vorschub leistet.

Für unverzichtbar hält der DJV Thüringen auch in diesem Zusammenhang die Einschränkungen in §33a Abs. 3 PAG-E. Redaktionen und für die journalistische Tätigkeit genutzte Räume und Gebäude sind zu Recht von Film- und Tonaufnahmen durch Bodycams ausgeschlossen. Andernfalls wäre dies ein nicht zu tolerierender Eingriff in das Grundrecht der Pressefreiheit. Um auch die Möglichkeit verdeckter Aufnahmen auszuschließen, müssen die Geräte zudem technisch so ausgestattet sein, dass für das polizeiliche Gegenüber ein optischer Hinweis auf eine laufende Aufnahme sichtbar ist.



Wenn Film- und Tonaufnahmen von Bodycams für die Strafverfolgung genutzt werden sollen, dann muss dies sowohl für das polizeiliche Gegenüber als auch für die Polizei selbst gelten. Dies bedeutet, dass durch die Aufnahmen auch polizeiliches Handeln überprüfbar gemacht werden muss. Insofern erscheint der im Änderungsantrag der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993) in Absatz 6 eingefügte Passus, nachdem die Daten auch für die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der aufgezeichneten polizeilichen Maßnahmen verwendet werden dürfen, zweckdienlich. Dies gilt insbesondere dann, wenn die von polizeilichem Handeln Betroffene entsprechende Vorwürfe gegen die bei der Maßnahme eingesetzten Polizeibeamt*innen erheben.

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

Allerdings ergeben sich daraus neue Anforderungen. Wenn die Film- und Tonaufnahmen auch dazu herangezogen werden, um polizeiliches Handeln auf seine Rechtmäßigkeit hin zu überprüfen, dann dürfen die eine solche Bodycam tragenden Polizeibeamt*innen keine Möglichkeit haben, die Aufnahmen zu stoppen oder zu unterbrechen. Anderenfalls bestünde die Gefahr der Manipulation, um eigenes Fehlverhalten nicht zu dokumentieren. Darüber hinaus dürfte über die Löschung der Aufnahmen in keinem Fall die Dienststellenleitung oder ein/e von dieser Beauftragter bzw. Beauftragte entscheiden. Vielmehr müsste diese Entscheidung an eine Stelle außerhalb des Polizeivollzugsdienstes (bspw. Staatsanwaltschaften o.ä.) delegiert werden.

Problematisch wird es dann, wenn sich Polizeibeamt*innen während eines Einsatzes in Bereiche bewegen, die der Ausübung von Tätigkeiten von Berufsheimnisträgern dienen¹ oder in solche, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind. In diesen sind Aufzeichnungen unzulässig; der Aufzeichnungsvorgang muss, sofern bereits gestartet, unverzüglich unterbrochen werden.² Wenn aber Polizeibeamt*innen aus o.g. Gründen keine Möglichkeit haben, den Aufzeichnungsvorgang zu unterbrechen, kollidieren an dieser Stelle zwei unterschiedliche Interessen bzw. Rechtsgüter.

2. *Halten Sie das Einsatzmittel der Bodycam für den Bereich der Polizei für geeignet, erforderlich und angemessen? Wenn ja, zu welchem Zweck? Wenn nein, warum nicht?*

Eine solche Beurteilung müssen Fachleute für den polizeilichen Vollzugsdienst und Jurist*innen vornehmen. Der Deutsche Journalisten-Verband Thüringen ist für eine derart spezifische Fragestellung nicht der geeignete Ansprechpartner.

¹ Vgl. §53 STPO

² §33a Abs. 3 Satz 2 bzw. Abs. 5 Satz 1 PAG-E



3. *Sind Sie der Auffassung, dass durch das Tragen der Bodycam Gewalttaten gegen Polizisten wirksam verhindert werden können? Und wie begründet sich Ihre Einschätzung?*

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Es wäre zunächst durchaus denkbar, dass der Hinweis auf eine laufende Ton- und Bildaufzeichnung deeskalierend wirken kann. Allerdings kommen unterschiedliche Studien über die Wirkungsweise von Bodycams auf polizeiliches Handeln sowie das polizeiliche Gegenüber zu ebenso unterschiedlichen Ergebnissen.³ Ob allein die theoretische Chance auf eine gewaltmindernde Wirkung ein gutes Argument für den Einsatz solcher technischen Möglichkeiten ist, kann bezweifelt werden. Dem gegenüber steht der Wert solcher Aufzeichnungen für die Beweisaufnahme in Straf- und anderen Verfahren.⁴ Eine abschließende Beantwortung dieser Fragestellung ist wohl erst nach einer umfangreichen wissenschaftlichen Analyse vorhandener und ggf. noch zu erhebender Daten möglich.⁵

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

4. *Gibt es nach Ihrer Kenntnis wissenschaftliche Untersuchungen, die die Präventionswirkung der Bodycam in Bezug auf Gewalt gegen Polizisten be- oder widerlegt? Wenn ja, welche?*

Dem DJV Thüringen sind keine derartigen wissenschaftlichen Untersuchungen bekannt – mit Ausnahme derjenigen der Friedrich-Schiller-Universität Jena sowie der Studien, auf die darin verwiesen wird.

5. *Wie bewerten Sie das im Gesetz vorgesehene „Pre-Recording“, also die dauerhafte Aufzeichnung und Überschreibung (Vorabaufnahme) sowie das Aufzeichnen von Aufnahmen in Privatwohnungen und die Eingriffsschwelle der Kamera zum Schutz von „Gefahren für Eigentum“ (§33a Abs. 1 Satz 1)?*

Das sogenannte „Pre-Recording“ hebt die im geplanten §33a Abs. 3 Satz 2 sowie Abs. 5 Satz 1 PAG-E formulierten Vorbehalte teilweise aus. Während Aufnahmen in Bereichen, die nach §53 Abs. 1 STPO der Ausübung von Tätigkeiten von Berufsgeheimnisträger*innen dienen, unzulässig sind, führt das „Pre-Recording“ diese Vorschrift ad absurdum – zumal dann, wenn bspw. eingesetzte Polizeibeamt*innen die eigentliche Aufnahme starten und kurz darauf aus oben genannten oder anderen Gründen wieder stoppen. In diesem Fall würden die geplanten 30 Sekunden „Pre-Recording“ der eigentlichen, im Zweifel auch nur einige Sekunden andauernden, Aufnahme hinzugefügt.

³ Vgl. „Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts II zum Einsatz von Bodycams der Polizei Thüringen“ (Friedrich-Schiller-Universität Jena), S. 9 f.

⁴ Vgl. ebd., S. 43 ff.

⁵ Vgl. ebd., S. 3



Es erscheint, dass deutlich mehr und auch gewichtigere Gründe gegen den Einsatz von Bodycams für Polizeibeamt*innen sprechen als dafür. Dies betrifft vor allem die derzeit noch unbefriedigende statistische Absicherung von Aussagen über die Effekte von Bodycams. Ebenso wenig lassen sich positive Auswirkungen auf das eigene Sicherheitsgefühl oder Stressempfinden der mit Bodycams ausgestatteten Polizeibeamt*innen belegen.⁶ Der lediglich leicht gesenkten Häufigkeit von auftretenden aggressiven Verhaltensweisen bei Vorhandensein und vor allem beim Starten der Filmaufnahme stehen zudem die sinkende Kooperationsbereitschaft des polizeilichen Gegenübers sowie die eher eskalierende Wirkung bei unter dem Einfluss von berauschenden Substanzen stehenden Betroffenen gegenüber.⁷

Abschließend möchte der DJV Thüringen noch eine Empfehlung aussprechen: Wenn sich der Gesetzgeber zu einer Änderung des Polizeiaufgabengesetzes entschließt, sollte dies mit einer umfangreichen Informations- und Aufklärungskampagne verbunden werden. So könnten eventuelle Vorbehalte in der Bevölkerung ausgeräumt und Missverständnisse vermieden werden.

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

⁶ Vgl. „Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts II zum Einsatz von Bodycams der Polizei Thüringen“ (Friedrich-Schiller- Universität Jena), S. 4

⁷ Vgl. ebd.

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>LEITERIN DER POLIZEILICHEN BILDUNGSANSTALT</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>FRIEDENSSIEDLUNG 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98617 MEININGEN</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		LEITERIN DER POLIZEILICHEN BILDUNGSANSTALT	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	FRIEDENSSIEDLUNG 6	Postleitzahl, Ort	98617 MEININGEN
Name	Organisationsform										
	LEITERIN DER POLIZEILICHEN BILDUNGSANSTALT										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	FRIEDENSSIEDLUNG 6										
Postleitzahl, Ort	98617 MEININGEN										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	DIE POLIZEILICHE AUSBILDUNG UND DAS BACHELORSTUDIUM	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
MEININGEN, 09.02.2021	

THÜR. LANDTAG POST
09.06.2021 08:27

14323/21

Bildungszentrum der Thüringer Polizei
Friedenssiedlung 6 · 98617 Meiningen

- nur per E-Mail -

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss

nachrichtlich: TMIK, Ref. 44

**Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz
mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 -;
Schreiben des Thüringer Landtags vom 21. April 2021

poststelle.BZ@
polizei.thueringen.de

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
21.04.2021

Aktenzeichen

Meiningen
8. Juni 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bezugsschreiben bittet der Thüringer Landtag um Stellungnahme zu oben
genanntem Gesetzentwurf, welche ich als Anlage übersende.

Mit freundlichen Grüßen

Leiterin der Bildungseinrichtungen
(m. d. W. d. Dg. b.)

Bildungszentrum der
Thüringer Polizei
Friedenssiedlung 6
98617 Meiningen

[www.polizei.thueringen.de/
bildungseinrichtungen](http://www.polizei.thueringen.de/bildungseinrichtungen)

Datenschutzinformationen
Informationen zum Umgang mit
Ihren Daten durch das Bildungs-
zentrum der Thüringer Polizei finden
Sie im Internet unter:

[www.polizei.thueringen.de/
bildungseinrichtungen/
datenschutz](http://www.polizei.thueringen.de/bildungseinrichtungen/datenschutz)

Auf Wunsch übersenden wir Ihnen
eine Papierfassung.

**Stellungnahme zur Anhörung des Innen- und Kommunalausschusses des
Thüringer Landtages**

**Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler
Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/2792 -

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Polizei

1. Welche Auffassung vertreten Sie zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte in Drucksache 7/2792?

In Deutschland wurde das erste Pilotprojekt zur Bodycam 2013 in Hessen gestartet.¹ Inzwischen ist der Einsatz der Bodycam im Bund und den Ländern auf sehr unterschiedlichem Niveau. Teilweise kommt die Bodycam bereits als Standardausrüstung zum Einsatz, teilweise wird die Bodycam erprobt, teilweise ist die Erprobung geplant. Grund für den Einsatz der Bodycam ist die These, dass der Einsatz von Bodycams eine deeskalierende Wirkung habe und so zur Eigensicherung der Beamten beitrage. Als weiterer Aspekt soll die Beweissituation für eventuell aufgezeichnete Straftaten verbessert werden. Der vorliegende Gesetzentwurf nimmt ebenfalls Bezug auf das Ziel der Verbesserung der Eigensicherung und die Verwendung der Aufzeichnungen als Beweismittel im Strafprozess.

Die Bundesländer und der Bund haben jeweils eigene Rechtsgrundlagen für den Einsatz der Bodycam in den jeweiligen Polizeigesetzen geschaffen. Diese Regelungen unterscheiden sich erheblich hinsichtlich des Regelungsgehaltes. Diese Unterschiede beziehen sich auf Einsatzanlässe, die geforderte Gefahrensituation, die

¹ Polizeipräsidium Frankfurt am Main (Hrsg.), Abschlussbericht über die Erfahrungen des Einsatzes der mobilen Videoüberwachung.

Möglichkeit von Tonaufzeichnungen und Pre-recording, den räumlichen Anwendungsbereich und die Speicherdauer.

In Thüringen kommt die Bodycam bisher auf Grundlage von § 33 Abs. 6 PAG zur Anwendung.

§ 33 Datenerhebung bei öffentlichen Veranstaltungen und Ansammlungen, an besonderen Orten, zur Eigensicherung sowie durch anlassbezogene automatisierte Kraftfahrzeugkennzeichenerkennung

(6) Die Polizei kann zum Schutz der Polizeibeamten bei Personen- oder Fahrzeugkontrollen an öffentlich zugänglichen Orten Bildaufzeichnungen durch den offenen Einsatz technischer Mittel anfertigen; dies gilt auch dann, wenn Dritte unvermeidbar betroffen sind. Der Einsatz der technischen Mittel ist, falls er nicht offenkundig ist, durch geeignete Maßnahmen erkennbar zu machen oder der betroffenen Person mitzuteilen. Die Bildaufzeichnungen sind, soweit sie nicht zur Verfolgung von Straftaten benötigt werden, spätestens nach 48 Stunden zu löschen. § 40 Abs. 4 Satz 1 und 2 bleibt unberührt.

Danach sind als Einsatzanlass ausschließlich Personen- und Fahrzeugkontrollen vorgesehen. Die Bodycam kann nur an öffentlich zugänglichen Orten zur Anwendung kommen. Tonaufzeichnung und Pre-Recording sind bisher nicht geregelt. In der Regel ist eine Löschung nach 48 Stunden vorgesehen.

Der Gesetzentwurf sieht eine deutliche Ausweitung der bisher sehr begrenzten Einsatzmöglichkeiten vor. Das ist im Hinblick auf das Ziel der Reduzierung von Angriffen auf Polizeibeamte grundsätzlich zu begrüßen.

Im Hinblick auf den Einsatzwert der Bodycam als Mittel der Eigensicherung ist allerdings kein Anlass zu Euphorie gegeben. Aufgrund der komplexen Wirkmechanismen bei Nutzung der Bodycam ist der gewaltreduzierende Effekt nicht generell zu erwarten. Die Bodycam kann nur ein Baustein in einem Gesamtkonzept von Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte sein.

Auf den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (PAG CDU-E) und den Änderungsantrag der Fraktion der FDP (PAG FDP-E) wird im Folgenden näher eingegangen.

2. Halten Sie das Einsatzmittel der Bodycam für den Bereich der Polizei für geeignet, erforderlich und angemessen? Wenn ja, zu welchem Zweck? Wenn nein, warum nicht?

2.1 Zweck des Einsatzes von Bodycams

Mit dem Einsatz von Bodycams sind zwei Zweckrichtungen verbunden: zum einen der Schutz von Polizeibeamten bzw. Dritten (§ 33a Abs. 1 S. 1 PAG CDU-E, § 33a Abs. 1 S. 1 Nr. 1 PAG FDP-E), zum anderen die Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung (§ 33a Abs. 4 S. 2 PAG CDU-E, § 33a Abs. 1 S. 1 Nr. 2 PAG FDP-E).

Für den Bereich der Strafverfolgung steht dem Bund die konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit aus Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG zu. Die Rechtsgrundlagen für die Strafverfolgung hat der Bund insbesondere in der StPO und dem OWiG normiert. Für § 33a Abs. 1 S. 1 Nr. 2 PAG FDP-E fehlt die Gesetzgebungskompetenz des Freistaates Thüringen, da hier die Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten als eigenständiges Tatbestandsmerkmal vorgesehen ist.² Im Entwurf der Fraktion der CDU ist die aus der möglichen Verwendung einer erfolgten Aufzeichnung zu Beweis Zwecken im Strafprozess eher ein „Nebenprodukt“. Hier überwiegt die präventive Ausrichtung auf den Schutz von Polizeibeamten und Dritten.

Für den Bereich der Gefahrenabwehr haben die Länder die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz (Art. 70 Abs. 1 GG). Da mit dem Einsatz der Bodycam sowohl eine präventive als auch eine repressive Zielrichtung verfolgt wird, handelt es sich um eine „doppelfunktionale Maßnahme“. Der Schwerpunkt liegt aber ausweislich der Begründung zum Gesetzentwurf der CDU in der Gefahrenabwehr. Daran ändert sich auch nichts durch die Überlegung, dass die Wirksamkeit der Aufnahmen zur Gefahrenabwehr darauf beruht, dass der Bürger mit einer wirksameren Beweisführung in einem Strafprozess rechnen muss. Somit steht dem Landesgesetzgeber insoweit die Gesetzgebungskompetenz zu.³

2.2 Verhältnismäßigkeit

Die Verhältnismäßigkeit einer Maßnahme ist zu prüfen, wenn in ein Grundrecht eingegriffen wird.

² So auch zur Vorsorge für die Verfolgung von Straftaten: BVerfGE 113, 348, 370.

³ So zu einer entsprechenden Regelung in Sachsen-Anhalt: Landesverfassungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt, Urteil vom 11.11.2014 – LVG 9/13, Rn. 159.

Die Nutzung der Bodycam stellt eine Form der Datenerhebung dar. Damit wird in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung („Datenschutzgrundrecht“) eingegriffen (Art. 6 Abs. 2 ThürVerf). Es ist eine Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts (Art. 2 Abs. 1 und 1 Abs. 1 GG bzw. Art. 6 Abs. 2 ThürVerf). Betroffen sind neben den Personen, die den Anlass für die Aufzeichnung geben, auch die Polizeibeamten und Dritte, die miterfasst werden. Durch die Videoaufzeichnung wird außerdem in das Recht am eigenen Bild und durch Tonaufzeichnung in das Recht am gesprochenen Wort eingegriffen.

Geeignet ist eine Maßnahme, wenn sie die Erreichung des Zwecks fördert. Dabei genügt eine Möglichkeit der Zweckerreichung.⁴ Die Maßnahme muss den Zweck daher weder sicher noch mit einer hinreichenden Wahrscheinlichkeit erreichen. Es muss vielmehr ein „Schritt in die richtige Richtung“ sein. In diesem Zusammenhang gesteht das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber einen erheblichen Spielraum – sogenannte Einschätzungsprärogative – zu. Weil die Beurteilung der Geeignetheit ein prognostisches, zukunftsbezogenes Element hat, prüft das Bundesverfassungsgericht in solchen Fällen lediglich, ob ein Gesetz evident ungeeignet ist.⁵ Ob eine gewaltreduzierende Wirkung durch den Einsatz der Bodycam tatsächlich erreicht werden kann, ist immer von der konkreten Situation abhängig. Anlass zu der Einschätzung, dass der Einsatz von Bodycams grundsätzlich ungeeignet ist, den Zweck zu erreichen, besteht nicht. Der Gesetzgeber darf im Übrigen neue Konzepte erproben.⁶

Die Frage, in welchem Maße der Einsatz von Bodycams tatsächlich Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte verhindern kann, wird unter 3. und 4. näher diskutiert.

Erforderlich ist eine Maßnahme dann, wenn keine gleich geeignete, mildere Maßnahme in Betracht kommt. Diese mildere Maßnahme müsste also den Zweck in gleichem Maße fördern, wie der Einsatz der Bodycam. In den Situationen, in denen der Einsatz von Bodycams in Betracht kommt, sollte es zuvor Ziel der Polizeibeamten sein, mit kommunikativen Mitteln auf den Bürger einzuwirken. Erst wenn sich das als nicht zielführend erweist, ist die Nutzung der Bodycam erforderlich. Zusätzlich zu bisher schon erlaubten Bildaufnahmen sollen künftig auch Tonaufzeichnungen möglich sein. Damit ist ein tieferer Grundrechtseingriff verbunden. Allerdings kann das Geschehen ohne Tonaufnahme häufig nicht umfassend beurteilt werden.

⁴ Z.B. BVerfGE 116, 202, 224.

⁵ BVerfGE 30, 250, 263; BVerfGE 126, 331, 361 f.

⁶ BVerfGE 78, 249, 288; BVerfGE 85, 80, 91.

Die mündlichen Äußerungen lassen eher einen Rückschluss auf die Entwicklung der Gefahrensituation zu. Damit steigern Tonaufnahmen den Beweiswert der Aufzeichnungen. Daher ist auch die Aufzeichnung des Tons erforderlich.⁷

Angemessen ist eine Maßnahme, wenn der Grundrechtseingriff nicht außer Verhältnis zum verfolgten Zweck steht. Hier sind also die geschützten Rechtsgüter in einen Ausgleich mit den Grundrechten zu bringen, in die eingegriffen wird. In den vorliegenden Gesetzentwürfen sind als geschützte Rechtsgüter Leib, Leben, Freiheit und Eigentum genannt. Durch die neue Rechtsgrundlage wird der Eingriff durch die Festlegung der geschützten Rechtsgüter begrenzt. Es erfolgt keine anlasslose Überwachung, sondern nur in einer konkreten Gefahrensituation. Außerdem erfolgt der Einsatz der Bodycam offen. Das ist auch notwendig, da ein deeskalierender Effekt nur eintreten kann, wenn der Betroffene weiß, dass eine Aufzeichnung seines Verhaltens erfolgt. Weiterhin sind Löschungspflichten vorgesehen, um den Grundrechtseingriff zu begrenzen. Im Hinblick auf den Schutz der Rechtsgüter Leib, Leben und Freiheit dürfte dieser den Grundrechtseingriff überwiegen und damit die Angemessenheit gegeben sein.

Zum Schutz des Eigentums wird auf die Beantwortung der Frage 5 verwiesen.

3. Sind Sie der Auffassung, dass durch das Tragen der Bodycam Gewalttaten gegen Polizisten wirksam verhindert werden können? Und wie begründet sich Ihre Einschätzung?

Ob durch das Tragen der Bodycam Gewalttaten gegen Polizisten wirksam verhindert werden können, lässt sich nur durch wissenschaftliche Untersuchungen belegen. Allein eine Verbesserung der „gefühlten Sicherheit“ kann die Frage nicht beantworten.

Eine Einschätzung der vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen erfolgt in der Beantwortung der Frage 4.

⁷ So auch *Martini/Nink/Wenzel*, NVwZ-Extra 2016, 1, 10; Zöller, S. 52.

4. Gibt es nach Ihrer Kenntnis wissenschaftliche Untersuchungen, die die Präventionswirkung der Bodycam in Bezug auf Gewalt gegen Polizisten be- oder widerlegen? Wenn ja, welche?

Der erste größere Einsatz von Bodycams erfolgte 2005 in Großbritannien. In der Folge fand die Bodycam auch in den USA rasche Verbreitung.⁸ Dort wird die Bodycam mit dem Ziel eingesetzt, den Bürger vor Polizeigewalt zu schützen und die Transparenz polizeilichen Handelns zu erhöhen.⁹ Die Beamten sind dort häufig allein im Streifendienst und die Kamera zeichnet permanent auf.

Aufgrund der anderen Zielrichtung und des Umstandes, dass in Deutschland die Bodycam nur aufgrund der Entscheidung des jeweiligen Polizeibeamten eingeschaltet wird, sind die Ergebnisse der Studien aus dem angloamerikanischen Bereich¹⁰ sind nicht auf Deutschland übertragbar.

Die Bodycam kam in Deutschland zum ersten Mal 2013 in Hessen zum Einsatz. Seitdem gibt es zahlreiche Evaluationen zum Thema.¹¹ Eine Metastudie zu den Ergebnissen aus dem deutschsprachigen Raum existiert bislang nicht. Auf den ersten Blick scheinen positive Ergebnisse im Sinne einer deeskalierenden Wirkung deutlich zu überwiegen. Allerdings weisen die meisten Arbeiten erhebliche methodische Schwachstellen auf.¹²

In jüngerer Vergangenheit sind Evaluationsergebnisse aus Sachsen¹³, Nordrhein-Westfalen¹⁴ und Sachsen-Anhalt¹⁵ veröffentlicht worden.

In dem Abschlussbericht aus Sachsen¹⁶ wurden letztlich Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik zweier Jahre verglichen und dann ein Quervergleich von Polizeirevieren ohne Bodycam und Projektrevieren gezogen. Insgesamt wurde eine deeskalierende Wirkung für sehr wahrscheinlich gehalten. Die Ergebnisse waren zwischen den einzelnen Revieren sehr unterschiedlich ausgeprägt. Allerdings wurde nur die letzte von drei durchgeführten Befragungen ausgewertet. Immerhin 24% der An-

⁸ Zur Historie des Einsatzes von Bodycams Zander, S. 17 ff.

⁹ Miller/Toliver, S. 7.

¹⁰ Zusammenfassend Ariel et al., 744 ff. Die Ergebnisse sind sowohl hinsichtlich der erhofften Reduktion von rechtswidriger Polizeigewalt als auch des Verhaltens der Bürger uneinheitlich.

¹¹ Übersicht bei Kersting/Naplava/Reutemann/Heil/Scheer-Vesper, S. 24.

¹² Zander, S. 51 ff.

¹³ Hochschule der Sächsischen Polizei, 2018.

¹⁴ Kersting et al., 2018.

¹⁵ Polizei Sachsen-Anhalt, 2020.

¹⁶ Hochschule der Sächsischen Polizei, 2018.

wortenden hielten eine Eskalation der Situation durch die Bodycam für einen wesentlichen Nachteil.

Der Abschlussbericht aus Nordrhein-Westfalen¹⁷ ist methodisch breiter aufgestellt. Es wurden Videoanalysen, Gruppendiskussionen und quantitative Befragungen durchgeführt. Danach halten die Autoren ein deeskalatives Wirkpotential für belegt.¹⁸ Gleichzeitig stellen sie allerdings fest, dass der Anteil geschädigter Polizeibeamter in den Schichten mit Bodycam höher ist als in den Schichten ohne Bodycam.¹⁹ Der Befund wird damit erklärt, dass die Beamten durch den Umstand, dass ihr Verhalten ebenfalls aufgezeichnet wird, eine erhöhte Selbstaufmerksamkeit zeigen und zurückhaltender agieren. Die Polizeibeamten berichten außerdem im Rahmen ihrer Befragung ebenso häufig über Erfahrungen im Sinne einer Deeskalation wie Eskalation.²⁰

In Sachsen-Anhalt kommt der Abschlussbericht²¹ zu dem Ergebnis, dass der Einsatz der Bodycam nur in Einzelfällen die erhoffte deeskalierende Wirkung zeigt.²² Die Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik ergab, dass in den drei Polizeirevieren, in denen die Bodycam zu Einsatz kam, die Gewalt gegen Polizeibeamte zunahm. In den Polizeirevieren ohne Bodycam sanken im Vergleichszeitraum dagegen die Fallzahlen. In der überwiegenden Zahl der Fälle konnte keine oder eine eskalative Wirkung festgestellt werden. Teilweise konnte die Situation durch das Ausschalten der Kamera entspannt werden.

In Thüringen wurde das Pilotprojekt II zum Einsatz von Bodycams durch die Universität Jena begleitet.²³ Der Abschlussbericht ist die aktuellste Studie zur Wirksamkeit von Bodycams. Danach hat sich ein deeskalierender Effekt und eine geringfügige Senkung aggressiven Verhaltens gezeigt. Bei Personen unter dem Einfluss berauschender Mittel oder in psychischen Ausnahmezuständen zeigte sich eher eine eskalative Wirkung. Die im Rahmen der Studie durchgeführte Befragung von Richtern ergab, dass die Aufnahmen geeignete Beweismittel darstellen und die Beweislage verbessern können.

¹⁷ Kersting et al., 2018.

¹⁸ Kersting et al., 2018, S. 62 ff.

¹⁹ Kersting et al., 2018, S. 57 ff.

²⁰ Kersting et al., 2018, S. 66 ff.

²¹ Polizei Sachsen-Anhalt, 2020.

²² Zusammenfassung der Ergebnisse Polizei Sachsen-Anhalt, 2020, S. 40 ff.

²³ Kruse/Kaufmann/Schweinberger, 2020.

Über alle Studien hinweg zeichnet sich ab, dass die Wirkung der Bodycam von der konkreten Einsatzsituation abhängig ist und bei Personen unter Alkohol- oder Drogeneinfluss keine deeskalative Wirkung eintritt.

Bei der Bewertung der Studien muss immer berücksichtigt werden, wie das Tragen einer Videokamera einen Beamten vor einem Angriff schützen soll. Eine Kamera dient weder der aktiven Verteidigung (wie eine Schusswaffe), noch der passiven Verteidigung (wie eine Schutzweste). Eine Schutzwirkung kann sich nur indirekt ergeben. Dem Betroffenen muss bewusst sein, dass sein Verhalten aufgezeichnet wird. Dann muss er erkennen, dass diese Aufzeichnung in einem eventuellen Strafverfahren als Beweis dienen kann. Diese erhoffte Abschreckungswirkung kann die Bodycam also nur aufgrund eines relativ komplexen Gedankenganges entfalten. In vielen polizeilichen Einsatzsituationen sind die Betroffenen aufgrund einer großen Emotionalität oder dem Einfluss berauschender Mittel dazu gar nicht in der Lage.

Um einen effektiven Einsatz der Bodycam zu erreichen und unerwünschte eskalative Wirkungen zu vermeiden, sollte weiter untersucht werden, in welchen Einsatzsituationen die Bodycam ihr deeskalatives Potential tatsächlich entfaltet. Der Abschlussbericht aus Nordrhein-Westfalen gibt hier erste Anhaltspunkte.²⁴ Danach scheint insbesondere bei Ruhestörungen und (deutlich weniger stark) bei Streitigkeiten durch die Bodycam eine Deeskalation einzutreten. Bei freiheitsentziehenden Maßnahmen und Personenkontrollen scheint dagegen durch den Einsatz der Bodycam eher eine Eskalation einzutreten.

5. Wie bewerten Sie das im Gesetz vorgesehene „Pre-Recording“ also die dauerhafte Aufzeichnung und Überschreibung (Vorabaufnahme) sowie das Aufzeichnen von Aufnahmen in Privatwohnungen und die Eingriffsschwelle der Kamera zum Schutz von „Gefahren für Eigentum“ (§ 33a Abs. 1 Satz 1)?

5.1 Pre-Recording

Eine Vorabaufzeichnung von 30 bis 120 Sekunden vor der manuellen Auslösung der Aufzeichnung ist bereits in einigen Bundesländern und bei der Bundespolizei möglich. Um das Pre-Recordings zu gewährleisten, muss die Bodycam permanent in Betrieb sein und aufzeichnen. So kann auch das Vorfeld von Gefahrensituationen erfasst und dadurch die Situation besser beurteilt werden. Außerdem ist das Auslö-

²⁴ Kersting et al., 2018, S. 66 ff.

sen der Kamera in der akut eskalierenden Situation nachrangig gegenüber der Gefahrenabwehr. Dem Polizeibeamten wird mehr Zeit gegeben, die Gefahrenlage zu bewältigen und trotzdem eine brauchbare Aufzeichnung zu erhalten. Zusätzlich kann die Vorabaufnahme technisch erforderlich sein, damit keine Verzögerung nach dem Auslösen der Aufzeichnung durch ein Hochfahren der Kamera entstehen kann.²⁵

In § 33a Abs. 1 PAG CDU-E fehlt eine Angabe zur Dauer des Pre-Recording. Außerdem ist die Begründung zu § 33a Abs. 4 PAG CDU-E missverständlich. In diesem Absatz ist die Lösungsfrist von grundsätzlich 30 Tagen geregelt. Die Begründung nimmt aber Bezug auf die kurzzeitige Speicherung.

Insofern ist die Regelung in § 33a Abs. 4 PAG FDP-E präziser und deshalb zu bevorzugen.

Zu berücksichtigen bei der Regelung ist auch der Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht des kameraführenden Beamten und seiner unmittelbaren Kollegen, deren Verhalten während des Pre-recording-Modus permanent erfasst wird. Andererseits kann durch die Erfassung eines gewissen Zeitraums vor der Auslösung der Aufzeichnung die Entwicklung der Situation besser beurteilt werden und der Beweiswert der Aufnahmen wird verbessert.

5.2 Aufnahmen in Privatwohnungen

Wohnungen sind durch Art. 13 GG in besonderem Maße vor staatlichen Eingriffen geschützt. Für den Einsatz der Bodycam sind insbesondere Art. 13 Abs. 4 und 5 GG zu berücksichtigen. In Privatwohnungen muss der Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung beachtet werden. Dieser Kernbereichsschutz wird vom Bundesverfassungsgericht aus Art. 1 Abs. 1 GG abgeleitet. „Zur Entfaltung der Persönlichkeit im Kernbereich privater Lebensgestaltung gehört die Möglichkeit, innere Vorgänge wie Empfindungen und Gefühle sowie Überlegungen, Ansichten und Erlebnisse höchstpersönlicher Art zum Ausdruck zu bringen, und zwar ohne Angst, dass staatliche Stellen dies überwachen. Vom Schutz umfasst sind auch Gefühlsäußerungen, Äußerungen des unbewussten Erlebens sowie Ausdrucksformen der Sexualität.“²⁶ Ein Eingriff in den Kernbereich privater Lebensgestaltung ist immer unzulässig. Insoweit, so betont das Bundesverfassungsgericht, ist kein Raum für eine Abwägung mit anderen Interessen.

²⁵ So die Gesetzesbegründung zu § 27a BPolG; BT-Drs. 18/10939, 13.

²⁶ BVerfGE 109, 279, 314.

In Privatwohnungen, die regelmäßig für die Öffentlichkeit verschlossen sind, ist dieser Kernbereich schwer abzugrenzen. Gerade in den „eigenen vier Wänden“ hat jeder das Recht sich so zu verhalten und einzurichten, wie es ihm gefällt. Insofern ist durch die Bild- und Videoaufzeichnung in der Wohnung jederzeit ein Eingriff in den Kernbereich privater Lebensgestaltung möglich. Somit bleibt kaum Raum für den rechtmäßigen Einsatz der Bodycam in Privatwohnungen.²⁷

Die Vereinbarkeit der Anordnungscompetenz in § 33a Abs. 2 Satz 3 PAG CDU-E mit Art. 13 Abs. 5 Satz 1 GG ist fraglich. § 13 Abs. 5 Satz 1 GG spricht von Aufnahmen, die „ausschließlich dem Schutz der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen dienen“. Das bezieht sich im vorliegenden Zusammenhang auf die eingesetzten Polizeibeamten. § 33a Abs. 2 PAG CDU-E ermächtigt aber auch zu Aufnahmen zum Schutz Dritter, d. h. nicht nur der Eigensicherung. In Bezug auf Aufnahmen Dritter dürfte somit der relative Richtervorbehalt des Art. 13 Abs. 4 GG zu beachten sein. Würde sich § 33a Abs. 2 PAG CDU-E auf den Schutz der Beamten beschränken, wäre die Regelung der Anordnungscompetenz nicht zu beanstanden.

5.3 Gefahren für Eigentum

Der Schutz von Eigentum vor Gefahren scheint auf dem ersten Blick dem Zweck des Gesetzes (Schutz von Polizeibeamten und Dritten vor Angriffen) zu widersprechen. Jedoch ist es für den Polizeibeamten schwer vorhersehbar, ob in einer Situation, die zu eskalieren droht, sich die Gewalt gegen eine Person oder Sache richten wird. Daher ist die Einbeziehung von Eigentum in den Schutzbereich gerechtfertigt.

6. Weitere Anmerkungen zu den Gesetzentwürfen

6.1 Aufnahme auf Verlangen des Betroffenen

In § 33a Abs. 1 S. 3 PAG CDU-E ist vorgesehen, dass eine Aufzeichnung auch auf ausdrückliches Verlangen des von den polizeilichen Maßnahmen Betroffenen zu erfolgen hat. Das ist eine innovative Regelung. Im Grundsatz ist es zu begrüßen, wenn nicht nur der Polizeibeamte über den Start der Aufzeichnung entscheidet. Allerdings wirft diese Regelung neue Fragen auf:

Unter welchen Voraussetzungen kann der Betroffene die Aufzeichnung verlangen? Kann eine Aufzeichnung nur unter den Voraussetzungen von § 33a Abs. 1 S. 1 PAG CDU-E verlangt werden oder bei jeder polizeilichen Maßnahme? Im PAG werden

²⁷ So auch Zöller, S. 68 ff.

Eingriffsbefugnisse für die Polizei normiert. Eine Regelung, die einen Anspruch des Bürgers formuliert, wäre ein Novum.

In den Studien zur Bodycam wird berichtet, dass es ohnehin zu Diskussionen über den Einsatz der Bodycam und die Rechtmäßigkeit der Aufzeichnung kommt. Hier wird neuer Diskussionsanreiz geboten. Insbesondere in angespannten Situationen kann das problematisch werden.

6.2 Weitere Einzelheiten

Der Verweis in § 33a Abs. 2 S. 4 PAG CDU-E auf § 33a Abs. 1 S. 2 PAG CDU-E ist verzichtbar. In § 33a Abs. 2 S. 2 PAG CDU-E ist bereits geregelt, dass die Datenerhebung auch möglich ist, wenn Dritte unmittelbar betroffen sind. Deshalb ist ein Verweis auf die gleiche Regelung in Abs. 1 nicht notwendig.

Die Regelung zum Schutz von Berufsgeheimnisträgern in § 33a Abs. 3 S. 3 PAG CDU-E ist ein systematischer Bruch in diesem Absatz. Die Norm sollte einen eigenen Absatz bekommen oder im Zusammenhang mit dem Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung verortet werden. Neben Berufsgeheimnisträgern nach § 53 Abs. 1 StPO sollte auch der Personenkreis aus § 53a StPO von der Vorschrift erfasst werden. Hier könnte § 110d Abs. 4 und 5 StPO als Vorbild dienen.

In § 33a Abs. 4 S. 4 PAG CDU-E ist ein Verweis auf Abs. 6 enthalten. Der Verweis wäre unnötig, wenn Abs. 6 entsprechend formuliert wäre.

Nach § 33a Abs. 1 PAG FDP-E soll eine Aufzeichnung nur an öffentlich zugänglichen Orten möglich sein. Nach § 33a Abs. 2 PAG FDP-E soll die Aufzeichnung beispielsweise in Wohnungen nicht zulässig sein. Die aufgezählten Orte sind ohnehin nicht öffentlich zugänglich. Deshalb erschließt sich der Regelungsgehalt von § 33a Abs. 2 PAG FDP-E zumindest in Teilen nicht.

Beide vorliegenden Entwürfe berücksichtigen Folgeänderungen in § 33 PAG nicht. Hier müsste Abs. 6 wegfallen. Der bisherige Abs. 7 müsste zu Abs. 6 werden.

Insgesamt weisen beide Entwürfe einen hohen Grad an Regelungsintensität und Regelungskomplexität auf. Das macht die rechtskonforme Nutzung der Bodycam in der Praxis zur Herausforderung.

Literaturverzeichnis

Ariel, Barak / Sutherland, Alex / Henstock, Darren / Young, Josh / Drover, Paul / Sykes, Jayne / Megicks, Simon / Henderson, Ryan, Wearing body cameras increases assaults against officers and does not reduce police use of force – Results from a global multi-site experiment, European Journal of Criminology, 2016 Vol. 13(6) 744 – 755.

Hochschule der Sächsischen Polizei (Hrsg.), Evaluation des Projektes „Erprobung des präventiven Einsatzes von Körperkameras in der Sächsischen Polizei – Body-Cam“, Rothenburg, 2018.

Kersting, Stefan / Naplava, Thomas / Reutemann, Michael / Heil, Marie / Scheer-Vesper, Carola, Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen – Abschlussbericht, Gelsenkirchen, 2019.

Kruse, Ulrike / Kaufmann, Jürgen M. / Schweinberger, Stefan R., Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts II zum Einsatz von Bodycams der Polizei Thüringen, 2020.

Martini, Mario / Nink, David / Wenzel, Michael, Bodycams zwischen Bodyguard und Big Brother, NVwZ-Extra 24/2016, 1 – 18.

Miller, Lindsay / Jessica Toliver, Implementing a Body-Worn Camera Program – Recommendations and Lessons Learned, Washington DC, 2014.

Polizeipräsidium Frankfurt am Main (Hrsg.), Abschlussbericht über die Erfahrungen des Einsatzes der mobilen Videoüberwachung gemäß § 14 Abs. 6 HSOG im Rahmen der Maßnahmen „Alt-Sachsenhausen“ sowie im Bereich des 1. Polizeireviers des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main. Veröffentlicht beim Schleswig-Holsteinischen Landtag, Umdruck 18/3586.

Polizei Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Abschlussbericht „Modellversuch zum Einsatz der Body-Cam als präventivpolizeiliche Maßnahme zur Verbesserung der Eigensicherung der Polizeivollzugsbeamten der Landespolizei Sachsen-Anhalt“, 2020.

Zander, Jens, Body-Cams im Polizeieinsatz – Grundlagen und eine Meta-Evaluation zur Wirksamkeit, Frankfurt, 2016.

Zöller, Mark, Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr – Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen am Beispiel des rheinland-pfälzischen Pilotprojekts, Frankfurt, 2017.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Landespolizeiinspektion Gera Theaterstr. 3 07545 Gera Tel.: (0365) 829-0 Fax: (0365) 829-1599
	Organisationsform
	Landespolizeiinspektion
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	<i>Behörden (öffentliche Sicherheit und Ordnung)</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	<i>- befürwortet, mit Änderungen/Ergänzungen</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	<i>Anhörungsverfahren gem. §§ 79, 112 IV GO des Thüringer Landtags</i>	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
17. JUNI 2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsggeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 -											
dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Gewerkschaft der Polizei Berlin</td> <td>Gewerkschaft</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Landesgericht Berlin</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Kurfürstenstraße 112</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>10787 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gewerkschaft der Polizei Berlin	Gewerkschaft	Geschäfts- oder Dienstadresse	Landesgericht Berlin	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kurfürstenstraße 112	Postleitzahl, Ort	10787 Berlin
Name	Organisationsform										
Gewerkschaft der Polizei Berlin	Gewerkschaft										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Landesgericht Berlin										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kurfürstenstraße 112										
Postleitzahl, Ort	10787 Berlin										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wir sind eine Interessengruppe für unsere KollegInnen, die als Bindeglied zur Politik und Behördenarbeit agiert.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Wir haben Stellung zum geplanten Gesetzesentwurf bezogen, befürworten eine flächendeckende Einführung der Bedgen und haben Argumente angeführt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, den 09. 06. 2021	



**Gewerkschaft
der Polizei**

Berlin

Gewerkschaft der Polizei • Kurfürstenstraße 112 • 10787 Berlin

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss

Per E-Mail

Landesbezirksvorstand

Kurfürstenstr. 112
10787 Berlin

Tel.: 0 30 210004-0

Fax: 0 30 210004-29

gdp-berlin@gdp-berlin.de

www.gdp-berlin.de

THÜR. LANDTAG POST
09.06.2021 15:58

14456/21

09.06.21

**Stellungnahme der GdP Berlin zum Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes –
Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie uns die Möglichkeit geben, zum Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Stellung zu beziehen. Wir möchten an dieser Stelle vorneweg sagen, dass es zu begrüßen ist, wenn ein Landesparlament vor einer gesetzlichen Regelung zur Einführung eines Einsatzmittels für die Polizei vorab eine möglichst breitgefächerte und somit demokratische Debatte über Sinn und Zweck führt und dazu auf die Expertise von Institutionen unterschiedlichster Arbeits- und Interessensbereiche zurückgreift.

Grundsätzlich begrüßen wir die angedachte flächendeckende Ausstattung der Thüringer Kolleginnen und Kollegen mit der so genannten Bodycam, weil wir sie als sinnvoll erachten, um den weiter steigenden Übergriffszahlen auf Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes als Ganzes, vor allem aber auf Polizistinnen und Polizisten entgegenzutreten. Allein in Berlin reden wir über mehr als 20 tägliche Angriffe, in denen unsere Kolleginnen und Kollegen als Opfer geführt werden. Hemmschwellen sind gesunken, selbst harmlos anmutende Einsätze können binnen Sekundenbruchteilen eskalieren. Wenn Sie heute eine staatliche Maßnahme durchzuführen haben, müssen Sie besonders im öffentlichen Raum damit rechnen, dass zehn oder zwanzig Smartphones auf Sie gerichtet werden, die Aufnahme in Teilen und bewusst auf einen Moment zusammengeschnitten Minuten später in den Sozialen Medien und auf Videoplattformen zu sehen ist. Nicht zuletzt die deutschlandweiten Querdenker-Demonstrationen haben uns allen vor Augen geführt, wie gezielt damit gearbeitet und be-

wusst Ideologien zur Destabilisierung unseres demokratischen Rechtsstaates an einen breiten Adressatenkreis gebracht werden. Bereits vor der Corona-Pandemie und dem mehr oder weniger demokratischen Protest gegen den politischen Umgang mit dieser ist in unserer Gesellschaft der Wunsch nach transparenterem Handeln staatlicher Institutionen gewachsen. Dem können wir und sollten Sie sich nicht versperren, denn gemeinsam stehen wir für eine bürgerfreundliche Polizei. Insofern sehen wir die Bodycam als sinnvoll und effektiv einsetzbares Einsatzmittel, nicht nur, um der steigenden Gewalt gegen unsere Kolleginnen und Kollegen entgegenzutreten, sondern auch, um polizeiliches/staatliches Handeln nachvollziehbar zu machen. Anschließend möchten wir auf Ihre konkreten Fragestellungen eingehen.

Zu 1)

Als Berliner Landesbezirk der Gewerkschaft der Polizei treten wir bereits seit Jahren für eine flächendeckende Einführung der Bodycam ein, wohlgemerkt auch bei der Feuerwehr, den Ordnungsämtern und in anderen Vollzugsbereichen wie z. B. den Gerichtsvollziehern. In all diesen Teilen kommt es zu Übergriffen gegen die sich im Einsatz befindlichen Kolleginnen und Kollegen. Es werden Maßnahmen als staatliche Willkür dargestellt, Aufnahmen von diesen gemacht, sich mit körperlicher sowie Waffengewalt dagegen gewehrt. Die bisherigen Erfahrungen in Hessen und anderen Landespolizeien, der Bundespolizei und bei der Deutschen Bahn zeigen, dass die Bodycam einen gewaltabschöpfenden, deeskalierenden Wert mit sich bringt. Selbstverständlich haben Sie keinerlei Vergleichswerte und auch in den Untersuchungen zu Ihrem Probelauf mag dieser Effekt nicht so signifikant ins Auge fallen. Aber Prävention lässt sich schwer bemessen. Wir stützen uns hierbei auf die Erfahrungsberichte, die uns in diversen Gesprächen übermittelt wurden sowie eigene Beobachtungen. Eine Kamera sowie die offensichtliche Präsenz dieser sorgen für eine Reaktion beim Gegenüber und haben – das ist bei Ihrem Untersuchungsbericht sehr schön deutlich geworden – sicher auch einen Einfluss auf das Handeln der Kolleginnen und Kollegen. Selbstverständlich wird das nicht jeden Angriff verhindern, zumal die Einflussmöglichkeiten bei alkoholisierten und/oder anders berauschten Bürgerinnen und Bürger eher marginal einzuschätzen sein dürften. Bei 36.959 Widerständen und tätlichen Angriffen (Lagebild BKA-Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte 2019) aber dürfte es einen Versuch wert sein, zumal sich die Beschwerden gegen Maßnahmen, bei denen Bodycams zur Ausstattung der Einsatzkräfte gehörten, im Promillebereich befinden.

Konkret würden wir Ihnen allerdings empfehlen, § 33 a (4) ein wenig anders zu fassen. Über die Löschung sollte die Interne Revision bzw. das Justizariat der Thüringer Polizei entscheiden, nicht allein die Dienststellenleitung, da hier eine gewisse Nähe zwischen PVB als Einsatzkraft und dem Vorgesetzten besteht. Bei einer Entscheidung zur Löschung außerhalb der aufzeichnenden Dienststelle wäre eine gewisse Neutralität gegeben, die sowohl von Bürgerinnen und Bürgern als auch Ihnen als Landtag sicher erwartet wird. In diesem Zusammenhang würden wir auch raten, auf die Formulierung „präventive disziplinierende Wirkung“ zu Absatz 3 bei der Begründung zu verzichten. Wir disziplinieren Bürgerinnen und Bürger nicht, das widerspricht unserem heutigen Demokratieverständnis, in welchem eine bürgerfreundliche Polizei einen wesentlichen Pfeiler einnimmt, aber nicht grundsätzlich diszipliniert.

Zu 2)

Wir halten das Einsatzmittel Bodycam für geeignet und angemessen, weil sie Einsatzkräfte durch Abschreckung in Form von Videoaufzeichnung vor gewalttätigen Übergriffen (diese entweder präventiv verhindert oder im negativen Fall Beweismaterial ermöglicht, das zukünftige Taten durch rechtsstaatliche Repression potenziell verhindert) schützt. Es versteht sich von selbst, dass es dafür auch Regularien benötigt. Wir reden keinesfalls über dauerhafte Aufnahmen. Vielmehr soll den Dienstkräften bei Einsätzen ermöglicht werden, bei Bedarf und unter Beachtung des Datenschutzes, Situationen beweissicher zu dokumentieren. Das Vorhandensein der Bodycam sollte in Form einer deutlich lesbaren Aufschrift an der Kleidung der Dienstkraft hervorgehoben werden. Entsprechende Aufnahmen müssen angekündigt und für das Gegenüber mittels einem visuellen Signal (z. B. rotes LED-Licht) erkennbar sein. Es sollten ausschließlich Bodycams zum Einsatz kommen, die über eine festeingebaute Speicherkarte verfügen, gefertigte Videoaufzeichnungen müssen vom Gerät verschlüsselt gespeichert werden. Diese dürfen nur durch ein entsprechendes Computerprogramm auf der Polizeidienststelle und nicht von derselben Dienstkraft ausgelesen und von mindestens zwei unbeteiligten Dienstkräften überprüft werden. Alle Zugriffe sind zu protokollieren.

Zu 3)

Ja. Das zeigte zunächst der Hessische Probelauf zur Bodycam, es zeigen aber auch Problemläufe in anderen Bundesländern. Praktiker (PVB) gaben an, dass regelmäßig nach Ansprache – die Bodycam wird eingeschaltet – sich das bedrohliche oder aggressive Auftreten des polizeilichen Gegenübers minderte oder es gar eingestellt wurde. Das deckt sich mit unseren Beobachtungen auf der Straße. So konnten wir in zahlreichen Polizeieinsätzen in Bereichen der Bundespolizei in Berlin beobachten, dass sich ein spürbares Gewaltpotenzial beim Gegenüber minimierte, als mit Bodycam ausgestattete Kolleginnen und Kollegen in den Einsatz eingriffen.

Zu 4)

Uns ist die Auswertung des Pilots in Hessen bekannt und nun auch die uns mitgeschickte Lektüre aus Thüringen. Ansonsten sind uns keine weiteren wissenschaftlichen Untersuchungen präsent.

Zu 5)

Wir haben uns in Berlin bewusst für die Pre-Recording-Funktion ausgesprochen und verweisen hier auf den bereits benannten Umstand, wie schnell Situationen eskalieren können, sodass die 30 sec vorm Einschalten durchaus Relevanz besitzen können. Ein regelmäßiges Überschreiben wäre aus unserer Sicht unproblematisch, sofern die Daten (auf einem von der Polizei unabhängigen Server) gesichert wurden. Es geht im Rechtsstaat ja auch um parlamentarische Kontrolle und da wäre es fatal, wenn PVB die Möglichkeit hätten, auf die Idee zu kommen, dass die eine oder andere Aufzeichnung „nicht benötigt“ wird.

Aufzeichnungen in privaten Wohnräumen sind durchaus problematisch, weil es ja auch um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger geht, den Schutz der Wohnung als auch dem präventiven Schutz vor polizeilicher Willkür. Wir plädieren dafür, dass die Bodycam bei Durchsuchungen und auch bei erheblichen Straftaten eingeschaltet werden kann. Die Aufnahmen sollten in all diesen Fällen unverzüglich an die zuständige Staatsanwaltschaft gehen, die das rechtlich bewertet und dann ggf. einen richterlichen Beschluss zur Aufbewahrung

der Aufnahmen erwirken müsste. Wenn der/die Richter/in keinen Bedarf der Aufbewahrung sieht, sind die Aufnahmen unverzüglich zu löschen.

In der Regel gehen bei „Gefahren für Eigentum“ noch andere Delikte einher. Die Frage ist, was man im Zusammenhang mit der Bodycam genau definiert. Geht es darum, Eigentum zu sichern, würde auch normale Videotechnik genügen. Geht es bspw. um Umsetzung eines Gerichtsbeschlusses zur Räumung eines Hauses, so geht hier der präventive Gedanke der Gefahrenabwehr einher und der Einsatz der Bodycam würde zum Schutz der PVB zu Tragen kommen.

Neben der Pre-Recording-Funktion haben wir in Berlin die politischen Parteien bei der Änderung des ASOG Berlin auch dafür begeistern können, neben Video- auch Tonaufnahmen zu ermöglichen. Der Ton macht die Musik, auch im Rahmen von polizeilichen Maßnahmen. So gehen körperlichen oftmals auch verbale Angriffe voraus, die zur nachträglichen Bewertung durchaus relevant sein dürften. Wir sind davon überzeugt, dass Ton- und Videoaufzeichnungen von Bodycams auf einem Deutschen Server, der durch eine Staatsbehörde außerhalb der Polizei gepflegt, gewartet und gesichert wird, liegen sollten. Für Berlin schlagen wir vor, dass die Daten beim Bürger- und Polizeibeauftragten für StA und Gerichte vorgehalten werden, der Zugriff nur durch die/den Beauftragte/n erfolgen sollte. Eine Lösung wie bei der Bundespolizei, Daten auf einem Amazon-Server, der in Deutschland steht, zu speichern, ist für uns nicht akzeptabel. Nach unserer Auffassung untersteht Amazon am Ende doch den amerikanischen Gesetzen (Acts) und müssten Daten, ohne die BuPo zu informieren, an amerikanische Behörden herausgeben.

Erlauben Sie uns bitte abschließend eine Bemerkung. Seien Sie sich dessen bewusst, dass jeder verletzte Kollege, jede verletzte Kollegin eine Lücke in die Dienstpläne und somit die Handlungsfähigkeit der Thüringer Polizei reißt! Ob die Bodycams daran signifikant etwas ändern, lässt sich bis hierhin nicht zweifelsfrei festhalten. Wenn die Deutsche Bahn aber mittlerweile ihre Beschäftigten durch den Einsatz von Bodycams vor Übergriffen schützt, sollte das Ihnen, deren Entscheidungen meine Kolleginnen und Kollegen tagtäglich auf der Straße umsetzen, zu denken geben. Lassen Sie nichts unversucht, als demokratische Institution den Schutz jener zu erhöhen, die tagtäglich im Fokus derjenigen stehen, die unseren Rechtsstaat attackieren und dabei vergessen, dass es Menschen sind, die diesen symbolisieren!

Freundliche Grüße

Landesbezirksvorsitzender

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert; d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Gewerkschaft der Polizei e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Auenstraße 389</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>Erfurt, 99084</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Gewerkschaft der Polizei e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Auenstraße 389	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	Erfurt, 99084
Name	Organisationsform										
	Gewerkschaft der Polizei e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Auenstraße 389										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	Erfurt, 99084										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Vertretung Beschäftigte öffentlichen Dienst	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Einführung wird von Beschäftigten gewünscht - größtmögliche Transparenz - Gesetzgebung für optimale Nutzung notwendig	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erf., 10.06.21	



**Gewerkschaft
der Polizei**
Thüringen

Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Thüringen

Gewerkschaft der Polizei LB Thüringen Auenstr. 38 a 99089 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

per Mail

THUR. LANDTAG POST
10.06.2021 07:14

14468/21

Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Thüringen

Telefon: 0361 / 59895-0
Telefax: 0361 / 59895-11
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de
www.gdp-thueringen.de

Bankverbindung:

IBAN:
BIC:

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

21.04.2021

WG

10.06.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine Einführung mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte in der Thüringer Polizei wird begrüßt, da auf wesentliche „Handwerksarbeit“ im Polizeialltag Bezug genommen wird.

Der Gesetzgeber schaffe mit der Aufnahme der gesetzlichen Grundlagen in das Thüringer Polizeiaufgabengesetz die Voraussetzung für eine rechtssichere Anwendung der Geräte durch die Beschäftigten der Thüringer Polizei, so wie diese in anderen Bundesländern bereits besteht.

Der eingebrachte Gesetzesentwurf der CDU Fraktion orientiert sich hierbei im Wesentlichen an der Normierung des Polizeiaufgabengesetz der Polizei Nordrhein Westfalens (§15cPolG NRW). Dem gegenüber steht ein Änderungsantrag der FDP Fraktion, welcher sich wiederum im Wesentlichen an den gesetzlichen Normierungen für die Beschäftigten der Bundespolizei (§27a BPoIG) orientiert.

Der wesentliche Unterschied der Gesetzesvorschläge ist in der Anwendung der Geräte im verfassungsrechtlich besonders stark geschützten Raum von Wohnungen (Art. 13 GG) zu sehen.

Der Vorschlag der CDU Fraktion schafft die Voraussetzung zur Anwendung der Geräte in Wohn- und Geschäftsräumen, während der Änderungsantrag der FDP Fraktion eine Anwendung der Geräte eben da ausschließt.

Es ist eine Umsetzungsfrage die sich der Gesetzgeber hier zu stellen hat, ob er eben eine Anwendung dieses besonders geschützten Raum unter strengen Voraussetzungen ermöglichen möchte oder nicht. In Befürwortung der Analogie der Ergebnisse des Abschlussberichtes der FSU Jena sollte die gewünschten Äußerungen der befragten Polizeibeamten aufgenommen werden, wonach eine rechtssichere Nutzung der Geräte auch in nicht öffentlichen Räumen möglich sein soll.

Der Abs. 2 des §33a THPAG neu: Hier wird auf das Aufzeichnen innerhalb von Wohnungen verwiesen. Dabei sollte eine Aufzeichnung niemals, außer mit Einwilligung des Betroffenen oder zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben oder zum Schutz der Polizeibeamten erfolgen. Hier könnte beim Lesen der Eindruck vermittelt werden, dass eine generelle gegenwärtige Gefahr vorliegen muss. Dies wäre begrifflich konkreter zu fassen. Auch die Begrifflichkeit, „ der den Einsatz leitende Vollzugsbeamte“ sollte umformuliert werden. Aufgrund der aktuellen

personellen und Dienstpostensituation, sind wesentliche Aufgaben als gleichwertig anzusehen, somit wird diese Festlegung im Einzelfall schwierig.

Zugleich möchte die GdP jedoch auch feststellen, dass die Befugnisse der Bundespolizei an denen sich der FDP Änderungsantrag orientiert weitere wesentliche, im Einklang mit dem Ansatz der CDU Fraktion, rechtssichere Anwendungsbereiche ermöglicht, eine grundsätzliche Abweichung eben nur hinsichtlich der Verwendung in Wohn- und Geschäftsräumen ausgemacht wird.

Beide vorgelegten Gesetzesentwürfe garantieren die ebenso seitens der befragten Polizeibeamten gewünschten Anwendungsbereiche und Nutzungsformen wie Tonaufnahmen und das Pre-Recording. Die Wünsche werden durch die Einschätzungen der ebenfalls im Rahmen des Abschlussberichtes der FSU Jena gefertigten Stellungnahmen der Richter unterstützend gefestigt.

Es ist unstrittig, dass die Verwendung von Bild- und Tonaufnahmen insbesondere im Strafverfahren eine besondere Beweisbedeutung zukommt. Die Objektivität der Beweisführung wird durch Bild- und Tonaufnahmen im Gegensatz zu der Objektivität von Zeugenaussagen als höher eingeschätzt. Das Pre-Recording soll hierbei hilfreich sein, das Zusammenkommen einer Situation darzustellen und das Gesamtbild besser verstehen zu können. Die tatsächliche Hemmschwelle beim polizeilichen Gegenüber sollte dadurch wieder steigen und der Schutz der Polizisten und Polizistinnen im täglichen Dienst würde erheblich verbessert werden.

Dem Gesetzesentwurf der CDU Fraktion unterläuft unseres Erachtens ein Fehler. Es fehlt die Unzulässigkeit der Anwendung entsprechend §53a StPO. Ebenso erfasst der Änderungsantrag der FDP Fraktion nicht nur die Bereiche in den Berufsgeheimnisträger oder -helfer tätig sind, sondern auch jedwede Inhalte welche dem Vertrauensverhältnis zuzuordnen sind, als unzulässig für die Anwendung der Geräte.

Mit beiden Gesetzesentwürfen könnten mit Änderungen rechtssichere Voraussetzungen geschaffen werden, um die mobilen Ton- und Bildaufnahmegeräte als Einsatzmittel der Thüringer Polizei zielführend einführen zu können. Lediglich hinsichtlich der Anwendung der Geräte über den öffentlichen Raum hinaus gibt es gravierende Unterschiede, denen sich der Gesetzgeber bei seiner Entscheidungsfindung zu stellen hat.

Eine weitere Be- und Verarbeitung der Daten sollte durch den zuständigen Bereich geregelt werden, da hier ausreichende Erfahrungen für Vorgaben vorhanden sind. Die sog. Vorabaufnahme bringt die Schwierigkeit einen permanenten Löschvorgang zu initiieren und bzw. zu überwachen. Im Rahmen der Umsetzung sind Anpassungen der Konzepte der Thüringer Polizei, vor allem für die Umsetzung der rechtlichen als auch praktische Handhabung der Bodycam wichtig. Ausstattungen für Geräte mit Zubehör sind ausreichend haushälterisch zu unterlegen.

Hinweis:

In Thüringen ist es zudem wichtig die Tonaufnahmen zu ermöglichen. Der Ton macht schließlich die Musik. Bewusst sollte zudem sein, dass jeder verletzte Polizist eine Lücke in die Dienstpläne und somit die Handlungsfähigkeit der Thüringer Polizei hinterlässt, wenn er nicht geschützt wurde. Ob die Bodycams daran signifikant etwas ändern kann, lässt sich nicht zweifelsfrei festhalten. Der Gesetzgeber sollte nicht unversucht lassen, der demokratischen Institution den möglichen Schutz mit technischen Mitteln zu ermöglichen.

Bezug Anlage 4:

Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtages zum Gesetzentwurf in der Drucksache 7/2792

Um Doppelungen zu vermeiden wird auf die vorstehenden Ausführungen verwiesen und wie folgt ergänzt:

Frage 1:

Vor dem Hintergrund, dass die Anzahl der physisch, psychisch oder physisch und psychisch verletzten Polizeibeamte (an dieser Stelle kann auf Ergebnisse unserer GdP-Mitarbeiterbefragung zurückgegriffen werden) zunahm, ist eine landesweite Einführung der Möglichkeit des offenen Einsatzes mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte zu begrüßen. Jegliche Maßnahme, die zur Verhinderung o. g. Angriffe oder zumindest zur Deeskalation beitragen können, sind durch den Dienstherrn im Rahmen seiner Fürsorgepflicht zu initiieren. Jeder verhinderte Angriff ist ein „verhinderter“ Einsatz von unmittelbarem Zwang/körperlicher Gewalt durch Polizeibeamte, in dessen Rahmen möglicherweise Folgewirkungen entstehen.

Der Gesetzentwurf müssten in einigen o.g. Punkten verändert werden.

Im § 33 a (4) sollte zudem die Löschung nicht allein die Dienststellenleitung entscheiden, da hier eine gewisse Nähe zwischen PVB als Einsatzkraft und dem Vorgesetzten besteht. Bei einer Entscheidung zur Löschung außerhalb der aufzeichnenden Dienststelle wäre eine gewisse Neutralität wichtig, die sowohl von Bürgerinnen und Bürgern als auch Ihnen als Landtag sicher erwartet wird.

Die Formulierung „präventive disziplinierende Wirkung“ zu Absatz 3 bei der Begründung ist zu streichen, da die Wortwahl nicht unserem Demokratieverständnis entspricht.

Frage 2 und 3:

Die Trageversuche innerhalb der Projektdurchführungen in sechs Dienststellen (Inspektionsdienste Erfurt-Nord, Erfurt-Süd, Gotha, Gera, Jena und Polizeiinspektion Sonneberg) sowie den Einsatzzügen der dort übergeordneten Landespolizeiinspektionen ergaben nach unseren Rückmeldungen folgende Erkenntnisse.

- Bodycams können einen deeskalierenden Effekt im Rahmen der polizeilichen Lagebewältigung erzielen und somit den Umfang unkooperativen Verhaltens und Gewalt gegenüber Polizeibeamtinnen und beamteten verringern, wenngleich keine vorbehaltlose, allein auf die Kameras zu stützende und generelle Wirkung zu erwarten ist
- Die deeskalierende Wirkung wird mehrheitlich erst mit Beginn der Aufzeichnungen erreicht, das bloße Vorhandensein und die Androhung des Einsatzes der Kamera haben eher keine Bedeutung.
- Personen unter Einfluss von Alkohol oder Betäubungsmitteln zeigen sich unbeeindruckt von den Kameras, mitunter kommt es sogar zu eskalierenden Effekten
- eine Steigerung der Wirksamkeit wird durch weiterführende Schulungen und sich einstellende Anwendungsroutinen erwartet
- die gewonnenen Aufzeichnungen haben im Rahmen von Ermittlungsverfahren einen hohen Stellenwert und werden von justizieller Seite sehr geschätzt
- das Einsatzmittel wird seitens der Einsatzkräfte mehrheitlich akzeptiert und befürwortet
- diese Akzeptanz wird durch wahrgenommene rechtliche Einschränkungen (keine Tonaufnahmen, kein sog. Pre-Recording, keine Anwendung in Wohnungen sowie Betriebs- und Geschäftsräumen) geschmälert
- die Anwender fühlen sich durch die Kameras verstärkt zu einem pflichtbewussten und angemessenem Verhalten veranlasst

- es gibt keine Erkenntnisse, dass seitens der Bevölkerung eine mehrheitliche Ablehnung des Einsatzmittels zu polizeilichen Zwecken besteht

Aus den vorangestellten Aussagen wird nach hiesigem Verständnis ersichtlich, dass Bodycams ein Baustein für eine Verringerung von unkooperativen Verhalten gegenüber Polizisten und somit auch von Gewalt gegen Einsatzkräfte sein können.

Zudem werden die Einschätzungen der Justiz zum Stellenwert der gefertigten Videoaufzeichnungen in Ermittlungsverfahren als wichtiger zusätzlicher Mehrwert gesehen. In gewisser Weise verstehen sich die justiziellen Gewichtungen jedoch von selbst, da alleine diese die eigentlich beabsichtigte präventive Wirkung der Kameras erzielen können. Selbige kann nur durch ein konkret erhöhtes Entdeckungs-, Verfolgungs- und Bestrafungsrisiko generiert werden. Somit besteht eine direkte Wechselwirkung. Wäre eine repressive Wirkung gänzlich zu verneinen, müsste man den präventiven Ansatz von Bodycams von vornherein ausschließen.

Die GdP hält das Einsatzmittel „Bodycam“ für geeignet und angemessen, weil sie Einsatzkräfte durch Abschreckung in Form von Videoaufzeichnung vor gewalttätigen Übergriffen (diese entweder präventiv verhindert oder im negativen Fall Beweismaterial ermöglicht, das zukünftige Taten durch rechtsstaatliche Repression potenziell verhindert) schützt. Es versteht sich von selbst, dass es dafür auch Regularien benötigt. Wir reden keinesfalls über dauerhafte Aufnahmen. Vielmehr soll den Dienstkräften bei Einsätzen ermöglicht werden, bei Bedarf und unter Beachtung des Datenschutzes, Situationen beweissicher zu dokumentieren. Das Vorhandensein der Bodycam sollte in Form einer deutlich lesbaren Aufschrift an der Kleidung der Dienstkraft hervorgehoben werden. Entsprechende Aufnahmen müssen angekündigt und für das Gegenüber mittels visuellen Signals (z. B. rotes LED-Licht) erkennbar sein. Es sollte ausschließlich Bodycams zum Einsatz kommen, die über eine festeingebaute Speicherkarte verfügen, gefertigte Videoaufzeichnungen müssen vom Gerät verschlüsselt gespeichert werden. Diese dürfen nur durch ein entsprechendes Computerprogramm auf der Polizeidienststelle und nicht von derselben Dienstkraft ausgelesen und vom Vier-Augen-Prinzip überprüft werden. Alle Zugriffe sind dabei zu protokollieren.

Frage 4:

Die Erkenntnisse zu Frage 2 und 3 gleichen in überwiegendem Maße denen anderer veröffentlichter tragfähiger Studien (Nordrhein-Westfalen, Zürich/Schweiz).

Frage 5:

Diese Nutzbarkeit der Aufnahmen über Pre-Recording ist im Gericht und dem beweiswert im Strafverfahren zu bewerten, da die situationsgerechte Aufnahme beweiserheblich ist.

Transparenz polizeilicher Maßnahmen kann jedoch nur über das Pre-Recording erfolgen. Die GdP hat sich nach dem Votum der Beschäftigten im Testversuch für die Pre-Recording-Funktion ausgesprochen und verweisen hier auf den bereits benannten Umstand und einer nicht weiter in Frage stehenden Relevanz des jeweiligen Vorgehens.

Bisher kamen die Bodycams in Thüringen nur im öffentlichen Raum zum Einsatz. Dies war sehr eng gefasst. Auch der Änderungsantrag der FDP sieht im Absatz 2 vor, dass Aufnahmen in Wohn- und Geschäftsräumen sowie in oder von befriedetem Besitztum unzulässig sind.

Beschäftigte sehen diese Vorgaben als vollkommen realitätsfern an, da im Vorlauf Hinweise auf eine Gewaltanwendung bekannt sind und bereits eine gegenwärtige Gefahr für Leib und Leben, nämlich zum Nachteil eines Familienangehörigen, vorliegt.

Die GdP plädieren dafür, dass die Bodycam bei Durchsuchungen und auch bei erheblichen Straftaten eingeschaltet werden kann. Die Aufnahmen könnten mit einer Sonderregelung unverzüglich an die zuständige Staatsanwaltschaft zur rechtlich Bewertung und dann ggf. einen richterlichen Beschluss zur Aufbewahrung der Aufnahmen gegeben werden, um den besonderen Schutzbedürfnis gerecht zu werden. Wenn ein Richter keinen Bedarf der Aufbewahrung sieht, sind die Aufnahmen unverzüglich zu löschen.

Bei „Gefahren für Eigentum“ gehen in der Regel andere Delikte einher. Was definiert man im Zusammenhang mit der Bodycam dazu. Als Beispiel sei die Umsetzung eines Gerichtsbeschlusses zur Räumung eines Hauses benannt. Hier ist der präventive Gedanke der Gefahrenabwehr einschlägig.

Mit freundlichen Grüßen

Stellv. Landesvorsitzender
GdP Thüringen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

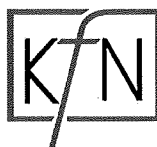
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Lützerodestrasse 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>30161 Hannover</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lützerodestrasse 9	Postleitzahl, Ort	30161 Hannover
Name	Organisationsform										
Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Lützerodestrasse 9										
Postleitzahl, Ort	30161 Hannover										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Wissenschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	-Im deutschsprachigen Raum existieren bisher wenige externe wissenschaftliche Studien, die sich generell mit der Wirksamkeit von Bodycams bei der Polizei befassen -Die Erkenntnisse zur Wirksamkeit von Bodycams in Deutschland sind nicht umfassend und die Wirkung noch nicht abschließend belegt - Wirksamkeit nur bedingt nachweisbar, teilweise gibt es je nach Einsatzsituation einen gegenteiligen Effekt (z.B. bei Personen, die „unter berauschenden Substanzen stehen oder sich in anderen psychischen Ausnahmezuständen befinden“). - Einsatz von Bild- und Tonaufnahmen in privaten Wohnräumen greift in höchstgeschützte Grundrechte bis hin zur absolut geschützten Menschenwürde ein -Fehlen aussagekräftiger empirischer Befunde zu den Wirkungen und Folgen des Einsatzes von Bodycams in Privatwohnungen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als <u>Anwaltskanzlei</u> im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Hannover, 10.06.2021	



Stellungnahme für den Landtag Thüringen

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte (Drucksache 7/2792)

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, e.V.

Lützerodestraße 9, 30161 Hannover

Hannover, Juni 2021

Einleitung

Auf unterschiedliche Weise wird der Einsatz von polizeilichen Bodycams in den Bundesländern vollzogen (vgl. Lehmann 2016a, 2016b, 2017a, 2017b, 2018, 2020).¹ Die Einführungen von Körperkameras² wird mit deeskalierenden Effekten in Einsatzsituationen sowie der Verhinderung von tätlichen Angriffen gegenüber Polizeibediensteten begründet.

Im Gesetzesentwurf bleibt (bis auf den in Absatz 2 des § 33a benannten Einsatz in Wohnungen) der Einsatzort offen. Diesbezüglich müssten konkretere Angaben getroffen werden (z.B. öffentlichen und teils-öffentlichen Raum). Insgesamt konnte in den letzten Jahren festgestellt werden, dass sich Argumentationen und Einsatzorte immer weiter ausdehnen. In den ersten Pilotprojekten (z.B. Hessen und Hamburg) wurde sich hauptsächlich auf Vergnügungsviertel oder größere öffentliche Veranstaltungen fokussiert. Nach der Erprobung und Implementierung der Bodycams in zahlreichen Bundesländern, folgte die Ausweitung der Orte, an denen die Körperkamera eingesetzt werden kann. So besteht die Forderung, dass Bodycams auch in privaten Wohnräumen eingesetzt werden sollen. In den polizeilichen Gesetzen von Bayern (Art. 33 Abs. 4 S.3 PAG), Mecklenburg-Vorpommern (§ 32a Abs. 3 SOG M-V), Nordrhein-Westfalen (§ 15c Abs. 2 PolG NRW), Baden-Württemberg (§ 44 Abs. 5 S. 2-4, Abs. 6, Abs. 8 S. 2 PolG BW) und des Saarlandes (§ 32 Abs. 3 S.2-6 SPolDVG) ist dies bereits verankert. Der Einsatz von Körperkameras in privaten Wohnräumen wurde von zahlreichen Experten kritisiert (vgl. Zöller 2016, 2017, Arzt 2018, 2019, Schäfer 2020).

Im deutschsprachigen Raum existieren bisher wenige externe wissenschaftliche Studien, die sich generell mit der Wirksamkeit von Bodycams bei der Polizei befassen und die eine deutliche Wirksamkeit nachweisen. Auch wenn bereits zahlreiche Studien in den USA durchgeführt worden, ist aufgrund von Unterschieden in den Logiken der Implementierung eine Übertragbarkeit von Studienerkenntnissen nicht unmittelbar möglich (vgl. Lehmann 2020).

Dem Gesetzesentwurf zu § 33a (ThürPAG), „Offener Einsatz technischer Mittel zur Bild- und Tonaufzeichnung“ ist zu entnehmen, dass der Bodycam Einsatz auch in privaten Wohnräumen vollzogen werden kann:

- Zum Schutz der eingesetzten Polizeivollzugsbeamt*innen, zur Abwehr einer dringenden Gefahr für deren Leib oder Leben – auch ohne, dass eine Einwilligung des Inhabers vorliegt.

¹ Die folgende Stellungnahme übernimmt – sofern möglich - im Wesentlichen den Text, der von der Autorin verfassten Stellungnahme „Einsatz Bodycam in privaten Wohnräumen (SPolG). Gesetz zur Neuregelung der polizeilichen Datenverarbeitung im Saarland (Drucksache 16/1180)“.

² Die Begriffe Bodycam und Körperkamera werden im Folgenden synonym verwendet.

- Die Erhebung personenbezogener Daten ist möglich, auch wenn Dritte „unvermeidbar betroffen sind“ (§ 33a Abs.2).
- Eine besondere Anordnungsbefugnis ist nicht erforderlich. Die Einschätzung liegt bei der Einsatzleitung vor Ort im Rahmen des Einsatzes, außer bei Gefahr in Verzug. Aber auch die von der polizeilichen Maßnahme betroffene Person kann ausdrücklich den Einsatz der Bodycam verlangen. Dabei bleibt offen, inwiefern eine umfassende Informationspflicht beim Einsatz von Bodycams in Wohnungen vorliegen muss.
- Vorabaufnahmen (pre-recording) können kurzzeitig gespeichert werden.³
- Eine Verwertung der Bild- und Tonaufnahmen, die bspw. für eine Strafverfolgung oder für die Gefahrenabwehr von Bedeutung sind, kann nur unter der Voraussetzung, dass zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt wurde, erfolgen. Für den Einsatz selbst besteht demnach nicht die Erfordernis eines Richtervorbehalts.

Es ist ein seit langem anerkanntes verfassungsrechtliches Prinzip und höchstes Gut, dass Personen in ihren eigenen Privaträumen über höhere (Datenschutz-)Rechte verfügen als im öffentlichen Raum. Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist von Art. 13 Abs. 1 GG geschützt und eine optische Aufnahme durch Sicherheitsorgane ist höchst problematisch. In dem Moment, in dem die Sicherheitsorgane mit der Körperkamera die Schwelle zur Wohnung überschreiten, überschreiten sie auch eine rechtlich erhebliche Schwelle. Kommt der optischen Aufnahme Überwachungsqualität zu, ist dies nur unter den hohen, von der Verfassung in Art. 13 Abs. 4 und 5 GG selbst vorgegebenen Voraussetzungen möglich. U.a. darf nach Art. 13 Abs. 5 GG nur in Wohnungen gefilmt werden, wenn eine dringende Gefahr für polizeilich in der Wohnung eingesetzte Personen, mithin v. a. für verdeckte Ermittler*innen, besteht. Die optische Aufnahme darf, da nach Art. 13 Abs. 3 GG nur akustische Aufnahmen zulässig sind, nicht für die Strafverfolgung genutzt werden (Art. 13 Abs. 5 S. 2 i.V.m. Abs. 3 GG).

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Bodycams anderes visuelles Material erzeugen als bspw. Fotoaufnahmen (vgl. Lehmann 2017a). Dabei ist zudem entscheidend, dass es sich hierbei um die räumlich geschützte Privatsphäre einer Person handelt und nicht um öffentliche Orte. Die erzeugten Bild- und Tonaufnahmen erfassen dabei sowohl akustische als auch visuelle Daten. Die privaten Räume stellen bereits eine Besonderheit da, insofern als der Einsatz von Körperkameras und der damit verbundenen Technik als aufdringlicher wahrgenommen werden kann. Dabei steht der Einsatz von

³ Hinsichtlich der Vorabaufnahmen (pre-recording) bleibt offen, wann diese starten. So ist unklar, ob das pre-recording dauerhaft stattfindet. Diese Funktion beinhaltet, dass die Kamera die gesamte Zeit in einem Kurzzeitspeicher aufnimmt und erst bei der Betätigung der Aufzeichnungsfunktion ein vorangegangener Zeitraum gespeichert wird. Dieser vorangegangene Zeitraum muss zuvor in der Kamera definiert werden. Diese Funktion könnte sich als rechtswidrig erweisen, da hier anlasslos aufgenommen wird (Plöse 2016). Kipker (2017) kommt zu einer kritischen Einschätzung hinsichtlich der Verwendung des pre-recordings (ebd. 2017).

Polizei in privaten Räumen häufig im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt. Zudem ist nicht auszuschließen, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit weitere Personen vorzufinden sind, wie bspw. Kinder oder verletzte Personen, die ebenfalls aufgenommen werden. Dies kann kaum verhindert werden, da die Kamera nicht individuell im Zoom und im Radius verändert werden kann. Hierbei ist fraglich, inwiefern hier Persönlichkeitsrechte von Dritten tangiert werden. Handelt es sich dabei um Kinder oder sonstige in der Wohnung lebende Personen sind diese unmittelbar in ihrem Wohnungsgrundrecht betroffen und können sich auf Art. 13 GG (Unverletzlichkeit der Wohnung) berufen.

Zwar soll der Einsatz von Bodycams durch geeignete Maßnahmen⁴ kenntlich gemacht werden, bei Gefahr in Verzug kann dieser Hinweis aber unterbleiben (§ 33a Abs.3). So ist nicht geregelt, welche Maßnahmen zur Kenntlichmachung, dass Film- und Tonaufnahme getätigt werden, geeignet sein können. Bleibt eine Information hinsichtlich der Betätigung der Bodycam aus, ist nicht unmittelbar erkennbar, ob die Körperkamera betätigt wird oder nicht. Das bedeutet auch, dass nicht zu erkennen ist, wann eine Aufnahme begonnen wird und wann diese endet. Damit wäre die Möglichkeit des Wunsches auf Unterlassung der Bild- und Tonaufnahmen gar nicht erst eingeräumt. Somit kommt der optischen Aufnahme letztlich die Qualität einer verdeckten Überwachung im Sinne des Art. 13 Abs. 4 und 5 GG zu. Ohne eine Ankündigung zu filmen impliziert, dass die Bild- und Tonaufnahmen zur Dokumentation stattfinden. Es stellt sich auch die praktische Frage, bei Gefahr in Verzug und dem Einsatz der Bodycam, wie die kameraführende Person feststellt, dass gerade Kernbereiche privater Lebensgestaltung aufgezeichnet werden, was wegen der Menschenwürdegarantie aus Art. 1 Abs. 1 GG gem. § 33a Abs. 5 ausdrücklich unzulässig ist. Gerade in einer Wohnung sind die Grenzen zwischen absolut geschütztem Kernbereich (Art. 1 Abs. 1 GG) und nicht absolut geschützter Privatsphäre (Art. 13 Abs. 1 GG) fließend. Gleichzeitig bedeutet der Einsatz im Rahmen von häuslicher Gewalt auch, dass alle Beteiligten durch das Geschehen in der Regel stark emotionalisiert sind und die Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist (z. B. auch durch Alkoholkonsum). So zeigte bspw. die Studie von Ellrich und Baier (2014), dass in Einsätzen bei häuslicher Gewalt „in drei Viertel aller Fälle die Personen unter Alkoholeinfluss stehen“. Gerade alkoholisierte Personen stellen aufgrund der „mit dem Konsum einhergehenden reduzierten Selbstkontrolle, erhöhten Reizbarkeit, eingeschränkten kognitiven Auffassungs- und Verarbeitungsfähigkeit usw. eine besondere Herausforderung für die Beamten dar.“ (ebd. 135). Hierzu wird in der Studie von Kersting et al. (2019) deutlich, „[...] dass die Bodycam – wie wahrscheinlich auch andere deeskalative Maßnahmen – bei Personen mit derart intensiven Gefühlsregungen nur wenig Wirkung entfalten kann.“ (Kersting et al. 2019, 81). Die Befunde der Studie

⁴ Diese werden nicht näher erläutert. Dabei bleibt offen, ob es sich dabei um eine aktive Ansprache handelt, ob optische oder akustische Signale von der Bodycam ausgehen, ob der/die Polizeivollzugsbeamte/in durch Weste erkennbar ist.

zeigen, dass ein deeskalatives Wirkpotential nicht in allen Fällen zu finden ist, was insbesondere für Personen gilt, die alkoholisiert und/oder unter Drogeneinfluss stehen (vgl. Kersting et al. 2019, 78). Auch greift das Filmen einer alkoholisierten oder anderweitig berauschten und in ihrer Selbstkontrolle herabgesetzten Person in besonderem Maße in deren Persönlichkeitsrechte und Menschenwürde ein. In mehreren Urteilen hat das Bundesverfassungsgericht betont, dass die Unverletzlichkeit der Wohnung einen engen Bezug zur Menschenwürde hat und zugleich im nahen Zusammenhang mit dem verfassungsrechtlichen Gebot unbedingter Achtung einer Sphäre des Bürgers für eine ausschließlich private – eine höchstpersönliche – Entfaltung steht (BVerfG, Urt. zur Wohnraumüberwachung v. 03.03.2004, AZ 1 BvR 2378/98, 1 BvR1084/99; vgl. auch BVerfG, Beschl. v. 05.05.1987, AZ 1 BvR 1113/85 und BVerfG, Beschl. v. 03.04.1979 AZ 1 BvR 994/76).

Je nach Situation könnte es sein, dass Personen nicht vollständig bekleidet sind, z. B. wenn es zu sexuellen Übergriffen im Rahmen von häuslicher Gewalt gekommen ist. Hier kann davon ausgegangen werden, dass ein hohes Schamgefühl bei den betroffenen Personen besteht, insbesondere, wenn Dritte (z. B. Polizei) hinzukommen. Auch hier ist wieder der Menschenwürde- und Persönlichkeitsschutz zu beachten (s.o.). In einem solchen Fall stellt eine Bildaufnahme regelmäßig eine Kernbereichsverletzung und somit einen Menschenwürdeverstoß dar. Das Hinzukommen von Polizeibeamt*innen stellt für die Personen vor Ort bereits eine Herausforderung dar. Häufig verfügen die betroffenen Personen über die Erkenntnis, dass die Beamt*in solche Situationen bereits kennen (Gewalttätigkeiten in privaten Wohnräumen und die Art der Verletzungen), dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Beteiligten sich darüber bewusst sind, dass Bodycams verwendet werden und in diesem Zuge die Möglichkeit besteht, dass sie auch in den Fokus der Bild- und Tonaufnahmen gelangen könnten. Gerade das Filmen solcher Situationen ist ein tiefer Eingriff in den von Art. 13 und Art. 1 GG absolut geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung.

Ein weiterer Aspekt bezieht sich auf das Ausschalten der Kameras, denn es ist nicht klar, zu welchem Zeitpunkt die Bodycam ausgeschaltet wird. Sollte ein ärztlicher Einsatz in der Privatwohnung notwendig sein, könnte es sein, dass unbeabsichtigt Aufnahmen des medizinischen Einsatzes getätigt werden. Dadurch können weitere Informationen (medizinische Informationen und Gesundheitsdaten) aufgenommen werden, die unter strenge Datenschutzregelungen fallen (vgl. Art. 4 Nr. 15, 9 Abs. 1 DSGVO).

Sollten die Bodycam-Aufnahmen als Beweismittel bei etwaigen Verfahren Verwendung finden, besteht immer die Gefahr, dass mögliche Straftäter*innen Erkenntnisse oder Informationen aus den Aufnahmen für sich nutzen, um bspw. bei Opfern häuslicher Gewalt Druck auszuüben bzw. diese einzuschüchtern (vgl. Murphy 2015).

Zugängliche wissenschaftliche Studien zu Erkenntnissen des Bodycam Einsatzes in privatem Wohnraum in Deutschland sind bis auf die Studienergebnisse von Kersting et al. (2019) nicht vorhanden.

Kersting et al. haben in ihrer Untersuchung unter „Körperverletzung, Raub, häusliche Gewalt“ alle Einsatzanlässe geführt, „bei denen körperliche Gewalt eine Rolle spielte“. Diese Kategorisierung lässt somit keine expliziten Rückschlüsse auf die Wirksamkeit des Bodycam-Einsatzes bei häuslicher Gewalt zu und erscheint damit eingeschränkt aussagekräftig. Dennoch lassen sich in der Studie folgende Ergebnisse zum Einsatz finden: „Im Unterschied zum Szenario einer Personenkontrolle wären die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bei einem Einsatz wegen einer häuslichen Gewalt bei drei von vier Varianten im Durchschnitt etwas zurückhaltender bei der Entscheidung, die Bodycam auszulösen.“ (Kersting et al. 2019, 105). Die Frage nach der Auslösebereitschaft bei häuslicher Gewalt⁵ zeigt, dass diese bei dem Fall eines tätlichen Angriffs⁶ bei 70,3 % und bei einer Drohung bei 54,2 % liegt. Hingegen würden bei Beleidigung 23,9 % und bei lautstarker Antwort lediglich 5,9 % die Bodycam auslösen (vgl. Kersting et al. 2019, 105). Dem Einsatz von Körperkameras bei häuslicher Gewalt⁷ wird von der Mehrheit der Befragten „kein Nutzen“ (11,6 % [t2]) bzw. „geringer Nutzen“ (48,3 % [t2]) zugeschrieben. Einen „hohen Nutzen“ sehen 36,3 % [t2] und einen „sehr hohen Nutzen“ messen 3,8% [t2] der Befragten dem Einsatz von Bodycams bei häuslicher Gewalt bei. Bei der Frage nach der Wirkung von Bodycams⁸ geben 12,1 % (4 Personen) eine deeskalative, ein ähnlicher Anteil von 8,1 % (3 Personen) eine eskalative Wirkung⁹ im Einsatz bei häuslicher Gewalt an (vgl. Kersting et al. 2019, 143f.).

Im Rahmen einer Studie zum polizeilichen Einsatz von Bodycams im Bereich von häuslicher Gewalt in der Schweiz schätzen die befragten Polizeibeamt*innen diesen Einsatzbereich als „nicht sinnvoll“ ein. So wird beschrieben, „dass bei häuslicher Gewalt ‚das Ganze‘ schon gelaufen sei, wenn man in eine Wohnung hineingeht. Da seien Aufnahmen nicht notwendig und auch nicht angebracht. Ein Anderer führte an, dass es provozierender sei, wenn man mit einer Kamera in die Privatsphäre hineintritt.“ (Manzoni/ Baier 2018, 58f.)

Die Bundeslagebilder des Bundeskriminalamts zu „Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte“ weisen häusliche Gewalt nicht explizit aus, sodass hier keine Erkenntnisse hinsichtlich der Gefährdung von Polizeibeamt*innen speziell im Bereich des Einsatzes bei häuslicher

⁵ Kumulierter Anteil der Auslösebereitschaft in Prozenten, N=286.

⁶ Antwort „Ja, auf jeden Fall“

⁷ „Nutzen von Bodycams: Sie sind im Wachdienst in vielen unterschiedlichen Situationen im Einsatz. Wie schätzen Sie den Nutzen der Bodycam in verschiedenen Einsatzsituationen ein?“ (Kersting et al. 2019, 140).

⁸ Deeskalative Erfahrungen mit Bodycam (N=33) (vgl. Kersting et al. 2019, 143)

⁹ Eskalative Erfahrungen mit Bodycam (N=37) (vgl. Kersting et al. 2019, 144).

Gewalt vorliegen. Ältere Studien bspw. vom KFN zeigen: „häusliche Streitigkeiten/ Schlägereien stellen eine in verschiedener Hinsicht schwierige Einsatzsituation dar“ (Ellrich/ Baier 2014, 135; siehe auch Jäger/ Klatt/ Bliesener 2013).

Die wissenschaftliche Begleitung des Pilotprojekts II zum Einsatz von Bodycams der Polizei Thüringen, welche von der Abteilung für Allgemeine Psychologie und kognitive Neurowissenschaften am Institut für Psychologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena durchgeführt wurde, fokussierte vornehmlich auf einen möglichen deeskalierenden Effekt dieser. Dabei beruhen die Ergebnisse auf Einsätzen, die „nur an öffentlichen und von Fahrzeugen befahrbaren Orten (z.B. auf öffentlichen Straßen und Plätzen)“ aufgezeichnet wurden, da an teils-öffentlichen Orten, wie z.B. Gaststätten, Diskotheken eine Aufnahme nicht zulässig sind. Kruse, Kaufmann und Schweinberger (2020) kommen in ihrer Studie zu dem Ergebnis, „insgesamt scheint das bloße Vorhandensein einer Bodycam in geringem Maße einen deeskalierenden Effekt auf die Betroffenen zu haben“ (ebd., 63). Wird die Körperkamera gestartet, berichten die Befragte von einem deeskalierenden Effekt auf die „Aggressivität der Betroffenen“. Dennoch weisen die Autor*innen auch daraufhin, dass die Kooperationsbereitschaft bei Vorhandensein der Körperkamera geringer ausfällt (Kruse et al. 2020, 63). Zudem kommen Kruse et al. zu dem Ergebnis, dass der Einsatz von Bodycams bei Personen, die „unter berauschenden Substanzen stehen oder sich in anderen psychischen Ausnahmezuständen befinden“ eher zu einer Eskalation beitragen kann (ebd. 2020, 64). Damit würde die Bodycam einen gegenteiligen Effekt auslösen und ihr Ziel bei dieser Personengruppe verfehlen und die Polizeibediensteten eher gefährden. Dennoch weisen die Autor*innen daraufhin, dass Bodycams bei differenzierteren Einsätzen einen deeskalierenden Effekt haben können. Darüber hinaus konstatieren sie, dass die eigenen Ergebnisse den Befunden von Kersting et al. (2019) ähneln (Kruse et al. 2020, 64). In der Studie lassen sich allerdings keine Ergebnisse hinsichtlich des Einsatzes von Körperkameras in privaten Wohnraum finden, da wie oben erwähnt entsprechende Orte ausgeschlossen wurden. Erkenntnisse hierzu wären für die gesetzliche Ausführung hinsichtlich des Einsatzes in privaten Wohnraum von hoher Bedeutung, um die oben benannten Aspekte prüfen zu können.

Zusammenfassung

Die Erkenntnisse zur Wirksamkeit von Bodycams in Deutschland sind nicht umfassend und die Wirkung ist noch nicht abschließend belegt. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Herausforderungen und Fragen, die sich aus dem Einsatz von Körperkameras insbesondere bei einem Einsatz in Privatwohnungen ergeben, nicht bei den Sicherheitsbehörden aufhören. So liegen nur wenige Forschungsergebnisse zur Verwendung von Körperkameras durch Polizeibehörden vor. Hinsichtlich des Einsatzes in Privatwohnungen sind keine belastbaren wissenschaftlichen

Untersuchungen vorhanden. Gleichzeitig fehlen Erkenntnisse darüber, inwiefern Opfer von Gewaltdelikten durch Aufnahmen mit der Bodycam betroffen sind und diese Aufzeichnung wahrnehmen. Auch wenn der Einsatz nicht darauf abzielt, diese zu filmen, bleibt es gerade in Privatwohnungen nicht aus, dass etwa aufgrund der räumlichen Enge das Opfer gefilmt wird. Zudem weisen die wenigen vorliegenden Befunde nicht darauf hin, dass ein deeskalierender Effekt insbesondere bei Einsätzen in Privatwohnungen auftritt.

Es ist bekannt, dass der Einsatz bei häuslicher Gewalt eine besondere und gefährdende Situation für die Beamt*innen darstellen kann. Explizite Zahlen hierzu sind im Lagebild des Bundeskriminalamts jedoch nicht zu finden. Dies wäre aber zur genaueren Einschätzung von Risiko und Verletzungen im Rahmen dieser Einsätze von hoher Bedeutung: Insbesondere dann, wenn der Einsatz von Bild- und Tonaufnahmen in privaten Wohnräumen in höchstgeschützte Grundrechte bis hin zur absolut geschützten Menschenwürde eingreift und gleichzeitig die Wirksamkeit der Bodycam nicht abschließend bestätigt ist. Hier scheint das Pendel zwischen Sicherheit und Freiheit - ohne dass wissenschaftliche Belege zur Wirksamkeit vorliegen – eindeutig und in unverhältnismäßiger Weise zur Sicherheit auszuschlagen. Vielmehr zeigt sich, dass ohne Richtervorbehalt eine Umgehung der gerade bei Eingriffen in Art. 13 GG wichtigen und verfassungsrechtlich vorgegebenen richterlichen Kontrolle erfolgt und eine im Sinne der Gewaltenteilung bedenkliche Verselbständigung der Polizei droht. Nicht nur wegen des Fehlens aussagekräftiger empirischer Befunde zu den Wirkungen und Folgen des Einsatzes von Bodycams in Privatwohnungen ist deren Einsatz dort auch aus verfassungsrechtlichen Überlegungen heraus bedenklich.

Literatur

- Arzt, C. (2019): Stellungnahme zu § 57 SächsPDVG: Anhörung im Innenausschuss des Sächsischen Landtags am 12.03.2019, Gesetzentwurf der Landesregierung Drs. 6/14791 vom 9.10.2018 in der Fassung des Änderungsantrags vom 12.02.2019, Berlin 2019.
- Arzt, C., Schuster, S. (2018): Bodycam-Einsatz jetzt auch in NRW – Zur Kritik des § 15c PolG NW aus grundrechtlicher Sicht. In: Deutsches Verwaltungsblatt 2018, S. 351-358.
- Ellrich, K., Baier, D. (2014): Gewalt gegen niedersächsische Beamtinnen und Beamte aus dem Einsatz- und Streifendienst. Zum Einfluss von personen-, arbeits- und situationsbezogenen Merkmalen auf das Gewaltopferisiko. (KfN-Forschungsberichte Nr. 123), Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen. Abrufbar unter: https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_123.pdf.
- Jäger, J., Klatt, T. & Bliesener, T. (2013): NRW-Studie: Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Die subjektive Sichtweise zur Betreuung und Fürsorge, Aus- und Fortbildung, Einsatznachbearbeitung, Belastung und Ausstattung. Abschlussbericht. Universität Kiel.
- Kersting, S., Naplava, T., Reutemann, M., Heil, M. & Scheer-Vesper, C. (2019): Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht.

Gelsenkirchen: Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.

Kipker, D.-K. (2017): Transparenzanforderungen an den Einsatz polizeilicher „Body-Cams“. Verfügbar unter: https://www.eaid-berlin.de/wp-content/uploads/2017/02/Kipker_DuD_2017_165.pdf.

Kruse, U., Kaufmann, J.M., Schweinberger, S.R. (2020): Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts II zum Einsatz von Bodycams der Polizei Thüringen. Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Psychologie, Lehrstuhl für Allgemeine Psychologie.

Lehmann, L. (2016a): Die Legitimation von Bodycams bei der Polizei – Das Beispiel Hamburg. In: Frevel, B., & Wendekamm, M. (Hrsg.), *Sicherheitsproduktion zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft* (S. 241-268). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Lehmann, L. (2016b): Schriftliche Stellungnahme für den Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags, SH-LT-Umdruck 18/5914. Abrufbar unter: <https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/5900/umdruck-18-5914.pdf>.

Lehmann, L. (2017a): Wen fokussiert das dritte Auge? Der Einsatz von Bodycams bei der Polizei. In: Liebl, K.H. (Hrsg.): *Empirische Polizeiforschung*. Frankfurt am Main: Verlag für Polizeiwissenschaft. S. 175-195.

Lehmann, L. (2017b): Die Erprobung von Bodycams bei den Polizeien – Unterschiede in Österreich, Deutschland und den Vereinigten Staaten. *SIK Journal. Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und Polizeiliche Praxis*. S.28-38.

Lehmann, L. (2018): Schriftliche Stellungnahme zum Gesetzesentwurf (Drucksache 18/850) Punkt 11: § 32 Abs. 4 [neu] Niedersächsische Landtag. Abrufbar unter: <https://kfn.de/wp-content/uploads/2020/03/Stellungnahme%20Bodycam.pdf>.

Lehmann, L. (2020): Stellungnahme Einsatz Bodycam in privaten Wohnräumen (SPoIG), Gesetz zur Neuregelung der polizeilichen Datenverarbeitung im Saarland. (Drucksache 16/1180) Hannover: April 2020. Abrufbar unter: https://kfn.de/wp-content/uploads/2020/06/Stellungnahme%20Einsatz%20Bodycam%20in%20privaten%20Wohnra%CC%88umen_Saarland.pdf.

Manzoni, P., Baier, D. (2018): Evaluation des Pilotprojekts zum Einsatz von Bodycams bei der Stadtpolizei Zürich und der Transportpolizei. Zürich: ZHAW Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Murphy, S. B. (2015): Police Body Cameras in Domestic and Sexual Assault Investigations: Considerations and Unanswered Questions. Battered Women's Justice Project. Abrufbar unter: <https://www.bwjp.org/assets/documents/pdfs/police-body-cams-in-domestic-and-sexual-assault-inve.pdf>.

Plöse, M. (2016): Schriftliche Stellungnahme an den Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags zu den Anträgen 18/3849 und 18/3885. Umdruck 18/6087.

Schäfer, C. (2020): Rechtsgutachten zur Frage „Wie kann der Einsatz von Bodycams in Wohnungen in § 32 Abs. 3 SPoIDVG ausgestaltet werden, dass er mit dem Grundgesetz vereinbar ist?“ im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zur Neuregelung der polizeilichen Datenverarbeitung im Saarland (Drucksache 16/1180) für den Ausschuss für Inneres und Sport im Landtag des Saarlandes. Wiesbaden 2020.

- Zöller, M. (2016): Schriftliche Stellungnahme vom 19.09.2016 für den Innenausschuss des Landtages Nordrhein-Westfalen zum Antrag der Fraktion der CDU „Rechtliche Hürden für polizeiliche Videoüberwachung senken – mehr Sicherheit ermöglichen!“ - Drucksache 16/12121 vom 31.05.2016 - sowie zum Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Viertes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen“ - Drucksache 16/12361 vom 28.06.2016 - im Rahmen der Anhörung vom 27.09.2016, Stellungnahme 16/4193. Trier 2016.
- Zöller, M. (2017): Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr. Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen am Beispiel des rheinland-pfälzischen Pilotprojekts. Frankfurt 2017.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 -											
dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer <u>juristischen Person</u> geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landespolizeiinspektion Jena</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Am Anger 30, 07743 Jena</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landespolizeiinspektion Jena		Geschäfts- oder Dienstadresse	Am Anger 30, 07743 Jena	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Landespolizeiinspektion Jena										
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Am Anger 30, 07743 Jena									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
Haben Sie sich als <u>natürliche Person</u> geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Polizeiliche Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Eine Aufzeichnung mittels Bodycam auf ausdrückliches Verlangen des Betroffenen sollte es nicht geben. Aufzeichnungen sollten auch bei Tätigkeiten von Berufshelfern § 33a StPO unzulässig sein. Über die Löschung der Daten sollte kein Dienststellenleiter entscheiden. Das Anfertigen von Aufzeichnungen soll in Wohnungen und Geschäftsräumen erlaubt sein.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 22.06.2021	



Landespolizeiinspektion Jena
Am Anger 30 · 07743 Jena

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/1256

zu Drs. 7/2792

Ihr/e Ansprechpartner/In:

Durchwahl:
Telefon
Telefax

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

Intern: ;
Jena

09. Juni 2021

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahmen- und Tonaufzeichnungsgeräte; Stellungnahme der LPI Jena

Schriftliches Anhörungsverfahren des Thüringer Landtages vom 21.04.2021

Mit Bezug wurde die LPI Jena um Stellungnahme zur geplanten Gesetzesänderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte – gebeten. Die nachfolgende Zuarbeit erfolgte unter Einbeziehung des Leiters des Inspektionsdienstes (ID) Jena, da dieser als Teilprojektleiter des landesweiten Projektes „Bodycam in der Thüringer Polizei II“ eingesetzt ist.

Die Stellungnahme der LPI Jena ist in folgende Einzelpunkte aufgegliedert:

1. Geplanter Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/2792),
2. Änderungsantrag der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993),
3. Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags zum Gesetzesentwurf 7/2792.

Die Abfassung der LPI Jena orientiert sich an der Regelungsabfolge der o.g. Einzelpunkte und es wird Bezug zu den konkreten Regelungsinhalten (Zitat der Passage) genommen. Sollten fortfolgend einzelne Passagen nicht angesprochen werden, ist von einer konkludenten Zustimmung zum Regelungsinhalt seitens der LPI Jena auszugehen.

Landespolizeiinspektion
Jena
Am Anger 30
07743 Jena

Die geplanten Gesetzesentwürfe der CDU und FDP sowie die o.g. Fragestellungen werden nicht mit übersandt, da diese bereits der Landespolizeidirektion vorliegen.

www.polizei.thueringen.de

1. Geplanter Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/2792)

Absatz 1: „Aufzeichnung auf ausdrückliches Verlangen des von den polizeilichen Maßnahmen Betroffenen“

Datenschutzinformation
Informationen zur Verarbeitung Ihrer
Daten finden Sie unter dem Link:
[www.polizei.thueringen.de/
landespolizeiinspektionen/lpijena/
datenschutz/](http://www.polizei.thueringen.de/landespolizeiinspektionen/lpijena/datenschutz/)

Es wird kritisch betrachtet, dass ein Bürger anlassunabhängig von kameratragenden Bediensteten verlangen kann diese einzuschalten. Das Polizeiaufgabengesetz sieht Eingriffsmaßnahmen vor und knüpft hierbei an das Vorliegen von Gefahrenmomenten, insbesondere zur Gefahrenabwehr, an. Die polizeilichen Maßnahmen in Form des Anfertigens von Bild- und Tonaufnahmen ohne Vorliegen einer Gefahr vorzunehmen, würden sich aus dieser Systematik abgrenzen. Die Bodycam wird als Führungs- und Einsatzmittel der Polizeivollzugsbeamten gesehen, worüber auch nur diese Verfügungsgewalt haben dürften. Dem Bürger käme mit dem geplanten Gesetzesentwurf das Recht zu, von Polizeivollzugsbeamten ein Handeln abzuverlangen.

Wenn durch die Aufzeichnung von Ton- und Bildaufnahmen auf Verlangen des von der polizeilichen Maßnahme Betroffenen, andere unbeteiligte Dritte hierbei mit erfasst werden, sind diese unverhältnismäßig in ihrem allgemeinen Persönlichkeitsrecht eingeschränkt. Das Schutzinteresse des Bürgers ist nach Ansicht der LPI Jena mit der Option der nachträglichen Einsichtnahme in gefertigte Aufzeichnungen ausreichend berücksichtigt.

Absatz 2: „Anfertigung von technischen Aufzeichnungen in Wohnung auf ausdrückliches Verlangen des von der polizeilichen Maßnahme Betroffenen“

Siehe hierzu o.g. Anmerkungen.

Absatz 3 „Aufzeichnungen sind unzulässig bei Tätigkeiten von Berufsgeheimnisträgern nach § 53 (1) StPO“

In der Gesetzesvorlage der Fraktion der CDU sind nach hiesiger Einschätzung auch die Bereiche auf sog. Berufshelfer i. S. d. § 53a StPO zu ergänzen.

Absatz 4: „Dies gilt nicht, wenn die Aufzeichnungen zur Gefahrenabwehr oder zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung benötigt werden.“

Die Formulierung „Ordnungswidrigkeiten von im Einzelfall erheblicher Bedeutung“ ist ungenau und bedarf einer genaueren Definition, was unter Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung zu verstehen ist. Entsprechend führen derartige Formulierungen in der Praxis zu Unsicherheiten bei der Löschroutine.

Absatz 4: „Über die Löschung entscheidet der Dienststellenleiter oder ein von ihm beauftragter Beamter.“

Die Entscheidung zur Löschung der Aufzeichnungen sollte nicht im Ermessen der Dienststellenleiter oder eines beauftragten Beamten liegen.

Werden Aufzeichnungen im Rahmen der Strafverfolgung gefertigt und dienen als Beweismittel, liegt die Entscheidung über deren Löschung bei der sachleitenden Staatsanwaltschaft. Bei Ordnungswidrigkeiten liegt dies in Verantwortung der zuständigen Verwaltungsbehörde. In allen anderen Fällen sollte eine automatisierte Löschung nach 30 Tagen erfolgen. Insofern eine weitere Speicherung oder Nutzung nicht mehr erforderlich ist.

Analog der gegenwärtigen Verfahrensweise sollte bei Strafverfahren/Ordnungswidrigkeiten eine Auslesung der Daten auf ein physisches Speichermedium erfolgen, welches zur Ermittlungsakte genommen wird. Die Aufzeichnung auf dem Bodycam-Speichermedium kann nach 30 Tagen automatisiert gelöscht werden.

Absatz 5: „Die Aufzeichnungen personenbezogener Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, sind unzulässig“

Die Unzulässigkeit der Aufzeichnung von Daten aus dem Kernbereich privater Lebensgestaltung wird grundsätzlich mitgetragen. Jedoch besteht die abstrakte Möglichkeit, dass der von der polizeilichen Maßnahme Betroffene aktiv Handlungen oder Äußerungen aus dem Kernbereich der privaten Lebensgestaltung anbringt, um bewusst den Ablauf der polizeilichen Maßnahme zu stören.

2. Änderungsantrag der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993)

Absatz 1: „...getragener Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte erheben, wenn tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, dass dies erforderlich ist...“

Der Verweis auf „tatsächliche Anhaltspunkte“ normiert eine relativ geringe Einschreitschwelle. Die Formulierung aus dem Gesetzesentwurf der CDU „nach den Umständen“ erscheint aus Sicht der der LPI Jena treffender.

Absatz 1: „Ordnungswidrigkeiten von im Einzelfall erheblicher Bedeutung“

Die Formulierung „Ordnungswidrigkeiten von im Einzelfall erheblicher Bedeutung“ ist ungenau und bedarf einer genaueren Definition, was unter Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung zu verstehen ist. Entsprechend führen derartige Formulierungen in der Praxis zu Unsicherheiten in der Anwendung der Bodycam.

Absatz 2: „...Aufzeichnung personenbezogener Daten sind unzulässig2. in Wohn- und Geschäftsräumen sowie in oder vom befriedeten Besitztum...“

Der Ausschluss des Anfertigens von Aufzeichnungen in Wohnungen und Geschäftsräumen wird dem praktischen Erfordernis nicht gerecht. Dies würde bedeuten, dass z. B. Aufzeichnungen in Geschäften von

Einkaufszentren (z. B. die Goethe Galerie oder der Neuen Mitte in Jena) nicht erlaubt sind. Die Praxis zeigt aber, dass im Kontext der Aufnahme von Ladendiebstählen oder dem Verweilen in Einkaufszentren immer wieder gefahrträchtige Situationen für Polizeivollzugsbeamte entstehen können.

3. Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags zum Gesetzesentwurf 7/2792

Frage 1: Welche Auffassung vertreten Sie zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte in Drucksache 7/2792?

Mit Blick auf die Ergebnisse des vorläufigen Abschlussberichtes des Gesamtprojektes „Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei II“ der LPI Gotha hält die LPI Jena eine Änderung des ThürPAG in Form der Aufnahme des offenen Einsatzes mobiler Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte für zielorientiert. Allein schon aus einem rechtssystematischen Anspruch heraus, dass spezielle grundrechtseingreifende staatliche Maßnahmen auch eine gesonderte Legitimierung erfahren sollten.

Frage 2: Halten Sie das Einsatzmittel der Bodycam für den Bereich der Polizei für geeignet, erforderlich und angemessen? Wenn ja, zu welchem Zweck? Wenn nein, warum nicht?

Ja. Auch hier verweist die LPI Jena auf den o.g. Abschlussbericht. Die Aufzeichnung von Bild- und Tonaufnahmen ist im Verhältnis zu anderen Maßnahmen (z. B. Anwendung unmittelbaren Zwangs) aus Sicht der LPI Jena ein verhältnismäßig geringerer Grundrechtseingriff.

Frage 3: Sind Sie der Auffassung, dass durch das Tragen der BodyCam Gewalttaten gegen Polizisten wirksam verhindert werden können? Und wie begründet sich Ihre Einschätzung?

Ja. Auf den Abschlussbericht des Gesamtprojektes der LPI Gotha wird verwiesen.

Frage 4: Gibt es nach Ihrer Kenntnis wissenschaftliche Untersuchungen, die die Präventionswirkung der BodyCam in Bezug auf Gewalt gegen Polizisten be- oder widerlegen? Wenn ja, welche?

Im Abschlussbericht des Gesamtprojektes wird vollumfänglich auf wissenschaftliche Untersuchungen durch die Friedrich-Schiller-Universität Jena Bezug genommen.

Frage 5: Wie bewerten Sie das im Gesetz vorgesehene „Pre-Recording“ also die dauerhafte Aufzeichnung und Überschreibung (Vorabaufnahme) sowie

das Aufzeichnen von Aufnahmen in Privatwohnungen und die Eingriffsschwelle der Kamera zum Schutz von „Gefahren für das Eigentum“ (§ 33a (1) S.1)?

Das sogenannte „Pre-Recording“ sowie das Aufzeichnen in Privatwohnungen wird seitens der LPI Jena für zielorientiert und hinsichtlich der Eingriffsmaßnahme zur Gefahrenminimierung für verhältnismäßig eingeschätzt. Insbesondere aus dem „Pre-Recording“ heraus lassen sich die gefahrbezüglichen Umstände des Einzelfalls nochmals besonders transparent nachvollziehbar veranschaulichen.

Auch der Einsatz von Bodycams zum Schutz des Eigentums wird befürwortet, da häufig auch der Funkstreifenwagen der Thüringer Polizei als Angriffsziel dient und hohe Sachschäden zur Folge hat. Die Aufnahme des Schutzes vom Eigentum erscheint daher sinnvoll.

Das Aufzeichnen von Aufnahmen in Privatwohnungen wird ebenso durch die LPI Jena vollumfänglich befürwortet. Gerade bei polizeilichen Einsätzen wegen häuslicher Gewalt in privaten Wohnungen entstehen oft gefahrenträchtige Situationen und Polizeibeamte sind Gewalttätigkeiten ausgesetzt.

Formblatt zur Datenerhebung **nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

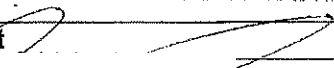
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <i>ja</i> (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Landespolizeiinspektion Saalfeld</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Promenadenweg 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07318 Saalfeld</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Landespolizeiinspektion Saalfeld		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Promenadenweg 9	Postleitzahl, Ort	07318 Saalfeld
Name	Organisationsform										
Landespolizeiinspektion Saalfeld											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Promenadenweg 9										
Postleitzahl, Ort	07318 Saalfeld										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Polizeiarbeit</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Zustimmung zum Gesetzentwurf der CDU</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Saalfeld, den 25.08.21	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/2792 -

dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP

- Vorlage 7/1993 -

1. Haben Sie sich als **juristischen Person** geäußert; d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
TSU Jena Institut für Psychologie	
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Steiger 3, Haus 1
Postleitzahl, Ort	07743 Jena

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert; d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)

Name	Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse ☐ Wohnadresse
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Wissenschaftliche Mitarbeiterin	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen. (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Wir halten die Bodycam als Einsatzmittel grundsätzlich für geeignet - weisen allerdings darauf hin, dass die Präventionswirkung nicht überschätzt werden sollte. Des Weiteren erachten wir eine differenzierte Anwendung sowie geeignete Schulungen der PVB als notwendig.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldökg)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 10.06.21	

THUR. LANDTAG POST
11.06.2021 07:06



**FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA**

Institut für Psychologie
Lehrstuhl für Allgemeine Psychologie und
Kognitive Neurowissenschaften

14628/2021

Universität Jena · Institut für Psychologie · 07743 Jena

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
E-mail: poststelle@thueringer-landtag.de

Jena, 10. Juni 2021

**Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler
Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU –
Drucksache 7 /2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP – Vorlage
7/1.993 –**

Sehr geehrte Damen und Herren,
auf die vorgegebenen Fragestellungen werden folgende Antworten gegeben:

- 1. Welche Auffassung vertreten Sie zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte in Drucksache 7/2792?**

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts II zum Einsatz von Bodycams der Polizei Thüringen durch den Lehrstuhl für Allgemeine Psychologie und Kognitive Neurowissenschaften der Friedrich-Schiller Universität Jena deuten darauf hin, dass bereits das bloße Vorhandensein einer Bodycam eine deeskalierende Wirkung auf das polizeiliche Gegenüber haben kann. Gleichzeitig stellt die Bodycam kein Wundermittel gegen Gewalt und Aggression dar. Wann, wo und von wem dieses Einsatzmittel verwendet werden sollte, bedarf einer differenzierten Betrachtung. Nähere Erläuterungen diesbezüglich folgen in den Beantwortungen der nachkommenden Fragen.

- 2. Halten Sie das Einsatzmittel der Bodycam für den Bereich der Polizei für geeignet, erforderlich und angemessen? Wenn ja, zu welchem Zweck? Wenn nein, warum nicht?**

Ja, bei differenzierter Anwendung und geeigneter Schulung der PVB halten wir das Einsatzmittel der Bodycam grundsätzlich für geeignet. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts II lassen erkennen, dass das Tragen einer Bodycam bei differenzierter Anwendung und in spezifischen Situationen eine deeskalierende Wirkung haben kann (detaillierte Erläuterungen dazu in der Beantwortung der 3. Frage). Ebenso lässt sich anhand der vorliegenden Daten vermuten, dass das Vorhandensein einer Bodycam die PVB ermutigt, bei Vorliegen einer Straftat eher eine Strafanzeige gegen das polizeiliche Gegenüber zu stellen.



Im Rahmen der Untersuchung zeigte sich allerdings kein signifikanter Einfluss der Bodycam-Nutzung auf das eigene Sicherheitsgefühl oder Stressempfinden der PVB. Da die Verwendung der Bodycam während der wissenschaftlichen Begleitung nur in einem sehr eingeschränkten rechtlichen Rahmen möglich war (Nutzung nur an öffentlichen und von Fahrzeugen befahrbaren Orten, keine Tonaufnahmen), lässt sich die Frage nicht beantworten, inwieweit sich das Sicherheitsgefühl sowie das Stressempfinden der PVB unter einem erweiterten rechtlichen Rahmen verändern würde.

Auch stellt die vorliegende Datenerhebung innerhalb des Zeitraums von Mai bis September 2019 lediglich eine Momentaufnahme im Kontext des Pilotprojekts dar. Bei der Interpretation der vorliegenden Ergebnisse ist somit die Möglichkeit zu berücksichtigen, dass bei zunehmender Schulung und Routine in der Anwendung sowie durch einen erweiterten rechtlichen Rahmen die Wirkkraft dieses Einsatzmittels verbessert werden könnte. Da hierzu noch keine tragfähigen wissenschaftlichen Daten vorliegen ist dies jedoch lediglich eine Vermutung.

Zusätzliche Evidenz für den Nutzen der Bodycams ergaben Interviews mit vier RichterInnen. Diese gaben an, dass die Videoaufnahmen der Bodycam als zusätzliche Beweismittel in Strafverfahren fungierten und somit eine Beweislage in Verfahren erhärten sowie die Objektivität der Beweisführung (vor allem im Vergleich zu Zeugenaussagen) fördern könnten. Als besonders hilfreich wurden dabei Videoaufnahmen von Geschehnissen eingeschätzt, die schnell abgelaufen seien oder bei denen es sich um mehrere Täter gehandelt habe. Eine generelle Objektivität sowie ein ausschließliches Vertrauen auf die Filmaufnahmen bewerteten die RichterInnen allerdings kritisch, da diese nur einen Ausschnitt der gesamten Situation darstellen würden. Hinsichtlich der Interviewergebnisse ist allerdings zu beachten, dass diese lediglich die Erfassung von Einstellungen einzelner Personen mit Expertenwissen darstellen. Diese sind somit nicht im Hinblick auf eine statistische Aussagekraft generalisierbar.

3. Sind sie der Auffassung, dass durch das Tragen der Bodycam Gewalttaten gegen Polizisten wirksam verhindert werden können? Und wie begründet sich ihre Einschätzung?

Grundsätzlich sind wir dieser Auffassung, weisen aber darauf hin, dass die Präventionswirkung nicht überschätzt werden sollte:

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung zeigte sich, dass bereits das Tragen einer Bodycam einen gewissen deeskalierenden Effekt auf das polizeiliche Gegenüber zu haben scheint und die Auftretenshäufigkeit aggressiver Verhaltensweisen leicht senkt. Hinsichtlich der konkreten Anwendung der Bodycam ließ sich zwar nicht für die Androhung, jedoch für das Starten der Filmaufnahme ein deeskalierender Effekt im Hinblick auf die Aggressivität der Betroffenen erkennen. Jedoch wurde entgegen der Annahmen eine geringere Kooperation der Betroffenen (unabhängig vom Betäubungsmiteleinfluss) bei bloßem Vorhandensein der Bodycam beobachtet. Auch das Androhen



oder Einschalten der Kamera schien keine Auswirkung auf die Kooperation des polizeilichen Gegenübers zu haben.

Des Weiteren bedarf es hinsichtlich der Wirksamkeit der Bodycam eine differenzierte Betrachtung verschiedener Einflussfaktoren. So scheint beispielsweise das bloße Tragen dieses Einsatzmittels keine Wirkung zu zeigen, oder sogar eher eskalierend zu wirken, wenn die den PVB gegenüberüber stehenden Personen unter Einfluss von Betäubungsmitteln stehen oder sich in anderen psychischen Ausnahmezuständen befinden. Auch scheint das Geschlecht der PVB beim Mitführen der Kamera eine Rolle zu spielen:

Aus den vorliegenden Daten lässt sich erkennen, dass männliche Bodycam-Träger eher einen deeskalierenden Effekt durch die Kamera erfahren – wohingegen sich für weibliche Trägerinnen die Wahrscheinlichkeit eine aggressive Handlung zu erleben wesentlich zu erhöhen scheint. Ein ähnliches Ergebnis fanden auch Kersting et al. (2019)¹ in der Untersuchung durch das Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Nordrhein-Westfalen. Auch hier wurden weibliche PVB häufiger als ihre männlichen Kollegen in Schichten mit Bodycam als geschädigte Personen registriert. Den vorliegenden Daten nach bietet somit die Bodycam für weibliche PVB nicht nur keinen Schutz, sondern bringt diese durch das Tragen sogar noch eher in Gefahr aggressive Handlungen des polizeilichen Gegenübers zu erleben.

Kersting et al. (2019) vermuten als Ursache für diese Ergebnisse, dass weibliche PVB durch die Bodycam häufiger und stärker im eigenen Verhalten beeinflusst werden. Dadurch würden diese eher in ein übermäßiges „Amtsdeutsch“ verfallen, welches zu einer Eskalation der Situation beitragen könne. Zur Verifizierung dieser Annahme und somit zum Schutz der weiblichen PVB bei Nutzung der Bodycam bedarf es allerdings weitere wissenschaftliche Forschung.

Aufgrund der Möglichkeit, dass eine Situation (für PVB beiderlei Geschlechts) durch ein gehemmtes Agieren oder ein übermäßiges Verwenden „amtsdeutscher“ Sprache eskaliert, sollte bei einer möglichen Einführung der Bodycam beachtet werden, dass sich die PVB durch die Nutzung der Bodycam nicht übermäßig bei ihrer Arbeit kontrolliert fühlen. Aus diesen Gründen wären bei einer flächendeckenden Einführung der Bodycam differenzierte Überlegungen hinsichtlich eines Umgangs, z. B. mit stark alkoholisierten Betroffenen oder den vorliegenden Geschlechterunterschieden wichtig. Ebenso wären Schulungen und Informationsveranstaltungen (bzgl. der Anwendung und wissenschaftlichen Befundlage zur Wirksamkeit) zu empfehlen. Auch sollte die Nutzung von Bodycams in Einsatztrainings integriert werden. Darüber hinaus wären im Hinblick auf eine höhere Aussagekraft und Vergleichbarkeit eine größer angelegte Datenbasis sowie über verschiedene Bundesländer hinweg koordinierte Studien in Deutschland wünschenswert und aus wissenschaftlicher Sicht dringend geboten.

¹ Kersting, S., Naplava, T., Reutemann, M., Heil, M. & Scheer-Vesper, C. (2019). Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht. Gelsenkirchen: Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaft der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.



4. Gibt es nach Ihrer Kenntnis Wissenschaftliche Untersuchungen, die die Präventionswirkung der Bodycam in Bezug auf Gewalt gegen Polizisten be- oder widerlegen? Wenn ja, welche?

Die internationale wissenschaftliche Befundlage hinsichtlich der Wirksamkeit der Bodycam scheint derzeit noch uneinheitlich. Auch sind die vorliegenden Studien aufgrund unterschiedlicher Methoden und Kontextbedingungen schwer vergleichbar. Die uns bekannten wissenschaftlichen Untersuchungen sind im Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts II zum Einsatz von Bodycams der Polizei Thüringen der Friedrich-Schiller-Universität Jena nachzulesen. Ebenso geben beispielsweise die KollegInnen Kersting et al. (2019) in ihrem Abschlussbericht eine gute Literaturübersicht. Zu möglichen Veröffentlichungen wissenschaftlicher Untersuchungen nach Januar 2020 können wir keine Auskunft geben.

5. Wie bewerten sie das im Gesetz vorgesehene „Pre-Recording“ also die dauerhafte Aufzeichnung und Überschreibung (Vorabaufnahme) sowie das Aufzeichnen von Aufnahmen in Privatwohnungen und die Eingriffsschwelle der Kamera zum Schutz von „Gefahren für Eigentum“ (§ 33a Abs 1. Satz 1)?

Die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung befragten RichterInnen bewerteten die mögliche Funktion des Pre-Recordings als hilfreich, um das Zustandekommen einer Situation darstellen und das Gesamtbild verstehen zu können. Ebenso sei die ungeschnittene Vorlage des vorliegenden Filmmaterials wichtig, um auch mögliches Fehlverhalten seitens der Polizei in die Bewertung der Situation miteinbeziehen zu können. Auch an dieser Stelle sei erwähnt, dass es sich hierbei lediglich um die Erfassung subjektiver Einstellungen weniger einzelner Personen mit Expertenwissen ohne statistische Aussagekraft handelt.

Hinsichtlich der Effektivität der Bodycam-Nutzung beispielsweise in Privatwohnungen können keine fundierten Aussagen gemacht werden, da im Rahmen der wissenschaftlichen Untersuchung die Verwendung der Bodycam lediglich an öffentlichen Plätzen sowie an von Fahrzeugen befahrbaren Orten erlaubt war. Inwiefern die vorliegenden Ergebnisse auf die Nutzung der Bodycam z. B. in Privatwohnungen übertragbar sind, ist unklar. Jedoch ist zu vermuten, dass sich in diesem Bereich ähnliche Ergebnisse abzeichnen und auch hier die vorliegenden Faktoren, wie z. B. der Alkoholisierungsgrad, aber auch zum Beispiel die emotionale Verfassung des polizeilichen Gegenübers eine Rolle spielen können.

Mit freundlichen Grüßen,

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort			
	Name	Organisationsform											
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)												
Postleitzahl, Ort													
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)												
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Dr. Nachbaur</td> <td>Andreas</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			Dr. Nachbaur	Andreas	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	Dr. Nachbaur	Andreas											
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellidokG)	
	Professor für Staats- und Verfassungsrecht, Allgemeines Verwaltungsrecht, Polizeirecht und Europarecht an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellidokG)	
	- CDU-Gesetzentwurf ist aus mehreren Gründen mit dem Grundgesetz nicht vereinbar (fehlende Gesetzgebungskompetenz; Schranken des Art. 13 GG; Bestimmtheitsgrundsatz / Gebot der Normenklarheit). - Einsatz der Bodycam in Wohnungen verfassungswidrig	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Villingen-Schwenningen, 21.6.2021	



Baden-Württemberg

HOCHSCHULE FÜR POLIZEI BADEN-WÜRTTEMBERG
FAKULTÄT III – RECHTSWISSENSCHAFTEN – PROF. DR. ANDREAS NACHBAUR

Hochschule für Polizei BW · Sturmbühlstr. 250 · 78054 Villingen-Schwenningen

Datum 9.6.2021

Name

Durchwahl

E-Mail

Aktenzeichen

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/1259

zu Drs. 7/2792

**Schriftliche Stellungnahme
für den Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtags zum „Gesetz
zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler
Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte“, Gesetzentwurf der Fraktion der
CDU (LT-Drs. 7/2792) sowie zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP
(Vorlage 7/1993)**

im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen des o. g. Anhörungs-
verfahrens bedanke ich mich.

Vorbemerkung:

Wenn nachfolgend von § 33a **PAG-E** die Rede ist, beziehen sich die
Ausführungen auf den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion. Ausführungen zum
Änderungsantrag der FDP-Fraktion sind mit § 33a **PAG-EÄ** gekennzeichnet.

Gliederung

A. § 33a PAG-E

Seite

I. Zweck der Bodycam – einseitige Ausrichtung.....	3
II. Pre-Recording: Gesetzgebungskompetenz des Landes?.....	5
1. Nachträgliche Speicherung der Vorabaufnahme - kein „repressiver Nebenzweck“	5
2. Abschließende Bundesregelung?.....	8
a) Strafverfolgung oder Strafverfolgungsvorsorge?.....	8
b) Einsatz im öffentlichen Raum (§ 33a Abs. 1 Satz 1 PAG-E).....	10
c) Einsatz in der Wohnung (§ 33a Abs. 2 Satz 1 PAG-E).....	11
III. Schrankenregime des Art. 13 GG.....	12
1. Art. 13 Abs. 5 GG	13
2. Sonstige Schrankenvorbehalte des Art. 13 GG.....	14
a) Art. 13 Abs. 7 GG.....	14
b) Art. 13 Abs. 3 GG.....	15
c) Art. 13 Abs. 4 GG.....	16
aa) Einbeziehung weiterer Schutzgüter („Leib, Freiheit, Eigentum“).....	16
bb) Richtervorbehalt.....	17
IV. Bestimmtheitsgrundsatz.....	18
1. Terminologisches.....	18
2. Tatbestandliche Voraussetzungen.....	20
a) Tatbestandsmerkmal „kurzzeitig“.....	20
b) Prognosebasis.....	20
V. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.....	21
VI. Kernbereichsschutz.....	22
VII. Ergebnis/Empfehlung.....	23
B. PAG-EÄ – Änderungsantrag FDP-Fraktion.....	24
C. Fragen Innen- und Kommunalausschuss.....	25

A. § 33a PAG-E

Mit § 33a PAG-E soll eine Ermächtigungsgrundlage geschaffen werden für den Einsatz der Bodycam zur Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen sowohl an öffentlich zugänglichen Orten als auch in Wohnungen inklusive der sog. „Pre-Recording“-Funktion. Die geplante Regelung geht damit weit über das in den beiden Pilotversuchen der letzten Jahre im Rahmen des § 33 Abs. 6 ThürPAG Erprobte (nur öffentlicher Raum; kein Pre-Recording; keine Tonaufnahmen) hinaus. Der Gesetzentwurf wird nachfolgend unter primär verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten gewürdigt.

I. Zweck der Bodycam – einseitige Ausrichtung

Während der Einsatz von Bodycams in Deutschland ein vergleichsweise noch jüngeres Phänomen ist,¹ hat die Körperkamera im angelsächsischen Raum schon vor geraumer Zeit Eingang in das polizeiliche Handlungsinstrumentarium gefunden – freilich mit gänzlich anderer Intention und anderem Verwendungszweck: In Großbritannien wird die Körperkamera zur Strafverfolgung eingesetzt, in den USA soll sie primär Polizeigewalt verhindern bzw. gegebenenfalls dokumentieren sowie die Transparenz staatlichen Handelns stärken.² Demgegenüber hatten und haben die Gesetzgeber in allen Bundesländern, die die Bodycam mittlerweile eingeführt haben, primär den (Eigen-)Schutz von Polizeibeamten sowie dritter Personen im Blick.³ Die Verhinderung von Polizeigewalt und/oder Herstellung von Transparenz polizeilichen Handelns war ganz überwiegend kein Schutzziel der jeweiligen Landesgesetzgebung⁴.

Vor diesem Hintergrund ist es positiv zu bewerten, dass die Körperkamera nach § 33a Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 3 PAG-E auch auf „*ausdrückliches Verlangen*“ der von der polizeilichen Maßnahme betroffenen Personen soll eingesetzt werden können, der Kamera-Einsatz also nicht exklusiv der alleinigen Entscheidung der jeweiligen Polizeibeamten vorbehalten ist. Gleichwohl dürfte es in der Praxis wenig wahrscheinlich sein, dass ein Kameraträger – einer entsprechenden Aufforderung Betroffener folgend –

¹ „Vorreiter“ in Deutschland war Hessen mit einem bereits 2013 gestarteten Pilotprojekt; mittlerweile wurden spezifische Bodycam-Regelungen in allen Bundesländern geschaffen mit – soweit ersichtlich – Ausnahme von Berlin, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

² Ruthig, GSZ 2018, 12; Kipker/Gärtnner, NJW 2015, 296.

³ Martini/Nink/Wenzel, NVwZ-Extra 24/2016, 1, 4 f.

⁴ Siehe bspw. die Begründung zum entsprechenden Gesetzentwurf in Baden-Württemberg, LT-Drs. BW 16/334 S. 4 f. und LT-Drs. BW 16/8484 S. 119 f.; 142 f.; auch nach Ziebarth (Die Polizei 2017, 76, 80) sind diese Zwecke allenfalls als eventuelle „Nebenwirkung“ einzuordnen.

während bzw. unmittelbar vor oder nach einem polizeilichen Fehlverhalten aktiv die Speichertaste betätigt.

Gegebenenfalls kommt den Regelungen zur weiteren Verarbeitung und Löschung der auf dem Speichermedium der Bodycam fixierten Daten entscheidende Bedeutung zu: Ist gewährleistet, dass die einen Einsatz mittels Bodycam dokumentierenden Beamten/Beamtinnen nach Beendigung des Einsatzes keinen Zugriff mehr auf die erzeugten Bild- und Tonaufzeichnungen haben? Nur so wäre sicherzustellen, dass die Löschung eventuell Fehlverhalten dokumentierenden Datenmaterials unterbleibt. Sind es hingegen die sich potentiell nicht korrekt verhaltenden Kräfte des Polizeivollzugsdienstes, die die Löschung bewerkstelligen können, wird entsprechendem Bild- und Tonmaterial mutmaßlich keine lange Haltbarkeit beschieden sein.

§ 33a PAG-E bleibt hier – ungeachtet der verwiesenen Normen des ThürDSG – hinter dem im Interesse effektiven Rechtsschutzes (Art. 19 Abs. 4 GG) gebotenen Standard deutlich zurück. Anstatt – wie bspw. in § 27a Abs. 4 BPolG, § 27a Abs. 4 PolG RhPf oder § 15c Abs. 4 PolG NRW – ein klares und eindeutiges Löschesverbot „auf Verlangen des Betroffenen“ zu etablieren, entscheidet gem. § 33a Abs. 4 Satz 3 PAG-E über die Löschung der Daten allein „*der Dienststellenleiter oder ein von ihm Beauftragter*“. Ein Mitsprache- bzw. „Veto“-Recht seitens der von der Datenerhebung betroffenen Personen ist nicht vorgesehen. Bei der Entscheidung über die Frage der Datenlöschung bleiben die Betroffenen außen vor.

Bodycam-Datenmaterial sollte jedoch auch denjenigen zur Verfügung stehen, die ein Fehlverhalten der Polizei rügen möchten.⁵ Solange die Entscheidungshoheit über Löschung oder dauerhafte Speicherung des Datenmaterials exklusiv bei der Polizei liegt, bleibt die u.a. von der Neuen Richtervereinigung zu Recht eingeforderte „Waffengleichheit“⁶ zwischen Staat und Bürger beim Umgang mit den mittels Bodycam erzeugten Daten Illusion.

⁵ So auch Kipker/Gärtner, NJW 2015, 296, 299 und 301; Martini/Nink/Wenzel, NVwZ 2016, 1772; BeckOK PolR NRW/Arzt, 17. Ed. 1.3.2021, § 15c, Rn. 61 ff.; Zöller Stellungnahme v. 27.9.2016 im Innenausschuss des Landtags von NRW, LT-Drs. 16/4193 v. S. 11 f.; Feltes, Stellungnahme v. 27.9.2016 im Innenausschuss des Landtags von NRW, LT-Drs. 16/4218, S. 8; Nachbaur, Schriftliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 für die Polizei in Baden-Württemberg und zur Änderung weiterer polizeirechtlicher Vorschriften (Drucksache 16/8484) – im Rahmen der Anhörung v. 14.9.2020, S. 26 f. Die nämliche Forderung wird u.a. auch seitens der Neuen Richtervereinigung erhoben, s. LT-Drs. BW 16/8484 S. 232 f. (Im baden-württembergischen Gesetzgebungsverfahren zur Einführung des Bodycam-Einsatzes in Wohnungen).

⁶ Siehe Stellungnahme Neue Richtervereinigung zur Parallelregelung im baden-württembergischen Gesetzentwurf, LT-Drs. BW 16/8484 S. 232.

II. Pre-Recording: Gesetzgebungskompetenz des Landes?

Auf die Problematik der Gesetzgebungskompetenz des Landes für die Pre-Recording-Funktion einer Bodycam wird in der Begründung zu § 33a PAG-E erstaunlicherweise mit keinem Wort eingegangen. Ist die Frage schon generell hochumstritten⁷, so ist sie zumindest für das Pre-Recording in der Wohnung im Ergebnis zu verneinen⁸. Der Grund hierfür liegt im doppelunktionalen Charakter des Kamera-Einsatzes. § 33a Abs. 2 Satz 1 PAG-E ist mit seinem intendierten Abschreckungs- und Einschüchterungseffekt zwar primär gefahrenabwehrrechtlich ausgerichtet.⁹ Die Pre-Recording-Speicherermächtigung mit der Speichermöglichkeit auch der sog. Vorabaufnahme schließt aber repressive Motive erkennbar nicht nur mit ein; in Bezug auf die nachträgliche Speicherung der Vorabaufnahme steht die repressive Motivation vielmehr im Vordergrund.¹⁰

Wirkt eine Norm zugleich präventiv und repressiv, sind die Kompetenzen von Bund und Ländern sorgfältig zu unterscheiden. Die jeweilige Kompetenzzuweisung und damit die Ausgestaltung einer solchen Regelung ist „strikt von der Zwecksetzung her“¹¹ zu bestimmen.

1. Nachträgliche Speicherung der Vorabaufnahme - kein „repressiver Nebenzweck“

⁷ Ausführlich hierzu mwN Zöller, Der Einsatz der Bodycam zur polizeilichen Gefahrenabwehr, S. 62 ff.

⁸ Deshalb erklärt bspw. Art. 33 Abs. 4 Satz 4 BayPAG das Pre-Recording in der Wohnung ausdrücklich für unzulässig. In Rheinland-Pfalz (§ 27a Abs. 3 POG), Hamburg (§ 18 Abs. 5 PolDVG) und NRW (§ 15c PolG) ist Pre-Recording insgesamt unzulässig. Außerhalb von Wohnungen sind in Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern „Vor-Aufnahmen“ von 60 Sekunden gestattet (§ 31a Abs. 2 BbGPol; § 57 Abs. 4 SächsPVDG; § 32a Abs. 1 SOGM-V); in Niedersachsen sind gem. § 32 Abs. 4 NPOG 30 Sekunden erlaubt; in Bayern, dem Saarland, Bremen und Hessen ist Pre-Recording „kurzzeitig“ ohne Nennung eines konkreten Zeitlimits zulässig, s. Art. 33 Abs. 4 BayPAG, § 27 Abs. 3 SPoLG, § 29 Abs. 5 BremPoLG und § 14 Abs. 6 HSOG.

⁹ Kompetenzrechtlich unproblematisch ist insoweit, dass die Bodycam gem. § 33a Abs. 1 PAG-E auch bei der Durchführung von Maßnahmen „zur Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten“ eingesetzt werden kann. Denn entscheidende Voraussetzung ist auch in dieser Tatbestandsvariante die Abwehr einer Gefahr (dies übersehen Martini/Nink/Wenzel, NVwZ-Extra 24/2016, 1, 9). Die Situation ist vergleichbar dem Fall der Eigensicherungsdurchsuchung während einer Personenkontrolle, die unabhängig davon auf polizeigesetzlicher Grundlage erfolgt, ob die Personenkontrolle präventiv oder repressiv motiviert ist (BeckOK PolR BW/ Nachbaur, 21. Ed. 1.1.2021, § 29 Rn. 36; Ruder, Polizeirecht Baden-Württemberg, 8. Aufl. 2015, Rn. 703).

¹⁰ Strafverfolgungsvorsorge als „eigentlicher Gesetzeszweck“, so bspw. Ziebarth, Die Polizei 2017, 76, 79; „zum anderen erfolgen die Aufnahmen bei der erforderlichen Gesamtbetrachtung zielgerichtet mit Blick darauf, sie gegebenenfalls für Zwecke einer späteren Strafverfolgung zu nutzen“, so der Landesdatenschutzbeauftragte Baden-Württemberg, LT-Drs. 16/580, S. 9 f.; ebenso - für die Parallelregelung in NRW - BeckOK PolR NRW/Arzt, 17. Ed. 1.3.2021, § 15c Rn. 6 f.; zur bayrischen Parallelnorm BeckOK PolR Bayern/Rosch/Müller-Eiselt, 16. Ed. 15.3.2021, Art. 33 PAG Rn. 66, die von „Janusköpfigkeit“ der Befugnis sprechen, da sie „insbesondere mit der verarbeitungsfähigen Aufzeichnung auch als Beweismittel dienen und damit zu Strafverfolgungszwecken eingesetzt werden“.

¹¹ BVerfG NJW 2019, 827, 832 (Rn. 74).

Unter den in des § 33a Abs. 1 (und Abs. 2) PAG-E näher beschriebenen Voraussetzungen soll neben der Aufzeichnung ab dem Moment der Aktivierung der Speichertaste auch die im Rahmen des Pre-Recording erfolgte „Vorabaufnahme“ und damit die - in temporärer Hinsicht zudem mit „kurzzeitig“ höchst unpräzise bestimmte - davor aufgenommenen Sequenz nachträglich und längerfristig, d.h., über die kurzzeitige Fixierung im Zwischenspeicher hinaus perpetuiert werden. Ein (primär) präventiver Speicherzweck ist insoweit schwerlich begründbar. Denn der vom Gesetzgeber beabsichtigte Abschreckungseffekt des Kameraeinsatzes tritt ungeachtet des gefahrenabwehrrechtlich formulierten Wortlauts des § 33a Abs. 1 und 2 PAG-E im Rahmen der genannten Pre-Recording-Sequenz in den Hintergrund. Mehr noch: er spielt so gut wie keine Rolle mehr. Wirkt die Kamera nicht wie gewünscht Straftat-abschreckend und es kommt trotz der im Pre-recording-Modus laufenden Bodycam zur weiteren Eskalation, d.h., einer Gefahrensituation „für Leib, Leben, Freiheit oder Eigentum“ und damit einem strafrechtlich relevanten Verhalten, dann kann jedenfalls die Speicherung der letzten Sekunden vor Eintritt der Gefahr bzw. Begehung der Tat zur Gefahrenabwehr schon theoretisch nichts mehr beitragen. Wenn die mit dem Kameraeinsatz seitens der Polizei verbundene Hoffnung auf deeskalierende Wirkung enttäuscht wurde, verfolgt die Speicherung der Vorabaufnahme zwangsläufig auch keinen präventiven Zweck mehr.

Für anderslautende Behauptungen bzw. Begründungen seitens der jeweiligen Gesetzgeber war und ist erkennbar der Wunsch der Vater des Gedankens. So wurde als Zweck der Pre-Recording-Funktion in der Begründung zum baden-württembergischen Gesetzentwurf ebenso ehrlich wie bezeichnenderweise auf eine „möglichst umfassende Dokumentation der unmittelbaren Vorgeschichte einer konkreten Konfliktsituation“¹² verwiesen, eine Begründung, die klar erkennbar auf die nachträgliche, insbesondere strafrechtliche Aufarbeitung des Geschehens und damit die Strafverfolgung und die Strafverfolgungsvorsorge abstellt.¹³

Bestätigt und unterstützt wird diese Einschätzung durch die in die gleiche Richtung weisende Begründung im Gesetzentwurf zu § 33a PAG-E¹⁴ sowie

¹² LT-Drs. 16/334, S. 5; passend dazu wurde der auf Pre-Recording verzichtende SPD-Gesetzentwurf (LT-Drs. 16/308) kritisiert, weil er es nicht ermögliche, „die entscheidenden Sekunden vor dem Angriff auf einen Polizeibeamten im Nachhinein auszuwerten“ (LT-Drs. 16/588, S. 3).

¹³ Geteilt wird diese Einschätzung auch vom Landesdatenschutzbeauftragten Baden-Württemberg, s. Stellungnahme zum Gesetzentwurf, LT-Drs. 16/580, S. 12: Die Begründung legt „die Vermutung nahe, dass das Pre-Recording in Wahrheit vor allem auf die Beweissicherung für nachfolgende Strafverfahren zielt“.

¹⁴ Drs. 7/2792 S. 5: „...mögliche Verbesserung der Beweissicherung im Strafverfahren (Repression)“.

entsprechende Feststellungen im Abschlussbericht der Universität Jena zum Pilotprojekt II in Thüringen vom Januar 2020.¹⁵

Für den Fall stationärer Videoüberwachung von Straßen und Plätzen im Rahmen der Gefahrenvorsorge wurde eine Landeskompetenz von der Rechtsprechung zwar bestätigt, auch wenn das dabei gewonnene Datenmaterial zur Strafverfolgung genutzt wird.¹⁶ Denn ein „*repressiver Nebenzweck*“ – so der VGH BW – komme hier lediglich „*im Einzelfall*“ zur Geltung und sei daher nicht geeignet, die mit der Gesamtmaßnahme verfolgte primäre Zweckrichtung der Straftatenverhütung zu verdrängen oder zu überlagern.¹⁷

Auf die Pre-Recording-Regelung des § 33a Abs. 1 und 2 PAG-E lässt sich diese Rechtsprechung jedoch nicht übertragen. Denn der Speichervorgang beim Bodycam-Einsatz betrifft Situationen, in denen sich typischerweise bereits weit mehr als bei der stationären Videoüberwachung von Plätzen konkretisiert hat, ob und gegebenenfalls welche Straftat bevorsteht bzw. zu deren Begehung bereits angesetzt wird. Es geht hier nicht mehr um „*in ungewisser Zukunft möglicherweise bevorstehende Straftaten*“¹⁸ im Sinne der Rechtsprechung des BVerfG zur Abgrenzung von Landes- und Bundeskompetenz. Die Schulterkamera kommt schließlich nicht anlasslos zum Einsatz; die Aufzeichnung bzw. Speicherung nach § 33a Abs. 1 und 2 PAG-E setzt vielmehr erst im unmittelbaren Vorfeld möglicher Schäden an „*Leib, Leben, Freiheit oder Eigentum*“, d.h. der Begehung von Straftaten oder sogar bereits nach deren Beginn ein. Damit hat der Aspekt der Strafverfolgung im Verhältnis zur Prävention beim Einsatz der Bodycam ein gänzlich anderes Gewicht als im Falle der auf öffentlichen Plätzen permanent laufenden, stationären Überwachungskameras.¹⁹ Insbesondere das über das kurzzeitige Speichern hinaus erfolgende Abspeichern der im Rahmen des Pre-Recording entstandenen Vorabaufnahme erfolgt nicht mehr präventiv-objektiv zum Schutze der Rechtsordnung, sondern ist bereits repressiv-personenbezogen auf die künftige Verfolgung eines Straftäters ausgerichtet²⁰. Im Falle der dauerhaften Speicherung auch der Pre-Recording-Vorabaufnahme kann folglich nicht mehr von einem bloßen

¹⁵ S. 4: „Ferner werden Videoaufnahmen der Bodycam als zusätzliches Beweismittel in Strafverfahren gewertet und könnten somit eine Beweislage erhärten sowie die Objektivität der Beweisführung fördern“ (detaillierte Ausführungen hierzu aus Sicht der befragten Richter siehe S. 43 ff. im Abschlussbericht). Festgestellt wurde auch, dass das Vorhandensein der Bodycam (aufgrund höherer Erfolgsaussicht?) das Stellen Strafanzeigen wegen Widerstandshandlungen oder Beleidigungen seitens der Polizei befördert (siehe S. 56).

¹⁶ VGH BW, NVwZ 2004, 498, 499 (zu § 21 PolG BW a.F.); dagegen Zöller, NVwZ 2005, 1235, 1239; krit. auch Schnabel, NVwZ 2010, 1457, 1459.

¹⁷ VGH BW, a. a. O.

¹⁸ BVerfG NJW 2019, 827, 831 (Rn. 68).

¹⁹ Martin/Nink/Wenzel, NVwZ-Extra 24/2016, 1, 8 f.

²⁰ BVerfG NZV 2019, 182, 187 (Rn. 69).

„repressiven Nebenzweck“ im Sinne der zitierten VGH-Entscheidung ausgegangen werden. Die Repression ist insoweit - wenn nicht sogar der alleinige - so jedenfalls der Hauptzweck der Speicherung²¹.

2. Abschließende Bundesregelung?

Steht im Falle der Vorabaufnahme also die Beschaffung von Datenmaterial zu repressiven Zwecken im Vordergrund (Beweissammlung, Beweissicherung), gehört der Regelungsgegenstand in den Bereich von Strafverfolgung und/oder Strafverfolgungsvorsorge²², welcher der konkurrierenden Bundeskompetenz aus Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG (Sachgebiet „gerichtliches Verfahren“) unterfällt.

Für die verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit der Regelung entscheidend ist daher, inwieweit der Bundesgesetzgeber im Anwendungsbereich Bereich des § 33a Abs. 1 und 2 PAG-E von seiner Kompetenz zur Regelung des „gerichtlichen Verfahrens“ in abschließender und damit Sperrwirkung für die Länder entfaltender Weise Gebrauch gemacht hat. Denn die Länder sind im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung nach Art. 72 Abs. 1 GG von der Gesetzgebung ausgeschlossen, solange und soweit der Bund seine Gesetzgebungszuständigkeit ausgeschöpft hat.

Inwieweit bundesgesetzliche Regelungen erschöpfend sind, ist anhand der einschlägigen Bestimmungen des jeweiligen Sachbereichs festzustellen.²³ Dabei ist zu beachten, dass der Bund von seiner Kompetenz nicht nur dadurch Gebrauch machen kann, dass er eine Regelung trifft; vielmehr kann auch das „absichtsvolle Unterlassen“ einer Regelung Sperrwirkung für die Länder erzeugen.²⁴ Zu einem erkennbar gewordenen Willen des Bundesgesetzgebers, zusätzliche Regelungen auszuschließen, darf sich ein Landesgesetzgeber nicht in Widerspruch setzen, auch wenn das Bundesgesetz für unzureichend gehalten wird.²⁵

a) Strafverfolgung oder Strafverfolgungsvorsorge?

Klärungsbedürftig ist zunächst die Frage, ob die dauerhafte Speicherung der Vorabaufnahme überhaupt noch dem Bereich der Strafverfolgungsvorsorge und nicht schon dem der Strafverfolgung im engeren Sinne zuzurechnen ist. Denn letzteren Falles ist in Gestalt der StPO ohne jeden Zweifel von

²¹ Ebenso der Landesdatenschutzbeauftragte Baden-Württemberg („*Vermutung, dass das Pre-Recording in Wahrheit vor allem auf die Beweissicherung für nachfolgende Strafverfahren zielt*“), Stellungnahme zum Gesetzentwurf, LT-Drs. 16/580, S. 12.

²² BVerfG NJW 2005, 2603, 2605 ff.; VGH BW, NVwZ-RR 2015, 26.

²³ BVerfG NJW 2005, 2603, 2606; BVerfGE 109, 190, 229.

²⁴ BVerfGE 32, 319, 327 f.; BVerfGE 98, 265, 300.

²⁵ BVerfGE 98, 265, 300; BVerfGE 109, 190, 230.

einer abschließenden Bundesregelung auszugehen; hinsichtlich der bei Bestehen eines Anfangsverdachts iSd § 152 StPO einsetzenden Strafverfolgung normiert die StPO die polizeilichen Befugnisse gem. § 6 EGStPO (Kodifikationsprinzip) in abschließender Weise.²⁶ Dass der Landesgesetzgeber nicht befugt ist, für seine Polizei explizit strafprozessuale Ermittlungsbefugnisse zu schaffen, ist unstrittig.²⁷

Die Annahme, dass sich der Gesetzentwurf in § 33a Abs. 1 und 2 PAG-E mit der nachträglichen Speicherung der Pre-Recording-Aufnahme eine Technik zu Nutze macht, die letztlich der gezielten Beweismittelbeschaffung zu einem Zeitpunkt dient, zu dem bereits der Anfangsverdacht einer Straftat im Raum steht, ist keinesfalls abwegig. Denn die nachträgliche Speicherung der Vorabaufnahme wird nicht selten zu einem Zeitpunkt erfolgen, zu dem Straftaten – bspw. in Gestalt beleidigender Äußerungen gegenüber den die Kamera einsetzenden Polizeibeamten oder auch Widerstandshandlungen – als Vorstufe eines möglichen Körperverletzungsdelikts schon begonnen oder bereits stattgefunden haben. Die Definition des BVerfG von Maßnahmen der Strafverfolgungsvorsorge als *„Maßnahmen, die auf die Verfolgung noch nicht begangener, sondern in ungewisser Zukunft möglicherweise bevorstehender Straftaten zielen“*²⁸, trifft auf die Speicherung der Vorabaufnahme nur noch schwerlich zu. Wird die Bodycam aber schon zu Beginn oder im Verlaufe eines Einsatzes bei Vorliegen des Anfangsverdachts einer Straftat aus Gründen der Beweissicherung genutzt, kann dies ab dem Moment des Anfangsverdachts nur noch nach Maßgabe der StPO zulässig sein.²⁹

Unterstellt, der Kameraeinsatz dient im Schwerpunkt (noch) der Strafverfolgungsvorsorge, ist die Frage nach der Existenz einer abschließenden Bundesregelung nicht gleichermaßen eindeutig. Die Regelungen des Bundes sind hier nicht in einer der Strafverfolgung im engeren Sinne vergleichbaren Weise „dicht“, da auf dem Gebiet der Strafverfolgungsvorsorge kein allgemeiner abschließender Regelung-Kodex existiert. Anders ist dies jedoch zu sehen, soweit im Einzelfall explizite Bundesermächtigungen zur Strafverfolgungsvorsorge wie bspw. §§ 81 b Alt. 2 StPO, 81 g StPO oder 484 StPO vorhanden sind.³⁰ Gleiches kann für StPO-Ermächtigungen gelten, welche die Verfolgungsvorsorge jedenfalls mit einschließen oder als Absage an ergänzende, explizit

²⁶ BVerwG NVwZ 2012, 757, 760 (Rn. 35).

²⁷ S. etwa *Schenke/Schenke*, in: Steiner (Hrsg.) *Besonderes Verwaltungsrecht*, 8. Aufl. 2006, Rn. 225; *Fischer*, VBilBW 2002, 89, 90.

²⁸ BVerfG NJW 2019, 827, 831 (Rn. 68).

²⁹ BeckOK PolR NRW/Arzt, 17. Ed. 1.3.2021, § 15c Rn. 60.

³⁰ BVerwG, NVwZ 2012, 757, 760.

strafverfolgungsvorsorgende Vorschriften zu verstehen sind („absichtsvolle Nichtregelung“) und damit ergänzende landespolizeigesetzliche Ermächtigungsgrundlagen ausschließen (wollen).

Für die Ermächtigung des § 33a PAG-E ist insoweit zu differenzieren zwischen dem Einsatz der Bodycam im öffentlichen Raum (Abs. 1) und dem Einsatz in einer Wohnung (Abs. 2).

b) Einsatz im öffentlichen Raum (§ 33a Abs. 1 PAG-E)

Die Begründung zum Gesetzentwurf setzt sich mit der Frage der Existenz einer für den Einsatz der Bodycam an öffentlich zugänglichen Orten eventuell vorhandenen, Sperrwirkung entfaltende Bundesregelung nicht auseinander. Lediglich im Abschlussbericht der Universität Jena zum Pilotprojekt II wird diese Problematik unter Hinweis auf die Existenz des § 100h StPO zumindest in knapper Form erwähnt.³¹

Zwar hat das BVerwG im „Reeperbahn“-Urteil entschieden, dass die Länder nicht gehindert sind, jenseits der §§ 81b, 100 h und 100 f StPO landesrechtliche Regelungen zur Strafverfolgungsvorsorge zu treffen; als Argument für das Fehlen einer abschließenden Bundesregelung in Bezug auf den Einsatz von Körperkameras ist die Reeperbahn-Entscheidung gleichwohl nur bedingt tauglich.³² Denn in diesem Urteil ging es – anders als beim Pre-Recording – um den Fall anlassloser, dauernder Überwachung von Kriminalitätsschwerpunkten durch stationäre Kameras und nicht um einen punktuellen, anlassbezogenen Kameraeinsatz.³³ Auf der Basis des § 100 h Abs. 1 StPO zulässig sind im Übrigen bezeichnenderweise nur Bild-, nicht aber auch Tonaufnahmen;³⁴ da eine für den Landesgesetzgeber Sperrwirkung entfaltende Bundesregelung auch in Gestalt einer „absichtsvollen Nicht-Regelung“ vorhanden sein kann,³⁵ bestünde für den Landesgesetzgeber vor diesem Hintergrund Veranlassung, sich genauer mit der Frage einer eventuell bestehenden abschließenden Bundesregelung auseinanderzusetzen. So hat bspw. der VGH BW 2014 die Existenz einer abschließenden Bundesregelung jedenfalls für die Anfertigung verdeckter Bild- und Tonaufnahmen ausdrücklich bejaht.³⁶ In Erwägung zu ziehen ist

³¹ Kruse/Kaufmann/Schweinberger, Abschlussbericht der Universität Jena, S. 14 f.

³² BVerwG, NVwZ 2012, 757, 761 m. Bspr. Waldhoff, JuS 2013, 94 ff.; zustimmend Kipker/Gärtner, NJW 2015, 296, 297.

³³ Ebenso der Landesdatenschutzbeauftragte Baden-Württemberg, LT-Drs. 16/580, S. 13.

³⁴ Hierauf weisen auch Kruse/Kaufmann/Schweinberger hin, siehe Abschlussbericht der Universität Jena, S. 15.

³⁵ BVerfG NJW 1999, 841; NJW 2005, 2603; sehr krit. gegenüber der Annahme einer Landeskompetenz Roggan, NVwZ 2001, 134, 138 f.; Schnabel NVwZ 2010, 1457, 1458 f; zurückhaltend auch der Landesdatenschutzbeauftragte, LT-Drs. 16/580, S. 12 f.

³⁶ VGH BW, NVwZ-RR 2015, 26.

im Fall der Bodycam zudem auch die Generalklausel des § 163 b Abs. 1 StPO.³⁷

c) Einsatz in der Wohnung (§ 33a Abs. 2 PAG-E)

Erst recht gilt dies – sorgfältige Prüfung einer eventuell existierenden Bundesregelung – für die in § 33a Abs. 2 PAG-E vorgesehene Einsatzmöglichkeit der Bodycam in der Wohnung. Für den Einsatz in der Wohnung ist aus dem zitierten Urteil des BVerwG schon deswegen nichts abzuleiten, weil sich dieses Urteil auf die offene Videoüberwachung im öffentlichen Raum und den damit verbundenen Grundrechtseingriff „nur“ in das informationelle Selbstbestimmungsrecht aus Art. 1 Abs. 1 GG iVm Art. 2 Abs. 1 GG bezieht. Der Einsatz technischer Überwachungsmittel in Räumlichkeiten, die dem Wohnungsgrundrecht unterfallen, ist von deutlich höherer Eingriffsintensität und hat mit Blick auf Art. 13 GG die Qualität eines zusätzlichen Grundrechtseingriffs. Der Bodycam-Einsatz bedarf daher in dieser Konstellation einer eigenständigen kompetenzrechtlichen Bewertung.

Mit § 100c StPO existiert eine explizite Bundesregelung für die akustische Wohnraumüberwachung mit technischen Mitteln zu repressiven Zwecken. Technische Mittel zur optischen Überwachung einer Wohnung sind demgegenüber in der StPO nicht zugelassen. Insoweit – Kamera-Einsatz in der Wohnung – handelt es sich um eine absichtsvolle, Sperrwirkung entfaltende Nichtregelung im oben beschriebenen Sinne. Denn der Kameraeinsatz in der Wohnung zu Strafverfolgungszwecken wurde – im Unterschied zur präventiv motivierten Wohnraumüberwachung – 1997 im Gesetzgebungserfahren zur Änderung des Art. 13 GG (Einführung „großer Lauschangriff“) nach kontroverser Diskussion vom verfassungsändernden Gesetzgeber ausdrücklich abgelehnt.³⁸ Es liegt daher nahe, die Möglichkeiten staatlicher Eingriffe in das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung in Gestalt akustischer und(!) optischer Überwachungsmaßnahmen mit technischen Mitteln zu repressiven Zwecken als vom Bundesgesetzgeber in dem den Eingriffsvorbehalt des Art. 13 Abs. 3 GG ausfüllenden § 100c StPO abschließend geregelt zu verstehen.

Die einfachgesetzlich in § 100c StPO normierte Wohnraumüberwachung wird zwar in der Praxis im Unterschied zum Bodycam-Einsatz regelmäßig verdeckt durchgeführt; der Anwendungsbereich der Norm ist aber keineswegs auf heimliche Maßnahmen beschränkt, wie schon der Wortlaut

³⁷ BeckOK PolR NRW/Arzt, 17. Ed. 1.3.2021, § 15c Rn. 60.

³⁸ Vgl. Entwurfsbegründung, BT-Drs. 13/8650, S. 4 (in Bezug auf Art. 13 Abs. 4 betont die Entwurfsbegründung dessen Charakter als „abschließende Spezialregelung“, a.a.O. S. 5).

der Vorschrift deutlich macht (§ 100c Abs. 1 Satz 1 StPO: „**Auch** ohne Wissen des Betroffenen...“). Wenn in der Kommentarliteratur zu § 100c StPO erläutert wird, die Maßnahme sei auch gegen den Willen des Betroffenen möglich, „wenn er den Einsatz bemerkt hat“³⁹, spricht dies ebenfalls für ein solches Verständnis der Norm⁴⁰. Und nicht zuletzt ist auch der dem § 100c StPO zugrundeliegende Eingriffsvorbehalt des Art. 13 Abs. 3 GG insoweit offen formuliert und enthält keine Beschränkung auf heimliche Maßnahmen. Es kann daher nicht angenommen werden, dass der Landesgesetzgeber nach Art. 72 Abs. 1 GG ermächtigt wäre, über eine von ihm geschaffene Rechtsgrundlage neben und über 100c StPO hinaus zu repressiven Zwecken mit technischen Mittel – sei es offen, oder verdeckt – in die räumlich geschützte Privatsphäre einzugreifen. Art. 13 Abs. 3 GG spricht sehr dafür, dass jedenfalls der Einsatz einer Kamera in der Wohnung gegen den Willen des Wohnungsinhabers zu Zwecken der Strafverfolgung – offen oder verdeckt – generell unzulässig und die Möglichkeit von Tonaufnahmen durch § 100c StPO abschließend normiert ist. Soweit deshalb im Rahmen des § 33a Abs. 2 Satz 1 repressive Motive eine Rolle spielen, die nicht mehr als bloßer „Nebenzweck“ einer Gefahrenabwehrmaßnahme erklärt werden können (s. o.), sondern – wenn nicht schon der Strafverfolgung im engeren Sinne – jedenfalls der Strafverfolgungsvorsorge zuzuordnen sind, ist die Befugnis des § 33a Abs. 2 PAG-E kompetenz- und damit verfassungswidrig.

Zumindest für den Einsatz in der Wohnung sollte daher dem Beispiel Bayerns⁴¹ folgend schon auf Grund fehlender Gesetzgebungskompetenz des Landes auf die Pre-Recording-Funktion verzichtet werden.

III. Schrankenregime des Art. 13 GG

Eine zweite, im Ergebnis zur Gänze zur Verfassungswidrigkeit des § 33a Abs. 2 PAG-E (Einsatz der Bodycam in Wohnungen) führende Problematik bildet das Schrankenregime des Art. 13 GG.

Die Erkenntnis, dass dem Einsatz einer Bodycam Eingriffsqualität zukommt, ohne dass es darauf ankäme, ob erhobene Daten früher oder später,

³⁹ KK-StPO/Bruns, § 100c StPO, Rn. 5.

⁴⁰ Zudem deutet die Gesetzesbegründung zu § 100c StPO (BT-Drs. 15/4533, S. 26) darauf hin, dass es dem gesetzgeberischen Willen entspricht, § 100c StPO auch dann anzuwenden, wenn Wohnungsinhaber und Bewohner mit der Maßnahme einverstanden sind (a.A. – „nur heimliche Maßnahmen“ – ohne Begründung Sitzberger, Die Polizei 2017, 211, 214).

⁴¹ In Bayern ist Pre-Recording gem. Art. 33 Abs. 4 Satz 4 BayPAG in der Wohnung ausdrücklich unzulässig. In Rheinland-Pfalz (§ 27a Abs. 3 POG), Hamburg (§ 18 Abs. 5 PolDVG) und NRW (§ 15c PolG) ist das Pre-Recording insgesamt unzulässig.

automatisch oder manuell wieder gelöscht werden, darf seit den Beschlüssen des BVerfG von 2019 zur automatischen Kennzeichenerfassung⁴² als gesichert gelten.⁴³ Auch dass der Einsatz der Bodycam in der Wohnung als eigenständiger (zusätzlicher) Eingriff in das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung zu werten und nicht etwa vom Recht auf Betreten mit abgedeckt ist⁴⁴, dürfte heute nicht mehr ernsthaft bestritten werden⁴⁵. Ein solcher Eingriff kann folglich verfassungsrechtlich nur im Rahmen der Gesetzesvorbehalte des Art. 13 Abs. 2 – 7 GG zulässig sein.

1. Art. 13 Abs. 5 GG

Ausweislich der Begründung zu § 33a PAG-E soll der geplante Wohnungseinsatz der Körperkamera durch die Schranke des Art. 13 Abs. 5 GG legitimiert sein („in Übereinstimmung mit Art. 13 Absatz 5 Grundgesetz...“)⁴⁶.

Diese Feststellung ist unter zweierlei Gesichtspunkten unzutreffend:

a) Zum einen lässt Art. 13 Abs. 5 Satz 1 GG den präventiven Kamera-Einsatz in der Wohnung zwar unter gelockerten formellen Voraussetzungen zu (kein Richtervorbehalt); dies allerdings nur, wenn der Einsatz **„ausschließlich zum Schutz der am Einsatz in einer Wohnung tätigen Personen“** erfolgt. In diesem Fall ist eine vorherige richterliche Entscheidung nicht verlangt. § 33a Abs. 2 Satz 1 PAG-E sieht den Bodycam-Einsatz jedoch nicht ausschließlich zum Schutz von Polizeibeamten oder sonstigen am Einsatz beteiligten Personen vor, sondern ohne jede Einschränkung zum Schutz *„eines Polizeibeamten oder eines Dritten“*. Die Regelung zielt also ausdrücklich über den Kreis der am Einsatz beteiligten Personen hinaus und bezieht Dritte, bspw. die im Kontext häuslicher Gewalt gefährdeten Personen mit ein. Dies mag sachdienlich sein, geht aber klar über das hinaus, was eine auf Basis des Schrankenvorbehalts des Art. 13 Abs. 5 GG gestützte Regelung verfassungsrechtlich zulässt. Durchgreifende

⁴² BVerfG NJW 2019, 827 ff. und 842 ff.

⁴³ Schon früher ausführlich zu Eingriffsqualität und – Intensität der Bodycam's. Zöller, Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr, S. 62 ff.

⁴⁴ Ruthig GSZ 2018, 12,14; BVerfG NJW 2004, 999, 1005; siehe auch BVerfG NJW 2018, 2185 (Rn. 22): Ermächtigt ein Gesetz zum Betreten der Wohnung, nicht aber dazu, in der Wohnung bestimmte Handlungen vorzunehmen, ist selbst der im Verweilen zwecks Handlungsvornahme zu sehende Eingriff nicht gerechtfertigt.

⁴⁵ a.A. noch Sitzberger, Die Polizei 2017, 211, 213. Auch im Verfahren zur Einführung der Parallelnorm in Bayern (Art. 33 Abs. 4 BayPAG) wurde 2018 noch auf die Entwurfsbegründung zur Einführung des § 15c PolG NRW im Jahre 2016 Bezug genommen, in der dem Bodycam-Einsatz in der Wohnung die Qualität eines eigenständigen, über das Betreten der Wohnung hinausgehenden Grundrechtseingriffs abgesprochen bzw. dieser zumindest relativiert wurde, s. Bayerischer Landtag, Drs. 17/20425, S. 51 f. bzw. Landtag NRW, Drs.16/12361, S. 14.

⁴⁶ LT-Drs. 7/2792, S. 6.

Bedenken entsprechender Art gelten im Kontext des Art. 13 Abs. 5 GG auch für die über den Eigensicherungsgedanken hinausweisenden Schutzgüter Freiheit und Eigentum. Denn die Verfolgung weiterer, sonstiger Zwecke lässt sich über Art. 13 Abs. 5 GG nicht legitimieren.⁴⁷ Gerade die Verfolgung weiterer Zwecke aber stellt in der polizeilichen Praxis die typische Situation eines Bodycam-Einsatzes dar. Denn Polizeibeamte werden sich regelmäßig aus konkretem Grund – typischerweise zur Verhütung oder Aufklärung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten – in eine Wohnung begeben, bspw. weil sie zu einem Streit im familiären Bereich oder einem Nachbarstreit gerufen werden.

b) Zum anderen verlangt Art. 13 Abs. 5 Satz 2 GG eine nachträgliche richterliche Entscheidung ausdrücklich sowohl im Falle präventiver wie repressiver Verwertung von über Art. 13 Abs. 5 Satz 1 GG erlangter Erkenntnisse („...nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr...“); § 33a Abs. 6 Satz 1 PAG-E sieht eine richterliche Entscheidung nur für den Fall einer Verwendung zur Gefahrenabwehr vor.

Dieses Defizit wird auch nicht durch die Lösungsregelung des § 33a Abs. 4 PAG-E kompensiert, da die dort zugelassene weitere Verwendung erlangter Wohnungsdaten zu auch strafprozessualen Zwecken nicht an eine vorherige richterliche Entscheidung gebunden wird, sondern Satz 3 lediglich auf den insoweit hinter den Anforderungen des Art. 13 Abs. 5 Satz 2 GG zurückbleibenden § 33a Abs. 6 PAG-E verweist.

2. Sonstige Schrankenvorbehalte des Art. 13 GG

§ 33a Abs. 2 PAG-E ist verfassungsrechtlich auch über keinen der sonstigen Schrankenvorbehalte des Art. 13 GG zu rechtfertigen.

a) Art. 13 Abs. 7 GG

Art. 13 Abs. 7 GG⁴⁸ kommt schon seinem Wortlaut nach („Eingriffe und Beschränkungen...im Übrigen...“) als Basis der Neuregelung nur in Betracht, soweit es sich dabei nicht um eine Eingriffsart handelt, die bereits einem der Schrankenvorbehalte der Absätze 2-5 unterfällt. Es dürfte also beim Bodycam-Einsatz der Sache nach weder um Durchsuchung noch um technische Wohnraumüberwachung zur Strafverfolgung noch um präventive technische Wohnraumüberwachung oder präventive technische

⁴⁷ Kühne, in: Sachs (Hrsg.), GG, Art. 13 Rn. 47; Hofmann, in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, GG, Art. 13 Rn. 35; Jarass/Pieroth, GG, Art. 13 Rn. 32; Papler, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 107; Löffelmann, BayVBl. 2019, 121, 126.

⁴⁸ „Auffangtatbestand“, BeckOK GG/Kluckert, 46. Ed. 15.2.2021, Art. 13 Rn. 24; Kunig, in: v.Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 57; Papler, in: Manz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 117; Kühne, in: Sachs (Hrsg.), GG, Art. 13, Rn. 46; Hermes, in: Dreier (Hrsg.), GG, Art. 13, Rn. 110; Jarass/Pieroth, GG, Art. 13 Rn. 34.

Wohnraumüberwachung ermittelnder Amtsträger gehen. Mit § 33a Abs. 2 POG-E wird aber gerade eine Regelung vorgeschlagen, die – jedenfalls nach Auffassung der Entwurfsverfasser – im Schwerpunkt der Gefahrenabwehr in Wohnungen mit Hilfe technischer Mittel dient. Denn Bodycams sind zweifelsohne technische Mittel zur Erzeugung von Bild- und Tonaufnahmen. Beim Einsatz in der Wohnung sind sie als technische Mittel der optischen und akustischen Überwachung im Sinne des Art. 13 Abs. 3, 4 und 5 GG zu qualifizieren⁴⁹. Mittels Kamera und Mikrofon werden dabei Personen, Gegenstände, Gespräche und Vorgänge etc. aufgezeichnet, d.h., es wird das Geschehen in einer Wohnung in Bild und Ton festgehalten, welches der durch Art. 13 Abs. 1 GG geschützten räumlichen Privatsphäre zuzuordnen ist.

Die verfassungsrechtlich zulässigen Möglichkeiten für den Einsatz technischer Mittel zur Überwachung von Wohnungen aber sind für Zwecke der Strafverfolgung in Art. 13 Abs. 3 GG und für Zwecke der Gefahrenabwehr in den Abs. 4 und 5 des Art. 13 GG abschließend normiert. Dass die klassische, auf Art. 13 Abs. 3, 4 oder 5 GG basierende Wohnraumüberwachung im Unterschied zum Bodycam-Einsatz typischerweise verdeckt und nicht offen erfolgt, ändert nichts an diesem Befund: Heimlichkeit ist schon dem Wortlaut nach keine Voraussetzung des Einsatzes technischer Mittel im Sinne des Art. 13 Abs. 3, 4 und 5 GG; zudem war eine derartige Beschränkung auch vom verfassungsändernden Gesetzgeber 1997 weder intendiert noch wurde sie damals mit einer solchen Restriktion umgesetzt⁵⁰. Der Auffangtatbestand des Art. 13 Abs. 7 GG scheidet daher im Ergebnis als Grundlage für den Bodycam-Einsatz in der Wohnung aus.⁵¹

b) Art. 13 Abs. 3 GG

Art. 13 Abs. 3 GG scheidet als Eingriffsbasis ebenfalls aus, da dieser Eingriffsvorbehalt zum einen nur repressiv motivierte Maßnahmen zulässt, für die das Land schon keine Gesetzgebungskompetenz hat (s. o.), zum anderen, weil danach nur Mittel für die akustische, nicht aber – wie in § 33a

⁴⁹ Ruthig GSZ 2018, 12, 14.

⁵⁰ Ruthig GSZ 2018, 12, 14; ebenso der bayrische Datenschutzbeauftragte, Tätigkeitsbericht 2018 unter Punkt 4.1.1 (abrufbar unter <https://www.datenschutz-bayern.de/tbs/tb28/k4.html>).

⁵¹ Zöller, Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr, S. 74; Schmidt, Polizeiliche Videoüberwachung durch den Einsatz von Bodycams, S. 439; Guckelberger DVBl 2017, 1121, 1128; Petri, Stellungnahme zum Gesetz zur Neuordnung des bayrischen Polizeirechts v. 21. 12. 2017, S. 27; Löffelmann, Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Gesetz zur Neuordnung des bayrischen Polizeirechts v. 30.1.2018, S. 27; aA – freilich ohne nähere Begründung – Sitzberger, Die Polizei 2017, 211, 214; Ziebart, Die Polizei 2017, 76, 77; Pöhl, VBIBW 2021, 45, 51 f.

Abs. 2 PAG-E vorgesehen – auch Mittel für die optische Überwachung zugelassen sind.

c) Art. 13 Abs. 4 GG

Art. 13 Abs. 4 GG lässt präventiv motivierte Eingriffe zur Abwehr „*dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr*“ zu, verlangt aber vor Einsatz der technischen Mittel zum Schutz der genannten Rechtsgüter im Grundsatz eine richterliche Anordnung, die nur ausnahmsweise bei Gefahr im Verzug verzichtbar und gegebenenfalls „*unverzüglich*“ nachzuholen ist.

aa) Einbeziehung weiterer Schutzgüter

Unproblematisch dürfte sein, dass § 33a Abs. 2 Satz 1 PAG-E tatbestandlich neben dem Rechtsgut „Leben“ auch Gefahren „nur“ für Leib und Freiheit einer Person benennt; denn die Formulierung „insbesondere“ in Art. 13 Abs. 4 GG macht deutlich, dass das Schutzgut Leben hier nur beispielhaft benannt ist. In Betracht kommen mithin auch weitere Schutzgüter der öffentlichen Sicherheit, soweit sie dem qualifizierten Rechtsgüterschutz gerecht werden, der mit dem gleichzeitigen Erfordernis der „dringenden Gefahr“ verbunden ist. Für das Vorliegen einer dringenden Gefahr ist nach der Rechtsprechung der Obergerichte zunächst darauf abzustellen, ob das konkret gefährdete Rechtsgut ein wichtiges bzw. hochwertiges ist⁵². Während vom BVerfG zusätzlich noch auf das dem hochrangigen Rechtsgut jeweils drohende Schadensausmaß und die Schadenswahrscheinlichkeit abgestellt wird⁵³, lässt das BVerwG eine unter Berücksichtigung der „*jedesto-Formel*“ zu ermittelnde „hinreichende Wahrscheinlichkeit“⁵⁴ der Schädigung des bedrohten wichtigen Rechtsguts ausreichen.

Die in § 33a Abs. 2 Satz 1 PAG-E neben der Lebens- zusätzlich genannte Leibes- und Freiheitsgefahr wird dem Erfordernis eines hochrangigen gefährdeten Rechtsguts sicher gerecht. Mit Blick auf das Kriterium „Schadensausmaß“ ist allerdings anzumerken, dass nicht schon jedwede zu befürchtende „einfache“ Körperverletzung ausreichen dürfte, um eine dringende Leibesgefahr iSd Art. 13 Abs. 4 Satz 1 GG bejahen zu können. Wegen der Vergleichbarkeit mit der Lebensgefahr ist für die Bestimmung des Kreises der tauglichen Schutzgüter vielmehr eine restriktive Auslegung geboten. Um § 33a Abs. 2 Satz 1 PAG-E daher mit dem in Art. 13 Abs. 4 GG verlangten qualifizierten Rechtsgüterschutz in Einklang zu bringen, wäre

⁵² BVerwG NJW 1975, 130, 132; BVerfG NJW 2016, 1781, 1792 (Rn. 184); BVerfGE 130, 1, 32.

⁵³ BVerfG NJW 2016, 1781, 1792 (Rn. 184); BVerfGE 130, 1, 32.

⁵⁴ BVerwG NJW 1975, 130, 132.

im konkreten Anwendungsfall eine Leibesgefahr zu verlangen, die jedenfalls über Körperverletzungen einfacher Art hinausweist.⁵⁵

Im Ergebnis abzulehnen ist der in Art. 13 Abs. 4 GG verfassungsrechtlich geforderte, qualifizierte Rechtsgüterschutz hingegen in Bezug auf das Schutzgut Eigentum. Denn Gefahren für Sachgüter können Überwachungsmaßnahmen nach der Rechtsprechung des BVerfG nur im Falle einer gemeinen Gefahr rechtfertigen.⁵⁶ Ohne eine solchermaßen gesteigerte Gefahrenlage ist die Vergleichbarkeit mit der in Art. 13 Abs. 4 GG – wenn auch nur beispielhaft – genannten „dringenden“ Gemein- oder Lebensgefahr nicht gegeben.⁵⁷

bb) Richtervorbehalt

Zudem entspricht die geplante Regelung zweifelsohne nicht den Anforderungen des Richtervorbehalts aus Art. 13 Abs. 4 Satz 1 GG. Denn § 33a PAG-E sieht in Abs. 6 Satz 1 (gegebenenfalls iVm Abs. 4 Satz 4) eine richterliche Entscheidung erst für die „Verwertung“ der nach § 33a Abs. 2 PAG-E „erlangten Erkenntnisse“, d.h., erst für die weitere Verarbeitung der bereits erhobenen Daten, bspw. deren längerfristige Speicherung und nicht bereits für deren erstmalige Erhebung und/oder kurzfristige Speicherung (Pre-Recording) vor.

Auch eine – nach Art. 13 Abs. 4 Satz 2 GG grundsätzlich zulässige – Regelung, wonach bei Gefahr im Verzug von der vorherigen richterlichen Entscheidung ausnahmsweise abgesehen werden kann, ist in § 33a PAG-E nicht enthalten (Abs. 6 Satz 2 regelt nur den Fall der Datenverwertung, nicht den der Datenerhebung). Eine solche Regelung wäre im Übrigen auch kaum verfassungskonform zu gestalten, da der verfassungsrechtlich vorgesehene Ausnahmefall in der Bodycam-typischen Einsatzsituation die Regel bilden dürfte und eine entsprechende Gefahr-im-Verzug-Vorschrift das Regel-Ausnahmeverhältnis des verfassungsrechtlichen Richtervorbehalts in der Praxis damit zwangsläufig konterkarieren müsste.

Das Erfordernis einer vorherigen richterlichen Entscheidung wäre auch praxisfremd und wenig sachdienlich, da die Polizei in Bodycam-typischen Einsatz-Situationen – bspw. mit Blick auf Polizeieinsätze in einer Wohnung im Kontext häuslicher Gewalt – rasch handeln muss und nicht erst eine richterliche Entscheidung einholen kann. Gleichwohl kann die fehlende verfassungskonforme Praktikabilität einer solchen Regelung die

⁵⁵ BeckOK GG/Kluckert, 46. Ed. 15.2.2021, Art. 13 Rn. 19a.

⁵⁶ BVerfGE 109, 279, 379.

⁵⁷ BeckOK GG/Kluckert, 46. Ed. 15.2.2021, Art. 13 Rn. 19a.

Missachtung zwingender verfassungsrechtlicher Vorgaben nicht rechtfertigen.⁵⁸

Im Ergebnis bedeutet dies, dass der in § 33a Abs. 2 Satz 1 PAG-E vorgesehene Bodycam-Einsatz in der Wohnung mit Art. 13 GG in seiner aktuellen Fassung nicht vereinbar ist⁵⁹. Das mag man aus polizeilicher Sicht bedauern; der Weg der Bodycam in die Wohnung in der in § 33a Abs. 2 Satz 1 PAG-E vorgesehen Form wird jedoch rechtssicher nur über eine vorherige – auf bundespolitischer Ebene eher nicht mehrheitsfähige – Verfassungsänderung zu ebnen sein.

Stand heute haben unter dem Eindruck die Eingriffsvorbehalte des Art. 13 GG bezeichnender Weise nur fünf Länder (Bayern, Baden-Württemberg, NRW, Saarland und Mecklenburg-Vorpommern) beschlossen, den Einsatz der Bodycam in der Wohnung zuzulassen und dies – anders als in § 33a Abs. 2 Satz 1 PAG-E vorgesehen – mehrheitlich ohne Pre-Recording-Funktion. In allen anderen Bundesländern, die die Bodycam eingeführt haben⁶⁰, wurde deren Einsatz aus gutem Grund auf den öffentlich zugänglichen Raum beschränkt.

IV. Bestimmtheitsgrundsatz

Mit Blick auf den aus dem Rechtsstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 3 GG abzuleitenden Bestimmtheitsgrundsatz und dem Gebot der Normenklarheit bestehen gegen § 33a Abs. 1 und 2 PAG-E Bedenken in mehrerlei Hinsicht.

1. Terminologisches

Orientiert an den Begrifflichkeiten des Art. 3 der JI-Richtlinie 2016/680 für die einzelnen Vorgänge im Prozess der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Polizei, wo klar zwischen „Erheben“ und „Speicherung“

⁵⁸ *Nachbaur*, VBIBW 2021, 55, 62.

⁵⁹ So – Verstoß gegen Art. 13 GG – für die Parallel-Bestimmung des § 15c PolG NRW auch BeckOK PolR NRW/Arzt, 17. Ed. 1.3.2021, § 15c PolG, Rn. 35; *Zöller*, Stellungnahme im Innenausschuss des Landtags von NRW im Rahmen der Anhörung vom 27.09.2016, LT-Drs. 16/4193, S. 9 f.; ders., Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr, S. 74; *Petri*, ZD 2018, 453, 458; *Löffelmann*, BayVBl. 2019, 121, 126; *Nachbaur*, VBIBW 2021, 55, 61 f.; ders., Schriftliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 für die Polizei in Baden-Württemberg und zur Änderung weiterer polizeirechtlicher Vorschriften (Drucksache 16/8484) – im Rahmen der Anhörung v. 14.9.2020, S. 32 f.; Zweifel auch bei *Ogorek*, DÖV 2018, 688, 696.

⁶⁰ Hessen (§ 15 Abs. 6 HSOg), Bremen (§ 29 Abs. 5 BremPolG), Hamburg (§ 18 Abs. 5 PolDVG), Niedersachsen (§ 32 Abs. 4 NPOG), Rheinland-Pfalz (§ 27a Abs. 3 POG), Sachsen (§ 57 Abs. 4 SächsPVDG), Sachsen-Anhalt (§ 16 Abs. 3 SOGLSA), Brandenburg (§ 31a Abs. 2 Satz 2 BbgPolG).

unterschieden wird, ist die Regelung des § 33a Abs. 1 PAG-E ungereimt bzw. handwerklich-sprachlich misslungen:

Nach § 33a Abs. 1 Satz 1 PAG-E soll die Polizei, „...Daten in ihrem Zwischenspeicher kurzzeitig speichern (Vorabaufnahme) und durch offene Anfertigung von Bild- und Tonaufzeichnungen erheben...“ können. Zwischen Datenerhebung und Datenspeicherung ist aber terminologisch zu differenzieren. Jeder – auch der nur kurzzeitigen (genannt Vorabaufnahme oder Pre-Recording) – Speicherung von Daten im Sinne einer Fixierung von Daten auf einem Datenträger muss notwendigerweise zunächst deren Erhebung vorausgehen. Und für den Fall, dass die (erhobenen und kurzfristig gespeicherten) Daten nicht fortlaufend überschrieben werden, wird der Erhebung und kurzfristigen Speicherung typischerweise deren (längerfristige) Speicherung im Sinne der genannten „Anfertigung von Bild- und Tonaufzeichnungen“ folgen.

Systematisch zutreffend und terminologisch klar wäre daher, in § 33a Abs. 1 PAG-E von „Erhebung und kurzfristiger Speicherung von Bild- und Tonaufnahmen im Zwischenspeicher (Vorabaufnahme)“ bzw. von „Erhebung und längerfristiger Speicherung von Bild- und Tonaufnahmen“ zu sprechen.

Zu bemängeln ist zudem, dass (mutmaßlich) identische Vorgänge beim Einsatz der Bodycam in den Absätzen 1 und 2 des § 33a PAG-E ohne erkennbaren Grund ⁶¹ mit unterschiedlichen Begrifflichkeiten umschrieben werden (Abs. 1 Satz 3: „Über die Aufzeichnung entscheidet...“, Abs. 2 Satz 3: „Über die Anfertigung der technischen Aufzeichnungen in Wohnungen... entscheidet...“), ein Umstand, der für die polizeiliche Praxis bei Anwendung der Norm nicht zur Rechtssicherheit beitragen wird.

Die zitierten Regelungen lassen im Übrigen offen, wer über das Pre-Recording, also den Kameraeinsatz ohne (längerfristige) Aufzeichnung entscheidet. Denn das Pre-Recording wird in Abs. 1 als „im Zwischenspeicher kurzzeitiges Speichern (Vorabaufnahme)“ bezeichnet, begrifflich also klar von der (längerfristig gedachten) „Anfertigung von Bild- und Tonaufzeichnungen“ unterschieden. Dies kann nur so verstanden werden, dass sich die Regelungen zur Entscheidungsbefugnis „über die Aufzeichnung“ (Abs. 1 Satz 3) bzw. die „Anfertigung der technischen Aufzeichnungen“ (Abs. 2 Satz 3) nicht auch auf das Pre-Recording beziehen.

⁶¹ Oder sind mit „Aufzeichnung“ in Abs. 1 bzw. „Anfertigung... der Aufzeichnungen“ in Abs. 2 unterschiedliche Vorgänge gemeint?

2. Tatbestandliche Voraussetzungen des § 33a Abs. 1 und 2 PAG-E

a) „Tatbestandsmerkmal „kurzzeitig“

Die Bestimmung der (maximal) zulässigen Dauer der Vorabaufnahme bis zur automatischen Überschreibung bzw. alternativ der längerfristigen Speicherung fällt mit dem Tatbestandsmerkmal „kurzzeitig“ ohne Not sehr unbestimmt aus. Soll – wie vom Unterzeichner aus verfassungsrechtlichen Gründen vorgeschlagen, s.o. – nicht gänzlich auf die Pre-Recording-Funktion verzichtet werden, wäre hier die Benennung eines konkreten zeitlichen Limits vorzugswürdig. Inwiefern eine entsprechende Konkretisierung für die Polizeipraxis nachteilig sein könnte, ist nicht erkennbar.

b) Prognose-Basis

Die tatbestandlichen Voraussetzungen für den Kameraeinsatz im öffentlichen Raum und in Wohnungen sind mit den Formulierungen „nach den Umständen...“ (Abs. 1) bzw. „den konkreten Umständen des Einzelfalles... erforderlich“ (Abs. 2) in einer im Hinblick auf den verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgrundsatz kaum mehr akzeptablen Weise unpräzise gefasst. Mit einer solchermaßen vage formulierten Prognosebasis wird dem Rechtsanwender suggeriert, dass letztlich bereits ein entsprechendes „Bauchgefühl“ den Kameraeinsatz legitimieren könnte.

Der Kameraeinsatz kommt jedoch zwingend nur auf tatsächengestützter Basis in Betracht. Denn Voraussetzung ist nach dem Wortlaut der Vorschrift immer eine (konkrete) Gefahr für bestimmte, ausdrücklich benannte Rechtsgüter. Da eine konkrete Gefahr im polizeirechtlichen Sinne – auch die einfache Gefahr – ausnahmslos eine auf Tatsachen gegründete prognostische Einschätzung über einen künftigen Geschehensablauf verlangt⁶², sind Tatsachen als Basis der von der Polizei anzustellenden Prognose in keinem Fall entbehrlich. Schon im Interesse größtmöglicher Rechtsklarheit und Rechtssicherheit sollte der Gesetzgeber dem Rechtsanwender deshalb die Notwendigkeit einer Tatsachenbasis als Grundlage seiner Entscheidung über den Kameraeinsatz auch durch eine entsprechend ausformulierte Ermächtigungsgrundlage deutlich vor Augen führen.

Vorzugswürdig wäre daher in § 33a Abs. 1 und 2 PAG-E eine Formulierung wie: „...wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dies zum Schutz... erforderlich ist“. Entsprechende tatbestandliche Anforderungen finden sich

⁶² BeckOK PolR BW/Trurnit, 21. Ed. 1.1.2021, § 1 PolG, Rn 19; BeckOK PolR NRW/Arzt, 17. Ed. 1.3.2021, § 15c, Rn. 39.

u.a. in den Parallelbestimmungen der Polizeigesetze von Niedersachsen,⁶³ Nordrhein-Westfalen⁶⁴ und Baden-Württemberg.⁶⁵

V. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz

Auch unter dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit begegnet § 33a PAG-E Bedenken. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die vorgesehene Verbindung von optischer und akustischer Überwachung mittels Bild- und Tonaufnahmen eine deutlich höhere Eingriffsintensität aufweist als eine nur optische oder nur akustische Überwachung. Die Verbindung beider Überwachungsmethoden bedarf unter dem Gesichtspunkt der Angemessenheit besonderer Rechtfertigung⁶⁶, die bspw. im Schutz hochrangiger Rechtsgüter gesehen werden kann. Hiervon kann in Bezug auf das in § 33a PAG-E (auch) genannte Rechtsgut Eigentum jedoch nicht ausgegangen werden. Woraus sich in diesem Fall die besondere Rechtfertigung für die kumulative Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen ergeben könnte, ist nicht erkennbar. Die Kombination von (nicht hochrangigem) Schutzgut Eigentum und hoher Eingriffsintensität infolge gleichzeitiger optischer und akustischer Überwachung ist unangemessen und mit dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht vereinbar.

Wird die Bodycam in der Wohnung eingesetzt, haben aus Gründen der Verhältnismäßigkeit strengere Voraussetzungen als für deren Einsatz im öffentlichen Raum zu gelten. Folgerichtig macht § 33a Abs. 2 Satz 1 PAG-E den Wohnungs-„Einsatz“ der Bodycam und damit sowohl Pre-Recording wie längerfristige Speicherung von in einer Wohnung erhobenen Daten vom Vorliegen einer „gegenwärtigen Gefahr“ abhängig, während im öffentlichen Raum nur eine einfache Gefahr für die jeweiligen Schutzgüter verlangt wird.

Über die in § 33a Abs. 2 PAG-E gegenüber § 33a Abs. 1 PAG-E („nach den Umständen...“) gleichzeitig gesteigerten Anforderungen an die Prognosebasis („nach den konkreten Umständen des Einzelfalls...“) werden die Voraussetzungen für den Wohnungs-Einsatz der Bodycam allerdings nur scheinbar erhöht. Faktisch sind die Einsatzbedingungen dadurch um kein Jota strenger ausgestaltet als beim Einsatz im öffentlichen Raum, da die Einsatzentscheidung immer – auch im Rahmen des § 33a Abs. 1 PAG-E – auf den jeweiligen konkreten Einzelfall bezogen sein muss. Sowohl dem

⁶³ § 32 Abs. 4 NPOG.

⁶⁴ § 15c PoG NRW.

⁶⁵ § 44 Abs. 8 PolG BW (dort nur für den Fall der dauerhaften Speicherung).

⁶⁶ BVerfG NJW 2014, 1781, 1792 (Rn. 185).

Rechtsanwender als auch den Betroffenen werden mit dieser Formulierung irreführenderweise gesteigerte tatbestandliche Anforderungen suggeriert, die tatsächlich nicht verlangt sind.

VI. Kernbereichsschutz

Grundsätzlich positiv zu bewerten ist die Regelung zum Kernbereichsschutz in § 33a Abs. 5 PAG-E, da sie jedenfalls ihrem Wortlaut nach nicht auf den Bodycam-Einsatz in Wohnungen beschränkt ist⁶⁷. Denn Kernbereichsschutz ist nicht notwendigerweise ortsbezogen, sondern inhaltlich-sachlich zu verstehen⁶⁸ und kernbereichsrelevante Situationen können sich auch außerhalb von Wohnungen ergeben.⁶⁹ Im Bereich öffentlich zugänglicher Orte mögen Eingriffe in den Kernbereich privater Lebensführung mittels Bodycam unwahrscheinlicher sein, sie sind dort aber nicht ausgeschlossen. Das BVerfG führt in seiner Entscheidung zum BKA-Gesetz selbst beispielhaft Situationen und Örtlichkeiten an (*„sei es im Auto, sei es abseits in einem Restaurant, sei es zurückgezogen bei einem Spaziergang“*), in bzw. an denen es außerhalb einer Wohnung zu kernbereichsrelevanten Bild- und Tonaufnahmen kommen kann.⁷⁰ Auch andere Situationen sind denkbar, etwa ein höchstpersönliches Streitgespräch zwischen Eheleuten auf der Straße oder ein sich plötzlich von der Straße in eine öffentliche Toilettenanlage verlagerndes Einsatzgeschehen.⁷¹

Zu bemängeln ist die Regelung zum Kernbereichsschutz jedoch wegen ihrer (mutmaßlichen?) Beschränkung auf die *„Aufzeichnung...“*, zumindest aber unter dem Aspekt fehlender Normenklarheit. Denn mit Blick auf und im Vergleich zum Wortlaut des § 33a Abs. 1 PAG-E lässt die Formulierung *„...Aufzeichnung personenbezogener Daten...“* in Abs. 5 darauf schließen, dass die Regelung erst die längerfristige Speicherung und nicht auch schon das *„kurzzeitige Speichern im Zwischenspeicher (Vorabaufnahme)“* verunmöglichen soll. Der verfassungsrechtliche Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung gewährleistet dem Individuum aber einen Bereich höchstpersönlicher Privatheit gegenüber jeder Form von

⁶⁷ Die Begründung zum Gesetzentwurf lässt freilich Zweifel aufkommen, ob dies auch gewollt ist, da hier nur auf den Wohnungseinsatz abgestellt wird, vgl. Drs. 7/2792, S. 6.

⁶⁸ Ausführlich und überzeugend zur (Fehl-)Vorstellung, der Kernbereichsschutz-Auftrag des GG könne auf Wohnungen beschränkt werden, Poscher JZ 2009, 269, 271 ff.

⁶⁹ Dies gilt nicht nur für seltene, außergewöhnliche Ausnahmekonstellationen (nur in diesem Fall bedurfte es keiner eigenständigen gesetzlichen Regelung; Grenzen, die sich aus dem Kernbereichsschutz ergeben, wären dann im konkreten Einzelfall vom Rechtsanwender unmittelbar von Verfassungs wegen zu beachten, siehe dazu BVerfG NJW 2016, 1781, 1787 (Rn. 123).

⁷⁰ BVerfG NJW 2016, 1781, 1792 (Rn. 176)

⁷¹ Weitere Beispiele bei Poscher, JZ 2009, 269, 271 und Ziebarth, Die Polizei 2017, 76, 77.

Überwachung in- und außerhalb von Wohnungen⁷². Er sichert einen dem Staat nicht verfügbaren Menschenwürdekern, weshalb selbst überragende Interessen der Allgemeinheit einen Eingriff in den absolut geschützten Bereich privater Lebensgestaltung nicht rechtfertigen können.⁷³

Um den verfassungsrechtlich gebotenen Kernbereichsschutz beim Einsatz der Bodycam zu gewährleisten, sollte daher die – falls so zu verstehen – Begrenzung des Kernbereichsschutzes in § 33a Abs. 5 PAG-E auf die „Aufzeichnung personenbezogener Daten“ aufgegeben und auf den Einsatz der Bodycam insgesamt erweitert bzw. gegebenenfalls eine weniger missverständliche Formulierung gewählt werden.

VII. Ergebnis/Empfehlung

1. Die Lösungsregelung in § 33a Abs. 4 PAG-E ist mit Blick auf die grundgesetzliche Garantie effektiven Rechtsschutzes in Art. 19 Abs. 4 GG unbefriedigend.

2. Für die Pre-Recording-Funktion der Bodycam fehlt dem Land zumindest in Bezug auf den Einsatz in der Wohnung die Gesetzgebungskompetenz.

3. Die in § 33a Abs. 2 PAG-E vorgesehene Ermächtigung für den Wohnungseinsatz der Bodycam ist mit dem Schrankenregime des Art. 13 GG nicht vereinbar und verstößt daher insgesamt gegen Art. 13 Abs. 1 GG.

4. Die Tatbestandsvoraussetzungen für den Kameraeinsatz sind teilweise (Prognosebasis; Speicherfristen) zu unbestimmt und kollidieren mit dem verfassungsrechtlichen Gebot der Normenklarheit sowie dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit in jedem Falle zu streichen ist das Schutzgut „Eigentum“.

5. Die Regelung zum Kernbereichsschutz in § 33a Abs. 5 PAG-E bedarf der Erweiterung bzw. der Klarstellung.

Zur Vermeidung einer verfassungswidrigen Rechtslage beim Einsatz der Bodycam als polizeiliches Einsatzmittel wird daher empfohlen, die Pre-

⁷² BVerfG NJW 2016, 1781, 1792 (Rn. 176).

⁷³ Ständige Rechtsprechung, BVerfG NJW 2016, 1781, 1787 (Rn.120); BVerfGE 109, 279, 313.

Recording-Funktion in § 33a PAG-E zu streichen und auf die Ermächtigung zum Einsatz der Bodycam in der Wohnung zu verzichten. Ohne vorherige Änderung des Art. 13 GG ist der Wohnungseinsatz der Körperkamera nicht in einer Weise verfassungskonform zu gestalten, die den Anforderungen und Bedürfnissen der polizeilichen Praxis (Rechtssicherheit!) gerecht würde.

Die tatbestandlichen Voraussetzungen für den Kameraeinsatz im öffentlichen Raum sollten zudem konkreter gefasst, die Regelung zum Kernbereichsschutz erweitert (bzw. klargestellt) und die Weiterverarbeitungs- und Löschungsregelung um einen Passus im Sinne eines Löschungsverbots auf Verlangen betroffener Personen ergänzt werden.

B. § 33a PAG-EÄ - Änderungsantrag der Fraktion der FDP

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP ist insgesamt sowohl handwerklich-sprachlich als auch unter dem Aspekt einschlägiger verfassungsrechtlicher Vorgaben als wesentlich besser gelungen zu bezeichnen.

I. Er zeichnet sich im Vergleich zu § 33a PAG-E durch präzisere, den Anforderungen von Bestimmtheit, Verhältnismäßigkeit und dem Gebot der Normenklarheit weit mehr gerecht werdende Formulierungen aus:

- Tatbestandsvoraussetzung „*tatsächliche Anhaltspunkte*“ anstatt „*nach den Umständen...erforderlich*“ (§ 33a Abs. 1 Satz 1 PAG-EÄ)
- konkrete Pre-Recording-Speicherfrist von 30 Sekunden anstatt „*kurzfristig*“ (§ 33a Abs. 4 Satz 2 PAG-EÄ)
- Normierung grundsätzlicher Maximalspeicherfrist von 30 Tagen (§ 33a Abs. 6 Satz 1 PAG-EÄ)
- Löschungsverbot auf Verlangen des Betroffenen (§ 33a Abs. 6 Nr. 2 PAG-EÄ)
- Konsistente Regelung zum Schutz sowohl von Berufsgeheimnisträgern wie Berufshelfern (§ 33a Abs. 2 PAG-EÄ).

Insbesondere aber vermeidet § 33a PAG-EÄ durch die Beschränkung der Bodycam-Einsatzmöglichkeit auf den öffentlich zugänglichen Raum den geschilderten, in der aktuellen verfassungsrechtlichen Konstellation letztlich unlösbaren Konflikt mit Art. 13 GG.

II. Zu kritisieren ist die auch in § 33a Abs. 4 PAG-EÄ enthaltene – wenngleich im Vergleich zu § 33a PAG-E deutlich präzisere – Regelung zur Pre-Recording-Funktion der Bodycam. Hält man die nachträgliche Speichermöglichkeit der 30-Sekunden Pre-Recording-Sequenz aufgrund ihrer primär repressiven Motivation mangels Zuständigkeit des Landesgesetzgebers für generell kompetenzwidrig, sollte dem Beispiel der Mehrheit anderer Bundesländer folgend auch für den Bodycam-Einsatz im öffentlichen Raum darauf verzichtet werden.

III. Verfassungsrechtlich unhaltbar ist allerdings die in § 33a Abs. 1 Satz 1 PAG-Ä (scheinbar) formulierte Möglichkeit, die Bodycam quasi alternativ nicht nur zur Gefahrenabwehr, sondern nach Satz 1 Nr. 2 lit. a und b pauschal auch „zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten...“ einzusetzen. Der Gesetzestext erweckt in dieser Fassung den unzutreffenden Eindruck, die Körperkamera könne auch als genuines Mittel der Strafverfolgung zum Einsatz kommen. Ohne klarstellende Beschränkung in der Gesetzesformulierung – wie etwa in § 33a Abs. 1 PAG-E vorgesehen –, dass der Kameraeinsatz zwar auch im Rahmen der Durchführung strafprozessualer Ermittlungsmaßnahmen, aber auch in diesem Kontext nur mit präventiver Zielrichtung in Betracht kommt, ist die Entwurfsfassung kompetenzwidrig. Zwingende Voraussetzung des Kamera-Einsatzes muss auch in der Tatbestandsvariante des § 33a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 PAG-EÄ die Abwehr einer Gefahr sein. Die tatbestandlichen Voraussetzungen müssen vergleichbar dem Fall der Eigensicherungsdurchsuchung im Kontext einer Personenkontrolle ausgestaltet sein, die immer auf präventivgesetzlicher Grundlage erfolgen kann unabhängig davon, ob der Zweck der Personenkontrolle präventiver oder repressiver Natur ist.⁷⁴

C. Fragenkatalog des Innen- und Kommunalausschusses

Die Beantwortung der **Fragen Nr. 1 und 5** ergibt sich aus den Ausführungen zum Entwurf des § 33a PAG-E.

Frage 2:

Zumindest der Wohnungseinsatz von Bodycams dürfte – ungeachtet seiner Unvereinbarkeit mit dem Schrankenregime des Art. 13 GG, s.o. – auch aus Verhältnismäßigkeitsgründen verfassungswidrig sein. Der Nutzen des Einsatzes von Bodycams in Wohnungen wird in der rechtspolitischen Diskussion erheblich überschätzt, weshalb schon dessen Geeignetheit und

⁷⁴ BeckOK PolR BW/ Nachbaur, 21. Ed. 1.1.2021, § 29 Rn. 36.

Erforderlichkeit zu bezweifeln sind. Erst recht lässt die Abwägung der betroffenen Interessen den Einsatz in der räumlich besonders geschützten Privatsphäre unangemessen erscheinen.

Frage 3 und 4:

Die dem Unterzeichner bekannten Untersuchungen zur Frage einer potentiell deeskalierenden Wirkung der Bodycam zeigen im Ergebnis kein einheitliches Bild.

Eindeutig scheint lediglich die Erkenntnis zu sein, dass die Körperkamera jedenfalls in Bezug auf betrunkene oder anderweitig in einem psychischen Ausnahmezustand befindliche Personen keinerlei positiven Effekte zeitigt, sondern ganz im Gegenteil – sofern die Kamera durch entsprechend eingeschränkte Personen überhaupt noch bemerkt oder zur Kenntnis genommen wird – eher negative Reaktionen (Aggressivität) hervorruft.

Auch in Bezug auf den Einsatz in der Wohnung scheint die Körperkamera durchaus eskalierendes Potential zu haben, weil betroffene Personen sich in besonderer Weise „angefasst“ fühlen, wenn sie in den eigenen vier Wänden gefilmt werden.

Villingen-Schwenningen, 9.6.2021

15.15.2021

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/2792 -

dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP

- Vorlage 7/1993 -

1. Haben Sie sich als **Vertreter einer juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
AMNESTY INTERNATIONAL	e.V.
Geschäfts- oder Dienstadresse	ZIMMERTALER STR. 8 10115 BERLIN
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	l.o.
Postleitzahl, Ort	l.o.

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	AMNESTY INTERNATIONAL SETZT SICH FÜR DIE SELTUNG DER MENSCHENRECHTE EIN.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- ES ERSCHEINT ZWEIFELHAFT, DASS DIE GEHALT GEGEN DIE POLIZEI TATSÄCHLICH ZUNIMMT. - DIE PROXYMAS SIND NUR EINGEGEHRNAT GEEIGNET GEGEN DIE POLIZEI ZU VERHINDERN, LERN ÜBERHAUPT. - DER ENTLAUF THEET DESRUPENSILVERIES, MUH ADER NACHGEDEHRT WERDEN. INSBESONDERE MÜHON AUCH OSTER VON POLIZEISENATEI VON DEN NACHNACHEN PROFILIEREN.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldoG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>COSTAR, 10.08.2021</i>	

14635/2021

STELLUNGNAHME ZUM GESETZENTWURF „GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES POLIZEIAUFGABENGESETZES – OFFENER EINSATZ MOBILER BILDAUFNAHME- UND TONAUFZEICHNUNGSGERÄTE“ – DRUCKSACHE 7/2792

Sprecher Themenkoordinationsgruppe Polizei und Menschenrechte

Berlin, 07. Juni 2021

INHALTSVERZEICHNIS

I. ZUSAMMENFASSUNG.....	2
II. ALLGEMEINE ERWÄGUNGEN.....	2
1. ANNAHME ZUNEHMENDER GEWALT GEGEN POLIZIST_INNEN.....	2
2. DEBATTE UM BODYCAM.....	3
III. MENSCHENRECHTLICHE ERWÄGUNGEN ZUR BODYCAM.....	3
IV. WISSENSCHAFTLICHER BEFUND.....	4
1. ALLGEMEIN.....	4
2. IN THÜRINGEN DURCHGEFÜHRTE STUDIE.....	5
V. ANFORDERUNGEN AN DIE RECHTSGRUNDLAGE FÜR DEN EINSATZ VON BODYCAMS DURCH DIE POLIZEI....	6
1. VERHÄLTNISSÄSSIGKEIT: ZU WEIT GEFASSTE EINGRIFFSVORAUSSETZUNGEN.....	6
2. KEIN AUSREICHENDER DATENSCHUTZ UND FEHLENDES PRE-RECORDING.....	7
3. ERKENNBARKEIT DER MASSNAHME FÜR BETROFFENE.....	7
4. LÖSCHPFLICHT UND AUSWERTUNGSPFLICHT DER POLIZEI.....	7
VI. BODYCAM UND GESICHTSERKENNUNGS SOFTWARE.....	8
VII. EVALUIERUNGSPFLICHT.....	9



I. ZUSAMMENFASSUNG

Der Einsatz von Bodycams (körpernah getragenen Kameras) durch Polizist_innen führt zu Videoaufnahmen von Personen und damit zu einem Eingriff in das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung.

Amnesty International lehnt die Einführung einer Bodycam durch § 33a ThürPAG-E nicht grundsätzlich ab. Damit dieser Eingriff menschenrechtskonform ist, muss der Einsatz der Bodycam aber verhältnismäßig sein. **Das im Gesetzentwurf erklärte Ziel der Maßnahme, die Angriffe gegen Polizist_innen zu reduzieren, ist für sich genommen legitim und nachvollziehbar.** Allerdings steht aufgrund der sehr unterschiedlichen Ergebnisse wissenschaftlicher Studien in Frage, ob die Bodycam diesen gewünschten Effekt tatsächlich erzielen kann.

Darüber hinaus **muss die Bodycam im Sinne der Rechtsstaatlichkeit gleichermaßen für Polizei und Bürger_innen Transparenz schaffen: Auch Fälle rechtswidriger Gewalt durch Polizist_innen sind eine Realität, die der Gesetzgeber ernst nehmen muss.** Die Polizei sollte daher nicht nach freiem Ermessen entscheiden können, ob sie die Kamera anschaltet oder nicht. Vielmehr muss bei einer Entscheidung für die Bodycam gewährleistet sein, dass – zum Schutz von Polizei und Bürger_innen – ernste Auseinandersetzungen dokumentiert werden. Dafür sollte eine Pflicht der Polizist_innen eingeführt werden, bei der Anwendung von unmittelbarem Zwang die Bodycam einzuschalten.

II. ALLGEMEINE ERWÄGUNGEN

Aus Sicht von Amnesty International ist es im Zusammenhang mit der Debatte um die sogenannten BodyCams wichtig, einige grundsätzliche Einordnungen vorzunehmen. Die öffentlichen Debatten um die BodyCam sind beherrscht von den Vorannahmen, dass die Gewalt gegen Polizeibeamt_innen stetig zunähme und deshalb eine Einführung von BodyCams unerlässlich sei, um Polizeibeamt_innen vor dieser Gewalt zu schützen.

1. ANNAHME ZUNEHMENDER GEWALT GEGEN POLIZIST_INNEN

Es ist grundsätzlich festzuhalten, **dass es keinen repräsentativen, wissenschaftlich-empirischen Nachweis dafür gibt, dass die Gewalt gegen Polizeikräfte stetig zunimmt.**

Zwar kann aus dieser Tatsache nicht geschlossen werden, dass es keine Zunahme von Gewalt gibt, gleichwohl sprechen allgemeine kriminologische Erkenntnisse tendenziell gegen eine solche Entwicklung, da die Gewalt in unserer Gesellschaft aufgrund verschiedener Faktoren, wie bspw. der voranschreitenden Überalterung und auch der zunehmenden Tabuisierung von Gewalt, eher ab- als zunimmt.



Hinzu kommt die Abwanderung in vielen ostdeutschen Flächenländern. Die thüringische Bevölkerung ging von 1990 bis 2019 von 2.611.319 Einwohner_innen auf 2.133.378 zurück.¹ Dies entspricht einem Rückgang von 18,3 % bei einem stetig ansteigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung.² Dass unter diesen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine immer wieder von verschiedenen Gruppen behauptete substantielle Zunahme der Gewalt gegen Polizeikräfte stattfindet, erscheint eher unwahrscheinlich.

2. DEBATTE UM BODYCAM

Im Zusammenhang mit der BodyCam muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Debatte in Deutschland unter gänzlich anderen Vorzeichen geführt wird als im anglo-amerikanischen Raum.³ In den USA und im Vereinigten Königreich, in denen die BodyCams bereits weite Verbreitung finden, wurden die Debatten um die BodyCam immer im Rahmen des Bürgerrechts geführt, in der die BodyCams Mittel zum **Schutz der Bürger_innen vor Polizeikräften** eingesetzt werden sollten. Gegenstand der Überwachung sollten und sollen dabei die Polizeibeamt_innen sein.

Demgegenüber wird die Debatte hierzulande seit einigen Jahren unter der Vorannahme geführt, es gebe eine stetige Zunahme von Gewalt gegen Polizeikräfte und dem müsse eine verstärkte Überwachung des „polizeilichen Gegenübers“ folgen, um durch das Filmen einen abschreckenden Effekt zu erzielen.

III. MENSCHENRECHTLICHE ERWÄGUNGEN ZUR BODYCAM

Technisch handelt es sich bei der BodyCam um eine Miniatur-Videokamera, die über eine Spezialweste an der Schulter von Polizeibeamt_innen angebracht wird. **Aus menschenrechtlicher Sicht sind BodyCams ein Instrument von vielen zur Aufzeichnung von Bild- und Tonaufnahmen mit den grundrechtlichen Risiken, die immer mit Videoüberwachung einhergehen:** So erfolgt in jedem Falle ein Eingriff in das Menschenrecht der Privatsphäre (Art. 8 EMRK) der aufgenommenen Person und in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung als Ausprägung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts gem. Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG. **Die Videoaufzeichnung beeinträchtigt das Recht am eigenen Bild und, sofern zusätzlich eine Tonaufzeichnung erfolgt, auch das Recht am gesprochenen Wort.** Dieser Eingriff ist nicht unerheblich, weil der Kameraeinsatz beispielsweise im Rahmen von Identitätsfeststellungen erfolgen kann, also eine betroffene Person individualisiert und ihr Verhalten in der Interaktion mit der Polizei komplett aufgezeichnet wird.

§ 33a ThürPAG-E regelt ausdrücklich, dass die Aufzeichnungen auch zulässig sind, wenn Dritte unvermeidbar betroffen sind. In der Praxis wird es häufig vorkommen, dass durch die BodyCam nicht nur Personen gefilmt werden, von denen die notwendige Gefahr für Leib oder Leben ausgeht, sondern auch unbeteiligte Dritte. Daraus ergibt sich eine weitere Steigerung des menschenrechtlichen Eingriffs durch den Einsatz der BodyCam.

1 <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=zr000101%7C%7C>.

2 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1094219/umfrage/durchschnittsalter-der-bevoelkerung-in-thueringen/>.

3 Vgl. Hartmut Aden/Jan Fährmann, Bodycams bei der Polizei – nicht nur zum Schutz von Polizistinnen und Polizisten, 02.03.2019, <https://verfassungsblog.de/bodycams-bei-der-polizei-nicht-nur-zum-schutz-von-polizistinnen-und-polizisten/>.



IV. WISSENSCHAFTLICHER BEFUND

1. ALLGEMEIN

Der wissenschaftliche Befund zur Thema BodyCam muss als diffus bezeichnet werden und stützt die in ihn gesetzten Erwartungen nur sehr eingeschränkt.

Es gibt aus dem anglo-amerikanischen Raum ein ganze Reihe verschiedener Studien, die die unterschiedlichsten Ergebnisse zu Tage förderten. Teilweise konnten diese Studien aufzeigen, dass die Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamt_innen abnahm, zum Teil kamen die Studien aber auch zu dem Ergebnis, dass die Gewalt zunahm. Dies galt in gleichem Maße auch für die Betroffenen polizeilicher Maßnahmen. Einerseits kamen Studien hier zu dem Ergebnis, dass das Risiko, Opfer eines gewalttätigen polizeilichen Übergriffs zu werden durch die BodyCam sinkt. Andere Studien wiederum kamen zu dem Ergebnis, dass dieses Risiko zunahm.

Das Forscherteam Ariel/Farrar/Sutherland kamen zu dem Ergebnis, dass durch den Einsatz der BodyCam das Risiko, Opfer von Gewalt zu werden, sowohl für die Polizeibeamt_innen wie auch für die Betroffenen polizeilicher Maßnahmen zurückgeht.⁴ Zu ähnlichen Ergebnissen kamen auch Jennings/Lynch/Fridell.⁵

Ariel et al. kamen 2016 wiederum zu dem Ergebnis, dass der Einsatz von BodyCams keinen Einfluss auf den polizeilichen Einsatz von Zwang hat, gleichzeitig aber das Risiko für die Polizeibeamt_innen erhöht, Opfer von Gewalt zu werden.⁶

Pang und Pavlou kamen in ihrer Erhebung sogar zu dem Ergebnis, dass der Einsatz tödlicher Gewalt, vor allem gegen Minderheiten, durch den Einsatz der BodyCam zunahm.⁷

Da die Debatte um die BodyCam auch in Deutschland seit einigen Jahren stattfindet und einzelne Bundesländer sowie der Bund bereits BodyCams eingeführt bzw. Pilotversuche durchgeführt haben, liegen auch aus Deutschland erste Erhebungen vor.

So wurde beispielsweise in Hessen eine Pilotstudie zur BodyCam durchgeführt.⁸ Diese litt jedoch an erheblichen methodischen Mängeln, sodass ihre Aussagekraft als sehr gering bezeichnet werden muss.⁹

Auch in Nordrhein-Westfalen wurde eine Studie zum Einsatz der BodyCams durch die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) durchgeführt, welche zu dem Ergebnis gelangte, dass das Risiko

4 Vgl. Barak Ariel/ William Farrar/ Alex Sutherland, The Effect of Police Body-Worn Cameras on Use of Force and Citizens' Complaints Against the Police, *Journal of Quantitative Criminology* 2015 31 (3), S. 509-535.

5 Wesley Jennings/ Mathew Lynch/ Lorie Fridell Evaluating the impact of police officer body-worn cameras (BWCs) on response-to-resistance and serious external complaints, *Journal of Criminal Justice* 43 (2015), S. 480-486.

6 Ariel, Barak; Sutherland, Alex; Henstock, Darren; Yaune, Josh; Drover, Paul; Sykes, Jayne; Magicks, Siman; Henderson, Ryan (2016): Wearing body cameras increases assaults against officers and does not reduce police use of force: Results from a global multi-site experiment. *European Journal of Criminology*, May 2016. S. 744-755.

7 Pang, Min-Seok; Pavlou, Paul A. (2016): Armed With Technology: The Impact on Fatal Shootings by the Police. *Fox School of Business Research Paper No. 16-020*.

8 <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/3500/umdruck-18-3586.pdf>.

9 Vgl. Nils Zurawski, Stellungnahme zur Bodycam für den Schleswig-Holsteinischen Landtag, <https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/5900/umdruck-18-5997.pdf>.



der Polizeibeamt_innen, geschädigt zu werden, durch den Einsatz der BodyCam erhöht wird.¹⁰ Gleichzeitig sank im Verlauf der Erhebung der Anteil an Polizeibeamt_innen, die dem Einsatz der Geräte positiv gegenüber standen.¹¹

Vor dem Hintergrund dieser sehr diffusen Forschungslage muss vor allzu hohen Erwartungen in die BodyCam gewarnt werden. Es steht nicht zu erwarten, dass die positiven Auswirkungen des Einsatzes (Eindämmung der Gewalt gegen Polizist_innen) allzu groß sein werden. Soweit es um beklagte Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamt_innen geht, muss immer mit einbezogen werden, dass viele dieser Täter_innen bei ihren Angriffen alkoholisiert sind oder unter Drogen stehen.¹² Wegen der enthemmenden Wirkung der Substanzen muss bezweifelt werden, dass die BodyCams eine abschreckende, resp. einschüchternde Wirkung haben.

2. IN THÜRINGEN DURCHFÜHRTE STUDIE

Die **Ergebnisse der Studie aus Thüringen¹³ scheinen bisherige Erkenntnisse dahingehend zu bestätigen, dass von den BodyCams keine relevante Verbesserung des Schutzes von Polizist_innen zu erwarten ist.** Bei den überprüften Hypothesen ergab sich regelmäßig, dass entweder keine statistisch signifikanten Unterschiede festgestellt werden konnten, oder dass diese nur schwach ausgeprägt waren. Teilweise ergab sich eine leichte Erhöhung der Widerstandshandlungen mit BodyCam (Jena), was ausweislich früherer Studien kein überraschendes Ergebnis ist. Insgesamt machte die BodyCam aber hier keinen Unterschied. Dasselbe gilt dem Grunde nach für Beleidigungen (H1b). Dies spricht für die eingangs angeführte These, dass aufgrund von Alkohol- und Drogenkonsum und der damit einhergehenden Enthemmung keine allzu großen Erwartungen an den Effekt der BodyCam gestellt werden sollten.

Im Ergebnis sprechen die Ergebnisse des thüringer Pilotprojekts nicht gegen die Einführung von BodyCams. Jedoch muss auch an dieser Stelle wiederholt werden, dass der ursprüngliche Einsatzzweck der BodyCams eine zusätzliche Kontrolle der Polizeiarbeit, und damit des Schutzes der Rechte der durch polizeiliche Maßnahmen Betroffenen darstellen sollte.

Mit Blick auf die qualitativen Befragungen der Richter_innen, die im Rahmen der Thüringen-Studie durchgeführt wurde, ist es aus Sicht von Amnesty International zwar grundsätzlich erfreulich, dass diese in den Aufnahmen eine Verbesserung für das Strafverfahren sehen. Es muss aber dennoch darauf hingewiesen werden, dass die Aufnahmen immer nur einen Teilausschnitt aus der Realität abbilden können, und daher auch einer kritischen Einordnung bedürfen.

Insgesamt ist damit festzustellen, dass der Sinn und Zweck der BodyCams letztlich in vielen Fällen nicht in der Vorbeugung von Gewalt und Kriminalität liegen wird, sondern häufig als repressives Einsatzmittel bei der Strafverfolgung.

10 Kersting, S., Naplava, T., Reutemann, M., Heil, M. & Scheer-Vesper, C. (2019). Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht. Gelsenkirchen: Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaft der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.

11 Kersting, S., Naplava, T., Reutemann, M., Heil, M. & Scheer-Vesper, C. (2019). Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht. Gelsenkirchen: Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaft der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW. S. 123.

12 Vgl. Karoline Ellrich, Dirk Baier & Christian Pfeiffer (2011): Gewalt gegen Polizeibeamte, Befunde zu Einsatzbeamten, Situationsmerkmalen und Folgen von Gewaltübergreifen; [https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/kfn_gewalt/\\$file/Zwischenbericht3.pdf](https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/kfn_gewalt/$file/Zwischenbericht3.pdf).

13 Kruse U., Kaufmann J., Schweinberger S., Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts II zum Einsatz von Bodycams der Polizei Thüringen.



V. ANFORDERUNGEN AN DIE RECHTSGRUNDLAGE FÜR DEN EINSATZ VON BODYCAMs DURCH DIE POLIZEI

Der Einsatz von Bodycams durch die Polizeibehörden bedarf einer besonderen Rechtsgrundlage. Das ergibt sich aus dem Grundsatz des Vorbehalts des Gesetzes und aus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Videoüberwachung.¹⁴

Die Ermächtigungsnorm für den Einsatz der Bodycam muss die Anforderungen an die Normklarheit und das Bestimmtheitsgebot (Art. 20 Abs. 3 GG) erfüllen. Es müssen insbesondere die Mittel der Aufzeichnung gezielt konkretisiert werden. Notwendig ist daher die genaue gesetzliche Festlegung der technischen Mittel, die angewendet werden sollen. Außerdem muss bestimmt werden, in welchen Situationen, zu welchem Zweck, mit welchen Funktionen und welchem Personenkreis die Bodycam zum Einsatz kommen soll.¹⁵

In diesem Zusammenhang ist zunächst erfreulich, dass der Entwurf explizit von köpernah getragenen Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten spricht und somit eindeutig festgelegt ist, für welches technische Einsatzmittel diese Vorschrift gilt.

1. VERHÄLTNISSMÄSSIGKEIT: ZU WEIT GEFASSTE EINGRIFFSVORAUSSETZUNGEN

Problematisch ist die Vorschrift des § 33a Abs. 1 Nr. 1 bis 2 ThürPAG-E (Vorlage 7/1993) des Entwurfs, bzw. § 33a Abs. 1 ThürPAG-E (Vorlage 7/2792), da hier dem Einsatz der BodyCam praktisch kaum Grenzen gesetzt sind.

So genügt eine Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder Eigentum im Kontext jedweden polizeilichen Handelns (zur Gefahrenabwehr, zur Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten), damit Polizist_innen die Bodycam aktivieren dürfen. Insbesondere die Tatsache, dass auch Gefahren für Eigentum ausreichen, macht die Einsatzmöglichkeit der Bodycam – auch im Vergleich zu Bodycam-Regelungen anderer Bundesländer wie Sachsen – uferlos.

Zu begrüßen sind dagegen die in § 33a Abs. 2 Nr. 1 bis 4 (Vorlage 7/1993) gemachten ausdrücklichen Einschränkungen betreffend den Einsatz der BodyCam, namentlich wenn sie den Kernbereich privater Lebensgestaltung, Berufsgeheimnisträger oder Berufshelfer betreffen, wie sie (mit Ausnahme der Berufshelfer) auch in § 33a Abs. 3 S. 3, Abs. 5 ThürPAG-E (Vorlage 7/2792) vorgesehen sind. Die Aufnahme in das Gesetz verdeutlicht die Bedeutung des Schutzes, den diese Rechtsinstitute genießen müssen. Aufgrund des weiteren und genauer benannten Schutzbereiches ist die Vorschrift § 33a Abs. 2 Nr. 1 bis 4 ThürPAG-E (7/1993) dem § 33a ThürPAG-E (Vorlage 7/2792) vorzuziehen.

Gleichermaßen erfreulich ist, dass sowohl in § 33a Abs. 3 ThürPAG-E (Vorlage 7/1993) wie auch in § 33a Abs. 1 ThürPAG-E (Vorlage 7/2792), den von polizeilichen Maßnahmen Betroffenen das Recht eingeräumt wird, die Einschaltung der BodyCam verlangen zu können.

14 Vgl. BVerfG, Urteil vom 23. Februar 2007, NJW 2007, S. 2320:

https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2007/02/rk20070223_1bvr236806.html.

15 Vgl. Matthias Lachenmann, Einsatz von Bodycams durch Polizeibeamte, NVwZ 2017, S. 1424; Clemens Arzt, Einführung von Mini-Schulterkameras (Body-Cams) bei der Polizei erproben, Stellungnahme 16/2458 (2014/2015), S. 9, <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST16-2458.pdf?sessionid=64E364649F6CE6ABE55CF2F9EFCABA61.xworker>.



2. KEIN AUSREICHENDER DATENSCHUTZ UND FEHLENDES PRE-RECORDING

Wegen des weitgehenden Eingriffs in die Rechte der gefilmten Personen durch mobile Videoaufnahmen darf keine ständige Videoaufzeichnung erfolgen. Nur die Beschränkung der Aufzeichnung auf konkrete Bedrohungssituationen stellt sicher, dass die Verhältnismäßigkeit und der Grundsatz der Datensparsamkeit nach § 3a BDSG, Art. 5 Abs. 1 lit. c DSGVO gewahrt werden.¹⁶

Der Regierungsentwurf (Vorlage 7/2792) sieht leider kein sogenanntes „Pre-Recording“ vor. Das bedeutet, dass in dem Moment, in dem ein_e Polizist_in die Aufzeichnung der erhobenen Daten aktiviert, auch die vorangegangenen 30 Sekunden mit aufgezeichnet, also gespeichert werden. Ein Pre-Recording stellt sicher, dass auch dokumentiert ist, was zu dem Vorfall geführt hat, der eine Aufzeichnung erforderlich macht. Der Kontext der Konfrontation wird also zumindest zum Teil dokumentiert.

§ 33a Abs. 4 ThürPAG-E (Vorlage 7/1993) führt die Funktion des sogenannten „Pre-Recording“ für eine Dauer von 30 Sekunden ein. Die Vorschrift ist aufgrund ihrer Bestimmtheit und der sprachlichen Genauigkeit der des § 33a Abs. 1 S. 1 ThürPAG-E (Vorlage 7/2792) vorzuziehen, welche eine entsprechende „Pre-Recording“ Funktion nicht vorsieht.

§ 33a Abs. 4 ThürPAG-E legt (Vorlage 7/1993) fest, dass die nach § 33a Abs. 1 ThürPAG-E (Vorlage 7/1993) erhobenen Bild- und Tonaufzeichnungen automatisiert nach 30 Sekunden spurlos zu löschen sind, wenn sie nicht nach Abs. 1 aufgezeichnet werden. Damit ist sichergestellt, dass eine dauerhafte Aufzeichnung die Ausnahme ist, die nur zulässig ist, wenn sie zur Abwehr einer Gefahr oder zur Verfolgung einer Straftat erforderlich ist. Die Vorlage 7/1993 ist insofern auch dem Entwurf der Vorlage 7/2792 vorzuziehen, da bei Letzterer der Zwischenspeicherzeitraum nicht benannt wird.

3. ERKENNBARKEIT DER MASSNAHME FÜR BETROFFENE

Transparenz für die Betroffenen ist essentiell für die Zulässigkeit des Betriebs einer Bodycam.¹⁷ So muss zum einen sichergestellt sein, dass überhaupt gut erkennbar ist, wenn Polizist_innen mit der Bodycam ausgestattet sind. Zum anderen muss auch erkennbar sein, wenn eine Videobeobachtung durchgeführt wird. Eine klar erkennbare Signalleuchte für die eingeschaltete Bodycam ist weithin als Mindeststandard anerkannt.¹⁸ Für den Betroffenen wird es allerdings schwer nachzuvollziehen sein, wann Aufnahmen im „Überschreibungs-Modus“ gemacht werden und wann sie tatsächlich dauerhaft aufgezeichnet und gespeichert werden. Dadurch ist die Transparenz in jedem Fall nicht vollständig gewährleistet.

4. LÖSCHPFLICHT UND AUSWERTUNGSPFLICHT DER POLIZEI

Sowohl § 33a Abs. 4 ThürPAG-E nach Vorlage 7/2792 wie auch § 33a Abs. 6 ThürPAG-E nach Vorlage 7/1993 statuieren eine **Pflicht, die gespeicherten Aufnahmen nach 30 Tagen zu löschen**. Dies gilt nach

¹⁶ Vgl. Matthias Lachenmann, Einsatz von Bodycams durch Polizeibeamte, NVwZ 2017, S. 1426.

¹⁷ Vgl. EuGH, Urteil vom 1. Oktober 2015, ZD 2015, S. 577, https://www.doev.de/wp-content/uploads/2015/Leitsaetze/23/E_0741.pdf.

¹⁸ Vgl. Dennis-Kenji Kieper/Hauke Gärtner, NJW 2015, S. 296 (299); LDI NRW, Stellungnahme 16/4201, LT NRW vom 20.9.2016.



beiden Vorlagen dann nicht, soweit die Aufnahmen benötigt werden, um Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung zu verfolgen.

Es ist zunächst erfreulich, dass die Vorlage 7/1993 in § 33a Abs. 6 Nr. 2 ThürPAG-E—anders als die Regierungsvorlage 7/2792—eine ausdrückliche Regelung trifft, **die eine Löschung untersagt, wenn Betroffene der polizeilichen Maßnahme dies wünschen**. Aus Sicht von Amnesty International ist es aber darüber hinaus notwendig, dass eine **eigene Auswertungspflicht der Polizei in das Gesetz eingeführt wird, die diese dazu verpflichtet, die Aufzeichnungen auf mögliches rechtswidriges Polizeihandeln zu überprüfen**. Ansonsten besteht das Risiko, dass die Polizei die Aufnahmen ausschließlich mit Blick auf etwaige strafrechtliche Ermittlungen wegen Gewalt gegen Polizist_innen oder aber gar nicht auswertet.

Eine Auswertungspflicht ist auch nicht unverhältnismäßig in Anbetracht der Tatsache, dass nur Ausnahmesituationen zu einer dauerhaften Aufzeichnung von Videomaterial führen. Außerdem muss in einer Regelung der Zugang der Betroffenen bzw. ihres Rechtsbeistands zu den Aufzeichnungen garantiert und praktisch geregelt werden. Die Aufnahmen dürfen z.B. nicht nur auf der Polizeistation einsehbar gemacht werden, sondern müssen den Betroffenen zur Verfügung gestellt werden.

Darüber hinaus muss konkretisiert werden, wie genau die verschlüsselte und manipulationsgesicherte Speicherung der aufgezeichneten Daten – im besten Fall auf einer Blackbox – in die Praxis umgesetzt werden soll.

VI. BODYCAM UND GESICHTSERKENNUNGSSOFTWARE

Sowohl in der Regelung des § 33a ThürPAG-E nach dem Regierungsentwurf 7/2792, wie auch nach Vorlage 7/1993 **fehlt darüber hinaus eine Klarstellung, dass die Bodycam nicht mit dem Einsatz von Gesichtserkennungssoftware verknüpft werden darf**. Eine solche Verknüpfung würde die Intensität des Grundrechtseingriffs noch einmal erheblich steigern und weitere Risiken schaffen: Es gibt noch keine ausreichenden wissenschaftlich basierten Erkenntnisse darüber, wie effektiv und zielgenau Gesichtserkennungssoftware mit dem derzeitigen Stand der Technik arbeitet. Aktuelle Studien lassen vermuten, dass die Fehlerquoten (noch) erheblich sind. In einer Stellungnahme des Deutschen Anwaltsvereins aus dem Jahr 2017 heißt es hierzu: „Ob der Stand der Technik es bereits zulässt, aus Videoüberwachungsaufnahmen die erforderlichen biometrischen Daten zuverlässig zu extrahieren, ist zweifelhaft und wird daher getestet.“¹⁹ Wenn überhaupt, sollte die Einführung von Gesichtserkennungssoftware nur zum Abgleich mit Datenbanken gesuchter Straftäter_innen und nicht mit anderen denkbaren Datenbanken (Einwohnermeldeämter, Ausländerbehörden etc.) eingesetzt werden. **Dabei soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass sich Amnesty International insgesamt gegen eine Nutzung von Gesichtserkennungssoftware ausspricht.**

Entsprechend muss eine Verknüpfung der Bodycam mit Gesichtserkennungssoftware aufgrund der geplanten Rechtsgrundlage ausdrücklich ausgeschlossen werden.

¹⁹ Stellungnahme des DAV durch den Ausschuss Gefahrenabwehrrecht zur sog. intelligenten Videoüberwachung, August 2017, S.5 <https://anwaltverein.de/de/newsroom/sn-47-17-intelligente-videoeueberwachung>.



VII. EVALUIERUNGSPFLICHT

Zwar hat das Land Thüringen mit seiner Erhebung bereits eine Studie vorgelegt. **Bei einer Maßnahme, die so intensiv in die Grundrechte der Betroffenen eingreift wie die Aufnahmen per Bodycam ist darüber hinaus eine gesetzlich festgelegte Evaluierungspflicht notwendig.** So muss untersucht werden, ob sie tatsächlich den gewünschten Effekt erzielt. Ansonsten ist der Preis der häufigen und intensiven Grundrechtseingriffe durch die Vielzahl der erstellten Videoaufnahmen zu hoch: die Maßnahme ist unverhältnismäßig.

Für die Durchführung einer Evaluation sind mehrere Aspekte wichtig: Es ist unabdingbar, die **Evaluierung wissenschaftlich unabhängig und durch Begleitung der Polizeipraxis durchführen zu lassen.** Darüber hinaus kann nur dann sinnvoll evaluiert werden, ob z.B. die Gewalt gegen Polizist_innen abnimmt, wenn eine ausreichende Datenlage für den Zeitpunkt der Einführung der Bodycam vorliegt, die den Status Quo festhält (sogenannte Baseline-Study).

AMNESTY
INTERNATIONAL



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/2792 -

dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP
- Vorlage 7/1993 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
Vizepräsident	Landespolizeidirektion
Geschäfts- oder Dienstadresse	Landespolizeidirektion
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Andreasstraße 38
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Polizei	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Einführung Bodycamparagraphen befürwortet - Einsatz zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung wird begrüßt - Einsatz in öffentlich zugänglichen Orten - Pre recording für die Dauer von 30 Sekunden notwendig - Tonaufzeichnung erforderlich - Einsatz zum Schutz von Dritten (u.a. Rettungsdienst / Feuerwehr) notwendig	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 22.06.2011	



Landespolizeidirektion
Andreasstraße 38 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t
7/1261
zu Drs. 7/2792

Ihr/e Ansprechpartner/in:

Durchwahl:

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:
21. April 2021

Unser Zeichen:

**Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz
mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und FDP

Erfurt, 10. Juni 2021

Im Rahmen des durch den Innen- und Kommunalausschuss am 17. April 2021 beschlossenen Anhörungsverfahrens, wurde die Landespolizeidirektion mit Bezugsschreiben vom 21. April 2021 gebeten, die diesseits bestehende Auffassung zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Anlage 2 des Bezugsschreibens, Drs. 7/2792) sowie die zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP (Anlage 3 des Bezugsschreibens, Vorlage 7/1993) darzulegen und dem mündlichen Anhörungsverfahren am 24. Juni 2021 beizuwohnen.

Wie gebeten, orientiert sich die Abfassung der beigefügten Stellungnahme an der Regelungsabfolge der Gesetzentwürfe sowie der Anlage 4 des Bezugsschreibens.

Zur Teilnahme an der mündlichen Anhörung (Videokonferenz) bitte ich, die Zugangsdaten an die o. a. E-Mail-Adresse zu übersenden.

In Vertretung

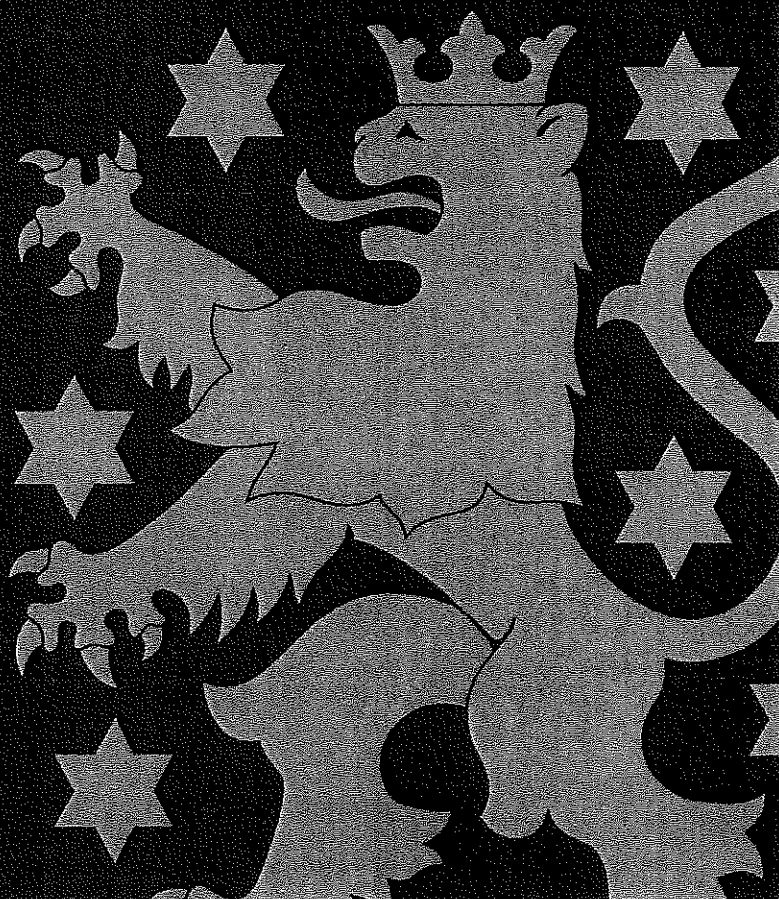
Landespolizeidirektion
Andreasstraße 38
99084 Erfurt


www.polizei.thueringen.de

Anlage

Schriftliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte - (Drs. 7/2792) sowie zum Änderungsantrag der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993)

§ 33a PAG (neu)



	Inhalt
1 Einführung	1
2 Welche Auffassung vertreten Sie zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme - und Tonaufzeichnungsgeräte in Drucksache 7/2792?	2
2.1 Einsatz der Bodycam zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	2
2.2 Einsatz der Bodycam an öffentlich zugänglichen Orten	3
2.3 Eingriffsschwelle	4
2.4 Pre-Recording.....	5
2.5 Offene Datenerhebung	6
2.6 Einsatz der Bodycam zum Schutz von Polizeibeamten oder eines Dritten	6
2.7 Einsatz der Bodycam zum Schutz von Polizeibeamten gegen eine Gefahr für Leib, Leben, Freiheit und Eigentum	7
2.8 Einsatz in Wohnungen	7
2.9 Aufnahmen bei Berufsheimnisträgern und in Kernbereichen privater Lebensgestaltung	8
2.10 Manipulationssichere verschlüsselte Aufzeichnungen bei Aufnahme, Speicherung, Übermittlung	9
2.11 Löschfristen	9
2.12 Jährliche Berichtspflicht	10
3 Halten Sie das Einsatzmittel der Bodycam für den Bereich der Polizei für geeignet, erforderlich und angemessen? Wenn ja, zu welchem Zweck? Wenn nein, warum nicht?	11
4 Sind Sie der Auffassung, dass durch das Tragen der Bodycam Gewalttaten gegen Polizisten wirksam verhindert werden können? Und wie begründet sich Ihre Entscheidung?.....	11
5 Gibt es nach Ihrer Kenntnis wissenschaftliche Untersuchungen, die die Präventionswirkung der Bodycam in Bezug auf Gewalt gegen Polizisten be- oder widerlegen? Wenn ja, welche?	13
6 Wie bewerten Sie das im Gesetz vorgesehene „Pre-Recording“, also die dauerhafte Aufzeichnung und Überschreibung (Vorabaufnahme) sowie das Aufzeichnen von Aufnahmen in Privatwohnungen und die Eingriffsschwelle der Kamera zum Schutz von Gefahren für Eigentum (§ 33a Abs. 1 Satz 1).....	13
	Landespolizeidirektion 

1 Einführung

Wie bereits im Ergebnis der vierjährigen Pilotierung im Geschäftsbereich der Landespolizeidirektion (LPD) festzustellen war, wurde die bisherige Ermächtigungsgrundlage für den Einsatz der Bodycams¹ gem. § 33 Abs. 6 PAG als nicht ausreichend angesehen.²

Der Anwendungsbereich des § 33 Abs. 6 PAG, der den räumlichen Einsatzbereich der Bodycam stark einschränkt und die Funktionen einer Tonaufzeichnung und eines sog. „Pre-Recordings“ nicht ermöglicht, wurde als nachteilig seitens der Polizeibeamten³ empfunden.⁴

Mit Schaffung einer spezialgesetzlichen Ermächtigungsgrundlage und Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten kann das Wirkpotential der Bodycam sinnvoll zur Anwendung gebracht werden, was eine Akzeptanzsteigerung bei den anwendenden Polizeibeamten bewirken kann. Hierfür votierte die LPD bereits in der Fertigstellung des Abschlussberichtes der Projektgruppe.⁵

Das Gesetzesvorhaben zur Änderung des Thüringer Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei (PAG) mit Einführung einer spezialgesetzlichen Regelung zum Einsatz sog. Körperkameras wird daher ausdrücklich begrüßt.

Primäres Ziel der Bodycam ist es, die Eigensicherung und den Schutz von Polizeibeamten zu erhöhen. Die offene Anfertigung von Bild- und Tonaufzeichnungen soll eine deeskalierende Wirkung auf potenzielle Angreifer entfalten, sie von delinquentem Verhalten gegenüber Polizeibeamten abhalten und so die Zahl der Angriffe senken. Neben dem vorrangigen Ziel der Deeskalation konfliktbehafteter Situationen werden auch repressive Zwecke verfolgt. Die nachgelagerte Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten soll durch die Einführung der Videoaufzeichnungen in Straf- und Ordnungswidrigkeiten verbessert werden.

Das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) äußerte sich bereits durchweg positiv zum Vorhaben der Einführung der Bodycam in der Thüringer Polizei. Der Einsatz wird seitens des TMMJV als sinnvoll und zielführend zur Schaffung einer Dokumentation im Interesse der Polizeibeamten erachtet, die zunehmenden Angriffen ausgesetzt seien. Die Aufzeichnung ermögliche es, die Situation vor Ort und zur Tatzeit für alle Prozessbeteiligten nachzuempfinden. Die Implementierung von Bild- und Tonaufzeichnungen sowie eines „Pre-Recordings“ wurde als wünschenswert eingeschätzt. Ohne diese Funktionen wäre der Beweiswert im Strafverfahren stark eingeschränkt.⁶

¹ Bislang existiert keine einheitliche Begriffsdefinition. Der Begriff „Bodycam“ umfasst ebenso die Begrifflichkeiten „Körperkameras“, „Körpersnah getragene Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte“ u. a. Aufgrund der Bezeichnung des Pilotprojektes „Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei“ wird im vorliegenden Bericht die Begrifflichkeit „Bodycam“ verwendet.

² Abschlussbericht der Projektgruppe „Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei II“ vom 26. Mai 2020, LPIGTH-2807-3306/20, Ziff. 3.1.3.2.1, 5., 8.

³ Status- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

⁴ Ebd.

⁵ Ebd.

⁶ Schreiben des TMMJV vom 17. Oktober 2019, Gz.: 4103/E-2155/2019-55741/2019



2 Welche Auffassung vertreten Sie zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme - und Tonaufzeichnungsgeräte in Drucksache 7/2792?

Die Abfassung der Stellungnahme orientiert sich an der Regelungsabfolge der Gesetzentwürfe sowie der Anlage 4 des Einladungsschreibens⁷.

2.1 Einsatz der Bodycam zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung

Bezug

§ 33a Abs. 1 des Entwurfes der Fraktion der CDU (Drs. 7/2792)

§ 33a Abs. 1 des Änderungsantrages der Fraktion FDP (Vorlage 7/1993)

§ 33 Abs. 6 PAG beschränkt den sachlichen Anwendungsbereich der Bodycam aktuell auf „Personen- oder Fahrzeugkontrollen“. Mit dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion wird der Anwendungsbereich deutlich erweitert. Nach § 33a Abs. 1 Satz 1 des Entwurfs kann die Polizei „bei der Durchführung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten“ Bild- und Tonaufzeichnungen erheben, soweit die weiteren Tatbestandsvoraussetzungen vorliegen.

Sachlich wird der Anwendungsbereich damit auf jedwede Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung ausgedehnt. In der Literatur wird dies bei vergleichbaren Vorschriften in anderen Bundesländern als verfassungsrechtlich unbedenklich angesehen.⁸

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP knüpft ebenfalls an polizeiliche Maßnahmen, präventiver wie repressiver Natur, an. Nach Absatz 1 dürfen Bild- und Tonaufnahmen zum Schutz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten oder Dritten gegen eine Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder Eigentum sowie zur Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten von auch im Einzelfall erheblicher Bedeutung erstellt werden.⁹ Auch hier wird somit der sachliche Anwendungsbereich im Vergleich zur aktuellen Ermächtigungsgrundlage weiter gefasst.

Die Formulierung „*Ordnungswidrigkeiten von im Einzelfall erheblicher Bedeutung*“¹⁰ ist ungenau und bedarf einer genaueren Definition, was unter Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung zu verstehen ist. Entsprechend führen derartige Formulierungen in der Praxis zu Unsicherheiten in der Anwendung der Bodycam.

Neben dem vorrangigen gefahrenabwehrenden Einsatzzweck der Bodycam sind jedoch auch Einsatzsituationen denkbar, in denen die Bild- und Tonaufzeichnungen die Beweislage im Strafverfahren unterstützen können.

Dies wird durch die Aufnahme des Einsatzzweckes zur Strafverfolgung in den o. a. Gesetzentwürfen beachtet.

⁷ Schreiben der Thüringer Landtagsverwaltung vom 21. April 2021, Gz.: A 6.1/cs, ga – Drs. 7/2792

⁸ Starnecker, Videoüberwachung zur Risikovorsorge, S. 189 f.; Arzt, Stellungnahme zur Anhörung des Innenausschusses der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg am 18. November 2014, S. 8.

⁹ Eine den Absatz 1 identische Vorschrift stellt für den Bereich der Bundespolizei § 27a Abs. 1 BPolG dar.

¹⁰ Legaldefinitionen bzw. Kataloge, die entsprechende Ordnungswidrigkeiten benennen, existieren nicht.



Ich begrüße dies ausdrücklich, da bereits im Ergebnis der Pilotierung sowie der wissenschaftlichen Begleitung durch die Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena festzustellen war, dass Bild- und Tonaufzeichnungen von Bodycams, auch seitens der befragten Richter, als sehr positiv und hilfreich für die Beweislage im Strafverfahren eingeschätzt wurden und durchaus begrüßenswert seien.¹¹

Ich vertrete diese Ansicht und bin der Überzeugung, dass entsprechende Bild- und Tonaufzeichnungen die Beweislage erhärten können sowie die Objektivität der Beweisführung fördern. Zur Verwendung der Aufnahmen im Strafverfahren gelten im Übrigen die Bestimmungen der Strafprozessordnung.

Im Rahmen der Projektierung konnten von 120 Aufzeichnungen 32¹² derselben (ca. 27 %) als geeignetes Beweismittel gekennzeichnet werden.¹³ Dies bedeutet, dass ungefähr jede vierte Aufnahme einer Bodycam ein geeignetes Beweismittel in einem Strafverfahren darstellen könnte.

In beiden Vorlagen ist das Betroffenenrecht formuliert, die Bodycam auf Verlangen des von der polizeilichen Maßnahme Betroffenen einzusetzen. Eine Bestimmung, die dem Polizeibeamten auferlegt, auf Verlangen die Bodycam zu Einsatz zu bringen, durchbricht die Gesetzeslogik und ist praxisfremd. Ich votiere, diese Bestimmung zu streichen.

2.2 Einsatz der Bodycam an öffentlich zugänglichen Orten

Bezug

§ 33a Abs. 1 des Entwurfes der Fraktion der CDU (Drs. 7/2792)

§ 33a Abs. 1 des Änderungsantrages der Fraktion FDP (Vorlage 7/1993)

Im Rahmen der bisherigen Pilotierung der Bodycam wurde der räumliche Geltungsbereich der bisherigen Ermächtigungsgrundlage des § 33 Abs. 6 PAG in enger Auslegung und in Abstimmung mit dem Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI) ausschließlich auf die „öffentlich zugängliche Orte“ beschränkt, die (zumindest theoretisch) von einem Fahrzeug befahren werden können.¹⁴

Der Einsatz in Einkaufszentren, Gaststätten, Diskotheken oder Geschäften war somit nicht möglich, obwohl dies Örtlichkeiten sind, wo es häufig zu konfliktträchtigen Einsatzsituationen kommt. Eine derartige Einschränkung wirkt sich bei den Polizeibeamten nachteilig auf die Akzeptanz zur Verwendung der Bodycam aus.

Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU enthält zur örtlichen Begrenzung keine Angaben. Lediglich § 33 Abs. 2 enthält Bestimmungen zum Einsatz in Wohnungen.

Im Umkehrschluss heißt dies, dass der Einsatz der Bodycam im Sinne des Gesetzentwurfes

¹¹ Abschlussbericht FSU Jena, Ziff. 5.3.3; Schreiben des TMMJV vom 17. Oktober 2019, Gz.: 4103/E-2155/2019-55741/2019

¹² LPI Erfurt: 24 Aufzeichnungen, LPI Jena: 1 Aufzeichnung, LPI Saalfeld: 1 Aufzeichnung, LPI Gera: 6 Aufzeichnungen

¹³ Abschlussbericht „Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei II“, Ziff. 3.1.2.2, Nr. 4, Konkretisiert durch gesonderte Erhebung aufgrund des Antrages der Landesregierung gemäß § 74 Abs. 3 GO, -Vorlage 7/1022-

¹⁴ Abschlussbericht Projekt „Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei II“ vom 26. Mai 2021, Ziff. 3.1.3.2.1 zu e)



der Fraktion der CDU grundsätzlich überall dort möglich ist, wo „Die Polizei bei der Durchführung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten (...)“ tätig wird.

Ausnahmen von § 33 Abs. 1 enthält der Abs. 2, der den Einsatz in Wohnungen regelt bzw. stärker reglementiert.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion beschränkt den Einsatz der Bodycam auf „öffentlich zugängliche Orte“. Dieses Tatbestandsmerkmal bedarf nach hiesiger Einschätzung jedoch einer genaueren Definition, welche Räume oder Örtlichkeiten unter einem „öffentlich zugänglichen Ort“ zu verstehen sind. Weiter ist die Abgrenzung zu § 33 Abs. 2 Nr. 2 (Geschäftsraum) unklar.

In der Gegenüberstellung beider Gesetzentwürfe erscheint der Entwurf der CDU in Bezug auf die Örtlichkeiten weiter gefasst zu sein, was den Anwendungsbereich der Bodycam gegenüber des derzeitigen Anwendungsbereiches i. S. d. § 33 Abs. 6 stark erweitert.

Dies ist zu befürworten, da der räumliche Anwendungsbereich als stärkste Reglementierung wahrgenommen wird und sich unmittelbar auf die Akzeptanz der Bodycam bei den Polizeibeamten auswirkt.

Polizeibeamte, die im Einsatz einer konflikträchtigen Situation ausgesetzt sind, in dieser die Bodycam jedoch nicht einsetzen dürfen, weil der räumliche Anwendungsbereich rechtlich nicht eröffnet ist, oder von Einsatzsituation zu Einsatzsituation ständig neu subsumiert werden muss, werden diese Beschränkungen als stark frustrierend empfinden.

2.3 Eingriffsschwelle

Bezug

§ 33a Abs. 1 des Entwurfes der Fraktion der CDU (Drs. 7/2792)

§ 33a Abs. 1 des Änderungsantrages der Fraktion FDP (Vorlage 7/1993)

Nach dem Gesetzentwurf der Fraktion CDU ist der Einsatz der Bodycam zulässig, wenn dies „nach den Umständen zum Schutz eines Polizeibeamten oder eines Dritten gegen eine Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder Eigentum erforderlich ist“. Die Formulierung „nach den Umständen“ ist auch in der Regelung des § 18 Abs. 5 Satz 1 HmbDVPolG enthalten. Nach der Vorstellung der Verfasser des hamburgischen Gesetzentwurfs soll durch die Voraussetzung „nach den Umständen“ verdeutlicht werden, dass zu Beginn einer Maßnahme häufig Unsicherheit über eine tatsächliche Gefährdung besteht. Daher sollen „gefahrenträchtige Situationen“, d. h. vor allem Einsatzgeschehen, in denen mit einer tatsächlichen Eskalation zu rechnen ist, erfasst werden.¹⁵ Eine Aufzeichnung soll zulässig sein, wenn eine Situation aufgrund von polizeilichen Erfahrungswissen „die Gefahr einer Eskalation in sich birgt“. ¹⁶ Ausreichend ist eine Sachlage, bei der aufgrund von polizeilichem Erfahrungswissen polizeiliche Schutzgüter verletzt werden könnten.¹⁷ Das einengende Merkmal der Erforderlichkeit verdeutlicht, dass nicht jede polizeiliche Maßnahme automatisch mittels einer Bodycam aufgezeichnet werden darf. Die Bedeutung und Reichweite der Einschreitschwelle „nach den Umständen“ lässt sich ins-

¹⁵ HmbLT-Drs. 20/12895, S. 3 zu § 8 Abs. 5 Satz 1 HmbDVPolG (jetzt 18 Abs. 5 Satz 1 HmbDVPolG)

¹⁶ HmbLT-Drs. 20/12895, S. 3.

¹⁷ Zöller, Einsatz von Bodycams, S. 36.



gesamt hinreichend klar erschließen und steht somit in Einklang mit dem verfassungsrechtlichen Bestimmtheitsgebot.

Der Änderungsantrag der Fraktion der FDP spricht demgegenüber von „tatsächlichen Anhaltspunkten“. Eine identische Formulierung enthält § 27a Abs. 1 BPolG. Durch die Anknüpfung an tatsächliche Anhaltspunkte wird „eine relativ geringe Eingriffsschwelle normiert“.¹⁸ Bedenken gegen die Bestimmtheit dieser Eingriffsschwelle bestehen nicht, „weil sie sich in der Rechtsordnung insbesondere für die Anfertigung von Bild- und Tonaufzeichnungen bei Versammlungen nach § 19a i. V. m. § 12a VersammlG etabliert haben. Es ist hinreichend klar ersichtlich, dass Bild- und Tonaufzeichnungen zwar nicht anlassunabhängig oder aufgrund allgemeiner Erfahrungssätze angefertigt werden dürfen, aber schon vor Eintritt einer konkreten Gefahrensituation zulässig sind“.¹⁹

2.4 Pre-Recording

Bezug

§ 33a Abs. 1 des Entwurfes der Fraktion der CDU (Drs. 7/2792)

§ 33a Abs. 4 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993)

Beide Entwürfe enthalten eine entsprechende Ermächtigungsgrundlage, um Aufnahmen in einem kurzen zeitlichen Vorlauf in einem flüchtigen Speicher aufzuzeichnen (Pre-Recording). Ich begrüßte dies ausdrücklich.

Bereits im Ergebnis der Pilotierung votierte die LPD für die Implementierung einer entsprechenden Funktion. Auch das TMMJV erachtete die Implementierung einer entsprechenden Funktion im Sinne des Beweiswertes im Strafverfahren für sinnvoll.²⁰

Derartige Voraufnahmen sind erforderlich, um die Entstehung einer Gefahrensituation besser dokumentieren zu können. Auch bei unvermittelten Angriffen auf Einsatzkräfte ist diese Funktion für eine ganzheitliche Dokumentation hilfreich.

Eine endgültige Speicherung erfolgt erst bei manueller Auslösung der Aufnahmefunktion. In allen anderen Fällen werden die Aufnahmen fortlaufend überschrieben und bei Ausschalten der Kamera gelöscht.

Nach dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP sind Vorabaufnahmen (Bild- und Tonaufzeichnung) bis zu einer Dauer von 30 Sekunden zulässig (§ 33a Abs. 4).

Der Gesetzentwurf der CDU enthält hierzu keine weiteren Angaben und spricht lediglich von „kurzzeitig“. Diese Formulierung bedürfte einer weiteren Konkretisierung, welches Zeitfenster unter „kurzzeitig“ zu verstehen ist, nicht zuletzt deshalb, um systemseitig den gesetzlichen Forderungen Rechnung tragen zu können und eine spätere juristische Befassung in dieser Frage zu vermeiden.

Ich erachte die Beschränkung der Voraufzeichnungen auf 30 Sekunden als ausreichend.

¹⁸ Schmidt, Polizeiliche Videoüberwachung durch den Einsatz von Bodycams, S. 217.

¹⁹ Schmidt, Polizeiliche Videoüberwachung durch den Einsatz von Bodycams, S. 217, 218.

²⁰ Schreiben des TMMJV vom 17. Oktober 2019, Gz.: 4103/E-2155/2019-55741/2019



2.5 Offene Datenerhebung

Bezug

§ 33a Abs. 1 des Entwurfes der Fraktion der CDU (Drs. 7/2792)

§ 33a Abs. 1 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993)

Entsprechend beider Entwürfe haben Aufzeichnungen nur offen zu erfolgen. In der gegenwärtigen Ermächtigungsgrundlage (§ 33 Abs. 6) gilt ebenso der Grundsatz der Offenheit der Datenerhebung.

Durch entsprechende Kennzeichnungen der Polizeibeamten (Einsatzweste mit Kennzeichnung „Video“, „Videoaufzeichnung“) sind diese als Träger einer Bodycam erkennbar. Darüber hinaus kann jeder Betroffene durch ein rotes Blinklicht an der Kamera sowie ein akustisches Signal erkennen, dass eine Aufzeichnung erfolgt.

Zielrichtung ist es, dass die Bodycam bewusst vom polizeilichen Gegenüber wahrgenommen wird. Das Vorhandensein, die Androhung und der Einsatz soll in einer Stufenabfolge bekannt gemacht werden, um den deeskalierenden Effekt der Kameras, unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit, voll ausnutzen zu können.

Alle Träger sind angehalten, auf die Videoaufzeichnung im Rahmen einer Belehrung hinzuweisen bzw. diese vor dem Einsatz entsprechend anzudrohen.

Entsprechende Handlungsanweisungen werden in einer noch zu erstellenden Dienstanweisung geregelt.

Die Garantie der Offenheit der Maßnahme ermöglicht es erst, dass die Bodycam im präventiven Sinn wirken kann. Zudem stellt die Offenheit der Maßnahme sowie das Belehrungserfordernis sicher, dass Betroffene Kenntnis erhalten, um ihren Rechtsschutz sowie ihr Auskunftsrecht geltend machen zu können.

2.6 Einsatz der Bodycam zum Schutz von Polizeibeamten oder eines Dritten

Bezug

§ 33a Abs. 1 des Entwurfes der Fraktion der CDU (Drs. 7/2792)

§ 33a Abs. 1, Nr. 1 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993)

Nicht nur Polizeibeamte sehen sich der stetigen Zunahme von Gewaltdelikten ausgesetzt, auch Feuerwehr- und Rettungskräfte berichten von zunehmender Aggressivität im Einsatz.²¹ Jeder achte Angehörige des Rettungswesens und der Feuerwehr wurde im Jahr 2017 Opfer von Gewalt.²²

Der Einsatz der Bodycam an Einsatzorten, an denen Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste gemeinsam agieren und sich Aggressionen auch gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr und des Rettungsdienstes richten, kann dazu dienen die Hemmschwelle aggressiven Verhaltens gegenüber allen Einsatzkräften zu erhöhen bzw. Angriffe beweiskräftig zu dokumentieren.

²¹ Abschlussbericht Pilotprojekt Bodycam, Ziff. 3.1.3.2.1, Seite 25

²² Studie Ruhr-Universität-Bochum „Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehr und Rettungsdienste in NRW“ vom 26. Januar 2018



Insofern wird das Vorhaben begrüßt, den Anwendungsbereich der Kamerasysteme auch zum Schutz von Dritten einzusetzen zu können.

Beide Gesetzentwürfe sind an dieser Stelle hinreichend bestimmt.

2.7 Einsatz der Bodycam zum Schutz von Polizeibeamten gegen eine Gefahr für Leib, Leben, Freiheit und Eigentum

Bezug

§ 33a Abs. 1 des Entwurfes der Fraktion der CDU (Drs. 7/2792)

§ 33a Abs. 1, Nr. 1 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993)

Beide Gesetzentwürfe sehen den Einsatz der Bodycam zum Schutz gegen eine Gefahr für die Rechtsgüter Leib, Leben, Freiheit und Eigentum vor. Wenngleich der Rechtsgüterschutz bei Leib, Leben und Freiheit klar ist, so erscheint der Rechtsgüterschutz gegen eine Gefahr für das Eigentum erörterungswürdig zu sein. Nach hiesigem Verständnis soll die Bodycam primär den handelnden Beamten vor tätlichen Angriffen schützen soll.

Dennoch ist zu erwähnen, dass eines der am häufigsten angegriffenen Ausrüstungsgegenstände der Thüringer Polizei Funkstreifenwagen sind. Betrachtet man die zum Teil hohen Sachschäden, die verursacht werden, sowie die Strafandrohung etwaiger Delikte²³, so wird klar, dass derartige Delikte nicht zu tolerieren sind. Die Aufnahme des Schutzes auf Eigentum erscheint daher sinnvoll.

2.8 Einsatz in Wohnungen

Bezug

§ 33a Abs. 2 des Entwurfes der Fraktion der CDU (Drs. 7/2792)

§ 33a Abs. 2, Nr. 2 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993)

Rechtlich war bislang der Einsatz der Bodycam in Wohnungen nicht gestattet (§ 33 Abs. 6 PAG).

Nach dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP ist der Einsatz der Bodycam in Wohnungen unzulässig (§ 33 Abs. 2 Nr. 2).

Nach § 33 Abs. 2 Nr. 2 ist weiter der Einsatz der Bodycam in „Geschäftsräumen“ nicht zulässig.

Eine Unterscheidung bzw. Definition der Tatbestandsmerkmale „öffentlich zugängliche Orte“ (§ 33 Abs. 1) und „Geschäftsräume“ (§ 33 Abs. 2 Nr. 2) ist dem Gesetzestext nicht zu entnehmen. Der Gesetzestext ist an dieser Stelle unklar und bedarf einer genaueren Abgrenzung.

Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU ermöglicht den Einsatz der Bodycam in Wohnungen unter den in § 33a Abs. 2 genannten Voraussetzungen.

Statistische Erhebungen zeigen, dass bei Einsätzen in privaten Wohnungen wegen häuslichen Streitigkeiten oder Gewalttätigkeiten Polizeibeamte häufig körperlich angegriffen werden.²⁴

²³ Sachbeschädigung gem. § 303 StGB – bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe; Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel gem. § 305a StGB – bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe

²⁴ Elsner/Laumer, Gewalt gegen Polizeibeamte in Bayern, S. 56.



Auch können sich polizeiliche Einsatzsituationen, die zunächst zulässigerweise mittels Bodycam erfasst werden, dynamisch entwickeln und sich in besonders geschützte Bereiche verlagern.

Nach dem Gesetzentwurf der CDU setzt der Einsatz der Bodycam in Wohnungen eine „gegenwärtige Gefahr“ für Leib, Leben, Freiheit oder Eigentum der Polizeibeamten oder eines Dritten voraus.

Nach der Legaldefinition in § 54 Nr. 3b OBG hat bei einer gegenwärtigen Gefahr die Einwirkung des schädigenden Ereignisses bereits begonnen, steht unmittelbar bevor oder tritt in allernächster Zeit mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit ein.²⁵ Ein präventiver Einsatz der Bodycam bei derartigen Gefahrenmomenten erscheint nicht mehr sinnvoll zu sein und vermag eine derartige Gefahrensituation nicht mehr präventiv zu verhindern.

Daher sollte für den Einsatz der Bodycam in Wohnungen eine „dringende Gefahr“ angenommen werden. Diese liegt vor, wenn einem wichtigen Rechtsgut (Reduzierung für den Einsatz in Wohnung auf die Individualrechtsgüter von Leib und/oder Leben) ein schädigendes Ereignis droht, ohne dass dieses bereits eingetreten ist oder unmittelbar bevorsteht.²⁶

Gegenüber der gegenwärtigen Gefahr ist unter dem zeitlichen Aspekt bei der dringenden Gefahr der präventive Einsatz der Bodycam noch derart möglich, dass die Bodycam die Gefahrensituation unter Umständen deeskalieren kann.

Insofern unter Beachtung der Bestimmungen aus den §§ 25, 26 PAG bzw. der §§ 102, 103 StPO Polizeibeamte eine Wohnung betreten dürfen, muss auch ein Einsatz der Bodycam zum Schutz des Beamten oder eines Dritten möglich sein, jedoch erst bei Vorliegen einer dringenden Gefahr für Leib und Leben der Polizeibeamten.

Ich plädiere daher dafür, den Anwendungsbereich von Bodycams auf Wohnungen auszuweiten.

2.9 Aufnahmen bei Berufsheimnisträgern und in Kernbereichen privater Lebensgestaltung

Bezug

§ 33a Abs. 3 des Entwurfes der Fraktion der CDU (Drs. 7/2792)

§ 33a Abs. 2, Nr. 3 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993)

Unzulässig sind Aufnahmen in Bereichen, die der Ausübung von Tätigkeiten von Berufsheimnisträgern dienen (Ärzten, Rechtsanwälte, Steuerberater, u. a.).

In der Gesetzesvorlage der Fraktion der CDU sind nach hiesiger Einschätzung auch die Bereiche auf sog. Berufshelfer i. S. d. § 53a StPO zu ergänzen.

Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP beinhaltet in § 33a Abs. 2, Nr. 3 beide Personengruppen i. S. d. §§ 53, 53a StPO.

²⁵ Ebert/Seel/Joel, Kommentierung zu § 2, Rd. 19 zum Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei, 8. Auflage

²⁶ Ebd.



Im Übrigen wird die Auffassung beider Entwürfe geteilt, dass Aufnahmen im Kernbereich privater Lebensgestaltung unzulässig sind.

Zwar ist der Begriff des Kernbereiches privater Lebensgestaltung für die polizeiliche Arbeit eher in den Fällen der Telekommunikationsüberwachung relevant, stellt jedoch an dieser Stelle klar, dass auch für die Bodycam gilt, einen unantastbaren Bereich menschlicher Freiheit zu bewahren.

2.10 Manipulationssichere verschlüsselte Aufzeichnungen bei Aufnahme, Speicherung, Übermittlung

Bezug

§ 33a Abs. 3 des Entwurfes der Fraktion der CDU (Drs. 7/2792)

§ 33a Abs. 5 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993)

Der datenschutzrechtliche Schutzbedarf der erhobenen Daten wurde im Rahmen der bisherigen Pilotierung vollumfänglich beachtet. Eine im Jahr 2019 erfolgte Datenschutzkontrolle durch den Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (TLfDI) bestätigte die datenschutzrechtlich sicheren Datenverarbeitungsprozesse, die seitdem nicht verändert wurden.²⁷

Für die Einführung in den landesweiten Regelbetrieb ist eine Veränderung der Datenverarbeitungsprozesse vorerst nicht vorgesehen.

Zum Datenverarbeitungsprozess wurde gem. § 50 ThürDSG ein Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten erstellt.²⁸

Die in beiden Entwürfen geforderte manipulationssichere und verschlüsselte Aufzeichnung wird in der gegenwärtigen Verfahrensweise bereits umgesetzt.

Ebenso findet § 54 ThürDSG in Bezug auf die Gewährleistung der Integrität, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Authentizität der Daten sowie der Systeme während der Aufnahme, Speicherung und Übermittlung in der gegenwärtig dargestellten Verfahrensweise Beachtung.

2.11 Löschfristen

Bezug

§ 33a Abs. 4 des Entwurfes der Fraktion der CDU (Drs. 7/2792)

§ 33a Abs. 6 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993)

Beide Entwürfe sehen eine grundsätzliche Löschfrist von 30 Tagen vor.

In beiden Entwürfen gilt dies nicht, insofern die Aufzeichnungen zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten (von erheblicher Bedeutung²⁹) benötigt werden.

Eine grundsätzliche Speicherdauer von 30 Tagen ist zu begrüßen. In der bisherigen Ausgestaltung der Löschfristen im Rahmen des Pilotprojektes war die Speicherdauer rechtlich auf 48 Stunden begrenzt (§ 33 Abs. 6 PAG).

²⁷ Abschlussbericht „Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei II“, Ziff. 2.3

²⁸ Vgl. Anlage 16 des Abschlussberichtes „Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei II“, Ziff. 7 ff.

²⁹ Siehe hierzu die Anmerkungen zu Ziff. 2.1



Im Sinne des sog. Prozessgrundrechts der Rechtsweggarantie i. S. d. Art. 19 Abs. 4 GG vortierte die LPD, die Regelspeicherfrist der Videosequenzen auf 30 Tage auszudehnen.

Begehrt der von einer Aufzeichnung Betroffene einen Zugang zu den gespeicherten Daten, so müssen die Aufzeichnungen für eine gewisse Zeit vorgehalten werden, um dem Betroffenen das Auskunftsrecht faktisch überhaupt erst zu ermöglichen.

Ein Interesse könnte u. a. in den Fallkonstellationen vorliegen, wenn:

- die Aufnahme als Beweismittel für eine verwaltungsgerichtliche Klage gegen die Rechtmäßigkeit der durchgeführten polizeilichen Maßnahme benötigt wird;
- die Aufnahme benötigt wird, um sich mit deren Beweiswert einem von der Polizei erhobenen Strafbarkeitsvorwurf entlasten zu wollen.

In Anlehnung an den derzeitigen § 33a Abs. 3 PAG sollten die Aufzeichnungen automatisiert gelöscht werden, soweit eine weitere Speicherung oder Nutzung im Sinne des derzeitigen § 32 Abs. 1, Nr. 1 bis 4 PAG nicht mehr erforderlich sind.

Die Entscheidung zur Löschung der Aufzeichnungen sollte nicht im Ermessen der Dienststellenleiter oder eines beauftragten Beamten liegen (vgl. Drs. 7/2972 zu § 33a Abs. 4 sowie Vorlage 7/1993 zu § 33a Abs. 6).

Insofern Aufzeichnungen im Rahmen der Strafverfolgung gefertigt wurden, oder im Ergebnis des Sachverhaltes als Beweismittel für die Strafverfolgung dienen, liegt die Entscheidung über deren Löschung bei der sachleitenden Staatsanwaltschaft. Es gelten die Bestimmungen der StPO.

In allen anderen Fällen sollte eine automatisierte Löschung nach 30 Tagen erfolgen, insofern eine weitere Speicherung oder Nutzung im Sinne des § 32 Abs. 1, Nr. 1 bis 4 nicht mehr erforderlich ist.

In diesen Fällen erfolgt analog der gegenwärtigen Verfahrensweise bei Strafverfahren eine Auslesung der Daten auf einem physischen Speichermedium, welches zur Sachakte genommen wird. Die Aufzeichnung auf dem Bodycam-Speichermedium wird nach 30 Tagen automatisiert gelöscht.

Berechtigungen zur Auslesung von Daten erhält ausschließlich besonders geschultes Personal. Eine lückenlose Dokumentation wird gewährleistet.

Abschließend ist anzumerken, dass beide Entwürfe erneut die Formulierung der „Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung“ enthalten, die aus hiesiger Sicht eine hinreichende Bestimmtheit vermissen lassen (so bereits oben unter Ziff. 2.1, S. 2).

2.12 Jährliche Berichtspflicht

Bezug

§ 33a Abs. 7 des Entwurfes der Fraktion der CDU (Drs. 7/2792)

§ 33a Abs. 7 des Änderungsantrages der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993)



Einer jährlichen Berichtspflicht der Landesregierung (über das Innenresort; hier TMIK) gegenüber dem Landtag kann entsprochen werden. Gegebenenfalls ist auch eine periodische Berichtspflicht gegenüber dem TLfDI zu installieren.

3 Halten Sie das Einsatzmittel der Bodycam für den Bereich der Polizei für geeignet, erforderlich und angemessen? Wenn ja, zu welchem Zweck? Wenn nein, warum nicht?

Wenngleich im Ergebnis der wissenschaftlichen Untersuchungen kein unkritischer Optimismus auf die generelle deeskalierende Wirksamkeit der Bodycam konstatiert werden konnte, so führt der Abschlussbericht der FSU Jena doch aus, dass die Bodycam bei differenzierter Anwendung in spezifischen Situationen durchaus eine deeskalierende Wirkung haben kann. An dieser Stelle ist ebenfalls anzumerken, dass eine polizeiliche Einsatzsituation derart komplexen Einflussfaktoren unterliegt, die eine wissenschaftliche Untersuchung erschweren. Zur Konkretisierung der Untersuchungsergebnisse wäre eine Probandenbefragung nötig, die jedoch aus der Natur der Sache nicht objektiv durchführbar ist.

Für die Zwecke der Strafverfolgung ist die Bodycam unkritisch geeignet, um die Beweislage zu objektivieren und allen Prozessbeteiligten die Situation vor Ort zur Tatzeit zu veranschaulichen.

Dem optimalen und effizienten Einsatz der Bodycam stehen jedoch derzeit noch die rechtlichen Rahmenbedingungen entgegen. Mit Schaffung einer gesonderten Ermächtigungsgrundlage und Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten ist es der Bodycam überhaupt erst möglich, ihr volles Wirkpotential zu entfalten.

Hierbei stellt die Anwendung der Bodycam, gegenüber der gegenwärtig zur Verfügung stehenden Einsatz- und Zwangsmittel der Thüringer Polizei, ein weitaus milderes Mittel dar.

Die jüngste Veröffentlichung des Bundeskriminalamtes bestätigte wiederholt das seit Jahren andauernde Phänomen, dass Polizeibeamte zunehmend körperlichen Angriffen ausgesetzt sind. Die Anzahl der Straftaten gegen die Polizei stieg im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr um 73,46 %. Bei 24,53 % dieser Fälle handelte es sich um Gewaltdelikte.³⁰

Diese Zahlen bestätigen einmal mehr die Notwendigkeit, entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Polizeibeamten zu ergreifen.

4 Sind Sie der Auffassung, dass durch das Tragen der Bodycam Gewalttaten gegen Polizisten wirksam verhindert werden können? Und wie begründet sich Ihre Entscheidung?

Zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojektes „Bodycams in der Thüringer Polizei II“ konnte die Friedrich-Schiller-Universität (FSU) Jena gewonnen werden.

Im Ergebnis der wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojektes konstatierte die FSU Jena:

„Insgesamt scheint das bloße Vorhandensein einer Bodycam in geringem Maße einen deeskalierenden Effekt auf die Betroffenen zu haben. Hinsichtlich einer konkreten Anwendung der Bodycam zeigt das Starten der Filmaufnahme im Vergleich zur Androhung einen deeskalierenden Effekt im Hinblick auf die erlebte Aggressivität der Betroffenen. Allerdings stellten sich in der Untersuchung auch negative Aspekte durch die Bodycam dar. So wurde eine geringere

³⁰ Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020, Bundesweite Fallzahlen, vom 4. Mai 2021, Ziff. 8



Kooperation der Betroffenen bei Vorhandensein der Bodycam beobachtet. (...) Bei der Interpretation der Ergebnisse ist die Natur dieses Pilotprojekts und die Möglichkeit zu berücksichtigen, dass bei zunehmender Schulung und Routine in der differenzierten Anwendung der Bodycam deren Effizienz verbessert werden könnte. Ferner werden Videoaufnahmen der Bodycam als zusätzliches Beweismittel in Strafverfahren gewertet und könnten somit eine Beweislage erhärten sowie die Objektivität der Beweisführung fördern.³¹

Die Ergebnisse zeigen, dass die Bodycam in bestimmten Situationen einen deeskalierenden Effekt haben kann. Das bloße Vorhandensein einer Bodycam scheint einen deeskalierenden Effekt auf das polizeiliche Gegenüber zu haben und aggressive Verhaltensweisen leicht zu senken. Im Vergleich zur bloßen Androhung des Einsatzes der Bodycam scheint ebenso das Starten der Aufzeichnung einen deeskalierenden Effekt im Hinblick auf die Aggressivität des polizeilichen Gegenübers zu haben. Darüber hinaus können die Aufzeichnungen die Beweisführung in Strafverfahren unterstützen.

Neben den positiven Effekten rechtfertigen die Untersuchungsergebnisse jedoch keinen unkritischen Optimismus. Unter Umständen kann die Bodycam bei alkoholisierten bzw. unter Einfluss von berauschenden Mitteln stehenden Personen auch eine eskalierende Wirkung haben.

Die Untersuchungsergebnisse stimmen mich jedoch auch zuversichtlich, dass mit vorliegender Gesetzesinitiative die rechtlichen Rahmenbedingungen einen effizienteren Einsatz der Bodycam ermöglichen als bisher.

Die zusätzlichen Möglichkeiten (Tonaufzeichnungen, Pre-Recording, Einsatz auch in Einkaufspassagen, Diskotheken u. ä. und unter erhöhten Anforderungen auch in Wohnungen) schaffen breitere Anwendungsmöglichkeiten der Bodycam im polizeilichen Alltag. Dies trägt erheblich zur Akzeptanz der Bodycam bei den Polizeibeamten bei.

Die Überführung in den flächendeckenden Regelbetrieb schafft nicht nur bei den anwendenden Polizeibeamten mehr Routine, sondern sorgt auch bei der Bevölkerung für einen Gewöhnungseffekt. Durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit kann an dieser Stelle genau dargestellt werden, was die Absicht der Thüringer Polizei mit Einführung der Bodycam und unter welchen Umständen ein Einsatz vorgesehen ist. Auch Aufklärungsinhalte zu Betroffenenrechten kann Bestandteil einer solchen Öffentlichkeitsarbeit sein. So ist es möglich aufzuzeigen, dass die Bodycam einer bürgernahen Thüringer Polizei nicht entgegensteht, sondern im Sinne der Verhältnismäßigkeit ermöglicht, ein zu den übrigen Einsatzmitteln milderer Mittel zur Verfügung zu haben, ohne Grundrechtseingriffe in die persönlichen Unversehrtheit bzw. Freiheit vornehmen zu müssen.

Zu den möglichen negativen Aspekten habe ich bereits veranlasst, dass im Vorgriff einer möglichen flächendeckenden Einführung erste Überlegungen zur Erarbeitung einer Dienstanweisung getroffen werden, die eine differenzierte Anwendung in spezifischen Situationen regelt.

Ebenso ist beabsichtigt, die Bodycam in die Ausbildungsinhalte zu implementieren als auch zum Bestandteil der wiederkehrenden Fortbildungsprogramme in Form von Einsatztrainings zu machen.

³¹ Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojektes II zum Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei, Januar 2020, Ziff. 6.3



Über die vorgesehenen Berichtspflichten kann eine Empirie geschaffen werden, die Evaluierungsprozesse ermöglicht, gegebenenfalls auch unter Zuhilfenahme externer Partner im Rahmen einer fortgeführten wissenschaftlichen Begleitung.

Ich bin der Überzeugung, dass all diese Initiativen dazu beitragen können, die Hemmschwelle bei Betroffenen bezüglich aggressiven Verhaltens gegenüber Polizeibeamten zu erhöhen, was letztendlich das Aufkommen von Gewalt gegen Polizeibeamte minimiert.

5 Gibt es nach Ihrer Kenntnis wissenschaftliche Untersuchungen, die die Präventionswirkung der Bodycam in Bezug auf Gewalt gegen Polizisten be- oder widerlegen? Wenn ja, welche?

Im Rahmen der Pilotierung der Bodycam in der Thüringer Polizei setzte sich die Projektgruppe mit diversen Studien auseinander, die auch Einfluss in die Abschlussberichterstellung gefunden haben.

An dieser Stelle verweise ich auf die Ausführungen des Abschlussberichtes der Projektgruppe „Einsatz von Bodycams in der Thüringer Polizei II“.

6 Wie bewerten Sie das im Gesetz vorgesehene „Pre-Recording“, also die dauerhafte Aufzeichnung und Überschreibung (Vorabaufnahme) sowie das Aufzeichnen von Aufnahmen in Privatwohnungen und die Eingriffsschwelle der Kamera zum Schutz von Gefahren für Eigentum (§ 33a Abs. 1 Satz 1).

An dieser Stelle ist auf die Ausführungen zu Ziff. 2.4, 2.7 und 2.8 zu verweisen.



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte <small>Gesetzentwurf der Fraktion der CDU</small>		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	
	Landespolizeiinspektion Gotha	
	Organisationsform	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Schuberstraße 6	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	
	99867 Gotha	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)</small>	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) [Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert? [Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert? <input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber! [Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
1.	Name
	Organisationsform
	<i>Notarkammer Thüringen</i>
	<i>Körperschaft des öffentlichen Rechts</i>
	<i>Regierungsstraße 28</i>
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
Postleitzahl, Ort	<i>99084</i>
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
2.	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Verteilung der Motorinnen und Motore in Thüringen und Wahrnehmung der Aufgaben gem. § 67 BldBld</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Übernahme der Regelungen zum Berufsgeheimnis gem. dem Entwurf der Fraktion der FDP</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
28.06.2022	

16773(2021

THÜR. LANDTAG POST
01.07.2021 15:19

Anlage 8

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBetellidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetellidokG in der Betelligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP - Vorlage 7/1993 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td colspan="2" rowspan="4"> <div style="position: relative; height: 100px;"> <div style="position: absolute; top: 0; left: 0; width: 100%; height: 100%; background: linear-gradient(to top right, transparent 49%, black 49%, black 51%, transparent 51%);"></div> </div> </td> </tr> <tr></tr> <tr></tr> <tr></tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<div style="position: relative; height: 100px;"> <div style="position: absolute; top: 0; left: 0; width: 100%; height: 100%; background: linear-gradient(to top right, transparent 49%, black 49%, black 51%, transparent 51%);"></div> </div>		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
<div style="position: relative; height: 100px;"> <div style="position: absolute; top: 0; left: 0; width: 100%; height: 100%; background: linear-gradient(to top right, transparent 49%, black 49%, black 51%, transparent 51%);"></div> </div>											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellidokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>Dr. Art</td> <td>Clemens</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>HWR Berlin Alt Frickestraße 60</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>10375 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Vorname	Dr. Art	Clemens	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	HWR Berlin Alt Frickestraße 60	Postleitzahl, Ort	10375 Berlin
Name	Vorname										
Dr. Art	Clemens										
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer	HWR Berlin Alt Frickestraße 60										
Postleitzahl, Ort	10375 Berlin										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Prof. für Polizeirecht	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Bediencam ist allenfalls leichtes geeignetes Instrument der Gefahrenabwehr und legitimiert den Einsatz rechtlicher Befugnisse	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin 30.6.21	



THUR. LANDTAG POST
24.06.2021 07:48

15208/21

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes

Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte

**LT-Drs. 7/2792
vom 3. März 2021**

Thesenpapier zur Anhörung
im Innen- und Kommunalausschuss
des Thüringer Landtags 24. Juni 2021

Prof. Dr. Clemens Arzt

Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der HWR Berlin
Direktor Forschungsinstitut für Öffentliche und Private Sicherheit (FÖPS Berlin)

Berlin, 23. Juni 2021



Vorbemerkungen

- Ich bin seit 1999 Professor für öffentliches Recht an der (jetzt) Hochschule für Wirtschaft und Recht, die als einzige in Deutschland einen Fachbereich Polizei hat, der in einer normalen Hochschule neben Betriebswirt*innen, Ingenieur*innen und auch der Ausbildung für den öffentlichen Dienst angesiedelt ist und Wissenschafts- und Lehrfreiheit garantiert, was an den Polizeiakademien im Lande ja leider nicht mehr unbedingt der Fall ist. Ich wirke damit seit über 22 Jahren an der Ausbildung zum gehobenen Dienst für die Berliner Polizei mit und unterrichte dort Polizei- und Versammlungsrecht.
- Ich bin kein Sozial-, sondern Rechtswissenschaftler, daher kann ich zum vorgelegten Abschlussbericht der Kolleg*innen aus Jena vom Januar 2020 hier nur sehr kurz und in keinem Fall methodisch Stellung beziehen. Die Studie“ macht indes deutlich, dass die Nutzung von „Bodycams“ in der ausländischen wie (bisher noch recht überschaubaren) deutschen Diskussion noch immer sehr unterschiedlich bewertet wird. Wissenschaftliche Studien stimmen gerade nicht undifferenziert in eine im Gesetzentwurf insinuierte positive Bewertung ein, wie dies im Falle von der Polizei selbst durchgeführten Betrachtungen (bspw. Hessen) der Fall ist.
- Der immer wieder in der öffentlichen Diskussion bemühte „deeskalierende“ Effekt wird dabei aus meiner Perspektive sehr einseitig diskutiert, weil unterstellt wird, nur die von polizeilichen Maßnahmen Betroffenen könnten eskalieren, wohingegen Polizei per se immer deeskaliere. Dies deckt sich nicht mit meinen Erfahrungen gerade im Versammlungsumfeld und auch nicht mit der Rechtsprechung. Bereits der Begriff „das polizeiliche Gegenüber“ weist in eine dichotomische Betrachtung von „Wir“ (Polizei) und „Das Polizeiliche Gegenüber“, weshalb in der Jenaer Studie auch der (im Übrigen auch rechtlich zutreffende) Begriff“ des Betroffenen genutzt wird.
- Dass die Bodycam auch eskalierende Wirkung auf Seiten der von polizeilichen Maßnahmen Betroffenen haben kann, wird in der Jenaer Studie ebenfalls klar herausgearbeitet.
- Neuere Studien in Deutschland zeigen aber auch, dass nicht wenige PolVB Vorbehalte gegen die Bodycam haben, weil diese sie zu „Formalsprech“ in der Interaktion mit Betroffenen zwingt; eine interessante Observation. Noch immer scheint im polizeilichen Alltag die Ansprache von Menschen in der zweiten Person Singular gerade in eher angespannten Lagen zum Standardrepertoire zu gehören, auf das – so vorgenanntes Argument – offenbar nicht gerne verzichtet wird, weil so auch Hierarchieverhältnisse gegenüber „dem polizeilichen Gegenüber“ klarstellt werden können. Ob dies deeskalierend wirkt, ist zu bezweifeln.
- Das von der Polizei und insbesondere den so genannten Polizeigewerkschaften als wichtigen Protagonisten des Rufs nach immer neuen Polizeibefugnissen (vgl. *Aden/Bosch*, Polizeigewerkschaften und innenpolitische Gesetzgebung – politische Einflussnahme zwischen Symbolpolitik und Interessenvertretung,



<https://www.budrich-journals.de/index.php/dms/article/view/37217>) wie auch im heute zu beratenden Gesetzentwurf bemühte Bild der deeskalierenden Wirkung eines polizeilichen Bodycam-Einsatzes ist daher deutlich differenzierter zu betrachten, als im GE suggeriert wird; auch hierauf weist die Jenaer Studie deutlich hin.

- Soweit in der Jenaer Studie auf die Verbesserung der Beweislage in Gerichtsverfahren eingegangen wird, ist aus rechtlicher Sicht auf die unten näher dargestellte Problematik der Verfolgungsvorsorge im Rahmen des Polizeirechts ebenso hinzuweisen wie darauf, dass die Bodycam rechtlich gerade nicht der Verhütung von Beleidigungen dienen kann.

Zum Gesetzentwurf der CDU - Allgemeines

- Bemerkenswert ist die Begründung des GE, die das offenkundig kritische und differenzierte Ergebnis der Jenaer-Studie in eine positive Bewertung des Bodycam-Einsatzes umzudeuten versucht und damit die Ergebnisse der Studie schlichtweg ignoriert.
- Zur Notwendigkeit der Bodycam wird sodann auf 237 tätliche Angriffe auf PolVB im Bundesgebiet verwiesen, was sinnvoll ins Verhältnis zur Gesamtzahl der PolVB und den jährlichen Einsatzstunden gestellt werden müsste, um hier eine nur im Ansatz angemessene Bewertung des Problems anzugehen.
- Sodann wird auf 966 Fälle in der „Straftatengruppe Widerstand“ verwiesen, die indes offenkundig wesentlich weiter ist, als tätliche Angriffe gegen PolVB und die ein allein vom Anzeigenden determiniertes selbstreferentielles Delikt darstellt. Was Beamte*innen als Widerstand deuten, wird zur Anzeige gebracht, so wie auch die Zahl von verletzten Polizist*innen nach einem Einsatz nicht etwa einer Beurteilung durch die Medizin unterliegt, sondern einseitig vom Betroffenen festgelegt wird (s.a. www.spiegel.de/kultur/gewalt-gegen-die-polizei-verletzte-und-verletzende-polizisten-kolumne-a-f77ac5c1-0c6e-47f0-8f16-0e98e4f3ede8).
- Ob es des Einsatzmittels Bodycam (Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte) im polizeilichen Dienst bedarf oder nicht, wird in der Diskussion der letzten Jahre insbesondere daran festgemacht, was von den polizeilichen Interessenvertretungen und einigen Parteien eingefordert wird, wie dies auch sonst in der Diskussion über neue Überwachungsinstrumente und -befugnisse der Polizei der Fall ist. Es geht also nicht um die gleichsam zwingende Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse im Rahmen evidenzbasierter Gesetzgebung, sondern um Interessen.
- Wurde die Diskussion über die Bodycam anfangs fast ausschließlich von Seiten der Polizei und ihren Interessenvertreter*innen bestimmt, hat sich insbesondere mit der Einführung der Bodycam durch § 24c ASOG Berlin 2021 und § 33 Brem-



PolG 2020 die Diskussion und die rechtliche Betrachtung dahingehend verschoben, dass nunmehr die Bodycam nicht mehr allein als ein polizeiliches Einsatzmittel gesehen wird, sondern den von ihrem Einsatz Betroffenen auch in gewissem Umfang Rechte zum Schutz ihrer Grundrechte eingeräumt werden.

§ 33a im Detail

Aus meiner Sicht ist die Maßnahme aus verfassungsrechtlicher Sicht mit Blick auf das **Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung** problematisch und aus den oben genannten Gründen auch nicht sinnvoll. Nachfolgend sollen dennoch Probleme wie auch positive Aspekte des GE näher betrachtet werden, unterstellt, die Novelle sollte vom Landtag angenommen werden, aber auch als Hinweise für die weitere Diskussion.

Unklar ist allerdings, in welchem **Aufgabenbereich nach § 2 PAG** die Bodycam genutzt werden soll. Geht es hier um die Verhütung von Straftaten, die Abwehr von (konkreten) Gefahren oder die Verfolgungsvorsorge. Aus polizeilicher Sicht wird vor allem letztgenannter Bereich häufig besonders hervorgehoben; der Gesetzentwurf schweigt sich hierzu aus. Dies ist problematisch, weil Maßnahmen der **Verfolgungsvorsorge**, anders als in § 2 PAG fälschlich ausgeführt, gerade **nicht** in den Bereich der Gefahrenabwehr gehören, sondern als vorgezogene Repression Teil des Strafprozessrechts und daher im Rahmen der Gesetzgebungskompetenz aus Art. 74 I Nr. 1 GG grundsätzlich vom Bund zu regeln sind; so schon 2005 das BVerfG (www.bundesverfassungsgericht.de/e/rs20050727_1bvr066804.html).

§ 33a Absatz 1

§ 33a I legt die **tatbestandlichen Voraussetzungen** des Einsatzes der Bodycam fest im Rahmen präventiver und repressiver [nicht restriktiver, wie es in der Begründung zum GE irrtümlich heißt) Maßnahmen fest. Dies entspricht zunächst vergleichbaren Regelungen im Landesrecht, wobei § 33 II BremPolG hier höhere Tatbestandsvoraussetzungen festlegt, nämlich die konkrete Gefahr, eine seit Jahrzehnten bekannte Eingriffsschwelle des Polizeirechts.

Wie bis vor kurzem noch § 19a a.F. des ASOG Berlin, wird der Tatbestand indes dadurch weiter definiert, dass für die Zulässigkeit verlangt wird, dass dies „nach den Umständen“ erforderlich sein muss. Das Problem in der Auslegung liegt darin, dass unklar ist, ob damit eine Anhebung oder Absenkung der Eingriffsschwelle angestrebt ist.

Wenig plausibel mit Blick auf polizeiliche Einsatzlagen ist der Katalog der **Schutzgüter**, soweit dieser über Leben und Gesundheit hinausgeht, weil nicht erkennbar ist, wie der Schutz von Freiheit und Eigentum mittels Bodycam funktionieren sollte.



Verfassungsrechtlich wenig umstritten ist, dass ein voraussetzungsloses Pre-Recording (**Vorabaufnahme**), wie etwa in § 24c III 1 ASOG Berlin, im Lichte der Entscheidung zur Kennzeichenerkennung des BVerfG (www.bundesverfassungsgericht.de/e/rs20181218_1bvr014215.html) unzulässig ist. Dieses Problem vermeidet der GE, indem auch die Vorabaufnahme nur unter den in § 33a I 1 genannten Voraussetzungen zulässig ist.

§ 33a I 3 ist insoweit überflüssig, als dort geregelt wird, dass die*der **das Aufzeichnungsgerät tragende PolVB** über dessen Einsatz entscheidet. Dies ist im deutschen Polizeirecht der Regelfall, ein Handeln auf Anordnung grundsätzlich fremd (anders ist dies im Dienstrecht).

Zu begrüßen ist hingegen das Recht des Betroffenen, den Einsatz zu verlangen. Wie in § 24c II ASOG Berlin sollte dies aber ggf. ergänzt werden durch eine unbedingte Pflicht im Falle des **Einsatzes von Zwang**. Beides führte den Gedanken eines auch dem Grundrechtsschutz dienenden Einsatz in das Gesetz ein und sichert den Anspruch des von einer polizeilichen Maßnahme Betroffenen aus Art. 19 IV GG.

§ 33a Absatz 2

Ein Einsatz der Bodycam in **Wohnungen** begegnet mit Blick auf das Wohnungsgrundrecht aus Art 13 I GG erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken (vgl. etwa *Zöller a.a.O.*) und ist nach der hier vertretenen Auffassung ungeeignet, nicht zuletzt, weil insbesondere in der Einsatzsituation der häuslichen Gewalt als vermutlichem Hauptanwendungsfall die Notwendigkeit nicht erkennbar ist.

Unklar auf der **tatbestandlichen** Seite ist, warum hier ein Einsatz nach den „konkreten Umständen“ erforderlich sein muss, in Absatz 1 nach den „Umständen“ allein.

Zu den Schutzgütern siehe bereits oben bei Absatz 1. Anders als in § 33a I 3 soll hier nach Satz 2 nicht mehr die/der die Bodycam tragende PolVB über deren Einsatz entscheiden, sondern der den Einsatz leitende PolVB. Dies soll offenbar eine funktionale Zuständigkeitsverschiebung herbeiführen, an deren Sinnhaftigkeit und Umsetzbarkeit deutliche Zweifel bestehen (siehe etwa *Arzt* zur vergleichbaren Regelung in § 15c PolG NRW).

§ 33a Absatz 3

Auf eine dem § 33a III 2 vergleichbare Regelung zu **Gefahr im Verzug** verzichten das Berliner ASOG; das BremPolG verlangt zumindest eine nachträgliche Mitteilung, ohne die eine eventuelle Schutzwirkung mit Blick auf das Grundrecht



auf informationelle Selbstbestimmung wie auch Art 19 IV GG ins Leere läuft. Hier greift der GE zu kurz.

§ 33 Absatz 4

In § 33 IV fehlen dem § 24c IV 1 und 2 ASOG Berlin vergleichbare Regelungen zur Sicherung der Daten gegen **unbefugte Änderungen und Löschungen**. Es fehlen zudem Regelungen zur **Sicherung des Grund- und Verfahrensrechtsschutzes des Betroffenen**; dies ist eine deutliche Lücke. Hier bedürfte es dringend einer dem § 24c IV 3 Nr. 2 ASOG Berlin vergleichbaren Regelung, die eine Löschung untersagt, „insbesondere auf Verlangen der betroffenen Person, für die **Überprüfung der Rechtmäßigkeit von aufgezeichneten polizeilichen Maßnahmen**. Anders kann der Anspruch aus Art. 19 IV GG nicht gesichert werden (s.a. § 33 VI 1 Nr. 3 BremPolG).

Die **Zweckänderung zur Strafverfolgung** nach § 33 IV 2 ist Usus in vergleichbaren Regelungen; welche Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung mit Blick auf den Schutz vor Gefahren für Leben und Gesundheit vorrangig der eingesetzten PolVB in Betracht kommen könnten, ist jedoch nicht erkennbar.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass eine Regelung und Pflicht zur Beurteilung der Notwendigkeit einer Datenschutz-Folgenabschätzung nach Art. 27 der EU-Richtlinie 2016/680 (JI-Richtlinie) im GE fehlt.

Weiterführende Literaturhinweise

Arzt/Schmidt, Bodycam als Objekt staatlichen Sehens und Zeigens - Wie das Recht den polizeilichen Bedürfnissen angepasst wird, in: Auf neuen Wegen. Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft aus interdisziplinärer Perspektive (Ruch/Singelnstein [Hg.]), Berlin 2021, 320-331

Arzt, Kommentierung §§ 15c PolG NRW, in: Polizei- und Ordnungsrecht Nordrhein-Westfalen, Möstl/Kugelman (Hg.) München 2020 und 18. Edition in BeckOK

Arzt, Kommentierung §§ 12a, 19a, 32 VersG und landesrechtliche Regelungen zu Bild- und Tonaufnahmen bei Versammlungen, in: Ridder/Breitbach/Deiseroth, Versammlungsrecht, 2. Aufl., Baden-Baden 2020

Arzt/Schuster, Bodycam-Einsatz der Polizei jetzt auch in NRW - Zur Kritik des § 15c PolG NRW aus grundrechtlicher Sicht, Deutsches Verwaltungsblatt 2018, 351



Baier/Manzoni, Reduzieren Bodycams Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten? Ergebnisse eines kontrollierten Experiments in Zürich, Kriminalistik 2018, 685

Lena Donaubauer, Der polizeiliche Einsatz von Bodycams - Eine Untersuchung aus kriminologischer, verfassungsrechtlicher und menschenrechtlicher Perspektive, 2017

Kipker/Gärtner, Verfassungsrechtliche Anforderungen an den polizeilichen Einsatz von Bodycams, NJW 2015, 296

Krahmer, Bodycam-Studie der sächsischen Polizei, CILIP 120, 2019, 72

Lachenmann, Einsatz von Bodycams durch Polizeibeamte - Rechtliche Anforderungen und technische Maßnahmen zum Einsatz der Miniaturkameras, NVwZ 2017, 1424

Naplava/Kersting/Reutemann, Gewalterfahrungen und Nutzung der Bodycam von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Wachdienst in Nordrhein-Westfalen, P&W 03/2020, 24

Schenke, Verfassungsrechtliche Probleme des polizeilichen Einsatzes von Bodycams, VerwArch 2019, 436

Wefelmeier, Videoaufzeichnungen durch Körperkameras (Bodycams) – zur Verfassungsmäßigkeit von § 32 IV NPOG, NdsVBl. 2020, 301

Zöller, Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr - Rechtliche Möglichkeiten und Grenzen am Beispiel des rheinland-pfälzischen Pilotprojekts, 2017

Berlin, 23. Juni 2021

gez. Prof. Dr. Clemens Arzt

M202 12 022

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte - Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Odeonsplatz 3, 80539 München</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>80539 München</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Odeonsplatz 3, 80539 München	Postleitzahl, Ort	80539 München
Name	Organisationsform										
Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Odeonsplatz 3, 80539 München										
Postleitzahl, Ort	80539 München										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? nein (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	keine inhaltliche Stellungnahme erfolgt	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
München, 26.04.22	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/2792		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Deutsche Polizeigewerkschaft Thüringen	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Landesgeschäftsstelle
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schwerborner Straße 33
	Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Elu Jena Institut für Psychologie</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Am Weiger 3, Haus 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07743 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Elu Jena Institut für Psychologie		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Weiger 3, Haus 1	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
Name	Organisationsform										
Elu Jena Institut für Psychologie											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Weiger 3, Haus 1										
Postleitzahl, Ort	07743 Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

Anlage 5

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeleiddokG)	
	wissenschaftliche Mitarbeiterin	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeleiddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> - Forschung zeigt: erhöhtes Wissen bedarf differenzierte Überlegungen wo, wie und von wem die Bestimmung eingeleitet werden sollte (z.B. wenn polizeiliches Gegenüber stark akzeptiert ist) - weitere wissenschaftliche Evaluation sinnvoll - Erkennbarkeit der Videoaufzeichnung notwendig 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeleiddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeleiddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Anlage 5

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 30.06.22	(



FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA

Institut für Psychologie
Lehrstuhl für Allgemeine Psychologie und
Kognitive Neurowissenschaften

Friedrich-Schiller-Universität Jena · Institut für Psychologie · 07743 Jena

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

THÜR. LANDTAG POST
02.05.2022 07:17

1109/22

Jena, 30. April 2022

Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU –Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vorlage 7/3500 –

Im Rahmen der Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts II zum Einsatz von Bodycams der Polizei Thüringen durch den Lehrstuhl für Allgemeine Psychologie und Kognitive Neurowissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena zeigte sich, dass bereits das bloße Vorhandensein einer Bodycam eine deeskalierende Wirkung auf das polizeiliche Gegenüber haben kann. Dennoch ließ die bisherige Forschung erkennen, dass ein effektiver Nutzen der Kamera differenzierte Überlegungen bedarf, wo, wie und von wem dieses Einsatzmittel angewendet werden sollte. So können beispielsweise der psychische oder betäubungsmittelbedingte Zustand des polizeilichen Gegenübers sowie das Geschlecht des bzw. der Kamera-tragenden PVB negative Einflussfaktoren auf die Wirksamkeit der Bodycam darstellen. Die durchgeführte Datenerhebung der Friedrich-Schiller-Universität Jena von Mai bis September 2019 stellt insgesamt lediglich eine Momentaufnahme im Kontext des Pilotprojekts dar. Durch vermehrte Schulungen, eine differenziertere Verwendung oder Routine in der Anwendung sowie aufgrund eines erweiterten rechtlichen Rahmens könnte sich die Wirkkraft dieses Einsatzmittels verbessern oder der Einfluss von möglichen Faktoren verändern. Zur Verifizierung dieser Annahmen und somit zum Schutz der PVB vor möglichen Gefährdungen durch das Tragen der Bodycam bedarf es allerdings weiterer wissenschaftlicher Forschung. Aus diesem Grund wird die vorgesehene Regelung zur wissenschaftlichen Evaluierung im § 33a Absatz 7 des Änderungsantrags als sinnvoll bewertet. Jedoch wäre neben einer Auswertung des Bild- und Tonmaterials eine wissenschaftliche Studie im randomisierten Kontrolldesign wünschenswert, um bereits das bloße Vorhandensein der Bodycam sowie mögliche negative Einflussfaktoren unter den eben genannten Veränderungen zu untersuchen.



Hinsichtlich § 33a Absatz 2 des Änderungsantrags wird aus psychologischer Perspektive die Erkennbarkeit einer stattfindenden Videoaufzeichnung als dringend notwendig erachtet. Dies lässt sich anhand verschiedener psychologischer Theorien erklären. Der Rational-Choice-Ansatz nimmt beispielsweise an, dass Personen in einer Situation mit mehreren Handlungsmöglichkeiten diejenige auswählen, in der der subjektiv antizipierte Nutzen einer Handlung höher liegt als die subjektiv erwarteten Kosten. In diesem Sinne kann eine Videoaufnahme mittels Bodycam aufgrund einer erhöhten Entdeckungs- und Sanktionswahrscheinlichkeit die „Kosten“ einer aggressiven Handlung erhöhen. Um jedoch einen Einfluss auf diese Kosten-Nutzen-Rechnung des polizeilichen Gegenübers zu nehmen und somit eine Verhaltensänderung herbeizuführen, ist das Wissen um die Aufnahme und folglich eine offene Verwendung der Videoaufzeichnung notwendig.

Jena, den 30.04.2022

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBetelldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBetelldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">19048 Schkeuditz</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	19048 Schkeuditz
Name	Organisationsform										
	Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	19048 Schkeuditz										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetelldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellidokG)	
	u. a. Polizeirecht	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt? (nicht zutreffende Antwort)	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellidokG)	
	Es wurde auf die Regelungslage im Praktikums-Kompromiss hingewiesen. Eine Skizzenrolle zum Inhalt des Gesetzentwurfs wurde abgelehnt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail (mit anhängendem Schreiben)	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)
<input checked="" type="checkbox"/>	ja, mit ^U Schärnung persönlicher Daten (siehe Schreiben) 4.5.2022

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	U
Schwerin, 17.5.2022	

Ministerium für Inneres, Bau
und Digitalisierung
Mecklenburg-Vorpommern



THÜR. LANDTAG POST
05.05.2022 10:09

11563/2022

Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern
19048 Schwerin

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ausschließlich per E-Mail an:
poststelle@thueringer-landtag.de

Geschäftszeichen: II 400 - II-201-15092-2012/082-005

Datum: Schwerin, 4. Mai 2022

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

– Drucksache 7/2792 –

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Vorlage 7/3500 –

Ihr Schreiben vom 15. März 2022 – Az.: A 6.1/csch, ga - Drs. 7/2792 - VL 7/3500 – zur Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für das übermittelte Anhörungsschreiben in der vorbezeichneten Angelegenheit.

Ich bitte Sie um Verständnis, dass sich grundsätzlich weder die Polizeiabteilung des Ministeriums für Inneres, Bau und Digitalisierung noch nachgeordnete Polizeibehörden und deren Dienststellen – und damit auch nicht die von Ihnen zusätzlich angeschriebene Polizeiinspektion Anklam – bewertend zu polizeirechtlichen Gesetzgebungsverfahren anderer Bundesländer äußern.

Die unterschiedlichen Regelungssystematiken und -lagen in den Polizei- bzw. Sicherheits- und Ordnungsgesetzen der Bundesländer lassen die Beurteilung einzelner polizeilicher Befugnisnormen ohne jegliche Betrachtung des gesetzlichen Gesamtgefüges, in das neue Normen eingebettet werden sollen, nicht zu. Für eine solche umfassende Betrachtung sowie die von Ihnen erbetene Beantwortung eines umfangreichen und detaillierten Fragenkataloges bestehen hier im Fachbereich Polizeirecht und auch in der Polizeiinspektion Anklam zudem keine ausreichenden personellen bzw. zeitlichen Kapazitäten.

Inwieweit Ihrerseits die Kompetenzen für eine auf das Land Thüringen bezogene polizeifachliche und auch verfassungsrechtliche Beurteilung der Änderung des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes im

Hausanschrift:
Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung
Mecklenburg-Vorpommern
Arsenal am Pfaffenteich
Alexandrinstraße 1 · 19055 Schwerin

Postanschrift:
Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung
Mecklenburg-Vorpommern
19048 Schwerin

Telefon: +49 385 5880
Telefax: +49 385 588-2972
E-Mail: poststelle@im.mv-regierung.de
Internet: www.im.mv-regierung.de

Thüringer Innen- und auch Justizressort nachgesucht wurden, ist anhand der übermittelten Unterlagen nicht erkennbar. Eine solche Einbindung wäre jedoch, soweit diese nicht bereits erfolgt ist, dringend zu empfehlen.

Ich kann Ihnen bezogen auf die in den beiden o. g. Dokumenten enthaltenen Regelungen zur Aufnahme in das Thüringer Polizeiaufgabengesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern Folgendes mitteilen:

Das Land Mecklenburg-Vorpommern verfügt mit § 32a SOG M-V über eine Regelung zum Einsatz körpernah getragener Aufnahmegeräte (sogenannter Bodycam-Einsatz). Die aktuell geltende Fassung des § 32a SOG M-V ist abrufbar unter: <https://www.landesrecht-mv.de/bsmv/document/jlr-SOGMV2020pG3>.

Die Befugnisnorm als solches besteht seit dem 5. April 2018; sie wurde am 5. Juni 2020 aufgrund der Neufassung des SOG M-V nochmals angepasst. Die Gesetzesmaterialien nebst einer ausführlichen Begründung aus den Jahren 2017 bis 2020 finden Sie hier abrufbar bereitgestellt:

- Änderung des SOG M-V in 2017/2018 siehe <https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/vorgaenge/40186/1> - dort insbesondere Drucksache 7/1320(neu) (Gesetzentwurf der Landesregierung nebst Begründung zu § 32a SOG M-V) und
- Neufassung des SOG M-V mit Anpassung des § 32a SOG M-V in 2019/2020 siehe <https://www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/vorgaenge/44093/1> - dort insbesondere Drucksache 7/3694 (Gesetzentwurf der Landesregierung mit Begründung zur Änderung des § 32a SOG M-V).

Soweit im o. a. Änderungsantrag 7/3500 (Anlage 3) der Einsatz technischer Mittel in oder an Fahrzeugen der Polizei mitenthalten ist, kann auf die in § 32 Absatz 8 SOG M-V enthaltene Befugnisnorm verwiesen werden. Sie ist ebenfalls unter dem o. g. Link zur aktuellen Fassung des SOG M-V abrufbar.

§ 32a und auch § 32 Absatz 8 SOG M-V werden hier mit Blick auf die aktuelle und hier bekannte Rechtsprechung nach wie vor für rechtlich zulässig erachtet; Verfassungsbeschwerden speziell gegen diese beiden Normen sind hier nicht bekannt.

Ich weise abschließend darauf hin, dass beide Befugnisnormen jedoch keinesfalls isoliert betrachtet werden können, da diese mit anderen SOG-Normen „zusammenspielen“. Beispielsweise darf ich auf die Regelungen in den §§ 26a und 26b verweisen, die den Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung und den Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen zentral regeln und damit auch bei der Anwendung des § 32a SOG M-V gelten. Zudem enthalten § 32a und auch § 32 Absatz 8 SOG M-V Verweisungen in andere Vorschriften im SOG M-V.

Ich hoffe, diese Ausführungen können die weiteren Befassungen im Innen- und Kommunalausschuss zur beabsichtigten Änderung des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes unterstützen.

Einer Veröffentlichung dieses Schreibens stimme ich unter der Maßgabe zu, dass die in diesem Schreiben enthaltenen personenbezogenen oder personenbeziehbaren Daten geschwärzt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>												
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort			
	Name	Organisationsform											
	Geschäfts- oder Dienstadresse												
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)												
Postleitzahl, Ort													
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>												
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <i>Dr. Kersting</i> </td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <i>Stefan</i> </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<i>Dr. Kersting</i>	<i>Stefan</i>	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname											
	<i>Dr. Kersting</i>	<i>Stefan</i>											
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse												
	<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>												
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<i>Kochschullehrer an der HSPU NRW</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<i>- Die beabsichtigte Regelungen sind in sich sehr widersprüchlich und nicht praktikabel.</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <i>sonst</i>	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gehrenitz, 06.05.2022	



HSPVNRW

Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung
Nordrhein-Westfalen



Thüringer Landtag

Z u s c h r i f t

7/1859

zu Drs. 7/2792

HSPV NRW, Wanner Straße 158 - 160, 45888 Gelsenkirchen

An den
Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen Fuchs Straße 1

99096 Erfurt

Abteilung Gelsenkirchen
Studienort Gelsenkirchen
Wanner Straße 158 - 160
45888 Gelsenkirchen

www.hspv.nrw.de

Stellungnahme zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Vorlage 7/3500.

Gelsenkirchen, den 06.05.2022

Anhörungsverfahren gemäß §§ 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

freundlicherweise haben Sie mich in o.g. Angelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme eingeladen, die ich mit den ebenfalls eingeladenen Kollegen,
und abgestimmt habe. Die inhaltliche Verantwortung obliegt mir.

Gegenstand

Gegenstand der vorliegenden Stellungnahme ist der im Betreff aufgeführte Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Daneben verweise ich auf meine Stellungnahme vom 03.05.2021: Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU „Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte“, Drucksache 7/2792 sowie Nummer 4 des Änderungsantrags der Fraktion der FDP, Vorlage //1993.

Pre-Recording

Aus dem Änderungsantrag wird m.E. nicht hinreichend deutlich, ob es sich um ein dauerhaftes Pre-Recording (die Kamera zeichnet in einer Dauerschleife ständig einen festgelegten Zeitraum auf) oder ein durch die Polizeibeamt:innen – bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen – auszulösendes Pre-Recording handelt. Aus dem Kontext der beabsichtigten gesetzlichen Regelungen kann grundsätzlich gefolgert werden, dass ein Pre-Recording auf Abruf intendiert ist, allerdings sollte das im Sinne einer Normenklarheit verständlicher herausgestellt werden. In diesem Zusammenhang ist außerdem zu klären, warum gemäß Absatz 4 des vorliegenden Entwurfs nur die dauerhafte Aufzeichnung personenbezogener Daten, die dem Kernbereich privater Lebensgestaltung zuzurechnen sind, untersagt wird. Wenn es sich um ein zu aktivierendes Pre-Recording handelt, sollte konsequenterweise auch das Pre-Recording in solchen Fällen ausgeschlossen werden. Wenn eine dauerhafte Aufzeichnung ausgeschlossen wird, kann ein Pre-Recording zur Aufklärung des Sachverhalts nichts beitragen.

Dauer des Pre-Recording

Da diese Art des Pre-Recording der gesetzlichen Eingriffsschwelle einer Gefahr oder Maßnahme der Strafverfolgung unterliegt, ist die Einsatzsituation zum Zeitpunkt des Auslösens des Pre-Recordings bereits häufig konfliktträchtig. Infolgedessen ist es mit Blick auf die nachträgliche Erschließung des Sachverhalts sinnvoll, den Zeitrahmen der Aufzeichnung auf 60 Sekunden zu erhöhen.

Seite 2 von 4

Datenerhebung durch Aufnahmegeräte an polizeilich genutzten Fahrzeugen

Der Entwurf des § 33 a des Polizeiaufgabengesetzes macht den Einsatz von Aufnahmegeräten an polizeilich genutzten Fahrzeugen von dem Vorliegen der in Absatz 1 genannten Voraussetzungen (Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder solche zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten) abhängig. Danach wäre der Einsatz der Aufnahmegeräte im Rahmen von allgemeinen Verkehrskontrollen ausgeschlossen. Sollte im Rahmen einer allgemeinen Verkehrskontrolle der Einsatz der im Fahrzeug verbauten Kamera erforderlich werden, könnten die Polizeibeamt:innen diese nicht nachträglich aktivieren, ohne in das Dienstfahrzeug zurückzukehren. Ebenso problematisch ist die Umsetzung der Norm bei Vorliegen der Voraussetzungen aus Absatz 1. Zunächst müssten die Polizeibeamt:innen entscheiden, ob ein Pre-Recording ausgelöst wird. Soweit ist das praktikabel. Sollte dann allerdings die Situation außerhalb des Dienstfahrzeugs (weiter) eskalieren, also die dauerhafte Aufzeichnung erforderlich werden, müssten die Polizeibeamt:innen diese erst aktivieren, was in einer solchen Situation nicht praktikabel ist. Nach meiner Auffassung sollten die Eingriffsermächtigungen für körpernah getragene und in Dienstfahrzeugen verbaute Aufnahmegeräte getrennt werden. Zum einen aus den dargelegten praktischen Erwägungen und wegen der unterschiedlichen Eingriffstiefe: Bei fest verbauten Aufnahmegeräten wird lediglich das Bild, nicht aber der Ton aufgezeichnet. In Nordrhein-Westfalen ist der Einsatz von Aufnahmegeräten in polizeilichen Dienstfahrzeugen in § 15b PolG NRW geregelt: *„Die Polizei kann zur Abwehr einer Gefahr im Sinne des § 1 Abs. 1 zum Zwecke der Eigensicherung bei Personen- oder Fahrzeugkontrollen Bildaufnahmen und -aufzeichnungen durch den Einsatz optisch-technischer Mittel in Fahrzeugen der Polizei herstellen. Der Einsatz der optisch-technischen Mittel ist, falls nicht offenkundig, durch geeignete Maßnahmen erkennbar zu machen oder der betroffenen Person mitzuteilen. Die Bildaufzeichnungen sind am Tage nach dem Anfertigen zu löschen. Dies gilt nicht, wenn die Aufzeichnungen zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten benötigt werden. § 24 Absatz 2 und 3 bleibt unberührt.“* Durch den Hinweis auf § 1 PolG NRW wird auf die abstrakte Gefahr abgestellt. Daher reicht als Eingriffsvoraussetzung für die dauerhafte Aufzeichnung die hinreichende Wahrscheinlichkeit, dass Polizeibeamt:innen bei der Kontrolle gefährdet sein könnten. Der Einsatz der körpernah getragenen Aufnahmegeräte ist hingegen mit erheblich differenzierteren Eingriffsvoraussetzungen in § 15 c PolG NRW geregelt.

Einsatz der Bodycam in Wohnungen

Der Einsatz der Bodycam ist gemäß Absatz 3 des vorliegenden Entwurfs in Wohn- und Nebenräumen sowie in dazugehörigem privatem Besitztum nicht zulässig. In Nordrhein-Westfalen ist der Einsatz der Bodycam in Wohnung unter den Voraussetzungen des § 15 c (2) PolG NRW zulässig. Diese Entscheidung des nordrhein-westfälischen Gesetzgebers begründet sich mit der besonderen Gefährdung von Polizeibeamt:innen bei Einsätzen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt, der mit dem Einsatz der Bodycam begegnet werden soll. Insofern wäre zu prüfen, inwieweit Einsätze mit dem Hintergrund häuslicher Gewalt für Polizeibeamt:innen in Thüringen ebenso eine besondere Gefahr darstellen. Bei einer entsprechenden Gefährdung wäre der Abschluss zu überdenken.



Der Ausschluss des Entwurfs geht allerdings noch über den verfassungsrechtlich besonders geschützten Wohnraum hinaus, weil Nebenräume und dazugehöriges privates Besitztum von der Regelung erfasst werden sollen. Beispielsweise wäre damit der Einsatz der Bodycam bei einer eskalierenden Gartenfeier im Zusammenhang mit Ruhestörungen unzulässig. Im Ergebnis werden durch diese Regelung eine Vielzahl von potenziell gefährlichen Einsatzsituationen ausgeschlossen, was dem Zweck eines Schutzes der Polizeibeamt:innen durch den Einsatz der Bodycam widerspricht.

Aufzeichnung auf Verlangen von einer betroffenen Person

Gemäß Absatz 1 des Entwurfs soll eine dauerhafte Aufzeichnung u.a. dann erfolgen, wenn es von einer betroffenen Person ausdrücklich verlangt wird. Diese Regelung ist sowohl aus praktischen, als auch rechtlichen Erwägungen heraus nicht umsetzbar. Zunächst ist nicht hinreichend verständlich, wer mit dem Ausdruck der „*betroffenen Person*“ gemeint ist. Es können logischerweise nicht die Personen gemeint sein, die von dem Einsatz der Bodycam betroffen sind, weil in diesen Fällen das Verlangen nach einer Aufzeichnung keinen Sinn ergibt: Der Einsatz der Bodycam würde dann schon andauern. Damit stellt sich die Frage, ob es sich bei den „*betroffenen Personen*“ ausschließlich um Störer oder Beschuldigte einer strafbaren Handlung handeln soll oder ob mit diesem Begriff auch beispielsweise Zeugen, Opfer oder sonstige Hinweisgeber erfasst werden sollen.

In polizeilichen Einsatzsituationen, insbesondere solchen mit einem entsprechenden Konfliktpotenzial, ist regelmäßig eine Vielzahl von Personen von den polizeilichen Maßnahmen betroffen. Gemäß der vorliegenden Regelung bleibt unklar, wie die Polizeibeamt:innen sich zu entscheiden haben, wenn eine Person die dauerhafte Aufzeichnung ausdrücklich verlangt, eine weitere ebenso involvierte Person genau dies aber nicht möchte. Naturgemäß stellt sich dieses Problem nur dann, wenn die sonstigen Voraussetzungen einer dauerhaften Aufzeichnung nicht vorliegen. Allerdings könnte der Streit unter den „*betroffenen Personen*“ zu einer Eskalation der Situation führen. Aus rechtlicher Hinsicht erscheint es bedenkenswert, dass in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung einer Person durch die Datenaufzeichnung eingegriffen wird, weil eine andere Person dies verlangt. Durch diese verpflichtende Vorschrift haben die Polizeibeamt:innen keinerlei Ermessensspielraum bezüglich des Kameraeinsatzes. Bereits in meiner Stellungnahme vom 03.05.2021 habe ich, unter Bezugnahme auf die Befunde einer umfassenden multimethodischen Untersuchung zur Wirksamkeit der Bodycam in Nordrhein-Westfalen¹, auf die Bedeutsamkeit des polizeilichen Ermessens zur Vermeidung von Eskalationen hingewiesen. Durch den Ausschluss von Ermessensspielräumen wird das Ziel – Vermeidung von tätlichen und nichttätlichen Angriffen auf Polizeibeamt:innen – in Frage gestellt.

Ermessensreduktion bei der Androhung und Anwendung von unmittelbarem Zwang

Abgeleitet aus den Befunden der Wirksamkeitsevaluation der Bodycam im Wachdienst der Polizei NRW wurde die Handlungsempfehlung eines größtmöglichen Ermessens ausgesprochen. Zum einen zum Schutz der Polizeibeamt:innen vor tätlichen und nichttätlichen Angriffen, zum anderen, um alle Optionen zur Deeskalation einer Situation nutzen zu können. Und das auch in Fällen der Androhung oder Anwendung von unmittelbarem Zwang. Die Handlungsempfehlung wurde wie folgt

¹ Kersting, S., Naplava, T., Reutemann, M., Heil, M. & Scheer-Vesper, C. (2019). Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht. Gelsenkirchen: Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW. Der Abschlussbericht steht unter https://www.hspv.nrw.de/fileadmin/user_upload/190429_Bodycam_NRW_Abschlussbericht.pdf zum download bereit.



begründet. „Die Bodycam kann ihr deeskalatives Potenzial nur dann entfalten, wenn sie ein Hilfsmittel im polizeilichen Einsatz bleibt. Die Befunde zeigen, dass Einsatzsituationen vorstellbar sind, bei denen trotz Vorliegens der rechtlichen Voraussetzungen ein Einsatz der Bodycam nicht notwendig oder unangemessen ist. Je nach Einsatzlage kann die Aktivierung der Bodycam entweder die Einsatzbewältigung unnötig erschweren, beispielsweise durch ausufernde Diskussionen über Sinn und Rechtmäßigkeit, oder im schlimmsten Fall die Aggression des polizeilichen Gegenübers bis hin zum tätlichen Angriff steigern. Zudem zeigt sich, dass auch das Ausschalten der Bodycam die Situation beruhigen kann“ (S. 126). Gerade in Einsätzen, bei denen bereits die Androhung von Zwangsmaßnahmen erforderlich ist, müssen alle Möglichkeiten zur Deeskalation erhalten bleiben: Zum Schutz der Polizeibeamt:innen ebenso wie zum Schutz des polizeilichen Gegenübers vor vermeidbaren Zwangsmaßnahmen. Die Regelung des Entwurfs würde die taktischen Möglichkeiten der Polizei zur Deeskalation beschneiden.

Technisch automatisierte Aufnahme bei Entnahme der Schusswaffe

Ebenso wie die Regelung zum Einsatz der Bodycam bei der Androhung oder der Anwendung von Zwangsmaßnahmen reduziert die Regelung zur automatischen Aufzeichnung bei der Entnahme der Schusswaffe das Ermessen auf null. Damit werden die – auch bei der Entnahme der Dienstwaffe fortbestehenden kommunikativen Möglichkeiten zur Deeskalation – eingeschränkt. So können die Polizeibeamt:innen beispielsweise nicht durch das Ausschalten der Bodycam zur Beruhigung beitragen. Darüber hinaus steht die Regelung im Konflikt mit dem Ausschluss der Aufzeichnung mittels Bodycam in Wohnungen, den Nebenräumen und dem dazugehörigen befriedeten Besitztum sowie solchen Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen, die der Ausübung von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern nach den §§ 53, 53a StPO dienen. Durch die automatisierte Aktivierung würde die Aufzeichnung auch in diesen Fällen stattfinden. Aus Gründen der Eigensicherung sollten bei der automatisierten Aktivierung optische und akustische Signale deaktiviert werden, z.B. wenn eine verdeckte Annäherung erforderlich ist.

Mit hochachtungsvollen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="padding: 5px;">Polizei Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Polizeiinspektion Sonneberg</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Bismarckstraße 52</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">96515 Sonneberg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Polizei Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	Polizeiinspektion Sonneberg	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bismarckstraße 52	Postleitzahl, Ort	96515 Sonneberg
Name	Organisationsform										
	Polizei Thüringen										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Polizeiinspektion Sonneberg										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bismarckstraße 52										
Postleitzahl, Ort	96515 Sonneberg										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Polizeivollzugsbeamter, Leiter Einsatz- und Streifendienst	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Grds. wird die Einbringung des Gesetzesvorschlages befürwortet - Jedoch erheblicher Änderungsbedarf in: • Tatbestandsvoraussetzungen • Pflicht zur Aufzeichnung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Sonneberg, 04.05.2022	



Landespolizeiinspektion Saalfeld
Promenadenweg 9 · 07318 Saalfeld

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Ihre Ansprechpartner/in:

Durchwahl:
Telefon 03671 56-1512
Telefax 03671 56-1599

poststelle.lpislf@
polizei.thuerlingen.de

Ihr Zeichen:

Drs. 7/297-VL7/3501

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes -Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte

Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags

Ihre Nachricht vom:
15. März 2022

Unser Zeichen:
(bitte bei Antwort angeben)

Saalfeld
05. Mai 2022

Die LPI Saalfeld wurde beauftragt, im Zuge des Anhörverfahrens des Innen- und Kommunalausschusses, eine Stellungnahme zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Neueinführung §33a PAG – abzugeben.

In Bezug auf die Fragestellungen des InnKA kann wie folgt berichtet werden:

1. Sind die Tatbestandsvoraussetzungen bzw. die Regelungen in § 33 a Absatz 1 in der Fassung des Änderungsantrags zum Pre-Recording und zur dauerhaften Aufzeichnung im vorgelegten Änderungsantrag aus Ihrer Sicht angemessen gefasst?

Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 33 a Absatz 1 sind angemessen verfasst. Eine explizite Nennung der Aufnahmebefugnis bei Feststellung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten wäre jedoch aus hiesiger Sicht erforderlich.

2. Ist sowohl vor dem Hintergrund der Eingriffstiefe der Vorabaufnahme im flüchtigen Speicher und der damit verbundenen Aufnahme unbeteiligter Dritter einerseits, sowie der Möglichkeit den Einsatz und das Vorgeschehen umfassender darstellen zu können andererseits, eine Dauer von 30 Sekunden oder 60 Sekunden Pre-Recording angemessen und wie begründen Sie dies?

Eine Dauer von 30 Sekunden beim Pre-Recording wird als angemessen und ausreichend betrachtet. Eine Dauer von 60 Sekunden wäre, gerade im Hinblick auf eine datenschutzrechtliche Betrachtung zu hoch angesetzt. Es bestünde hier die Gefahr, dass sowohl private Gespräche der Beamten vor dem eigentlichen Einsatz, als auch sachverhaltsfremde Informationen (Funksprüche, personenbezogene Daten etc.) aufgezeichnet werden. In der Regel wird bei ad hoc auftretenden Gefahrensituationen die Bodycam ausgelöst. Die Reaktionszeit der Beamten entspricht grds. ca. 10 Sekunden.

Landespolizeiinspektion
Saalfeld
Promenadenweg 9
07318 Saalfeld
Telefon 03671 56-0
Telefax 03671 56-1599
www.polizei.thuerlingen.de

Datenschutzinformation
Informationen zur Verarbeitung Ihrer
Daten finden Sie unter dem Link:

<https://polizei.thuerlingen.de/landespolizeiinspektionen/lpsaalfeld/datenschutz/>

Unter Einbeziehung aller Gesamtumstände wäre sogar eine Pre-Recording-Dauer von 20 Sekunden angemessen und ausreichend.

3. Wird aus Ihrer Sicht für die Anwender der Kamera mit dem Entwurf deutlich, wer das Anspruchsrecht als „betroffene Person“ nach § 33a Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 in der Fassung des Änderungsantrags hat, wenn nein, welche Änderungen wären erforderlich?

Hier sollte der Passus wie folgt konkretisiert werden: „von einer polizeilichen Maßnahme betroffenen Person“. Selbst bei dieser Formulierung wäre der Personenkreis der „anordnenden“ Bürger sehr unüberschaubar und nicht zur Genüge konkretisiert. Bereits bei oberflächlicher Betrachtung drängen sich Fallbeispiele auf, welche den handelnden Polizeibeamten vor Herausforderungen stellen werden:

Soll beispielsweise auch der Beifahrer einer allgemeinen Verkehrskontrolle das Anrecht auf die Anordnung der Aufzeichnung haben, oder erst, wenn beim Fahrer eine Ordnungswidrigkeit festgestellt wird und der Beifahrer als Zeuge im Ordnungswidrigkeitenverfahren agiert?

Wird ein zunächst Unbeteiligter zum „Betroffenen“, wenn er die Aufzeichnung verlangt und nur hiermit in Interaktion mit den Polizeibeamten tritt?

Diese Beispiele skizzieren nur einen Bruchteil der Herausforderungen, welche durch die Anordnungskompetenz des „Betroffenen“ vorliegen.

Nicht nur aus diesem Grund wird es aus hiesiger Sicht als höchst kritisch angesehen, dass die Anordnungskompetenz zum Aufzeichnen mit der Bodycam auf den „Betroffenen“ übergeht. Jeder Polizeibeamte ist im Vollzug des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes geschult und handelt im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten. Die „Betroffenen“ haben in der Regel keine entsprechende Ausbildung in Bezug auf das Polizeiaufgabengesetz. Gleichwohl wird dem „Betroffenen“ hier das Recht der Anordnung einer Aufnahme, ohne das Vorliegen einer konkreten Gefahr zugestanden.

Gem. § 33a Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 wird dem durchführenden Beamten die Entscheidungs- und Anordnungskompetenz entzogen. Die Bodycam stellt ein Führungs- und Einsatzmittel der Thüringer Polizei dar. Selbst bei Zwangsmittel bzw. Hilfsmittel der Körperlichen Gewalt liegt die Anordnungs- und Entscheidungskompetenz im Ermessen des handelnden Polizeibeamten. Hieran sollte sich auch beim Einsatz der Bodycam orientiert werden. Die Bodycam soll, dem Sinn nach, eine Möglichkeit zur Gefahrenabwehr darstellen. Die Anordnung der Aufnahme durch den Bürger steht dem Grundsatz der Adäquanz entgegen, da willkürliche Aufnahmeansprüche der Bürger nicht der Abwehr einer Gefahr dienen.

Auch datenschutzrechtlich stellt die Aufnahme, nahezu willkürlich „angeordnet“ durch den „Betroffenen“, eine Eingriffsbefugnis in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung von Unbeteiligten dar. Die Polizei hat vor jeder Aufnahme eine rechtliche Prüfung der Voraussetzungen

durchzuführen. Die rechtliche Prüfung stellt eine Schwelle zum Eingriff in die Grundrechte der Bürger dar. Bei der „Anordnung“ durch den „Betroffenen“ erfolgt jedoch keine rechtliche Prüfung. Somit hat jeder „Betroffene“ die Möglichkeit in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung von Unbeteiligten, ohne vorherige rechtliche Prüfung, einzugreifen, was als höchst kritisch bewertet wird.

4. Wie bewerten Sie die Möglichkeit einer automatisierten Aufzeichnung beim Ziehen der Schusswaffe wie im Änderungsantrag unter § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 3 vorgeschlagen? Und wäre dies aus Ihrer Sicht gleichfalls für das Reizstoffsprüngerät und den Schlagstock geeignet und geboten, sofern technisch möglich?

Diese Möglichkeit wird stark befürwortet könnte jedoch bei flächendeckender Einführung im Regelbetrieb zu erheblichen Problemen führen. Insbesondere da Aufnahmen bei jeder Entnahme der Schusswaffe oder Hilfsmitteln (RSG) zu einer technisch automatisierten Aufzeichnung führen würde. Eine Pilotierung der entsprechenden technischen Komponenten war jedoch bisher nicht Bestandteil der Pilotphase.

5. Ist es aus Ihrer Sicht technisch und praxistauglich möglich, den Zwischenspeicher (Pre-Recording) automatisiert unwiderruflich/spurenlos zu löschen wie im Änderungsantrag unter § 33a Absatz 1 Satz 4 vorgeschlagen? Wenn nein, was wäre aus Ihrer Sicht eine angemessene Formulierung?

Diese Formulierung wird als angemessen und praktikabel betrachtet. Aus technischer Sicht erfolgt in den auf den Markt befindlichen Bodycam-Systemen bereits eine dauerhafte und unwiderrufliche Löschung des Pre-Recording-Speichers.

6. Halten Sie die Regelungen in § 33a Absatz 2 des Änderungsantrags zum Verhältnis Polizei/Betroffene (Ankündigung, Erkennbarkeit, Belehrung) geeignet, auch um das Vertrauen in die Maßnahme der polizeilichen Bild- und Tonaufzeichnung zu verbessern und wie bewerten Sie den Vorschlag vor dem Hintergrund der Praktikabilität?

Die Regelungen in Bezug auf Erkennbarkeit und Ankündigung werden als geeignet und praktikabel erachtet. Jedoch wird die Belehrung bezüglich der nachträglichen Einsichtnahme als nicht praktikabel erachtet. Dies begründet sich im Umfang des Erklärungsbedarfs der Einsichtnahmevoraussetzungen. Grundsätzlich handelt es sich bei Situationen, die das Einschalten der Bodycam bedingen um Gefahrensituationen, welche von Natur aus durch eine aggressive Grundstimmung des polizeilichen Gegenübers gekennzeichnet sind. In diesen Situationen noch umfangreich über die Einsichtnahmerechte zu belehren wird aus praktischer Sicht meist nicht möglich bzw. zielführend sein.

Ebenso sollte der Passus im § 33a Absatz 2 Satz 7 „spätestens mit Abschluss der Maßnahme“ konkretisiert werden. Es sollte deutlich gemacht werden, dass hiermit die polizeiliche Maßnahme an sich und nicht die Aufzeichnung gemeint ist.

7. Wie bewerten Sie die vorgeschlagene Änderung in § 33a Absatz 3 des Änderungsantrags, auf den Einsatz in Wohnräumen vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Hürden des Artikels 13 Absatz 1 zum Schutz der Wohnung zu verzichten, gleichfalls jedoch in einem abgestuften Verfahren den Bereich der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume bei angepasster Eingriffsschwelle sowie dem Schutz von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern zu ermöglichen?

Dies wird als äußerst kritisch betrachtet.

Viele Gefahrensituationen tragen sich innerhalb von Wohnräumen zu. Den Einsatzwert der Bodycam gerade in diesen Bereich zu beschränken ist weder praktikabel noch sinnvoll.

Das Grundrecht gem. Artikels 13 Absatz 1 GG wird bereits durch das Betreten der Wohnung durch die Polizeibeamten eingeschränkt. Wenn hierfür die Voraussetzungen vorliegen, liegen aus hiesiger Sicht keine Bedenken zur Durchführung von Aufnahmen innerhalb der o. g. Bereiche nach erneuter Gefahrenanalyse vor.

Eine Untergliederung in Wohn- und Geschäftsräume führt bei den handelnden Beamten zu Irritationen und führt zu fehlender Rechtssicherheit im polizeilichen Handeln, zumal in vielen Fällen eine Abgrenzung zwischen Wohn- und Geschäftsräumen vor Ort - gerade in ad hoc-Einsätzen, welche die Regel des polizeilichen Alltags darstellen - nicht möglich ist und dies einer genauen Betrachtung im Nachgang bedarf.

Als geeignetes Mittel zum Schutz des Artikels 13 Absatz 1 GG wäre die Beschränkung der nachträglichen Einsichtnahme in die Aufzeichnungen sowie Einschränkungen in der Verarbeitung der aufgezeichneten Daten.

8. Ist es aus Ihrer Sicht vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Hürden des Artikels 13 Absatz 1 des Grundgesetzes folgerichtig und erforderlich, nicht nur die dauerhaften Aufzeichnungen für Wohnungen auszuschließen, sondern ebenfalls die Vorabaufnahme (Pre-Recording) für Wohnungen auszuschließen? Und wie ist dies aus Ihrer Sicht praktisch für den Kameraanwender umzusetzen? Ist es geboten und praktikabel das Pre-Recording am Gerät in diesen Fällen zu deaktivieren?

Da die Aufnahmen im Rahmen des Pre-Recording bei Nichtauslösen der Bodycam dauerhaft und unwiderruflich gelöscht werden, wird hierin kein erweiterter Eingriff in den Artikels 13 Absatz 1 GG gesehen.

Ein Ausschließen der Vorabaufnahmen durch den Kameraanwender ist weder praktikabel noch in der polizeilichen Einsatzlage umsetzbar.

Zweifelhaft ist auch die technische Umsetzung, da nach hiesiger Kenntnis, die Pre-Recording-Funktion in der Kamera-Software ausgeschaltet werden muss und dies nicht manuell an der Kamera erfolgen kann.

9. Wäre aus Ihrer Sicht in § 33a Absatz 3 des Änderungsantrags ein zusätzlicher Richtervorbehalt für die Verwendung von Aufnahmen aus Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen (die nicht in solchen zulässig sind, die der Ausübung der Tätigkeit von Berufsgeheimnistägern und Berufshelfern nach den §§ 53, 53a der Strafprozessordnung dienen) über das bereits abgestufte Verfahren hinaus erforderlich oder ist dieser entbehrlich?

Ein entsprechender Richtervorbehalt für die Verwendung der Aufnahmen in Wohn- und Geschäftsräumen wird als sinnvoll erachtet. Diese würde den Hürden des Art. 13 Absatz 1 GG umfangreich Genüge tun. Auf ein Aufnahmeverbot sollte daher verzichtet werden (vgl. Punkt 7)

10. Ist der Umgang von Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten hinsichtlich des befriedeten Besitzums aus Ihrer Sicht angemessen in § 33a Absatz 3 des Änderungsantrags geregelt, auch vor dem Hintergrund von Kleingartenanlagen, dabei insbesondere im Verhältnis zum Schutz nach Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes? Falls nein, welche Änderungen schlagen Sie vor?

Aus hiesiger Sicht sollte auch auf ein Aufnahmeverbot innerhalb befriedeten Besitzums verzichtet werden (vgl. Punkt 7 und 9)

11. Wie bewerten Sie die angepasste Regelung zum Kernbereichsschutz in § 33a Absatz 4 des Änderungsantrags vor dem Hintergrund des veränderten Regelungserfordernisses, dass Aufzeichnungen in Wohnungen nicht mehr zulässig sind und vor dem Hintergrund, dass die kameratragende Person (anders als bei der verdeckten Aufzeichnung) nicht sofort in die Aufnahme eingreifen soll, um diese zu löschen, da dieser generell der Zugriff hinsichtlich einer Löschung entzogen ist?

Der Kernbereichsschutz sollte konkreter formuliert werden.

Wie bereits erläutert sind Einschränkungen in der Aufnahme innerhalb von Privat- und Geschäftsräumen nicht zweckmäßig. Sinnvoller wären hier Einschränkungen in der Datenverarbeitung (siehe Punkt 7 und 9).

Dass dem kameratragenden Beamten der Löschzugriff entzogen ist, wird als unkritisch betrachtet.

12. Sind aus Ihrer Sicht Kernbereichsverletzungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Bodycams im öffentlichen Raum oder in Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen (die bereits nicht in solchen zulässig sind, die der Ausübung der Tätigkeit von Berufsgeheimnistägern und Berufshelfern nach den §§ 53, 53a der Strafprozessordnung dienen) vorstellbar und wenn ja sind Ihnen Anwendungsbeispiele bekannt?

Genannte Kernbereichsverletzungen sind nicht vorstellbar.
Anwendungsbeispiele sind nicht bekannt.

13. Wäre aus Ihrer Sicht ein zusätzlicher Richtervorbehalt für die Verwendung von Aufnahmen in solchen Fällen erforderlich, bei bzw. nach denen es zu einer Kernbereichsverletzung im Sinne des § 33a Absatz 4 des Änderungsantrags gekommen ist (vor dem Hintergrund der im Änderungsantrag angepassten Einsatzgebiete)?

Vor dem Hintergrund von gestatteten Aufnahmen in o. g. Bereichen wird ein Richtervorbehalt als sinnvoll und zweckmäßig erachtet.

14. Wäre aus Ihrer Sicht die dauerhafte Aufzeichnung auch innerhalb der Wohnung für den ausschließlichen Fall des Ziehens der Schusswaffe rechtlich möglich, wenn man im Ergebnis der Abwägung ein Aufzeichnungsinteresse in solchen Fällen höher gewichtet als den Schutz in Artikel 13 Absatz 1 Grundgesetz? Falls nein, müsste aus Ihrer Sicht aus (verfassungs-)rechtlichen Gründen in solchen Fällen das Pre-Recording und die Tonaufzeichnung zu diesem Zweck deaktiviert oder deaktivierbar sein oder würde eine Regelung zur unmittelbaren Löschung, analog z.B. § 35 Absatz 6 Sätze 2-7 des Thüringer Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei (PAG) aus Ihrer Sicht ausreichen und wie bewerten Sie das vor dem Hintergrund der Praktikabilität?

Aus hiesiger Sicht wird die dauerhafte Aufzeichnung innerhalb der Wohnung grundsätzlich rechtlich möglich und vor allem sinnvoll (vgl. Punkt 7 und 9). Die Deaktivierung der Pre-Recording-Funktion und der Tonaufnahme beim Ziehen der Schusswaffe bzw. generell innerhalb der Wohnung ist in keiner Weise praktikabel oder umsetzbar. Gerade in solchen Gefahrensituationen ist das Handling an der Bodycam - sofern dies überhaupt an der Kamera einstellbar ist - zu aufwändig. Der Zeitverzug im polizeilichen Handeln steht in keinem Verhältnis zur drohenden Gefahr, insbesondere in Situationen, bei denen die Schusswaffe zum Einsatz kommt.

15. Die bisherige Aufbewahrungsdauer der Aufzeichnungen beträgt 48 Stunden und soll in § 33a Absatz 5 des Änderungsantrags auf 30 Tage erweitert werden. Ist dieser Zeitraum aus Ihrer Sicht angemessen oder sollte dieser weiter ausgedehnt werden? Wenn nein, welche Frist scheint Ihnen angemessen?

Eine Aufbewahrungsfrist von 30 Tagen erscheint als ausreichend und angemessen.

16. Sollten aus Ihrer Sicht beim Vorliegen von dauerhaften Bild- und Tonaufzeichnungen mittels Bodycam über Straftaten (§ 33a Absatz 5 Satz 3 Nr. 1 des Änderungsantrags) hinaus auch Ordnungswidrigkeiten (etwa Falschparken, unsachgemäße Entsorgung von Zigaretten, Lärmbelästigung) verfolgt werden können?

Bei Vorliegen von dauerhaften Bild- und Tonaufzeichnungen sollten neben Straftaten auch Ordnungswidrigkeiten, insbesondere auch Verkehrsordnungswidrigkeiten, verfolgt werden können. Dies führt, neben der

Erhöhung der Nutzungsmöglichkeiten zur Manifestation einer beweissicheren Ordnungswidrigkeitenverfolgung.

17. Ist die vorgesehene Regelung zur wissenschaftlichen Evaluierung im § 33a Absatz 7 des Änderungsantrags aus Ihrer Sicht geeignet oder sollte aus Gründen der Datensparsamkeit der Zeitraum, wie lange dauerhaft aufgezeichnete Aufnahmen für diesen Zweck verwendet werden können im Gesetz oder mit der Ermächtigung zur Rechtsverordnung durch das zuständige Ministerium definiert werden (bspw. das maximal 3 oder 6 Monate solche Aufnahmen verwendet werden)?

Die vorgesehene Regelung zur wissenschaftlichen Evaluierung im § 33a Absatz 7 des Änderungsantrags ist aus hiesiger Sicht nicht geeignet. Fraglich ist hier die praktische Umsetzung der Datenspeicherung, da bereits unmittelbar nach der Aufnahme definiert werden muss, welche Aufnahmen hierfür geeignet sind und wer für diese Entscheidung und der Umsetzung verantwortlich ist.

18. Sind Sie der Ansicht, dass eine Aufnahme bei der Durchführung von Maßnahmen der Strafverfolgung, wie in § 33a Absatz 1 Satz 1 des Änderungsantrags benannt, in der Gesetzgebungskompetenz des Landesgesetzgebers liegt?

Nach hiesiger Auffassung bedarf es für eine solche Regelung die Gesetzgebungskompetenz des Bundes, welche diese grundrechtseingriffe bundesweit einheitlich regelt.

19. Sind Sie der Ansicht, dass die Durchführung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr für die Aufzeichnung und automatisierte Löschung nach 30 Sekunden sowie eine (einfache) Gefahr für eine dauerhafte Aufzeichnung als Tatbestandsmerkmale ausreichend sein sollten? Falls nein: welche Voraussetzungen sollten nach Ihrer Ansicht normiert werden?

Nach hiesiger Ansicht genügt das Vorliegen einer einfachen Gefahr für das Auslösen einer Aufzeichnung. Wenn ein „Betroffener“ willkürlich und gefahrenunabhängig über das Auslösen einer Aufzeichnung entscheiden kann, so sollte es die Exekutive zumindest bei Vorliegen einer einfachen Gefahr entscheiden können.

20. Sind Sie der Ansicht, dass die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten als Grund für die Aufzeichnung normiert werden sollte?

Dies wird eindringlich befürwortet (vgl. Punkt 16).

21. Sind Sie der Ansicht, dass die Begrifflichkeit des „flüchtigen“ Zwischenspeichers sowie der „dauerhaften Aufzeichnung“ dem Prinzip der Normklarheit genügt?

Die Begrifflichkeiten sind klar und unmissverständlich formuliert und genügen nach hiesiger Ansicht der Normenklarheit.

22. Bestehen nach Ihrer Ansicht rechtliche Bedenken gegen die in § 33a Absatz 1 Satz 2 ff. des Änderungsantrags vorgesehene dauerhafte Speicherung von Aufnahmen? Wenn ja, welche?

Dass die Befugnis des Betroffenen gem. § 33a Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 zur Anordnungscompetenz der Auslösung als äußerst kritisch und nicht zweckmäßig betrachtet wird, wurde bereits mehrfach erläutert (vgl. Punkt 3). Die automatisierte Auslösung gem. § 33a Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 wird, wie bereits beschrieben, befürwortet.

Gem. § 33a Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 soll eine Aufnahme erfolgen, wenn unmittelbarer Zwang angewendet oder angedroht wird. Dies wird als kritisch und nicht praktikabel erachtet. Bei Anwendung unmittelbarer Zwanges ohne vorherige Ankündigung (Sofortvollzug) wird bereits das Vorliegen der Voraussetzungen des § 57 Absatz 1 Satz 3 Thür PAG impliziert. Wenn somit die Androhung von Zwangsmitteln aufgrund der Gefahrenlage nicht möglich ist, wird auch das Auslösen der Bodycam nicht möglich sein.

Auch wird das verpflichtende Aufzeichnen in Gefahrensituationen, bei welchen noch eine Zwangsandrohung möglich ist, als kritisch und nicht praktikabel erachtet. Auch hier handelt es sich in der Regel um eine höchst dynamische Einsatzlage mit einem hohen Stresslevel für den einzelnen Beamten. Eine verpflichtende Aufzeichnung wird in der Regel nicht umsetzbar sein. Der Passus „...die Umstände eine Bild- und Tonaufzeichnung zulassen...“ würde somit von der Ausnahme zur Regel werden, da in den meisten Fällen, in welchen unmittelbarer Zwang angewandt wird, schnell agiert werden muss und die Umstände meist keine zusätzlichen Handlungen der Beamten (hier Einschalten der Bodycam) zulassen.

In der Regel handelt es sich bei polizeilichen Eingriffsbefugnissen im Rahmen des PAG um „Kann“-Bestimmungen. Der Beamte trifft die Entscheidung der Anwendung der Eingriffsbefugnis grds. nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen einer Gefahrenanalyse. Das verpflichtende Aufzeichnen widerspricht diesem Grundsatz.

Lediglich § 33a Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 wird als zweckdienliche und praktikable Bestimmung gesehen.

23. Ist nach Ihrer Ansicht eine dauerhafte Speicherung von Aufnahmen, wie in § 33a Absatz 1 Satz 2 ff. des Änderungsantrags vorgesehen, praktisch umsetzbar?

Hierzu wurde bereits in Punkt 22 Stellung genommen. Eine praktische Umsetzung ist nicht vorstellbar.

24. Sind Sie der Ansicht, dass die Regelung der Beendigung der Aufnahme („Mit Abschluss der Maßnahme“) in § 33a Absatz 1 Satz 7 des Änderungsantrags dem Prinzip der Normklarheit genügt?

Wie bereits im Punkt 6 skizziert, sollte der Passus im § 33a Absatz 2 Satz 7 „spätestens mit Abschluss der Maßnahme“ konkretisiert werden. Es sollte deutlich gemacht werden, dass hiermit die polizeiliche Maßnahme an sich und nicht die Aufzeichnung gemeint ist.

Diese Formulierung genügt nach hiesiger Ansicht nicht dem Prinzip der Normenklarheit.

25. Sind Sie der Ansicht, dass eine Löschung unzulässiger Aufnahmen des Kernbereichs privater Lebensgestaltung entsprechend § 33a Absatz 4 Satz 2 und 3 des Änderungsantrags zum Schutz des Grundrechts ausreichend ist oder vielmehr auch die Unterbrechung der Aufnahme sowie eine Regelung zur Fortsetzung für den Fall normiert werden muss, dass sich während der Aufzeichnung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Kernbereich privater Lebensgestaltung betroffen ist?

Nach hiesiger Auffassung wird die Löschung der o. g. Aufnahmen dem Grundrecht gem. Artikel 13 Absatz 1 GG gerecht. Eine Aufnahmeunterbrechung und ggf. Fortsetzung ist weder zweckmäßig noch praktikabel. Vielmehr wird ein Richtervorbehalt zur Verwendung der Aufnahmen befürwortet. Insofern die Aufnahme gem. § 33 a Absatz 5 Satz 3 Nr. 1 des Änderungsantrages zur Verfolgung einer Straftat dienen soll, gelten die Bestimmungen der StPO, auch bei möglichen Kernbereichsverletzungen. In diesen Fällen entscheidet die sachleitende Staatsanwaltschaft über die Löschung.

Hier sollte allerdings eine längere Aufbewahrungsfrist normiert werden, um eventuellen Löschungen nach Fristüberschreitung vorzubeugen. Eine Aufbewahrungsfrist von 3 Monaten wird als ausreichend betrachtet.

26. Sind Sie der Ansicht, dass eine Verwendung der Daten für eine Evaluierung sowie für die Durchführung von Maßnahmen der Dienst- und Fachaufsicht oder von Disziplinarverfahren ermöglicht werden sollte? Stehen dem datenschutzrechtliche Überlegungen oder praktische Gründe entgegen?

Der Verwendung der aufgezeichneten Daten zur Evaluierung und Durchführung von Maßnahmen der Dienst- und Fachaufsicht oder von Disziplinarverfahren stehen sowohl praktische als auch datenschutzrechtliche Bedenken entgegen.

Aus praktischer Sicht wird gerade dies womöglich als Hemmnis zum Starten einer Aufnahme gesehen, da der Beamte stets befürchtet im Nachhinein kontrolliert zu werden.

Auch könnten sich durch das Pre-Recording sachverhaltsfremde Daten auf den Aufnahmen befinden, welche im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht herangezogen werden könnten, welche ohne die Aufnahme nicht vorhanden gewesen wären.

§ 33a Absatz 5 Nr. 3 und 5 werden somit als kritisch gesehen.

27. Bedarf es nach Ihrer Ansicht einer Normierung, dass der die Kamera tragende Beamte über die Aufnahme zu entscheiden hat und unter welchen Umständen dies möglich ist?

Hier wird ein konkreter Hinweis auf die Entscheidungskompetenz des kameratragenden Beamten befürwortet.

28. Erachten Sie die Aufzeichnung mittels sogenannter „Dash-Cams“ für notwendig und wie bewerten Sie deren Anwendung in der Praxis?

Die Aufzeichnung mittels „Dash-Cams“ wird als sinn- und wirkungsvoll betrachtet. Insbesondere im Rahmen von Verkehrskontrollen, Verfolgungsfahrten etc. währe hierdurch ein absoluter Mehrwert im Hinblick auf Eigensicherung und beweissicher Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfolgung erreicht.

Im Auftrag

(im Original gezeichnet)

Vertreter Leiter Führungsgruppe

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentations veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>BDK-LV Thüringen</td> <td>Berufsverband</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>BDK-Landesverband Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Geschwister-Scholl-Str. 45</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	BDK-LV Thüringen	Berufsverband	Geschäfts- oder Dienstadresse	BDK-Landesverband Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Geschwister-Scholl-Str. 45	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
Name	Organisationsform										
BDK-LV Thüringen	Berufsverband										
Geschäfts- oder Dienstadresse	BDK-Landesverband Thüringen										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Geschwister-Scholl-Str. 45										
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	gewerksch. Berufsverband Polizei	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Saalfeld, 09.05.2022	



Bund Deutscher Kriminalbeamter
Landesverband Thüringen

BDK Landesverband Thüringen | Geschwister-Scholl-Straße 45 | D-99085 Erfurt

Ihr/e Zeichen/Nachricht vom

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1

Ihr/e Ansprechpartner/in

99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
09.05.2022 13:46

Telefax
+49 (0)

11897/2022

Rudolstadt, 09.05.2022

**Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener
Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

-Drucksache 7/2792-

dazu: **Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90 / DIE
GRÜNEN-**

Vorlage 7/3500

hier: **Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtages**

**Stellungnahme des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Thüringen,
(BDK LV Thüringen) im Rahmen des Anhörungsverfahrens**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der BDK LV Thüringen bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen des Anhörungsverfahrens eine
Stellungnahme zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS
90 / DIE GRÜNEN zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes abzugeben.

Die Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtages werden wie
folgt beantwortet:

Mitglied im
Conseil Européen des
Syndicats de Police

Mitglied des Stifterrates
Deutsches Forum für
Kriminalprävention



zu 1.

Nein.

Die Tatbestandsvoraussetzungen für den Einsatz des pre-recordings und der dauerhaften Aufzeichnung sind aus unserer Sicht zu eng gefasst.

Die Dauer des Aufzeichnungszeitraums im „flüchtigen Speicher“ von 30 Sekunden wird als zu gering bemessen angesehen, zur Begründung wird auf die nachfolgende Antwort zu Frage 2 verwiesen.

Die Beschränkung der Kameraeinsatzes ausschließlich auf „öffentlich zugängliche Orte“ wird als deutlich zu eng bemessen angesehen. Zur Begründung wird insbesondere auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

zu 2.

Aus hiesiger Sicht wird für das pre-recording ein Zeitraum von 60 Sekunden für erforderlich gehalten, der Zeitraum von 30 Sekunden wird als zu knapp bemessen angesehen.

Bei dem 30 Sekunden Zeitrahmen besteht die Gefahr, dass wesentliche Teile des Vorgeschehens oder der Vortatphase verloren gehen und sich der gesamte Geschehensablauf nachträglich nicht mehr darstellen lässt. Insbesondere die Fragestellung, wie bzw. aufgrund welchen Verhaltens eine Situation eskaliert ist, lässt sich mit dem größeren Zeitrahmen deutlich umfassender und ggfls. gerichtsverwertbar beantworten. Darüber hinaus muss angemerkt werden, dass der erste Handgriff eines Polizeibeamten bei einem akuten Einsatzgeschehen nicht der zur BodyCam sein sollte und darf. Gegebenenfalls ist der pre-recording Zeitraum nach der Evaluation bei vorhandenen statistischen Erhebungen zu korrigieren.

zu 3.

Ja.

Der Begriff „betroffene Person“ lässt sowohl die Aufnahme aufgrund der Entscheidung der z.B. zu kontrollierenden Person (z.B. Fahrer eines Kfz, Täter einer Körperverletzung) als auch aufgrund der Entscheidung eines von der Aufnahme Betroffenen (beteiligter Dritter, z.B. Beifahrer eines Kfz, Opfer einer Körperverletzung), ohne selbst „Störer“ oder zu kontrollierende Person zu sein, zu.

zu 4.

Unabhängig von der Fragestellung einer technischen Realisierbarkeit dieser Aufnahmefunktion wird diese Alternative der dauerhaften Aufzeichnung für das Ziehen der Schusswaffe (z.B. für absolute Notwehrsituationen, in denen keine Zeit zum manuellen Auslösen der Aufnahme bleibt) grundsätzlich begrüßt.

Im polizeilichen Praxisalltag dürfte das Ziehen der Schusswaffe (von notwendigen Tiertötungen bei Wildunfällen einmal abgesehen) allerdings eine eher nachrangige Rolle spielen, da der Waffengebrauch die Ultima Ratio des unmittelbaren Zwangs darstellt.

Im Rahmen der Anwendung von unmittelbarem Zwang werden die Hilfsmittel der körperlichen Gewalt (Reizstoffsprüngerät, Schlagstock) deutlich häufiger zum Einsatz kommen als die Schusswaffe.

Gemäß § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 2 des Änderungsantrages soll bei Androhung bzw. Anwendung von unmittelbarem Zwang die manuelle Aufzeichnung ausgelöst werden. Diese Regelung wird als ausreichend erachtet.



Bund Deutscher Kriminalbeamter

Landesverband Thüringen

Aus Sicht des BDK ist für diese Fälle eine automatisiert ausgelöste Aufzeichnung nicht erforderlich und auch nicht geboten, von der Frage einer technischen Realisierbarkeit und den damit verbundenen Kosten für alle Polizeivollzugsbeamten (Reizstoffsprüngerät ist Personenausstattung!) ganz abgesehen.

(zusätzliche Einfügungen und Änderung der Reihenfolge der letzten beiden Absätze)

zu 5.

Ja.

zu 6.

Ja.

Allein die Tatsache, dass die Situation ggfs technisch aufgezeichnet wird, bietet die Möglichkeit einer positiven Verhaltensbeeinflussung sowohl auf Seiten des Bürgers als auch auf Seiten der Polizei.

Das Ankündigen der Vorabaufnahme bei einer positiven Gefahrenprognose erscheint praktikabel und sinnvoll. In ad-hoc-Situationen wird die Benachrichtigung hierüber erst nach der Gefahrenlage möglich sein.

Der geräteseitig eindeutig erkennbare optische Hinweis auf eine laufende Aufnahme erscheint sinnvoller als ein geräteseitiger akustischer Hinweis, der möglicherweise den Dialog zwischen Betroffenen und Polizei stört.

zu 7.

Ein Verbot des Einsatzes der Aufzeichnungsgeräte in Wohnungen, Nebenräumen und befriedetem privatem Besitztum ist nicht zielführend und aus Sicht des BDK strikt abzulehnen.

Aus Sicht des BDK ist die Erlaubnis zum Einsatz der Aufzeichnungsgeräte in Wohnungen, Nebenräumen und befriedetem privatem Besitztum essenziell wichtig und notwendig. Insofern wird angeregt, die Regelungen des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU in diesem Punkt beizubehalten.

Häusliche Gewalt findet zu 100 Prozent im durch Art. 13 GG geschützten Bereich von Wohnungen incl. Nebenräumen bzw. befriedetem privatem Besitztum statt. Polizeiliche Einsätze im Rahmen von häuslicher Gewalt im sozialen Nahraum bergen ein hohes Gewaltpotenzial, sie sind von hoher Emotionalität und Aggressivität auf Seiten der Betroffenen geprägt.

Neben Großveranstaltungen stellen Einsätze, bei denen die Polizei wegen ruhestörendem Lärm oder Streitigkeiten gerufen werden, den größten Ausgangspunkt für Gewalttätigkeiten gegen Polizeibeamte oder zur Anwendung von unmittelbarem Zwang durch Polizeibeamte dar.

Auch Fest- und Ingewahrsamnahmen, sowie Wohnungsdurchsuchungen bergen ein hohes Gewaltpotenzial. Dies gilt analog für Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume.

Das Verbot der Nutzung der Aufzeichnungsgeräte in Räumen von Berufsheimnisträgern und Berufshelfern gem. §§ 53 und 53 a StPO ist aus Sicht des BDK dagegen unproblematisch.

In diesen Fällen sind die Aufzeichnungsgeräte vor Betreten der entsprechenden Räumlichkeiten auszuschalten.

zu 8.

siehe Ausführungen zu 7.

Da der BDK das Verbot der Nutzung der Aufzeichnungsgeräte in Wohnräumen ablehnt, erübrigt sich die Fragestellung zu einem Deaktivieren der pre-recording-Funktion beim Betreten von Wohnungen.



zu 9.:

Ein zusätzlicher Richtervorbehalt für die Verwendung von Aufnahmen aus Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen ist aus hiesiger Sicht nicht notwendig und somit entbehrlich.

zu 10.

siehe Ausführungen zu 7.

Der BDK befürwortet eine Nutzung der Aufzeichnungsgeräte in Wohnungen, Nebenräumen und befriedetem privatem Besitztum und somit auch in vollem Umfang in Kleingärten.

zu 11.

Der BDK befürwortet eine Nutzung der Aufzeichnungsgeräte in Wohnungen, Nebenräumen und befriedetem privatem Besitztum (siehe vorhergehende Ausführungen).

Sofern hierbei personenbezogene Daten, die dem Kernbereich der privaten Lebensgestaltung zuzurechnen sind, aufgezeichnet werden sollten, ist die Aufnahme sofort zu beenden und, wenn die kameratragende Person generell keinen Zugriff auf die Löschfunktion hat, die Aufnahme nachträglich umgehend zu löschen und die Löschung zu dokumentieren.

zu 12.

Grundsätzlich können derartige Situationen nicht ausgeschlossen werden, ohne dass hierbei momentan konkrete Beispiele benannt werden können.

zu 13.

Die Nutzung von personenbezogenen Daten, die dem Kernbereich der privaten Lebensgestaltung zuzurechnen sind, ist unzulässig, unabhängig von der Örtlichkeit, in der sie gegebenenfalls erhoben wurden.

Ein Richtervorbehalt ist aus hiesiger Sicht entbehrlich.

zu 14.

Es wird auf die vorhergehenden Ausführungen verwiesen.

Der BDK spricht sich für die uneingeschränkte Nutzung der Aufzeichnungsgeräte in Wohnungen, Nebenräumen und befriedetem privatem Besitztum aus.

Insofern wäre dabei immer auch die audiovisuelle Dokumentation der hier beschriebenen Fallkonstellation (Ziehen der Schusswaffe) umfasst.

Unabhängig davon werden die hohen Voraussetzungen für einen Schusswaffengebrauch gegen Personen oder Sachen (z.B. aggressive Hunde) in einer Wohnung bei einer Güterabwägung zwischen den verletzten Rechtsgütern hiesiger Auffassung nach regelmäßig dazu führen, dass der Schutz von Leib, Leben und Gesundheit von Menschen dem Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung vorgeht und somit auch das Aufzeichnungsinteresse in diesem Falle überwiegt.

zu 15.

Eine Speicherfrist von 30 Tagen ist angemessen. Es wird hier davon ausgegangen, dass innerhalb dieser Frist regelmäßig eine Entscheidung darüber getroffen wurde, ob die Aufnahme(n) für die in § 33a Absatz 5 des Änderungsantrages benötigt werden.



Bund Deutscher Kriminalbeamter

Landesverband Thüringen

Es wird auch davon ausgegangen, dass Personen, die von polizeilichen Maßnahmen betroffen waren und deswegen Beschwerden oder Anzeigen gegen die handelnden Polizeibeamt*innen vorbringen bzw. erstatten wollen, dies innerhalb dieser Frist getan haben.

Sofern Beschwerdeführer oder Anzeigenerstatter erst nach Ablauf von 30 Tagen ihr Anliegen vorbringen sollten, wird angeregt, diese Fälle im Rahmen der Evaluation statistisch zu erheben. Für den Fall, dass die Zahl signifikant sein sollte, ist die die Speicherdauer gegebenenfalls anzupassen.

zu 16.

Eine Erweiterung der Zweckbindung der Verwendung von gefertigten dauerhaften Aufnahmen auf die Verfolgung von **Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung** (z.B. Verstoß Waffengesetz) wird ausdrücklich befürwortet, eine Verwendung zur Verfolgung einfacher Ordnungswidrigkeiten (Parkverstöße) hingegen nicht.

zu 17.

Grundsätzlich wird die wissenschaftliche Evaluierung begrüßt und als geeignetes Mittel betrachtet. Der Prozess der Evaluation muss jedoch aufgrund der Menge und der Sensibilität der anfallenden Daten mit Beginn des Inkrafttretens der gesetzlichen Regelung begonnen und kontinuierlich fortgeführt werden. Sofern die Aufzeichnungen ausgewertet sind, sind sie hiesiger Auffassung nach umgehend zu löschen. Eine weitere Aufbewahrung der Daten über den Zeitpunkt der statistischen Erfassung und Auswertung hinaus ist unserer Ansicht nach nicht statthaft. Als maximale Speicherdauer zum Zwecke der Evaluierung wird ein Zeitraum von 6 Monaten als ausreichend erachtet, diese Frist sollte im Gesetz verankert werden.

zu 18.

Ja.

zu 19.

Ja, diese Begriffe sind ausreichend.

zu 20.

Es wird zunächst auf die Ausführungen zu 16. verwiesen.

Eine Erweiterung der Aufzeichnungsmöglichkeiten für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten von zumindest erheblicher Bedeutung (z.B. Owi nach dem WaffG) wird befürwortet.

zu 21.

Ja.

zu 22.

Nein.

zu 23.



Hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit der dauerhaften Speicherung der Aufnahmen bestehen keine Bedenken, es müssen lediglich ausreichend Speicherkapazitäten vorhanden sein.

zu 24.

Grundsätzlich scheint der Begriff „Mit Abschluss der Maßnahme“ ausreichend.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei länger andauernden Maßnahmen (z.B. Ingewahrsamnahme einer Person) bei dieser Wortwahl die Aufzeichnung expressis verbis bei Entlassung der Person enden würde, tatsächlich die Aufnahme aber bei der Einlieferung der Person in die Gewahrsamsräume der Polizeidienststelle und Übergabe an den für den Gewahrsam verantwortliche(n) Polizeibeamtin/Polizeibeamten beendet wäre.

Insofern sollte eine Formulierung gewählt werden, die darauf abstellt, dass die Aufnahme bei Wegfall des auslösenden Momentes (Gefahr) abstellt.

zu 25.

Hiesiger Einschätzung nach sollte das berechtigte Löschbegehren auf den Bereich begrenzt werden, der den Kernbereich der privaten Lebensgestaltung berührt.

Es ist rechtlich nicht vertretbar und auch nicht praktikabel, eine ansonsten rechtmäßige Aufzeichnung vollständig zu löschen, wenn im Verlauf plötzlich der Kernbereich der privaten Lebensgestaltung berührt wird.

Insofern vertreten wir die Auffassung, dass in dem Fall die Aufzeichnung zu unterbrechen ist und anschließend, wenn der Kernbereich der privaten Lebensgestaltung nicht mehr berührt ist und die sonstigen Voraussetzungen für eine dauerhafte Aufzeichnung vorliegen, diese erneut gestartet werden kann.

zu 26.

Gegen die Verwendung der dauerhaften Aufzeichnungen für eine Evaluierung sowie für die Durchführung von Maßnahmen der Dienst- und Fachaufsicht oder von Disziplinarmaßnahmen wie in § 33a Absatz 5 des Änderungsantrages normiert bestehen hier keine Bedenken, datenschutzrechtliche Überlegungen oder entgegenstehende praktische Gründe werden nicht gesehen.

Es wird angeregt, eine zusätzliche Nutzung dauerhafter Aufzeichnungen hinzuzufügen. Einzelne, besonders geeignet erscheinende Aufzeichnungen sollten für Aus- und Fortbildungszwecke genutzt werden können, sofern sie vorab durch technische Maßnahmen anonymisiert wurden (Gesichter, Kennzeichen, Firmennamen etc. optisch unkenntlich, Namen akustisch unkenntlich).

zu 27.

Ja.

zu 28.

Sofern in dieser Fragestellung mit „Dash-Cams“ die in polizeilich genutzten Fahrzeugen fest installierten Aufnahmegeräte gemeint sind, wird deren Einsatz für erforderlich und notwendig erachtet. Die mit Hilfe dieser Geräte erstellten Aufnahmen können eine sinnvolle Ergänzung zu den Aufnahmen von körpernah getragenen Aufnahmegeräten liefern. (z.B. Kontrolle eines Fahrzeugführers, der zuvor das Anhaltesignal des Funkstreifenwagens missachtet und versucht hat, sich durch Flucht der



Bund Deutscher Kriminalbeamter
Landesverband Thüringen

Kontrolle zu entziehen, dabei noch Gegenstände (z.B. Btm) aus dem Fahrzeug wirft und erst nach einer Verfolgung gestellt werden kann)

Für weitere Gespräche stehe/n wir (ich) Ihnen gern zur Verfügung und verbleibe/n

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem <u>Gesetzentwurf</u> haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/2792											
1.	<p>Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Amtsgericht Heilbad Heiligenstadt</td> <td>öffentliches Recht</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Postfach 1253</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>37303 Heilbad Heiligenstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Amtsgericht Heilbad Heiligenstadt	öffentliches Recht	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 1253	Postleitzahl, Ort	37303 Heilbad Heiligenstadt
Name	Organisationsform										
Amtsgericht Heilbad Heiligenstadt	öffentliches Recht										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 1253										
Postleitzahl, Ort	37303 Heilbad Heiligenstadt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte		
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/2792)		
dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorlage 7/3500)		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Deutscher Journalisten-Verband Landesverband Thüringen	Eingetragener Verein
	Geschäfts- oder Dienstadresse	DJV Thüringen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 44
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	

	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Gewerkschaft und Berufsverband der Journalist*innen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Grundsätzliche Bedeutung für die Arbeit von Journalistinnen und Journalisten hat die Schutzwirkung der §§ 53, 53a StPO. Der DJV bietet seine Unterstützung bei Schulungsbedarf bzgl. Erscheinungsformen von Redaktionen und Arbeitsweisen von Journalist:innen an. Begrüßt werden zudem Regelungen zum automat. Löschen von Aufzeichnungen sowie zur wissenschaftlichen Evaluierung des Einsatzes von Bodycams.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 10.05.2022	

DEUTSCHER
JOURNALISTEN-
VERBAND
GEWERKSCHAFT
DER JOURNALISTEN

LANDESVERBAND
THÜRINGEN E.V.



ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
Info@djv-thueringen.de

Vorsitzende:

Geschäftsführer:

Erfurt, 10. Mai 2022

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1871

zu Drs. 7/2792

**Stellungnahme des
DJV-Landesverbandes Thüringen
zum**

**Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes –
Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und
Tonaufzeichnungsgeräte (Drucksache 7/2792)
dazu: Änderungsantrag (Vorlage 7/3500)**

Am 15. März 2022 hat der Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtages dem DJV Thüringen den Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (Vorlage 7/3500) zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (Drucksache 7/2792) mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 16. Mai 2022 zugesandt.

Der Deutsche Journalisten-Verband bedankt sich dafür, dass er in dieses Gesetzgebungsverfahren einbezogen wird.

Die wesentlichen, die Arbeit von hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten tangierenden Punkte hat der DJV Thüringen bereits in seiner Stellungnahme vom 1. Juni 2021 behandelt. In dem vorliegenden Änderungsantrag wurde den vorgetragenen Bedenken weitestgehend Rechnung getragen.

So hatte der DJV Thüringen dargelegt, dass die Bild- und Tonaufzeichnung in Redaktionen und für die journalistische Tätigkeit genutzten Räumen und Gebäuden u.a. aus Gründen der Informant:innenschutzes nicht zum Einsatz kommen darf, da dies unweigerlich mit Art. 5 GG kollidieren würde. Dem trug bereits der ursprüngliche Gesetzentwurf auch insofern Rechnung, als dass darin Berufsgeheimnisträger:innen und Berufshelfer:innen i.S.d. §§ 53, 53a der Strafprozessordnung unter einen besonderen Schutz gestellt wurden.



Ausdrücklich begrüßenswert ist die nun in der Begründung des § 33a Abs. 3 erklärte Absicht, eine beispielhafte Übersicht von Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen, bei denen die Bild- und Tonaufzeichnung nicht zum Einsatz kommen darf, zum festen Bestandteil der Aus- und Fortbildung zu machen, um „[...] Missverständnisse auszuschließen und eine sichere Rechtsanwendung zu unterstützen.“¹

Hier bietet der DJV ausdrücklich seine Unterstützung an, da sich die Erscheinungsform von Medienunternehmen und -redaktionen in den vergangenen Jahren teilweise stark gewandelt hat und althergebrachte Vorstellungen oder Erfahrungen mit der heutigen Realität nicht mehr unbedingt übereinstimmen müssen. Klassische Redaktionen in Einzel- oder Großraumbüros gehören teilweise der Vergangenheit an - nicht zuletzt durch den von der Corona-Pandemie ausgelösten Digitalisierungsschub und die damit einhergehende Verlagerung der Arbeit in das Home-Office oder auch in Co-Working-Spaces. Darüber hinaus fallen selbstverständlich beispielsweise auch journalistisch arbeitende Klein- und Kleinstredaktionen sowie solo-selbstständige Journalist:innen unter den Schutzbereich der §§ 53 und 53a StPO.

Erfreulich ist, dass nicht nur in der Stellungnahme des DJV Thüringen, sondern auch in verschiedenen anderen² auf die Notwendigkeit eines visuellen Signals hingewiesen wird, mit dem eine dauerhafte Aufzeichnung erkennbar sein muss.

Ebenso erfreulich ist es, dass den Bedenken des DJV Thüringen bezüglich der Löschung und vor allem der Löschentscheidung und -berechtigung der gefertigten Aufnahmen³ Rechnung getragen wurde. Eine automatisierte Löschung nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist von 30 Tagen, wie jetzt vorgeschlagen, bedingt, dass eine vorherige Löschung durch involvierte Polizeibeamt:innen und/oder Dienststellenleiter:innen technisch und organisatorisch ausgeschlossen ist, worauf im § 33a Abs. 5 PAG-E zudem explizit hingewiesen wird.

Ebenso legt der Absatz 5 fest, für welchen Verwendungszweck eine automatisierte Löschung unterbleiben kann. Demnach dürfen die Aufnahmen von mobilen Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräten ausschließlich für die Verfolgung von Straftaten, die Überprüfung der Rechtmäßigkeit polizeilichen Handelns, für Maßnahmen der Dienst- und Fachaufsicht, für die Aufgabenerfüllung nach § 6 Abs. 2 Nr. 6 ThürDSG oder zur wissenschaftlichen Evaluierung verwendet werden.⁴ Eine Verwendung des Bild- und Tonmaterials beispielsweise für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Thüringer Polizei ist damit unmissverständlich ausgeschlossen. Die Dokumentation und journalistische Einordnung von polizeilichen Einsätzen obliegen den hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten.

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

Vorsitzende:

Geschäftsführer:

¹ Vgl. Änderungsantrag Vorlage 7/3500

² Vgl. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., Drucksache 7/1251, S. 5 sowie LPD, Drucksache 7/1261, S. 9

³ Vgl. Stellungnahme DJV Thüringen zur Drucksache 7/2792 und Vorlage 7/1993 vom 01.06.2021, S. 3

⁴ Vgl. § 33a Abs. 5 Nr. 1-5 PAG-E



Der DJV Thüringen hat bereits in seiner Stellungnahme vom 1. Juni 2021 darauf hingewiesen, dass eine abschließende Beantwortung der Frage, ob mit dem Einsatz von sogenannten Bodycams auch Gewalttaten gegen Polizist:innen wirksam verhindert werden können, wohl erst nach einer umfangreichen wissenschaftlichen Analyse vorhandener und ggf. noch zu erhebender Daten möglich ist.⁵ Der lediglich leicht gesenkten Häufigkeit von auftretenden aggressiven Verhaltensweisen bei Vorhandensein und vor allem beim Starten der Filmaufnahme stehen die sinkende Kooperationsbereitschaft des polizeilichen Gegenübers sowie die eher eskalierende Wirkung bei unter dem Einfluss von berauschenden Substanzen stehenden Betroffenen gegenüber.⁶ Ebenso wenig lassen sich positive Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl oder Stressempfinden der mit Bodycams ausgestatteten Polizeibeamt*innen belegen.⁷ Schlussendlich kommen unterschiedliche Studien über die Wirkungsweise von mobilen Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräten auf polizeiliches Handeln sowie das polizeiliche Gegenüber zu ebenso unterschiedlichen Ergebnissen.⁸

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

Vorsitzende:

Geschäftsführer:

Diesem Hinweis auf die derzeit noch unbefriedigende statistische Absicherung von Aussagen über die Effekte von Bodycams trägt der Absatz 7 des § 33a PAG-E Rechnung, der eine Evaluierung des Einsatzes von Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten durch unabhängige wissenschaftliche Sachverständige vorschlägt.

Abschließend möchte der DJV Thüringen noch einmal sein Angebot wiederholen, bei der Aus- und Fortbildung der Polizeibeamt:innen in Bezug auf Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume von Journalist:innen, in denen die Bild- und Tonaufzeichnung nicht zum Einsatz kommen darf, zu unterstützen.

Zudem sei es erlaubt, an dieser Stelle erneut auf die Empfehlung aus der Stellungnahme vom 1. Juni 2021 zu verweisen: Wenn sich der Gesetzgeber zu einer Änderung des Polizeiaufgabengesetzes entschließt, sollte dies mit einer umfangreichen Informations- und Aufklärungskampagne verbunden werden. So könnten eventuelle Vorbehalte in der Bevölkerung ausgeräumt und Missverständnisse vermieden werden.

Geschäftsführer

⁵ Vgl. Stellungnahme DJV Thüringen zur Drucksache 7/2792 und Vorlage 7/1993 vom 01.06.2021, S. 4

⁶ Vgl. „Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts II zum Einsatz von Bodycams der Polizei Thüringen“ (Friedrich-Schiller-Universität Jena), S. 4

⁷ Vgl. ebd.

⁸ Vgl. ebd., S. 9 f.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;">NetCo Professional Services GmbH</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Am Mönchenfelde 13</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">38889 Blankenburg</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		NetCo Professional Services GmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Mönchenfelde 13	Postleitzahl, Ort	38889 Blankenburg
	Name	Organisationsform									
		NetCo Professional Services GmbH									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Mönchenfelde 13										
Postleitzahl, Ort	38889 Blankenburg										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Geschäftsführer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Das automatische Auslösen einer Body-Cam Aufnahme beim Ziehen eines beliebigen Einsatzmittels aus dem Holster, sowie der Wechsel zwischen Grundscenario und einem weiteren Szenario ist technisch umkehrbar bzw. wurde durch NetCo bereits umgesetzt. Allerdings sehen wir noch große Datenschutzhürden. Außerdem muss auf eindeutige Zuordnung, exakte Protokollierung und eine möglichst einfache Bedienung, auch mit Hinblick auf den Moduswechsel, geachtet werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Blankenburg, 11.05.2022	

NetCo P.S. GmbH Am Mönchenfelde 13 38889 Blankenburg

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1875

zu Drs. 7/2792



NetCo Professional Services GmbH
Am Mönchenfelde 13
38889 Blankenburg

Telefon: +49 3944 950-0
Fax: +49 3944 950-70
Internet: www.netco.de
E-Mail: info@netco.de

Geschäftsführer

Registergericht
Amtsgericht Stendal
HRB-Nr.: 109415

Zeichen

Telefon, Name

Datum
11. Mai 2022

**Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler
Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte** Gesetzentwurf der Fraktion CDU (7/2792)

dazu: **Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und
Bündnis90/Die Grünen** (Vorlage 7/3500)

hier: Fragestellungen des Inn- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

gern möchten wir eine Stellungnahme zu den genannten Punkten im Rahmen des
Anhörungsverfahrens abgeben.

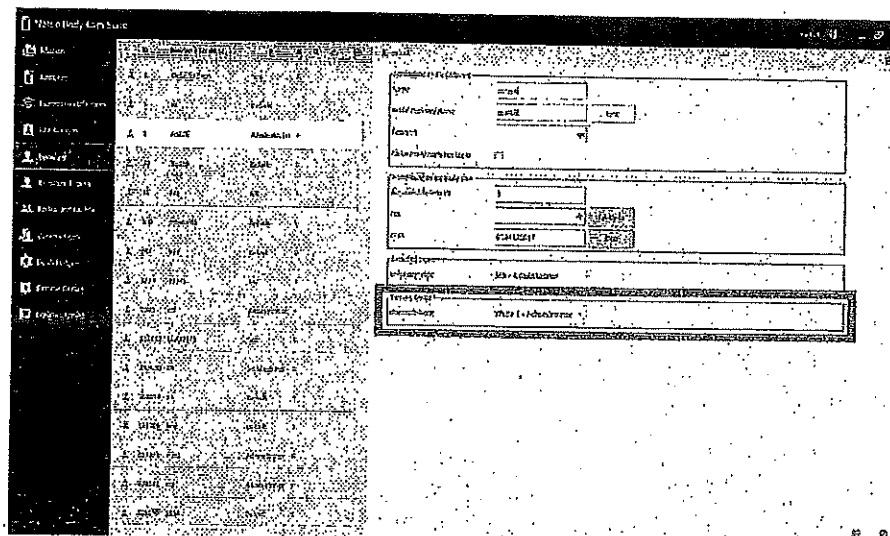
Die NetCo Professional Service GmbH hat ihren Hauptsitz in Blankenburg (Harz) und dort
die NetCo Body-Cam selbst entwickelt, stetig weiterentwickelt und inzwischen auch die
Produktion an diesen Standort verlegt. Da sowohl die Hard- als auch die
Softwareentwicklung vollständig in unserer Hand liegt, ist es für uns einfach auf die sich
schnell ändernden Anforderungen in diesem Bereich zu reagieren.
Grundsätzlich sind wir für jede Innovation, die die Arbeit unserer Kunden sicherer und
einfacher gestalten kann. Auch der Wunsch automatischer Aktivierung der Body-Cam beim
Ziehen eines Einsatzmittels wurde vor einiger Zeit an uns herangetragen. Leider sehen wir in
diesem Zusammenhang immer noch große Datenschutzhürden, sodass diese Entwicklung
bisher noch nicht in den Markt vorgedrungen ist. Zu Ihren Fragen:

**Welche technischen Möglichkeiten gibt es, die Body-Cam automatisiert beim Ziehen
der Schusswaffe auszulösen, wie funktionieren diese und welche Produkte stehen
dafür bereits zur Verfügung oder könnten (wann) in Zukunft zur Verfügung gestellt
werden?**

Wir haben einen Sensor entwickelt, der mittels Bluetooth mit der Body-Cam verbunden ist.
Dieser Sensor wird am Holster verschraubt und detektiert das Vorhandensein des



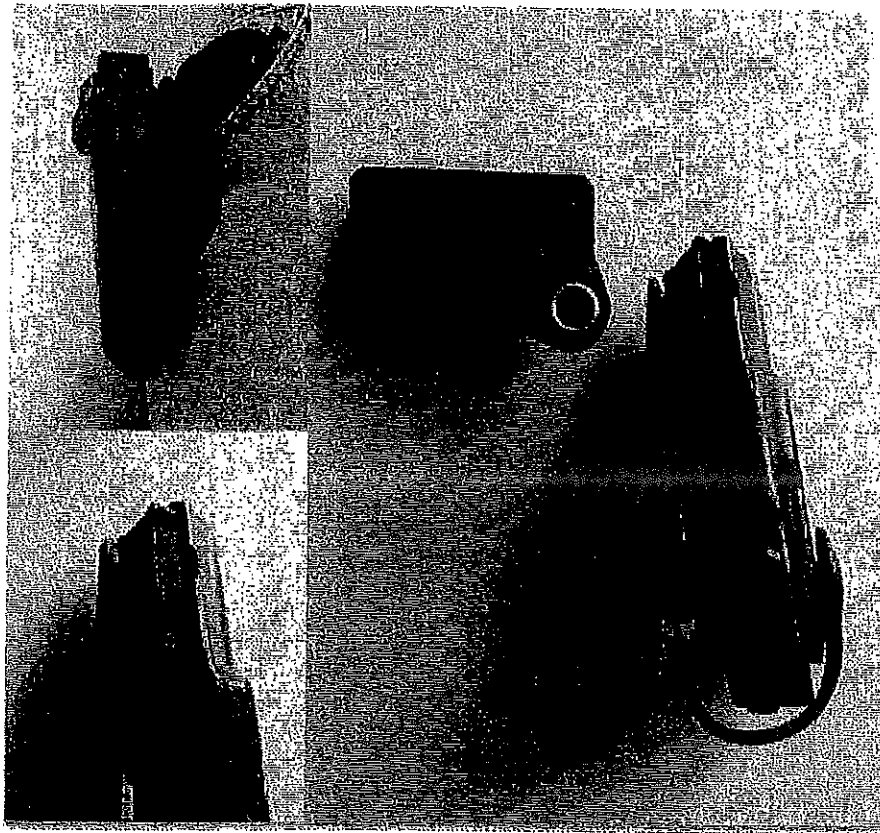
Einsatzmittels. Beim Entnehmen des Einsatzmittels aus dem Holster wird ein Signal an die Body-Cam gesendet und die Aufnahme automatisch gestartet. Auch das Starten aller weiteren Body-Cams in der Nähe des auslösenden Ereignisses wäre denkbar und sinnvoll, um das Geschehen aus mehreren Blickwinkeln dokumentieren zu können. Die eindeutige Zuordnung von Bluetooth-Gerät und Body-Cam Träger erfolgt bei unserer Lösung in der Managementsoftware und ist aus Gründen der Nachweisbarkeit bzw. Protokollierung erforderlich.



Eine umfangreiche, automatische und benutzerbezogene Protokollierung aller Aktivitäten auf der Body-Cam sowie innerhalb der Software sind unabdingbar und vor allem im Zusammenhang mit der automatischen Aktivierung von großer Bedeutung. Es sollte nicht nur Benutzer-ID, Body-Cam Nr. und der Zeitpunkt protokolliert werden, sondern auch ob die Aufnahme manuell oder automatisch gestartet wurde.

Werden durch den Einsatz von Signal-Nachrüstungen die Möglichkeit und Praktikabilität, die Schusswaffe aus dem Holster zu ziehen, negativ beeinträchtigt?

Der entwickelte Sensor ist universell einsetzbar und kann an nahezu jedem Holster, egal ob für Dienstwaffe, Schlagstock, Reizstoffsprüngerät oder Elektroimpulsgerät montiert werden. Tests mit Kunden aus dem Sicherheits- und Polizeibereich haben dabei keine Beeinträchtigung beim Ziehen des Einsatzmittels feststellen können.



Besteht gegenwärtig oder zukünftig bereits die Möglichkeit, neben der Schusswaffe auch das Herauslösen des Reizstoffsprühgerätes oder des Schlagstocks aus dem Holster mit einer automatischen Auslösung zu verbinden? Gibt es hierzu bereits praktische Testungen? Falls nein, wäre es möglich eine solche Lösung zu schaffen und welcher Zeitraum würde dafür benötigt?

Wie oben bereits erwähnt, kann auch das Ziehen des Reizstoffsprühgerät oder anderer Einsatzmittel aus dem Holster mit dem NetCo Sensor detektiert werden und die Aufnahme Body-Cam automatisch aktivieren. Voraussetzung ist, dass das Reizstoffsprühgerät aus einem Material besteht, das vom Sensor erkannt werden kann. Ansonsten sind einfache Anpassungen notwendig, die aber relativ schnell vorgenommen werden können.

Ist es aus Ihrer Sicht technisch möglich die Bodycam neben dem Grundszenario für den öffentlichen Raum (Pre-Recording aktiv, Ton aktiv, manuelles dauerhaftes Aufzeichnen möglich, automatisches Auslösen bei Signal/Ziehen der Waffe aktiv) auch für ein zweites Szenario mit beschränkter Funktionalität im öffentlichen Raum auszustatten, sodass der Anwender zwischen diesen beiden Szenarien variieren kann, wenn der Landesgesetzgeber aus verfassungsrechtlichen Abwägungen vor dem Hintergrund der Bundesgesetzgebung bestimmte Funktionalitäten sperrt? Inwiefern wäre dabei technisch die Variante 1 bis 3 als zweites Szenario umsetzbar und wie beurteilen Sie die Praktikabilität?



Zweites Szenario, Privater Raum, Variante 1

- **Pre-Recording freigeschaltet**
- **Tonaufzeichnung freigeschaltet**
- **Manuelles dauerhaftes aufzeichnen deaktiviert**
- **Automatisierte Auslösung bei Signal (Ziehen Waffe) freigeschaltet**

Zweites Szenario, Privater Raum, Variante 2

- **Pre-Recording deaktiviert**
- **Tonaufzeichnung freigeschaltet**
- **Manuelles dauerhaftes aufzeichnen deaktiviert**
- **Automatisiertes Auslösen bei Signal (Ziehen Waffe) freigeschaltet**

Zweites Szenario, Privater Raum, Variante 3

- **Pre-Recording deaktiviert**
- **Tonaufzeichnung deaktiviert**
- **Manuelles dauerhaftes aufzeichnen deaktiviert**
- **Automatisches Auslösen bei Signal (Ziehen Waffe) freigeschaltet**

Ja, es ist möglich neben dem beschriebenen Grundszenario noch ein zweites Szenario mit beschränkter Funktionalität für den Einsatz im öffentlichen Raum abzubilden. Die Variante (1-3, oben beschrieben) sollte vorher durch einen berechtigten Benutzer des Kunden in der Managementsoftware konfigurierbar sein, sodass auch auf sich ändernde Rahmenbedingungen, ohne hinzuziehen des Herstellers, reagiert werden kann.

Dafür würde ein weiterer Betriebsmodi für das zweite Szenario implementiert werden. Dies ist vergleichbar mit dem Silent-Modus, bei welchem während des Einsatzes per Knopfdruck jegliche visuelle und akustische Rückmeldung der Kamera deaktiviert werden kann. Wenn der Body-Cam Träger die entsprechende Berechtigung besitzt, erscheint nach der Anmeldung an der Body-Cam auf dem Bildschirm ein Symbol-Button des neuen Modus. Wichtig ist, dass der Modus einfach und möglichst intuitiv gestartet werden kann, ohne versteckte Tasten oder Mehrfachbelegungen.

Betrifft der Body-Cam Träger den privaten Raum, so kann er selbstständig diesen Modus aktivieren. Die Body-Cam gibt daraufhin eine visuelle und akustische Rückmeldung. Die Status-LED leuchtet dauerhaft in einer dem Modus eindeutig zugeordneten, markanten Farbe. Modus kann durch erneutes Drücken des Buttons auf dem Bildschirm beendet werden. Da eine manuelle Aktivierung der Aufnahme in diesem Modus nicht möglich ist, muss sichergestellt werden, dass dieser Modus nicht auch außerhalb des privaten Raums weiterhin verwendet wird. Dafür wäre es sinnvoll, wenn die Body-Cam einen regelmäßigen Warnton abgibt, solange sie sich in dem Modus des zweiten Szenarios befindet.

Mit freundlichen Grüßen
NetCo Professional Services GmbH

Geschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (DrS. 7/2792), Änderungsantrag (DrS. 3500) Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
	Evangelisches Büro Thüringen Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen	K.d.ö.R.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Augustinerstr. 10
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit?	

	(§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung Kirchen beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Gesetzgeberische Maßnahmen (z.B. polizeiliche Aufnahmegeräte) und den gleichzeitig vorgesehenen Schutz der Wohnung und des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung sind grundsätzlich zu begrüßen. Seelsorger sind gemäß § 53 Abs. 1 Nr. 1 StPO zur Zeugnisverweigerung berechtigt; nach den kirchlichen Regelungen verpflichtet. Wir bekräftigen die in der Begründung zu § 33a Abs. 4 dargelegte Wahrnehmung, dass der Kernbereichsschutz inhaltlich-sachlich zu verstehen ist und nicht räumlich. Bei der Anwendung von § 33 Abs. 4 ist dies zu beachten.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 12.05.2022	

Der Beauftragte
der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung in Thüringen

THÜR. LANDTAG POST
12.05.2022 12:34

12223/2022

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Evangelisches Büro Thüringen
Augustinerstraße 10 · 99084 Erfurt

Telefon: 0361 – 5 62 42 22
Fax: 0361 – 5 62 42 25
E-Mail: evangelisches.Buero@ebth.de

Datum 09.05.2022 Aktenzeichen

nur per Mail

Betreff: Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes
hier: Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Ihre Nachricht vom 15. März 2021

Sehr geehrte Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses,

die evangelischen Kirchen im Freistaat Thüringen danken Ihnen für die Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages zu dem Gesetzentwurf zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes (Drucksache 7/2792) und zum Änderungsantrag (Vorlage 7/3500).

Die mit den Vorschlägen bezweckte Einführung von polizeilichen Aufnahmegeräten ist grundsätzlich zu begrüßen, da sie einerseits Polizisten vor Angriffen schützen soll und andererseits die Transparenz und Nachprüfbarkeit polizeilichen Handelns stärkt. Gleichzeitig besteht zurecht eine Sensibilität für die Gefahren im Zusammenhang mit Datenerhebungen durch den Staat – konkret: die Sicherheitsbehörden. Rechtsstaatlichkeit und Achtung der bürgerlichen Freiheitssphäre sind wichtige und notwendige Maßstäbe bei der polizeilichen Arbeit. Auch schwingen bei diesem Thema die leidvollen Erfahrungen mit dem DDR-Regime mit, in welchem eine unbegrenzte und jeder rechtsstaatlichen Bindung Hohn sprechende Kontrolle der Bürger stattfand.

Zusammenfassend begrüßen wir deshalb gesetzgeberische Maßnahmen und den gleichzeitig vorgesehenen Schutz der Wohnung und des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung.

Von wesentlichem Interesse für die evangelischen Kirchen ist in diesem Zusammenhang der Schutz von Berufsgeheimnisträgern vor staatlicher Überwachung. Zu diesen gehören maßgeblich die Pfarrerrinnen und Pfarrer und Mitarbeitende in kirchlich-diakonische Beratungsstellen, die sich mit Seelsorge als einem grundlegenden Bestandteil kirchlicher Tätigkeit und zentralem Teil des kirchlichen Auftrags in der Welt beschäftigen.

Seelsorge in der Kirche lebt vom Vertrauen zwischen den Beteiligten, indem hier die Möglichkeit besteht, sein Innerstes zu offenbaren, und Seelsorge daher den Kernbereich der Persönlichkeit berührt. Deshalb ist ein geschützter Rahmen für das seelsorgerliche Gespräch notwendig und verfassungsrechtlich anerkannt. Dieser Schutzraum ist auch bei Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder der Strafverfolgung zu berücksichtigen.

Seelsorger sind deshalb gemäß § 53 Abs. 1 Nr. 1 StPO zur Zeugnisverweigerung berechtigt; nach den kirchlichen Regelungen über die seelsorgerliche Verschwiegenheit sind sie zur Zeugnisverweigerung verpflichtet. Es handelt sich bei ihnen um Berufsgeheimnisträger.

Wir begrüßen deshalb den in § 33a Abs. 3 S. 2 des gemeinsamen Vorschlags (VL 7/3500) vorgesehenen Ausschluss von Aufnahmen in „Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen“ der Berufsgeheimnisträger. Gleichzeitig weisen wir grundsätzlich darauf hin, dass Seelsorge an den unterschiedlichsten Orten und nicht notwendig in kirchlichen Räumen geschieht. Ein institutionalisiertes Beispiel ist die Krankenhausseelsorge.

Eine Beschränkung auf kirchliche Räume ist deshalb zu eng und wir bekräftigen die in der Begründung zu § 33a Abs. 4 dargelegte Wahrnehmung, dass der Kernbereichsschutz inhaltlich-sachlich zu verstehen ist und nicht räumlich. Bei der Anwendung von § 33 Abs. 4 ist dies zu beachten.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN</td> <td>E.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>SCHMIDTSTEDTER STR. 3</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 ERFURT</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	E.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 3	Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT
Name	Organisationsform										
TBB BEAMTENBUND UND TARIFUNION THÜRINGEN	E.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	SCHMIDTSTEDTER STR. 3										
Postleitzahl, Ort	99084 ERFURT										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	GEWERKSCHAFTLICHER SPITZENVERBAND	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	ZUSTIMMUNG STELLUNGNAHME DPOLG THÜRINGEN	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
ERFURT, 12/5/22



**tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen**

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Per E-Mail

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
12.05.2022 13:52

12239/2022

Landesvorsitzender

Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften
und -verbände des öffentlichen Dienstes

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521
Telefax: 0361.6547522
E-Mail: post@dbbth.de
www.thueringer-beamtenbund.de

Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
15. März 2022

Datum
12. Mai 2022

**Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler
Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte**
Anhörungsverfahren gemäß § 79 Geschäftsordnung Thüringer Landtag

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Stöffler,

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. (tbb) bedankt sich für die Möglichkeit zur Anhörung im Hinblick auf die Bewertung des Entwurfes zur Änderung des § 33a PAG n.F.
Wir schließen uns der Stellungnahme unserer Fachgewerkschaft DPoIG vollumfänglich an.

Freundliche Grüße

Landesvorsitzender

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Motorola Solutions Germany GmbH</td> <td style="padding: 5px;">GmbH</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Kemperplatz 1</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">13785 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Motorola Solutions Germany GmbH	GmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kemperplatz 1	Postleitzahl, Ort	13785 Berlin
	Name	Organisationsform									
	Motorola Solutions Germany GmbH	GmbH									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kemperplatz 1									
Postleitzahl, Ort	13785 Berlin										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Key Account Manager bei Motorola Solutions für BOS-Kunden	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	neutral
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Wir wollen mit unserer Rückmeldung einen Beitrag zur Bewertung der technischen Machbarkeit leisten (siehe Antworten zu den einzelnen Punkten weiter unten). Die politisch geprägten, entworfenen Regelungen lassen wir daher unkommentiert.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 12.5.2022	

Motorola Solutions Germany GmbH



MOTOROLA SOLUTIONS
Motorola Solutions Germany GmbH

THÜR. LANDTAG POST

18.05.2022 07:05

12669/2022

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1. bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

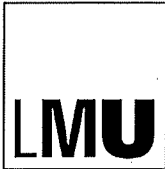
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte													
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU													
- Drucksache 7/2792 -													
dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN													
- Vorlage 7/3500 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort			
Name	Organisationsform												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)													
Postleitzahl, Ort													
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>Prof. Dr. Zöller</td> <td>Mark A.</td> </tr> <tr> <td><input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td>LMA München Prof.-Huber-Platz 2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>80539 München</td> </tr> </table>	Name	Vorname	Prof. Dr. Zöller	Mark A.	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer	LMA München Prof.-Huber-Platz 2	Postleitzahl, Ort	80539 München
Name	Vorname												
Prof. Dr. Zöller	Mark A.												
<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer	LMA München Prof.-Huber-Platz 2												
Postleitzahl, Ort	80539 München												

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Veranschulichen mit Falschlagschneidern im Straf-, Strafver-, Polizei- und Nachschleichenrecht	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Für eine Datenerhebung bei Maßnahmen der Strafverfolgung und der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten fehlt die Gesetzgebungskompetenz. Die Nutzung der Persönlichkeitsfunktion und der Einsatz von Bodycams in Wohnungen ist verfassungswidrig ausgestaltet.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
München, 13.05.22	



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

PROF. DR. MARK A. ZÖLLER

LEHRSTUHL FÜR DEUTSCHES, EUROPÄISCHES
UND INTERNATIONALES STRAFRECHT UND
STRAFPROZESSRECHT, WIRTSCHAFTSSTRAFRECHT
UND DAS RECHT DER DIGITALISIERUNG



Professor-Huber-Platz 2 · 80539 München

THÜR. LANDTAG POST
13.05.2022 09:25

123 17 / 2022

Herrn
Vorsitzenden des Innen- und Kommunal-
ausschusses des Thüringer Landtages
Sascha Bilay, MdL
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Prof. Dr. Mark A. Zöller

Geschäftsführer des Insti-
tuts für Digitalisierung und
das Recht der Inneren
Sicherheit (IDRIS)

www.jura.uni-muenchen.de

Dienstadresse
Ludwigstr. 29/IV. OG, Raum 406
80539 München

München, 13.05.2022

Schriftliche Stellungnahme

zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, SPD und
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN (Vorlage 7/3500) vom 9. März 2022

zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des
Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und
Tonaufzeichnungsgeräte vom 3. März 2021
(LT-Drucksache 7/2792)

im Rahmen der schriftlichen Anhörung des Innen- und Kommunalausschusses

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
für die Einladung zur oben genannten, schriftlichen Anhörung und die Gelegenheit
zur Stellungnahme möchte ich mich herzlich bedanken. Zu dem Gesetzentwurf neh-
me ich wie folgt Stellung:

A. Gesamtbewertung

Der fraktionsübergreifende Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, SPD
und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN (Vorlage 7/3500) vom 9. März 2022 stellt aus recht-

staatlicher Sicht eine **deutliche Verbesserung gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf** der Fraktion der CDU vom 3. März 2021 dar. Auch dieser Kompromissvorschlag ist jedoch nach wie vor nicht geeignet, den Einsatz von mobilen Kamerasystemen zur polizeilichen Gefahrenabwehr in Thüringen auf eine durchweg verfassungskonforme Rechtsgrundlage zu stellen. Die mit § 33a PAG-E vorgeschlagene Regelung **verstößt teilweise gegen die grundgesetzliche Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen** zwischen Bund und Ländern. Zudem **lassen sich** die auf ihrer Grundlage vorgesehenen **Grundrechtseingriffe**, insbesondere in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, **nicht durchweg verfassungsrechtlich rechtfertigen**.

B. Begründung

I. (Teilweise fehlende) Gesetzgebungskompetenz

Soweit § 33a Abs. 1 PAG-E offene Bild- und Tonaufzeichnungen mit körpernah getragenen (sog. Bodycams) oder in oder an polizeilich genutzten Fahrzeugen fest installierten Aufnahmegeräten auch „bei der Durchführung von Maßnahmen ... zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten“ zulassen will, **fehlt dem Freistaat Thüringen** hierfür schlicht **die Gesetzgebungskompetenz**.

Nach Art. 70 Abs. 1 GG steht den Ländern die Gesetzgebungskompetenz nur soweit zu, wie das Grundgesetz nicht dem Bund explizit Gesetzgebungsbefugnisse verleiht. Speziell das allgemeine Polizei- und Ordnungsrecht zählt dabei zu den ureigenen Materien, bei denen den Ländern die Gesetzgebungszuständigkeit zusteht.¹ Insofern ist auch anerkannt, dass der Einsatz von (stationären wie mobilen) Videokameras zur Gefahrenabwehr in die Gesetzgebungszuständigkeit der Länder fällt.² Demgegenüber unterfallen Maßnahmen zur Verfolgung bereits begangener Straftaten und Ordnungswidrigkeiten eindeutig dem Begriff des „gerichtlichen Verfahrens“ in Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG und damit der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Mit Blick auf die existierenden Regelungen zum repressiven Einsatz von Videotechnik³ ist zudem davon auszugehen, dass der Bund diesbezüglich abschließend von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht hat. Für eine landesgesetzliche Regelung zum Einsatz von mobilen Kamerasystemen zur Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten ist deshalb vor dem Hintergrund des in § 6 EGStPO niedergelegten Ko-

¹ BVerwG NVwZ 2012, 757 (759).

² BVerwG NVwZ 2012, 757 (759); näher zur Reichweite der Gesetzgebungskompetenz der Länder in diesem Bereich Zöller, Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr, 2017, S. 39 ff.

³ S. insoweit insbesondere § 100h StPO zur Herstellung von Bildaufnahmen außerhalb von Wohnungen.

difikationsprinzips von vornherein kein Spielraum. Die diesbezügliche Regelung in § 33a Abs. 1 Satz 1 PAG-E ist deshalb **wegen Verstoßes gegen die grundgesetzliche Kompetenzordnung als verfassungswidrig** einzustufen.

Es wird daher empfohlen, die Formulierung „oder von Maßnahmen zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten“ in § 33a Abs. 1 Satz 1 PAG-E ersatzlos zu streichen.

II. Verfassungswidrige Nutzung der sog. Prerecording-Funktion

Soweit § 33a Abs. 1 Satz 1 PAG-E zudem für eine Dauer von 30 Sekunden die Nutzung der sog. Prerecording-Funktion ermöglichen will, begegnet auch dieser Vorschlag des Änderungsantrages durchgreifenden verfassungsrechtlichen Bedenken.

Sämtliche auf dem Markt befindlichen Körperkamarasysteme, aber auch die für die Installation in Funkstreifenwagen vorgesehenen Modelle, weisen ab Werk eine sog. Prerecording-Funktion auf. Das erklärt sich u.a. daraus, dass diese Systeme überwiegend in den USA und in Großbritannien entwickelt wurden, wo der Fokus des Bodycam-Einsatzes anders als in der rechtspolitischen Diskussion in Deutschland nicht auf der Eigensicherung der Beamten, sondern auf der Einschränkung und Kontrolle übermäßiger Polizeigewalt liegt. Bei Einschaltung der Prerecording-Funktion werden in einem erweiterten Standby-Betrieb Bild und Ton auch ohne individuelle Aktivierung der Aufnahme durch den kameraführenden Beamten für einen kürzeren, individuell einstellbaren Zeitraum (z.B. 30, 60 oder 120 Sekunden) fortlaufend in einer Aufzeichnungsschleife aufgenommen. Erfolgt keine Aktivierung der eigentlichen Kameraaufzeichnung, so werden die Daten nach Ablauf der eingestellten Speicherdauer automatisch wieder überschrieben. Wird demgegenüber der Aufnahme-modus gestartet, so werden die zu diesem Zeitpunkt noch im RAM-Speicher der Kamera vorhandenen Aufnahmen dauerhaft abgespeichert und der Gesamtaufnahme hinzugefügt bzw. vorangestellt.⁴ Auf diese Weise soll es der Polizei ermöglicht werden, auch solche Geschehnisse zu dokumentieren, die im Einzelfall erst zu der Situation geführt haben, in der der kameraführende Beamte den Einsatz des mobilen Kamerasystems für angebracht gehalten hat. Die Entwicklung des Einsatzgeschehens und die dokumentierten Straftaten sollen also besser nachvollzogen werden können. Zudem können damit Verzögerungen nach dem Auslösen der Aufzeichnung durch ein Hochfahren der Kameras vermieden werden.⁵

⁴ Zöller, Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr, S. 62.

⁵ BT-Drs. 18/10939, S. 11.

Die Befürworter der Schaffung einer polizeigesetzlichen Ermächtigungsgrundlage für das Prerecording berufen sich bislang, sofern überhaupt eine Begründung gegeben wird,⁶ auf die erste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur automatischen Kennzeichenüberwachung vom 11. März 2008.⁷ Dort war ein Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung verneint worden, wenn die erhobenen Daten ohne weitere Auswertung sofort und unverzüglich wieder gelöscht werden.⁸ Auch das Bundesverwaltungsgericht hatte entschieden, dass ein Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung nicht vorliegt, wenn bei Einsatz einer Einrichtung der automatisierten Erfassung von Kraftfahrzeugkennzeichen und deren Abgleich mit Fahndungsdatenbeständen zwar eine Übereinstimmung des tatsächlich erfassten Kennzeichens mit einem im Fahndungsbestand vorhandenen Kennzeichen angezeigt wird, ein visueller Abgleich durch den damit betrauten Polizeibeamten aber eine mangelnde Übereinstimmung ergibt und das erfasste Kennzeichen sofort gelöscht wird, ohne dass die Anonymität des Inhabers aufgehoben wird.⁹ Einer Bezugnahme auf die vermeintliche Parallele der automatischen Kennzeichenüberwachung ist aber nunmehr durch die aktuelle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Dezember 2018 zur entsprechenden Regelung im bayerischen PAG die Grundlage entzogen worden. Hier hat das Gericht seine bisherige Rechtsprechung explizit aufgegeben und zur Frage des Grundrechtseingriffs Folgendes ausgeführt¹⁰:

„Eine automatisierte Kraftfahrzeugkennzeichenkontrolle begründet Eingriffe in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung aller Personen, deren Kennzeichen in die Kontrolle einbezogen werden, auch wenn das Ergebnis zu einem „Nichttreffer“ führt und die Daten sogleich gelöscht werden (Abweichung von BVerfGE 120, 378).“

Somit sind nach aktueller Verfassungsrechtsprechung auch sog. „Nichttreffer“ im Rahmen automatischer Kennzeichenüberwachungsmaßnahmen als **Eingriffe in das informationelle Selbstbestimmungsrecht** einzustufen. Entsprechendes muss dann **erst recht auch für die Nutzung der Prerecording-Funktion mobiler Kamerasysteme** durch deutsche Polizeibeamte gelten. Vielmehr geht die Nutzung der Prerecording-Funktion bei genauer Betrachtung in ihrer Intensität noch weit hierüber hinaus.¹¹ Bei der Bodycam werden zwar in einem bestimmten Rhythmus die nicht „ver-

⁶ So finden sich auch in dem hier zur Begutachtung vorgelegten Änderungsentwurf (LT-Drs. 7/3500, S. 5) lediglich Ausführungen zum – unbestrittenen – einsatztaktischen Nutzen, nicht aber zur verfassungsrechtlichen Dimension des Einsatzes der Prerecording-Funktion.

⁷ BVerfGE 120, 378 ff.

⁸ BVerfGE 120, 378 LS 1.

⁹ BVerwG NVwZ 2015, 906 ff.

¹⁰ BVerfGE 150, 244 LS 1.

¹¹ Zöller, Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr, S. 64.

wendeten“ Aufnahmen überschrieben, aber zu jedem Zeitpunkt kann der kameraführende Beamte die „Aktivierung“ und damit auch die Speicherung schon im System vorhandener Daten auslösen. Damit verbleibt es gerade nicht bei einer rein technischen Verarbeitung.¹² Zudem ist die Datenqualität eine andere, da hier nicht nur ein Kennzeichen als Zahlen- und Buchstabenkombination erfasst und mit dem Fahndungsbestand abgeglichen, sondern über einen nicht unerheblichen Zeitraum hinweg ein Lebenssachverhalt in Ton und Bild mit einer Fülle personenbezogener Daten aufgezeichnet und ggf. anschließend genutzt wird. Infolgedessen stellen auch Datenerhebungen unter Nutzung der Prerecording-Funktion eindeutig einen Grundrechtseingriff dar.¹³ Auf die zeitliche Dauer der eingestellten Aufzeichnungsschleife kommt es dabei nicht zwingend an. 30 Sekunden können im polizeilichen Einsatzgeschehen bereits eine Ewigkeit bedeuten. Auch eine sehr kurze Speicherung ist eine Datenerhebung und somit ein Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht.¹⁴

Der Sache nach handelt es sich bei der Nutzung der Prerecording-Funktion um nichts anderes als eine **anlasslose Überwachung**.¹⁵ Eine solche Sammlung personenbezogener Daten zu unbestimmten oder noch nicht bestimmbareren Zwecken ist nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts **unverhältnismäßig** und damit als Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung **verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen**.¹⁶ Insofern geht die bisherige rechtspolitische Diskussion über die Nutzung des Prerecording durch die Thüringer Polizei bedauerlicherweise am eigentlichen Kern der Problematik vorbei. Es ist nicht entscheidend, ob einzelne Akteure wie die Landespolizeiinspektion Erfurt (20 Sekunden), Amnesty International (30 Sekunden) oder die Generalstaatsanwaltschaft (60 Sekunden) unterschiedliche Zeitdauern „empfehlen“ oder hierfür „votieren“. ¹⁷ Zwingendes Verfassungsrecht ist gerade kein „Wunschkonzert“. Dass auch andere Bundesländer wie z.B. Bayern, Berlin, Niedersachsen oder Schleswig-Holstein das Prerecording formal „erlaubt“ haben,¹⁸ ist zwar sachlich zutreffend, besagt aber nichts über die Verfas-

¹² Zöller, Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr, S. 64; *Parma DÖV* 2016, 809 (810).

¹³ Zöller, Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr, S. 64; Schmidt, Polizeiliche Videoüberwachung durch den Einsatz von Bodycams, 2018, S. 201; *Parma DÖV* 2016, 809 (810).

¹⁴ Dembowski *Polizeispiegel* 2015, Heft 4, 22 (24).

¹⁵ Löffelmann *BayVBl.* 2019, 121 (126).

¹⁶ BVerfGE 65, 1 (46); 100, 313 (360); 130, 151 (187); Jarass/Pieroth, GG, Art. 2 Rn. 63; Wohlfarth LKRZ 2015, 437 (440); Zöller, Informationssysteme und Vorfeldmaßnahmen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Nachrichtendiensten, 2002, S. 46; krit. auch Schenke *VerwArch* 2019, 436 ff.; a.A. Schmidt, Polizeiliche Videoüberwachung durch den Einsatz von Bodycams, S. 196 f., der bei zeitlich kurzem Einsatz des Prerecordings nur von einer geringfügigen Grundrechtsbeeinträchtigung ausgeht und somit in eine Abwägung eintritt.

¹⁷ Vgl. insoweit LT-Drs. 7/3500, S. 5.

¹⁸ So die Argumentation in LT-Drs. 7/3500, S. 5.

sungsmäßigkeit der dortigen Regelungen. In Bayern etwa ist diese Frage der Verfassungskonformität der Nutzung der Prerecording-Funktion Gegenstand mehrerer, noch anhängiger Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof.

Insofern ist zu empfehlen, die Nutzung der Prerecording-Funktion ungeachtet ihres einsatztaktischen Nutzens im Rahmen von Art. 33a PAG-E zwingend und explizit auszuschließen, wie dies beispielsweise auch in Rheinland-Pfalz geschehen ist. Dort heißt es in § 31 Abs. 3 POG RP klar und deutlich wie folgt:

„Die kurzzeitige Datenerfassung im Zwischenspeicher der Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte durch Vorabaufnahmen (Prerecording) ist unzulässig.“

III. Einsatz in Wohnungen

Auch die in § 33a Abs. 3 PAG-E vorgeschlagene Regelung zum Einsatz mobiler Kamerasysteme in Wohnungen geht im Vergleich zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU vom 3. März 2021 zwar durchaus in die richtige Richtung. Sie wird aber der Schutzgewährleistung durch das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung in Art. 13 Abs. 1 GG und der ausdifferenzierten Schrankenregelung für Eingriffe in dieses Recht in Art. 13 Abs. 2 bis 7 nach wie vor nicht vollumfänglich gerecht.

Die durch § 33a Abs. 3 PAG-E intendierte Regelung eines abgestuften Schutzkonzepts zwischen privaten Wohnungen auf der einen sowie Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen auf der anderen Seite stellt erkennbar das Ergebnis eines politischen Kompromisses dar. Auch diesbezüglich gilt jedoch die Binsenweisheit, dass zwingendes Verfassungsrecht nicht Gegenstand politischer Kompromisse sein kann. Die Weite der Definition des Wohnungsbegriffes in § 25 Abs. 1 Satz 2 PAG ist kein bisheriges Versehen des Landesgesetzgebers. Vielmehr ist der **Wohnungsbegriff des Art. 13 GG** in der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung sowie im verfassungsrechtlichen Schrifttum **bewusst weit** ausgeformt worden.

Art. 13 GG garantiert die Unverletzlichkeit der Wohnung als Grundrecht auf eine „Freistätte“, d.h. auf Unbehelligtsein in den „eigenen vier Wänden“. Verbürgt wird die räumliche Dimension des Grundrechts, vom Staat und von Dritten in Ruhe gelassen zu werden.¹⁹ Damit steht es in engem Zusammenhang mit der Freiheit des Einzelnen und soll die Privatheit der Wohnung als „elementaren Lebensraum“ schützen.²⁰ Als **Wohnung** gelten somit alle Räume, die durch Abschottung der allgemeinen

¹⁹ BVerfGE 97, 228 (265); 109, 279 (309).

²⁰ BVerfGE 42, 212 (219); 103, 142 (150).

Zugänglichkeit entzogen sind und als Stätte privaten Lebens und Wirkens dienen.²¹ Neben *Privaträumen*, bei denen die Bestimmung der Räumlichkeit zu Wohnzwecken typischerweise nach außen kenntlich gemacht ist, zählen zur Wohnung auch Nebenräume wie Keller und Dachböden sowie Hotel- und Krankenzimmer.²² Auch das umfriedete Besitztum mit erkennbarer Nähe zum Wohnen fällt in den Schutzbereich.²³ Vor allem aber werden Arbeits-, Geschäfts- und Betriebsräume sowie Dienstzimmer von Angestellten und Beamten jedenfalls dann vom Schutzbereich erfasst²⁴, soweit dort eine unkontrollierte öffentliche Zugangsmöglichkeit besteht und einer der Selbstverwirklichung dienenden Tätigkeit nachgegangen wird.²⁵

Diese aus der Freiheit des Einzelnen folgende Weite des sog. Wohnungsgrundrechts kann der Landesgesetzgeber nicht unter Berufung auf – in der Sache durchaus nachvollziehbare – Wünsche der polizeilichen Vollzugspraxis einseitig einschränken. Die bedingte Zulassung des Einsatzes von Bodycams in den von § 33a Abs. 3 Satz 3 PAG-E bezeichneten Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen mit ihrer Abgrenzung zu den insoweit sakrosankten Wohn- und Nebenräumen sowie dem dazugehörigen befriedeten privaten Besitztum i.S. von § 33a Abs. 3 Satz 1 PAG-E **widerspricht** somit schon mit dieser Differenzierung dem eindeutigen Schutzbereichskonzept des Art. 13 GG.

Hinzu kommt, dass die **Regelung zum Schutz von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern** i.S. der §§ 53, 53a StPO in § 33a Abs. 3 Satz 2 PAG-E inhaltlich ungenau geraten ist. Vom Berufsgeheimnisträgerschutz ist schon die Tatsache erfasst, wer, wann und wo Kontakt zu einem Berufsgeheimnisträger (z.B. Abgeordnete, Geistliche, Rechtsanwälte, Journalisten) aufnimmt. Konsequenterweise muss man daher nicht nur Aufzeichnungen „in“, sondern auch „vor“ entsprechenden Räumlichkeiten (wie Eingänge, Zufahrten oder Vorplätze von Abgeordnetenbüros, Kirchen, Anwaltspraxen oder Mediengebäuden) von der Überwachung ausnehmen.

Im Übrigen wird speziell § 33a Abs. 3 Satz 3 PAG der strengen verfassungsrechtlichen Schrankensystematik des Art. 13 GG nicht gerecht:

²¹ BGHSt 44, 138 (140); *Papier*, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 13 Rn. 10; *Epping*, Grundrechte, Rn. 664; *Manssen*, Staatsrecht II, Rn. 676; *Hufen*, Staatsrecht II, § 15 Rn. 3.

²² BGHZ 31, 285 (289); BGHSt 50, 206 (211 f.); *Jarass/Piero*, GG, Art. 13 Rn. 4; *Epping*, Grundrechte, Rn. 664; weitere Beispiele bei *Lindner*, in: Lindner/Möstl/Wolff, Verfassung des Freistaates Bayern, Art. 106 Rn. 19, 21.

²³ *Jarass/Piero*, GG, Art. 13 Rn. 4; *Kühne*, in: Sachs (Hrsg.), GG, Art. 13 Rn. 3.

²⁴ BVerfGE 32, 54 (70 ff.); *Kingreen/Poscher*, Grundrechte, Rn. 1008; *Manssen*, Staatsrecht II, Rn. 676.

²⁵ *Kingreen/Poscher*, Grundrechte, § 22 Rn. 1009; *Sodan/Ziekow*, Grundkurs Öffentliches Recht, § 41 Rn. 3.

Thematisch einschlägig sind insoweit die Absätze 4, 5 und 7 des Art. 13 GG. Allerdings entspricht die Ausgestaltung des geltenden Art. 33a Abs. 3 PAG-E keiner der dort normierten Anforderungen an die Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen.

Nach **Art. 13 Abs. 4 S. 1 GG** dürfen zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme gemäß Art. 13 Abs. 4 Satz 2 GG auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen. Gemäß Art. 13 Abs. 4 GG kann die optische und akustische Wohnraumüberwachung zum Zweck der Gefahrenabwehr gerechtfertigt sein.²⁶ Erfasst werden davon insbesondere Videoüberwachungsmaßnahmen in Wohnräumen.²⁷ Eine Rechtfertigung des Einsatzes von Bodycams kommt unter den die Verhältnismäßigkeitsanforderungen konkretisierenden Voraussetzungen des Art. 13 Abs. 4 GG im Falle des § 33 Abs. 4 PAG aber schon deshalb nicht in Betracht, weil der Änderungsantrag auf die Etablierung eines Richtervorbehalts verzichtet hat. Zudem wird keine dringende Lebensgefahr, sondern nur eine gegenwärtige Gefahr gefordert.

Auch mit Blick auf **Art. 13 Abs. 5 GG** scheidet eine Rechtfertigung im Ergebnis aus. Dieser Eingriffsvorbehalt rechtfertigt nicht allgemeine Gefahrenabwehrmaßnahmen, sondern die technische Überwachung zum Integritätsschutz von in der Wohnung tätigen Personen. Aber selbst dann, wenn man den Einsatz von Bodycams in Wohnungen auch auf die Eigen- und Fremdsicherung bezieht, gilt, dass ein solcher Einsatz, sofern er sich neben der Eigensicherung zusätzlich auf andere Zwecke, insbesondere den der Gewinnung von Informationen zur Gefahrenabwehr oder Strafverfolgung bezieht, nicht über Art. 13 Abs. 5 GG gerechtfertigt werden kann.²⁸ Dies aber betrifft die typische Situation des polizeilichen Bodycam-Einsatzes. Schließlich werden sich die Beamten dabei zwangsläufig aus einem konkreten Anlass heraus, regelmäßig zur Verhütung oder Aufklärung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, in die Wohnung begeben. Eine „ausschließliche“ Nutzung zur Eigensicherung liegt damit nicht vor.

Schließlich ist auch eine Rechtfertigung des Bodycam-Einsatzes in Wohnungen auch auf der Grundlage von **Art. 13 Abs. 7 GG** verfassungsrechtlich evident unzulässig. Schon nach dem eindeutigen Wortlaut dieser Vorschrift („im Übrigen“) zeigt sich, dass diese Schranke nur subsidiär zur Anwendung kommen kann, wenn keiner der

²⁶ Fink, in: BeckOK-GG, Art. 13 Rn. 19.

²⁷ Hofmann, in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, GG, Art. 13 Rn. 34.

²⁸ Kühne, in: Sachs (Hrsg.), GG, Art. 13 Rn. 47; Hofmann, in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, GG, Art. 13 Rn. 35; Jarass/Pieroth, GG, Art. 13 Rn. 32; Papier, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 13 Rn. 107.

Eingriffsvorbehalte in Art. 13 Abs. 2 bis 5 GG thematisch einschlägig ist. Es darf also der Sache nach weder um Durchsuchungen (Art. 13 Abs. 2 GG) noch um technische Wohnraumüberwachung zur Strafverfolgung (Art. 13 Abs. 3 GG), präventive technische Wohnraumüberwachung (Art. 13 Abs. 4 GG) oder technische Wohnraumüberwachung zur Eigensicherung ermittelnder Amtsträger (Art. 13 Abs. 5 GG) gehen.²⁹ Mit Art. 33a Abs. 3 Satz 3 PAG-E wird aber gerade eine Regelung zur Eigen- und Fremdsicherung vorgeschlagen, die die Inhalte von Art. 13 Abs. 4 und 5 GG unzulässig miteinander vermischt. Diese versperren daher den Rückgriff auf die Auffangnorm des Art. 13 Abs. 7 GG.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Regelung des § 33a Abs. 3 zum Einsatz von Bodycams in Wohnungen insgesamt als nicht verfassungskonform dar.

Insofern wird empfohlen, § 33a Abs. 3 PAG-E wie folgt zu fassen: „In Wohnräumen sind Aufzeichnungen nach Absatz 1 nicht zulässig.“

PROF. DR. MARK A. ZÖLLER

²⁹ *Papier*, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, Art. 13 Rn. 117; *Kühne*, in: Sachs (Hrsg.), GG, Art. 13 Rn. 50; *Hermes*, in: Dreier (Hrsg.), GG, Art. 13 Rn. 110; *Kunig/Berger*, in: v. Münch/Kunig, GG, Art. 13 Rn. 68; *Jarass/Pieroth*, GG, Art. 13 Rn. 34; *Sodan*, in: Sodan (Hrsg.), GG, Art. 13 Rn. 18.

15409/2022

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	LPI Jena	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Am Anger 30
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	07743 Jena
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	LPI Jena / Sachbereich Kriminalitätsbekämpfung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Siehe Votum der Landespolizeidirektion	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldok)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 17.6.2022	



Landespolizeiinspektion Jena
Am Anger 30 · 07743 Jena

THÜR. LANDTAG POST
13.05.2022 12:04

1235712022

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Hinweis der Landtagsverwaltung:
Der "Bezug 02" ist als Zuschrift
7/1916 im AIS abrufbar.
Der "Bezug 03" ist als Zuschrift
7/1256 im AIS abrufbar.

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahmen- und Tonaufzeichnungsgeräte; Stellungnahme der LPI Jena

- 01 - Schriftliches Anhörungsverfahren des Thüringer Landtages vom 15.03.2022
- 02 - E-Mail der LPD/DB vom 28.04.2022, 08:37 Uhr; Stellungnahme der LPD
- 03 - Stellungnahme der LPI Jena vom 10.06.2021 zum Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU und FDP

11. Mai 2021

Mit Bezug 01 wurde die Landespolizeiinspektion (LPI) Jena um Stellungnahme zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Vorlage 7/3500) des Thüringer Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte – gebeten. Die nachfolgende Zuarbeit erfolgte unter Einbeziehung des Leiters des Inspektionsdienstes (ID) Jena, da dieser als Teilprojektleiter des landesweiten Projektes „Bodycam in der Thüringer Polizei II“ eingesetzt ist.

Für die Beantwortung der Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses (Bezug 01, Anlage 4) schließt sich die LPI Jena vollumfänglich der schriftlichen Stellungnahme der Landespolizeidirektion (LPD) gemäß Bezug 02 an.

Des Weiteren wird auf die bereits übersandte Stellungnahme der LPI Jena vom 10.06.2021 (Bezug 03) verwiesen.

Im Auftrag

Landespolizeiinspektion
Jena
Am Anger 30
07743 Jena
Telefon 03641 81-0
Telefax 03641 81-1599

www.polizei.thueringen.de

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>LANDESPOLIZEI INSPEKTION ERFURT</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>99088 ERFURT CHRISTIAN-KITTEL-STR.</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>12</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		LANDESPOLIZEI INSPEKTION ERFURT	Geschäfts- oder Dienstadresse	99088 ERFURT CHRISTIAN-KITTEL-STR.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	12	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
	LANDESPOLIZEI INSPEKTION ERFURT										
Geschäfts- oder Dienstadresse	99088 ERFURT CHRISTIAN-KITTEL-STR.										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	12										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	LEITERIN DER LPI ERFURT	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
ERFURT, 23.05.2022	

Landespolizeiinspektion
ErfurtLandespolizeiinspektion Erfurt
Christian-Kittel-Straße 12 · 99098 ErfurtTHÜR. LANDTAG POST
13.05.2022 10:28

Ihre Ansprechpartner/in:

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99098 Erfurt

12335/2022

Nachr.: LPD - Direktionsbüro

Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/2792 -

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Vorlage 7/3500 -

Unser Zeichen:

(bitte bei Antwort angeben)

Gz. EF.26-2752-9/2021

VIS: 65095/2022

Erfurt

12. Mai 2022

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 15. März 2022 wurde die Landespolizeiinspektion Erfurt im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages um schriftliche Mitteilung ihrer Auffassung zum o.g. Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebeten. Die Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschuss werden wie folgt beantwortet:

1. Sind die Tatbestandsvoraussetzungen bzw. die Regelungen in § 33 a Absatz 1 in der Fassung des Änderungsantrags zum Pre-Recording und zur dauerhaften Aufzeichnung im vorgelegten Änderungsantrag aus Ihrer Sicht angemessen gefasst?

Die vorgelegte Fassung des § 33 a Abs. 1 des Änderungsantrages unterscheidet die flüchtige Speicherung von Bild- und Tonaufzeichnungen für 30 Sekunden im Zwischenspeicher (Pre-Recording) von der dauerhaften Aufzeichnung, welche sodann auch mit einer dauerhaften Speicherung und Weiterverarbeitung verbunden ist.

Das Vorhaben, ein Pre-Recording rechtlich zu ermöglichen, wird ausdrücklich begrüßt. Für die flüchtige Speicherung werden folgende Tatbestandsvoraussetzungen (TBV) benannt:

- öffentlich zugängliche Orte und

Landespolizeiinspektion Erfurt
Christian-Kittel-Straße 12
99098 Erfurt
Telefon 0361 7443-0
Telefax 0361 7443-1599www.polizei.thueringen.de**Datenschutzinformation**
Informationen zur Verarbeitung Ihrer
Daten finden Sie unter dem Link:
www.polizei.thueringen.de/landespolizeiinspektionen/lpi-erfurt/datenschutz

- Durchführung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder Straf- oder Ordnungswidrigkeitenverfolgung.

Es gilt zu bedenken, dass das Pre-Recording dem betriebsbereiten Tragen des körpernah getragenen Aufnahmegeräts (Bodycam) gleichzusetzen ist. In der Praxis würde die vorgeschlagene Regelung ein regelmäßiges komplettes Ein- und Ausschalten der Geräte notwendig machen. Insbesondere bei ad-hoc eintretenden Gefahrenlagen wäre ein Pre-Recording ausgeschlossen, da hier die Bodycam erst eingeschaltet werden müsste. Neben dem zusätzlichen Handlungsschritt, welcher ggf. ein Einschalten grundsätzlich ausschließen könnte, sollte hierfür keine Zeit mehr sein, ist die Herstellung der Betriebsbereitschaft auch mit einer zeitlichen Zäsur und damit einem verringerten Einsatz- und Beweiswert verbunden.

Weiterhin können die Daten aus dem Pre-Recording aufgrund der technisch sichergestellten dauerhaften automatischen Löschung des Zwischenspeichers ausschließlich bei Aktivierung der dauerhaften Aufzeichnung eingesehen, ausgelesen und weiterverarbeitet werden. Als TBV für die dauerhafte Aufzeichnung wurde die gerechtfertigte Annahme, dass dies zur Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben der eingesetzten Polizeibeamten oder eines Dritten erforderlich ist, benannt. Weiterhin wurden folgende Situation als benannt, bei welchen die dauerhafte Aufzeichnung ebenfalls erfolgen soll:

- ausdrückliches Verlangen der betroffenen Person,
- Androhung bzw. Anwendung unmittelbaren Zwangs,
- Ziehen der Schusswaffe (Auslösung automatisch).

Nach hiesiger Einschätzung ist es unabdingbar, das Pre-Recording im Bereitschaftsbetrieb und somit auch bei schlicht hoheitlichem Handeln zu ermöglichen. Entsprechende Regelungen finden sich bspw. in den Polizeigesetzen der Bundespolizei und des Landes Niedersachsen.¹

Weiterhin ist angesichts der Gesetzessystematik nicht nachvollziehbar, weshalb die dauerhafte Aufzeichnung auf ausdrückliches Verlangen der betroffenen Person hin, ohne Vorliegen weiterer TBV, erfolgen soll. Eingriffsmaßnahmen des ThürPAG sind stets an das Vorliegen von Gefahren geknüpft. Die Einführung eines Rechts zur Verlangung der dauerhaften Aufzeichnung durch Betroffene würde zum einen eine uneingeschränkte Handlungspflicht für Polizeivollzugsbeamte begründen, wohingegen der Einsatz der Bodycam durch Polizeibeamte an strenge Voraussetzungen geknüpft ist und ausschließlich der Abwehr von Gefahren für Leib und Leben dient. Zum anderen werden hierdurch unverhältnismäßig Rechte der Polizeibeamten sowie unbeteiligter Dritter eingeschränkt.

Im Übrigen sind die TBV aus hiesiger Sicht angemessen gefasst.

2. Ist sowohl vor dem Hintergrund der Eingriffstiefe der Vorabaufnahme im flüchtigen Speicher und der damit verbundenen Aufnahme unbeteiligter Dritter einerseits, sowie der Möglichkeit den Einsatz und das Vorgeschehen umfassender darstellen zu können anderer-

¹ vgl. § 27a Abs. 3 BPolG, § 32 Abs. 4 Satz 4 NPOG

seits, eine Dauer von 30 Sekunden oder 60 Sekunden Pre-Recording angemessen und wie begründen Sie dies?

Seitens der LPI Erfurt wird für ein Pre-Recording von 30 Sekunden votiert. Zur Begründung wird auf die Stellungnahme der Landespolizeidirektion vom 10. Juni 2021 (Drs. 7/2792; Vorlage 7/1993), Ziffer 2.4 verwiesen und sich dieser inhaltlich angeschlossen.

3. Wird aus Ihrer Sicht für die Anwender der Kamera mit dem Entwurf deutlich, wer das Anspruchsrecht als „betroffene Person“ nach § 33a Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 in der Fassung des Änderungsantrags hat, wenn nein, welche Änderungen wären erforderlich?

Der Begriff der „betroffenen Person“ polizeilicher Maßnahmen ist ausreichend definiert. Es wird im Weiteren auf die Beantwortung der Frage 1 verwiesen. Seitens der LPI Erfurt wird für die Streichung dieser Bestimmung votiert.

4. Wie bewerten Sie die Möglichkeit einer automatisierten Aufzeichnung beim Ziehen der Schusswaffe wie im Änderungsantrag unter § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 3 vorgeschlagen? Und wäre dies aus Ihrer Sicht gleichfalls für das Reizstoffsprühgerät und den Schlagstock geeignet und geboten, sofern technisch möglich?

Zu Möglichkeiten der technischen Umsetzung können von hier keine Angaben gemacht werden.

Im Übrigen wird es als notwendig erachtet, den Begriff „Schusswaffe“ genauer zu definieren. Derzeit wird einzig die Pistole als in § 59 Absatz 4 ThürPAG benannte polizeiliche Schusswaffe in einem Holster getragen. Das Gewehr und die Maschinenpistole werden, nach Entnahme aus ihren Behältnissen, an einem Tragegurt geführt. „Zum Einsatz“ kommen diese durch schlichtes in den Anschlag nehmen. Der Revolver kommt derzeit in der Thüringer Polizei, zumindest im Einsatz- und Streifendienst, nicht zum Einsatz, würde aber ebenfalls in einem Holster geführt werden. Demnach kann sich die Norm nach hiesiger Einschätzung nur auf die Dienstpistole respektive den Revolver beziehen.

Fraglich ist, wie mit dem Ziehen der Schusswaffe zu Zwecken der Aus- und Fortbildung, dem Abrüsten nach dem Dienst sowie dem Ablegen im Dienst, bspw. beim Betreten von Gewahrsams- oder Hafträumen, umgegangen wird. Neben einer genaueren Definition der Formulierung „zum Einsatz entnehmen“, um derartige „Einsätze“ auszuschließen, sollte es technisch möglich sein, eine dauerhafte Aufzeichnung in solchen Fällen zu verhindern. Ansonsten würden unberechtigt Aufnahmen angefertigt bzw. entstünde ein unverhältnismäßiger Mehraufwand für die Sichtung und Löschung selbiger.

Eine Ausdehnung der technisch automatisierten Aufzeichnung auf alle Waffen und Hilfsmittel der körperlichen Gewalt wäre mit erheblichen Aufwendungen zur technischen Nachrüstung sowie in der Folge mit erheblichen Datenmengen verbunden, die die Absicht zur Einführung als unverhältnismäßig erscheinen lassen.

5. Ist es aus Ihrer Sicht technisch und praxistauglich möglich, den Zwischenspeicher (Pre-Recording) automatisiert unwiderruflich/spurenlos zu löschen wie im Änderungsantrag unter § 33a Absatz 1 Satz 4 vorgeschlagen? Wenn nein, was wäre aus Ihrer Sicht eine angemessene Formulierung?

Zur technischen Umsetzung können von hier keine Angaben gemacht werden. Eine Praxistauglichkeit der automatisierten Löschung steht außer Frage.

6. Halten Sie die Regelungen in § 33a Absatz 2 des Änderungsantrags zum Verhältnis Polizei/Betroffene (Ankündigung, Erkennbarkeit, Belehrung) geeignet, auch um das Vertrauen in die Maßnahme der polizeilichen Bild- und Tonaufzeichnung zu verbessern und wie bewerten Sie den Vorschlag vor dem Hintergrund der Praktikabilität?

Aufgrund der ebenfalls vorhandenen Regelung zu Fällen, in denen Gefahr im Verzug vorliegt, in § 33 a Absatz 2 Satz 4, Satz 7 erscheint Absatz 2 als geeignet und praxistauglich. Die Ankündigung bzw. Mitteilung sowie die optische und akustische Erkennbarkeit sind im Sinne einer präventiven Wirkung des Einsatzmittels Bodycam unabdingbar.

7. Wie bewerten Sie die vorgeschlagene Änderung in § 33a Absatz 3 des Änderungsantrags, auf den Einsatz in Wohnräumen vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Hürden des Artikels 13 Absatz 1 zum Schutz der Wohnung zu verzichten, gleichfalls jedoch in einem abgestuften Verfahren den Bereich der Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume bei angepasster Eingriffsschwelle sowie dem Schutz von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern zu ermöglichen?

In Anbetracht der häufigen Angriffe auf Polizeibeamte in Wohnungen sollte, auch im Ergebnis einer Rechtsgüterabwägung, die Aufzeichnung in Wohn- und Nebenräumen in solchen Fällen ermöglicht werden, in denen Polizeibeamte diese Räumlichkeiten betreten dürfen und die sonstigen TBV vorliegen. Verfassungsrechtliche Bedenken werden bei der Ermöglichung eines solchen Einsatzes nicht gesehen.

Die Erweiterung des räumlichen Geltungsbereiches zumindest auf „alle übrigen Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume“ wird ausdrücklich begrüßt. Der Ausschluss von Aufzeichnungen in derartigen Räumlichkeiten von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern i. S. d. §§ 53, 53 a StPO entspricht der Gesetzessystematik und wird daher befürwortet.

Als TBV wird eine „gegenwärtige Gefahr für Leib oder Leben“ verlangt. Hierbei ist jedoch fraglich, inwiefern der Zweck des Einsatzes von Bodycams überhaupt erreicht werden kann, wenn das schädigende Ereignis „bereits begonnen, unmittelbar bevorsteht oder in allernächster Zeit mit einer an Si-

cherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit eintritt".² Es wird für die Einführung einer „dringenden Gefahr“ als Eingriffsschwelle in § 33 a Absatz 3 Satz 3 des Änderungsantrages votiert.

- 8. Ist es aus Ihrer Sicht vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Hürden des Artikels 13 Absatz 1 des Grundgesetzes folgerichtig und erforderlich, nicht nur die dauerhaften Aufzeichnungen für Wohnungen auszuschließen, sondern ebenfalls die Vorabaufnahme (Pre-Recording) für Wohnungen auszuschließen? Und wie ist dies aus Ihrer Sicht praktisch für den Kameraanwender umzusetzen? Ist es geboten und praktikabel das Pre-Recording am Gerät in diesen Fällen zu deaktivieren?**

Bzgl. der Aufzeichnungen in Wohnungen wird auf die Ausführungen zu Frage 7 verwiesen. Demnach sollte nicht nur das Pre-Recording nicht ausgeschlossen, sondern vielmehr die dauerhafte Aufzeichnung gestattet werden.

Dem Pre-Recording ist das betriebsbereite Tragen der Bodycam gleichzusetzen. Das „Deaktivieren“ entspräche einem Ausschalten des Gerätes, was zum einen als nicht praxistauglich und zum anderen als dem Zweck des Bodycamenteinsatzes entgegenstehend angesehen wird. Es wird auf die Ausführungen zu Frage 1 verwiesen.

- 9. Wäre aus Ihrer Sicht in § 33a Absatz 3 des Änderungsantrags ein zusätzlicher Richtervorbehalt für die Verwendung von Aufnahmen aus Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen (die nicht in solchen zulässig sind, die der Ausübung der Tätigkeit von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern nach den §§ 53, 53a der Strafprozessordnung dienen) über das bereits abgestufte Verfahren hinaus erforderlich oder ist dieser entbehrlich?**

Ein Richtervorbehalt wird als nicht erforderlich erachtet, da es sich beim Einsatz der Bodycam um eine offene und nicht wie in § 35 ThürPAG eine verdeckte Datenerhebung handelt.

- 10. Ist der Umgang von Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten hinsichtlich des befriedeten Besitztum aus Ihrer Sicht angemessen in § 33a Absatz 3 des Änderungsantrags geregelt, auch vor dem Hintergrund von Kleingartenanlagen, dabei insbesondere im Verhältnis zum Schutz nach Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes? Falls nein, welche Änderungen schlagen Sie vor?**

Es wird auf die Ausführungen zu den Fragen 7 und 8 verwiesen. Vor diesem Hintergrund sollte auch die dauerhafte Aufzeichnung in zu Wohn- und Nebenräumen dazugehörigem privatem Besitztum gestattet werden.

² vgl. § 54 Nr. 3b OBG

- 11. Wie bewerten Sie die angepasste Regelung zum Kernbereichsschutz in § 33a Absatz 4 des Änderungsantrags vor dem Hintergrund des veränderten Regelungserfordernisses, dass Aufzeichnungen in Wohnungen nicht mehr zulässig sind und vor dem Hintergrund, dass die kameratragende Person (anders als bei der verdeckten Aufzeichnung) nicht sofort in die Aufnahme eingreifen soll, um diese zu löschen, da dieser generell der Zugriff hinsichtlich einer Löschung entzogen ist?**

Bzgl. der dauerhaften Aufzeichnung innerhalb von Wohnräumen wird auf die Ausführungen zu Frage 7 verwiesen.

Der Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung ist in § 33 a Absatz 4 des Änderungsantrages nach hiesiger Ansicht ausreichend und klar geregelt.

Für Polizeibeamte dürfte es im täglichen Dienst schwer sein, die Eröffnung des Kernbereichs privater Lebensgestaltung im Voraus zu erkennen. In diesem wird jedoch auch in erster Linie die verdeckte Informationserhebung geschützt, welche jedoch bei der offenen Maßnahme des Einsatzes der Bodycam per se ausgeschlossen ist. Spätestens beim Hinzukommen des Beamten und dessen Wahrnehmung durch den Betroffenen ist dieser Bereich verlassen. Sollte es dennoch zu entsprechenden Aufnahmen kommen, so erscheint die unverzügliche nachträgliche Löschung dieser als logische Konsequenz.

Ein direkter Zugriff des kameratragenden Beamten ist technisch ausgeschlossen. Die Löschung unberechtigter Aufnahmen erfolgt im Nachgang, bspw. am Ende der Dienstschrift, durch eine berechnigte Person. Hierbei handelt es sich um den erstmöglichen Zeitpunkt zum Zugriff auf die dauerhaft auf der Bodycam gespeicherten Daten. Diese Verfahrensweise entspricht der Regelung in § 33 a Absatz 4 Satz 2 des Änderungsantrages, wobei es bei der Löschung von Teilen bzw. Ausschnitten der Aufnahme einer vorherigen Sichtung und Bearbeitung der Aufnahme bedarf.

- 12. Sind aus Ihrer Sicht Kernbereichsverletzungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Bodycams im öffentlichen Raum oder in Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen (die bereits nicht in solchen zulässig sind, die der Ausübung der Tätigkeit von Berufsgeheimnistägern und Berufshelfern nach den §§ 53, 53a der Strafprozessordnung dienen) vorstellbar und wenn ja sind Ihnen Anwendungsbeispiele bekannt?**

Nein, derartige Fallkonstellationen sind nicht vorstellbar.

- 13. Wäre aus Ihrer Sicht ein zusätzlicher Richtervorbehalt für die Verwendung von Aufnahmen in solchen Fällen erforderlich, bei bzw. nach denen es zu einer Kernbereichsverletzung im Sinne des § 33a Absatz 4 des Änderungsantrags gekommen ist (vor dem Hintergrund der im Änderungsantrag angepassten Einsatzgebiete)?**

Gemäß § 33 a Absatz 4 des Änderungsantrages schließt sich eine nachträgliche Verwendung von Aufzeichnungen, die den Kernbereich privater Lebensgestaltung betreffen, aus, da bereits deren Anfertigung unzulässig ist. Die Verwendung unter Richtervorbehalt zu stellen widerspräche zum einen diesem Grundsatz, zum anderen wird es auch nicht als notwendig erachtet.

14. Wäre aus Ihrer Sicht die dauerhafte Aufzeichnung auch innerhalb der Wohnung für den ausschließlichen Fall des Ziehens der Schusswaffe rechtlich möglich, wenn man im Ergebnis der Abwägung ein Aufzeichnungsinteresse in solchen Fällen höher gewichtet als den Schutz in Artikel 13 Absatz 1 Grundgesetz? Falls nein, müsste aus Ihrer Sicht aus (verfassungs-)rechtlichen Gründen in solchen Fällen das Pre-Recording und die Tonaufzeichnung zu diesem Zweck deaktiviert oder deaktivierbar sein oder würde eine Regelung zur unmittelbaren Löschung analog z.B. § 35 Absatz 6 Sätze 2-7 des Thüringer Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei (PAG) aus Ihrer Sicht ausreichen und wie bewerten Sie das vor dem Hintergrund der Praktikabilität?

Es wird auf die Ausführungen zur Frage 7 verwiesen. Demnach sollte die dauerhafte Aufzeichnung in Wohnungen bei vorliegender „dringender Gefahr“ für Leib und Leben gestattet werden. Der Einsatz der Schusswaffe bedarf gem. § 65 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 ThürPAG einer gegenwärtigen Gefahr für Leib und Leben, also einer höheren Eingriffsschwelle. In Anbetracht dieser Systematik ist eine dauerhafte Aufzeichnung auch über den ausschließlichen Fall des Ziehens der Schusswaffe hinaus rechtlich möglich und wünschenswert.

15. Die bisherige Aufbewahrungsdauer der Aufzeichnungen beträgt 48 Stunden und soll in § 33a Absatz 5 des Änderungsantrags auf 30 Tage erweitert werden. Ist dieser Zeitraum aus Ihrer Sicht angemessen oder sollte dieser weiter ausgedehnt werden? Wenn nein, welche Frist scheint Ihnen angemessen?

In Ermangelung entsprechender Sachverhalt im hiesigen Zuständigkeitsbereich kann hier keine konkrete Aussage getroffen werden. Grundsätzlich erscheinen in Anbetracht der gesetzlichen Regelungen zur Datenspeicherung 30 Tage als angemessen.

16. Sollten aus Ihrer Sicht beim Vorliegen von dauerhaften Bild- und Tonaufzeichnungen mittels Bodycam über Straftaten (§ 33a Absatz 5 Satz 3 Nr. 1 des Änderungsantrags) hinaus auch Ordnungswidrigkeiten (etwa Falschparken, unsachgemäße Entsorgung von Zigaretten, Lärmbelästigung) verfolgt werden können?

Die Verwendung von Aufzeichnungen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten wird grundsätzlich als möglich erachtet, jedoch eine dezidierte Verhältnismäßigkeitsprüfung als zwingend notwendig angesehen.

- 17. Ist die vorgesehene Regelung zur wissenschaftlichen Evaluierung im § 33a Absatz 7 des Änderungsantrags aus Ihrer Sicht geeignet oder sollte aus Gründen der Datensparsamkeit der Zeitraum, wie lange dauerhaft aufgezeichnete Aufnahmen für diesen Zweck verwendet werden können im Gesetz oder mit der Ermächtigung zur Rechtsverordnung durch das zuständige Ministerium definiert werden (bspw. das maximal 3 oder 6 Monate solche Aufnahmen verwendet werden)?**

Hierzu kann seitens der LPI Erfurt keine Einschätzung getroffen werden. Es wird daher an die Erkenntnisse und Auswertung des Pilotprojektes Bodycam der LPI Gotha verwiesen.

- 18. Sind Sie der Ansicht, dass eine Aufnahme bei der Durchführung von Maßnahmen der Strafverfolgung, wie in § 33a Absatz 1 Satz 1 des Änderungsantrags benannt, in der Gesetzgebungskompetenz des Landesgesetzgebers liegt?**

Unter dem Aspekt, dass lediglich 30 Sekunden automatisiert aufgezeichnet, im Anschluss alle Daten überschrieben bzw. gelöscht werden, wird keine Zuständigkeitskollision der Gesetzgebungskompetenz gesehen.

- 19. Sind Sie der Ansicht, dass die Durchführung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr für die Aufzeichnung und automatisierte Löschung nach 30 Sekunden sowie eine (einfache) Gefahr für eine dauerhafte Aufzeichnung als Tatbestandsmerkmale ausreichend sein sollten? Falls nein: welche Voraussetzungen sollten nach Ihrer Ansicht normiert werden?**

Zunächst wird auf die Antworten zur Frage 1 verwiesen. Darüberhinausgehend ist das Ziel des Bodycameinsatzes, eine Gefahr für hochwertige Rechtsgüter (Leib, Leben) abzuwehren, was eine dauerhafte Aufzeichnung als Tatbestandsmerkmal ausreichend bestimmt.

- 20. Sind Sie der Ansicht, dass die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten als Grund für die Aufzeichnung normiert werden sollte?**

Es wird auf die Antwort zur Frage 16 verwiesen.

- 21. Sind Sie der Ansicht, dass die Begrifflichkeit des „flüchtigen“ Zwischenspeichers sowie der „dauerhaften Aufzeichnung“ dem Prinzip der Normklarheit genügt?**

Die Begrifflichkeiten werden als klar und ausreichend angesehen.

- 22. Bestehen nach Ihrer Ansicht rechtliche Bedenken gegen die in § 33a Absatz 1 Satz 2 ff. des Änderungsantrags vorgesehene dauerhafte Speicherung von Aufnahmen? Wenn ja, welche?**

Hierzu verweisen wir zunächst auf die Antworten zu den Fragen 3 und 4. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass eine derartig weitreichende Speicherung auch die Verwendung von Aufzeichnungen ermöglicht, die nicht mehr im eigentlichen Kontext des Schutzes der Beamten / Dritter vor Angriffen stehen. Gerade die mögliche Nutzung und Verwendung von Aufzeichnungen außerhalb dieser Zweckgebundenheit eröffnet weitere rechtliche Fragen und wird schlussendlich die Akzeptanz als Einsatzmittel reduzieren.

Gerade die Definition von Kriterien, wie derartige Aufzeichnungen eingesehen und verwendet werden dürfen, wird als problematisch angesehen. Die Folge könnte eine „Fremdbestimmung“ über ein polizeiliches Einsatzmittel sein, die auch in die Persönlichkeitsrechte Unbeteiligter (Passanten, etc.) eingreift (insbesondere wenn die tatbestandliche Voraussetzungen der polizeil. Verwendung nicht vorliegen).

23. Ist nach Ihrer Ansicht eine dauerhafte Speicherung von Aufnahmen, wie in § 33a Absatz 1 Satz 2 ff. des Änderungsantrags vorgesehen, praktisch umsetzbar?

Die praktische Umsetzung wird als unproblematisch angesehen. Inwiefern sich aus der automatisierten Aufzeichnung i.Z.m. Schusswaffenentnahme weitere Problemkonstellationen ergeben, kann hier nicht eingeschätzt werden. Dazu wird auf das Pilotprojekt der LPI Gotha verwiesen.

Zur Dauerhaftigkeit der Aufnahme wurde bereits unter Frage 3 Stellung genommen.

24. Sind Sie der Ansicht, dass die Regelung der Beendigung der Aufnahme („Mit Abschluss der Maßnahme“) in § 33a Absatz 1 Satz 7 des Änderungsantrags dem Prinzip der Normklarheit genügt?

Der „Abschluss einer Maßnahme“ ist nicht hinreichend bestimmt. Insbesondere unter Aspekt möglicher zeitintensiver Folgemaßnahmen (Platzverweis, Gewahrsamnahme, Identitätsfeststellung, Durchsuchungen, etc.) bestehen hier potentielle Unklarheiten. Vielmehr wird auf eine Formulierung im Sinne von „nach Beendigung der zugrundeliegenden Zwangsandrohung /-anwendung“ abgestellt. Das Ende einer Aufzeichnung sollte sich am Ende der zugrundeliegenden Maßnahme orientieren, die zur Schusswaffenentnahme geführt hat.

25. Sind Sie der Ansicht, dass eine Löschung unzulässiger Aufnahmen des Kernbereichs privater Lebensgestaltung entsprechend § 33a Absatz 4 Satz 2 und 3 des Änderungsantrags zum Schutz des Grundrechts ausreichend ist oder vielmehr auch die Unterbrechung der Aufnahme sowie eine Regelung zur Fortsetzung für den Fall normiert werden muss, dass sich während der Aufzeichnung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Kernbereich privater Lebensgestaltung betroffen ist?

Unabhängig von praktischen Schwierigkeiten im polizeilichen Einsatz die Aufnahmefunktion zu unterbrechen oder fortzusetzen (bspw. im Rahmen von Zwangsanwendungen), wird der Schutz des Kernbereiches privater Lebensgestaltung unterstrichen. In diesen Fällen ist eine zeitnahe Löschung durch autorisierte Person anzustreben oder auf die Sachentscheidungskompetenz der Staatsanwaltschaft im Strafverfahren abzustellen.

26. Sind Sie der Ansicht, dass eine Verwendung der Daten für eine Evaluierung sowie für die Durchführung von Maßnahmen der Dienst- und Fachaufsicht oder von Disziplinarverfahren ermöglicht werden sollte? Stehen dem datenschutzrechtliche Überlegungen oder praktische Gründe entgegen?

Hierzu wird zunächst auf die Antwort zur Frage 22 verwiesen. Zu notwendigen Evaluationsprozessen kann hier keine Einschätzung getroffen werden.

Die Verwendung im Kontext der Dienst- / und Fachaufsicht wird vor dem Hintergrund der Akzeptanz des Einsatzmittels und des Vertrauensverhältnis zum Dienstherrn als problematisch gesehen. Die Frage nach einer Zweckentfremdung (vgl. Frage 22) sowie datenschutzrechtlicher Schranken stellt sich auch hier.

27. Bedarf es nach Ihrer Ansicht einer Normierung, dass der die Kamera tragende Beamte über die Aufnahme zu entscheiden hat und unter welchen Umständen dies möglich ist?

Hierzu wird auf die Erkenntnisse und Auswertung des Pilotprojektes der LPI Gotha sowie der wissenschaftlichen Begleitung durch FSU Jena verwiesen. Aufgrund der Vielseitigkeit polizeil. Einsatzsituationen und der regelmäßig vorliegenden Adhoc-Dynamik wird eine derartige Festlegung eher kritisch gesehen, da sie zu sehr in die Handlungsabläufe der Beamten eingreift.

28. Erachten Sie die Aufzeichnung mittels sogenannter „Dash-Cams“ für notwendig und wie bewerten Sie deren Anwendung in der Praxis?

Die Betrachtung wird analog zur Sinnhaftigkeit der Bodycam gesehen. Die hierfür anzulegenden rechtlichen Rahmenbedingungen werden ebenfalls als gleichbedeutend erachtet.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

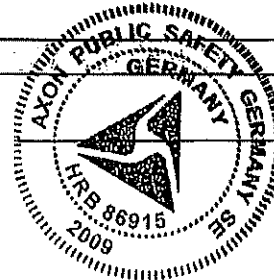
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme und Tonaufzeichnungsgeräte, dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und Bündnis90/Die Grünen											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Axon Public Safety Germany SE</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">SE</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Hugo-Junkers-Straße 3 Gebäude 115</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">60386 Frankfurt am Main</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Axon Public Safety Germany SE	SE	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hugo-Junkers-Straße 3 Gebäude 115	Postleitzahl, Ort	60386 Frankfurt am Main
Name	Organisationsform										
Axon Public Safety Germany SE	SE										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hugo-Junkers-Straße 3 Gebäude 115										
Postleitzahl, Ort	60386 Frankfurt am Main										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Axons Lösungen bieten Mehrwert: Mensch, digitale Technologien, Applikation und Systemtechnik verbinden sich zu einem stetig wachsenden Netzwerk im Dienst der öffentlichen Sicherheit.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG) Axon begrüßt eine dezidierte Rechtsgrundlage für Bodycams, denn alle bisherigen Erfahrungen zeigen, dass dieses Einsatzmittel einen hohen Deeskalationseffekt hat und nachweislich den Schutz der Einsatzkräfte erhöht. Die Verknüpfung der Bodycam mit weiteren Einsatzmitteln erhöht die Transparenz und entlastet Einsatzkräfte bei der Bewältigung kritischer Einsatzlagen, bspw. wenn beim Ziehen der Schusswaffe die Bodycam automatisch aktiviert wird und nicht manuell angeschaltet werden muss.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert? <div style="border: 1px solid black; height: 80px; width: 100%;"></div>	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert? <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber! <div style="border: 1px solid black; height: 40px; width: 100%;"></div>	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte Transparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit** der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
16.05.2022	



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Friedenssiedlung 6</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">98617, Mühlhausen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedenssiedlung 6	Postleitzahl, Ort	98617, Mühlhausen
Name	Organisationsform										
Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Friedenssiedlung 6										
Postleitzahl, Ort	98617, Mühlhausen										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Leite der Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- siehe Anlage	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Meiningen, 16.05.22	

**Stellungnahme im Anhörungsverfahren
des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtages
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler
Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/2792 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Vorlage 7/3500 -

Zusammenfassung

Für die flächendeckende Einführung der Bodycam ist eine neue gesetzliche Grundlage notwendig. Der vorliegende Änderungsantrag enthält eine hochkomplexe Regelung, deren Systematik teilweise nicht nachvollziehbar ist.

Der Gesetzentwurf wird in der Praxis so kaum umsetzbar sein und zu erheblicher Rechtsunsicherheit führen.

Frage 1

Der Entwurf zu § 33a Abs. 1 ist in seiner Systematik schwer zu erfassen. Es wird zuerst das Pre-Recording geregelt. Bei der Nutzung der Bodycam geht es jedoch zentral um die dauerhafte Aufzeichnung. Darin liegt auch der deutlich schwerwiegendere Eingriff in Grundrechte.

In Satz 2 wird der Hauptanwendungsfall der dauerhaften Aufzeichnung geregelt. In Satz 3 Nummern 1 bis 3 wird zum einen ein Anspruch des Betroffenen auf Einschaltung der Bodycam und zum anderen eine Pflicht für die Polizeibeamten zur Aufzeichnung in bestimmten Einsatzsituationen normiert.

Aufgrund der unübersichtlichen Struktur ist der Regelungsgehalt der Norm nur schwer zu erfassen. Alle Fälle der dauerhaften Aufzeichnung sollten in einer Aufzählung erfasst werden und in eine sinnvolle Reihenfolge gebracht werden.

Für eine übersichtlichere Systematik sollte das Pre-Recording in einem eigenen Absatz geregelt werden. Dann kann hier zusammenhängend die Nutzung von Pre-Recording und das Überschreiben bzw. die Löschung normiert werden.

Der Anspruch des Betroffenen auf Einschaltung der Bodycam (§ 33a Abs. 1 S. 3 Nr. 1) und die grundsätzliche Verpflichtung zum Einschalten im Falle des unmittelbaren Zwangs (§ 33a Abs. 1 S. 3 Nr. 2) sind rechtlich schwer einzuordnen.

Verlangt der Betroffene die Aufzeichnung, liegt kein Grundrechtseingriff vor. Damit handelt es sich nicht um eine Ermächtigungsgrundlage für eine Maßnahme der Polizei. Andererseits können von der Aufnahme neben den Polizeibeamten auch noch weitere Personen erfasst werden, die kein Einverständnis erklärt haben. Bei diesen Personen liegt ein Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung vor. Hierfür wiederum bedarf es einer Ermächtigungsgrundlage. Ob als Rechtfertigung allein ein erhöhtes Dokumentationsinteresse, wie es in der Begründung angeführt wird, ausreicht, ist sehr zweifelhaft.

Ähnliches gilt für die Verpflichtung zum Einschalten der Kamera im Falle des unmittelbaren Zwangs. Es ist auch hier ein Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung gegeben. Ein von der Gesetzesbegründung behauptetes erhöhtes Dokumentationsinteresse aller Beteiligten führt nicht dazu, dass der Grundrechtseingriff entfällt. Insofern ist auch hier fraglich, womit dieser Grundrechtseingriff gerechtfertigt wird.

Abgesehen davon bewegt sich das in der Begründung angeführte Dokumentationsinteresse nicht im Bereich der Gefahrenabwehr, so dass hier die Gesetzgebungskompetenz in Frage steht. Die Nutzung der Bodycam soll durch eine deeskalierende Wirkung der Abwehr einer Gefahr für Leib oder Leben der eingesetzten Polizeibeamten oder eines Dritten dienen und wird deshalb als gefahrenabwehrende Maßnahme im PAG geregelt. Überwiegt dagegen das Interesse an der Sicherung von Beweisen, handelt es sich um eine strafverfolgende Maßnahme, die in der StPO zu regeln wäre und für die der Bund die Gesetzgebungskompetenz hat (Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG). Ein Dokumentationsinteresse stellt ein Interesse an der Sicherung von Beweisen für ein eventuelles Strafverfahren dar und wäre damit in der StPO zu verorten.

In § 33a Abs. 1 S. 3 Nr. 3 wird eigentlich ein Sonderfall von § 33a Abs. 1 S. 3 Nr. 2 geregelt. Der Schusswaffengebrauch ist eine Ausübungsform des unmittelbaren Zwangs. Das sollte aus der Systematik des Gesetzestextes ersichtlich sein.

Der mit großem Abstand häufigste Schusswaffengebrauch, ist der Schusswaffengebrauch gegen Tiere (vgl. LT-Drs. 7/3791). In Thüringen kam es in den Jahren 2018 bis 2020 in 333 Fällen zum Einsatz der Schusswaffe gegen Tiere und zweimal zum Einsatz gegen Menschen. Nach dem Gesetzentwurf würde auch in den Fällen des Schusswaffengebrauchs gegen Tiere eine Aufzeichnung erfolgen.

Auch bei § 33a Abs. 1 S. 3 Nr. 3 erscheint die Gesetzgebungsbefugnis fraglich.

Wenn sich die Bodycam automatisch beim Ziehen der Dienstwaffe einschaltet, ist im Regelfall nicht ersichtlich, inwiefern die Aufzeichnung deeskalierend bzw. präventiv und damit gefahrenabwehrend wirken soll. Häufiger wird es nur noch um die anschließende Aufklärung des Sachverhaltes und die Nutzung als Beweismittel gehen. Damit ist der Zweck hier die Strafverfolgung und dafür liegt die Gesetzgebungsbefugnis grundsätzlich beim Bund (Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 GG).

Im Gesetzentwurf wird in der Begründung angeführt, dass aufgrund des künftig verbreiteten Wissens um Bild- und Tonaufzeichnungen bei der Ausübung des unmittelbaren Zwangs sowie beim Ziehen von Waffen das polizeiliche Gegenüber damit rechnen muss, dass (weitere) eskalative Handlungen in Bild und Ton dokumentiert werden. Derzeit ist nicht geplant, die Bodycam als Mannausstattung auszugeben. Damit muss nicht jederzeit damit gerechnet werden, dass das Verhalten aufgezeichnet wird.

§ 33a Abs. 1 S. 4 und 5 gehören zum Pre-Recording und sollten zusammenhängend mit der eigentlichen Ermächtigung zum Pre-Recording geregelt werden.

Frage 2

Die im Gesetzentwurf vorgeschlagene Regelung, das Pre-Recording vorerst auf 30 Sekunden zu begrenzen und die Eignung dieser Dauer zu evaluieren, um dann zu entscheiden, ob eine Änderung notwendig oder sinnvoll ist, ist nachvollziehbar und sollte so umgesetzt werden.

Frage 3

Der Begriff der „betroffenen Person“ ist im Datenschutzrecht eine feststehende Bezeichnung. Eine betroffene Person ist identifizierte oder identifizierbare natürliche Person, auf die sich Informationen beziehen (Art. 4 Nr. 1 DS-GVO). Im Zusammenhang mit der Nutzung der Bodycam, müsste jede Person gemeint sein, über die Daten erhoben werden. Aus der Begründung zum Gesetzentwurf geht jedoch hervor, dass nur die Person gemeint ist, die unmittelbar von der polizeilichen Maßnahme betroffen ist. Hier müsste der Gesetzestext entsprechend präzisiert werden.

Frage 4

(siehe auch Antwort zu Frage 1)

Im Gesetzentwurf wird nicht die Möglichkeit der automatisierten Aufzeichnung vorgeschlagen, sondern die automatisierte Aufzeichnung angeordnet („In diesen Fällen erfolgt die Auslösung der dauerhaften Aufzeichnung technisch automatisiert.“).

Wenn die automatisierte Aufzeichnung auch auf den Einsatz des Reizstoffsprühgeräts und des Schlagstocks ausgeweitet werden soll, geht es wohl eher um die Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit der polizeilichen Maßnahme im Nachhinein zu prüfen und damit letztlich um eine Disziplinierung der Polizeibeamten. Abgesehen davon, dass die Bodycam nicht als Mannausstattung geplant ist, wird dadurch die Akzeptanz der Bodycam sinken.

Frage 5

Eine Löschung von Daten im datenschutzrechtlichen Sinne ist gegeben, wenn die Daten vernichtet sind. Das ist der Fall, wenn es (faktisch) unmöglich ist, die in den gelöschten Daten verkörperte Information wahrzunehmen. Es darf niemandem mehr ohne unverhältnismäßigen Aufwand möglich sein, die betreffende Information wahrzunehmen (*Herbst* in Kühling/Buchner, DS-GVO Art. 17 Rn. 37). Insbesondere dürfen digitale Daten nicht wiederherstellbar und es dürfen keine Sicherungskopien vorhanden sein.

Eine Löschung in diesem Sinne ist durch entsprechende Software möglich.

Frage 6

Die Erkennbarkeit und die Ankündigung sind insbesondere erforderlich damit die Nutzung der Bodycam überhaupt einen präventiven Zweck erfüllen kann. Außerdem führen Erkennbarkeit und Ankündigung zur Einstufung als offene Datenerhebung. Ohne Kenntnis von der Möglichkeit der Aufzeichnung, wird niemand sein Verhalten danach ausrichten. Die Erkennbarkeit und die Ankündigung sind also essenziell für eine eventuelle deeskalierende Wirkung.

Bei der Mitteilung über die Aufzeichnung dürfte es sich eigentlich um eine Benachrichtigung (§ 31 Abs. 2 PAG i. V. m. § 41 ThürDSG) handeln. Diese muss alle Anforderungen an eine solche Benachrichtigung erfüllen (§ 41 ThürDSG). Das dürfte in der Praxis ein erhebliches Problem darstellen, da hier relativ umfangreiche Angaben zu machen sind. Wenn es sich nicht um eine Benachrichtigung handeln soll, so müsste das zumindest in der Begründung klargestellt werden.

Fragen 7 und 8

Grundsätzlich werden die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Einsatz der Bodycam in Wohnungen i. S. d. Art. 13 GG geteilt. Verfassungsrechtlich ist der Begriff der Wohnung sehr weit zu verstehen. Danach ist jeder nicht allgemein zugängliche feststehende, fahrende oder schwimmende Raum, der – auch nur vorübergehend – zur Stätte des Aufenthalts oder Wirkens von Menschen gemacht wird, eine Wohnung i. S. d. Art. 13 GG (*Papier* in Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 13 Rn. 10). Die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen einen Einsatz der Bodycam in Wohnungen ergeben sich vor allem aus den vom Verfassungsgeber formulierten Eingriffsvorbehalten in Art. 13 Abs. 4 bis 5 GG (Zöller, Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr, S. 70 ff.; Schäfer, NVwZ 2022, S. 360). Ein Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung ist nur möglich, wenn die Ermächtigungsgrundlage den Anforderungen von Art. 13 Abs. 2 bis 7 GG genügt. Ein Eingriff in den Schutzbereich von Art. 13 GG ist nicht nur jedes Betreten, sondern auch jede optische und akustische Überwachung (Zöller, Der Einsatz von Bodycams zur polizeilichen Gefahrenabwehr, S. 69 m. w. N.).

Der grundsätzliche Schutz von Arbeits- Betriebs- und Geschäftsräumen, die der Ausübung der Tätigkeit von Berufsheimgeheimnistägern und Berufshelfern nach den §§ 53, 53a der Strafprozessordnung dienen, ist zwar nachvollziehbar. Die vorliegende Regelung allerdings nicht praxistauglich. Die Erkennbarkeit solcher Räumlichkeiten ist

bei Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr unter Umständen nicht gegeben. Einsätze zur Gefahrenabwehr sind dadurch gekennzeichnet, dass wenige Informationen vorliegen und ad hoc gehandelt werden muss. Anders als beispielsweise bei einer Durchsuchungsmaßnahme im Rahmen der Strafverfolgung, besteht vorab keine Kenntnis, ob es sich um Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume handelt, die der Ausübung der Tätigkeit von Berufsheimnisträgern und Berufshelfern nach den §§ 53, 53a StPO dienen. Bei gefahrenabwehrenden Maßnahmen lässt sich vorab dazu keine Gewissheit herstellen.

Grundsätzlich erstreckt sich der Schutz der Wohnung i. S. d. Art. 13 GG auch auf Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume.

Ein voller Grundrechtsschutz besteht aber nur in Bezug auf die nicht allgemein zugänglichen Räume (*Papier* in Maunz/Dürig, Grundgesetz-Kommentar, Art. 13 Rn. 13 f.). Dem Inhaber steht es frei, die Räume zu schließen bzw. den Zugang zu beschränken. Ein abgestufter Schutz besteht aber auch für Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume, die der Inhaber der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Auch dann gewährleistet das Grundrecht Schutz gegen Eingriffe in seine Entscheidung über das Zutrittsrecht im Einzelnen und über die Zweckbestimmung des Aufenthalts (BVerfGE 97, 228, 265 f.). Diesem abgestuften Schutz trägt § 25 Abs. 4 PAG Rechnung, der das Betreten von Räumen und Grundstücken, die der Öffentlichkeit zugänglich sind, während der Arbeits-, Geschäfts- oder Aufenthaltszeit grundsätzlich erlaubt.

Dem entsprechend erlaubt § 33a Abs. 1 S. 1 in der Fassung des vorliegenden Gesetzentwurfs grundsätzlich die Nutzung der Bodycam nur an öffentlich zugänglichen Orten. In dem vorliegenden Gesetzentwurf wird in § 33a Abs. 3 die Aufzeichnung nicht auf öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume begrenzt. Somit stellt § 33a Abs. 3 insofern eine Erweiterung der Befugnisse aus Abs. 1 dar. Hier ist fraglich, ob das so gewollt ist.

Die Vorschrift erfordert, dass die Bodycam vor dem Betreten, der in § 33a Abs. 3 S. 1 und 2 genannten Räumlichkeiten vollständig ausgeschaltet wird, so dass auch kein Pre-Recording erfolgen kann. Das ist konsequent, da auch die Nutzung der Pre-Recording-Funktion einen Eingriff in die Unverletzlichkeit der Wohnung darstellt.

Ob beim Betreten von Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen im Sinne von § 33a Abs. 3 S. 3 ebenfalls die Bodycam vollständig auszuschalten ist oder ein Pre-Recording erlaubt sein soll, ist unklar.

In der Praxis erfordert die Umsetzung der Norm, dass die Polizeibeamten an der Bodycam immer wieder das Pre-Recording ein- und ausschalten. Das macht den Umgang mit der Bodycam deutlich schwieriger.

In § 33a Abs. 3 S. 4 wird auf § 33a Abs. 1 S. 3 verwiesen. Ob sich dieser Verweis nur auf § 33a Abs. 3 S. 3 oder ob die dauerhafte Aufzeichnung in allen in § 33a Abs. 3 genannten Räumlichkeiten erlaubt sein soll, wenn die Voraussetzungen von § 33a Abs. 1 S. 3 erfüllt sind, ergibt sich weder aus dem Gesetzestext noch aus der Begründung.

Die in der Begründung zum Gesetzentwurf aufgenommene Bitte der polizeilichen Praxis nach einer klaren Abgrenzung in Bezug auf die Nutzung der Bodycam in Wohnungen i. S. d. Art. 13 GG, wird mit der vorgeschlagenen Regelung nicht erfüllt. Dass diesem Anspruch nicht genügt wird, ist schon daran erkennbar, dass es laut der Begründung notwendig ist, eine beispielhafte Übersicht von Räumen, bei denen die Bild- und Tonaufzeichnung nicht zum Einsatz kommen darf, in die Aus- und Fortbildung aufzunehmen ist. Andernfalls sind offenbar Missverständnisse vorprogrammiert und eine sichere Rechtsanwendung gefährdet. Sollte der Gesetzentwurf in der vorgeschlagenen Form umgesetzt werden, wird ein beträchtlicher zusätzlicher Schulungsaufwand für alle Polizeivollzugsbeamten erforderlich sein.

Die Regelung ist in der vorliegenden Form nicht so vermittelbar, dass die Polizeivollzugsbeamten in die Lage sind, die Bodycam rechtskonform einzusetzen. Die mit der vorliegenden Regelung kaum zu vermeidende Unsicherheiten werden die Akzeptanz der Bodycam verringern und einen wirkungsvollen Einsatz behindern.

Frage 9

Die Frage bezieht vermutlich auf Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume i. S. d. § 33a Abs. 3 S. 3.

Ein Richtervorbehalt ergibt sich in dieser Fallkonstellation regelmäßig aus Art. 13 Abs. 4 GG. Allerdings wäre auch hier zu beachten, ob es sich um öffentlich zugängliche Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume handelt. Der grundrechtliche Schutz wird umso schwächer, je größer ihre Offenheit nach außen ist und je mehr sie zur Aufnahme sozialer Kontakte für Dritte bestimmt sind (BVerfGE 93, 228, 266).

Frage 10

Bei Kleingartenanlagen stellt sich, wie bei jedem anderen befriedeten Besitztum, die Frage, ob es unter den Schutz von Art. 13 GG fällt. Es ist nicht sinnvoll im einfachen Gesetz kleinteilig Sonderregeln für jede Form von Räumen oder befriedetem Besitztum zu normieren. Durch das Verfassungsrecht ist hinreichend definiert, was unter den Begriff der Wohnung fällt.

Fragen 11 bis 13

Grundsätzlich ist es richtig, dass der Kernbereichsschutz nicht auf Wohnungen beschränkt ist.

Allerdings erscheint ein besonderer Kernbereichsschutz im Rahmen der Nutzung der Bodycam überflüssig. Die in der Literatur genannten Beispiele¹ sind für die gegenständliche Regelung nicht relevant. Die Nutzung der Bodycam darf nur an öffentlich zugänglichen Orten stattfinden. Die Polizeibeamten sind als solche erkennbar und das offene Tragen der Bodycam ist sichtbar zu machen. Damit ist ein Eingriff in die Intimsphäre praktisch ausgeschlossen. Jeder, der sich im Sichtfeld des Polizeibeamten und der Kamera befindet, kann selbst entscheiden, wie er sich verhält. An öffentlich zugänglichen Orten muss jederzeit mit einer Störung gerechnet werden. Eine Verletzung des Kernbereichs privater Lebensgestaltung ist so kaum vorstellbar. Sollte es dennoch dazu kommen, ist eine Verwendung der Aufnahmen schon von verfassungswegen unzulässig.

Ein Eingriff in den Kernbereich privater Lebensführung ist auch nicht mit einem Richtervorbehalt möglich. Jeder Eingriff in den Kernbereich ist auf Grund des Intimsphärenschutzes ein Eingriff in Art. 1 Abs. 1 GG. Eine Abwägung mit anderen (auch höchststrangigen) Rechtsgütern ist absolut unzulässig.

Frage 14

Aus dem Gesetzentwurf ergibt sich, dass in Wohnungen ein Pre-Recording nicht zulässig ist (§ 33a Abs. 3 S. 1, siehe auch Beantwortung der Fragen 7 und 8). Die Kamera muss vollständig deaktiviert sein.

¹ Etwa ein Streitgespräch zwischen Eheleuten oder der Koitus in der Öffentlichkeit.

Im Übrigen bestehen ohnehin Bedenken in Bezug auf die Gesetzgebungskompetenz für die automatisierte Aufzeichnung im Falle des Schusswaffengebrauchs (siehe auch Beantwortung der Frage 4).

Frage 15

Die Aufbewahrungsdauer von 30 Tage erscheint ausreichend und entspricht in etwa der üblichen Rechtsbehelfsfrist von einem Monat.

Frage 16

Sinn und Zweck des Einsatzes der Bodycam ist die Abwehr einer Gefahr für Leib oder Leben der eingesetzten Polizeibeamten oder eines Dritten. Wenn eine deeskalierende Wirkung nicht eintritt und es trotzdem zu Straftaten kommt, ist es angemessen die Aufzeichnungen auch zur Verfolgung zu nutzen. Bei Ordnungswidrigkeiten im Allgemeinen (insbesondere den in der Frage aufgezählten) ist kein Zusammenhang mit dem eigentlichen Zweck der Maßnahme mehr erkennbar und die Verhältnismäßigkeit dürfte nicht gegeben sein. Anders könnte das bei Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung zu beurteilen sein.

Frage 17

Die Beantwortung der Frage setzt voraus, dass die Methodik der Evaluation bekannt ist.

Fragen 18 und 19

siehe Beantwortung der Frage 1

Frage 20

siehe Beantwortung der Frage 16

Fragen 21 und 22

siehe Beantwortung der Frage 1

Frage 23

Für das Pre-Recording und die dauerhafte Aufzeichnung sind Bodycams technisch ausgelegt, so dass hier kein Problem gesehen wird.

Frage 24

Dem Prinzip der Normenklarheit genügt die Regelung. Hier könnte allenfalls fraglich sein, ob gegen den Grundsatz der Datensparsamkeit verstoßen wird.

Frage 25

siehe Beantwortung der Frage 12

Frage 26

Im Gesetzentwurf ist eine Evaluierung in § 33a Abs. 5 S. 3 Nr. 5 und Abs. 7 S. 2, 3 vorgesehen.

Die Verwendung der Aufnahmen für die Dienst- und Fachaufsicht und die Durchführung von Disziplinarmaßnahmen führt zu einer umfassenden Kontrollmöglichkeit gegenüber den eingesetzten Polizeibeamten und damit wird letztlich eine Leistungskontrolle ermöglicht. Das steht mit dem eigentlichen Zweck des Einsatzes der Bodycam nicht mehr in Einklang. Zumindest bei der Verwendung der Aufnahmen für die Dienst- und Fachaufsicht ist die Verhältnismäßigkeit in Zweifel zu ziehen. Durch die Regelung werden die Akzeptanz und der Einsatzwert der Bodycam erheblich eingeschränkt.

Frage 27

siehe Beantwortung der Frage 1

Frage 28

Eine „Dashcam“ ist eine Videokamera, die während einer Autofahrt ununterbrochen frontal den Verkehr aufzeichnet. Mit dem Einsatz von Dashcams wird bezweckt, etwaige Unfallhergänge dokumentieren und beweisen zu können. Dieser Zweck steht nicht im Zusammenhang mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, bei dem es um die Abwehr einer Gefahr für Leib oder Leben der eingesetzten Polizeibeamten oder eines Dritten geht.

KOPIETHÜR. LANDTAG POST
24.05.2022 10:59

Anlage 5

112

Formblatt zur Datenerhebung

13233/2022

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Betelligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Betelligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Organisationsform</td></tr><tr><td><i>Arbeitskreis Sömmerda</i></td><td></td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td></td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td>Amtsgericht Sömmerda Weißenseer Straße 52 99610 Sömmerda Tel.: 0 36 34 / 37 07 0 Fax: 0 36 34 / 37 07 40</td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td></td></tr></table>	Name	Organisationsform	<i>Arbeitskreis Sömmerda</i>		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Amtsgericht Sömmerda Weißenseer Straße 52 99610 Sömmerda Tel.: 0 36 34 / 37 07 0 Fax: 0 36 34 / 37 07 40	Postleitzahl, Ort	
Name	Organisationsform										
<i>Arbeitskreis Sömmerda</i>											
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Amtsgericht Sömmerda Weißenseer Straße 52 99610 Sömmerda Tel.: 0 36 34 / 37 07 0 Fax: 0 36 34 / 37 07 40										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Vorname</td></tr><tr><td></td><td></td></tr><tr><td colspan="2"><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer</td><td></td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td></td></tr></table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Richterliche Tätigkeit, Verbreitung in Erweiterten Medien</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
50-13.5.2022	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>												
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort			
Name	Organisationsform												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)													
Postleitzahl, Ort													
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)</small>												
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Prof. Dr. Nachbaur</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Andreas</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> </tr> </table>	Name	Vorname	Prof. Dr. Nachbaur	Andreas	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse		<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
Prof. Dr. Nachbaur	Andreas												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse													
<small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<p>- deutliche Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf in Bezug auf Bestimmtheit, Verhältnismäßigkeit und Normenklarheit.</p> <p>- weiterhin Defizite in Bezug auf Art. 13 GG (Ansatz Betriebs- u. Geschäftsvorgänge), Pre-Recording (fehlende Gesetzgebungskompetenz), Kernbereichsdebatte.</p> <p>Neue Defizite in Bezug auf den Tatbestand des § 33a Abs 1 Satz 1</p>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
VL, 15.5.2022	



Baden-Württemberg

HOCHSCHULE FÜR POLIZEI BADEN-WÜRTTEMBERG
Fakultät III - Rechtswissenschaften - PROF. DR. ANDREAS NACHBAUR

Hochschule für Polizei BW · Sturmbühlstr. 250 · 78054 Villingen-Schwenningen

Datum 15. Mai 2022

Name Dr. Andreas Nachbaur

Aktenzeichen Anhörungsverfahren –
Stellungnahme Änderungsentwurf

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
16.05.2022 07:08

12382/2022

Schriftliche Stellungnahme
für den Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtags zum „Gesetz
zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler
Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte“, Gesetzentwurf der Fraktion der
CDU (LT-Drs. 7/2792) – Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU,
der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Vorlage 7/3500)

im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
für die Gelegenheit zur neuerlichen Stellungnahme im Rahmen des o. g.
Anhörungsverfahrens bedanke ich mich.

I. Verbesserungen

Der geänderte Gesetzentwurf (nachfolgend GE) bringt gegenüber dem
ursprünglichen Entwurf **deutliche Verbesserungen** in Bezug auf
Bestimmtheit, Verhältnismäßigkeit und **Normenklarheit**:

- Höhere tatbestandliche Anforderungen für die dauerhafte
Speicherung („Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen..." anstatt
„nach den Umständen...erforderlich" sowie Verzicht auf die
Schutzgüter Freiheit und Eigentum, § 33a Abs. 1 Satz 2 GE).

- konkrete Pre-Recording-Speicherfrist von maximal 30 Sekunden anstatt „kurzfristig“ (§ 33a Abs. 1 Satz 1 GE).
- Normierung grundsätzlicher Maximalspeicherfrist von 30 Tagen (§ 33a Abs. 5 Satz 2 GE).
- Speicherung über 30 Tagefrist hinaus nur zur Verfolgung von Straftaten, nicht auch von Ordnungswidrigkeiten (§ 33a Abs. 5 Satz 3 Nr. 1 GE).
- Lösungsverbot auf Verlangen des Betroffenen (§ 33a Abs. 5 Satz 3 Nr. 2 GE).
- Aufnahme einer Regelung zur Verhinderung missbräuchlicher Löschung durch beteiligte und/oder betroffene Polizeibeamte (§ 33a Abs. 5 Satz 5 GE).

Soweit der Änderungsentwurf die Bodycam-Einsatzmöglichkeit auf den öffentlich zugänglichen Raum beschränkt, vermeidet er zudem den in der aktuellen verfassungsrechtlichen Konstellation unlösbaren Konflikt mit dem Wohnungsgrundrecht des Art. 13 GG.

II. Neue bzw. weiterhin bestehende Kritikpunkte

Gleichwohl ist der Änderungsentwurf aus verfassungsrechtlicher Sicht an verschiedenen Stellen **weiterhin kritisch** zu sehen:

- Soweit **Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume** für den Bodycam-Einsatz geöffnet werden (§ 33a Abs. 3 Satz 3 GE), bleibt die **Unvereinbarkeit mit Art. 13 GG** bestehen.
- Bestehen bleiben auch die grundsätzlichen **Bedenken gegen das Pre-Recording** aufgrund der fehlenden Gesetzgebungskompetenz des Landes (auch Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume unterfallen dem Schutz des Art. 13 GG).
- Zudem werden nunmehr die Tatbestandsvoraussetzungen für die kurzzeitige **30 Sekundenaufzeichnung** im Zwischenspeicher (§ 33a Abs. 1 Satz 1 GE) durch den **Verzicht auf** das Vorliegen (irgend)einer **konkreten polizeilichen Gefahr** in kaum vertretbarer Weise gelockert.

- Die Regelung zum **Kernbereichsschutz** des § 33a Abs. 4 GE gilt weiterhin **nur** für die **dauerhafte Aufzeichnung**, nicht aber die kurzzeitige Aufzeichnung im Zwischenspeicher.
- Die Regelungen des **§ 33a Abs. 4 Satz 2 GE** („unverzügliche Löschung durch berechtigte Person“ – wer ist das?) und des § 33a Abs. 5 Satz 5 GE (Löschverbot für betroffene/beteiligte Polizeibeamte) wirken **ungereimt** bzw. nicht aufeinander abgestimmt.

Im Detail wird auf die genannten Kritikpunkte im Rahmen der Beantwortung der Fragen des Innen- und Kommunalausschusses eingegangen.

III. Fragenkatalog des Innen- und Kommunalausschusses

Vorbemerkung:

Antworten auf einige der Fragen finden sich bereits in meiner schriftlichen Stellungnahme v. 9.6.2021 zum ursprünglichen Gesetzentwurf der CDU-Fraktion (LT-Drs. 7/2792) bzw. dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP (Vorlage 7/1993). Um Wiederholungen zu vermeiden, verweise ich auf diese Stellungnahme (Zuschrift 7/1259 zu LT-Drs.7/2792).

Zudem beschränke ich mich nachfolgend auf die Beantwortung der Rechtsfragen (Antworten zu geben auf technische Fragen und Fragen der Praktikabilität einzelner Regelungen, sehe ich mich nicht „in der ersten Reihe“).

Frage 1 und 19:

Für die **dauerhafte Aufzeichnung** sind die Voraussetzungen mit dem Erfordernis von „Tatsachen“ als Prognosebasis sowie der Beschränkung auf (konkrete) Gefahren für Leib oder Leben von Polizeibeamten bzw. dritten Personen tatbestandlich **angemessen gefasst** (§ 33a Abs. 1 Satz 2 GE).

Für die **kurzzeitige Speicherung** von 30 Sekunden hingegen – siehe § 33a Abs. 1 Satz 1 GE – erscheint der **Tatbestand** nunmehr nahezu **voraussetzungslos**. Dies muss als **unangemessen** und als Rückschritt gegenüber der Ursprungsfassung bezeichnet werden. Der tatbestandlich **vollständige Verzicht auf eine konkrete Gefahr für ein Rechtsgut** stellt den Bodycam-Einsatz in dieser Konstellation letztlich in das Belieben

des jeweiligen Polizeibeamten. Verlangt wird lediglich ein Zusammenhang mit irgendeiner polizeilichen Maßnahme „zur Gefahrenabwehr oder zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten“. Ein solcher Kontext dürfte letztlich – unterstellt, die Polizei agiert nicht völlig grundlos - bei jedwedem polizeilichen Tätigwerden gegeben sein.

Die **Quasi-Tatbestandslosigkeit** der kurzzeitigen Speichermöglichkeit nach § 33a Abs. 1 Satz 1 GE steht im Übrigen in erstaunlichem Kontrast zur Gesetzesbegründung S. 2: Das Pre-Recording wird dort zwar als *„Regelfall beim Beginn einer als gefahrträchtig eingeschätzten Maßnahme“* bezeichnet, im Tatbestand aber wird eine entsprechende Gefahrensituation überhaupt nicht verlangt. Gleichzeitig betont die Gesetzesbegründung, *„Pre-Recording“* könne *„einen erheblichen Eingriff auch hinsichtlich der nicht erkennbaren Tonaufzeichnung gegenüber zeitlich vorgelagerten Unbeteiligten bedeuten“*. Erheblicher Grundrechtseingriff einerseits also ohne tatbestandlich geforderte Gefahrensituation andererseits - wie passt dies zusammen?

Frage 2:

Wird Pre-Recording im Kontext des Art. 13 GG nicht mangels Gesetzgebungskompetenz des Landes für verfassungswidrig erachtet (so aber der Unterzeichner¹), ist die vorgesehene **30 Sekunden-Speicherfrist** einer 60 Sekundenfrist wegen der geringeren Eingriffsintensität aus Gründen der **Verhältnismäßigkeit** vorzuziehen.

Frage 3:

Das Tatbestandsmerkmal **„betroffene Person“** in § 33a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 GE ist im Interesse der Rechtssicherheit **konkretisierungsbedürftig**. Der aktuelle Gesetzeswortlaut lässt offen, ob „betroffene Personen“ iSd Norm nur Personen sind, die der Kameraträger erfassen will oder sämtliche Personen, die faktisch von der Kamera erfasst werden - mithin auch unvermeidbar/vermeidbar betroffene Dritte. Eine entsprechende Klarstellung ist sinnvoll und wünschenswert.

Frage 4:

Eine **automatisierte Aufzeichnung** für den Fall des Schusswaffeneinsatzes (§ 33a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 GE) ist aus rechtlicher Sicht **uneingeschränkt positiv zu bewerten**: Sie garantiert in dieser

¹ Zur näheren Begründung siehe S. 5 ff. der Stellungnahme *Nachbaur* v. 9. 6. 2021 zum ursprünglichen GE der CDU-Fraktion, Zuschrift Nr. 7/1259 zur LT- Drs. 7/2792.

Situation den Kamera-Einsatz losgelöst von subjektiven Einschätzungen der Handelnden und damit ein größtmögliches Maß an Objektivität. Kommt es zum Einsatz der Schusswaffe, wird der Kamera-Einsatz zudem immer auch verhältnismäßig sein.

Aus den nämlichen Gründen halte ich auch den Gedanken einer **Ausweitung** der automatisierten Aufzeichnung auf andere grundrechtsintensive Formen des unmittelbaren Zwangs (Reizstoffsprüngerät; Schlagstock) für **begrüßenswert**. Auch in diesen Fällen der Anwendung unmittelbaren Zwangs dürfte eine automatische Aufzeichnung in aller Regel mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar sein.

Frage 6:

In rechtlicher Hinsicht handelt es sich bei **§ 33a Abs. 2 GE** um eine geeignete und **angemessene**, ausgesprochen **bürgerfreundliche Regelung**. Eine andere Frage ist die nach der Praktikabilität (die zu beantworten mir die Sachkunde fehlt).

Frage 7:

Uneingeschränkt **zu begrüßen** ist zunächst, dass Wohnungen im engeren Sinne sowie Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume mit Bezug zu Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern gem. **§ 33a Abs. 3 Satz 1 und 2 GE** nunmehr aus dem Anwendungsbereich der Bodycam ausgenommen werden sollen.

Die verbleibende (Ausnahme-)Regelung des **§ 33a Abs. 3 Satz 3 GE** für sonstige Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume ist verfassungsrechtlich aus mehreren Gründen **kritisch zu sehen**.

1. Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume unterfallen nach der Rechtsprechung der Obergerichte insgesamt, d.h., auch ohne Bezug zu besonders geschützten Berufsgeheimnisträgern/Berufshelfern, dem **Schutz des Art. 13 GG**.

Eine Differenzierung zwischen Wohnungen im engeren Sinn einerseits sowie Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen andererseits ist zwar im Grundsatz verfassungsrechtlich zulässig (und wurde einfachgesetzlich bspw. auch in § 25 Abs. ThürPAG umgesetzt, wo im Tatbestand für das Betreten einer Wohnung zwischen unterschiedlich schutzbedürftigen Räumlichkeiten unterschieden wird). Die tatbestandlich vollständige oder auch nur annähernde Gleichsetzung von Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen mit öffentlich zugänglichen Orten aber erscheint mit Blick

auf Schutzzweck und Stellenwert des Art. 13 GG schwerlich vertretbar. Denn Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume fallen – wovon auch die Entwurfsbegründung ausgeht² – unstrittig in den Schutzbereich des Art. 13 GG³. Der Wohnungsbegriff wird traditionell sehr weit verstanden, nach der Rechtsprechung der Obergerichte erfasst er nicht nur Wohnungen im klassischen Sinne, sondern alle Räume, die der allgemeinen Zugänglichkeit entzogen sind und dem Berechtigten als Stätte seines privaten Lebens und Wirkens dienen⁴. Über diese weit gefasste Definition fallen insbesondere auch Ladengeschäfte, Gaststätten, Diskotheken, Spielhallen, Gewerberäume jeder Art oder auch Bordelle etc. und damit Räumlichkeiten in den Schutzbereich des Wohnungsgrundrechts, in denen gefahrträchtige Einsatzsituationen für die Polizei erfahrungsgemäß nicht ungewöhnlich sind.

Über § 33a Abs. 3 Satz 3 GE werden Räume der genannten Art für Bodycam-Einsätze grundsätzlich geöffnet und – abgesehen von der gegenüber § 33a Abs. 1 Satz 2 GE gesteigerten Tatbestandshürde („gegenwärtige“ Gefahr) dem öffentlich zugänglichen Straßenraum gleichgestellt. Dies widerspricht dem abgestuften Schutzkonzept des BVerfG für Wohnungen im engeren Sinn einerseits und Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen andererseits. Ausschließlich zu betrieblichen oder geschäftlichen Zwecken genutzten Räumen ist ihrer Zweckbestimmung nach im Vergleich zu klassischen Wohnungen zwar eine größere Offenheit nach außen eigen, die es rechtfertigt, sie in typisierender Betrachtung als geringer geschützt anzusehen als Privaträume⁵. Das ändert aber nichts daran, dass diese Räume grundsätzlich weiter am Schutz des Art. 13 GG teilhaben. Das jeweilige Schutzniveau und Schutzbedürfnis solch minder schutzbedürftiger Räumlichkeiten bestimmt sich anhand des Grades der vom Inhaber gewollten Offenheit nach außen sowie der Bestimmung zur Aufnahme sozialer Kontakte mit Dritten.⁶ Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume können deshalb einfachgesetzlich nicht ohne Verstoß gegen Art. 13 Abs. 1 GG und den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz dem öffentlichen Straßenraum gleichgestellt werden.

2. Zum Zweiten fehlt dem Landesgesetzgeber die Kompetenz, Räumlichkeiten, die nach der Rechtsprechung des BVerfG – wenn auch minderschutzbedürftig – in den Schutzbereich des Art. 13 Abs. 1 GG fallen, auf Basis einer landesrechtlichen Norm für polizeiliche Eingriffsmaßnahmen „zu öffnen“, die den einschlägigen qualifizierten Gesetzesvorbehalten des

² Siehe LT-Drs. 7/3500, S. 4.

³ st. Rspr. seit BVerfG NJW 1971, 2299 ff.; BVerfGE 42, 212, 219; BVerfGE 44, 353, 371; BVerfGE 76, 83, 88; BVerfGE 97, 228, 266; Jarass/Pieroth, GG, Art. 13 Rn. 5 mwN.

⁴ BGH NJW 1998, 3284, 3285; Papier, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 13 Rn. 10 f.

⁵ BVerfG NJW 2004, 999, 1004.

⁶ BVerfG NJW 1971, 2299; BVerfGE 97, 228, 266 (= NJW 1998, 1627, 1631 – „Kurzberichterstattung“).

Art. 13 Abs. 4 und 5 GG zuwiderläuft. Dass eine Regelung zum Einsatz der Bodycam in Art. 13 Abs. 1 GG unterfallenden Räumen sich an den Schranken des Art. 13 Abs. 4 und 5 GG messen lassen muss, wurde in der Stellungnahme v. 9.6.2021⁷ ausführlich begründet.

Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass § 33a Abs. 3 Satz 3 GE im Ergebnis auch dann nicht anders zu bewerten wäre, wenn die Vorschrift - entgegen der Auffassung des Unterzeichners - dem Eingriffsvorbehalt des Art. 13 Abs. 7 GG unterfallen würde.

Insbesondere ließe sich die fragliche „Ausnahmeregelung“ zu Lasten von minder schutzbedürftigen Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen nicht über die Rechtsprechung des BVerfG zu den aufsichtsrechtlichen Betretungs- und Nachschaurechten solcher Räumlichkeiten legitimieren. Denn die ergebnisorientierte und dogmatisch wenig stringente⁸ - in der Literatur überwiegend Ablehnung erfahrende⁹ - Rechtsprechung, wonach das Betreten von Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen unter bestimmten einschränkenden Voraussetzungen nicht als Eingriff in das Wohnungsgrundrecht zu werten sein soll,¹⁰ ist auf den Bodycam-Einsatz aus mehreren Gründen nicht übertragbar:

Erstens bezieht sich die zitierte Rechtsprechung nicht auf das allgemeine Gefahrenabwehrrecht, sondern nur auf spezialgesetzlich normierte Betretungs- und Besichtigungsrechte der Wirtschafts-, Arbeits- und Steueraufsicht, wo die Eingriffsbefugnis jeweils schon durch die fachliche Aufgabenstellung eine klare Eingrenzung erfährt.¹¹ Zum zweiten greifen Herstellung und Speicherung von Bild- und Tonaufnahmen anders und wesentlich intensiver in Art. 13 GG ein als das Betreten im Kontext behördlicher Nachschaurechte. Und drittens wird § 33a Abs. 3 Satz 3 GE den vom BVerfG in ständiger Rechtsprechung geforderten Anforderungen an die Bestimmtheit¹² einer das Betreten legitimierenden Rechtsgrundlage nicht gerecht: Die Vorschrift lässt wohl „Zweck oder Umfang“ der mit ihr verbundenen Ermächtigung erkennen, ihre Anwendbarkeit ist aber nicht

⁷ Siehe S. 13 f. bzw. S. 16 f. der Stellungnahme *Nachbaur* v. 9. 6. 2021 zum ursprünglichen GE der CDU-Fraktion (Zuschrift Nr. 7/1259 zu LT-Drs. 7/2792).

⁸ BeckOK PolR BW/*Nachbaur*, 24. Ed. 1.3.2022, § 36 PolG, Rn. 10.2.

⁹ Die Rechtsprechung des BVerfG läuft im Ergebnis auf eine richterrechtliche Ergänzung der Schrankenvorbehalte des Art. 13 GG hinaus. Zur Kritik s. *Gornig*, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Art. 13 Rn. 155; *Gusy* JuS 1980, 718; *Lübbe-Wolff* DVBl 1993, 762; *Kingreen/Poscher*, Grundrechte Staatsrecht II, 34. Aufl. 2018, Rn. 1024 f.; *Voßkuhle* DVBl 1994, 611, 616 f.; *Ennuschat* AöR 2002, 252, 287 f.

¹⁰ BVerfG NJW 1971, 2299, 2301; 1998, 1627, 1631; NVwZ 2007, 1049; NJW 2008, 2426.

¹¹ BeckOK PolR BW/*Nachbaur*, 24. Ed. 1.3.2022, § 36 PolG, Rn. 37.

¹² Das Gesetz muss u. a. „Zweck, Gegenstand und Umfang“ des Betretens deutlich erkennen lassen und das Betreten auf Zeiten beschränken, in denen die Räume normalerweise für die betriebliche Benutzung zur Verfügung stehen, s. BVerfGE, 97, 228, 266; BVerfG NJW 1971, 2299.

„auf Zeiten beschränkt, in denen Arbeits- Betriebs oder Geschäftsräume normalerweise für die betriebliche Benutzung zur Verfügung stehen“.

3. Für die polizeiliche Praxis könnte sich § 33a Abs. 3 Satz 3 GE im Übrigen als **problematisch** erweisen in Bezug auf Räumlichkeiten, die Wohn- und Geschäftszwecken gleichermaßen dienen (**Mischnutzung**, bspw. im Fall der Wohnungsprostitution). Worauf soll der Rechtsanwender für den Kamera-Einsatz dann abstellen? Auf die jeweils aktuelle Nutzung im Moment des Einsatzes? Oder auf die überwiegende Nutzung der Räumlichkeit und wenn ja, wie soll er diese feststellen?

Zudem wird die im Rahmen der Normanwendung erforderliche **Abgrenzung** der „erlaubten“ von den „verbotenen“ **Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen** mit bzw. ohne Berufsgeheimnisträger- oder Berufshelferbezug **kaum** mit der für die Polizeipraxis notwendigen Rechtssicherheit **zu leisten** sein. Die Bezugnahme auf die §§ 53, 53a StPO wird hier nur bedingt hilfreich sein, da der nach diesen Vorschriften zeugnisverweigerungsberechtigte Personenkreis nicht nur recht umfänglich, sondern teilweise auch strittig ist. In gefahrträchtigen Einsatzsituationen, in denen schnelle Entscheidungen verlangt sind, dürfte sich die Verweisung in die StPO schnell als Überforderung herausstellen.

Frage 8:

Hält man den Wohnungseinsatz der Bodycam für prinzipiell verfassungswidrig, weil er – neben weiteren Unzulänglichkeiten - mit dem aktuellen Schrankenregime des Art. 13 GG nicht in Einklang zu bringen ist, spielt es keine Rolle, ob nur kurzfristig oder dauerhaft aufgezeichnet wird. Aufzeichnungen sind dann unabhängig von ihrer zeitlichen Dauer zwingend verfassungswidrig, weshalb sichergestellt sein muss, dass in Räumen mit Wohnungsqualität auch Vorabaufnahmen unterbleiben.

Frage 9:

Da Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume dem Wohnungsgrundrecht unterfallen, ist ein entsprechender **Richtervorbehalt** nach Art. 13 Abs. 4 GG **gleichermaßen rechtlich zwingend wie aus praktischen Gründen unsinnig**, weshalb eine Regelung wie die des § 33a Abs. 3 Satz 3 GE ohne vorherige Grundgesetzänderung nicht verfassungskonform zu gestalten ist. Denn **Art. 13 Abs. 4 Satz 1 GG** gebietet die Einholung einer richterlichen Entscheidung nicht erst für die weitere Verwendung erhobener Daten, sondern bereits für deren erstmalige Erhebung, mithin auch schon für deren kurzfristige Speicherung (Pre-Recording).

Eine – nach **Art. 13 Abs. 4 Satz 2 GG** grundsätzlich zulässige – Regelung, wonach bei Gefahr im Verzug von der vorherigen richterlichen Entscheidung ausnahmsweise abgesehen werden kann, wäre kaum verfassungskonform zu gestalten. Denn der verfassungsrechtlich vorgesehene Ausnahmefall würde in der Bodycam-typischen Einsatzsituation die Regel bilden und eine entsprechende Gefahr-im Verzug-Vorschrift das Regel-Ausnahmeverhältnis des verfassungsrechtlichen Richtervorbehalts in der Praxis damit zwangsläufig konterkarieren.

Das Erfordernis einer vorherigen richterlichen Entscheidung im Kontext der Bodycam wäre im Übrigen auch vollkommen praxisfern und wenig sachdienlich, da die Polizei in Bodycam-typischen Einsatz-Situationen rasch handeln muss und nicht erst eine richterliche Entscheidung einholen kann. Gleichwohl kann fehlende verfassungskonforme Praktikabilität die Missachtung zwingender verfassungsrechtlicher Vorgaben nicht rechtfertigen.¹³

Art. 13 Abs. 5 Satz 1 GG verlangt eine richterliche Entscheidung zwar erst für die weitere Verwendung von Bild- und Tonaufzeichnungen; eine Subsumtion des § 33a Abs. 3 Satz 3 GE unter diesen Schrankenvorbehalt scheitert aber schon daran, dass er Eingriffe in Art. 13 Abs. 1 GG ausschließlich zum Schutz der am Einsatz in einer Wohnung tätigen Personen legitimieren kann und nicht – wie in § 33a Abs. 3 Satz 3 GE vorgesehen – auch zugunsten Dritter.

Bezeichnender Weise haben unter dem Eindruck die Eingriffsvorbehalte des Art. 13 GG nur fünf Länder (Bayern, Baden-Württemberg, NRW, Saarland und Mecklenburg-Vorpommern) beschlossen, den Einsatz der Bodycam in dem Wohnungsgrundrecht unterfallenden Räumlichkeiten zuzulassen und dies – anders als in § 33a Abs. 3 Satz 3 GE vorgesehen – mehrheitlich ohne Pre-Recording-Funktion. In allen anderen Bundesländern, die die Bodycam eingeführt haben¹⁴, wurde deren Einsatz aus gutem Grund auf den öffentlich zugänglichen Raum beschränkt.

Frage 10:

„Befriedetes privates Besitztum“ im Sinne von Vorgärten, Kleingartenanlagen etc. unterfällt – soweit einer Wohnung zuzuordnen – dem Schutz des Art. 13 Abs. 1 GG und kommt somit nach der vorgesehenen Regelung des § 33a Abs. 3 Satz 1 GE für den Einsatz der Bodycam nicht in

¹³ *Nachbaur*, VBIBW 2021, 55, 62.

¹⁴ Hessen (§ 15 Abs. 6 HSOg), Bremen (§ 29 Abs. 5 BremPolG), Hamburg (§ 18 Abs. 5 PolDVG), Niedersachsen (§ 32 Abs. 4 NPOG), Rheinland-Pfalz (§ 27a Abs. 3 POG), Sachsen (§ 57 Abs. 4 SächsPVDG), Sachsen-Anhalt (§ 16 Abs. 3 SOGLSA), Brandenburg (31a Abs. 2 Satz 2 BbgPolG).

Betracht. Mit Blick auf den Schutzzweck des Art. 13 GG ist dies – im Unterschied zu § 33a Abs. 3 Satz 3 GE – konsequent und angemessen.

Frage 11:

Die Regelung des § 33a Abs. 4 Satz 2 GE („unverzügliche Löschung“ kernbereichsrelevanter Aufzeichnungen „durch die berechtigte Person“) wirkt mit Blick auf § 33a Abs. 5 Satz 5 GE ungereimt. Denn unklar bleibt, wer diese Person sein sollte, nachdem „beteiligte und betroffene Polizeibeamte“ nach § 33a Abs. 5 Satz 5 GE die Löschung vernünftigerweise nicht sollen vornehmen dürfen. Andere potentiell „*berechtigte Personen*“ iSd § 33a Abs. 4 Satz 2 GE werden aber typischerweise nicht vor Ort sein.

Frage 12:

Kernbereichsrelevante Situationen sind sowohl im öffentlichen Raum wie auch in Arbeits- Betriebs- und Geschäftsräumen vorstellbar und dies unabhängig davon, ob diese Räumlichkeiten Berufsgeheimnisträgern oder Berufshelfern dienen. Hiervon geht auch das BVerfG aus, wenn es in seiner Entscheidung zum BKA-Gesetz beispielhaft Situationen und Örtlichkeiten benennt, in bzw. an denen es zu kernbereichsrelevanten Bild- und Tonaufnahmen kommen kann, „*sei es im Auto, sei es abseits in einem Restaurant, sei es zurückgezogen bei einem Spaziergang*“.¹⁵ Auch andere Situationen sind denkbar, etwa ein höchstpersönliches Streitgespräch zwischen Eheleuten auf der Straße oder ein sich plötzlich von der Straße in eine öffentliche Toilettenanlage verlagerndes Einsatzgeschehen¹⁶.

Frage 13:

Kommt es zu kernbereichsverletzenden Aufzeichnungen, sind diese zwingend jeder Verwendung entzogen und unter keinem Gesichtspunkt – auch nicht mit eventueller richterlicher Genehmigung – verwertbar. Der verfassungsrechtliche Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung gewährleistet dem Individuum einen Bereich höchstpersönlicher Privatheit gegenüber jeder Form von Überwachung in- und außerhalb von Wohnungen¹⁷. Er sichert einen dem Staat nicht verfügbaren Menschenwürdekern, weshalb selbst überragende Interessen der Allgemeinheit einen Eingriff in den absolut geschützten Bereich privater Lebensgestaltung nicht rechtfertigen können.¹⁸ Ein „zusätzlicher Richtervorbehalt“ ist insoweit überflüssig.

¹⁵ BVerfG NJW 2016, 1781, 1792 (Rn. 176)

¹⁶ Weitere Beispiele bei Poscher, JZ 2009, 269, 271 und Ziebarth, Die Polizei 2017, 76, 77.

¹⁷ BVerfG NJW 2016, 1781, 1792 (Rn. 176).

¹⁸ Ständige Rechtsprechung, BVerfG NJW 2016, 1781, 1787 (Rn.120); BVerfGE 109, 279, 313.

Frage 14:

Der Einsatz der Bodycam in Wohnungen ist aus mehreren Gründen verfassungswidrig: **fehlende Gesetzgebungskompetenz des Landes, Unvereinbarkeit mit dem Schrankenregime des Art. 13 GG** sowie Unvereinbarkeit mit dem Verfassungsgrundsatz der **Verhältnismäßigkeit**. Der tatsächliche Nutzen der Bodycam in Wohnungen wird in der rechtspolitischen Diskussion erheblich überschätzt, weshalb schon Geeignetheit (deeskalierende Wirkung höchst fragwürdig) und Erforderlichkeit des Einsatzes zu bezweifeln sind. Erst recht lässt die Abwägung der betroffenen Interessen den Einsatz in der räumlich besonders geschützten Privatsphäre unangemessen erscheinen, ein Überwiegen des –bei genauerer Betrachtung letztlich ja repressiv motivierten¹⁹ – Aufzeichnungsinteresses ist nicht vertretbar.

Verfassungswidrig ist aus den genannten Gründen nicht erst die dauerhafte Aufzeichnung, sondern zwingend auch schon die kurzzeitige Speicherung, weshalb Pre-Recording und Tonaufzeichnung in der Wohnung unterbleiben müssen. Die bloße Möglichkeit nachträglicher Löschung gegebenenfalls rechtswidrig angefertigter Aufnahmen analog § 35 Abs. 6 ThürPAG halte ich für nicht ausreichend.

Frage 15:

Eine **Aufbewahrungsdauer** der Aufzeichnungen von **30 Tagen** erscheint mit Blick auf die jeweiligen Interessen (Löschung versus weitere Verwendungsmöglichkeit) **angemessen**. Denn innerhalb dieses Zeitraums dürfte in der Regel zu klären sein, ob das Datenmaterial über die genannte Frist hinaus zu einem der in § 33a Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 – 5 GE abschließend benannten zulässigen Zwecke benötigt wird.

Frage 16 und 20:

Nein, die Beschränkung auf die Verfolgung lediglich von Straftaten wie in § 33a Abs. 5 Satz 3 Nr. 1 GE vorgesehen ist aus Gründen der Verhältnismäßigkeit vorzuziehen. Jede Verlängerung der Speicherdauer des erhobenen Bild- und Tonmaterials über die 30 Tagesfrist des § 33a Abs. 5 Satz 2 hinaus ist als zusätzlicher, nicht unerheblicher Grundrechtseingriff zu werten, der in keinem angemessenen Verhältnis zur Verfolgung „nur“ einer Ordnungswidrigkeit steht. Die in der Qualifizierung eines

¹⁹ Zur ausf. Begründung siehe S. 5 ff. der Stellungnahme *Nachbaur* v. 9. 6. 2021 zum ursprünglichen GE der CDU-Fraktion, Zuschrift Nr. 7/1259 zu LT- Drs. 7/2792.

Fehlverhaltens als Ordnungswidrigkeit und damit als bloßes Verwaltungsunrecht zum Ausdruck kommende gesetzgeberische Wertung spricht gegen klar gegen eine entsprechende Speicherverlängerung zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten.

Frage 18:

Für eine Normierung des Kameraeinsatzes zu genuin strafprozessualen Zwecken fehlt dem Landesgesetzgeber selbstverständlich die Zuständigkeit.

Kompetenzrechtlich anders zu beurteilen ist es, wenn – wie in § 33a Abs. 1 Satz 1 GE vorgesehen – der Kameraeinsatz zwar im Rahmen der Durchführung strafprozessualer Ermittlungsmaßnahmen, aber auch in diesem Kontext mit präventiver Zielrichtung ermöglicht wird. Kompetenzrechtlich zwingende Tatbestandsvoraussetzung des Kamera-Einsatzes (auch) in der Variante „...*bei der Durchführung...von Maßnahmen zur Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten...*“ muss die Abwehr einer Gefahr sein. Die Situation ist insoweit dem Fall der Eigensicherungsdurchsuchung im Kontext einer Personenkontrolle vergleichbar, die immer auf polizeigesetzlicher Grundlage erfolgt unabhängig davon, ob der Zweck der Personenkontrolle präventiver oder repressiver Natur ist.²⁰

Frage 19:

Siehe hierzu (auch) die Ausführungen zu Frage 1:

Die „Quasi“-**Tatbestandslosigkeit** (Verzicht auf das Vorliegen einer polizeilichen Gefahr) für die wenn auch nur kurzzeitige 30 Sekunden-Aufzeichnung ist mit Blick auf die damit verbundenen Grundrechtseingriffe **verfassungsrechtlich nicht haltbar**. Als tatbestandliche Mindestvoraussetzung des Kameraeinsatzes zu fordern ist in jedem Falle das Vorliegen einer (einfachen) Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung.

Für den erheblich intensiveren Grundrechtseingriff der dauerhaften Speicherung hingegen wäre das Vorliegen einer bloß einfachen Gefahr nicht ausreichend. Zu verlangen ist insoweit – wie in § 33a Abs. 1 Satz 2 GE auch vorgesehen – das Vorliegen einer qualifizierten Gefahrensituation.

²⁰ BeckOK PolR BW/ *Nachbaur*, 24. Ed. 1.3.2022, § 34 Rn. 44; Ruder/Pörtl, *Polizeirecht Baden-Württemberg*, 9. Aufl. 2021, § 3 Rn. 226.

Frage 20 (und 16):

Hinsichtlich der Frage „Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit als Aufzeichnungsgrund“ ist zu differenzieren:

- Soweit es im Kontext einer Maßnahme zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten zu einer qualifizierten Gefahrensituation (=Gefahr für Leib oder Leben eines Polizeibeamten oder eines Dritten) kommt, ist nicht die Verfolgung der Ordnungswidrigkeit, sondern die qualifizierte Gefahr der Grund der (dauerhaften) Aufzeichnung; in diesem Verständnis ist gegen die Regelung des § 33a Abs. 1 Satz 1 iVm Satz 3 nichts einzuwenden.
- Für die flüchtige Aufzeichnung im Zwischenspeicher nach § 33a Abs. 1 Satz 1 GE hingegen ist die Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit ohne gleichzeitiges Vorliegen einer hieraus resultierenden zumindest einfachen Gefahr für ein polizeiliches Schutzgut als Aufzeichnungsgrund verfassungsrechtlich inakzeptabel (siehe auch Antwort auf Frage 1: Der in § 33a Abs. 1 Satz 1 GE normierte Verzicht auf das Vorliegen einer polizeilichen Gefahr bedarf der Korrektur).
- Als Grund für ein Abweichen von der automatisierten Regellöschung dauerhafter Aufzeichnungen nach 30 Tagen ist die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten in § 33a Abs. 5 Satz 3 GE zu Recht nicht vorgesehen (zur Begründung siehe Antwort zu Frage 16).

Frage 21:

Ein Verstoß gegen das Gebot der Normenklarheit ist nicht erkennbar: Der Terminus „flüchtig“ erfährt bereits unmittelbar in § 33a Abs. 1 Satz 1 GE eine Konkretisierung („30 Sekunden“), für den Begriff der „dauerhaften Aufzeichnung“ ergibt sich die Konkretisierung („30 Tage“) aus § 33a Abs. 5 Satz 1 GE.

Frage 22:

§ 33a Abs. 1 Satz 3 GE („dauerhafte Aufzeichnung **soll** zudem erfolgen, wenn...“) ist für alle drei vorgesehenen Varianten als Soll-Vorschrift ausgestaltet. Warum?

- Für die Variante 1 („*ausdrückliches Verlangen betroffener Person*“) erläutert die **Gesetzesbegründung** auf S. 1, dass auf Antrag „*die Aufzeichnung des Geschehens mittels Aufnahmegerät **erfolgen muss***“. Der Gesetzeswortlaut ist aber ein anderer.

- In der Variante 3 (Schusswaffeneinsatz) – so explizit der Wortlaut des § 33a Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 GE – „*erfolgt die Auslösung der dauerhaften Aufzeichnung automatisiert*“. Auch insoweit erscheint die Soll-Vorschrift ungereimt.

Frage 24:

Die Termini „*Beendigung*“ und auch der Begriff „*Abschluss der Maßnahme*“ in § 33a Abs. 1 Satz 7 GE sind nicht eindeutig im Sinne der in der Gesetzesbegründung zum Ausdruck kommenden ratio legis. Sie sollten entsprechend der Erläuterungen in der Gesetzesbegründung hierzu („*Gesamtgeschehen*“) deutlicher gefasst werden, um den mit der Regelung intendierten Zweck in der Praxis auch zu erreichen und der Polizei bei der Rechtsanwendung Rechtsicherheit zu bieten.

Frage 25:

Die Vorschrift wäre – was positiv zu sehen ist - mit einer solchen Ergänzung zwar konsistent zu anderen Regelungen, die den bestmöglichen Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung zum Ziel haben, so etwa § 34a Abs. 4 ThürPAG im Rahmen der Telefon- oder § 35 Abs. 6 ThürPAG im Rahmen der Wohnraumüberwachung. Zu bezweifeln ist allerdings, ob eine entsprechende Regelung im Kontext des Bodycam-Einsatzes auch praktikabel wäre. Denn anders als im Rahmen einer Telefon- oder Wohnraumüberwachungsmaßnahme befinden sich diejenigen, die die Regelung bezüglich der Bodycam umzusetzen hätten, in der unmittelbaren Einsatzsituation und sind in der Regel gefordert, unter großem Zeitdruck zu entscheiden und agieren.

Frage 27:

Dass der die Kamera tragende Beamte über den Kamera-Einsatz zu entscheiden hat, liegt in der Natur der Sache und bedarf keiner ausdrücklichen Normierung (notwendig und sinnvoll hingegen wäre eine Regelung der Frage, wer die zur Löschung „*berechtigte Person*“ iSd § 33a Abs. 4 Satz 2 GE ist, siehe hierzu auch die Antwort auf Frage 11).

Villingen-Schwenningen, 15.5.2022

Prof. Dr. Andreas Nachbaur

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td><i>Landespolizeiinspektion Gotha</i></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><i>Schubertstraße 6</i></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td><i>99867 Gotha</i></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	<i>Landespolizeiinspektion Gotha</i>		Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Schubertstraße 6</i>	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	<i>99867 Gotha</i>
Name	Organisationsform										
<i>Landespolizeiinspektion Gotha</i>											
Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Schubertstraße 6</i>										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	<i>99867 Gotha</i>										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Behördenleiter der Landespolizeiinspektion Jena	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gotha, 23.05.22	

13.01.2022

Anlage 5

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Organisationsform</td></tr><tr><td>AMNESTY INTERNATIONAL</td><td>eingetragener Verein</td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td>Zimmeriker Straße 8, 10115 Berlin</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td>Zimmeriker Straße 8</td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td>10115 Berlin</td></tr></table>	Name	Organisationsform	AMNESTY INTERNATIONAL	eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Zimmeriker Straße 8, 10115 Berlin	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Zimmeriker Straße 8	Postleitzahl, Ort	10115 Berlin		
Name	Organisationsform												
AMNESTY INTERNATIONAL	eingetragener Verein												
Geschäfts- oder Dienstadresse	Zimmeriker Straße 8, 10115 Berlin												
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Zimmeriker Straße 8												
Postleitzahl, Ort	10115 Berlin												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Vorname</td></tr><tr><td></td><td></td></tr><tr><td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td></tr><tr><td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer</td><td></td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td></td></tr></table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellDokG)	
	Polizei-Experte	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellDokG)	
	Die eingereichten Änderungen werden in derartlicher Weise als positiv gewertet. An dem eigentlichen Inhalt des Gesetzesentwurfes, einer vermeintlichen Zurechnung der Gewalt gegen Polizeibeamtinnen, besteht erhebliche Zweifel.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Reichels, den 14.05.22</i>	

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Themenkoordinationsgruppe Polizei und Menschenrechte
Zinnowitzer Str. 8 . 10115 Berlin
T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: email@amnesty-polizei.de .
W: www.amnesty-polizei.de

AMNESTY INTERNATIONAL Zinnowitzer Str. 8 . 10115 Berlin

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

per eMail



THÜR. LANDTAG POST
17.05.2022 07:12

12514/2022

Berlin, 16.05.2022

ANHÖRUNGSVERFAHREN

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie wie erbeten unsere Stellungnahme zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -.

Mit freundlichen Grüßen,

STELLUNGNAHME ZUM GESETZENTWURF „GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES POLIZEIAUFGABENGESETZES – OFFENER EINSATZ MOBILER BILDAUFNAHME- UND TONAUFZEICHNUNGSGERÄTE“ – DRUCKSACHE 7/2792 DAZU: ÄNDERUNGSANTRAG DER FRAKTIONEN DIE LINKE, DER CDU, DER SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – VORLAGE 7/3500

Sprecher Themenkoordinationsgruppe Polizei und Menschenrechte
Berlin, 10. Mai 2022

I. ZUSAMMENFASSUNG

Der Einsatz von BodyCams (körpernah getragenen Kameras) durch Polizist_innen führt zu Videoaufnahmen von Personen und damit zu einem Eingriff in das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung.

Amnesty International lehnt die Einführung einer Bodycam durch § 33a ThürPAG-E nicht grundsätzlich ab. Damit dieser Eingriff menschenrechtskonform ist, muss der Einsatz der Bodycam aber verhältnismäßig sein.

Das im Gesetzentwurf erklärte Ziel der Maßnahme, die Angriffe gegen Polizist_innen zu reduzieren, ist für sich genommen legitim und nachvollziehbar. Allerdings steht aufgrund der sehr unterschiedlichen Ergebnisse wissenschaftlicher Studien in Frage, ob die Bodycam diesen gewünschten Effekt tatsächlich erzielen kann.

Darüber hinaus muss die Bodycam im Sinne der Rechtsstaatlichkeit gleichermaßen für Polizei und Bürger_innen Transparenz schaffen: Auch Fälle rechtswidriger Gewalt durch Polizist_innen sind eine Realität, die der Gesetzgeber ernst nehmen muss. Die Polizei sollte daher nicht nach freiem Ermessen entscheiden können, ob sie die Kamera anschaltet oder nicht.

Vielmehr muss bei einer Entscheidung für die Bodycam gewährleistet sein, dass – zum Schutz von Polizei und Bürger_innen – ernste Auseinandersetzungen dokumentiert werden. Es ist daher erfreulich, dass eine Pflicht der Polizist_innen eingeführt wird, bei der Anwendung von unmittelbarem Zwang die Bodycam einzuschalten (siehe V.).

II. ALLGEMEINE ERWÄGUNGEN

1. ANNAHME ZUNEHMENDER GEWALT GEGEN POLIZIST_INNEN

Es ist grundsätzlich festzuhalten, dass es keinen repräsentativen, wissenschaftlich-empirischen Nachweis dafür gibt, dass die Gewalt gegen Polizeikräfte stetig zunimmt. Zwar kann aus dieser Tatsache nicht geschlossen werden, dass es keine Zunahme von Gewalt gibt, gleichwohl sprechen allgemeine kriminologische Erkenntnisse tendenziell gegen eine



solche Entwicklung, da die Gewalt in unserer Gesellschaft aufgrund verschiedener Faktoren, wie bspw. der voranschreitenden Überalterung und auch der zunehmenden Tabuisierung von Gewalt, eher ab- als zunimmt.

Hinzu kommt die Abwanderung in vielen ostdeutschen Flächenländern. Die thüringische Bevölkerung ging von 1990 bis 2019 von 2.611.319 Einwohner_innen auf 2.133.378 zurück.¹ Dies entspricht einem Rückgang von 18,3 % bei einem stetig ansteigenden Durchschnittsalter der Bevölkerung.²

Dass unter diesen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine immer wieder von verschiedenen Gruppen behauptete substantielle Zunahme der Gewalt gegen Polizeikräfte stattfindet, erscheint eher unwahrscheinlich.

2. DEBATTE UM BODYCAM

Im Zusammenhang mit der BodyCam muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Debatte in Deutschland unter gänzlich anderen Vorzeichen geführt wird als im anglo-amerikanischen Raum.³ In den USA und im Vereinigten Königreich, in denen die BodyCams bereits weite Verbreitung finden, wurden die Debatten um die BodyCam immer im Rahmen des Bürgerrechts geführt, in der die BodyCams Mittel zum Schutz der Bürger_innen vor Polizeikräften eingesetzt werden sollten.

Gegenstand der Überwachung sollten und sollen dabei die Polizeibeamt_innen sein. Demgegenüber wird die Debatte hierzulande seit einigen Jahren unter der Vorannahme geführt, es gebe eine stetige Zunahme von Gewalt gegen Polizeikräfte und dem müsse eine verstärkte Überwachung des „polizeilichen Gegenübers“ folgen, um durch das Filmen einen abschreckenden Effekt zu erzielen.

III. MENSCHENRECHTLICHE ERWÄGUNGEN ZUR BODYCAM

Technisch handelt es sich bei der BodyCam um eine Miniatur-Videokamera, die über eine Spezialweste an der Schulter von Polizeibeamt_innen angebracht wird. Aus menschenrechtlicher Sicht sind BodyCams ein Instrument von vielen zur Aufzeichnung von Bild- und Tonaufnahmen mit den grundrechtlichen Risiken, die immer mit Videobeobachtung einhergehen:

So erfolgt in jedem Falle ein Eingriff in das Menschenrecht der Privatsphäre (Art. 8 EMRK) der aufgenommenen Person und in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung als Ausprägung des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts gem. Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG. Die Videoaufzeichnung beeinträchtigt das Recht am eigenen Bild und, sofern zusätzlich eine Tonaufzeichnung erfolgt, auch das Recht am gesprochenen Wort. Dieser Eingriff ist nicht unerheblich, weil der Kameraeinsatz beispielsweise im Rahmen von Identitätsfeststellungen

1 <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp%3Ftabelle=zr000101%7C%7C..>

2 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1094219/umfrage/durchschnittsalter-der-bevoelkerung-in-thueringen/>.

3 Vgl. Hartmut Aden/Jan Fährmann, Bodycams bei der Polizei – nicht nur zum Schutz von Polizistinnen und Polizisten, 02.03.2019, <https://verfassungsblog.de/bodycams-bei-der-polizei-nicht-nur-zum-schutz-von-polizistinnen-und-polizisten/>.



erfolgen kann, also eine betroffene Person individualisiert und ihr Verhalten in der Interaktion mit der Polizei komplett aufgezeichnet wird.

§ 33a ThürPAG-E regelt ausdrücklich, dass die Aufzeichnungen auch zulässig sind, wenn Dritte unvermeidbar betroffen sind. In der Praxis wird es häufig vorkommen, dass durch die BodyCam nicht nur Personen gefilmt werden, von denen die notwendige Gefahr für Leib oder Leben ausgeht, sondern auch unbeteiligte Dritte. Daraus ergibt sich eine weitere Steigerung des menschenrechtlichen Eingriffs durch den Einsatz der BodyCam.

IV. WISSENSCHAFTLICHER BEFUND

Der wissenschaftliche Befund zur Thema BodyCam muss als diffus bezeichnet werden und stützt die in ihn gesetzten Erwartungen nur sehr eingeschränkt. Es gibt aus dem anglo-amerikanischen Raum eine ganze Reihe verschiedener Studien, welche die unterschiedlichsten Ergebnisse zu Tage förderten.

Teilweise konnten diese Studien aufzeigen, dass die Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamt_innen abnahm, zum Teil kamen die Studien aber auch zu dem Ergebnis, dass die Gewalt zunahm. Dies galt in gleichem Maße auch für die Betroffenen polizeilicher Maßnahmen. Einerseits kamen Studien hier zu dem Ergebnis, dass das Risiko, Opfer eines gewalttätigen polizeilichen Übergriffs zu werden, durch die BodyCam sinkt. Andere Studien wiederum kamen zu dem Ergebnis, dass dieses Risiko zunahm.

Das Forscherteam Ariel/Farrar/Sutherland kamen zu dem Ergebnis, dass durch den Einsatz der BodyCam das Risiko, Opfer von Gewalt zu werden, sowohl für die Polizeibeamt_innen wie auch für die Betroffenen polizeilicher Maßnahmen zurückgeht.⁴

Zu ähnlichen Ergebnissen kamen auch Jennings/Lynch/Fridell.⁵

Ariel et al. kamen 2016 wiederum zu dem Ergebnis, dass der Einsatz von BodyCams keinen Einfluss auf den polizeilichen Einsatz von Zwang hat, gleichzeitig aber das Risiko für die Polizeibeamt_innen erhöht, Opfer von Gewalt zu werden.⁶

Pang und Pavlou kamen in ihrer Erhebung sogar zu dem Ergebnis, dass der Einsatz tödlicher Gewalt, vor allem gegen Minderheiten, durch den Einsatz der BodyCam zunahm.⁷ Da die Debatte um die BodyCam auch in Deutschland seit einigen Jahren stattfindet und einzelne Bundesländer sowie der Bund bereits BodyCams eingeführt bzw. Pilotversuche

4 Vgl. Barak Ariel/ William Farrar/ Alex Sutherland, The Effect of Police Body-Worn Cameras on Use of Force and Citizens' Complaints Against the Police, *Journal of Quantitative Criminology* 2015 31 (3), S. 509-535.

5 Wesley Jennings/ Mathew Lynch/ Lorie Fridell Evaluating the impact of police officer body-worn cameras (BWCs) on response-to-resistance and serious external complaints, *Journal of Criminal Justice* 43 (2015), S. 480-486.

6 Ariel, Barak; Sutherland, Alex; Henstock, Darren; Yaune, Josh; Drover, Paul; Sykes, Jayne; Magicks, Siman; Henderson, Ryan (2016): Wearing body cameras increases assaults against officers and does not reduce police use of force: Results from a global multi-site experiment. *European Journal of Criminology*, May 2016. S. 744-755.

7 Pang, Min-Seok; Pavlou, Paul A. (2016): Armed With Technology: The Impact on Fatal Shootings by the Police. Fox School of Business Research Paper No. 16-020.



durchgeführt haben, liegen auch aus Deutschland erste Erhebungen vor.

So wurde beispielsweise in Hessen eine Pilotstudie zur BodyCam durchgeführt.⁸ Diese litt jedoch an erheblichen methodischen Mängeln, sodass ihre Aussagekraft als sehr gering bezeichnet werden muss.⁹

Auch in Nordrhein-Westfalen wurde eine Studie zum Einsatz der BodyCams durch die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) durchgeführt, welche zu dem Ergebnis gelangte, dass das Risiko der Polizeibeamt_innen, geschädigt zu werden, durch den Einsatz der BodyCam erhöht wird.¹⁰ Gleichzeitig sank im Verlauf der Erhebung der Anteil an Polizeibeamt_innen, die dem Einsatz der Geräte positiv gegenüber standen.¹¹

Vor dem Hintergrund dieser sehr diffusen Forschungslage muss vor allzu hohen Erwartungen bezüglich der BodyCam gewarnt werden. Es ist nicht zu erwarten, dass die positiven Auswirkungen des Einsatzes (Eindämmung der Gewalt gegen Polizist_innen) allzu groß sein werden. Soweit es um beklagte Widerstandshandlungen gegen Polizeibeamt_innen geht, muss immer mit einbezogen werden, dass viele dieser Täter_innen bei ihren Angriffen alkoholisiert sind oder unter Drogen stehen.¹² Wegen der enthemmenden Wirkung der Substanzen muss bezweifelt werden, dass die BodyCams eine abschreckende, resp. einschüchternde Wirkung haben.

V. BEWERTUNG DER ÄNDERUNGEN DER RECHTSGRUNDLAGE FÜR DEN EINSATZ VON BODYCAMS DURCH DIE POLIZEI

1. Ausdrücklich zu begrüßen ist die Vorschrift des § 33a Abs. Nr. 1 ThürPAG-E. Amnesty International hat in Stellungnahmen immer wieder ausgeführt, dass den Betroffenen polizeilicher Maßnahmen das Recht eingeräumt werden muss, das Einschalten der BodyCam verlangen zu können. Hier wird die BodyCam dem ursprünglichen Anspruch gerecht, die Menschenrechte der Maßnahmen-Adressat_innen zu schützen.

8 <http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/3500/umdruck-18-3586.pdf>.

9 Vgl. Nils Zurawski, Stellungnahme zur Bodycam für den Schleswig-Holsteinischen Landtag, <https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/5900/umdruck-18-5997.pdf>.

10 Kersting, S., Naplava, T., Reutemann, M., Heil, M. & Scheer-Vesper, C. (2019). Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht. Gelsenkirchen: Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaft der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW.

11 Kersting, S., Naplava, T., Reutemann, M., Heil, M. & Scheer-Vesper, C. (2019). Die deeskalierende Wirkung von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen: Abschlussbericht. Gelsenkirchen: Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaft der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW. S. 123.

12 Vgl. Karoline Ellrich, Dirk Baier & Christian Pfeiffer (2011): Gewalt gegen Polizeibeamte, Befunde zu Einsatzbeamten, Situationsmerkmalen und Folgen von Gewaltübergriffen; [https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/kfn_gewalt/\\$file/Zwischenbericht3.pdf](https://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/kfn_gewalt/$file/Zwischenbericht3.pdf).



Eine Speicherfrist von 30 Sekunden im PreRecording-Modus ist aus Sicht von Amnesty International ausreichend und angemessen. Es ist dabei zu bedenken, dass auch der Einsatz der BodyCam eine weitere Form der Überwachung des öffentlichen Raumes darstellt.

In diesem Zusammenhang wäre es auch zweckmäßig, die Betätigung der BodyCam an eine, im polizeirechtlichen Sinne, erhebliche Gefahr zu knüpfen. Andernfalls ist ein uferloser Einsatz, bspw. bereits bei der drohenden Verwirklichung einer Ordnungswidrigkeit, zu befürchten.

2. Ebenso ist zu begrüßen, dass in § 33a Abs. 2 ThürPAG-E entsprechende Hinweispflichten geregelt sind. Dies bezieht sich sowohl auf das generelle Tragen der BodyCam, wie auch auf die Anfertigung dauerhafter Aufnahmen.

Nach Auffassung von Amnesty International sollte die Kamera immer ausgelöst werden, sobald die Anwendung unmittelbaren Zwangs möglicherweise kurz bevorsteht. Insofern wäre ein automatisches Auslösen der Kamera auch beim Bereitmachen des Reizstoffsprüngeräts oder des Einsatzmehrzweckstocks, soweit möglich, zu begrüßen. Es muss immer bedacht werden, dass im Falle einer möglicherweise unmittelbar bevorstehenden Eskalation das Auslösen der BodyCam schlicht vergessen werden kann.

3. Darüber hinaus ist aus Sicht von Amnesty International erfreulich, dass in § 33a Abs. 3 und Abs. 4 ThürPAG-E ausdrückliche Regelungen in Bezug auf Berufsgeheimnisträger_innen und Aufnahmen, die den höchstpersönlichen Lebensbereich betreffen, getroffen werden. Dies wird der Bedeutung dieser Rechtsinstitute gerecht und verdeutlicht sie gleichermaßen gegenüber den Rechtsanwender_innen.

Vor dem Hintergrund der erheblichen Sensibilität von Aufnahmen, die den Kernbereich privater Lebensgestaltung betreffen, sollte in dem Gesetz normiert werden, dass solche Aufnahmen nicht nur im Anschluss gelöscht, sondern die Aufnahme bereits im Einsatz unterbrochen wird, sobald sich entsprechende Hinweise ergeben.

4. Zu den nötigen Anforderungen an den Einsatz von BodyCams gehören auch umfassende Regelungen, die erstellten Aufnahmen zu schützen, und gegebenenfalls den Betroffenen von polizeilichen Übergriffen zugänglich zu machen. Diese werden durch § 33a Abs. 5 ThürPAG-E erfüllt. Mit einer Speicherfrist von 30 Tagen haben Betroffene genügend Zeit, für die Geltendmachung eigener Rechte einen Bedarf an den Aufnahmen anzumelden.

Erfreulich ist auch der gesetzlich verankerte Schutz der Aufnahmen vor dem Zugriff von beteiligten Beamt_innen. Auch hier wird tatsächlich bestehenden Risiken begegnet und gleichzeitig verdeutlicht, dass diese auch ernst genommen werden. Dies schafft gleichermaßen Vertrauen, wie auch Transparenz.

5. Auch mit § 33a Abs. 7 ThürPAG-E wird einer zentralen Forderung von Amnesty International Rechnung getragen. Die Vorschrift normiert das Verbot die BodyCams mit Gesichtserkennungssoftware zu verbinden. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen.



VII. EVALUIERUNGSPFLICHT

Zwar hat das Land Thüringen mit seiner Erhebung bereits eine Studie vorgelegt. Bei einer Maßnahme, die so intensiv in die Grundrechte der Betroffenen eingreift wie die Aufnahmen per Bodycam ist darüber hinaus eine gesetzlich festgelegte Evaluierungspflicht notwendig.

So muss untersucht werden, ob sie tatsächlich den gewünschten Effekt erzielt. Ansonsten ist der Preis der häufigen und intensiven Grundrechtseingriffe durch die Vielzahl der erstellten Videoaufnahmen zu hoch: die Maßnahme ist unverhältnismäßig.

Für die Durchführung einer Evaluation sind mehrere Aspekte wichtig: Es ist unabdingbar, die Evaluierung wissenschaftlich unabhängig und durch Begleitung der Polizeipraxis durchführen zu lassen. Darüber hinaus kann nur dann sinnvoll evaluiert werden, ob z.B. die Gewalt gegen Polizist_innen abnimmt, wenn eine ausreichende Datenlage für den Zeitpunkt der Einführung der Bodycam vorliegt, die den Status Quo festhält (sogenannte Baseline-Study).

Insofern ist es grundsätzlich zu begrüßen, dass in § 33a Abs. 7 ThürPAG-E eine unabhängige wissenschaftliche Evaluierung gesetzlich festgeschrieben wird.

AMNESTY
INTERNATIONAL



Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

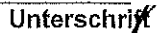
Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="text-align: center; vertical-align: middle; font-size: 1.2em;">Behörde</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="text-align: center; vertical-align: middle; font-size: 1.2em;">Landespolizeidirektion</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="text-align: center; vertical-align: middle; font-size: 1.2em;">Andreasstraße 38</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="text-align: center; vertical-align: middle; font-size: 1.2em;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Behörde	Geschäfts- oder Dienstadresse	Landespolizeidirektion	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Andreasstraße 38	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
	Behörde										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Landespolizeidirektion										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Andreasstraße 38										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Thüringer Polizei	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) - Einführung Bodycamparagraph befürwortet - Anwendung Pie-Recording, Bild- und Tonaufzeichnung, Einsatz in Vorlesungen befürwortet - keine Anwendung bei Körperwusch, bei Dienst-/Fachaufsicht	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 13.05.22	

Schriftliche Stellungnahme zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Vorlage 7/3500 zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte - (Drs. 7/2792)

§ 33 a PAG (neu)



- 1 Sind die Tatbestandsvoraussetzungen bzw. die Regelungen in § 33 a Absatz 1 in der Fassung des Änderungsantrags zum Pre-Recording und zur dauerhaften Aufzeichnung im vorgelegten Änderungsantrag aus Ihrer Sicht angemessen gefasst? 6
- 2 Ist sowohl vor dem Hintergrund der Eingriffstiefe der Vorabaufnahme im flüchtigen Speicher und der damit verbundenen Aufnahme unbeteiligter Dritter einerseits, sowie der Möglichkeit den Einsatz und das Vorgeschehen umfassender darstellen zu können andererseits, eine Dauer von 30 Sekunden oder 60 Sekunden Pre-Recording angemessen und wie begründen Sie dies? 10
- 3 Wird aus Ihrer Sicht für die Anwender der Kamera mit dem Entwurf deutlich, wer das Anspruchsrecht als „betroffene Person“ nach § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 in der Fassung des Änderungsantrags hat, wenn nein, welche Änderungen wären erforderlich? 10
- 4 Wie bewerten Sie die Möglichkeit einer automatisierten Aufzeichnung beim Ziehen der Schusswaffe wie im Änderungsantrag unter § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 3 vorgeschlagen? Und wäre dies aus Ihrer Sicht gleichfalls für das Reizstoffsprüngerät und den Schlagstock geeignet und geboten, sofern technisch möglich? 11
- 5 Ist es aus Ihrer Sicht technisch und praxistauglich möglich, den Zwischenspeicher (Pre-Recording) automatisiert unwiderruflich/spurlos zu löschen wie im Änderungsantrag unter § 33 a Absatz 1 Satz 4 vorgeschlagen? Wenn nein, was wäre aus Ihrer Sicht eine angemessene Formulierung? 14
- 6 Halten Sie die Regelungen in § 33 a Absatz 2 des Änderungsantrages zum Verhältnis Polizei/Betroffene (Ankündigung, Erkennbarkeit, Belehrung) geeignet, auch um das Vertrauen in die Maßnahme der polizeilichen Bild- und Tonaufzeichnung zu verbessern und wie bewerten Sie den Vorschlag vor dem Hintergrund der Praktikabilität? 14
- 7 Wie bewerten Sie die vorgeschlagene Änderung in § 33 a Absatz 3 des Änderungsantrags, auf den Einsatz in Wohnräumen vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Hürden des Artikels 13 Absatz 1 zum Schutz der Wohnung zu verzichten, gleichfalls jedoch in einem abgestuften Verfahren den Bereich der

Arbeits-, Betriebs-, und Geschäftsräume bei angepasster Eingriffsschwelle sowie dem Schutz von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern zu ermöglichen? 15

8 Ist es aus Ihrer Sicht vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Hürden des Artikels 13 Absatz 1 des Grundgesetzes folgerichtig und erforderlich, nicht nur die dauerhafte Aufzeichnung für Wohnungen auszuschließen, sondern ebenfalls die Vorabaufnahme (Pre-Recording) für Wohnungen auszuschließen? Und wie ist dies aus Ihrer Sicht praktisch für den Kameraanwender umzusetzen? Ist es geboten und praktikabel das Pre-Recording am Gerät in diesen Fällen zu deaktivieren? 16

9 Wäre aus Ihrer Sicht in § 33 a Absatz 3 des Änderungsantrages ein zusätzlicher Richtervorbehalt für die Verwendung von Aufnahmen aus Arbeits-, Betriebs-, und Geschäftsräumen (die nicht in solchen zulässig sind, die der Ausübung der Tätigkeit von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern nach den §§ 53, 53a der Strafprozessordnung dienen) über das bereits abgestufte Verfahren hinaus erforderlich oder ist dieser entbehrlich? 17

10 Ist der Umgang von Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten hinsichtlich des befriedeten Besitztum aus Ihrer Sicht angemessen in § 33 a Absatz 3 des Änderungsantrages geregelt, auch vor dem Hintergrund von Kleingartenanlagen, dabei insbesondere im Verhältnis zum Schutz nach Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes? Falls nein, welche Änderungen schlagen Sie vor? 17

11 Wie bewerten Sie die angepasste Regelung zum Kernbereichsschutz in § 33 a Absatz 4 des Änderungsantrages vor dem Hintergrund des veränderten Regelungserfordernisses, dass Aufzeichnungen in Wohnungen nicht mehr zulässig sind und vor dem Hintergrund, dass die kameratragende Person (anders als bei der verdeckten Aufzeichnung) nicht sofort in die Aufnahme eingreifen soll, um diese zu löschen, da dieser generell der Zugriff hinsichtlich einer Löschung entzogen ist? 17

12 Sind aus Ihrer Sicht Kernbereichsverletzungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Bodycams im öffentlichen Raum oder in Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen (die bereits nicht in solchen zulässig sind, die der Ausübung der Tätigkeit von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern nach den §§ 53, 53 a der Strafprozessordnung dienen) vorstellbar und wenn ja, sind Ihnen Anwendungsbeispiele bekannt? 18

13 Wäre aus Ihrer Sicht ein zusätzlicher Richtervorbehalt für die Verwendung von



Aufnahmen in solchen Fällen erforderlich, bei bzw. nach denen es zu einer Kernbereichsverletzung im Sinne des § 33 a Absatz 4 des Änderungsantrages gekommen ist (vor dem Hintergrund der im Änderungsantrag angepassten Einsatzgebiete)? 18

14 Wäre aus Ihrer Sicht die dauerhafte Aufzeichnung auch innerhalb der Wohnung für den ausschließlichen Fall des Ziehens der Schusswaffe rechtlich möglich, wenn man im Ergebnis der Abwägung ein Aufzeichnungsinteresse in solchen Fällen höher gewichtet als den Schutz in Artikel 13 Absatz 1 Grundgesetz? Falls nein, müsste aus Ihrer Sicht aus (verfassungs-)rechtlichen Gründen in solchen Fällen das Pre-Recording und die Tonaufzeichnung zu diesem Zweck deaktiviert oder deaktivierbar sein oder würde eine Regelung zur unmittelbaren Löschung, analog z. B. § 35 Absatz 6 Satz 2-7 des Thüringer Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei (PAG) aus Ihrer Sicht ausreichen und wie bewerten Sie das vor dem Hintergrund der Praktikabilität? 18

15 Die bisherige Aufbewahrungsdauer der Aufzeichnungen beträgt 48 Stunden und soll in § 33 a Absatz 5 des Änderungsantrages auf 30 Tage erweitert werden. Ist dieser Zeitraum aus Ihrer Sicht angemessen oder sollte dieser weiter ausgedehnt werden? Wenn nein, welche Frist scheint Ihnen angemessen? 19

16 Sollten aus Ihrer Sicht beim Vorliegen von dauerhaften Bild- und Tonaufzeichnungen mittels Bodycam über Straftaten (§ 33 a Absatz 5 Satz 3 Nr. 1 des Änderungsantrages) hinaus auch Ordnungswidrigkeiten (etwa Falschparken, unsachgemäße Entsorgung von Zigaretten, Lärmbelästigung) verfolgt werden können? 19

17 Ist die vorgesehene Regelung zur wissenschaftlichen Evaluation im § 33 a Absatz 7 des Änderungsantrages aus Ihrer Sicht geeignet oder sollte aus Gründen der Datensparsamkeit der Zeitraum, wie lange dauerhaft aufgezeichnete Aufnahmen für diesen Zweck verwendet werden können im Gesetz oder mit der Ermächtigung zur Rechtsverordnung durch das zuständige Ministerium definiert werden (bspw. das maximal 3 oder 6 Monate solche Aufnahmen verwendet werden)? 19

18 Sind Sie der Ansicht, dass eine Aufnahme bei der Durchführung von Maßnahmen der Strafverfolgung, wie in § 33 a Absatz 1 Satz 1 des Änderungsantrages benannt, in der Gesetzgebungskompetenz des Landesgesetzgebers liegt? 20

- 19 Sind Sie der Ansicht, dass die Durchführung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr für die Aufzeichnung und automatisierte Löschung nach 30 Sekunden sowie eine (einfache) Gefahr für eine dauerhafte Aufzeichnung als Tatbestandsmerkmale ausreichend sein sollten? Falls nein: welche Voraussetzungen sollten nach Ihrer Ansicht normiert werden? 20
- 20 Sind Sie der Ansicht, dass die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten als Grund für die Aufzeichnung normiert werden sollte? 20
- 21 Sind Sie der Ansicht, dass die Begrifflichkeit des „flüchtigen“ Zwischenspeichers sowie der „dauerhaften Aufzeichnung“ dem Prinzip der Normklarheit genügt? 20
- 22 Bestehen nach Ihrer Ansicht rechtliche Bedenken gegen die in § 33 a Absatz 1 Satz 2 ff. des Änderungsantrags vorgesehene dauerhafte Speicherung von Aufnahmen? Wenn ja, welche? 21
- 23 Ist nach Ihrer Ansicht eine dauerhafte Speicherung von Aufnahmen, wie in § 33 a Absatz 1 Satz 2 ff. des Änderungsantrags vorgesehen, praktisch umsetzbar? 21
- 24 Sind Sie der Ansicht, dass die Regelung der Beendigung der Aufnahme („Mit Abschluss der Maßnahme“) in § 33 a Absatz 1 Satz 7 des Änderungsantrags dem Prinzip der Normenklarheit genügt? 21
- 25 Sind Sie der Ansicht, dass eine Löschung unzulässiger Aufnahmen des Kernbereichs privater Lebensgestaltung entsprechend § 33 a Absatz 4 Satz 2 und 3 des Änderungsantrags zum Schutz des Grundrechts ausreichend ist oder vielmehr auch die Unterbrechung der Aufnahme sowie eine Regelung zur Fortsetzung für den Fall normiert werden muss, dass sich während der Aufzeichnung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Kernbereich privater Lebensgestaltung betroffen ist? 22
- 26 Sind Sie der Ansicht, dass eine Verwendung der Daten für eine Evaluierung sowie für die Durchführung von Maßnahmen der Dienst- und Fachaufsicht oder von Disziplinarverfahren ermöglicht werden sollte? Stehen dem datenschutzrechtliche Überlegungen oder praktische Gründe entgegen? 23
- 27 Bedarf es nach Ihrer Ansicht einer Normierung, dass der die Kamera tragende Beamte über die Aufnahme zu entscheiden hat und unter welchen Umständen dies



möglich ist?24

28 Erachten Sie die Aufzeichnung mittels sogenannter „Dash-Cams“ für notwendig
und wie bewerten Sie deren Anwendung in der Praxis?25



1 Sind die Tatbestandsvoraussetzungen bzw. die Regelungen in § 33 a Absatz 1 in der Fassung des Änderungsantrags zum Pre-Recording und zur dauerhaften Aufzeichnung im vorgelegten Änderungsantrag aus Ihrer Sicht angemessen gefasst?

Mit der bereits übermittelten Stellungnahme zum Gesetzentwurf in Drs. 7/2797 wurde seitens der LPD das Vorhaben begrüßt, eine Aufnahmefunktion mit einem kurzzeitigen zeitlichen Vorlauf in einem flüchtigen Speicher (Pre-Recording) rechtlich zu ermöglichen. Die LPD sprach sich damals für eine Dauer von 30 Sekunden aus und erachtet diesen zeitlichen Vorlauf weiterhin als ausreichend, um entstehende Gefahrensituationen besser dokumentieren zu können.¹

Kritisch ist anzumerken, dass nunmehr in der Formulierung des Änderungsantrages eine Abstufung bzw. Stufenabfolge zur Anwendung des Pre-Recording und der dauerhaften Aufnahme vorgenommen wird. Entsprechend der Formulierung soll erst unter den Voraussetzungen des § 33 a Absatz 1 Satz 1 des Änderungsantrages das Pre-Recording eingeschaltet werden. Eine dauerhafte Aufzeichnung soll unter den Voraussetzungen des § 33 a Absatz 1, Satz 2 und Satz 3 des Änderungsantrages möglich sein.

Technisch ist der Bereitschaftsbetrieb (Bodycam wird im operativen Dienst getragen, die Kamera ist eingeschaltet, eine Aufnahme wurde noch nicht gestartet) mit der Pre-Recording-Funktion gleichzusetzen. Wenn die Kamera im operativen Dienst getragen wird, läuft das Pre-Recording. Nur so kann der Intention des Pre-Recording entsprochen werden, für die Fälle einer dauerhaften Aufzeichnung stets die Vortatphase bzw. das Vorgeschehen dokumentieren zu können. In der derzeitigen Formulierung des § 33 a Absatz 1 Satz 1 des Änderungsantrages i. V. m. Satz 2 oder Satz 3 des Änderungsantrages sind Fallkonstellationen möglich, in denen bei akuter Auslösung der dauerhaften Aufzeichnung bei einer vorliegenden gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben bzw. bei Gefahr im Verzug oder in den Fällen der technisch automatisierten Auslösung nach § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 3 des Änderungsantrages die Aufnahme ohne Vortatphase bzw. Vorgeschehen dokumentiert wird. Dies wirkt sich nachteilig auf die Beweiskraft aus.

Es wird dafür votiert, das Pre-Recording im Bereitschaftsbetrieb zu ermöglichen, ähnlich wie es auch die Polizeigesetze der Bundespolizei und des Landes Niedersachsen rechtlich ermöglichen.²

¹ vgl. Stellungnahme der Landespolizeidirektion vom 10. Juni 2021 in Drs. 7/1261, Ziffer 2.4, Seite 5

² vgl. § 27a Abs. 3 BPolG, § 32 Abs. 4 Satz 4 NPOG



In diesem Zusammenhang ist zum sachlichen Geltungsbereich der Anwendung der Bodycam auszuführen. Im § 33 a Absatz 1 des Änderungsantrages ist mit der Tatbestandvoraussetzung (TBV) der „**Durchführung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder der Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten**“ eine Anwendung der Bodycam verknüpft. In der bisherigen Ermächtigungsgrundlage (vgl. § 33 Absatz 6) sind hierzu „Personen- und Fahrzeugkontrollen“ benannt.

Mit der Formulierung der TBV im § 33 a Absatz 1 des Änderungsantrages ist die Aktivschaltung der Bodycam mit der Funktion des Pre-Recording nur gestattet, wenn der kameratragende Beamte eine Maßnahme der Gefahrenabwehr oder der Verfolgung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten durchführt. Es sind jedoch auch Fallkonstellationen denkbar, in denen Polizeibeamte außerhalb dieser Bereiche agieren, wie z. B. bei

- Kontrollen eines Fahrzeuges im Straßenverkehr, ohne dass eine Ordnungswidrigkeit geahndet werden soll (vgl. § 36 Abs. 5 StVO);
- Kontrollen von Berechtigungsscheinen, ohne dass Gefahrenmomente vorliegen;
- Maßnahmen der Amts- und Vollzugshilfe.

An dem Fall des in der Gesetzesbegründung zum Absatz 1 des Änderungsantrages aufgeführten Beispiels der Fahrzeugkontrolle im Ort Kusel in Rheinland-Pfalz am 31. Januar 2022 wird deutlich, dass mit der gegenwärtigen Formulierung des § 33 a Absatz 1 des Änderungsantrages die Bodycam nicht hätte zur Anwendung gebracht werden können, insofern die Beamten eine Fahrzeugkontrolle gem. § 36 Absatz 5 StVO durchführten.

Um diese Fallkonstellationen ebenso abzudecken, ist nach Ansicht der LPD die TBV aus § 33 Abs. 6 PAG („**bei Personen- und Fahrzeugkontrollen**“) zu den TBV des § 33 a Absatz 1 des Änderungsantrages hinzuzufügen.

Im Umkehrschluss stellt sich die Frage, welche Fallkonstellationen im Vergleich zur gegenwärtigen Fassung des § 33 Abs. 6 PAG durch die TBV des § 33 a Absatz 1 des Änderungsantrages nun nicht mehr den Einsatz der Bodycam ermöglichen sollen.

Eine dauerhafte Aufzeichnung und Verarbeitung darf grundsätzlich nur erfolgen, wenn „**Tatsachen die Annahme rechtfertigen**“, dass dies zur Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben der eingesetzten Polizeibeamten oder eines Dritten erforderlich ist. Mit der TBV der „tatsäch-



lichen Anhaltspunkte“ ist die Eingriffsschwelle relativ niedrig normiert. Bedenken hierzu bestehen nicht, da sie sich in der Rechtsordnung insbesondere für die Anfertigung von Bild- und Tonaufzeichnungen bei Versammlungen nach § 19 a i. V. m. § 12 a VersammIG etabliert hat. Ebenso ist die TBV im Gefahrenabwehrrecht hinreichend klar definiert und etabliert. Sie verdeutlicht, dass Bild- und Tonaufzeichnungen nicht anlassunabhängig oder aufgrund bloßer hypothetischer Annahme angefertigt werden dürfen, aber bereits vor Eintritt einer konkreten Gefahrensituation zulässig sind.

Die Bodycam soll primär den handelnden Polizeibeamten vor tätlichen Angriffen schützen. Mit der TBV der **„Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben“** ist dieses primäre Ziel entsprechend beachtet.

Mit der Erweiterung des Schutzzweckes der Bodycam auch zur Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben der eingesetzten Polizeibeamten **„oder eines Dritten“** ist ein Einsatz auch bei Gefahrenmomenten möglich, die sich gegen Feuerwehr- und Rettungskräfte richten. Hier wird ebenso dem Votum der LPD gefolgt.³ Weiter findet die zunehmende Aggressivität gegen Angehörige des Rettungswesens und der Feuerwehr damit ausreichend Beachtung und sollte als Signalwirkung des Gesetzgebers zu verstehen sein, eine derartige Entwicklung nicht zu tolerieren.

Wenngleich konfliktträchtige Situationen durch die Anwendung der Bodycam deeskaliert werden sollen, sind Situationen denkbar, in denen es trotz Androhung und des Einsatzes der Bodycam zu tätlichen Angriffen kommt bzw. die Anwendung unmittelbaren Zwangs erforderlich wird. Eine dauerhafte Aufzeichnung bei der **„Androhung oder Anwendung unmittelbaren Zwangs“** wird daher als angemessen angesehen.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass in dem Moment des Überganges einer gegenwärtigen Gefahr hin zu einem schädigenden Ereignis (Rechtsgutverletzung) die Aufzeichnung letztendlich nur noch der Dokumentation einer Straftat und deren Beweissicherung dient.

In den Fällen, in denen dauerhafte Aufzeichnungen, die auf Grundlage des § 33 a Absatz 1, Satz 2 oder Satz 3 i. V. m. § 33 a Absatz 5 Satz 3 Nr. 1 angefertigt wurden und der Strafverfolgung dienen sollen, gelten ausnahmslos die Bestimmungen der StPO. Zur Verwendung von

³ Vgl. Stellungnahme der LPD vom 10. Juni 2021 in Drs. 7/1261, Ziffer 2.6, Seite 6



nicht strafprozessualen Daten für Strafverfahren ist im Sachzusammenhang wie folgt auszuführen: Ist nach § 161 Absatz 3 StPO eine Maßnahme nach der StPO nur bei Verdacht bestimmter Straftaten zulässig ist, so dürfen die auf Grund einer entsprechenden Maßnahme nach dem PAG (hier § 33 a Absatz 1, Satz 2 oder Satz 3) gewonnenen personenbezogenen Daten ohne Einwilligung der von der Maßnahme betroffenen Person zu Beweis Zwecken im anschließenden Strafverfahren nur zur Aufklärung solcher Straftaten verwendet werden, zu deren Aufklärung eine solche Maßnahme nach der StPO hätte angeordnet werden dürfen (hypothetische Datenheuerhebung).

Die dazugehörige Ausgangsklausel stellt § 33 Absatz 2 Satz 1 ThürDSG dar. Hiernach ist nach § 33 Absatz 2 Satz 1 i. V. m. § 31 ThürDSG das Zweckbindungsgebot durchbrochen und ermöglicht die Verwendung zu einem anderen Zweck als zu demjenigen, zu dem sie erhoben wurde. § 31 ThürDSG benennt als Verwendungszweck neben der Verfolgung von Straftaten auch die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten. Bei der Verfolgung von Straftaten sind Erkenntnisse zu Beweis Zwecken im Strafverfahren verwendungsfähig, solange sie der Aufklärung einer Straftat dienen.⁴ In den Fällen der Strafverfolgung obliegt der Polizei mithin kein Ermessensspielraum, relevante Aufzeichnungen in das Strafverfahren einzubringen. Es gilt das Legalitätsprinzip. Insofern ist die Verwendung der dauerhaften Aufnahmen zur Verfolgung von Straftaten richtig, zumal entsprechende Aufzeichnungen die Beweislage fördern.⁵

Bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten steht der Polizei hingegen ein pflichtgemäßes Ermessen zu, Aufnahmen zur Beweissicherung in das Verfahren einzubringen. Die Dokumentation niedrighwelliger Ordnungswidrigkeiten (weggeworfene Zigarette auf dem Gehweg, Missachtung der Fußgängerampel, Falschparken, etc.) mittels Aufzeichnungen der Bodycam ist insofern eine Ermessensfrage, die einzelfallbezogen unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zu beurteilen ist.

Insofern bei der dauerhaften Aufzeichnung nach § 33 a Absatz 1, Satz 2 oder Satz 3 eine Ordnungswidrigkeit dokumentiert wurde, ohne das eine Straftat festzustellen ist, wäre entsprechend einer einzelfallbezogenen Ermessensentscheidung darüber zu befinden, ob diese Aufnahmen zur Verfolgung der dokumentierten Ordnungswidrigkeit genutzt werden sollen. Hierzu ist jedoch die entsprechende Aufnahme zum Zweck der Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit

⁴ nach § 100c Abs. 2 StPO (in der Fassung vom 24. Juni 2005), vgl. BGH, Beschluss vom 8. September 2005, BGH AK 9/05, 8. Auflage zum Kommentar PAG v. Ebert/Seel/Joel, § 39, Rdn. 12, § 100e Absatz 6 Nummer 3 StPO

⁵ vgl. Stellungnahme der LPD vom 10. Juni 2021, Ziffer 2.1, Seite 2



in §§ 33 a Absatz 5 Satz 3 Nr. 1 notwendig.

Die offene Anfertigung von „Bild- und Tonaufzeichnungen“ wird ausdrücklich begrüßt. Mit schon übermitteltem Votum sprach sich die LPD bereits dafür aus, auch Tonaufzeichnungen zu ermöglichen, um die Anwendungsmöglichkeiten der Bodycam erweitern zu können und damit sowohl die Akzeptanz der Bodycam bei den tragenden Beamten als auch den Beweiswert in Strafverfahren zu erhöhen.⁶

Anzumerken ist an dieser Stelle, dass im § 33 a Absatz 1 Satz 1 „Bild- und Tonaufzeichnungen“ normiert sind, § 33 a Absatz 1 Satz 5 jedoch von „Bild- oder Tonaufzeichnungen“ spricht. Eine Aufnahme erfolgt technisch immer mit Bild und Ton. Technische Vorrichtungen, in denen nur Bildaufzeichnungen oder nur Tonaufzeichnungen vorgenommen werden, sind nicht vorgesehen. Ebenso differenziert § 33 a des Änderungsantrages in seiner Ausgestaltung nicht zwischen Bild- und Tonaufzeichnungen. Insofern Aufzeichnungen erfolgen, beinhalten diese immer Bild und Ton.

2 Ist sowohl vor dem Hintergrund der Eingriffstiefe der Vorabaufnahme im flüchtigen Speicher und der damit verbundenen Aufnahme unbeteiligter Dritter einerseits, sowie der Möglichkeit den Einsatz und das Vorgeschehen umfassender darstellen zu können andererseits, eine Dauer von 30 Sekunden oder 60 Sekunden Pre-Recording angemessen und wie begründen Sie dies?

Zur Beantwortung wird auf die Ausführungen zur Fragestellung 1, Seite 6, 1. Absatz verwiesen.

3 Wird aus Ihrer Sicht für die Anwender der Kamera mit dem Entwurf deutlich, wer das Anspruchsrecht als „betroffene Person“ nach § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 in der Fassung des Änderungsantrags hat, wenn nein, welche Änderungen wären erforderlich?

Das Anspruchsrecht einer betroffenen Person kann nur als Zugeständnis verstanden werden. Dieses als gesetzlich normierte TBV zu formulieren, wird aus Sicht der LPD äußerst kritisch gesehen. Bereits in Drs. 7/2792 sowie in Vorlage 7/1993 ist das Betroffenenrecht formuliert gewesen, die Bodycam auf Verlangen des von der polizeilichen Maßnahme Betroffenen einzuschalten.

Mutmaßlich wird auf die Schutzfunktion der Aufzeichnungen vor möglichem Fehlverhalten der Beamten abgestellt. Tatsächlich würde damit eine nicht auszuschließende missbräuchliche Verwendung durch polizeikritische Personen ermöglicht.

⁶ Vgl. Stellungnahme der LPD vom 10. Juni 2021 in Drs. 7/1261, Ziffer 2.1, Seite 2.

Das Polizeiaufgabengesetz sieht Eingriffsmaßnahmen vor und knüpft hierbei an das Vorliegen von Gefahrenmomenten an. Die polizeiliche Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen ohne Vorliegen einer Gefahr würden sich aus dieser Systematik abgrenzen.

Die Bodycam wird als Führungs- und Einsatzmittel der Polizeivollzugsbeamten gesehen, worüber auch nur diese die Verfügungsgewalt haben sollten, um dem primären Einsatzzweck des Rechtsgüterschutzes von Leib und Leben des Polizeibeamten oder Dritten zu gewährleisten.

Dem Bürger käme mit dem geplanten Gesetzesentwurf das Recht zu, von Polizeivollzugsbeamten ein Handeln abzuverlangen. Während für die Polizei der Einsatz der Bodycam nur unter Beachtung der eng gefassten TBV möglich ist, wäre ihre Verwendung auf Verlangen der betroffenen Person andererseits ohne weitere Voraussetzungen verpflichtend, ohne vorliegende Gefahrenmomente. Hierdurch wird ein nicht unerhebliches Ungleichgewicht in der Voraussetzung zur Anwendung der Bodycam deutlich, was den Polizeibeamten bei missbräuchlicher Inanspruchnahme des Betroffenenrechts zum Spielball des polizeilichen Gegenübers verkommen lassen würde.

Würden durch die Anfertigung von Ton- und Bildaufnahmen auf Verlangen des von der polizeilichen Maßnahme Betroffenen andere unbeteiligte Dritte miterfasst, würden diese unverhältnismäßig in ihrem allgemeinen Persönlichkeitsrecht eingeschränkt. Das Schutzinteresse des Bürgers ist mit § 33 a Absatz 5 des Änderungsantrages bereits ausreichend berücksichtigt.

Eine Bestimmung, die dem Polizeibeamten auferlegt, auf Verlangen die Bodycam zum Einsatz zu bringen, durchbricht die Gesetzessystematik und wäre praxisfremd. Seitens der LPD wird dafür votiert, diese Bestimmung zu streichen.

4 Wie bewerten Sie die Möglichkeit einer automatisierten Aufzeichnung beim Ziehen der Schusswaffe wie im Änderungsantrag unter § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 3 vorgeschlagen? Und wäre dies aus Ihrer Sicht gleichfalls für das Reizstoffsprüngerät und den Schlagstock geeignet und geboten, sofern technisch möglich?

Die Begrifflichkeit „Schusswaffe“ ist weder im Gesetzestext des Änderungsantrages noch in der Gesetzesbegründung näher definiert. § 59 Absatz 4 PAG führt hierzu aus und definiert unter Waffen bzw. Schusswaffen polizeitypische Waffen für Vollzugsbeamte im Einsatz- und Streifendienst der Thüringer Polizei. Hierunter fallen Pistole, Revolver, Gewehr und Maschinenpistole. Welche Art „Schusswaffe“ im § 33 a des Änderungsantrages definiert wird, ist un-



klar und sollte zumindest mit Verweis auf § 59 Absatz 4 näher erläutert werden. Eine trennscharfe Begriffsdefinition ist insofern relevant, da für die einzelnen Schusswaffen verschiedene Aufbewahrungsformen und -behältnisse genutzt werden. Die Pistole wird im Holster am Mann getragen und im Dienststellengebäude in Waffenschließfächern aufbewahrt. Die Maschinenpistole wird in Dienstfahrzeugen der Thüringer Polizei in speziellen Behältnissen aufbewahrt und bei Entnahme aus diesen mittels eines Tragegurts am Mann geführt. Für das Gewehr sind keine speziellen Aufbewahrungsbehältnisse in den Dienstfahrzeugen der Thüringer Polizei vorgesehen. Diese werden nach Entnahme aus den Waffenschließfächern in den Dienststellen der Thüringer Polizei mittels eines Tragegurts am Mann geführt.

Diese Begriffsabgrenzung ist relevant, da nach gegenwärtiger Formulierung des § 33 a Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 des Änderungsantrages die technisch automatisierte Aufzeichnung nach Entnahme der Schusswaffe aus dem Holster erfolgen soll. Die Entnahme der Maschinenpistole aus dem Behältnis im Dienstfahrzeug und das Führen der Maschinenpistole am Mann würde nicht aufgezeichnet werden, da diese Trageweise vom § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 3 des Änderungsantrages nicht umfasst ist, obwohl das Führen der Maschinenpistole in der öffentlichen Wahrnehmung allgemein als wesentlich martialischer wahrgenommen werden dürfte.

In der Formulierung der Fragestellung wird der Begriff „Ziehen der Schusswaffe“ verwendet. Im zitierten Gesetzestext wird hingegen die Formulierung „die Schusswaffe zum Einsatz entnehmen“ verwendet. Beide Begriffe sind missverständlich. Das „Ziehen“ der Schusswaffe beschreibt die Entnahme aus dem Holster. Dies hätte bei einer technisch automatisierten Aufzeichnung bei jeder Entnahme der Schusswaffe zur Folge, dass jedes Entnehmen der Schusswaffe, auch bei Entladevorgängen zum Dienstende im Streifen- und Einzeldienst bzw. im Rahmen der Aus- und Fortbildung, eine dauerhafte Aufzeichnung und Speicherung der Aufzeichnungen bis zu 30 Tage zur Folge hätte. Dies würde zu einer unverhältnismäßig großen Datenmenge an Aufzeichnungen führen, obwohl diese nicht im Zusammenhang mit polizeilichen Einsatzsachverhalten stehen. Eine solche massenhafte Datenspeicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten der Polizeibeamten, ohne zugrundeliegenden Einsatzsachverhalt, lassen neben den technischen Anforderungen auch eine kritische Wahrnehmung der Personalvertretungen und Gewerkschaftsverbände vermuten.

Ebenso ist die im Gesetzestext benutzte Formulierung „die Schusswaffe zum Einsatz entnehmen“ missverständlich. Der Einsatz der Schusswaffe muss nicht zwangsläufig mit polizeilichen Einsatzsachverhalten im Zusammenhang stehen. Auch bei Aus- und Fortbildungsmaßnahmen



erfolgt die Entnahme der Schusswaffe aus dem Holster oder den übrigen Aufbewahrungsbhältnissen und wird in der Folge für Aus- und Fortbildungszwecke zum Einsatz gebracht. Es sollte deutlich formuliert werden, was unter Einsatz der Schusswaffe gemeint ist.

Hierzu sind weitere Einsatzsituationen denkbar:

- die Entnahme zur entschlossenen Sicherungshaltung⁷
- die Entnahme zur entschlossenen Schießhaltung⁸
- die Entnahme zur Androhung des Einsatzes der Pistole oder anderer Schusswaffen zur Abgabe eines Warnschusses⁹
- die Entnahme zur Anwendung der Pistole oder anderer Schusswaffen gegen Personen oder Sachen¹⁰

Eine entsprechende technisch automatisierte Aufzeichnung bei der Anwendung des Reizstoffsprühgerätes sowie des Schlagstocks wäre ebenso aus der gleiche Begründung herzuleiten wie bei dem Schusswaffeneinsatz. Eine technisch automatisierte Aufzeichnung entbehrt die manuelle Auslösung der Bodycam in derartigen Einsatzsituationen und ginge mit einem vermeidbaren Zeitverzug einher. An dieser Stelle ist anzumerken, dass das Reizstoffsprühgerät keine Waffe i. S. d. § 59 Absatz 4 PAG ist, sondern nach § 59 Absatz 3 ein Hilfsmittel der körperlichen Gewalt.

Technische Komponenten werden entsprechend angeboten und sind für Schusswaffen, Schlagstöcke sowie Reizstoffsprühgeräte anwendbar. Über Bluetooth wird in diesen Fällen ein Signal an die Bodycam zur Auslösung gesendet, welches je nach Einstellung auch weitere Bodycams und ggf. Aufzeichnungsgeräte in Dienstfahrzeugen im Umkreis von bis zu 10 Metern aktivieren kann.

Zur weiteren technischen Ausgestaltung einer automatisiert technischen Aufzeichnung i. S. d. § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 3 ist anzumerken, dass eine Pilotierung der entsprechenden technischen Komponenten nicht Bestandteil der bisherigen Pilotphase war. Weitere Aussagen zur technischen Umsetzbarkeit sind insofern auf Grundlage der aktuell vorliegenden Datenbasis

⁷ Vgl. Leitfaden 371 „Eigensicherung“, Ziffer 2.2.4, Ausgabe 2021, VS-NfD

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. § 62 PAG

¹⁰ Vgl. § 64 ff. PAG



nicht möglich.

Eine Ausdehnung der technisch automatisierten Aufzeichnung auf alle Waffen und Hilfsmittel der körperlichen Gewalt wäre mit erheblichen Aufwendungen zur technischen Nachrüstung sowie in der Folge mit erheblichen Datenmengen verbunden, die die Absicht zur Einführung als unverhältnismäßig erscheinen lassen.

Diese Hindernisse zur Umsetzung der Befugnisnorm würden einer zeitnahen flächendeckenden Einführung der Bodycam in der Thüringer Polizei entgegenstehen. Diese Verbesserungen könnten schrittweise nach Einführung eines flächendeckenden Regelbetriebs umgesetzt und auch evaluiert werden.

5 Ist es aus Ihrer Sicht technisch und praxistauglich möglich, den Zwischenspeicher (Pre-Recording) automatisiert unwiderruflich/spurlos zu löschen wie im Änderungsantrag unter § 33 a Absatz 1 Satz 4 vorgeschlagen? Wenn nein, was wäre aus Ihrer Sicht eine angemessene Formulierung?

Ja, eine entsprechende technische Umsetzung der Löschung des flüchtigen Zwischenspeichers ist unproblematisch möglich.

6 Halten Sie die Regelungen in § 33 a Absatz 2 des Änderungsantrages zum Verhältnis Polizei/Betroffene (Ankündigung, Erkennbarkeit, Belehrung) geeignet, auch um das Vertrauen in die Maßnahme der polizeilichen Bild- und Tonaufzeichnung zu verbessern und wie bewerten Sie den Vorschlag vor dem Hintergrund der Praktikabilität?

Wie die Begründung zum Änderungsantrag zu Absatz 2 mit Verweis auf die Stellungnahme der LPD vom 10. Juni 2021 in Drs. 7/1261 bereits ausführt, ist die Offenheit der Maßnahme Garant für die Zielstellung der präventiven Wirkung der Bodycam. Das Belehrungserfordernis gewährleistet die Aufklärung zu den Betroffenenrechten und fördert einen offenen und transparenten Einsatz der Bodycam. So ist es möglich aufzuzeigen, dass die Bodycam einer bürgernahen Thüringer Polizei nicht entgegensteht, sondern im Sinne der Verhältnismäßigkeit ermöglicht, ein zu den übrigen Einsatzmitteln milderer Mittel zur Verfügung zu haben, ohne Grundrechtseingriffe in die persönliche Unversehrtheit bzw. Freiheit vornehmen zu müssen. Die Ausnahmeregelung zum Belehrungserfordernis i. S. d. § 33 a Absatz 2 Satz 4, Satz 7 des Änderungsantrages beachtet auch Einsatzsituationen, in denen eine vorherige Belehrung nicht möglich ist. Das nachträgliche Belehrungserfordernis beachtet in diesen Fällen jedoch ausreichend die Betroffenenrechte.



7 Wie bewerten Sie die vorgeschlagene Änderung in § 33 a Absatz 3 des Änderungsantrags, auf den Einsatz in Wohnräumen vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Hürden des Artikels 13 Absatz 1 zum Schutz der Wohnung zu verzichten, gleichfalls jedoch in einem abgestuften Verfahren den Bereich der Arbeits-, Betriebs-, und Geschäftsräume bei angepasster Eingriffsschwelle sowie dem Schutz von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern zu ermöglichen?

Eine Erweiterung des räumlichen Geltungsbereiches in § 33 a Absatz 3 des Änderungsantrages zumindest auf für die übrigen Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräume wird begrüßt.¹¹

Mit der übermittelten Stellungnahme der LPD vom 10. Juni 2021¹² wurde sich bereits für einen entsprechenden Einsatz der Bodycam auch in Wohnungen ausgesprochen. Insbesondere im häuslichen Umfeld sind häufig Angriffe gegen Polizeibeamte zu verzeichnen. Ebenso sind Einsatzsituationen denkbar, die sich dynamisch entwickeln und sich in besonders geschützte Bereiche verlagern. In diesen Fällen widerspricht sich die Formulierung i. S. d. § 33 a Absatz 1 Satz 7 des Änderungsantrages, wonach eine bereits begonnene Aufzeichnung erst nach Abschluss der Maßnahme zu beenden ist. An dieser Stelle sollte rechtlich genauer definiert werden, wie in derartigen Fällen die Bodycam eingesetzt werden darf.

Im Übrigen ist anzumerken, dass der Einsatz technischer Mittel über Art. 13 Absatz 4 und Absatz 5 sowie Art. 8 Absatz 3 VerfTH zur Gefahrenabwehr (Gemeingefahr) verfassungsrechtlich möglich ist. In diesem Zusammenhang wird weiterhin dafür votiert, die Bodycam auch in Wohn- und Nebenräumen zum Einsatz bringen zu dürfen.

Insofern unter Beachtung der Bestimmungen aus § 35 PAG sogar der verdeckte Einsatz von Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten möglich ist, erschließt sich nicht, warum der offene und belehrungsbedürftige Einsatz entsprechender Aufzeichnungsgeräte, unter analoger Beachtung der Eingriffsschwelle sowie der Anordnungs Kompetenzen, nicht eröffnet sein soll.

Insofern Polizeibeamte eine Wohnung bzw. deren Nebenräume betreten dürfen, muss auch ein Einsatz der Bodycam zum Schutz des Beamten oder eines Dritten möglich sein, unter Beachtung einer angepassten Eingriffsschwelle i. S. d. § 35 PAG.

Die Unzulässigkeit entsprechender Bild- und Tonaufzeichnungen in Arbeits-, Betriebs-, Geschäftsräumen von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern i. S. d. §§ 53, 53 a StPO wird

¹¹ Stellungnahme der LPD vom 10. Juni 2021, Ziffer 2.2, Seite 3

¹² Ebd., Ziffer 2.8, Seite 7



hingegen befürwortet und entspricht der Gesetzessystematik des PAG, wonach bei dieser Berufsgruppe ebenfalls anderweitige gefahrenabwehrende Eingriffsbefugnisse nicht eröffnet sind.

Unter Verweis auf die Stellungnahme der LPD vom 10. Juni 2021 ist darauf hinzuweisen, dass nach der Legaldefinition in § 54 Nr. 3b OBG bei einer gegenwärtigen Gefahr die Einwirkung des schädigenden Ereignisses bereits begonnen, unmittelbar bevorsteht oder in allernächster Zeit mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit eintritt. Die Zielrichtung eines präventiven Einsatzes der Bodycam bei derartigen Gefahrenmomenten erscheint nicht mehr sinnvoll zu sein und vermag eine derartige Gefahrensituation nicht mehr präventiv zu verhindern.

Daher sollte für den Einsatz der Bodycam in Wohnungen als auch in den übrigen Arbeits-, Betriebs-, Geschäftsräumen i. S. d. § 33 a Absatz 3 Satz 3 des Änderungsantrages eine „dringende Gefahr“ als Eingriffsschwelle definiert werden. Diese liegt vor, wenn einem wichtigen Rechtsgut (Reduzierung für den Einsatz in Wohnung auf die Individualrechtsgüter von Leib und/oder Leben) ein schädigendes Ereignis droht, ohne dass dieses bereits eingetreten ist oder unmittelbar bevorsteht.

Eine Anwendung der Bodycam in Wohnungen sollte daher zur Abwehr einer dringenden Gefahr für Leib und Leben zulässig sein. Zur Verarbeitung von dauerhaft gespeicherten Bild- und Tonaufzeichnungen sollte eine richterliche Zustimmung erforderlich sein.¹³

8 Ist es aus Ihrer Sicht vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Hürden des Artikels 13 Absatz 1 des Grundgesetzes folgerichtig und erforderlich, nicht nur die dauerhafte Aufzeichnung für Wohnungen auszuschließen, sondern ebenfalls die Vorabaufnahme (Pre-Recording) für Wohnungen auszuschließen? Und wie ist dies aus Ihrer Sicht praktisch für den Kameraanwender umzusetzen? Ist es geboten und praktikabel das Pre-Recording am Gerät in diesen Fällen zu deaktivieren?

Unter Verweis auf die Ausführungen zur Fragestellung 7 werden die Funktion des Pre-Recording als auch die dauerhafte Aufzeichnung in Wohnungen unter einer dem Artikel 13 GG bzw. Artikel 8 VerfTH Rechnung tragenden höheren Eingriffsschwelle einer Gemeingefahr für erforderlich erachtet. Eine Deaktivierung wäre aus einsatztaktischen Gesichtspunkten umständlich und würde sich ebenso nachteilig auf die Akzeptanz der Nutzung der Bodycam auswirken. Jedwede Verkomplizierung in der Anwendung der Bodycam hat nachteilige Auswirkungen auf deren Akzeptanz. Zur Regelung des Pre-Recording wird im Übrigen auf die Ausführungen zur

¹³ Vgl. § 44 Absatz 5 Satz 2 PolG BW



Fragestellung 1 verwiesen.

9 Wäre aus Ihrer Sicht in § 33 a Absatz 3 des Änderungsantrages ein zusätzlicher Richtervorbehalt für die Verwendung von Aufnahmen aus Arbeits-, Betriebs-, und Geschäftsräumen (die nicht in solchen zulässig sind, die der Ausübung der Tätigkeit von Berufsheimnisträgern und Berufshelfern nach den §§ 53, 53a der Strafprozessordnung dienen) über das bereits abgestufte Verfahren hinaus erforderlich oder ist dieser entbehrlich?

Ein zusätzlicher Richtervorbehalt wird für die Arbeits-, Betriebs-, Geschäftsräume nicht für erforderlich erachtet und sollte in der Formulierung des Änderungsantrags bei der entsprechenden Anordnungskompetenz des kameratragenden Beamten belassen werden.

Da es sich bei dem Einsatz der Bodycam um eine offene Datenerhebung handelt und nicht wie im § 35 PAG eine verdeckte Datenerhebung erfolgt, von der der Betroffene keine Kenntnis hat, wird nach Ansicht der LPD ein zusätzlicher Richtervorbehalt nicht für erforderlich erachtet.¹⁴

10 Ist der Umgang von Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten hinsichtlich des befriedeten Besitzums aus Ihrer Sicht angemessen in § 33 a Absatz 3 des Änderungsantrages geregelt, auch vor dem Hintergrund von Kleingartenanlagen, dabei insbesondere im Verhältnis zum Schutz nach Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes? Falls nein, welche Änderungen schlagen Sie vor?

Zur Beantwortung dieser Fragestellung wird auf die Ausführungen zu den Fragestellungen 7, 8 und 9 verwiesen.

11 Wie bewerten Sie die angepasste Regelung zum Kernbereichsschutz in § 33 a Absatz 4 des Änderungsantrages vor dem Hintergrund des veränderten Regelungserfordernisses, dass Aufzeichnungen in Wohnungen nicht mehr zulässig sind und vor dem Hintergrund, dass die kameratragende Person (anders als bei der verdeckten Aufzeichnung) nicht sofort in die Aufnahme eingreifen soll, um diese zu löschen, da dieser generell der Zugriff hinsichtlich einer Löschung entzogen ist?

Weiterhin ist durch die Formulierungen im Änderungsantrag klar definiert, dass auch für die Bodycam gilt, einen unantastbaren Bereich menschlicher Freiheit zu bewahren. Dennoch muss sich das Löscherfordernis nicht auf die gesamte Aufnahme erstrecken, sondern kann auch nur Teile der Aufzeichnung umfassen. In diesen Fällen wäre eine Speicherung i. S. d. § 33 a Absatz 5 des Änderungsantrages möglich. Nur die entsprechenden Passagen i. S. d. § 33 a Absatz 4 des Änderungsantrages würden der Löschung unterliegen. Diese Löschungen

¹⁴ Vgl. auch § 44 Absatz 6 Satz 2 PolG BW

lassen sich in dieser Art nicht an der Bodycam durch den kameratragenden Beamten durchführen und bedürfen einer entsprechenden Bearbeitung mittels der ebenso einzuführenden Bearbeitungssoftware.

12 Sind aus Ihrer Sicht Kernbereichsverletzungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Bodycams im öffentlichen Raum oder in Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen (die bereits nicht in solchen zulässig sind, die der Ausübung der Tätigkeit von Berufsgeheimnisträgern und Berufshelfern nach den §§ 53, 53 a der Strafprozessordnung dienen) vorstellbar und wenn ja, sind Ihnen Anwendungsbeispiele bekannt?

Nein, entsprechende Fallkonstellationen wären rein theoretisch. Ebenso kann ein Gesetz keine einzelfallbezogenen Fallkonstellationen abbilden, sondern muss abstrakt generell abgefasst sein. Die rechtliche Beurteilung bezogen auf fachpraktische Einzelfälle kann mitunter Aufgabe der Judikative sein, nicht der Legislative.

13 Wäre aus Ihrer Sicht ein zusätzlicher Richtervorbehalt für die Verwendung von Aufnahmen in solchen Fällen erforderlich, bei bzw. nach denen es zu einer Kernbereichsverletzung im Sinne des § 33 a Absatz 4 des Änderungsantrages gekommen ist (vor dem Hintergrund der im Änderungsantrag angepassten Einsatzgebiete)?

Nein. Durch die Löschung der Aufnahmen, die zur Kernbereichsverletzung geführt haben, bzw. einzelner Passagen, die zur Kernbereichsverletzung geführt haben, ist diese durch die Löschung geheilt und bedarf nach Ansicht der LPD keines gesonderten Richtervorbehaltes.

14 Wäre aus Ihrer Sicht die dauerhafte Aufzeichnung auch innerhalb der Wohnung für den ausschließlichen Fall des Ziehens der Schusswaffe rechtlich möglich, wenn man im Ergebnis der Abwägung ein Aufzeichnungsinteresse in solchen Fällen höher gewichtet als den Schutz in Artikel 13 Absatz 1 Grundgesetz? Falls nein, müsste aus Ihrer Sicht aus (verfassungs-)rechtlichen Gründen in solchen Fällen das Pre-Recording und die Tonaufzeichnung zu diesem Zweck deaktiviert oder deaktivierbar sein oder würde eine Regelung zur unmittelbaren Löschung, analog z. B. § 35 Absatz 6 Satz 2-7 des Thüringer Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei (PAG) aus Ihrer Sicht ausreichen und wie bewerten Sie das vor dem Hintergrund der Praktikabilität?

Unter Verweis auf die Ausführungen zur Fragestellung 7 ff. erachtet die LPD die Anwendung der Bodycam in Wohnungen rechtlich für möglich. Insbesondere in den Fällen der Anwendung bzw. des „Ziehens“ der Schusswaffe i. S. d. §§ 64, 65 PAG überwiegt in solchen Fällen das Aufzeichnungsinteresse dem verfassungsrechtlichen Schutz der Wohnung und wird ausdrücklich befürwortet.



15 Die bisherige Aufbewahrungsdauer der Aufzeichnungen beträgt 48 Stunden und soll in § 33 a Absatz 5 des Änderungsantrages auf 30 Tage erweitert werden. Ist dieser Zeitraum aus Ihrer Sicht angemessen oder sollte dieser weiter ausgedehnt werden? Wenn nein, welche Frist scheint Ihnen angemessen?

Mit der Ausdehnung der Aufbewahrungsdauer von 48 Stunden auf 30 Tage wurde dem Votum der LPD vom 10. Juni 2021¹⁵ entsprochen. Diese Dauer ist im Sinne des sog. Prozessgrundrechts der Rechtsweggarantie i. S. d. Art. 19 Abs. 4 GG angemessen.

16 Sollten aus Ihrer Sicht beim Vorliegen von dauerhaften Bild- und Tonaufzeichnungen mittels Bodycam über Straftaten (§ 33 a Absatz 5 Satz 3 Nr. 1 des Änderungsantrages) hinaus auch Ordnungswidrigkeiten (etwa Falschparken, unsachgemäße Entsorgung von Zigaretten, Lärmbelästigung) verfolgt werden können?

Unter Verweis auf die Ausführungen zur Fragestellung 1, Seite 8 f., erachtet die LPD eine Verwendung dauerhafter Aufzeichnungen zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten unter Beachtung des Opportunitätsprinzips im Ordnungswidrigkeitenrecht sowie des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes grundsätzlich für möglich. Dennoch wäre in den überwiegenden Fällen eine Verwendung zur Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit unverhältnismäßig.

17 Ist die vorgesehene Regelung zur wissenschaftlichen Evaluation im § 33 a Absatz 7 des Änderungsantrages aus Ihrer Sicht geeignet oder sollte aus Gründen der Datensparsamkeit der Zeitraum, wie lange dauerhaft aufgezeichnete Aufnahmen für diesen Zweck verwendet werden können im Gesetz oder mit der Ermächtigung zur Rechtsverordnung durch das zuständige Ministerium definiert werden (bspw. das maximal 3 oder 6 Monate solche Aufnahmen verwendet werden)?

Die Notwendigkeit der Einsichtnahme in die Aufzeichnungen wurde in der bisherigen Beauftragung zur wissenschaftlichen Begleitung weder seitens der Polizei noch der wissenschaftlichen Stelle gesehen. Sollte an dem Ansinnen einer wissenschaftlichen Evaluation festgehalten werden, so ist mit der zu beauftragenden wissenschaftlichen Stelle eine Vereinbarung zum Untersuchungsdesign sowie zu den zu untersuchenden bzw. zu evaluierenden Fragestellungen zu formulieren und vertraglich zu vereinbaren. Insofern der Evaluationsauftrag die Einsichtnahme in die Aufnahmen erfordert, kann dort die notwendige Dauer sowie die Anzahl der für die wissenschaftlichen Zwecke einzusehenden Aufnahmen formuliert werden.

Insofern eine Verwendung der Aufnahmen für wissenschaftliche Zwecke ermöglicht werden soll, sollte eine Formulierung i. S. d. § 476 Absatz 1 StPO gewählt werden. Eventuell sollte ein entsprechender Passus nicht im § 33 a des Änderungsantrages aufgenommen werden. Bezogen auf die Weiterverarbeitung erhobener personenbezogener Daten erscheint ein Verweis

¹⁵ Vgl. Stellungnahme der LPD v. 10. Juni 2021, Ziffer 2.11, Seite 9

auf § 33 a des Änderungsantrages in den §§ 40 ff. PAG geeigneter zu sein. Im Übrigen wird auf die Ausführungen zur Fragestellung 26, Seite 22, verwiesen.

18 Sind Sie der Ansicht, dass eine Aufnahme bei der Durchführung von Maßnahmen der Strafverfolgung, wie in § 33 a Absatz 1 Satz 1 des Änderungsantrages benannt, in der Gesetzgebungskompetenz des Landesgesetzgebers liegt?

Ein Widerspruch in der Gesetzgebungskompetenz wird nicht gesehen, da die Kompetenz im Sachzusammenhang zum Strafverfahren durch die Regelungen im § 33 a des Änderungsantrages nicht tangiert wird. Lediglich die Ausnahme zur Löschverpflichtung nach 30 Tagen ist in Absatz 5 hierzu formuliert.

Weiterhin ist anzumerken, dass durch die flüchtige Speicherung von Aufnahmen, die nach 30 Sekunden automatisiert, unwiderruflich und vollständig gelöscht werden, keine Auswirkungen auf das Strafverfahrensrecht entfaltet wird und somit nicht die Gesetzgebungskompetenz überschreitet.

19 Sind Sie der Ansicht, dass die Durchführung von Maßnahmen der Gefahrenabwehr für die Aufzeichnung und automatisierte Löschung nach 30 Sekunden sowie eine (einfache) Gefahr für eine dauerhafte Aufzeichnung als Tatbestandsmerkmale ausreichend sein sollten? Falls nein: welche Voraussetzungen sollten nach Ihrer Ansicht normiert werden?

Zur Voraussetzung des Pre-Recording wird auf die Ausführungen zur Fragestellung 1, Seite 6, verwiesen.

Zur dauerhaften Aufzeichnung ist auszuführen, dass Zielrichtung der Einführung der Bodycam der Schutz der Polizeibeamten ist. Polizeibeamte sollen durch die Bodycam vor Angriffen besser geschützt werden. Insofern ist die Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben der eingesetzten Polizeibeamten oder eines Dritten als Voraussetzung für eine dauerhafte Aufzeichnung hinreichend bestimmt und richtig.

20 Sind Sie der Ansicht, dass die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten als Grund für die Aufzeichnung normiert werden sollte?

Zur Beantwortung wird auf die Ausführungen zur Fragestellung 16, Seite 19, verwiesen.

21 Sind Sie der Ansicht, dass die Begrifflichkeit des „flüchtigen“ Zwischenspeichers sowie der „dauerhaften Aufzeichnung“ dem Prinzip der Normklarheit genügt?

Die Begrifflichkeiten sind klar und verständlich. Sie unterscheiden klar zwischen der Speicherung für die Dauer von 30 Sekunden in einem flüchtigen Speicher und einer dauerhaften Aufzeichnung.



22 Bestehen nach Ihrer Ansicht rechtliche Bedenken gegen die in § 33 a Absatz 1 Satz 2 ff. des Änderungsantrags vorgesehene dauerhafte Speicherung von Aufnahmen? Wenn ja, welche?

Insbesondere bezüglich der dauerhaften Aufzeichnung nach § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 des Änderungsantrages bestehen erhebliche Bedenken. Weiter wird auf die Ausführungen zur Fragestellung 3, Seite 10 verwiesen. Zur dauerhaften Aufzeichnung nach § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 3 des Änderungsantrages wird auf die Ausführungen zur Fragestellung 4, Seite 11 verwiesen.

23 Ist nach Ihrer Ansicht eine dauerhafte Speicherung von Aufnahmen, wie in § 33 a Absatz 1 Satz 2 ff. des Änderungsantrags vorgesehen, praktisch umsetzbar?

Die praktische Umsetzung wird außer in den Fällen des § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 sowie Nr. 3 unkritisch gesehen. Einzig die automatisierte Aufzeichnung in den Fällen der Entnahme der Schusswaffe stellt die LPD vor die Herausforderung einer erneuten Testung, Pilotierung, Markterkundung und letztendlich Umsetzung für den flächendeckenden Betrieb. Da diese Funktion bisher weder angedacht noch pilotiert wurde, kann die Neuaufnahme der Funktion die flächendeckende Einführung der Bodycam in den Regelbetrieb weiter verzögern und sollte daher zunächst nicht weiter verfolgt werden. Im Rahmen einer Evaluation kann über eine Erweiterung i. S. d. § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 3 des Änderungsantrages befunden.

Zur dauerhaften Aufnahme nach § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 des Änderungsantrages wurde bereits in Rahmen der Beantwortung zur Fragestellung 3, Seite 10 verwiesen. Diese Befugnisnorm sollte ebenfalls gestrichen werden.

24 Sind Sie der Ansicht, dass die Regelung der Beendigung der Aufnahme („Mit Abschluss der Maßnahme“) in § 33 a Absatz 1 Satz 7 des Änderungsantrags dem Prinzip der Normenklarheit genügt?

Nein, die Formulierung „mit Abschluss der Maßnahme“ ist nicht normenklar definiert. Es ist unklar, welcher Zeitpunkt hierunter zu verstehen ist.

Eine Ingewahrsamnahme einer aggressiven Person zur Gefahrenabwehr kann mitunter mehrere Stunden bis Tage umfassen. Weitere polizeiliche Maßnahmen können sich über die Anhaltung einer Person oder eines Fahrzeuges, deren Befragung, der Identitätsfeststellung, einer Zwangsanwendung, einer Festnahme oder eines Gewahrsams, die Verbringung einer Person in eine Dienststelle, die Durchführung einer erkennungsdienstlichen Maßnahme (ED-Maßnahme) oder der Verschub in eine Justizvollzugsanstalt erstrecken.



Es ist unklar, ob in den Fällen von § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 3 des Änderungsantrages die Aufnahme zu beenden ist, wenn der Beamte die Schusswaffe wieder in das Holster steckt oder die Person vor Ort aus allen polizeilichen Maßnahmen entlassen wird oder erst in der Dienststelle in der Gewahrsamszelle eingeschlossen ist.

Auch in den Fällen von § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 des Änderungsantrages ist unklar, wann die Aufnahme zu stoppen ist, da in diesen Fällen keine polizeiliche Maßnahme der Aufnahme zugrunde gelegt wird.

Grundsätzlich sollte klar sein, dass bei vorliegender Gefahr für Leib und Leben eine dauerhafte Aufzeichnung, auch während der Verbringung der Person in einem Dienstfahrzeug der Polizei, während der Durchführung einer ED-Maßnahme oder in der Gewahrsamszelle möglich sein muss, obwohl es sich bei diesen Örtlichkeiten nicht um öffentlich zugängliche Orte handelt.

Ebenso ist das Belehrungserfordernis aus § 33 a Absatz 2 Satz 7 des Änderungsantrages an das TBM des „Abschlusses der Maßnahme“ geknüpft.

Die Aufzeichnung sollte enden, sobald der zugrundeliegende Anlass, der zur Aufzeichnung geführt hat, nicht mehr besteht.

25 Sind Sie der Ansicht, dass eine Löschung unzulässiger Aufnahmen des Kernbereichs privater Lebensgestaltung entsprechend § 33 a Absatz 4 Satz 2 und 3 des Änderungsantrags zum Schutz des Grundrechts ausreichend ist oder vielmehr auch die Unterbrechung der Aufnahme sowie eine Regelung zur Fortsetzung für den Fall normiert werden muss, dass sich während der Aufzeichnung tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Kernbereich privater Lebensgestaltung betroffen ist?

§ 33 a Absatz 4 des Änderungsantrages stellt an dieser Stelle klar, dass auch für den Einsatz der Bodycam gilt, einen letzten unantastbaren Bereich menschlicher Freiheit zu bewahren. In den Fällen einer dauerhaften Aufzeichnung sind die Gesprächsinhalte oder Bildaufnahmen, die angefertigt wurden und eine Kernverletzung darstellen, unverzüglich durch eine berechnigte Person zu löschen. Hierzu ist jedoch genauer zu definieren, dass dies nur Aufzeichnungen betreffen kann, die zur Gefahrenabwehr angefertigt worden sind. Insofern die Aufnahme gem. § 33 a Absatz 5 Satz 3 Nr. 1 des Änderungsantrages zur Verfolgung einer Straftat dienen soll, gelten die Bestimmungen der StPO, auch bei möglichen Kernbereichsverletzungen. In diesen Fällen entscheidet die sachleitende Staatsanwaltschaft über die Löschung.



Bei Aufnahmen zur Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit spräche der Grundsatz der Ermessensentscheidung regelmäßig zugunsten einer unverzüglichen Löschung.

Weitere Regelungen zur Unterbrechung und Fortsetzung sind nach Auffassung der LPD nicht notwendig und bezögen sich lediglich auf theoretische Fallkonstellationen. In § 33 a Absatz 4 wäre der Passus: „außer in den Fällen des § 33 a Absatz 5 Satz 3 Nr. 1“, zu ergänzen.

26 Sind Sie der Ansicht, dass eine Verwendung der Daten für eine Evaluierung sowie für die Durchführung von Maßnahmen der Dienst- und Fachaufsicht oder von Disziplinarverfahren ermöglicht werden sollte? Stehen dem datenschutzrechtliche Überlegungen oder praktische Gründe entgegen?

Gem. § 33 a Absatz 7 Satz 2 sowie Satz 3 des Änderungsantrages soll die Anwendung und Auswirkungen dieser Vorschrift¹⁶ durch unabhängige wissenschaftliche Sachverständige evaluiert und dem Landtag das Ergebnis der Evaluation bis zum 30. Juni 2024 vorgelegt werden.

Grundsätzlich ist die LPD der Auffassung, dass über die vorgesehenen Berichtspflichten eine Empirie geschaffen werden kann, die Evaluierungsprozesse ermöglicht. Eine Zuhilfenahme externer Partner im Rahmen einer fortgeführten wissenschaftlichen Begleitung ist an dieser Stelle sinnvoll. Anzumerken ist jedoch, dass es sich bei dem Passus des § 33 a Absatz 7 Satz 2 und Satz 3 des Änderungsantrages um eine Regelung handelt, die nicht Gegenstand eines Gesetzestextes zu sein hat. Regelungen zur Evaluation sowie Berichtspflichten wären nach Auffassung der LPD in einer Dienstanweisung zu regeln.

Es wird dafür votiert, den Passus im Gesetzestext zu streichen und in Form einer Verordnungsermächtigung auszuführen.

Die Verwendung von dauerhaften Aufzeichnungen zur Dienst- und Fachaufsicht gem. § 33 a Absatz 5 Satz 3 Nr. 3 des Änderungsantrages widerspricht dem Vertrauensverhältnis zum eigenen Personal und dem Grundsatz einer vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Dienst- und Fachaufsicht sind nicht Bestandteil und Zielrichtung der Einführung der Bodycam. Diese sollte daher nicht zu diesen Zwecken verwendet werden. Hier wäre eine erhebliche Kritik der Gewerkschaftsverbände sowie der Personalvertretungen zu erwarten. Ebenso würde sich eine entsprechende Zweckentfremdung der gefertigten Aufnahmen erheblich nachteilig auf die Akzeptanz der Bodycam unter den Beamtinnen und Beamten auswirken.

¹⁶ Nach Auffassung der LPD ist § 33 a des Änderungsantrages gemeint.



Weiter sprechen datenschutzrechtliche Überlegungen gegen eine entsprechende Verwendung. Wie bereits bei den Ausführungen zur Fragestellung 1, Seite 9 f., ist die Verarbeitung personenbezogener Daten zu einem anderen Zweck als zu demjenigen, zu dem sie erhoben wurden (hier: Gefahrenabwehr, Schutz der Polizeibeamten vor tätlichen Angriffen/Gewalt) nur zulässig, wenn es sich bei dem anderen Zweck um einen in § 31 ThürDSG genannten Zweck handelt. Diese Zweckbestimmung des § 31 ThürDSG (Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung, Verfolgung oder Ahndung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, Schutz vor und die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit) schließt eine Verwendung der Aufnahmen zur Dienst- und Fachaufsicht aus.

Der Passus zur Verwendung von Maßnahmen der Dienst- und Fachaufsicht ist zu streichen.

Eine Verwendung der Aufnahmen zur Durchführung von Disziplinarverfahren ist über § 16 Abs. 2, § 30 Abs. 1 Nr. 4 ThürDG eröffnet. Nach Ansicht der LPD ist die Regelung zur Verwendung der Aufzeichnungen in Disziplinarverfahren obsolet. Im Falle bedeutsamer Verfehlungen ist im Regelfall ein Strafverfahren anhängig, dessen Inhalt (auch die Aufzeichnungen der Bodycam) ohne Weiteres zum Gegenstand des Disziplinarverfahrens gemacht werden kann (vgl. insbesondere § 16 ThürDG). Bei Bagatelverfehlungen erscheint die Verwendung der Bodycamaufzeichnungen (ein eingeleitetes Disziplinarverfahren vorausgesetzt) zur Überführung der Beamtinnen und Beamten für nicht verhältnismäßig. Zudem ist davon auszugehen, dass eine Verwendung von Aufzeichnungen bei Bagatelverfehlungen die Akzeptanz der Bodycam bei den Anwendern nicht fördert.

27 Bedarf es nach Ihrer Ansicht einer Normierung, dass der die Kamera tragende Beamte über die Aufnahme zu entscheiden hat und unter welchen Umständen dies möglich ist?

Ein unkritischer Optimismus auf eine generell deeskalierende Wirkung der Bodycam ist auch aus den Ergebnissen der wissenschaftlichen Untersuchungen¹⁷ nicht abzuleiten. Jedoch führt der Abschlussbericht der FSU Jena hierzu aus, dass die Bodycam bei differenzierter Anwendung in spezifischen Situationen durchaus eine deeskalierende Wirkung haben kann.¹⁸ Unter

¹⁷ Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Psychologie, Lehrstuhl für allgemeine Psychologie, Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Pilotprojekts II zum Einsatz von Bodycams in der Polizei Thüringen vom Januar 2020, Handlungsempfehlungen, Seite 4.

¹⁸ Ebd.

Umständen kann die Bodycam bei alkoholisierten bzw. unter Einfluss von berauschenden Mitteln stehenden Personen auch eine eskalierende Wirkung haben.¹⁹ Eine generelle Aufnahmepflicht würde dieser Erkenntnis widersprechen.

Mitunter sind polizeiliche Einsatzsituationen derart komplexen Einflussfaktoren unterlegen, dass eine generelle Aufnahmepflicht diese Erkenntnis konterkarieren würde. Durch eine situationsabhängige Anwendung können mögliche negative Wirkfaktoren der Bodycam minimiert und abgemildert werden. Auch der Verzicht auf eine grundsätzlich rechtlich mögliche Aufnahme kann eine gefahrenträchtige Situation positiv beeinflussen.

Insofern liegt es immer im Ermessen des kameratragenden Beamten, über eine Aufnahme zu entscheiden.

28 Erachten Sie die Aufzeichnung mittels sogenannter „Dash-Cams“ für notwendig und wie bewerten Sie deren Anwendung in der Praxis?

Unter der Begrifflichkeit „Dash-Cams“ wird an dieser Stelle davon ausgegangen, dass hierunter Kamerasysteme i. S. d. § 33 a Absatz 1 Satz 1 des Änderungsantrages, „an polizeilich genutzten Fahrzeugen fest installierte Aufnahmegeräte“, zu verstehen sind.

Durch entsprechende Kamerasysteme, die meist an der Fortscheibe verbaut sind, lassen sich diverse Einsatzsituationen, wie

- Fahrzeugkontrollen,
- Kontrollstellen,
- Verkehrsunfallaufnahmen,
- Straßensperren (ggf. unter Verwendung des sogenannten Stopp-Sticks²⁰),
- gegebenenfalls Verfolgungsfahrten,

dokumentieren. Entsprechende Aufnahmen sind ebenso wie die Aufnahmen der Kamerasysteme, die körpernah getragen werden, zum Schutz der eingesetzten Beamten sowie unter Umständen der beweissicheren Dokumentation bei Strafverfahren notwendig und förderlich.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Vgl. § 59 Absatz 3 PAG

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligentransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	eurosec GmbH
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Vogelheide 25, 71543 Wüstenrot
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Vogelheide 25
	Postleitzahl, Ort
71543 Wüstenrot	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Geschäftsführer d. eurosec GmbH Behördenausstatter Polizei- & Kriminaltechnik	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG) Die technische Möglichkeit, die Aufzeichnung der Bodycam automatisiert durch Ziehen der Schusswaffe auszulösen, ist gegeben und von einzelnen Anbietern bereits realisiert, darunter auch von Zepcam als EU-Hersteller. Das Ziehen der Waffe ist hierdurch nicht beeinträchtigt. Auch Tragevorrichtungen von Hilfsmitteln sind mit bereits vorhandener Technik nachrüstbar. Die Ausstattung von Bodycams mit einer zweiten Grundszenarienebene und Schaltmöglichkeit für den Einsatz im 'öffentlichen Raum' und im 'privaten Raum' ist prinzipiell möglich, wobei eine Überfrachtung von Einsatzkräften mit zu vielen unterschiedlichen Wenn/Dann-Verknüpfungen und technischen Anforderungen in Streßsituationen kritisch gesehen wird. Die Deaktivierung von Funktionen im nicht öffentlichen Raum führt zudem zu erheblichen Verlusten des Beweiswertes von Bodycam Aufnahmen und somit zur grundsätzlichen Infragestellung des Einsatzes solcher Kameras unter derartigen Bedingungen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Der Bodycam Hersteller Zepcam B.V., Delftechpark 17-19, 2628 XJ Delft / Niederlande, hat den Wunsch des Landtages zur Beantwortung der Anfrage an uns, die eurosec GmbH, als zuständigen Zepcam Fachhändler für Deutschland weitergereicht.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

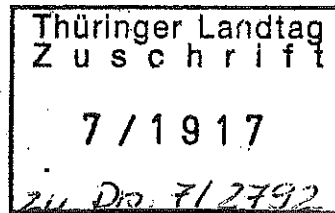
Ort, Datum	Unterschrift
Wüstenrot, 14.05.2022	



eurosec GmbH, Vogelheide 25, 71643 Wüstenrot

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt



eurosec GmbH
Vogelheide 25
D-71643 Wüstenrot
Tel.: +49 (0)7945 9103-0
Fax: +49 (0)7945 9103-33
Email: info@eurosec-gmbh.de
www.eurosec.biz

16.05.2022

Betreff: Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU im Thüringer Landtag zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobile Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte v. 03.03.2021, Anlage 4

hier: Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtages zu Drucksache 7/2792 in Bezug auf Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

die an den niederländischen Bodycam Hersteller Zepcam B.V gerichtete Bitte des Ausschusses zur im Betreff genannten Stellungnahme wurde zuständigkeitshalber an uns als Zepcam Fachhändler für Deutschland weitergereicht.

Die eurosec GmbH und Zepcam B.V. sind in der D.A.CH-Region bereits seit 2012/2013 in die Bodycam Thematik involviert und führten danach erfolgreich die ersten Systeme in die hiesige Polizeiszene ein. Seither begleiten wir alle damit zusammenhängenden und sich inhaltlich regelmäßig wiederholenden Debatten in allen Regional- und Staatsparlamenten, in Polizei- und Gewerkschaftskreisen und verfügen demzufolge von Anfang an über einen umfassenden Überblick zur breitgefächerten Diskussion der hiermit verbundenen Fragen.

Zu Frage 1.

Technische Möglichkeiten zur automatisierten Auslösung von Bodycams beim Ziehen von Schußwaffen, aber auch von Hilfsmitteln zur Durchsetzung unmittelbaren Zwangs, sind bereits über sogenannte 'Trigger' realisiert.

Es handelt sich um spezielle Signalgeber (auch TAGs genannt), die außen an Holstern angebracht werden und bei Ziehen der Waffe oder des damit bestückten Hilfsmittels per Funk automatisiert den Start der Hauptaufzeichnung auslösen.

Hierzu bestehen folgende Voraussetzungen:

- a) Eine funktionssichere Auslösung
- b) Die sichere Funkübertragung vom Signalgeber zum Empfangsmodul der Bodycam ohne äußere Beeinflussungsmöglichkeit durch fremde Funksignale.

Zu a) Lösung über Magnetkontakte, einen Metalldetektor oder einen aktiv-RFID Transponder.

Beispiel: Ein Metalldetektor im Signalgeber nutzt das Metall der im Holster steckenden Waffe als IST-ZUSTAND und stellt bei deren Entnahme, also beim Abweichen dieses Ist-Zustandes durch Ziehen der Waffe die Auslösung des Kameraaufzeichnung per Funksignal sicher. An der Waffe selbst sind keinerlei Änderungen oder störende Zusatzkomponenten erforderlich.

Zu b) Lösung über kodierte Funksignale in speziellen, nicht allgemein genutzten Frequenzen.

Die Sendeleistung ist stark genug, um einen sicheren Aufnahmestart der Bodycam zu gewährleisten, und schwach genug, um nur in der näheren unmittelbaren Umgebung des Signalgebers zu wirken und über geringen Energieaufwand lange Betriebszeiten zu gewährleisten.

Beispiel: Ein außerhalb des allgemeinen BT-Frequenzbandes liegendes und speziell kodiertes BTLE-Signal (**Blue**Tooth **Low** **E**nergy) bewirkt den Start der Bodycam Aufzeichnung, kann jedoch weder durch allgemeine Bluetooth-Geräte im Nahbereich gestört, ausgelöst oder sonst wie beeinflusst werden.

Allerdings empfangen weitere in der Nähe befindliche Bodycams desselben Herstellertyps mit identischer Frequenz und Kodierung das Signal und starten ihre Aufzeichnungen als gewollte Reaktion, so daß im Fall des Falles Aufnahmen aus verschiedenen Bodycam Perspektiven vorliegen.

Es gibt bereits Bodycam Modelle am Markt, die mit dieser 'Trigger-Funktion' ausgestattet sind. Dieses Feature wurde hauptsächlich von US-Herstellern auf Anforderung der US-Regierung entwickelt, um die dortigen Polizeibeamten wegen übermäßiger Gewaltanwendung und extensiven Schußwaffengebrauchs stärker zu kontrollieren.

Diese Motivation unterscheidet sich diametral von jener der europäischen und deutschen Polizei, bei welcher der Schutz der Polizeibeamten und Dritter gegen zunehmende Aggressivität & Gewalt in unserer Gesellschaft im Vordergrund steht. Eine automatische Aufnahmeauslösung von Bodycams beim Ziehen einer Waffe stand deshalb in Deutschland wegen nicht vergleichbarer Grundvoraussetzungen noch nie zur Debatte. Allerdings bietet der kürzliche Vorfall von Kusel mit zwei bei einer Fahrzeugkontrolle heimtückisch getöteten Beamten Anlass, aus taktischen, strategischen und beweistechnischen, über die Abschreckungswirkung von Bodycams vor allem aber aus Fürsorgegründen solch eine Notauslösefunktion zur Videoaufzeichnung in Betracht zu ziehen.

Zepcam hat Ende 2021 die **T3 Live Bodycam** als Nachfolger der legendären T1 Live vorgestellt (siehe www.zepcam.com), die zur Fernauslösung bereits von Haus aus mit Bluetooth-Funktion ausgestattet ist und für die sich die automatische Aufnahmeauslösung per Funksignalgeber (Trigger) am Waffenholster in der Enderprobung befindet.

Zu Frage 2:

Nein, das Ziehen der Schußwaffe aus dem Holster wird durch den Einsatz von Signal-Nachrüstungen in keinster Weise beeinträchtigt. Waffe und Holster Innenseite bleiben vollkommen unverändert. Der sogenannte TAG (Trigger = Sensor mit Funk-Signalgeber) wird außen am Holster platziert.

Zu Frage 3:

Der Sensor mit Funk-Signalgeber (TAG) kann an jeder Art von Holster, also auch an solchen von Hilfsmitteln, wie Distanz-Elektroimpulsgeräten, Reizstoffsprühgeräten, Handschellen und mit leichten technischen Anpassungen auch an Schlagstöcken etc. angebracht und genutzt werden. Der Zepcam T3 Live Trigger existiert bereits als künftiges Zubehör und kann praktisch getestet werden. Die Freigabe für den Vertrieb steht unmittelbar bevor.

Zu Frage 4:

Die Zepcam T3 Live Bodycam, die es künftig in verschiedenen Ausführungen mit und ohne 4G/WLAN-Funkübertragungsfunktion gibt, verfügt über Reserven zu kundenspezifischen Anpassungen und eine noch freie Bedientaste, über die optional künftig gewünschte Programmierungen und Funktionsschaltungen vorgenommen werden können. Es ist somit grundsätzlich möglich, neben einem Grundszenario „**öffentlicher Raum**“ mit

- Pre-Recording freigeschaltet
- Tonaufzeichnung freigeschaltet
- Anlaßbezogen manuelles Auslösen der Daueraufzeichnung freigeschaltet
- Automatisches Auslösen bei Signal (z.B. Ziehen der Waffe oder von Hilfsmittel) freigeschaltet

ein zweites Szenario „**Privater Raum**“ je nach Vorgaben in gewünschter Variante schalten zu können. Welche der im Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU, SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU aufgezeigten Varianten letztlich zum Zuge kommt, ist aus technischer Sicht ohne Belang. Die Programmiermöglichkeiten der Zepcam Bodycams über die Zepcam Management Software (Bestandteil der Server Software) ermöglicht bereits gegenwärtig und prinzipiell alle drei genannten Varianten per Eigenkonfiguration der Kameras durch den Administrator.

Aus hiesiger Sicht und langjähriger Erfahrung machen die **Varianten 3 und 2** jedoch am wenigsten Sinn. Im historischen Rückblick war in den Anfängen der Bodycam Nutzung in den meisten Bundesländern weder die Tonaufzeichnung noch das Pre-Recording erlaubt. Die Praxis belegte jedoch rasch, dass mit dem Fehlen des Tons wesentliche Merkmale und Inhalte einer Aggressivitäts- & Gewaltentwicklung für eine abschließende juristische Bewertung nicht zur Verfügung standen und diesbezügliche Aufnahmen damit nur von begrenztem Beweiswert waren. Dasselbe gilt für die Ereignis-Vorlaufzeichnung über das Pre-Recording. Wenn die Aufnahme erst ausgelöst wird, wenn der Grund hierfür bereits nicht mehr nachvollziehbar ist (und dies in vorliegendem Fall insbesondere zum Ziehen der Waffe), sind gegensätzliche Behauptungen des polizeilichen Gegenübers nicht mehr widerlegbar. Sämtliche Erfahrungsberichte zu Bodycams belegen die wichtige Funktion der Erfassung des Geschehens vor der Auslösung der anlaßbezogenen Aufzeichnung. Wir sind in der Lage, dies auch durch Videos aus neutraler Quelle eindeutig zu belegen. Abgesehen davon versagt man der Polizei mit solchen Einschränkungen das Prinzip der Waffengleichheit, denn bei der heutigen Verbreitung und Nutzung von Videoaufnahmegegeräten über Smartphones, Tablets etc. ist davon auszugehen, dass jeder Polizeieinsatz der

Gefahr ausgesetzt ist, von irgendjemandem aufgenommen zu werden. Wenn diese Aufzeichnung Dritter erst startet, wenn die Polizei unmittelbaren Zwang anwenden muss, gerät sie in der öffentlichen Wahrnehmung unberechtigt schnell in falsches Licht.

Diese Bewertung ändert sich auch nicht in der **Variante 2**, die entgegen der Variante 3 lediglich die Freischaltung der Tonaufzeichnung erlaubt und ansonsten ebenfalls die Deaktivierung des Pre-Recordings verlangt.

Es stellt sich die Frage, was der Ton bei einem überraschenden Angriff auf Polizeibeamte und Dritte bringt, wenn keine verbale Äußerung oder Auseinandersetzung vorausgeht, sondern ein polizeiliches Gegenüber spontan zuschlägt. Schließlich ist dies kein unbekanntes Szenario und erst recht nicht, bei häuslichen Auseinandersetzungen.

Wenn überhaupt, so käme bei rationaler Betrachtung derartiger Einschränkungen der Bodycam Nutzung im privaten Raum maximal die **Variante 1** in Frage, bei der zum Schutz von Polizeibeamten oder eines Dritten gegen eine Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder Eigentum das Ziehen der Schußwaffe oder eines Hilfsmittels erforderlich ist. Wenigstens unter diesen gravierenden Umständen bestünde über die Vorereignisaufzeichnung von Bild & Ton die Chance, den Grund für das Ziehen der Waffe nachvollziehbar zu machen und eine klare juristische Beurteilung vornehmen zu können.

Was die **Beurteilung der Praktikabilität** dieser komplexen Regelungen zum Einsatz von Bodycams unter unterschiedlichen Voraussetzungen und in unterschiedlichen Szenarien im Generellen anbelangt, so halten wir dies aus zweierlei Gründen als wenig realitätsorientiert und zweckdienlich.

Ein bereits 1960 von der US-Navy aufgestelltes, auf einschlägigen Erfahrungen beruhendes und im Grunde genommen auch für alle zivilen und militärischen Einsatzkräfte geltendes KISS-Prinzip (**Keep It Simple and Stupid** / siehe Anlage) besagt klar und eindeutig, dass den Agierenden in Streßsituationen nicht zu komplizierte Entscheidungsprozesse abverlangt und zu nutzende Gerätschaften möglichst einfach und eindeutig zu bedienen sein sollten. Jede zusätzliche WENN/DANN Alternativentscheidung oder Kompliziertheit, wie die im vorliegenden Fall gar notwendige Geräte-Umprogrammierung (und sei es nur durch einen notwendigen Tastendruck an der richtigen Stelle), ist in solchen Fällen kontraproduktiv, führt zu zusätzlichem Streß und zu Fehlern, die große, ja sogar fatale Auswirkungen haben können, wenn deswegen ein polizeiliches Einschreiten zu spät erfolgt.

Jeder Streifenpolizist kennt die Situation:

Eingehender Hilferuf, weil der betrunkene und randalierende Ehemann im Haus die Frau und die Kinder verprügelt, mit Flaschen und Gegenständen um sich wirft oder gar mit einer Axt versucht, die verbarrikadierte Tür zu öffnen.

Was hier verlangt wird ist, dass die mit Blaulicht bereits unter Streß anfahrende und mit Funk und Verkehr beschäftigte Streifenwagenbesatzung an der Haustür nochmals Halt macht und die Vorprogrammierung der Kamera überprüft. In solchen Fällen geht es um Sekunden, in denen für solch feinsinnige Unterscheidungen keine Zeit bleibt.

Wenn dann beim Verlassen der 'geschlossenen Räume' in Anbetracht der Ereignisse oder gar einer Festnahme, dem Abtransport von Verletzten, durchgeführten Zeugenbefragungen und Vernehmungen etc. vergessen wird, die Kamera wieder auf 'öffentlichen Raum' zurückzusetzen, ist der nächste Kameraeinsatz ggf. mit der Folge eines nicht verfügbaren Beweismittels gefährdet.

Abschließend und ergänzend bleibt zu erwähnen, dass in der Entwicklung der ersten Phasen der polizeilichen Bodycam-Nutzung neben teilweise kompletter politischer Ablehnung zunächst die Tonaufzeichnung, dann das Pre-Recording und zuletzt die Bild- & Tonaufzeichnung in geschlossenen Räumen untersagt, letztendlich nach anfänglichen Widerständen aus nachvollziehbaren sachlichen Gründen dann aber doch zugelassen wurde.

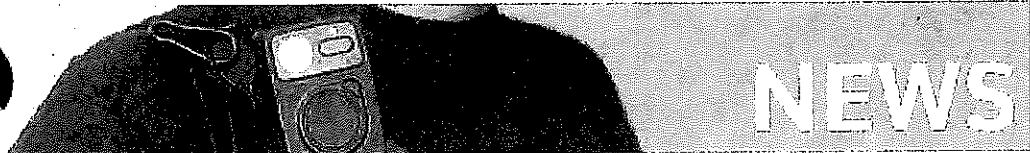
Eklatantestes Beispiel hierfür ist Nordrhein-Westfalen, das die gesamte Bandbreite dieser Auffassungen - angefangen von totaler Ablehnung von Körperkameras im Polizeieinsatz - umfasste, nach dem Silvesterkrawall 2016 am Kölner Domplatz unter gleichbleibend politischer Konstellation jedoch eine 180° Kehrtwende vollzog und sogar stolz hervorhob, als erstes Bundesland Aufzeichnungen in geschlossenen Räumen zuzulassen. In anderen Bundesländern und benachbarten Staaten verliefen die Entwicklungen teilweise ähnlich.

Es ist zumindest erstaunlich, was unter dem Druck bestimmter Ereignisse möglich ist, kurz zuvor jedoch unter Hinweis auf rechtliche Bedenken noch ausgeschlossen erschien und ideologisch abgelehnt wurde.

Wir hoffen, mit diesen Ausführungen die gestellten Fragen zufriedenstellen beantwortet zu haben und stehen für weitere Detailerklärungen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen: Zepcam NEWS zum KISS-Prinzip



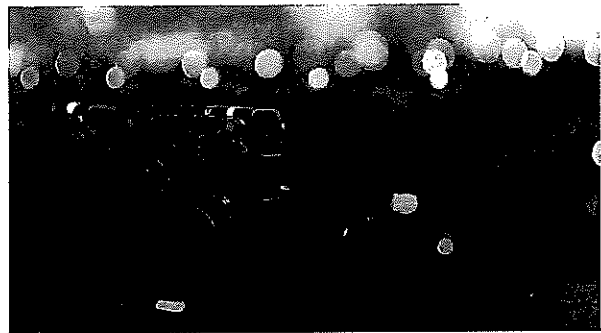
NEWS



HALTE ES EINFACH

Polizei- und Strafverfolgungsbeamte müssen sich insbesondere unter Stressbedingungen auf Wesentliches konzentrieren. Deshalb müssen Werkzeuge, die sie benutzen, intuitiv bedienbar sein. Ohne ablenkende Elemente. Druckknopf-Funktionalität. Wie ein Abzug an einer Waffe. Der bekannte Begriff hierfür lautet **KISS**, *Keep It Simple and Stupid*. Abgeleitet vom Militär und angewandt von ZEPCAM.

Die ZEPCAM T2+ Körperkameralösung wird in enger Zusammenarbeit mit anspruchsvollen Endanwendern führender europäischer Polizei- und Strafverfolgungsorganisationen entwickelt und hergestellt. Eine einsatzbereite Kamera ohne Ablenkungen. So einfach und effektiv wie es nur geht. **KISS.**



WARUM BEFASSEN WIR UNS MIT DEM THEMA KISS?

Wir bei ZEPCAM stellen robuste und sichere Lösungen für Körperkameras und benutzerfreundliche Videomanagement Software (VMS) her, die in enger Zusammenarbeit mit anspruchsvollen Endanwendern führender europäischer Polizei- und Strafverfolgungsorganisationen entwickelt werden. Zepecam ist der einzige Direkthersteller im EU-Raum und Pionier für Bodycams in Deutschland inklusive benachbarter Gebiete. Mit dieser direkten Nähe zu den hohen und besonderen Anforderungen der EU-Sicherheitsbehörden berücksichtigen wir bei sämtlichen Entwicklungen im Hardware- & Softwarebereich von Anfang an alle datenschutzrechtlichen und einsatztaktischen Anforderungen und legen zudem besonderen Wert auf leichte Bedienbarkeit.

Eine Welt voller Gadgets

In unserer modernen Welt fahren die Leute auf elektronisches Spielzeug geradezu ab. Smartphones mit Hunderten von APPs, intelligente Uhren mit vielen Funktionen, alle Arten von schicken elektronischen Geräten, mit denen man hunderte von Dingen tun kann. Die Überfrachtung mit Funktionen und Highlights aus rein verkaufsfördernder Orientierung ohne real praxisorientierten Nutzungsvorteil ist hierbei unübersehbar; ein Phänomen, das im Englischen bereits mit dem Fachbegriff „Feature Creap“ umschrieben wird.

Keine ausgefallenen Werkzeuge unter Stress

Aber was ist mit dem Militär und der Polizei? Sie brauchen keine ausgefallenen Dinge. Schauen wir uns einige Werkzeuge an, die sie benutzen. Eine Waffe hat grundsätzlich 2 Bedienelemente. Eine *Sicherung* und einen *Abzug*; manchmal sogar nur einen Abzug. Ein Militär- oder Polizeifunkgerät hat eine Taste, nämlich die Sprech taste. Okay, es gibt noch einen weiteren Regler zum Einstellen der Frequenz, aber der muss nicht unter Stress betätigt werden. Eine Militäruhr hat überhaupt keinen Knopf, sondern nur 2 Zeiger zur Zeitangabe. Wenn Sie sich diese Werkzeuge ansehen, werden Sie feststellen, dass sie einfach und intuitiv zu bedienen sind. Sie erlauben es dem Nutzer, sich auf das Wesentliche der jeweiligen Aufgabe zu konzentrieren und nicht durch andere Aktionen abgelenkt zu werden.

KISS

Die bekannte Bezeichnung hierfür lautet "KISS" oder *Keep It Simple and Stupid*. Es ist ein Konstruktionsprinzip, das 1960 von der U.S. Navy bekannt wurde. Das KISS-Prinzip besagt, dass die meisten Systeme am besten funktionieren, wenn sie einfach gehalten und nicht kompliziert gemacht werden. Daher sollte die Einfachheit ein Hauptziel bei der Konstruktion sein, und unnötige Komplexität sollte vermieden werden.

KISS bei ZEPCAM

Unsere Kunden bleiben durch dieses KISS-Prinzip unversehrt. Deshalb halten wir bei ZEPCAM auch daran fest.

Wir stellen keine Bodycams mit einer grafischen Benutzeroberfläche her. Und wir erwarten keine Ein- und Ausgabe, außer der Ein-/Ausgabe für die automatische Aufladung und das Herunterladen von Daten natürlich. Wir unterstützen keine realitätsferne Ausweitung von Akkulauf-, Aufzeichnungs- und Pre-Recordingzeiten aus reinen Wettbewerbsgründen, 2-Wege-Audio, einen Man Down oder Panikknopf sowie einen unnützen, stromverbrauchenden Mini-Monitor, auf dem man ohnehin nur wenig erkennen kann.

Unsere T2+ Kamera ist mit einer großen Drucktaste ausgestattet, die in jeder Situation selbst mit Handschuhen problemlos bedient werden kann; einfach drücken und die anlassgebende Szene ist beweistechnisch gesichert. Optische und akustische Signale indizieren den Betriebszustand und eine kleine Taste dient für die Markierung bestimmter Ereignisse, um sie später leicht wiederzufinden. Das war's schon. Damit sind in stressigen Situationen keine Fehler möglich.

Wie sieht es mit Betrieb und der Videoverwaltung aus? Nehmen Sie einfach Ihre Kamera aus dem Schacht der intelligenten Docking-Station und sie wird Ihnen im Pool-System zugewiesen. Nach Beendigung Ihrer Schicht stecken Sie sie wieder in einen beliebigen Schacht. Ihre Bilder werden automatisch entladen und auf dem Server gespeichert. Gleichzeitig wird der Geräteakku geladen. Die Videodaten können dann von jedem Ort aus verwaltet werden, der Zugriff auf den Speicher hat. So einfach wie es nur geht. KISS.

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen</td> <td>KdöR</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Herrmannsplatz 9</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	KdöR	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe in Thüringen	KdöR									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Herrmannsplatz 9									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vertretung der Katholischen Kirche beim Thüringer Landtag und der Thüringer Landesregierung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Einsatz von Body Cams scheint sinnvoll zu sein; Schutz des Seelsorgegeheimnisses muss wirksam sichergestellt werden	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

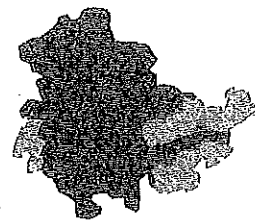
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 16.05.2022	

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT

Kommissariat der Bischöfe in Thüringen



Katholisches Büro | Postfach 800662 | 99092 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Bistum Erfurt
Bistum Dresden-Meißen
Bistum Fulda

Ordinariatsrat

Leiter

Anschrift:
Herrmannsplatz 9 | 99084 Erfurt

Diensträume:
Michaelshaus
Stiftsgasse 4a | 99084 Erfurt

NUR PER E-MAIL

Stellungnahme des Katholischen Büros zum Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte (Drs. 7/2792)

Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

herzlich danke ich Ihnen für die Gelegenheit, namens der Katholischen Kirche in Thüringen zu o.g. Gesetzentwurf Stellung zu nehmen. Es ist ein wichtiges und notwendiges Anliegen, Polizistinnen und Polizisten wirksam vor Gewalt und Übergriffen im Dienst zu schützen. Gleichzeitig können solche Maßnahmen helfen, um Vorwürfe von Fehlverhalten von Einsatzkräften besser aufklären zu können.

Die bisherigen Diskussionen und fachlichen Bewertungen haben augenscheinlich ergeben, dass der Einsatz von mobilen Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten ein geeignetes Mittel sein könnte, um zu mehr Schutz und Rechtssicherheit beim Einsatz von Polizeikräften beizutragen. Gleichzeitig sind diese Fragen der Sicherheit immer mit den hohen rechtlichen Ansprüchen unserer freiheitlichen Ordnung in Beziehung zu setzen.

Positiv möchte ich daher hervorheben, dass in der parlamentarischen Diskussion des Einsatzes der „Body Cam“ auch ethische Erwägungen einen breiten Raum eingenommen haben. In § 33a Absatz 3 n.F. werden Berufsgeheimnisträgerinnen und -träger, also auch Seelsorgerinnen und Seelsorger, besonders geschützt. „Aufzeichnungen in solchen Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen“, die von diesen regelmäßig genutzt werden, sind nicht zulässig.

Hierzu möchte ich mit Blick auf die Tätigkeit von Seelsorgerinnen und Seelsorgern drei Anmerkungen vorbringen. Zum einen stellt sich für uns die Frage, wie in diesem Fall der Begriff des „Raumes“ definiert werden kann. Seelsorge ist niemals auf „übliche Betriebsräume“ wie eine Kirche, einen Beichtstuhl oder ein Beratungszimmer zu beschränken. Seelsorgegespräche können praktisch überall stattfinden. Konkret sind Situationen denkbar, in denen Notfallseelsorger während einer polizeilichen Maßnahme im Einsatz sind. Sogar schon ein

Ihr Zeichen:

Aktenzeichen:

Erfurt, den 16. Mai 2022

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1921
zu Drs. 7/2792

Seelsorgegespräch der Bahnmissionsmission am Erfurter Hauptbahnhof fällt zweifellos in diesen geschützten Bereich. In beiden Fällen wäre die Anfertigung von Bild- und/oder Tonaufnahmen nicht statthaft.

Zum zweiten dürfte hieraus in der Praxis die nicht zu unterschätzende Herausforderung entstehen, entsprechende Situationen auch zu erkennen. Bei der Schulung der Polizeikräfte reicht es dann nicht aus zu erklären, dass in einer Kirche oder im Dienstzimmer eines Pfarrers die Body Cam regelmäßig nicht eingeschaltet werden darf. An diesen Orten Aufnahmen grundsätzlich auszuschließen, wäre möglicherweise auch gar nicht sinnvoll. Wichtiger wäre es, wenn Polizistinnen und Polizisten eine Seelsorgesituation sicher zu identifizieren lernen und entsprechend einschätzen können, wann eine Aufzeichnung zu unterbleiben hat.

Drittens schließlich erscheint es für den Laien praktisch schwer vorstellbar, dass im Einsatz die wirkungsvolle Beendigung einer ansonsten rechtswidrigen Aufzeichnung tatsächlich garantiert werden kann. Es wäre ja menschlich nachvollziehbar, dass eine Polizistin bzw. ein Polizist in einer herausfordernden Situation, die Stress bedeutet und die volle Konzentration auf das Geschehen erfordert, noch Zeit hat, die eigene Body Cam auszuschalten. Es dürfte also nicht ausgeschlossen sein, dass nach einem Einsatz auch rechtswidrige Aufnahmen vorliegen, z.B. von Seelsorgegesprächen. Hier müssen wirksame Dienstvorschriften erarbeitet werden, wie in solchen Fällen zu verfahren ist. Bewährt hat sich in Thüringen dabei die Praxis, dass zur kriminaltechnischen Auswertung von Video- und Tonmaterial, bei dem möglicherweise das Seelsorgegeheimnis berührt ist, eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Kirche hinzugezogen wird, die bzw. der beim Erkennen solcher Passagen behilflich sein kann. Dies hielten wir im Zweifelsfall auch in Bezug auf entsprechendes Material von Body Cams für angemessen.

Sehr geehrte Abgeordnete, ich hoffe, diese Anmerkungen sind für Ihre weitere Diskussion dieser Materie hilfreich. Ich wünsche Ihnen Beratungen viel Erfolg.

Mit freundlichen Grüßen

Ordinariatsrat

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Notarkammer Thüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">K. d. öff. Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Regierungsstr. 28</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Notarkammer Thüringen	K. d. öff. Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Regierungsstr. 28	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Notarkammer Thüringen	K. d. öff. Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Regierungsstr. 28									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Vertretung der Interessen der Notare in Thüringen und Wahrnehmung der Aufgaben gem. § 67 BNotO	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Umfassender Schutz der Berufsgeheimnis-träger.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 16.05.2022	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Gewerkschaft der Polizei</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Auenstr. 389</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>Erft, 99089</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Gewerkschaft der Polizei	Geschäfts- oder Dienstadresse	Auenstr. 389	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	Erft, 99089
Name	Organisationsform										
	Gewerkschaft der Polizei										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Auenstr. 389										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	Erft, 99089										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Vernehmung Beschränkt Polizei	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Änderungsantrag begründet - Zulassung Bodycam für Wohnräume - Ergänzende Hinweise zu Gesetz	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
EPA, 16.06.21	



**Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Thüringen**

Gewerkschaft der Polizei LB Thüringen Auenstr. 38 a 99089 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

per Mail

THUR. LANDTAG POST
18.05.2022 14:25

12773/2022

**Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Thüringen**

Telefon: 0361 / 59895-0
Telefax: 0361 / 59895-11
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de
www.gdp-thueringen.de
Bankverbindung:

IBAN:
BIC:

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

15.03.2022

16.05.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

die GdP bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme des Gesetzes zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte.

Der Gesetzentwurf zeigt spürbare Verbesserungen auf. §§ 53 und 53a StPO, das Pre-Recording als auch die Möglichkeit der Tonaufnahme sind hier ermöglicht.

Der Änderungsantrag zu §33a Abs. 1 Nr. 3 ergibt die Schaffung der technischen Voraussetzungen, welche automatisiert beim Herausnehmen der Schusswaffe die Auslösung der Bodycam zur Folge haben soll. Der Kostenaufwand und die Umsetzung bzw. Nachrüstbarkeit scheint mit entsprechenden finanziellen Ressourcen durch den Haushaltsgesetzgeber zu belasten. Dieses müsste eingeplant werden und würde das Erfordernis der Einführung der Bodycam erheblich weiter verzögern, wenn derartige Vorgaben bereits im Gesetz ausformuliert werden.

Auch § 33a Abs. 2 letzter Satz, wonach der Anspruch auf Einsichtnahme festgeschrieben steht wirft Fragen der Realisierbarkeit auf. Einsichtnahmen direkt vor Ort müssten ja die Geräte erst einmal ermöglichen. Besser, und der Einsatzsituation Rechnung tragend, sollte eine Einsichtnahme (binnen der 30 Tage Aufbewahrungszeit) im Nachgang in den Dienststellen möglich gemacht werden. Ausformungen des Gesetzes können in dieser Richtung wohl per Erlass geregelt werden.

Das mit dem Änderungsantrag des InnKA folgend auch künftig der generelle Einsatz in Wohn- und Nebenräumen ausgeschlossen sein soll, mindert m. E. die Einsatzvielfältigkeit. Gerade im Bereich der häuslichen Gewalt wäre hier sicherlich Anlass gegeben. Es erschließt sich nicht, dass die unter § 33a Absatz 1 genannten Gründe für die Anwendung des Einsatzmittels nur an öffentlich zugänglichen Räumen tragen soll.

Die Öffnung für den Bereich von Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen wird unter den genannten Bestimmungen begrüßt. Hierbei wird jedoch noch drastischer zu hinterfragen sein, warum Wohn- und Nebenräume generell auszuschließen sind, während die unter Absatz 1 genannten Gründe eine Aufzeichnung von Bild- und Ton rechtfertigen können.

Der Absatz 7 lässt offen, mit welchen Mitteln und Daten die Evaluation tatsächlich durch unabhängige wissenschaftliche Sachverständige erfolgen soll. Weitere Verwaltungsaufwand mit Meldeerfordernisse, Statistiken sind für eine zielgerichtete Umsetzung hinderlich.

Zuarbeit zu den Fragestellungen des Innen- und Kommunalausschusses:

Zu 1.

Ja, die Tatbestandsvoraussetzungen sind angemessen verfasst. Eine explizite Nennung der Aufnahmebefugnis bei Feststellung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten wäre sinnvoll.

Kritisch wird gesehen, dass in der Formulierung eine Stufenabfolge zur Anwendung des Pre-Recording und der dauerhaften Aufnahme vorgesehen ist.

Zu 2.

Den Regelungen und Erfahrungen anderer Bundesländer könnte an dieser Stelle durchaus genutzt werden. Für den Mehrwert der Anwendung der Bodycam zu erhöhen sollte eine Dauer von 30 Sekunden beim Pre-Recording als angemessen und ausreichend betrachtet werden. In der Regel wird bei ad hoc auftretenden Gefahrensituationen die Bodycam ausgelöst. Die Reaktionszeit der Beamten entspricht grds. ca. 10-30 Sekunden. Unter Einbeziehung aller Gesamtumstände wäre eine Dauer von 30 Sekunden damit angemessen und ausreichend.

Zu 3.

Ja, die Betroffenheit einer Person sollte für alle Beteiligten erkennbar sein. Die geräteseitige Sichtbarkeit der Anwendung des Einsatzmittels ist durch den Änderungsantrag zudem festgeschrieben.

Der von der polizeilichen Maßnahme Betroffene wird das Recht zuerkannt, von Polizeivollzugsbeamten ein Handeln abzuverlangen. Während für die Polizei nur unter Beachtung der eng gefassten Voraussetzungen die Verwendung ermöglicht. Der Betroffenen unterliegt keinen weitere Voraussetzungen und keinen vorliegenden Gefahrenmomenten. Damit entsteht ein Ungleichgewicht in der Voraussetzung zur Anwendung der Bodycam. In der Praxis wäre dieses der Türöffner der missbräuchlicher Inanspruchnahme des Betroffenenrechts gegenüber der Polizei. Es würde die bloße Behauptung reichen, dass der Betroffene dieses kommuniziert hat, welches zu Verwaltungsprüfungen führt.

Zudem würden durch die Anfertigung von Ton- und Bildaufnahmen auf Verlangen des von der polizeilichen Maßnahme Betroffenen andere unbeteiligte Dritte miterfasst. Diese stellt eine Unverhältnismäßigkeit in ihrem allgemeinen Persönlichkeitsrecht dar. Das Schutzinteresse des Bürgers ist mit § 33 a Absatz 5 des Änderungsantrages bereits ausreichend berücksichtigt.

Eine Bestimmung, die dem Polizeibeamten auferlegt, auf Verlangen die Bodycam zum Einsatz zu bringen, durchbricht die Gesetzessystematik und wäre praxisfremd.

Zur Konkretisierung sollte der Begriff: „von einer polizeilichen Maßnahme betroffenen Person“ genutzt werden. Selbst bei dieser Formulierung wäre der Personenkreis der „anordnenden“ Bürger sehr unüberschaubar und nicht zur Genüge konkretisiert. Bereits bei oberflächlicher Betrachtung drängen sich Fallbeispiele auf, welche die Grenzen der Praxis übersteigen.

Die Bodycam soll, dem Sinn nach, eine Möglichkeit zur Gefahrenabwehr darstellen. Die Anordnung der Aufnahme durch den Bürger steht dem Grundsatz der Adäquanz entgegen, da willkürliche Aufnahmeansprüche der Bürger nicht der Abwehr einer Gefahr dienen.

Zu 4.

In der Formulierung der Fragestellung wird der Begriff „Ziehen der Schusswaffe“ verwendet. Im zitierten Gesetzestext wird hingegen die Formulierung „die Schusswaffe zum Einsatz entnehmen“ verwendet. Beide Begriffe sind missverständlich und Schusswaffe ist ebenfalls im Gesetzeszusammenhang nicht definiert. Das „Ziehen“ der Schusswaffe beschreibt die Entnahme aus dem Holster. Dies hätte bei einer technisch automatisierten Aufzeichnung bei jeder Entnahme der Schusswaffe zur Folge, dass jedes Entnehmen der Schusswaffe, auch bei Entladevorgängen zum Dienstende im Streifen- und Einzeldienst bzw. im Rahmen der Aus- und Fortbildung, eine dauerhafte

Aufzeichnung und Speicherung der Aufzeichnungen bis zu 30 Tage zur Folge hätte. Dies würde zu einer unverhältnismäßig großen Datenmenge an Aufzeichnungen führen, obwohl diese nicht im Zusammenhang mit polizeilichen Einsatzsachverhalten stehen

Die technischen Voraussetzungen zu schaffen sind mit erheblichen Aufwand und Kosten verbunden, welches bisher ohne Erfahrungen aus anderen Bundesländern erfolgen soll. Automatisiert das Herausnehmen der Schusswaffe die Auslösung der Bodycam zur Folge haben, müsste so ohne weiteres nicht nachrüstbar zu den derzeitigen Bodycams geben. Auch eine kostengünstige Beschaffung über die zentrale landesübergreifenden Logistikzentrum Niedersachsen erscheint derzeit nicht realisierbar. Entsprechende finanzielle Ressourcen durch den Haushaltsgesetzgeber müssten überhaupt eingeplant werden.

Dieses Erfordernis würde die Einführung der Bodycam erheblich weiter verzögern, wenn derartige Vorgaben bereits im Gesetz ausformuliert werden.

Sollte sich diese Vorgabe tatsächlich unproblematisch technisch und haushälterisch darstellen lassen, scheint eine analoge Anwendung für andere Hilfsmittel körperlicher Gewalt darstellbar.

Aus hiesiger Sicht, sollte die unter § 33a Absatz 3 Satz 3 normierte technische keinesfalls die flächendeckende Einführung der Bodycam gefährden.

Zu 5.

Die marktüblichen technischen Möglichkeiten zur Erfüllung der Vorgaben können nicht bewertet werden, jedoch sind entsprechende technische Umsetzungen der Löschung des flüchtigen Zwischenspeichers grundsätzlich möglich.

Es wird vorgeschlagen den Passus im § 33a Absatz 2 Satz 7 „spätestens mit Abschluss der Maßnahme am Geschehensort“ zu konkretisieren. Es sollte deutlich gemacht werden, dass hiermit die polizeiliche Maßnahme an sich und nicht die Aufzeichnung gemeint ist.

Zu 6.

Die Offenheit der Maßnahme ist Garant für die präventive Wirkung der Bodycam. Das Belehrungserfordernis gewährleistet die Aufklärung zu den Betroffenenrechten und fördert einen offenen und transparenten Einsatz der Bodycam. So ist es möglich aufzuzeigen, dass die Bodycam einer bürgernahen Thüringer Polizei nicht entgegensteht, sondern im Sinne der Verhältnismäßigkeit ermöglicht, ein zu den übrigen Einsatzmitteln milderer Mittel zur Verfügung zu haben, ohne Grundrechtseingriffe in die persönliche Unversehrtheit bzw. Freiheit vornehmen zu müssen. Die Ausnahmeregelung zum Belehrungserfordernis geht auf die Einsatzsituationen, in denen eine vorherige Belehrung nicht möglich ist, ein. Diese Formulierung wird als angemessen und praktikabel betrachtet.

Zu 7.

Das auch künftig der generelle Einsatz in Wohn- und Nebenräumen ausgeschlossen sein soll, mindert m. E. die Einsatzvielfältigkeit. Gerade im Bereich der Häuslichen Gewalt oder bei Bedrohungslagen wäre hier sicherlich genügend Anlass gegeben.

Es erschließt sich nicht, dass die unter § 33a Absatz 1 genannten Gründe für die Anwendung des Einsatzmittels nur an öffentlich zugänglichen Räumen tragen sollen. Die Öffnung für den Bereich von Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen wird unter den genannten Bestimmungen begrüßt. Wohn- und Nebenräume generell auszuschließen, während eine Aufzeichnung von Bild und Ton im Bereich von Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen rechtfertigen, wird als schwierig auch für Leib und Leben der Polizeibeamten gesehen. Aus hiesiger Sicht sollte auf die Betretungsbefugnis abgestellt werden. Liegt eben diese vor, sollte die Anwendung des Einsatzmittels, unter den Grenzen des Schutzes des Kernbereiches, möglich sein.

Der Einsatz technischer Mittel nach Art. 13 Absatz 4 und Absatz 5 sowie Art. 8 Absatz 3 VerfTH zur Gefahrenabwehr ist verfassungsrechtlich möglich. Unter Beachtung des § 35 PAG ist gar der verdeckte Einsatz von Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten möglich. Ein offener und belehrungsbedürftiger Einsatz der Aufzeichnungsgeräte, unter analoger Beachtung der Eingriffsschwelle sowie der Anordnungscompetenz, sollte eröffnet werden.

Insofern Polizeibeamte eine Wohnung bzw. deren Nebenräume betreten dürfen, muss ein Einsatz der Bodycam zum Schutz des Beamten oder eines Dritten möglich sein (unter Beachtung einer angepassten Eingriffsschwelle)

Wesentlich und in Bezug zu Frage 4 muss hier zudem das Problem aufgeworfen werden, wie die technische automatisierte Ausrüstung im Falle eines Schusswaffengebrauchs, oder der Fragestellung fortfolgend eines anderen Hilfsmittels der körperlichen Gewalt im Falle eines Anwendungserfordernisses in Wohn- und Nebenräumen ausgeschlossen werden kann. Wie soll die Technik erkennen, ob sich der Träger im Wohnraum oder im Geschäftsraum bzw. öffentlichen Gebäude befindet?

Gerade in ad hoc-Einsätzen, welche die Regel des polizeilichen Alltags darstellen, ist es praxisfremd eine genaue Betrachtung der Gesetzeslage durchzuführen und zu entscheiden - dieses erfolgt dann nur im Nachgang.

Zu 8.

Aus hiesiger Sicht sollte der Ausschluss für Wohn- und Nebenräume nicht gegeben sein. Würde dieser Auffassung gefolgt, wäre die Fragestellung obsolet.

Die Akzeptanz der Nutzung der Bodycam hat enorme Auswirkungen. Jedwede Verkomplizierung in der Anwendung der Bodycam hat nachteilige Akzeptanz zur Folge. Der Bürger sieht, dass die Bodycam vorhanden ist und wird in jeglicher Kommunikation und Art und Weise auf diese Aufnahmen verweisen, obwohl diese nach dem vorgeschlagenen Gesetz nicht möglich sind.

Da die Aufnahmen im Rahmen des Pre-Recording bei Nichtauslösen der Bodycam dauerhaft und unwiderruflich gelöscht werden, wird hierin kein erweiterter Eingriff in den Artikels 13 Absatz 1 GG gesehen.

Ein Ausschließen der Vorbaufnahmen durch den Kameraanwender ist weder praktikabel noch in der polizeilichen Einsatzlage umsetzbar.

Zweifelhaft ist auch die technische Umsetzung, da nach hiesiger Kenntnis, die Pre-Recording-Funktion in der Kamera-Software ausgeschaltet werden muss und dies nicht manuell an der Kamera erfolgen kann.

Zu 9.

Ein Richtervorbehalt zur Anwendung der Bodycam wird nicht gesehen. Vielmehr ergibt sich dieser aus dem im konkreten Falle vorliegendem Betretungsrecht zu entsprechenden Arbeits-, Betriebs- und Geschäftsräumen. Im Übrigen würde dies auch für Wohn- und Nebenräume gelten. Die Anordnungskompetenz des kameratragenden Beamten sollte belassen werden. Da es sich bei dem Einsatz der Bodycam um eine offene Datenerhebung und nicht um eine verdeckte Datenerhebung handelt, wovon der Betroffene keine Kenntnis hat, wird ein zusätzlicher Richtervorbehalt nicht zielführend gesehen.

Zu 10.

Es werden keine Regelungsänderungen gesehen. Im Übrigen wird auf Frage 7, 8 und 9 verwiesen. Aus hiesiger Sicht sollte auch auf ein Aufnahmeverbot innerhalb befriedeten Besitztums verzichtet werden.

Zu 11.

Die Fragestellung reiht sich grundlegend in die Haltung zur Anwendung in Wohn- und Nebenräumen ein. Ungeachtet der Örtlichkeit der Anwendung der Bodycam muss der Kernbereichsschutz sichergestellt geregelt sein. (Sofern am Ausschluss der Anwendung in Wohn- und Nebenräumen durch den Gesetzgeber festgehalten wird, ist der Regelungsgehalt des Änderungsantrages zu akzeptieren.)

Dass dem kameratragenden Beamten der Löschzugriff entzogen ist, wird als unkritisch betrachtet.

Für die Bodycam gilt, einen unantastbaren Bereich menschlicher Freiheit zu bewahren. Löscherfordernis sollten nicht auf die gesamte Aufnahme gelten, sondern auch nur Teile der Aufzeichnung umfassen. Diese Löschungen lassen sich in dieser Art nicht an der Bodycam durch den kameratragenden Beamten durchführen und bedürfen einer entsprechenden Bearbeitung mittels der ebenso einzuführenden Bearbeitungssoftware und Berechtigungsfestlegung.

Zu 12.

Nein. Jedoch wird klar die Haltung getragen, dass ungeachtet der Örtlichkeit der Anwendung der Bodycam der Kernbereichsschutz sichergestellt sein muss.

Einzelfallbezogene rechtliche Beurteilungen auf praktische Sachverhalte ist Aufgabe der Gerichte und daher im Gesetz nicht abbildbar.

Zu 13.

Die der Fragestellung zu Grunde liegende Praxis wird nicht erkannt. Inwiefern ein Richtervorbehalt die Verwendung von Aufzeichnungen aus dem Kernbereich legitimieren kann ist nicht bekannt.

Zu 14.

Es wird auf die grundlegende Haltung und die getätigten Ausführungen zu den Fragestellungen 7, 8, 9, 10 und 11 verwiesen. Die Praktikabilität eines Ausschaltens von Pre-Recording oder der technischen automatisierten Auslösung im Falle einer Anwendung der Schusswaffe wird nicht gesehen. Die Deaktivierung der Pre-Recording-Funktion und der Tonaufnahme beim Ziehen der Schusswaffe bzw. generell innerhalb der Wohnung ist in keiner Weise, vor allem in Adhoc-Lagen, umsetzbar. Gerade in solchen Gefahrensituationen ist das Handling an der Bodycam - sofern dies überhaupt an der Kamera einstellbar ist – zu aufwändig. Der Zeitverzug im polizeilichen Handeln steht in keinem Verhältnis zur drohenden Gefahr, insbesondere in Situationen, bei denen die Schusswaffe zum Einsatz kommt.

Im Übrigen würde sich die Fragestellung weitestgehend erübrigen, wenn man im Gesetzesentwurf auf Vorgaben automatisierter Auslösung von Schusswaffen verzichten würde.

Zu 15.

Die 30 Tage werden für sachangemessen erachtet. Die sogenannten Prozessgrundrechte der Rechtsweggarantie werden damit eingehalten.

Zu 16.

Bild- und Tonmaterial ist geeignet den Sachbeweis in Fällen von Ordnungswidrigkeiten erfüllen zu können. Einen rechtfertigenden Verzicht auf diesen Mehrwert der Anwendung des Einsatzmittels Bodycam wird nicht erkannt. Der Sachbeweis kann den Personalbeweis über den Wahrnehmungen und Schilderungen der Einsatzkräfte hinaus zu einer Erhöhung der Nutzungsmöglichkeiten zur Manifestation einer beweissicheren Verfolgung sowohl be- als auch entlastend zweckdienlich ergänzen.

Zu 17.

Die vorgesehene Regelung zur wissenschaftlichen Evaluierung im § 33a Absatz 7 des Änderungsantrags ist aus hiesiger Sicht nicht geeignet. Fraglich ist hier die praktische Umsetzung der Datenspeicherung, da bereits unmittelbar nach der Aufnahme definiert werden muss, welche Aufnahmen hierfür geeignet sind und wer für diese Entscheidung und der Umsetzung verantwortlich ist.

Zu 18.

Die Gesetzgebungskompetenz wird aus unserer Sicht gesehen. Der Sachzusammenhang wird zum Strafverfahren durch die Regelungen des Änderungsantrages nicht tangiert. Explizit müsste die Ausnahme zur Löschverpflichtung geprüft werden.

Eine flüchtige Speicherung (unwiderruflich + vollständig Löschung nach 30 Sekunden) von Aufnahmen sollte nach unserer Meinung keine Auswirkungen auf das Strafverfahrensrecht entfalten.

Zu 19.

Zur dauerhaften Aufzeichnung sollte das Ziel der Einführung der Bodycam in den Blick genommen werden. Hierbei ist der Schutz der Polizeibeamten vor Angriffen um diese besser zu schützen und damit die Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben der eingesetzten Kräfte oder eines Dritten zu sehen. Als Voraussetzung für eine dauerhafte Aufzeichnung sollte dieses ausreichend sein.

Hierbei sei anzumerken, dass ein „Betroffener“ gefahrenunabhängig über das Auslösen einer Aufzeichnung entscheiden kann.

Zu 20.

Die Anwendung der Bodycam zu diesem Zweck ist sicherzustellen. Auf Punkt 16 wird verwiesen.

Zu 21.

Die Begrifflichkeiten sind klar und unmissverständlich formuliert.

Zu 22.

Wie um Punkt 3 dargelegt, bestehen bezüglich der dauerhaften Aufzeichnung Bedenken.

Gem. § 33a Absatz 1 Satz 2 Nr. 2 soll eine Aufnahme erfolgen, wenn unmittelbarer Zwang angewendet oder angedroht wird. Dies wird als kritisch und nicht praktikabel erachtet. Bei Anwendung unmittelbarer Zwanges ohne vorherige Ankündigung (Sofortvollzug) wird bereits das Vorliegen der Voraussetzungen des § 57 Absatz 1 Satz 3 Thür PAG impliziert. Wenn somit die Androhung von Zwangsmitteln aufgrund der Gefahrenlage nicht möglich ist, wird auch das Auslösen der Bodycam nicht möglich sein.

Der Passus „... die Umstände eine Bild- und Tonaufzeichnung zulassen ...“ würde somit von der Ausnahme zur Regel werden, da in den meisten Fällen, in welchen unmittelbarer Zwang angewandt wird, schnell agiert werden muss und die Umstände meist keine zusätzlichen Handlungen der Beamten (hier das Einschalten der Bodycam) zulassen.

In der Regel handelt es sich bei polizeilichen Eingriffsbefugnissen im Rahmen des PAG um „Kann“-Bestimmungen. Der Beamte trifft die Entscheidung der Anwendung der Eingriffsbefugnis grds. nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen einer Gefahrenanalyse. Das verpflichtende Aufzeichnen widerspricht diesem Grundsatz.

Zu 23.

Eine praktische Umsetzung ist nicht vorstellbar und es bestehen erhebliche Bedenken.

Es entstünde eine unverhältnismäßig große Datenmenge an Aufzeichnungen, obwohl diese nicht im Zusammenhang mit polizeilichen Einsatzsachverhalten stehen würde. Eine solche massenhafte Datenspeicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten der Polizeibeamten, ohne zugrundeliegenden Einsatzsachverhalt, lassen neben den technischen Anforderungen auch eine kritische Wahrnehmung erscheinen. Ebenfalls ist ein erheblicher Bedarf an Personal und Verwaltung notwendig, welche keinen Nutzen und Verwertbarkeit hat.

Zu 24.

Wie im Vorschlag zu Punkt 6 sollte der Passus „spätestens mit Abschluss der Maßnahme am Geschehensort“ konkretisiert werden. Damit wird deutlich gemacht, dass hiermit die polizeiliche Maßnahme an sich und nicht die Aufzeichnung gemeint ist.

Festnahmen können mehrere Stunden bis Tage und etliche Maßnahmen umfassen. Auch eine Verbringung in eine Justizvollzugsanstalt wäre inbegriffen.

Wann die Aufnahme zu beenden ist, wenn der Beamte die Schusswaffe wieder in den Holster steckt oder die Person vor Ort aus allen polizeilichen Maßnahmen entlassen wird, ist nicht geregelt und führt zu klaren Problemstellungen in der Auslegung.

Zudem stellt sich die Frage der Beendigung der Aufnahme in den Fällen von § 33 a Absatz 1 Satz 3 Nr. 1 des Änderungsantrages auch wenn keine polizeiliche Maßnahme der Aufnahme zugrunde gelegt wird.

Zu 25.

Eine Aufnahmeunterbrechung und ggf. Fortsetzung ist weder zweckmäßig noch praktikabel. Vielmehr wird ein Richtervorbehalt zur Verwendung der Aufnahmen befürwortet. Insofern die Aufnahme gem. § 33 a Absatz 5 Satz 3 Nr. 1 des Änderungsantrages zur Verfolgung einer Straftat dienen soll, gelten die Bestimmungen der StPO; auch bei möglichen Kernbereichsverletzungen. In diesen Fällen entscheidet die sachleitende Staatsanwaltschaft über die Löschung.

Zudem müsste der unantastbare Bereich der menschlichen Freiheit bewahrt werden. Dauerhafte Aufzeichnung können mit Gesprächsinhalten oder Bildaufnahmen eine Kernverletzung darstellen, welche unverzüglich durch eine berechnigte Person (Bereich) zu kontrollieren und löschen ist. Dieses ist aber genauer zu benennen.

Zu 26.

Der Anwendungsbereich der Bodycam kann analog zu Straftaten und Ordnungswidrigkeiten auch für Disziplinarverfahren herangezogen werden. Inwiefern tatsächlich Daten zum Zwecke einer Evaluierung für Dritte (hier Wissenschaftler) und damit in Bezug auf die Maßnahmen der Anwendung der Bodycam unbeteiligte und nicht betroffene Person zu rechtfertigen sein soll, wird kritisch betrachtet. Die Bedeutung einer derart weitreichenden Verwendung der Daten (Zweckbindung) muss dem Gesetzgeber bewusst sein. Aus hiesiger Sicht begründet eine derartig weitreichende Anwendungsbefugnis über die Verwendung der Daten erst recht die Anwendbarkeit und Verwendung der Aufzeichnung von Daten mittels Bodycam im Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren.

Es wäre schwer nachvollziehbar, wenn zum eigentlichen Auftrag - nämlich der Erfüllung polizeilicher Aufgaben - die Anwendung des Einsatzmittels beschränkt, aber darüber hinaus zu anderen Zwecken (Evaluation durch Dritte) im Zuge von Evaluationsprozessen zugänglich gemacht würde.

Es wird daher vorgeschlagen den Bereich im Gesetzestext zu streichen und dem Bereich mit einer Verordnungsmächtigung auszustatten, welcher der Mitbestimmung unterliegt.

Zu 27.

Einer Normierung bedarf es nicht. Der Beamte ist Anwender des Einsatzmittels und hat grundsätzlich über dessen Anwendung zu entscheiden. Ausnahme hierbei ist der unter § 33a Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 normierte Anwendungsfall.

Davon unabhängig wird im Zuge der Aus- und Fortbildung der Thüringer Polizei entsprechendes Wissen über Anwendungsvoraussetzungen und deren Begrenzungen als auch der Handhabung zum Einsatzmittel Bodycam zu vermitteln sein.

Zu 28.

Ja, die Anwendung von Dash-Cams in polizeilichen Fahrzeugen wird in Analogie zur Bodycam einer zeitgemäßen und sehr zweckdienlichen Bedeutung gesehen.

Entsprechende Aufnahmen der Kamerasysteme dienen zum Schutz der eingesetzten Beamten sowie unter Umständen der beweissicheren Dokumentation bei Strafverfahren.

Für weitere Rückfragen und Anhörungen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Stellv. Landesvorsitzender
GdP Thüringen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes - Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/2792 - dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der CDU, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vorlage 7/3500 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Thüringer Generalstaatsanwaltschaft</td> <td style="border: none;">Verwaltung</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;">Rathenaustraße</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">13</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">07745 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Generalstaatsanwaltschaft	Verwaltung	Geschäfts- oder Dienstadresse	Rathenaustraße	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	13	Postleitzahl, Ort	07745 Jena
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Generalstaatsanwaltschaft	Verwaltung									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Rathenaustraße									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	13									
Postleitzahl, Ort	07745 Jena										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;"></td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Stratierleitung, Dienst- und Fachaufsicht	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Der Änderungsauftrag findet überwiegend Zustimmung, ist jedoch im Hinblick auf die Einschränkung zu Wohnraum und befriedetem Besitztum und die Beachtung des Datenschutzes ergänzungsbedürftig. Insbesondere der Automatismus beim Waffeziehen wird begünstigt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 23. Mai 2022	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Gesetz zur Änderung des Polizeiaufgabengesetzes – Offener Einsatz mobiler Bildaufnahme- und Tonaufzeichnungsgeräte, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/2792											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Amtsgericht Nordhausen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Postfach 100151</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99721 Nordhausen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Amtsgericht Nordhausen		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 100151	Postleitzahl, Ort	99721 Nordhausen
	Name	Organisationsform									
	Amtsgericht Nordhausen										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Postfach 100151									
Postleitzahl, Ort	99721 Nordhausen										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)